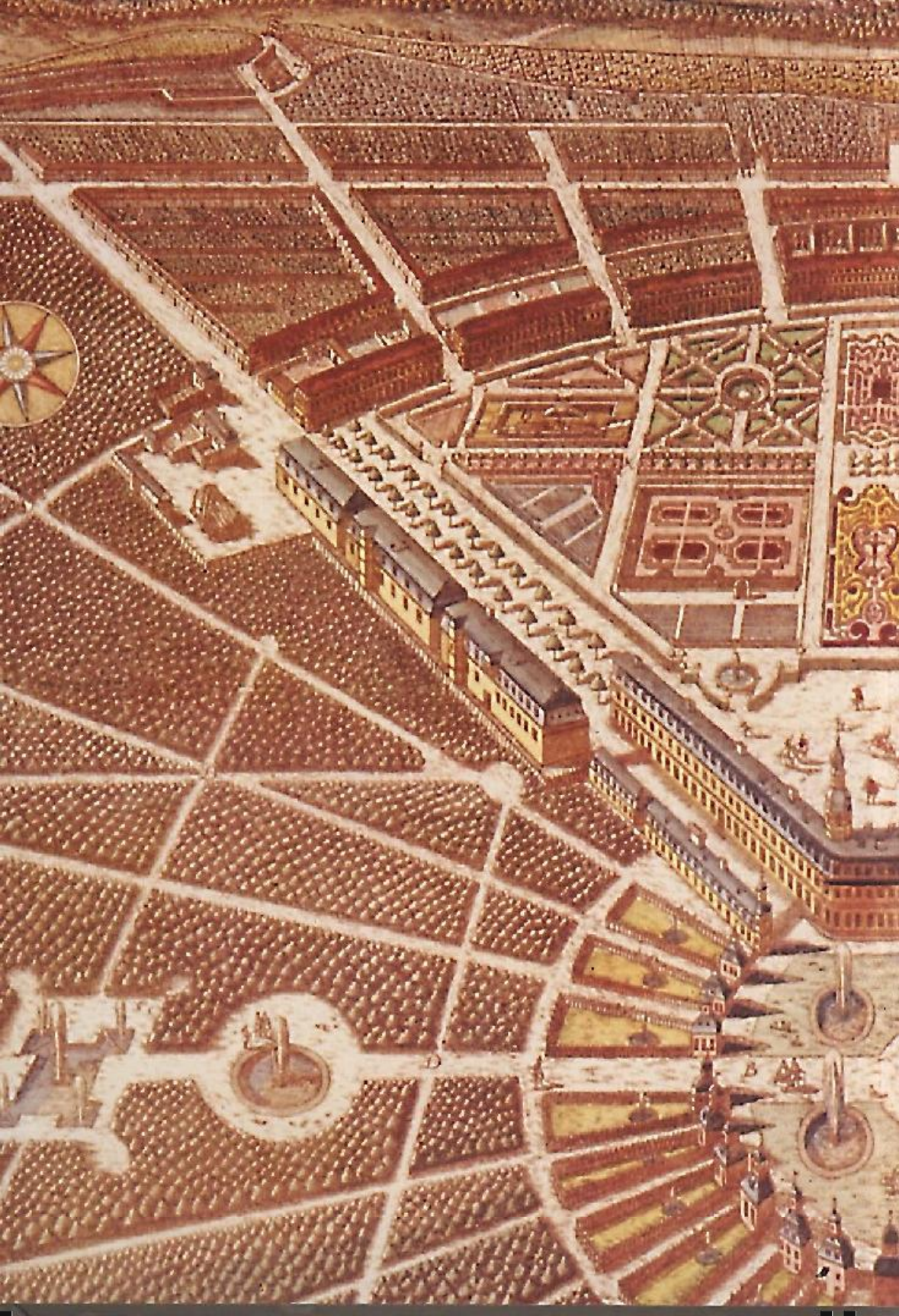
KARLSRUHER

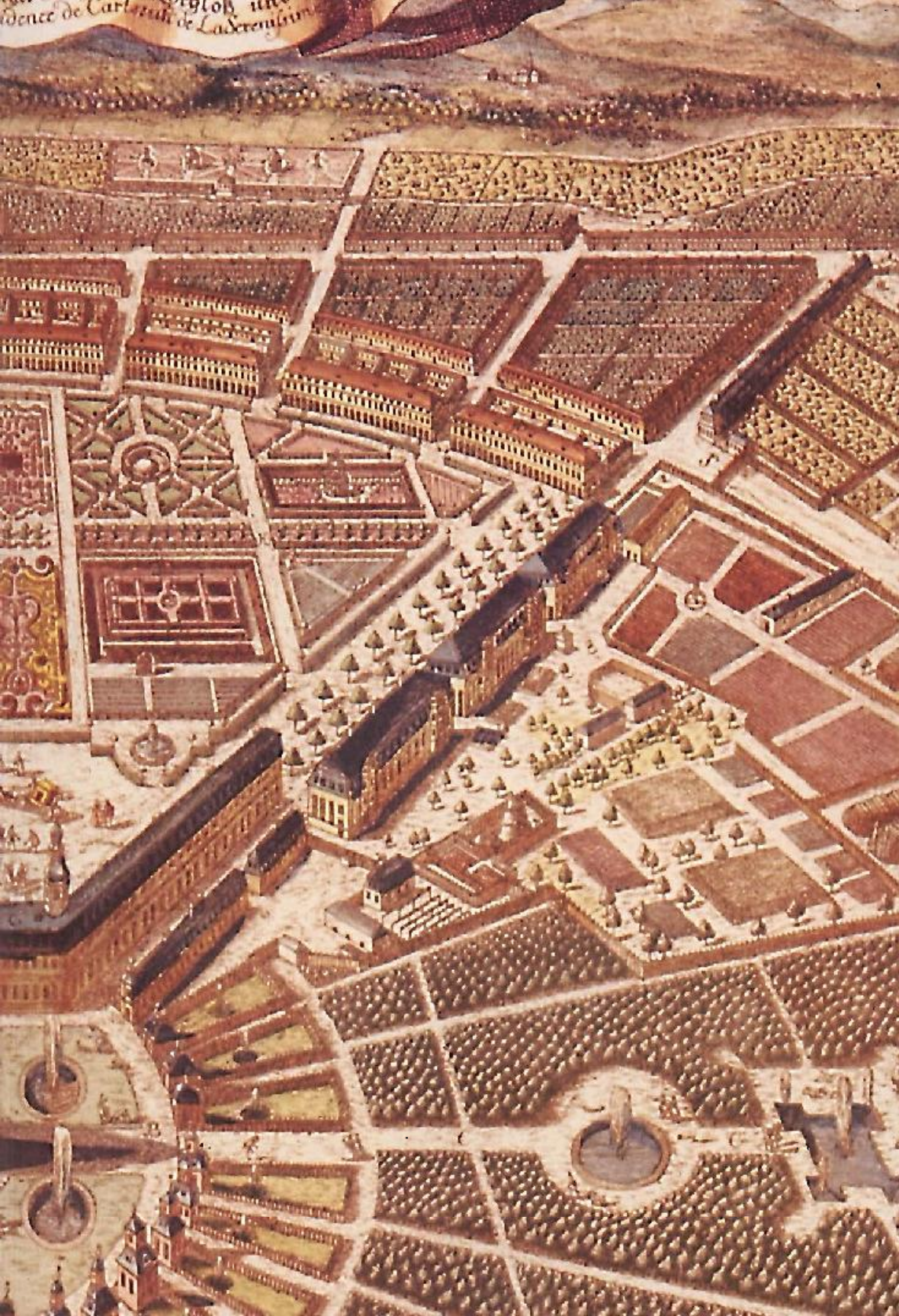
CHRONIK

STADTGESCHICHTE IN DATEN BILDERN ANALYSEN

VER
ÖFFENT
LICHUNGEN
DES
KARLSRUHER
STADT
ARCHIVS

BAND 14





Manfred Koch

Karlsruher Chronik

Veröffentlichungen
des Karlsruher Stadtarchivs
Band 14

Herausgegeben von Heinz Schmitt
unter Mitwirkung von
Ernst Otto Bräunche

Manfred Koch

Karlsruher Chronik

Stadtgeschichte
in Daten, Bildern, Analysen

Mit Beiträgen von

Susanne Asche, Ernst Otto Bräunche,
Rolf-Jürgen Gleitsmann, Angelika Herkert,
Klaus-Peter Hoepke, Gerhard Kabierske,
Peter Pretsch, Harald Ringler, Angelika Sauer

Badenia Verlag Karlsruhe

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Karlsruher Chronik: Stadtgeschichte in Daten, Bildern, Analysen / [Hrsg.: Stadt Karlsruhe, Stadtarchiv]. Manfred Koch. Mit Beitr. von Susanne Asche . . . – Karlsruhe: Badenia-Verl., 1992
(Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs; Bd. 14)
ISBN 3-7617-0260-4
NE: Koch, Manfred;
Stadtbibliothek, Archiv, Sammlungen <Karlsruhe>: Veröffentlichungen des Karlsruher . . .

Vorsatz:
Kolorierter Kupferstich der Stadt Karlsruhe
(Ansicht von Norden) von Christian Thran, Hofgärtner, 1739

Nachsatz:
Luftbildaufnahme der Karlsruher Innenstadt
von Norden, 1985 (Freigabe-Nr. 210/2212, Reg. Präs. Karlsruhe)

Herausgeber: Stadt Karlsruhe – Stadtarchiv

Umschlagsgestaltung: Herbert Kaes

Copyright 1992 by
Badenia Verlag GmbH, Karlsruhe
und Stadt Karlsruhe
Alle Rechte vorbehalten

Herstellung:
Badenia Verlag und Druckerei GmbH,
Karlsruhe

Gestaltung: Werner Münkel/Manfred Braun

Gedruckt auf:
CLAUDIA PRO, chlorfrei,
ein Erzeugnis der
Hannoverschen Papierfabriken
aus dem -Programm der IGEPA

Printed in the Federal Republic of Germany

ISBN 3 7617 0260 4

INHALTSVERZEICHNIS

Geleitwort *Oberbürgermeister Prof. Dr. Gerhard Seiler* 8

Vorwort der Herausgeber 9

Vorbemerkung des Autors 11

Chronik der Stadt Karlsruhe 15

Von der Residenz zum Zentrum der Technologie-Region 16

Chronik 1715–1806 41

Karlsruher Stadtrecht im 18. Jahrhundert 45
Freiheiten und Privilegien der Bürger in Karlsruhe 47
Das Karlsruher Schloß im 18. Jahrhundert *Gerhard Kabierske* 54

Chronik 1806–1870 72

Die Gemeindeorgane nach der badischen Gemeindeordnung von 1831 88
Kulturelle Institutionen im 19. Jahrhundert *Peter Pretsch* 98
Von der Polytechnischen Schule
zur Technischen Hochschule *Klaus-Peter Hoepke* 104

Chronik 1871–1918 110

Die Stadtverwaltung nach der Städteordnung von 1874 116
Bevölkerungswachstum in Karlsruhe 130
Zum Wandel in der Erwerbsstruktur der Karlsruher Bevölkerung 138

Chronik 1918–1933 148

Der Generalbebauungsplan 1926 *Harald Ringler* 158

Chronik 1933–1945 165

Alltag zwischen Massenmobilisierung und Verweigerung 175

Chronik 1945–1970 184

Karlsruhe wird „Residenz des Rechts" 193
Karlsruhe wird Reaktorstandort *Rolf-Jürgen Gleitsmann* 200

Chronik 1970–1991 214

Altstadtsanierung Karlsruhe *Harald Ringler* 218
Die Gemeindeorgane in den Gemeindeordnungen 1921–1975 223

Kurze Chroniken früherer selbständiger Stadtteile bis zur Eingemeindung 247

Zur Entwicklung des Siedlungsraums Karlsruhe bis zu den Eingemeindungen 1972–1975 248

Mühlburg bis 1886 257

Beiertheim bis 1907 *Angelika Herkert* 259

Rintheim bis 1907 261

Rüppurr bis 1907 262

Grünwinkel bis 1909 *Angelika Sauer* 264

Daxlanden bis 1910 265

Bulach bis 1929 *Angelika Herkert* 267

Knielingen bis 1935 269

Durlach bis 1938 *Susanne Asche* 271

Hagsfeld bis 1938 274

Hohenwettersbach bis 1971 276

Stupferich bis 1972 *Ernst Otto Bräunche* 278

Wolfartsweier bis 1973 280

Grötzingen bis 1974 *Susanne Asche* 282

Grünwettersbach bis 1975 *Angelika Herkert* 284

Palmbach bis 1975 285

Neureut bis 1975 *Ernst Otto Bräunche* 287

Kurzbiographien, Gemarkungs- und Bevölkerungsentwicklung, Erwerbsstruktur, Wahlergebnisse, Auswahlbibliographie 291

Kurzbiographien der badischen Regenten, der Bürgermeister und Oberbürgermeister, Ehrenbürger und Ehrenmedaillenträger der Stadt Karlsruhe 292

Tabelle 1: Die Regenten von Baden-Durlach und Baden (1709–1918) 292
Tabelle 2: Bürgermeister (1718–1812) und Oberbürgermeister (seit 1812) der Stadt Karlsruhe 293
Tabelle 3: Ehrenbürger der Stadt Karlsruhe 297
Tabelle 4: Ehrenmedaille der Stadt Karlsruhe 303

Die Entwicklung der Karlsruher Gemarkung 307

Tabelle 5: Die Gemarkungsentwicklung 1715–1975 307

Die Bevölkerungsentwicklung in Karlsruhe 311

Tabelle 6: Die Bevölkerungsentwicklung im 18. Jahrhundert 311
Tabelle 7: Die Bevölkerungsentwicklung nach Zahl, Geschlecht und Religion 1801–1990 312

Die Erwerbsstruktur der Karlsruher Bevölkerung 313

Tabelle 8: Schichtung der Hausbesitzer im 18. Jahrhundert 313
Tabelle 9: Gliederung der Erwerbstätigen 1801–1858 in Prozent 313
Tabelle 10: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen 1882–1987 314
Tabelle 11: Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf 1882–1987 315

Wahlergebnisse 316

Tabelle 12: Stadtverordnetenwahlen 1919–1930 316
Tabelle 13: Sitzverteilung in der Stadtverordnetenversammlung 1919–1930 317
Tabelle 14: Nationalversammlungs-, Reichstags- und Landtagswahlen 1919–1933 317
Tabelle 15: Wahlen zum Gemeinderat 1946–1989 319
Tabelle 16: Sitzverteilung im Gemeinderat 1946–1989 319
Tabelle 17: Oberbürgermeisterwahlen 1948–1986 322
Tabelle 18: Bundestags-, Landtags- und Europawahlen in Karlsruhe 1946–1990 322

Auswahlbibliographie 324

Abkürzungsverzeichnis 333

Bildnachweis 334

Register 336

Ortsregister *Angelika Herkert* 336
Personenregister *Katja Linder* 341
Sachregister *Ernst Otto Bräunche* 347

Geleitwort

Mit der „Karlsruher Chronik" halten wir nach langer Zeit wieder ein Buch in Händen, das einen Überblick über die gesamte Stadtgeschichte von der Gründung im Jahre 1715 bis zur Gegenwart gibt. Die Chronik richtet den Blick darüber hinaus weiter zurück in die teilweise viel ältere Geschichte der eingemeindeten, ehemals selbständigen Stadtteile. Sie liefert somit historische Informationen über die Entwicklung des Raumes, den die Großstadt Karlsruhe heute einnimmt. Dieser Datenspeicher zur Entwicklung Karlsruhes lädt ein zur Erkundung bedeutender wie alltäglicher geschichtlicher Ereignisse, er gibt Erläuterungen und mit den Stadtplänen und Bildern die Möglichkeit des optischen Zugangs zur Vergangenheit. Er ist aber auch ein Nachschlagewerk, das rasch Auskunft über viele Fragen zur Stadtgeschichte bereithält.

Auch der Kenner Karlsruhes wird beim Blättern in der Chronik zahlreiche ihm unbekannte Daten und Ereignisse entdecken, ihm wird manches wieder in Erinnerung gerufen, oder er stößt auf Bekanntes. Viele Daten zu unserem Jahrhundert verdeutlichen, daß dessen Geschichte mit den beiden Weltkriegen und ihren Folgeerscheinungen sowie dem Wechsel der Staatsformen zwischen konstitutioneller Monarchie, Diktatur und Demokratie von so tiefen Einschnitten geprägt ist, wie keines der beiden vorangegangenen. Die Landeshauptstadt Karlsruhe war davon stärker betroffen als viele andere Städte Deutschlands. Die für die Geschicke der Stadt verantwortlichen Männer und Frauen jeder Generation des 20. Jahrhunderts standen somit vor neuen Herausforderungen. Das gilt heute wieder, denn die deutsche Vereinigung wirkt sich auch im aktuellen Geschehen unserer Stadt aus.

Die „Karlsruher Chronik" weckt den Wunsch und verdeutlicht das Bedürfnis nach einer neuen Darstellung der Stadtgeschichte, die das bisher noch zuwenig erforschte 20. Jahrhundert angemessen berücksichtigt. Die letzte große Stadtgeschichte erschien 1915, und der letzte Band der Karlsruher Jahreschronik behandelte das Jahr 1923. Ich habe daher das Stadtarchiv beauftragt, eine neue Gesamtgeschichte Karlsruhes bis zur Gegenwart zu erarbeiten.

Die historische Selbstdarstellung ist eine wichtige Aufgabe der Städte und Gemeinden für ihr Selbstverständnis. Eine Stadt, die nach außen wie nach innen eine eigene, unverwechselbare Prägung zeigen möchte, muß sich ihrer historischen Substanz versichern. Nur vor diesem Hintergrund kann Imagepflege und -werbung ihre volle Wirksamkeit entfalten. „Geschichtslosigkeit führt zwangsläufig zu Gesichtslosigkeit", so hat mein Amtsvorgänger Otto Dullenkopf das eimal einprägsam formuliert.

Die vorliegende „Karlsruher Chronik" ist, wie die vorangegangenen Publikationen des Stadtarchivs, ein weiterer Schritt zur neuen Stadtgeschichte. Nach den Veröffentlichungen zum 275. Stadtjubiläum mit ihren ganz unterschiedlichen Themenschwerpunkten und den beiden Büchern zu den 1000-Jahr-Feiern in Grötzingen und Hagsfeld bietet die „Karlsruher Chronik" nun einen willkommenen Überblick über die ganze Stadtgeschichte. Sie wird auch nach dem Erscheinen der neuen Darstellung zur Geschichte Karlsruhes als Datenspeicher und Nachschlagewerk ihren Wert behalten.

Professor Dr. Gerhard Seiler
Oberbürgermeister

Vorwort der Herausgeber

„Je reicher und vielseitiger unser öffentliches Leben sich allmählich gestaltet hat, desto mehr muß sich das Bedürfnis geltend machen über die für die Geschichte und Entwicklung eines größeren städtischen Gemeinwesens bedeutungsvollsten Erscheinungen in regelmäßigen Zeitabschnitten ein Gesamtbild zu entwerfen. Nur auf solche Weise wird sowohl Zeitgenossen wie späteren Generationen eine klare Vorstellung dessen, was geleistet worden ist, möglich." So kündigte eine Subskriptionsaufforderung aus dem Jahr 1886 nicht etwa eine neue Karlsruher Stadtgeschichte an, sondern die „Chronik der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe für das Jahr 1885".

In diesem ersten Chronikband von 1885 wird allerdings präzisiert, daß es nicht darum ging, die Entwicklung der Stadt detailliert darzustellen, dies sei vielmehr Aufgabe der Stadtgeschichte. Die Chronik solle nur gesichtetes Material für künftige Stadtgeschichten bereithalten und den Zeitgenossen einen willkommenen Rückblick auf das vergangene Jahr erlauben, was um so wünschenswerter sei, „je rascher der Strom unseres heutigen Verkehrslebens und die nervöse Aufregung des täglichen Schaffens und Treibens ihr Gedächtnis zu verwischen droht". Das Ziel war ein „abgerundetes, alle Lebenserscheinungen der Stadt gleichmäßig berücksichtigendes Jahresbild".

Paragraph 7 des Ortsstatuts über die Verwaltung des Städtischen Archivs hatte die Gliederung vorgegeben:

„Die Chronik soll eine Geschichte und kurze Erzählung der für die Stadt bedeutsamen Ereignisse sein und insbesondere Bedacht nehmen:

1. auf die Schicksale des Großh. Hauses;
2. auf die Entwicklung der Gemeinde als solcher, sowie jene der kommunalen Anstalten;
3. auf die bauliche Entwicklung der Stadt;
4. auf die Schöpfungen und Leistungen des Gemeinsinnes, der Wohltätigkeit, der Zukunft, der Wissenschaft und des Gewerbes
5. auf Ausstellungen, Festlichkeiten und Versammlungen, die hier abgehalten werden und von Bedeutung sind;
6. auf das Vereinswesen;
7. auf außergewöhnliche Naturereignisse.

Jeder Jahreschronik ist eine Statistik beizufügen, welche die für die klimatischen, politischen, sittlichen, gesundheitlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadt wichtigsten Daten enthält." Diese Gliederung wurde bis zur Einstellung der Reihe streng beibehalten, aus naheliegenden Gründen fehlte allerdings ab 1919 das Kapitel über die großherzogliche Familie.

Das Stadtarchiv Karlsruhe erfüllte also seit seiner Gründung im Jahr 1885 eine von vielen Stadtarchiven wahrgenommene Aufgabe. Als Chronisten hatte man zunächst den im Generallandesarchiv Karlsruhe tätigen Archivar Albert Krieger gewinnen können, der bis 1902 insgesamt 17 Chronikbände betreute. Den Jahrgang 1903 übernahm dann sein Nachfolger Robert Goldschmit, der die Chronik bis zum Jahre 1918/19 führte. Als er am 23. Januar 1923 starb, hinterließ er das vollständige Manuskript für das Jahr 1918, das Jahr 1919 hatte er dagegen noch nicht ganz abgeschlossen, so daß dies sein Nachfolger Erwin Vischer vollenden mußte.

Vischer bearbeitete anschließend nur noch den letzten Band für die Jahre 1920 bis 1923, den er im Jahr 1930 vorlegte. Die geplante Fortsetzung, der Band für die Jahre 1924 bis 1927 sollte „in Jahresfrist folgen", scheiterte dann daran, daß Vischer inzwischen auch die Leitung der Volksbücherei übertragen bekommen hatte, was die kontinuierliche Weiterarbeit an der Chronik erschwerte, und an der angespannten finanziellen Situation der Stadt in der Weltwirtschaftskrise – im Haushalt 1931 wurden erstmals keine Mittel mehr für die Stadtchronik bereitgestellt.

Im „Dritten Reich" gab es zwar einige Versuche, die Tradition der Karlsruher Chronikschreibung fortzusetzen – u. a. aufgrund eines empfehlenden Runderlasses des Reichsinnen-

ministeriums aus dem Jahr 1936 – doch scheiterten diese Bemühungen allesamt.
Auch in der Nachkriegszeit knüpfte das Stadtarchiv nicht mehr an die Tradition der jährlich erscheinenden Chronikbände an. Statt dessen hat es andere Wege beschritten und u. a. eine Zeitgeschichtliche Sammlung aufgebaut, die, nach Schlagworten geordnet, vor allem Zeitungsartikel, aber auch andere Dokumentationsunterlagen dem interessierten Besucher bereitstellt. Die Möglichkeiten, diesen „Chronikersatz" zu nutzen, sind zudem noch nicht ausgeschöpft. Die neuen Technologien der Speicherung von Informationen und Bildern z. B. auf Bildplattensystemen können hier künftig einen erheblich verbesserten Zugriff gewährleisten. Außerdem werden die wichtigsten Ereignisse regelmäßig chronologisch aufgelistet und als maschinenschriftliche Datensammlung jahresweise zusammengefaßt, wobei auch hier künftig mit Hilfe der EDV eine tiefere Erschließung möglich ist.
Darüber hinaus hat das Stadtarchiv bereits im Jahr 1956 anläßlich des Wiederaufbaus des im Kriege zerstörten Weinbrennerschen Rathauses als Begleitband zur der Ausstellung „Rückblick auf 240 Jahre Karlsruhe" eine „Geschichte der Stadt Karlsruhe und ihrer Vororte in Daten" geliefert. Diese von Emil Mangler zusammengestellten Daten waren lange Zeit das einzige gedruckte Hilfsmittel, wenn man sich schnell über Ereignisse in Karlsruhe informieren wollte, die nicht im Zeitraum 1885 bis 1923 lagen. Die in diesem Bändchen angekündigte Ergänzung um einen biographischen Teil konnte aber ebensowenig realisiert werden wie eine Fortsetzung der Daten über das Jahr 1955 hinaus.
Seit 1965 erschienen dafür in der Reihe der Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs bis heute 13 Bände zu unterschiedlichen stadtgeschichtlichen Themen. Die vorliegende „Karlsruher Chronik. Stadtgeschichte in Daten, Bildern, Analysen" ist der 14. Band dieser Reihe. Weitere, darunter auch eine moderne einbändige Gesamtstadtgeschichte, sind in Vorbereitung.
Die neue, von Dr. Manfred Koch bearbeitete Karlsruher Chronik knüpft allerdings nur partiell an ihre Vorgänger an. Es handelt sich weder um eine Jahreschronik noch um eine reine Datensammlung. Durch die einleitenden Kapiteltexte und die Kurzanalysen zu verschiedenen stadtgeschichtlichen Schwerpunktthemen wird sie vielmehr zu einem der Form der Chronikschreibung verpflichteten stadtgeschichtlichen Nachschlagewerk, das den Zugang zur Karlsruher Stadtgeschichte erleichtert und den Weg öffnet zu weiteren Nachforschungen. Die Einbettung in die allgemeine Stadtgeschichte sowie in die Entwicklung auf Landes- und Reichs- bzw. Bundesebene liefert den notwendigen Hintergrund für die Erkenntnis, daß Stadtgeschichte nie isoliert zu betrachten ist. Die moderne Karlsruher Stadtgeschichte kann und will die Chronik nicht ersetzen, doch stellt sie eine wesentliche und unverzichtbare Zwischenstufe auf dem Weg dorthin dar. Ihren Wert wird sie aber auch nach dem Erscheinen der Stadtgeschichte behalten, da sie manches Detail liefert, das in einer Stadtgeschichte gar nicht oder nur am Rande auftaucht. Durch die reichhaltige Bebilderung mit vielen bekannten, aber auch mit bislang noch nicht publizierten Bildern aus den Beständen des Stadtarchivs gewinnt der Band zusätzlich an Reiz, so daß ihm eine breite und interessierte Leserschaft zu wünschen ist.
Unser Dank gilt an dieser Stelle Herrn Dr. Manfred Koch, dem es gelungen ist, in der Darstellungsform der Chronik Stadtgeschichte auf anschauliche und ansprechende Weise zu präsentieren, und allen, die am Entstehen dieser Chronik beteiligt waren.

Ernst Otto Bräunche Heinz Schmitt

Vorbemerkung des Autors

Die Chronik, so klagen die einen, sei der Tod der Geschichtsschreibung. Sie sei, so loben die anderen, die Vorstufe der wissenschaftlichen Bewältigung des Quellenstoffs. Tatsächlich aber kommt besonders der Ortschronik eine durchaus eigenständige Bedeutung als Informations- und Orientierungshilfe zu. Die chronologisch geordnete Zusammenstellung wichtiger Geschehnisse, die auch historisch eher belanglose, für die Ortsbewohner aber wichtige Daten bereitstellt, ist ein Nachschlagewerk für Bürger und Verwaltung. Dieses bietet einen Überblick über den historischen Verlauf der Stadtentwicklung sowie besondere, die Bevölkerung beschäftigende Vorfälle. Sie kann durch das gleichzeitige Nebeneinander unterschiedlichster Ereignisse nachdenklich machen und Interesse wecken, mehr über die historischen Hintergründe zu erfahren. Die Erläuterung von Zusammenhängen zwischen den isolierten Daten, die Benennung von Ursache und Wirkung und die Darstellung von Motivketten findet der durch die Benutzung einer Chronik angeregte Leser in den Darstellungen zur Stadtgeschichte.

Die oft als Mangel empfundene Trennung chronologischer Übersichten und analytischer Beschreibung versuchen neuere Chroniken zu überwinden. Sie durchsetzen die Aufreihung von Ereignissen mit zusammenfassenden Epocheninterpretationen und knappen Erläuterungen einzelner Sachverhalte. Dieser, die enge Gattungsgrenze der Chronik überschreitenden Form folgt auch die vorliegende Karlsruher Chronik. Mit ihr soll historisches Grundwissen zur Geschichte Karlsruhes von 1715 bis 1991 leicht abrufbar bereitgestellt werden. Drei Elemente der Vermittlung historischer Kenntnisse werden dabei aufeinander bezogen und sich ergänzend eingesetzt: Daten, Bilder und Analysen.

Die Entscheidung für das Konzept und die Erarbeitung der vorliegenden Chronik resultiert wesentlich aus dem Stand der Karlsruher Stadtgeschichtsschreibung. Ältere Stadtgeschichten, die bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs reichen, sind nur noch in Bibliotheken erhältlich, neuere gibt es nicht. Daher sollen in der Form der vorliegenden Chronik nach langer Zeit erstmals wieder grundlegende Informationen zur Geschichte der Stadt von den Anfängen bis zur Gegenwart bereitgestellt werden. Dies ist im übrigen ein Vorteil der Chronik gegenüber der historischen Analyse, die zur Gegenwart stets einigen zeitlichen Abstand halten wird.

Die Chronik ist in drei Teile gegliedert. Der erste Teil enthält zuerst einen historischen Abriß, der in großen Zügen den Verlauf der Stadtgeschichte nachzeichnet. Es folgen die Daten zur Geschichte der Stadt Karlsruhe, die in sieben Zeitabschnitte unterteilt sind. Die so markierten Entwicklungsetappen der Stadtgeschichte konnten in Übereinstimmung mit den Wendepunkten der badischen und deutschen Geschichte gewählt werden. In den kurzen Einleitungen zu den einzelnen Zeitabschnitten wird die jeweilige historische Epoche knapp charakterisiert. Das geschieht in der Weise, daß auf jene Ereignisse und Strömungen verwiesen wird, die von der nationalen und regionalen Ebene her allgemein auf die Entwicklung der Städte und auf Karlsruhe im besonderen eingewirkt haben. Damit soll die enge Begrenzung auf Karlsruher Ereignisse, die der Datensammlung notwendigerweise innewohnt, etwas geweitet und die Zusammenhänge zwischen allgemeiner und lokaler Geschichte wenigstens angedeutet werden. Dem besseren Verständnis wichtiger Daten, die in der Regel aus Platzgründen nicht weiter erläutert sind, und ihrer Einordnung in größere Zusammenhänge dienen auch die 15 Erläuterungen zu einzelnen Sachverhalten oder Ereignissen der Stadtgeschichte. Sie sind in die einzelnen Zeitabschnitte eingefügt.

Der zweite Teil bietet Kurzchroniken der ehemals selbständigen Orte bis zu ihrer Eingemeindung, denen ebenfalls eine kurze Einleitung vorangestellt ist. Karlsruhe ist mit 275

Jahren eine junge Stadt, obgleich sie im Laufe ihrer Entwicklung zur Großstadt weit ältere umliegende Dörfer sowie die Städte Mühlburg und Durlach eingemeinden konnte. Um auch in dieser Chronik keinen anderen Eindruck zu erwecken, beginnt sie mit dem Jahre 1715, dem Jahr der Stadtgründung, und die historischen Ereignisse der älteren heutigen Ortsteile und ehemals selbständigen Gemeinden werden gesondert in der Reihenfolge ihrer Eingemeindung dokumentiert. Wichtige Daten für die Zeit nach der Eingemeindung enthält dann die Chronik der Gesamtstadt.

Im dritten Teil der Chronik finden sich 18 tabellarische Übersichten. Sie geben gewissermaßen auf einen Blick Auskunft zu Langzeitentwicklungen, wie der Bevölkerungsentwicklung, der Erwerbsstruktur und der Wahlergebnisse. Die Kurzbiographien der Regenten, Bürger- und Oberbürgermeister, Ehrenbürger und Träger der Ehrenmedaille bieten Grundinformationen zum Lebenslauf herausragender Persönlichkeiten der Karlsruher Stadtgeschichte. An die Tabellen schließt eine Auswahlbibliographie stadtgeschichtlicher Veröffentlichungen an, die durch den Zugriff auf weiterführende Literatur die Beschäftigung mit der Stadtgeschichte erleichtern soll. Die abschließenden ausführlichen Personen-, Orts- und Sachregister erschließen die Chronik als Informations- und Nachschlagewerk.

Neben die Datenauswahl, die tabellarischen Übersichten und die historischen Kurzdarstellungen tritt zur Formung eines vielfältigen und konturenreichen Bildes der städtischen Ereignisse eine Auswahl von Plänen und Abbildungen. Sie machen die verbale Darstellung vergangener Zeiten leichter nachvollziehbar und das jeweilige Zeitkolorit anschaulicher. Wert gelegt wurde dabei vor allem auf Stadtpläne, an denen die stadtplanerische und städtebauliche Entwicklung abgelesen werden kann. Im übrigen galt auch für die Bildauswahl, historische Grundkenntnisse zu vermitteln und nicht in erster Linie unbekannte Bilder abzudrukken.

Die hier zusammengetragenen Daten zur Karlsruher Stadtgeschichte lassen sich im wesentlichen fünf Bereichen zuordnen:

1. Zahlreiche Ereignisse betreffen die allgemeine politische Geschichte. Sie sind aber nur in der Form berücksichtigt, daß ihr Niederschlag in städtischem Geschehen notiert wird. Das gilt für Karlsruhe wie für andere Residenz- und Landeshauptstädte in besonderem Maße. Hierzu zählen u. a. die Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung, Wahlen und Kriegseinwirkungen, aber z. B. auch politische Demonstrationen. Veränderungen in der Staatsverfassung beeinflussen das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben und die kommunale Behördenorganisation und fließen auf diesem Weg in die Chronik ein.
2. Wirtschaft und Verkehr bestimmen seit dem Beginn der Industrialisierung die Entwicklung der Städte in besonderem Maße. Das Wachstum der Bevölkerung und deren strukturelle Veränderungen, Märkte, Messen und Kongresse, die Gründung bedeutender Firmen, Daten zur Verkehrsentwicklung auf Straße, Schiene und Wasser sowie zum Postwesen sind ebenso wichtig wie Daten zu technischen Errungenschaften wie Wasserversorgung, Kanalisation, Gas, Elektrizität und Kommunikation.
3. Die Kulturgeschichte ist breit gefächert und reicht bis in die Alltagsgeschichte. Sie bietet Daten zur Geschichte kultureller Institutionen (auch staatlicher wie der Kunsthalle und der Hochschulen), zu Bau- und Kunstdenkmälern, zur Theater- und Musikgeschichte, zu Gedenkfeiern, Ausstellungen, Vereinen sowie zu Varietés und Kinos. Aber auch Großfeuer und Naturereignisse bis hin zu außergewöhnlichen Wettermeldungen sind hier zu nennen.
4. Die Wandlungen des Stadtbildes halten seit der Stadtgründung an. Zwar sind die zwölf Straßen des ursprünglichen Fächers auch heute noch stadtbildprägend, aber einschließlich der Eingemeindungen verzeichnet der Stadtplan heute über 2000 Straßennamen. Nur wenige davon können genannt werden. Wichtiger sind Daten über die Erschließung neuer Wohn- und Industrieviertel sowie über Friedhöfe, Parks und Sportanlagen.
5. Gestaltet wird das äußere Erscheinungsbild

der Stadt und ihr geistiges und kulturelles Leben von Menschen. Um nicht ein den verfügbaren Raum sprengendes historisches Karlsruher „Who is who" zusammenzustellen, mußte bei der Nennung von Namen sehr zurückhaltend vorgegangen werden. Personen tauchen nur in Verbindung mit einem wichtigen historischen Ereignis auf. Andere, die sich Verdienste um die Stadt erworben haben, sind in der Liste der Ehrenbürger und der mit der Ehrenmedaille Ausgezeichneten aufgeführt. Gebürtige Karlsruher, die sich außerhalb der Stadt Verdienste erwarben, konnten nur teilweise Berücksichtigung finden. Manche, die mit oder ohne Amt öffentlich oder im stillen viel für die Stadt geleistet haben, können so in diesem Band nicht gewürdigt werden.

Gewonnen wurden die Daten aus unterschiedlichen Quellen. Die Jahre bis 1923 waren dabei mit Hilfe der Stadtgeschichten von Karl-Gustav Fecht, Friedrich von Weech und Robert Goldschmit sowie der gedruckten Jahreschroniken der Stadt von 1885–1923 gut zu dokumentieren. Eine kleine, im Stadtarchiv von Emil Mangler und Ernst Schneider bearbeitete Chronik führt bis zum Jahre 1956, enthält aber vor allem für die Jahre 1923–1945 relativ wenige Daten. Das Manuskript der von Dr. Eugen Wagenmann im Auftrag der Stadt angefertigten Chronik der Stadt Karlsruhe 1924–1960 bietet weitere Daten. Ebenfalls ungedrucktes Material enthält die im Stadtarchiv geführte Chronik, die auf einer Auswertung der Tageszeitungen beruht und zeitlich an die letzte gedruckte Jahreschronik von 1923 anschließt. Als hilfreich erwies sich das seit 1977 jährlich erscheinende Tagebuch der Fächerstadt. Herangezogen wurden daneben die gedruckten Verwaltungsberichte der Stadt von 1928–1938 und die Karlsruher Adreßbücher sowie eine Reihe von Spezialuntersuchungen wie auch Fest- und Jubiläumsschriften von Firmen, Vereinen und Verbänden. Die Chronik ist so im Hinblick auf die Zuverlässigkeit der Daten ein Spiegel der Quellen, aus denen sie schöpft. Das gilt verstärkt für einen Teil der Kurzchroniken jener Stadtteile, für die noch keine verläßlichen Vorarbeiten vorliegen. Nur bei offensichtlichem Versehen oder unterschiedlichen Angaben ist die Überprüfung eines Datums in den Archivalien erfolgt.

Der Chronist sieht sich bei seiner Arbeit drei Problemfeldern gegenüber. Zum einen zwingt die Chronik dazu, geschichtliche Abläufe auf Ereignisse zu reduzieren. So muß oft gewaltsam aus prozeßhaftem Geschehen ein einzelner Tag als repräsentativ ausgewählt werden. Aus der Begrenzung des Umfangs ergibt sich zudem der Zwang zur Konzentration auf das tatsächlich Geschehene. Auf diese Weise müssen die Denkansätze und politischen Bemühungen, die zu anderen historischen Entwicklungen oder Ergebnissen hätten führen können, außerhalb des Betrachtungshorizonts bleiben.

Zum zweiten steht der Chronist vor dem Problem, daß für die jüngste Zeit eine übergroße Zahl fest datierbarer Ereignisse vorliegt, während für frühere Zeiten Ereignisse oft nur schwer zu ermitteln und zu datieren sind. Diese Ungleichgewichte der Datenmengen in den einzelnen Zeitabschnitten sind freilich bei der Entwicklung von einer kleinen Residenz- zu einer modernen Großstadt unumgänglich. In der jüngsten Vergangenheit mußte darauf geachtet werden, nicht zu viele Stationen der häufig langwierigen Planungsprozesse für Projekte aller Art aufzunehmen. Herausragendes Beispiel hierfür ist das Projekt der Nordtangente.

Zum dritten erfordert die Begrenzung des Umfangs eine Auswahl der Daten und Ereignisse. Daß dabei durch den Bearbeiter bei allem Streben nach gleichmäßiger Berücksichtigung aller Bereiche subjektive Akzente gesetzt werden, manche Benutzerwünsche und Spezialinteressen unberücksichtigt bleiben, ist unvermeidlich. Dennoch sollte diese Karlsruher Chronik alle zentralen Ereignisse enthalten und auch ein lebendiges und konturenreiches Bild der stadtgeschichtlichen Ereignisse widerspiegeln.

Stadtgeschichtsschreibung ist – so ihre Ergebnisse nicht als Zitaten- und Anekdotenschatz für Festreden mißverstanden werden – ein Arbeitsfeld, in dem die Ergebnisse vieler Wissen-

schaftsgebiete verknüpft werden. Es sind daher viele, die zu einer breit angelegten Stadtgeschichte beitragen. Mein Dank gilt an dieser Stelle all denen, die mit ihren namentlich gekennzeichneten Beiträgen ihr Fachwissen in diese Chronik eingebracht haben. Er gilt, stellvertretend für das Team des Stadtarchivs, Angelika Herkert und Angelika Sauer, die das Manuskript kritisch durchgesehen und manche Korrektur ermöglicht haben. Die dennoch wohl unvermeidlich verbliebenen Fehler sind selbstverständlich mir anzulasten. Nicht zuletzt gilt der Dank Katja Linder, die mit Sorgfalt und Präzision die Diskette für den Satz erstellt hat und den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Badenia Verlages, besonders den Herren Manfred Braun, Werner Münkel und Eckhard Schütze, für die bewährt gute Zusammenarbeit.

Chronik der Stadt Karlsruhe

Von der Residenz zum Zentrum der Technologie-Region

Nicht die Pracht mittelalterlicher Dome, prunkvoller Rats- und Patrizierhäuser oder enge, winkelige Gassen und Höfe oder eine Befestigung mit Mauern, Toren und Türmen prägen das Karlsruher Stadtbild. 1715 mitten im Hardtwald gegründet, unweit der Verbindungsstraße zwischen der Residenz Durlach und Mühlburg, folgte die Anlage der Stadt einem regelmäßigen Plan, der den Gestaltungswillen eines absolutistischen Barockfürsten widerspiegelt. Die Klarheit und Übersichtlichkeit des strahlenförmigen Grundrisses der Stadt, in dessen Mittelpunkt das Schloß steht, der offene, fließende Übergang zur Natur haben schon früh Bewunderung und Anerkennung gefunden. So stellte Heinrich von Kleist 1801 fest, die Stadt sei „wie ein Stern gebaut..., klar und lichtvoll wie eine Regel..., als ob ein geordneter Verstand uns anspräche."[1] Markgraf Karl Wilhelm von Baden-Durlach war es, der, zeitgenössischen Vorbildern folgend und sie zugleich strikt ausformend, diesen Plan faßte. 32 Alleen führten von seinem Schloßturm in den umgebenden Hardtwald. Neun von ihnen, wie das Schloß nach Süden ausgerichtet, wurden zunächst zu Straßen ausgebaut und ergaben so den vielbestaunten Fächergrundriß, der bis heute den Kern des Stadtbildes bestimmt. Franz Schnabel hat einmal treffend die ganze Stadt, ihren Grundriß und die charakteristischen Eck- und Zirkelhäuser als „Denkmal" bezeichnet.[2]

Die junge Stadt Karlsruhe hat sich von der einst kleinen Residenz im Hardtwald zur modernen Großstadt zwischen Rhein und Schwarzwald entwickelt. Sie liegt heute in einer „Städtelandschaft" im Herzen Westeuropas zwischen Basel und Frankfurt, in der drei Nationen beheimatet sind.[3] Als letzte oberrheinische Stadtgründung verfügt Karlsruhe nicht über eine ähnliche traditionsreiche Geschichte wie etwa Mainz, Straßburg oder Speyer. Die Stadt ist dennoch Teil der von einer wechselvollen Geschichte geprägten geistigen Welt des Oberrheins, die im kulturellen Kreuzungspunkt deutscher wie europäischer Geistesgeschichte liegt. Geformt von dieser Atmosphäre hat sie ihren Beitrag zur Gestaltung von Kultur und Politik am Oberrhein geleistet.[4] Ihre eigene historische Identität, ihre unverwechselbare Prägung erhielt die Stadt im wesentlichen durch die ihr bei der Gründung zugedachte zentrale Funktion. Diese behielt sie trotz aller geschichtlichen Veränderungen und politischen Umbrüche bis heute. War sie zunächst nur Residenz- und Landeshauptstadt eines „Duodezfürstentums", so wurde sie später Verwaltungs- und Kulturzentrum eines Mittelstaates. Mit der Industrialisierung wuchs der Stadt auch die Rolle eines Wirtschaftszentrums zu. Und heute, nach dem Verlust der Residenz- und Hauptstadtfunktion, gilt sie als Zentrum einer Technologie-Region mit europäischer Perspektive. Die Gründung der Stadt, Kontinuität und Wandel in ihrem Erscheinungsbild und ihrem Charakter sowie deren Abhängigkeit von äußeren Einwirkungen sollen im folgenden resümiert werden.

Die Stadtgründung im Hardtwald

Am 17. Juni 1715 zelebrierte mit der ganzen Prachtentfaltung barocker Fürstenherrlichkeit auf einer seit Januar des Jahres ausgeholzten Lichtung des Hardtwaldes Markgraf Karl Wilhelm von Baden-Durlach die Grundsteinlegung zum Bau des Schloßturms seiner neuen Residenz. In einem festlichen Zug war er mit seinem Hofstaat, den Staatsbeamten, begleitet von der Hofmusik und Einwohnern Durlachs, aus seiner gegenwärtigen Residenz gekommen. Umrahmt von Hörnerklang und Paukenschlag, nach Gebet und Ansprachen fand die eigentliche Zeremonie statt. Zuvor war eine Urkunde verlesen worden, wonach Karl Wilhelm „Sich gnädigst entschlossen habe, zu Dero künftigen Ruhe und Gemütsergötzung eine fürstliche Residenz in dem soge-

Der Stadtgründer Markgraf Karl Wilhelm

Markgräfin Magdalene Wilhelmine

nannten Hardtwald, nahe bei Mühlburg, aufzubauen", und „um dieses Vorhaben desto mehreres zu solennisieren, bei Legung des Grundsteins einen Ritterorden unter dem Namen Treue gestiftet".[5] Treue – Fidelitas – ist bis heute der Wahlspruch, den das Karlsruher Stadtwappen trägt. In respektvoller Entfernung vom Hofstaat erlebten die Untertanen das Spektakel: Durlacher Bürgerinnen und Bürger, Bauern und Mägde aus den umliegenden Hardtgemeinden und die Waldarbeiter mit ihren Familien, die sich in der nahe des Bauplatzes entstandenen Ansiedlung, dem späteren Dörfle, niedergelassen hatten. Sie alle vernahmen nichts von der Gründung einer Stadt. Auch die Akten überliefern zu den Motiven des Markgrafen zur Planung und Anlage der Residenz und Stadt nur spärliche Zeugnisse. Diese Ungewißheit hat die Historiker zu zahlreichen Vermutungen veranlaßt.[6]

Karl Wilhelm, darin besteht Einigkeit, war, wie viele Fürsten damals, darunter auch seine Nachbarn in Stuttgart und Baden-Baden, von dem Wunsch nach einer weitläufigen Residenz im Geschmack der an Versailles orientierten Zeit erfüllt. In Durlach war dieser Wunsch allerdings aus verschiedenen Gründen nicht zu realisieren. Die mittelalterliche Stadtanlage, am Bergrand gelegen und umgeben von damals sumpfigem Gelände, bot keine Möglichkeit für einen Ausbau, der die absolutistischen Vorstellungen von der Allmacht des Fürsten widergespiegelt hätte. Auch die Leidenschaft des Markgrafen für die Gärtnerei und die Jagd stieß am alten Residenzort auf natürliche Grenzen. Zudem waren 1714 die Bemühungen des weitgereisten und gebildeten Markgrafen, seine 1689 von den französischen Truppen niedergebrannte Residenz in Durlach auszubauen und die Stadt Durlach zu vergrößern, gescheitert. Die leeren Staatskassen und der dauerhafte Widerstand der Durlacher gegen zusätzliche Lasten verhinderten die damit angestrebte Förderung von Handel und Ge-

werbe. Und schließlich mag den Markgrafen seine barocke, den Frauen zugewandte Lebenslust darin beflügelt haben, abseits von Durlach und seiner Ehefrau ein „Lust-Hauß", wie das Schloß im Gründungsaufruf genannt wurde, zu bauen.

Voraussetzung für die Planungen des Markgrafen war die Beendigung langanhaltender kriegerischer Auseinandersetzungen, die den Oberrhein immer wieder zum Kriegsschauplatz machten. Am 6. März 1714 beendete der Friedensschluß von Rastatt den Spanischen Erbfolgekrieg. Gleich danach ließ der Markgraf den Bau eines schon 1712 vorgesehenen Jagdhauses mit Wildpark, des späteren Fasanengartens, beginnen. Friedlichere Zeiten bahnten sich gleichzeitig im Verhältnis zur baden-badischen Markgrafschaft an, mit der ein Vertrag über die Vereinigung der Markgrafschaften beim Aussterben einer der beiden badischen Linien ausgehandelt wurde. Auch wenn die Verhandlungen erst 1765 endgültig zum Abschluß kamen, rechtfertigte die neue Lage 1715 doch den Bau einer Residenz unmittelbar an der Grenze zu Baden-Baden.

Anders als manche Fürsten seiner Zeit plante und baute Karl Wilhelm seine Residenz aber nicht als befestigte Stadt. Er sah nicht einmal eine Bauweise aus Stein vor. Man kann aus der offenen, für eine Verteidigung denkbar ungeeigneten Anlage der Stadt zwar folgern, sie biete das Bild einer Stadt des Friedens. Gleichwohl hatte diese Planung auch profanere Gründe. Das Land war arm, und es blieb wohl auch ein Rest von Mißtrauen in die Dauerhaftigkeit des Friedens. Der Markgraf selbst soll 1730 – also kurz bevor er wegen des Polnischen Erbfolgekrieges von 1733 bis 1736 in Basel residierte – auf die Frage, warum seine Stadt nicht stabiler erbaut sei, bemerkt haben: „Baute ich von Backsteinen, so würde es mich unendlich mehr gekostet haben und ich hätte meine Bauten nicht beendigen können, ohne eine außerordentliche Steuer aufzuerlegen. Ich hätte lange Zeit gebraucht und vielleicht nie die Freude gehabt, das Ende meiner Arbeit zu sehen. Ein anderer Grund liegt darin, daß die Lage meines Landes es leicht zum Schauplatz eines Krieges werden läßt. Ich bin aber nicht im Stande, aus dieser Residenz einen festen Platz zu machen. Ja, ich würde ihn nicht einmal mit einer Mauer umgeben können. Scheint es Ihnen hiernach wohl vernünftig, wenn ich viel Geld ausgegeben hätte für einen Ort, welchen ich abbrennen sehen könnte, wie ich mein Schloß in Durlach und meine anderen Schlösser brennen sah, welche durch die Franzosen angezündet worden? Ich bin ein kleiner Fürst, habe mein Hofwesen nach den Kräften meines Landes bestellt und ziehe es vor, daß man von mir sagen werde, ich wohne schlecht, habe aber keine Schulden, als wenn man von mir sagen müßte, ich besäße einen prächtigen Palast, sei aber verschuldet."[7]

Damit ist aber noch keineswegs erklärt, wann und warum der Markgraf sich entschloß, bei seiner neuen Residenz auch eine Stadt zu gründen. Nach seinen überlieferten Äußerungen entstand die Stadt praktisch gegen seinen Willen. Im Gründungsaufruf des Jahres 1715 ließ er mitteilen, er wollte ursprünglich die „Friedenszeiten in etwas einsamer Ruhe . . . genießen", gedenke nun aber, „um die Annehmlichkeit der Situation durch die Leutseeligkeit zu vermehren, verschiedene nutz- und ehrbare Gewerbe, Manufacturen und Handtierungen allda einzuführen".[8] Und 1728 verkündeten Tafeln am Schloßportal, daß, gegen des Markgrafen Absicht, das Volk herbeigeströmt sei und „baute, was du hier siehst".[9] Womöglich liegen hier die Wurzeln der Legende von der im Traum von einem jagdmüden, absolutistischen Fürsten geschauten Gründung einer Residenzstadt.

Aus der historischen Situation der Jahre 1714/15 ergeben sich jedoch für die Handlungsmotive des Markgrafen realistischere Erklärungen als seine Selbststilisierung als weltabgewandter Herrscher. Mit dem Frieden stellte sich das dringliche Gebot, die Wirtschaft des Landes zu beleben, seine Einnahmen durch Förderung von Gewerbe und Handel zu steigern. Hierfür hatte der Markgraf im Januar 1715 mit Johann Georg Förderer von Richtenfels einen Vertreter der merkantilistischen Wirtschaftspolitik in badische Dienste gestellt.

Die Gründungslegende: Der jagdmüde Markgraf schaut im Traum die „Fächerstadt"

Unter Förderers Einfluß entstand dann der Entschluß, bei der Residenz auch eine Stadt zu gründen. Mit ihr sah er die Möglichkeit, die Wirtschaft des Landes zu beleben. So ist der Pomp bei der Grundsteinlegung ein Hinweis darauf, daß bereits mehr beabsichtigt war als nur der Bau eines „Lusthauses". Am gleichen Tag forderte der Markgraf Vorschläge für den Bau modellmäßiger Häuser, und kurz darauf erhielt Förderer den Auftrag, Stadtprivilegien auszuarbeiten.[10]

Wurzelte die Anlage der Residenz noch ungebrochen in den statischen Denkmustern des Absolutismus, so zeigte sich in der Besiedelungspolitik der angegliederten Stadt etwas von jenem neuen Zeitgeist, der eine aktive Steuerung wirtschaftlicher Entwicklungen als möglich erachtete. Mit den am 24. September 1715 veröffentlichten Privilegien sollten Gewerbe- und Handeltreibende zur Ansiedlung veranlaßt werden. Dies geschah mit Erfolg, der durch die Ankündigung der Verlegung der Residenz von Durlach nach Karlsruhe am 19. Juli 1717 verstärkt wurde. Die Neugründung war nun de facto Residenz- und Hauptstadt und wurde so auch in dem neugefaßten Privilegienbrief von 1722 bezeichnet.[11]

Das Residenzstädtchen im 18. Jahrhundert

In der Aufbauphase der Residenz zogen die Privilegien eine Bevölkerung an, deren Herkunft und Temperamente sehr gemischt waren. Zwar lagen die Herkunftsgebiete der Aufbaugeneration hauptsächlich im Südwesten, eine große Zahl der Einwohner stammte aus Durlach oder Mühlburg, aber neben Badenern, Elsässern und Württembergern waren auch aus Sachsen oder dem Vogtland, aus der Schweiz, aus Italien oder aus Polen Handwerker und Händler als Siedler gekommen. Mit der Verlegung der Residenz von Durlach nach Karlsruhe 1718 kam es durch den Zuzug der Beamten zu einer Änderung in der sozialen Zusammensetzung der Karlsruher Bürgerschaft. In ihrer Berufsgliederung glich die

Stadt 1720 einer Gewerbestadt mit einem Schwerpunkt im Bau- und Nahrungsgewerbe. Handel und Gewerbe blieben jedoch entscheidend von der Existenz des Hofes, der Behörden und der kleinen Garnison abhängig, sie konnten sich nur im Rahmen der Erfordernisse dieser Gesellschaft entfalten. Deren Bedürfnisse formten die Lebensgrundlage der Stadt, bestimmten ihren Lebensrhythmus.[12] Anfangs wuchs die Stadt rasch und erreichte bis 1720 etwa 2000 Einwohner, dann stagnierte die Entwicklung. In den folgenden 50 Jahren stieg die Einwohnerzahl nur um 80 Prozent auf etwa 3 600. Es blieben daher auf lange Zeit große Baulücken im Stadtgebiet. Der Idealplan des Stadtgründers erreichte, anders als zeitgenössische Abbildungen das vorspiegeln, nicht seine Vollendung. Auch die von Karl Wilhelm vorgesehene ständisch abgestufte Besiedelung der Stadt, wonach am Rande des Schloßbezirks die Adligen und höchsten Würdenträger in zweigeschossigen Häusern mit durchgehenden Arkaden zum Schloß hin, in den Radialstraßen die Beamten und an der Langen Straße in eingeschossigen Modellhäusern die Händler und Handwerker wohnen sollten, konnte so nie verwirklicht werden. Vielmehr setzte sich hier das ökonomische Prinzip durch. Wer es sich leisten konnte, Adliger, jüdischer Händler oder Wirt, baute die kostspieligeren Häuser am Schloßbezirk. Jenseits der Langen Straße im Südosten siedelten mehr oder weniger ungeordnet die Hintersassen, Bauarbeiter, Krämer und Taglöhner im sogenannten „Dörfle".

Der Eindruck, den Karlsruhe in der Gründungszeit auf Besucher machte, war zwiespältig. Freundliche Reisende schilderten es als die „rothe Stadt"[13], die mit ihren kleinen einheitlich angestrichenen Häuschen an die roten Backsteinbauten holländischer Dörfer erinnere. Tatsächlich aber dürfte die junge Residenz eher ärmlich gewirkt haben. Die Straßen waren nicht gepflastert und schmutzig, da die Bürger ihren Unrat einfach vor die Häuser warfen, eine nächtliche Straßenbeleuchtung gab es nicht. Jenseits der Bebauung südlich der Mühlburger bzw. Langen Straße lagen hinter den beiden Kirchen die Friedhöfe und hinter den Häusern Gärten, die der offene Landgraben durchfloß. Ein Palisadenzaun, unterbrochen durch vier hölzerne Haupttore und zahlreiche kleinere Pforten, die den Zugang zu den Gärten und Feldern öffneten, umgab die Stadt. Die Hofhaltung des Stadtgründers blieb eher sparsam und bescheiden. Karl Wilhelm widmete sich der Landesverwaltung und betrieb seine Liebhabereien, die Gärtnerei, insbesondere die Tulpenzucht, und die Jagd. Aufsehen erregte er lediglich dadurch, daß er zahlreiche junge Mädchen und Frauen als Sängerinnen, Tänzerinnen und Gärtnerinnen zu seinem Zeitvertreib beschäftigte.[14]

Die Lage der Residenz etwas abseits wichtiger Handelswege und fern energiespendender Wasserläufe verhinderte ein Aufblühen der Stadt, ließ ihre Überlebensmöglichkeiten gering erscheinen. Dies war dem Stadtgründer offensichtlich bewußt, denn er tat einiges, um das Vertrauen der Bürger in die Sicherheit ihrer Existenz in der Stadt zu stärken. So verpflichtete er im Privilegienbrief von 1722 auch seine Nachfolger und seine Räte zur Fürsorge für seine Gründung, und er ließ sich, abweichend von der Familientradition, hier unter der Konkordienkirche, in einer Gruft, über der sich heute die Pyramide erhebt, bestatten. Zwischen seinem Tod 1738 und dem Beginn der Regentschaft seines Enkels Karl Friedrich 1746 lebte die Stadt dennoch in der Ungewißheit über ihr weiteres Schicksal. Der in Durlach unter der Obhut seiner Großmutter aufgewachsene Karl Friedrich entschied sich erst 1749/50 dafür, die Residenz in Karlsruhe beizubehalten. Er beschloß, das mit viel Holz errichtete Schloß aus Stein neu zu bauen und auch für die Bürgerhäuser ein neues steinernes Modellhaus vorzuschreiben.[15] Damit veranlaßte Karl Friedrich die Umwandlung der schon leicht heruntergekommenen Gründung seines Großvaters in eine gut ausgebaute, dauerhafte Stadt.

Es bedurfte jedoch äußerer historischer Ereignisse, um dem durch Karl Friedrich eingeleiteten Ausbau der Residenzstadt neue Impulse zu geben. Im Jahre 1771 trug die Vereinigung der

beiden badischen Markgrafschaften, die mit dem Erbvertrag von 1765 geregelt worden war, zu einer Vermehrung der Aufgaben der Landesverwaltung und zu einem beschleunigten Bevölkerungswachstum bei. Im Jahre 1801 lebten etwa 8 700 Menschen in der Stadt, 5 100 mehr als 1771. Die Baulücken innerhalb des Fächers waren inzwischen, abgesehen vom inneren Zirkel, an dem die Hintergebäude der Häuser des Schloßzirkels standen, weitgehend bebaut. Eine Stadterweiterung erwies sich als notwendig. Seit 1764 begann die Planung der Ausdehnung nach Süden durch Verlängerung der Radialstraßen und durch die Anlage der späteren Zähringerstraße, aber auch durch den Ausbau der Langen Straße nach Osten und Westen. Dazu wurden die Stadttore verlegt. Weitergehende Planungen befaßten sich mit dem Ausbau des Marktplatzes, skizziert wurden der Rondellplatz und die Spital- und Erbprinzenstraße.[16]

Karl Friedrich ging es beim Ausbau der Stadt aber nicht allein darum, die wachsende Bevölkerung unterzubringen, sondern auch um eine repräsentative Ausgestaltung seiner Residenz. Mit dem Archiv- und Kanzleigebäude am Zirkel und dem Neubau der Kleinen Kirche sowie verschiedenen Bauten am Linkenheimer Tor wurde dem Rechnung getragen. Ein anderer Aspekt des Ausbaus betraf die hygienischen und sanitären Maßnahmen: Die Straßen wurden gepflastert, ein Abwasserkanal in der Langen Straße angelegt und eine Straßenbeleuchtung mit Öllampen eingeführt.

Sämtliche Impulse zum Ausbau der Residenz waren vom Hof, von Markgraf Karl Friedrich und seinen Beratern – darunter nicht zuletzt die Markgräfin Karoline Luise – ausgegangen. Karl Friedrich erwarb seinem Hof schnell einen Ruf, der der Bedeutung seines immer noch kleinen Landes weit voraus war. Er galt als eines der herausragenden Beispiele für einen aufgeklärten, absolutistischen Fürsten. Das spiegelt sich besonders in der Aufhebung der Folter 1769 und der Leibeigenschaft 1783 wider. Das Fürstenpaar begründete darüber hinaus den Ruf der Karlsruher Residenz als „Musenhof". Bedeutende Denker, Dichter und Musiker wie Voltaire, Herder, Lavater, Goethe, Klopstock, Gluck und Wieland zählten zu ihren Gästen. Sie erörterten die Gründung einer Universität, förderten aktiv Bildungseinrichtungen unterschiedlichster Art, darunter eine Architektonische Zeichenschule, und mit mäßigem Erfolg die heimische Wirtschaft. Sie sorgten sich um die Unterstützung der Armen und die Betreuung von Kranken, was in Karlsruhe zum Bau eines Spinnhauses sowie eines Bürger- und Militärhospitals führte. Die kunstsinnige und naturwissenschaftlich interessierte Markgräfin schuf mit ihrem „Mahlerey Cabinett" und dem Naturalienkabinett den Grundstock für die Kunsthalle und die naturkundlichen Sammlungen. Der betont sparsame und zurückhaltende Lebensstil am Karlsruher Hof, der gleichwohl auf eine zeitgemäße Repräsentation nicht verzichtete, ließ die Atmosphäre eher nüchtern und bürgerlich erscheinen.[17] Dem entsprach, daß die Stadt am Ende des Jahrhunderts nach wie vor ein kleines, von der Residenz abhängiges Gewerbestädtchen war, in dem eine bürgerliche Oberschicht kaum existierte. Bestenfalls waren erste Ansätze für ein ökonomisch unternehmungsfreudiges und gesellschaftlich wie politisch aufgeschlossenes Bürgertum zu erkennen.[18]

Von der Fürstenresidenz zur Bürgerstadt

Das 19. Jahrhundert begann für die badische Markgrafschaft mit einer etappenweisen Vergrößerung zwischen 1802 und 1806, die das nun vom Bodensee bis zum Main reichende Land um das Fünffache und seine Bevölkerung um das mehr als Vierfache auf etwa eine Million Einwohner vermehrte. Baden wurde 1803 Kurfürstentum und 1806 Großherzogtum. Für Karlsruhe bedeutete dies zunächst das Bangen um den Verbleib der Residenz in der Stadt. Schon bei der Vereinigung der Markgrafschaften 1771 hatte es kurzfristig eine Debatte um eine Verlegung nach Rastatt gegeben. 1802/03 meldete nun die Stadt Mannheim als größte Stadt des Landes Ansprüche auf den Sitz der Residenz an. Karl Friedrich sah sich

Markgraf Karl Friedrich herrschte in Baden von 1746 bis zu seinem Tod im Jahre 1811. Während seiner Regentschaft entstand aus der Markgrafschaft das Großherzogtum Baden

daher veranlaßt, entsprechende Umzugsgerüchte zu dementieren. Die Niederlassung des 1806 mit Stephanie de Beauharnais vermählten Kurprinzen Karl in Mannheim und die Absicht von Markgräfin Amalie, nach Bruchsal zu übersiedeln, schürten erneut die Unruhe in Karlsruhe. Hier wußte man um die Konsequenzen, die ein Verlust der Residenzfunktion zu dieser Zeit nach sich gezogen hätte.[19] Der Freiburger Staatsrechtslehrer und spätere liberale Politiker Karl von Rotteck hatte es etwa zu dieser Zeit auf den Punkt gebracht: „Wenn der Hof nicht wäre, müßten die Einwohner verhungern, da sie weder Fabriken noch Akkerbau haben."[20] Eine Feststellung, die von dem Befund Theodor Hartlebens aus dem Jahre 1815, wonach von den acht „Fabriken" nur drei über 50 Beschäftigte hatten, bestätigt wird.[21] Freilich läßt sich die Frage nach der tatsächlichen Entwicklung der Stadt bei einer Residenzverlegung nicht beantworten. Die Gefahr war gebannt, als Großherzog Karl mit seiner Gemahlin beim Antritt seiner Regentschaft 1811 von Mannheim in das Karlsruher Schloß übersiedelte. Auch die schwierige Phase der Verhandlungen des Wiener Kongresses 1814/15 und der Erbfolgeregelung von 1817, die den Nachkommen der zweiten Frau Karl Friedrichs die Thronanwartschaft sicherte, gingen ohne Folgen für Baden und die Residenz vorüber. Den unveränderten territorialen und politischen Verhältnissen der folgen-

Karoline Luise von Hessen-Darmstadt, seit 1751 Markgräfin von Baden-Durlach, an der Staffelei im Jahre 1745

den Jahrzehnte verdankte die Stadt nicht zuletzt ihre Aufwärtsentwicklung.

Der direkte Zusammenhang zwischen dem Ausbau der Stadt und äußeren Ereignissen, schon 1771 offenkundig, wurde mit der Schaffung des Großherzogtums noch einmal deutlich. Nicht die Bäume des Hardtwaldes wuchsen über den Ruinen der Stadt zusammen[22], sondern die kleine Residenz mauserte sich binnen kurzem zur Hauptstadt eines Mittelstaates. Die Zunahme der Verwaltungsaufgaben und die gleichzeitige Schaffung eines modernen bürokratischen Staatsapparates waren in der Landeshauptstadt zu bewältigen. Der Bedeutungszuwachs der Hauptstadt schlug sich in einem schnellen Bevölkerungswachstum nieder. Zwischen 1801 und 1815 verdoppelte sich die Einwohnerzahl beinahe auf über 15 000. Die erneute Verdoppelung auf 30 000 dauerte dann fünfzig Jahre.[23]

Zentralitätsgewinn, Bedeutungszuwachs und Bevölkerungsvermehrung folgte zunächst eine regere Bautätigkeit, als sie die Stadt jemals zuvor erlebt hatte.[24] Mit dem in Karlsruhe geborenen Friedrich Weinbrenner gewann Markgraf Karl Friedrich den Baumeister, der Karlsruhe sein klassizistisches Gepräge gab. Hatte der Stadtgründer der Stadt den Fächergrundriß gegeben, so schuf Weinbrenner die heute noch das Bild der Stadt bestimmende Mittelachse vom Schloß über den Markt- und Rondellplatz zum Ettlinger Tor.

Sie war gesäumt von seinen Bauten, u. a. dem Rathaus und der evangelischen Stadtkirche und als Abschluß dem Ettlinger Tor. Die zentrale Anlage, den Marktplatz, konzipierte er als bürgerliches Gegenstück zum höfischen Schloßplatz, und dort schuf er über der Gruft des Stadtgründers die Pyramide. Von Weinbrenner stammen auch die Pläne zur westlichen Stadterweiterung bis zur heutigen Reinhold-Frank-Straße, an deren Realisierung bis in die 1850er Jahre noch gebaut wurde. Zu dieser Zeit beschloß die Stadt dann Pläne zu einer neuen Stadterweiterung im Süden jenseits der inzwischen gebauten Bahnlinie und des Hauptbahnhofs. Hierbei verließ man das vom Stadtgründer vorgegebene, inzwischen eher zur Fessel gewordene System der Radialstraßen. Die seit den 1860er Jahren bebaute Südstadt erhielt, wie auch die meisten späteren Stadtteile, einen quadratisch angelegten Grundriß.[25]

Die bauliche Erweiterung der Stadt war auch ein Spiegel der beginnenden Wandlung von der Fürstenresidenz zur Bürgerstadt. Zögerlich begann sich eigenständiges bürgerliches Bewußtsein zu entwickeln. Es entstanden kulturelle Vereine wie die Museumsgesellschaft, die Loge oder der Kunstverein und andere, die bald auch ein breiteres Publikum ansprachen.[26] Die Handeltreibenden, auch in Karlsruhe waren seit dem Ende des 18. Jahrhunderts größere Handels- und Bankhäuser entstanden, schlossen sich zu einer Handelskammer zusammen. Es bildete sich eine breitere ökonomische Führungsschicht in der Stadt heraus, die nicht mehr durch Wirte oder Handwerker geprägt war.[27] Schließlich entließ die Gemeindeordnung von 1831 die Stadtverwaltung aus der staatlichen Bevormundung und gab dieser neuen Stadtelite die Möglichkeit zur Mitgestaltung und -bestimmung der städtischen Entwicklung.[28] Von außerordentlicher Bedeutung für die Bildung politischen Bewußtseins wurde die badische Verfassung von 1818 und die ihr folgende Konstituierung des Parlaments, das in Karlsruhe seit 1822 im ersten Parlamentsbau Deutschlands, dem Ständehaus, tagte. Die hier in Karlsruhe geführten Diskussionen um die Rechte des Volkes machten das Ständehaus zum Kristallisationskern einer politischen Öffentlichkeit. In der Revolution der Jahre 1848/49, in deren Verlauf in Karlsruhe die erste republikanische Regierung in Deutschland ihren Sitz hatte, stand die Mehrheit der Karlsruher dennoch auf der Seite des Großherzogs.[29] Man war sich bewußt, welche Rolle der Hof für das Wohlergehen der Stadt spielte. Seit dem Ende der 1850er Jahre entstanden Zeitungen der verschiedensten Parteirichtungen, die am Sitz des Parlaments erschienen und Karlsruhe zu einem Pressezentrum machten.

Karlsruhe blieb zunächst, trotz der Entwicklung bürgerlichen Bewußtseins, eine Stadt, in welcher der Hof, die Beamtenschaft und die Garnison das Leben bestimmten. Das zeigte sich besonders deutlich in ihrer Funktion als kulturelles Zentrum des neugeschaffenen Großherzogtums. Theater, bildende Kunst und Wissenschaft verdankten ihr Aufblühen in erster Linie der Initiative, dem Interesse und der Förderung durch den Hof. Das Hoftheater, 1808 in einem von Weinbrenner geplanten Theaterbau untergebracht, erlebte nach dem Brand von 1847 und der Einsetzung eines Fachintendanten in dem 1853 nach Plänen von Heinrich Hübsch errichteten Neubau den Höhepunkt seiner Entwicklung. Der Intendant Eduard Devrient und der Kapellmeister Hermann Levi wie der Generalmusikdirektor Felix Mottl führten das Karlsruher Hoftheater in seine glanzvollste Epoche etwa zwischen 1860 und 1900.

Die Stadt genoß in dieser Zeit den Ruhm eines „Klein-Bayreuth".[30] Die laufend erweiterte großherzogliche Kunstsammlung, 1806 erstmals für die Öffentlichkeit zugänglich, erhielt 1845 einen repräsentativen Neubau, den ebenfalls Heinrich Hübsch geplant hatte. 1854 gründete Großherzog Friedrich I. die Kunstschule, die spätere Akademie der Bildenden Künste. Sie zählte bald zu den besten in Deutschland. Gustav Schönleber, Hans Thoma, Wilhelm Trübner und Ludwig Dill prägten die Glanzzeit am Ende des 19. Jahrhunderts.[31] Johann Peter Hebel und Viktor

Großherzog Friedrich I. und Großherzogin Luise

von Scheffel verschafften Karlsruhe am Anfang und in der Mitte des Jahrhunderts literarisches Ansehen.

Andere als repräsentative Überlegungen veranlaßten 1825 die Gründung eines Polytechnikums, der späteren Technischen Hochschule und heutigen Universität. Zur Sicherung der Einheit des Landes war es u. a. notwendig, ein leistungsfähiges Verkehrsnetz zu schaffen. Dafür sollten die erforderlichen Fachleute besonders ausgebildet werden, was nicht an den beiden nun badischen Landesuniversitäten Heidelberg und Freiburg, sondern an dem neuen Polytechnikum in der Residenz geschehen sollte. Gelehrte wie Tulla, Redtenbacher, Grashof, Weltzien, Engler, Bunte, Hertz und Haber begründeten und festigten den Ruf der ersten deutschen Technischen Hochschule. Die Leistungen herausragender Absolventen wie Robert Gerwigs oder des Mühlburgers Carl Benz bestätigten ihn. Heinrich Hübsch schuf 1836 das erste Universitätsgebäude, in dem einige Karlsruher Industrielle des 19. Jahrhunderts ausgebildet wurden und aus dem die 1864 geschaffene Landesgewerbehalle nicht unwesentliche Impulse erhielt.[32] Zentrale Funktion gewann die Stadt zunehmend auch als Kongreß- und Ausstellungsstadt: erste Industrieausstellung 1838, erster Kongreß deutscher Naturforscher und Ärzte 1858, erster internationaler Chemikerkongreß 1860.

Die Abhängigkeit der Stadt vom Hof, von ihrer Funktion als Residenzstadt zeigte sich auch in ihrer Sozial- und Erwerbsstruktur. Mit dem Zuzug zahlreicher Staatsbeamter und ihrer Haushalte sowie der Vergrößerung der Garnison, für die im Osten wie im Westen der Stadt neue Kasernen gebaut wurden, wandelte Karlsruhe sich von einer Gewerbe- zu einer Beamtenstadt. Im Jahre 1815 betrug der Anteil der beim Hof, beim Staat oder beim Militär Beschäftigten und ihrer Angehörigen deutlich über 50 Prozent der Einwohner. Er sank bis 1858 auf knapp 40 Prozent.[33] Dennoch wurden in dieser Zeit, der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die Grundlagen geschaffen, auf

denen letztlich die Entwicklung Karlsruhes zur modernen Großstadt ruht. Die Rheinregulierung, von Johann Gottfried Tulla geplant und 1817 begonnen, führte zur Anbindung der Stadt an den Rhein. Zu diesem Zweck wurde der Maxauer Hafen ausgebaut und 1862 die Bahnlinie Karlsruhe–Maxau eröffnet. Für die Stadtentwicklung gingen davon zunächst keine wesentlichen Impulse aus. Weit größere Bedeutung hatte die Einweihung des Hauptbahnhofs 1843. Die Entstehung eines Schienennetzes machte den bisherigen Standortnachteil der Residenzstadt wett. Auf den „Gleisen des Fortschritts", wie die Eisenbahnlinien auch genannt wurden, begann die in die Stadtentwicklung tief eingreifende Industrialisierung in Karlsruhe. Unmittelbar vor dem Ettlinger Tor entstand das erste Industriegebiet mit der Maschinenfabrik Keßler & Martiensen und der Waggonfabrik Schmieder & Mayer.[34]

Auf dem Weg zur Großstadt

Die frühe Industrialisierung Karlsruhes hatte das Erscheinungsbild der Residenz und ihrer Gesellschaft nur allmählich verändert. Mit dem Einsetzen der Hochindustrialisierung nach der Reichsgründung wurde auch die Residenzstadt von deren gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Dynamik erfaßt. Im Zeichen des Bevölkerungswachstums, der Urbanisierung und der Industrialisierung erlebte die Stadt im 19. Jahrhundert eine zweite tiefgreifende Veränderung der äußeren und inneren Verhältnisse.[35]

Die Bevölkerung wuchs auch in Karlsruhe explosionsartig, die Stadt wurde 1901 mit 100 000 Einwohnern Großstadt. Dieses Wachstum entstand zu über 50 Prozent durch die deutsche Binnenwanderung.[36] Bei alteingesessenen Bürgern mag dies Abwehrreaktionen gegen die Fremden, die zum Teil auch gar nicht seßhaft wurden, ausgelöst haben. Man sah ökonomische Interessen bedroht und befürchtete den Verlust der gewohnten Lebensumstände. Andererseits waren diese neuen Bewohner der Stadt notwendig für deren wirtschaftlichen Aufschwung. Die alten und die neugeschaffenen Fabriken benötigten Arbeitskräfte und sogen diese von nah und fern an. Zu den schon früher gegründeten Firmen wie der Keßlerschen Maschinenfabrik, die nach finanziellen Schwierigkeiten seit 1852 als Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe AG weitergeführt wurde, der Eisenbahn-Hauptwerkstätte oder der Waggonfabrik Schmieder & Mayer traten neue Fabriken. Kleine Betriebe wuchsen zu Weltunternehmen, wie z. B. die Parfümeriefabrik Wolff & Sohn. Die Eisengießerei Seneca hatte ihren Sitz in Mühlburg, sie fertigte 1891 die Hirschbrücke. Weltruf erlangten die Firmen Haid & Neu und Junker & Ruh, die zunächst beide Nähmaschinen produzierten. Junker & Ruh stellte später auf die Produktion von Herden und Öfen um. Schließlich entstand neben anderen die Deutsche Metallpatronenfabrik, seit 1897 Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik, der über lange Zeit größte Arbeitgeber in der Karlsruher Industrie. In Durlach gründete Georg Sebold die spätere Badische Maschinenfabrik Durlach, wo auch die Nähmaschinenfabrik Gritzner eröffnet wurde. Wichtigster Karlsruher Industriezweig wurde die Metall- und Maschinenbauindustrie, die einen hohen Spezialisierungsgrad erreichte. Mehr als ein Viertel der 1907 etwa 43 000 Arbeiter verdienten hier ihren Lebensunterhalt. Größere Bedeutung hatte daneben die Nahrungsmittelindustrie mit den Brauereien an der Spitze. 1909 gab es nach einem Konzentrationsprozeß immer noch zehn Brauereien, u. a. Hoepfner, Moninger, Printz, Schrempp und Sinner. Die Firma Sinner braute nicht nur Bier, sondern stellte auch Grundstoffe für Nahrungsmittel wie Preßhefe und Spiritus her.

Es liegt auf der Hand, daß mit der industriellen Entwicklung der Stadt sich auch ihre Erwerbsstruktur änderte. Nach den von Gottfried Gassert aus den Zahlen von 1907 errechneten Werten konnte Karlsruhe als Industriestadt bezeichnet werden.[37] Im städtetypologischen Schema von Gassert gehörte sie dabei zur Untergruppe der „gemischten Maschinenbau- und Rentner-/Beamten-/Militärstädte".

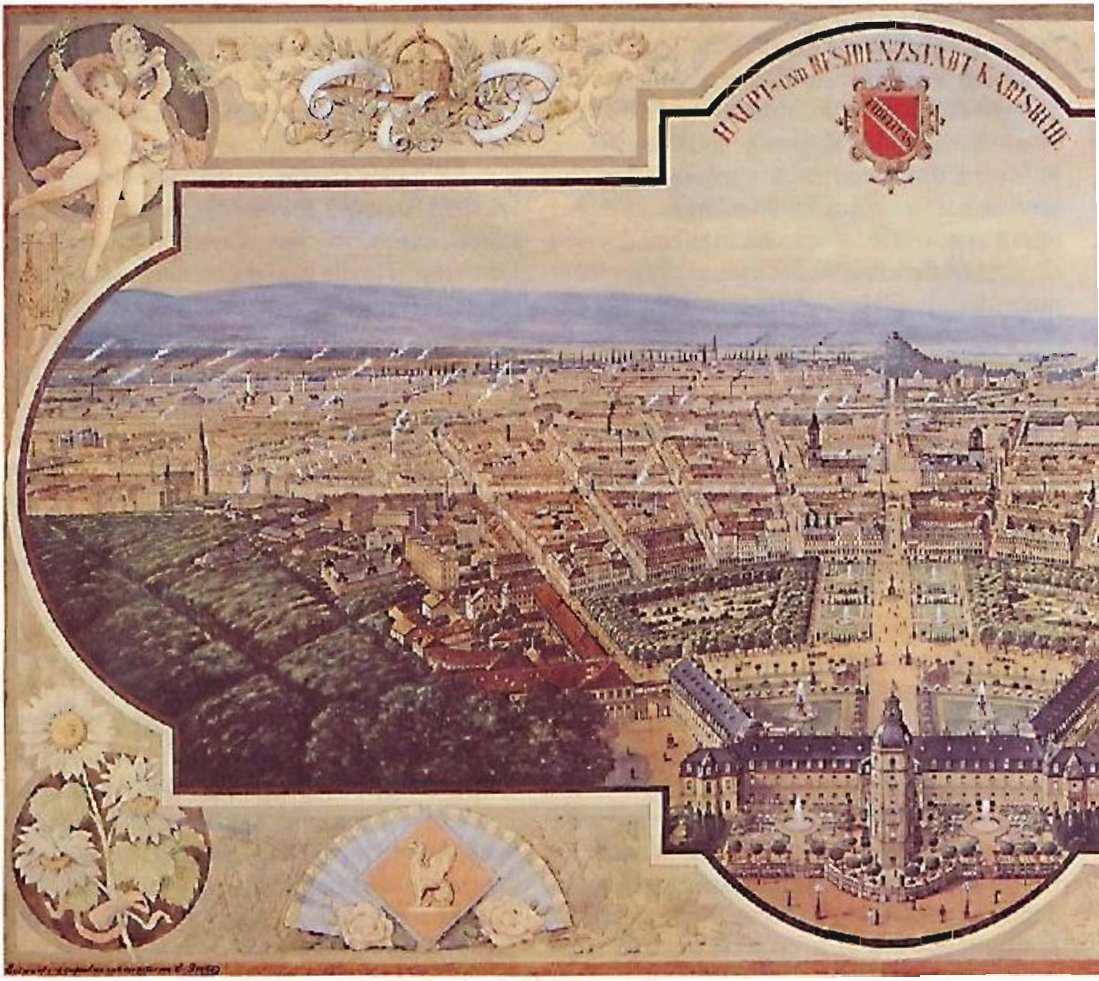
Das Schicksal einer so strukturierten Stadt hing dann freilich nicht mehr einzig und allein von ihrer Funktion als Residenzstadt ab. Im Selbstverständnis der Industrie- und Handelskammer hatte sich Karlsruhe 1911 „aus einer mittleren Provinzial- und vorwiegenden Beamtenstadt" zu einer Stadt entwickelt, in der durch den Ausbau von Industrie, Handel und Gewerbe die einseitige Orientierung einem mehr harmonischen Verhältnis der Berufsstände gewichen sei. Auf dieser Linie liegt auch die Feststellung des gleichen Jahres, wonach die Tatsache, daß Karlsruhe Großstadt geworden sei, „im gesellschaftlichen Leben noch wenig in die Erscheinung trete".[38]

Bevölkerungswachstum und Industrialisierung stellten die Stadtverwaltung, die 1870 und 1874 durch die Gemeinde- bzw. Städteordnung umstrukturiert worden war, vor neue Anforderungen und Herausforderungen.[39] Es galt, Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung zu betreiben. Oberbürgermeister Wilhelm Lauter sowie sein Stellvertreter und 1892 auch sein Nachfolger Karl Schnetzler widmeten sich diesen Problemen mit Ideenreichtum und Tatkraft. 1890 und 1899 wurden im Osten vor dem Durlacher Tor und im Westen im Bannwaldbezirk neue Industriegebiete erschlossen. Im Osten bauten Wolff & Sohn, Haid & Neu sowie Hoepfner, im Westen siedelten sich Vogel & Schnurmann, die Gesellschaft für elektrische Energie, Junker & Ruh und die Maschinenbaugesellschaft an. An der Gartenstraße baute die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik neu. Die Anlage des großzügigen Rheinhafens, der Karlsruhe zur Stadt am Rhein machte, wurde 1901 in Betrieb genommen. Dort entstand ein weiteres leistungsfähiges Industriegebiet. Parallel dazu wuchs die Wohnbebauung. Im Osten wies die Stadt vor dem Durlacher Tor ein neues Quartier aus. Der Ausbau der Südstadt und der Weststadt ging voran. Die Südweststadt konnte nach Geländeerwerb von Beiertheim erschlossen werden. Die Eingemeindung von Mühlburg 1886 ermöglichte weiteres Wachstum im Westen. Dort wurden Kasernenbauten und die Kadettenanstalt entlang der Moltkestraße zu den Vorreitern der Wohnbebauung.[40]

Die Stadterweiterung war zugleich verbunden mit einer Funktionsteilung der Stadtviertel. Die Südstadterweiterung stellte in einer dichten Bebauung mit Mietskasernen Wohnraum für die Arbeiter des ersten Industriegebiets vor dem Ettlinger Tor und der Eisenbahnwerkstätten bereit. Auch im Osten folgte vor dem Durlacher Tor die Wohnbebauung der Verlagerung der Industrie in die Stadtrandgebiete. Im Süden der Kaiserallee nahe dem städtischen Gewerbehof und Firmen wie Junker & Ruh hatte sich ein Arbeiterviertel gebildet. Im Norden der Kaiserallee wuchs dagegen ein Villenviertel der Ober- und Mittelschicht. Im alten Viertel der Innenstadt begann sich mit Verwaltungen, Dienstleistungen und Kaufhäusern die City zu bilden.

Die Ausdehnung der Karlsruher Stadtfläche und damit das Wachstum zur Großstadt war nur durch Geländeerwerb und Eingemeindungen möglich. Bürgermeister Schnetzler forcierte schon früh die Eingemeindungspolitik, um den Geburtsfehler der Stadt, die zu kleine Gemarkung, zu korrigieren. Aber erst nach seinem Tod konnte die Stadt über eine Gemarkungsfläche verfügen, die dem Durchschnitt deutscher Großstädte entsprach. Sechs Umlandgemeinden und anderes Gelände mußten dafür eingemeindet werden.[41]

Der Wandel des Stadtbildes im inneren Stadtbereich läßt sich 1914 an einigen besonders auffälligen Merkmalen festmachen.[42] Die Stadttore hatten 1872–1875 dem zunehmenden Verkehr weichen müssen. Im Osten entstand in der Sichtachse der Kaiserstraße die St.-Bernhard-Kirche und nicht weit dahinter am Gottesauer Platz die Lutherkirche. Im Westen endete die Kaiserstraße am Reiterdenkmal Kaiser Wilhelms I. Nicht weit davon erhob sich die Christuskirche. Auf der Kaiserstraße hatte eine rege Bautätigkeit vier- bis fünfgeschossige Geschäfts- und Wohnhäuser mit typischen gründerzeitlichen, überladenen Fassaden hervorgebracht, während in der Karl-Friedrich-Straße die klassizistischen Weinbrennerbauten erhalten blieben. Der Landgraben wurde im gesamten Stadtgebiet überwölbt. In den zahl-



Karlsruher Panorama 1897. Die rauchenden Schornsteine verdeutlichen die Industrieansiedlung

reichen städtischen, staatlichen, aber auch privaten Bauten in und am Rande der alten Kernstadt konnte und kann man die unterschiedlichen Repräsentationsbedürfnisse der Bauherren und auch den einsetzenden Stilwandel hin zu einer größeren Individualität, weg von einer einheitlichen, verordneten Formensprache beobachten. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang z. B. das Oberlandesgericht, das Generallandesarchiv, die Kunstgewerbeschule, der Bau des Evangelischen Oberkirchenrats, des Katholischen Stiftungsrates, das Erbgroßherzogliche Palais, aber auch die städtischen Schulbauten. Architekten wie Josef Durm und Curjel und Moser mögen für die unterschiedlichen Stilrichtungen stehen. Im Süden der Stadt waren in den 1870er Jahren der städtische Tiergarten, eine Festhalle sowie das Vierordtbad und kurz nach dem Ausbruch des Krieges ein städtisches Konzerthaus und eine Ausstellungshalle errichtet worden. Mit der Verlegung des Hauptbahnhofes und dem Abbau des die Stadt einschnürenden Gleisgürtels war der Festplatz näher an die Stadt gerückt. Der frei gewordene Platz vor dem Ettlinger Tor harrt bis heute einer stadtplanerischen Gestaltung.

Die Entstehung der modernen „Massengesell-

schaft" in der Großstadt erforderte von der Stadtverwaltung in vielen Bereichen die Übernahme der von den einzelnen nicht mehr zu leistenden Daseinsvorsorge. Die Stadt nahm die Wasserversorgung in eigene Regie und sorgte für eine moderne, hygienisch einwandfreie Entsorgung durch die Schwemmkanalisation. Sie regelte die Energieversorgung zunächst mit Gas und später auch mit Elektrizität. Der innerstädtische Verkehr wie der Nahverkehr fielen in den Aufgabenbereich der Stadt. Zunächst gab es eine Pferdebahn, dann nach Durlach eine dampfbetriebene Verbindung, bis die elektrische Straßenbahn eingeführt wurde. Der städtische Schlachthof mußte den gewachsenen Anforderungen durch einen Neubau angepaßt werden. Die so entstandenen städtischen Wirtschaftsbetriebe arbeiteten mit Gewinn, der zur Finanzierung des Krankenhausneubaus und des vielgestaltigen Schulwesens, für das die Stadt gerühmt wurde, beitrug. Es entstanden unter städtischer Regie all jene Infrastruktureinrichtungen, die heute selbstverständlich sind. Sie zu installieren, auszubauen und zu unterhalten bedurfte es einer differenzierten und professionalisierten Stadtverwaltung, die 1913 etwa 1000 Beamte und 1300 Arbeiter beschäftigte.[43]

Die Stadt Karlsruhe hat zweifellos während der Industrialisierung und Urbanisierung ihre bis dahin tiefgreifendste Umgestaltung erfahren. Sie hat im Verlauf dieses Prozesses an Eigenständigkeit gewonnen. Ihre Entwicklung zur Industriestadt ließ seit 1871 die ökonomische Bedeutung der Residenz für die Stadt rasch abnehmen. Allerdings blieb im kulturellen Bereich die Bedeutung des Hofes dominierend. Das zeigte sich noch einmal bei der Einrichtung der Kunstgewerbeschule und der Majolikamanufaktur. In seiner Zentralitätsfunktion stützte sich Karlsruhe sicher zu einem guten Teil auf seine Stellung als Landeshauptstadt.

Stagnation im Grenzschatten

Die Entwicklung Karlsruhes zur Industriestadt mit dem Schwerpunkt in der Eisenverarbeitung und dem Maschinenbau fand nach dem Ersten Weltkrieg ein abruptes Ende. Dabei spielte der Verlust des Hofes nach der Abdankung des letzten Großherzogs 1918 keine Rolle. Karlsruhe blieb unverändert Landeshauptstadt mit dem gesamten Verwaltungsapparat und den zentralen Einrichtungen. Allerdings lag es in der entmilitarisierten Zone, was den Verlust der Garnison als ökonomischer Faktor in der Stadt bedeutete. Die großherzoglichen Kulturinstitutionen führte das Land fort, und es richtete im Schloß das Badische Landesmuseum ein. Ausschlaggebend für die

Stagnation der Entwicklung wurde die Grenzveränderung als ein Ergebnis des Krieges. Die Oberrheinregion wurde durch die Grenze zu Elsaß-Lothringen, das wieder an Frankreich fiel, zerschnitten. Dadurch verlor die Karlsruher Industrie ein wichtiges Absatzgebiet. Zudem traf die vorübergehende Unterbrechung der Auslandsbeziehungen die exportorientierte Maschinenindustrie besonders hart. Die Umstellung von der nicht unbedeutenden Rüstungs- auf Friedensproduktion führte zu einer hohen Labilität im Karlsruher Wirtschaftsleben. Der Industriestandort Karlsruhe im Schatten der Grenze zu Frankreich war für Investoren nicht attraktiv. Eine Ausnahme bildete der französische Reifenhersteller Michelin.[44]

Oberbürgermeister Finter stellte zwar 1926 eine erfreuliche Entwicklung des gewerblichen Lebens fest, die in der Weltwirtschaftskrise aber wieder abbrach.[45] Sie bedeutete für die traditionsreiche Maschinenbaugesellschaft das endgültige Ende, während die ehemaligen „Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken" – jetzt „Berlin-Karlsruher-Industrie-Werke AG" – auch diese kritische Phase überstanden. Die staatlichen und kommunalen Bemühungen um Wirtschaftsförderung, z. B. mit der Einrichtung der Hauptverwaltung des Badenwerks oder eines Flughafens in Karlsruhe, blieben insgesamt wenig erfolgreich. Auch die Entwicklung des noch jungen Rheinhafens zum Industriehafen erhielt durch die Zeitumstände eine andere Richtung. Er wurde zum Handelshafen, zeitweise zum bedeutendsten südwestdeutschen Kohlenumschlagsplatz.

Die industrielle Stagnation schlug sich auch in der Bevölkerungsentwicklung nieder. Die Einwohnerzahl stieg zwischen 1920 und 1933, ohne die Eingemeindung Bulachs mitzurechnen, nur um gut zehn Prozent. Auch die Erwerbsstruktur zeigte gegenüber der Vorkriegszeit eine Veränderung. 1933 überwogen Handel und Verkehr sowie Dienstleistungen den Bereich produzierendes Gewerbe deutlich, während sie 1907 noch gleich stark waren. Karlsruhe hatte sich zu einer Stadt des Handels und der Dienstleistungen entwickelt.[46]

In die kurze wirtschaftliche Erholungsphase von 1924–1929 zwischen Nachkriegszeit und Inflation sowie der Weltwirtschaftskrise fiel in Karlsruhe die Veröffentlichung des weitsichtig angelegten Generalbebauungsplans.[47] Verwirklicht wurden davon im wesentlichen allerdings nur der Parkring (heute Adenauerring), der den Sportpark Hardtwald erschloß, und das große Freizeitzentrum Rappenwört mit der ersten deutschen Ringtennisanlage, das durch eine Straßenbahnlinie mit der Stadt verbunden wurde. Mit dem Bau neuer Wohnsiedlungen am Stadtrand setzten in den Jahren der Weimarer Republik die Stadt und eine Reihe von Wohnungsbaugenossenschaften die Bemühungen um gesunden und erschwinglichen Wohnraum fort. Die Rüppurrer Gartenstadt, 1911 begonnen, war eine der ersten Gartenstädte Deutschlands. Nun entstanden u. a. die Hardtwaldsiedlung und die Siedlung an der Pulverhausstraße. Herausragendes Beispiel für den modernen Siedlungsbau wurde der von Walter Gropius konzipierte Dammerstock mit seiner funktionellen Grundrißgestaltung und den damals ungewohnten Flachdächern im Stil des Bauhauses. Beispiele dieses „neuen Bauens" finden sich auch an anderen Plätzen in Karlsruhe.

Trotz der dezentralen Tendenzen gelang es, die kulturelle Stellung Karlsruhes in Baden gegen die Konkurrenz von Mannheim, Heidelberg und Freiburg zu bewahren. Gemeinsame Anstrengungen des Landes und der Stadt förderten Karlsruhes Attraktivität als Kunststadt. Die Moderne war bislang durch den starken ökonomischen Einfluß des konservativen Hofes auf das Kunstschaffen in ihrer Entfaltung eher gehemmt worden. Sie erlebte nun auch in Karlsruhe mit Künstlern wie Hubbuch, Scholz, Schnarrenberger und anderen ihren Durchbruch.[48] Die Stadt selbst unternahm es, mit der Eröffnung einer Städtischen Bücherei und z. B. der Veranstaltung der Karlsruher Herbstwochen, mit Ausstellungen und Musikveranstaltungen das kulturelle Angebot zu verbreitern. Die Stadt beteiligte sich 1930 schließlich an den Kosten des Betriebs für das Landestheater.

Am Ende der Weimarer Republik bestimmten die Massenarbeitslosigkeit, Hunger und Not den Karlsruher Alltag, auch wenn die Arbeitslosenzahlen im Vergleich zu anderen Großstädten etwas niedriger blieben. Die Straßen- und Saalschlachten der Auseinandersetzungen zwischen den Parteien fanden dann nach dem Einzug der Nationalsozialisten in das Landes- und Stadtparlament dort bis zur Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 verbal, gelegentlich sogar handgreiflich, ihre Fortsetzung.

„Gauhauptstadt" und Kriegszerstörung

Die nationalsozialistische Herrschaft hatte für Deutschland wie für Karlsruhe verheerende Folgen. In einem raschen Prozeß der Gleichschaltung wurde auch in Karlsruhe – von den Nationalsozialisten zur „Gauhauptstadt" erkoren – die politische und kulturelle Vielfalt beseitigt und der öffentliche Alltag uniformiert.[49] Es fand hier eine der ersten Ausstellungen „entarteter Kunst" statt. Die Verfolgung politischer Gegner manifestierte sich schon am 16. Mai 1933 in der beschämenden Schaufahrt durch die Stadt, mit der sieben Sozialdemokraten im offenen Lastwagen durch Karlsruhe und dann in das Konzentrationslager Kislau gekarrt wurden. Die Verfolgung der Juden begann wie überall früh und fand im Oktober 1940 mit der Deportation der noch hier lebenden Juden einen schrecklichen Höhepunkt.[50]

Gegenüber der Zeit der Weltwirtschaftskrise besserte sich die wirtschaftliche Lage allmählich. Zum einen sorgten Großprojekte der Verkehrserschließung, die schon vor 1933 geplant waren, für Arbeit. So wurden der Rheinhafen ausgebaut, die feste Brücke über den Rhein bei Maxau errichtet und die Autobahn nach Frankfurt mit dem Abzweig nach Stuttgart am Karlsruher Dreieck eingeweiht. Die Rückkehr der Garnison 1936, für die Kasernen errichtet wurden, und der Bau des Westwalls trugen ebenfalls zur wirtschaftlichen Belebung bei. Zugleich aber bedeutete dies, daß die Karlsruher Betriebe wegen der Grenznähe im Zeichen außenpolitischer Spannungen keine bedeutenden wehrwirtschaftlichen Aufträge erhielten. Die Belebung der Wirtschaft nach Kriegsbeginn blieb eine Scheinblüte. Nimmt man die Bevölkerungsentwicklung als Indiz, so bestätigt sie die Stagnation der Karlsruher Wirtschaftsentwicklung. Die Vermehrung um etwa 30000 Einwohner zwischen 1933 und 1938 resultiert fast ganz aus den Eingemeindungen von Knielingen, Durlach und Hagsfeld.

Die städtebaulichen Leistungen der Nationalsozialisten blieben weit hinter denen der Weimarer Republik zurück. Es entstanden deutlich weniger Wohnungen. Realisiert wurden u. a. die früher geplante Bebauung eines Teilareals am Ettlinger-Tor-Platz mit der Oberpostdirektion und das Arbeitsamtsgebäude an der Kapellenstraße (heute Landesvermessungsamt). Architekturideologisches Gegenstück zur Dammerstocksiedlung, die als „kulturbolschewistisch" eingestuft wurde, sollte die Rheinstrandsiedlung werden. Eine tiefgreifende Veränderung hätte hingegen die Ausführung der Planung eines „Gauforums" entlang der Ettlinger Straße gebracht. Auch die Pläne zur Ausweisung neuer Baugebiete und Industrieansiedlungen, die eine Auflockerung der bestehenden Stadtstrukturen durch die Schaffung von „Trabantenbändern" für eine nationalsozialistische Nachkriegszeit vorsahen, blieben Pläne.[51] Sie waren in Auftrag gegeben worden für den Fall, daß Karlsruhe seine Funktion als Landeshauptstadt verlieren würde. In Karlsruhe rechnete man nach 1940 offensichtlich mit einer Verlegung der Zentralbehörden des Landes Baden nach Straßburg, in die neue Hauptstadt eines Gaues Baden-Elsaß.[52]

Bald waren jedoch ganz andere Pläne erforderlich. Der Bombenkrieg aus der Luft traf auch Karlsruhe. Wie schon im Ersten Weltkrieg bei den ersten Luftangriffen auf die Stadt, machte die moderne Kriegsführung selbst Greise und Kinder zu Kriegsteilnehmern. Bei den schweren Luftangriffen 1944 fiel Karlsruhe in Schutt und Asche. Etwa 40 Prozent aller Haupt- und Nebengebäude wurden fast vollständig, das Stadtzentrum zu 80 Prozent zerstört.

Die zerstörte Karlsruher Innenstadt zwischen Mühlburger Tor, Marktplatz und Festplatz am Ende des Zweiten Weltkrieges, Luftaufnahme vom 21. März 1945

Wiederaufbau zur modernen Großstadt

Karlsruhe bot nach 1945 ein Bild der Zerstörung, wie viele Großstädte.[53] Tatsächlich trafen die Folgen des nationalsozialistischen Wahns die Stadt härter als andere. Mit der Besetzung Deutschlands durch die Alliierten und seiner Aufteilung in Besatzungszonen geriet Karlsruhe verkehrs- und wirtschaftsgeographisch in einen „toten Winkel". Die Grenze zwischen der amerikanischen und der französischen Zone verlief knapp westlich und südlich der Stadt bei Maxau und Durmersheim. Das Land Baden war geteilt, die ehemalige Residenzstadt verlor nun auch ihre Funktion als Landeshauptstadt. Die staatliche Neugliederung im deutschen Südwesten, die 1952 zur Bildung des Landes Baden-Württemberg führte, schrieb dieses Ergebnis des Krieges fest.

Vom Krieg zerstört, durch Demontagen zusätzlich in seiner Wirtschaftskraft eingeschränkt und seiner Hauptstadtfunktion beraubt, war der Neuanfang oder, wie auch gesagt wurde, die neue Stadtgründung mit vielen Ungewißheiten verknüpft. Die Bemühungen der Stadtväter und -mütter waren zunächst darauf gerichtet, den Wiederaufbau der Stadt vorzubereiten, ihre Bewohnbarkeit wiederherzustellen und ihre Wirtschaftskraft zu stärken. Dafür konnten unter Leitung des späteren Oberbürgermeisters Günther Klotz durch eine gut organisierte und rasche Trümmerbeseitigung schneller als in anderen Großstädten die Voraussetzungen geschaffen werden. Bis 1950 transportierten die Mitarbeiter der Aufräumungs-Arbeitsgemeinschaft unter Einsatz einer Schuttbahn eineinhalb Millionen Kubikmeter Trümmer aus der Stadt zur Auffüllung in das Rheinhafengelände. Beim Wiederaufbau hat man den Fächergrundriß unverändert gelassen und beschlossen, das Schloß und die be-

deutenden klassizistischen Weinbrennerbauten auf der Ost- und Westseite des Marktplatzes zu rekonstruieren. Damit blieben der jungen Stadt in wesentlichen Teilen ihre historischen Konturen erhalten.[54]

Bei der Stärkung der Wirtschaftskraft knüpfte man mit Erfolg an die beiden traditionell hervortretenden Zweige der Karlsruher Beschäftigungsstruktur an. So gelang es, die Zentralität der Stadt bei den Verwaltungsdienstleistungen für Nord- und Mittelbaden zu erhalten und zudem neue Landes- und Bundeseinrichtungen anzusiedeln. Dazu zählten u. a. das Regierungspräsidium Nordbaden, der Landesrechnungshof, die Oberfinanzdirektion, die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, technische Bundesanstalten, vor allem aber die beiden höchsten deutschen Bundesgerichte.[55] Schließlich gelang es, das Kernforschungszentrum nach Karlsruhe zu holen, dessen Anlagen bei Leopoldshafen entstanden.[56] Zusammen mit den Institutionen der Technischen Hochschule, die weiter ausgebaut wurden, entstand damit ein bedeutendes Forschungspotential. Die Hochschule, seit 1964 Universität, wuchs dabei zum eigenen Stadtviertel, das sich in den Hardtwald ausdehnte.

In der industriellen Entwicklung zeichnete sich nach fast 30 Jahren Stagnation schon 1946/47 ein Aufschwung ab.[57] Die Firma Siemens verlegte zwei Betriebsstätten nach Karlsruhe und wurde bald größter Arbeitgeber in der Stadt. Früher im Osten Deutschlands ansässige Firmen errichteten hier neue Betriebe: die Baufirma Gollnow & Sohn aus Stettin, die Schmuckwarenfabriken Gablonzer Industrie aus dem Sudetenland oder die Arzneimittelfirma Dr. Willmar Schwabe aus Leipzig. Alteingesessene Firmen prosperierten wieder. Bemerkenswert ist bei der Betrachtung der Wirtschaftsstruktur nach 1945 deren Kontinuität seit etwa 1860. Die Führungsrolle der metallverarbeitenden Industrie wurde durch die Stärkung der Elektrotechnik und der Schmuckindustrie weiter ausgebaut. In anderen Industriezweigen waren wenige, aber herausragende Firmen ihrer Branche vertreten.

Die Lage Karlsruhes an den großen Verkehrsadern von Schiene, Straße und Wasser wurde im Zeichen der westeuropäischen Integrationspolitik schnell als Standortvorteil erkannt. Der frühere Nachteil der Grenznähe wandelte sich in sein Gegenteil. Die zentrale Lage begünstigte den Großhandel, der Rheinhafen wuchs allmählich zu einem der leistungsfähigsten bundesdeutschen Binnenhäfen. Die sich im „Ölkreuz Karlsruhe" treffenden europäischen Pipelines brachten zwei große Ölraffinerien an den Rhein. Die günstige Verkehrslage erleichterte die Etablierung Karlsruhes als Kongreß- und Ausstellungsplatz, wofür der Therapiekongreß mit Heilmittelausstellung seit 1949 genannt sei. Karlsruhe nutzte im übrigen die Grenznähe zu Frankreich zu intensiven Kontakten u. a. mit der Partnerstadt Nancy. Die Anstrengungen für die Aussöhnung mit dem früheren „Erzfeind" fanden in der Verleihung europäischer Preise Anerkennung.

Hand in Hand mit der Trümmerräumung, dem Wiederaufbau und dem Wirtschaftswunder ging eine schnelle Zunahme der Bevölkerung, die sich nach 1960 deutlich verlangsamte. 1970 war die Einwohnerzahl von knapp 140 000 im Jahre 1945 auf knapp 260 000 gestiegen.[58] Allein von Ende 1945 bis Ende 1950 kamen 63 000 Menschen in die Stadt. Die evakuierten Karlsruher und die überlebenden Kriegsteilnehmer kehrten zurück. Es kamen aber auch etwa 20 000 Flüchtlinge und Vertriebene, denen nach 1950 weitere über 30 000 folgten. Und schließlich wurden als dringend benötigte Arbeitskräfte die Ausländer in die Stadt gebeten. Rund 9 000 Italiener, Spanier, Jugoslawen und Türken lebten 1965 in Karlsruhe.[59] Im gleichen Jahr erreichte die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter und Angestellten etwa 44 000, die Zahl der Behördenangestellten blieb dagegen um etwa 10 000 niedriger. Diese Momentaufnahme täuscht jedoch über eine Entwicklung hinweg, die 1970 die Stadt Karlsruhe mit einem annähernd gleichen Anteil von Arbeitnehmern im öffentlichen und privaten Dienstleistungs- wie im produzierenden Gewerbe zeigt. Prozentual hatte die Zahl der Arbeiter ab- und die der Angestellten und Beamten zugenommen.[60]

Es hat in den Nachkriegsjahren nicht an werbenden Charakterisierungen für Karlsruhe gefehlt. In der Bezeichnung „Residenz des Rechts" lebte das alte Urteil und Vorurteil von der Beamtenstadt fort. In der Titulierung „Wirtschaftszentrum am Oberrhein" spiegelte sich die Entwicklung der Industrialisierung bis 1914 und der Aufschwung nach 1945 wider. Jeder der Slogans traf und trifft auf Karlsruhe zu, umreißt aber nicht den ganzen Fächer der Möglichkeiten dieser Stadt. So hatte es 1953 auch Bundespräsident Theodor Heuss gesehen, als er feststellte, „daß der industrielle und kommerzielle Einschlag in Karlsruhe stärker und bedeutender war, als das allgemeine Bewußtsein dies zur Kenntnis nahm". Oberbürgermeister Klotz bemerkte 1965 aus anderer Perspektive, Karlsruhe sei eine Verwaltungsstadt par excellence geblieben, mit einer beachtlich verstärkten Industrie.[61] Die Stadt war wohl beides, Verwaltungs- und Wirtschaftszentrum in einem. Die Großstadt Karlsruhe hatte sich, auch ohne die Funktion, Landeshauptstadt zu sein, als lebensfähig erwiesen. Aus ihrer spezifischen Erwerbsstruktur gewann sie zudem den Nutzen, weniger konjunkturanfällig zu sein als monostrukturell geprägte Städte und Regionen.[62]

Aus den Ruinen des Jahres 1945 wuchs bald eine Stadt, die ihre Identität nicht aufgegeben hatte. In ihrem Erscheinungsbild knüpfte sie einerseits bewußt an Überliefertes an. Dies galt für die Innenstadt, wo für die Wiedererstehung des Einkaufszentrums in der westlichen Kaiserstraße lediglich die Zurücksetzung der Bauflucht auf der Südseite ab dem ersten Obergeschoß vorgeschrieben wurde. Andererseits ergaben sich aus dem Zwang, für die wachsende Bevölkerung Wohnraum zu bauen, neue Planungen. Mühlburger Feld, Rintheimer Feld, Nordweststadt, Richtwohnanlage sowie Lohn-Lissen in Durlach, die Bergwaldsiedlung im Osten, die Siedlung für die amerikanischen Soldaten und ihre Familien an der Erzbergerstraße sowie Villenquartiere wie das Märchenviertel in Rüppurr und die Hanggebiete in Durlach wurden erschlossen. Ein zweites Einkaufszentrum wurde in Mühlburg mit der Verbreiterung der Rheinstraße geplant. 1957 begannen, durchaus in Anlehnung an Pläne der Kriegszeit, die Baumaßnahmen für die Waldstadt. Für den Bau dieser Trabantenstadt entschloß man sich, gegen einigen Widerstand, sonst sorgfältig gehütete Flächen des Hardtwaldes freizugeben. Bis 1965 waren etwa 23 000 Wohnungen neu entstanden. Dennoch gab es um diese Zeit noch immer einige Holzbaracken und Wohnungen, in denen zwei und mehr Familien lebten.[63] Zum größten stadtplanerischen Projekt wurde aber die Sanierung der Altstadt, mit dem ein Teil Alt-Karlsruhes großräumig erneuert wurde.[64] Vor dem Abriß mußte jedoch in dem neuen Stadtteil Oberreut Wohnraum für die Umsiedlung der Altstadtbewohner geschaffen werden. Nicht zum Zuge kamen beim Wiederaufbau rund um die Fritz-Erler-Straße jene Entwürfe, die eine relativ dichte Hochhausbebauung vorsahen und die die Silhouette Karlsruhes stark verändert hätten. Die bisher wenigen Hochhäuser in der Stadt, wie etwa die Bürogebäude der Karlsruher Lebensversicherung, der Landesversicherungsanstalt, des Badenwerks oder die Universitätsbauten bestimmen das Stadtbild nicht und stören damit auch dessen klassizistische Maßstäbe nicht.

Die Wiederaufbauphase der Stadt war verzahnt mit einem Ausbau, der den wachsenden Anforderungen einer zunehmenden Bevölkerung im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen bis hin zur Freizeitgestaltung gerecht zu werden versuchte. So sind z. B. um 1965 allein rund 30 Großbauvorhaben öffentlicher Institutionen begonnen oder beendet worden, darunter viele Kirchen- und Schulbauten. Besonders hervorzuheben ist aus der großen Zahl von Karlsruher Schulneubauten die Heinrich-Hübsch-Schule am Mendelssohnplatz. Früher schon entstanden waren die durch ihre Architektur bedeutende Schwarzwaldhalle und die das Ausstellungszentrum am Festplatz erweiternden Garten- und Nancyhalle. Der Festplatz und das Karlsruher Ausstellungs- und Kongreßzentrum erfuhren bis Ende der 1980er Jahre eine bedeutende, aber auch notwendige Aufwertung durch den Bau

Blick über Karlsruhe vom Rheinhafen nach Osten im Jahre 1985

des modernen Kongreßzentrums am Platz der alten Stadthalle und den Neubau der Gartenhalle. Fertiggestellt wurde in unmittelbarer Nachbarschaft zum Schloß der Neubau für das Bundesverfassungsgericht. Dessen Verbleib in der Stadt konnte damit unter den damals gegebenen Umständen gesichert werden. Stellvertretend für viele andere Sporteinrichtungen sei auf das Tulla- und das Fächerbad, das Wildparkstadion und auf die Europahalle verwiesen, die Karlsruhe für die Austragung internationaler Sportwettkämpfe attraktiv machten.
Stand in den 1950er Jahren die Wohnbebauung im Vordergrund stadtplanerischer Aufgaben, so erzwang die wachsende Motorisierung in den 1960er Jahren vor allem verkehrsplanerische Aktivitäten. Wie alle Städte sollte auch Karlsruhe „autogerecht" werden. Ein Verkehrslinienplan sah 1961 ein System von Tangentenstraßen um die Stadt vor, die – bis auf die nach wie vor umstrittene Nordtangente durch den Hardtwald – inzwischen gebaut wurden.[65] Die Kriegsstraße mit den Unterführungen Ettlinger Tor und Karlstor erhielt vier Fahrspuren. Eine neue Rheinbrücke bei Maxau konnte eingeweiht werden. Verkehrsampeln regelten den fließenden Verkehr, und Parkhäuser in der Innenstadt sollten den ruhenden Verkehr aufnehmen. Ihn verringern soll der immer weiter ausgebaute öffentliche Personennahverkehr, der mit der Albtalbahn 1957 und dem Ausbau bis in die 1980er Jahre in seiner Nord-Süd-Ausdehnung an die ehemalige Lokalbahn von vor 1914 anknüpfte. Weitere Verlängerungen sind in Planung, ebenso ein Ausgreifen in Ost-West-Richtung. Die Verkehrsbelastung der Innenstadt erlangte dennoch ein Ausmaß, das den Zusammenbruch des Verkehrsflusses zur täglichen Regel werden ließ. Dazu kam das neue Bewußtsein von einer die Umwelt und die Menschen gefährdenden Schadstoffbelastung. Es wurden Fußgängerzonen eingerichtet, innerstädtische Plätze, wie der Markt-, Ludwigs- und Stephanplatz, neu gestaltet. Die Stadt- und Verkehrsplanung berücksichtigte in dem Bemühen, die Lebensqualität in der Stadt zu erhalten und zu verbessern, auch ökologische Erkenntnisse.

Ein frühes Verkehrsprojekt, die Unterführung und die Tiefgarage am Schloßplatz, stand in unmittelbarem Zusammenhang mit der Bundesgartenschau 1967. Sie bot, nach dem erstmals in friedlicher Zeit gefeierten, 250jährigen Stadtjubiläum von 1965, ein monatelanges Fest, an dem Millionen von Besuchern teilnahmen. Der ehemals fürstliche Schloß- und Fasanengarten sowie der bürgerliche Stadtgarten mit Zoo präsentierten sich nach einer grundlegenden Neugestaltung in zeitgemäßer Form. Die für das Karlsruher Stadtbild immer schon prägenden Grünanlagen wurden in den 1970er Jahren dann bereichert durch das sogenannte Albgrün, das sich im Stadtgebiet entlang der Alb hinzieht und im Südwesten mit der „Günther-Klotz-Anlage" einen Schwerpunkt erhielt. Die für das Jahr 2001 geplante zweite Bundesgartenschau soll im Osten der Stadt u. a. neue Grünanlagen schaffen.
Der Neubeginn des kulturellen Lebens in der Stadt litt ebensosehr unter den äußeren Zerstörungen wie unter den Verwüstungen im geistigen Leben durch die nationalsozialistische Ideologie. Das Staatstheater nahm schon 1945 seine Arbeit wieder auf. Die Kunsthalle eröffnete ihre Räume wie die Naturkundlichen Sammlungen am Friedrichsplatz und nach dem Wiederaufbau des Schlosses schließlich auch das Badische Landesmuseum. An der Kunstakademie und der Musikhochschule wurde der Lehrbetrieb wiederaufgenommen. Die Kunst der Moderne, die nun auch in Deutschland präsentiert werden konnte, hatte es in Karlsruhe bei der veröffentlichten Meinung und dem eher konservativen Publikum allerdings schwer. Lange bemühten sich Theater, Kunsthalle und Kunstakademie, wo moderne Künstler wie Grieshaber, Meistermann, Antes, Arnold, Baselitz und Lüpertz lehrten, um deren Vermittlung.[66] Neben die traditionellen Träger der Kulturarbeit trat verstärkt die Stadt. Sie verbreiterte das kulturelle Angebot durch eigene Institutionen oder Veranstaltungen und Förderung privater Kulturträger. Das Pfinzgaumuseum in der Karlsburg in Durlach, das städtische Kulturzentrum im Prinz-Max-Palais, die Europäischen Kulturtage, die Hän-

del-Akademie, Privatbühnen, Kulturmarkt, Künstlermesse, Bücherschau, Karlsruher Musiktage, aber auch neue, alternative Formen und Inhalte kultureller Betätigung sind hier u. a. zu nennen. Die Rolle der Stadt als anerkanntes regionales Kulturzentrum fand Ausdruck im Ausbau bestehender Einrichtungen, wie etwa in den Neubauten für das Staatstheater, für die Kunsthalle und im Wiederaufbau von Schloß Gottesaue für die Musikhochschule. Das Engagement der Stadt für eine breite Kulturarbeit brachte ihr 1983 in einer vergleichenden Studie eines Forschungsinstituts Platz vier unter den kulturell attraktiven Städten der Bundesrepublik ein.[67]

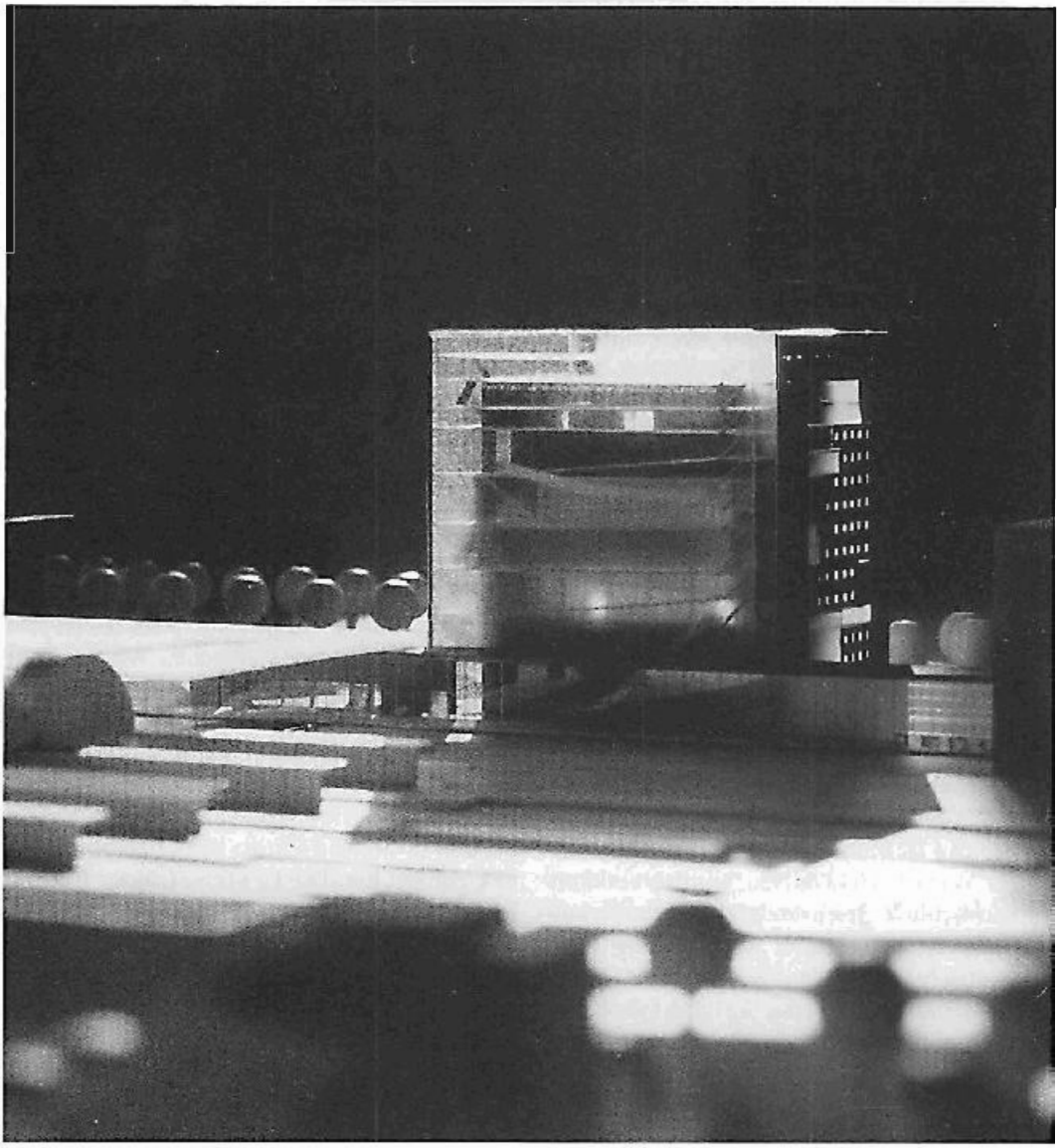
Zentrum der Technologie-Region Karlsruhe

Die Stadt Karlsruhe konnte ihren im Laufe der 1950er und 1960er Jahre erreichten Stand industrieller Wirtschaftskraft auch während der Zeit der Energiekrisen der 1970er Jahre und darüber hinaus halten. Allerdings gingen die wirtschaftlichen Entwicklungen mit ihren Umstrukturierungen und Konzentrationsprozessen auch an Karlsruhe nicht vorüber. Traditionsreiche Betriebe wie Junker & Ruh oder Singer, vormals Haid & Neu, wurden verkauft und schließlich gleich anderen Niederlassungen auswärtiger Firmen wie Grundig oder Schmalbach-Lubeca stillgelegt. Der allgemeine Bevölkerungsrückgang betraf die Stadt ebenfalls. Zudem verlor sie durch „Stadtflucht", durch den Umzug vieler Bürger in das Umland, weitere Einwohner und damit Steuerkraft.[68] Beide Entwicklungen erforderten Reaktionen.

Die negative Bevölkerungsbilanz konnte zunächst durch die vom Land Baden-Württemberg vorangetriebene Verwaltungs- und Gebietsreform ausgeglichen werden. Von 1972 bis 1975 kamen sechs ehemals selbständige Gemeinden zur Karlsruher Gemarkung hinzu.[69] Abgewanderte Einwohner, aber auch Betriebe gehörten wieder zur Stadt, ganze Gewerbegebiete wurden gewonnen. Die Einwohnerzahl stieg auf rund 280 000, um danach wieder langsam abzusinken.

In der schwierigen ökonomischen Situation „entdeckten" Stadt und Industrie- und Handelskammer im Zeichen des „Ölpreisschocks" und der rasanten Entwicklung der Mikroelektronik die großen Ressourcen, die Universität, Fachhochschule, das Kernforschungszentrum und andere hochkarätige Forschungseinrichtungen darstellten.[70] An der Universität werden nahezu alle Schlüsseltechnologien gelehrt, sie beherbergt die größte Informatik-Fakultät der Bundesrepublik. Die Fachhochschule ist die größte Baden-Württembergs. Im Kernforschungszentrum werden Verfahren zu fast allen Technikbereichen entwickelt und erprobt, neuerdings fließt ein großer Teil der Mittel in die Umweltforschung. Auf das „Know-how" dieser Institutionen setzte man. Mit der 1984 gegründeten Technologiefabrik, bald die größte und erfolgreichste der Bundesrepublik, wurde beispielhaft praktiziert, wie durch Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft das Innovationspotential der Region gestärkt werden kann. Es ist nur folgerichtig, wenn jetzt die Statistik ausweist, daß diese Konzentration von Forschungspotential in der Region zur größten Dichte von Arbeitsplätzen in der Forschung in der Bundesrepublik geführt hat. Die Erwerbsstruktur hat sich insgesamt weiter zugunsten der privaten wie öffentlichen Dienstleistungen verschoben. Der industrielle Sektor hat deutlich abgenommen, die Zahl der Arbeiter sank prozentual, die der Angestellten stieg, die der Beamten blieb nahezu konstant.[71] Ob diese Entwicklung anhält und wie Karlsruhe sich dadurch verändert, bleibt abzuwarten.

Im Karlsruher Rathaus reifte schon früh die Erkenntnis, daß die „Kirchturmpolitik" der Gemeinden, häufig verbunden mit Konkurrenzdenken gegenüber dem nächsten Nachbarn, ausgedient hat.[72] Die einzelne Stadt oder Gemeinde würde kaum noch Chancen haben, im harten Wettbewerb der Regionen um Unternehmensansiedlungen und Arbeitsplätze zu bestehen. Wenn die Grenzen in der Europäischen Gemeinschaft fallen, würden Angebote und Leistungsfähigkeit der größeren räumlichen Einheiten noch stärker ins Ge-



Modellaufnahme des von Rem Koolhaas entworfenen Gebäudes für das Zentrum für Kunst und Medientechnologie, das hinter dem Hauptbahnhof gebaut wird

wicht fallen. Karlsruhe und seine Nachbarn haben auf diese Herausforderung 1987 mit der Bildung der Technologie-Region Karlsruhe reagiert. Die sieben beteiligten Städte und die zwei Landkreise schufen damit eine gemeinsame Plattform zur Darstellung der besonderen Stärken und des wirtschaftlichen Potentials des Oberzentrums Karlsruhe und des gesamten Raumes. Die zentrale Funktion der Stadt Karlsruhe in der Technologie-Region findet auch in der Bildung des gemeinsam mit dem Land als Stiftung betriebenen Zentrums für Kunst und Medientechnologie, dem eine Hochschule für Gestaltung angegliedert wird, Ausdruck.[73] Beide Institutionen werden mit ihrer Arbeit und den südlich des Hauptbahnhofs zu errichtenden Gebäuden Akzente in der Stadt setzen.

Anmerkungen

Die bibliographischen Angaben für die in den folgenden Anmerkungen nur mit dem Autornamen oder in Kurzform zitierten Titel enthält die Auswahlbibliographie dieses Bandes S. 324–332. Daten zu einzelnen Ereignissen, Gebäuden und Personen, die in dieser Einleitung nur genannt werden, können in der Chronik über die Register erschlossen werden.

[1] Heinrich von Kleist in einem Brief an seine Schwester Ulrike vom 16. Dezember 1801, in: Heinrich von Kleist. Sämtliche Werke und Briefe, hrsg. von Helmut Sembdner, 8. durchgesehene Aufl., München, Wien 1988.

[2] Siehe Franz Schnabel: Karlsruhe, die Stadt als Denkmal, in: Karlsruhe. Das Buch der Stadt. Hrg. Dr. Otto Berendt, Direktor des Statistischen Amts der Stadt Karlsruhe, Stuttgart 1926, S. 11–15.

[3] Städtelandschaft am Oberrhein – eine „andere Metropole"! war der Titel eines Ausstellungsbeitrags Baden-Württembergs zur XVII. Triennale 1988 in Mailand. Vgl. Martin Einsele: Städtelandschaft am Oberrhein – eine „andere Metropole"! Was könnte eine solche Vision für Karlsruhes Zukunft bedeuten?, in: Badische Heimat, 2/1990, S. 213–222.

[4] Vgl. Albert Kistner: Karlsruhe, die Stadt des Bundesgerichtshofs, in: Festschrift zur Eröffnung des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe, S. 109–116.

[5] Zitiert nach von Weech, Bd. 1, S. 10 f.

[6] Zur Gründungsgeschichte vgl. die älteren Stadtgeschichten von Fecht, von Weech und Goldschmit. Vgl. dazu ferner Franz Schneider: Die Anfänge von Schloß und Stadt Karlsruhe; Hansmartin Schwarzmaier: Der Traum vom Frieden; Christina Müller: Karlsruhe im 18. Jahrhundert, S. 132–138; Ernst Otto Bräunche: Vom markgräflichen Lust-Hauß zur großherzoglichen Haupt- und Residenzstadt. Die Entwicklung der Residenz Karlsruhe zwischen 1715 und 1918, in: Kurt Andermann (Hrsg.), Residenzen. Aspekte hauptstädtischer Zentralität von der frühen Neuzeit bis zum Ende der Monarchie (Oberrheinische Studien, Bd. 10, erscheint 1992).

[7] Der Bericht des Barons von Pöllnitz ist zitiert nach: Adreßbuch für die Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe 1878, Karlsruhe o. J., S. 11.

[8] Zitiert nach Fecht, Beilage I, S. I.

[9] Zitiert nach ebenda, S. 48.

[10] Vgl. Schneider (wie Anm. 6), S. 438 f.

[11] Vgl. den Wortlaut der Privilegienbriefe bei Fecht, Beilagen I und II, S. I–XII, und die Zusammenfassungen in diesem Band, S. 45 und S. 47 f.

[12] Zur Entwicklung Karlsruhes im 18. Jahrhundert vgl. Müller (wie Anm. 6).

[13] Siehe Geographisch-statistisches Lexikon von Schwaben, Ulm 1791, Band I, S. 851.,

[14] Vgl. dazu demnächst den Beitrag von Olivia Hochstrasser in: Die Geschichte der Frauen in Karlsruhe (Arbeitstitel), erscheint in der Reihe Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs im Herbst 1992.

[15] Vgl. Rosemarie Stratmann-Döhler: Zur Baugeschichte des Karlsruher Schlosses und Ursula Merkel: „Zu mehrerer Zierde und Gleichheit des Orths". Der Modellhausbau des 18. Jahrhunderts in Karlsruhe, beide in: „Klar und lichtvoll wie eine Regel", S. 279–296 und S. 243–258. Zum Schloß vgl. auch die Erläuterung in diesem Band, S. 54 f.

[16] Zur Stadtplanung bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts vgl. Gottfried Leiber: Städtebau in Karlsruhe. Von der Gründung bis zum Ende der Ära Weinbrenner, in: Leben in der Fächerstadt, S. 23–47, und Leiber.

[17] Zum Leben am Karlsruher Hof vgl. Lauts sowie Carl Friedrich und seine Zeit.

[18] Vgl. Hein, S. 463.

[19] Vgl. von Weech, S. 201 ff.

[20] Zitiert nach Hans-Georg Appenzeller: Ökonomische Tradition? „Staatsdienerstadt", „Bauernkreise" und „Sommerresidenz", in: TechnologieRegion Karlsruhe. Die Wirtschaft am Mittleren Oberrhein im Wandel, Redaktion Winfried Nowak und Peter Weber, Oldenburg 1988, S. 11.

[21] Vgl. Hartleben, S. 303–314.

[22] Solche Befürchtungen herrschten nach Hein, S. 474, unter Pessimisten.

[23] Vgl. unten Tabelle 7, S. 312.

[24] Vgl. Alexander Mohr, Im Schatten der neuen Prachtstraßen, in: Alltag in Karlsruhe, S. 69–72.

[25] Vgl. Leiber (wie Anm. 16), dort auch Literaturhinweise zur Planungsgeschichte des Marktplatzes.

[26] Vgl. die Erläuterungen zu den kulturellen Institutionen im 19. Jahrhundert, in diesem Band, S. 98 f.

[27] Vgl. Hein, S. 482.

[28] Vgl. die Erläuterung dazu in diesem Band, S. 88 f.

[29] Vgl. Ernst Otto Bräunche: Karlsruhe im Vormärz und in der Revolution 1848/49, in: Leben in der Fächerstadt, S. 107–125.

[30] Zur Theatergeschichte vgl. Haass u. a., hier S. 78–93.

[31] Vgl. dazu zuletzt den Ausstellungskatalog von 1990 „Kunst in der Residenz".

[32] Zur Universitätsgeschichte vgl. Heinz Draheim, Hochschule in der Residenz, in: Leben in der Fächerstadt, S. 161–194, Klaus-Peter Hoepke: Karlsruhe und seine Universität, in: Badische Heimat, 2/1990, S. 269–277, und Hotz. Vgl. auch die Erläuterung in diesem Band, S. 104.

[33] Vgl. unten Tabelle 9, S. 313.

[34] Vgl. Industriearchitektur in Karlsruhe, besonders die Einleitung von Ernst Otto Bräunche: Die Karlsruher Industrie bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs, S. 12–20.

[35] Vgl. Manfred Koch: Karlsruhe in der Kaiserzeit. Die Residenz im Zeichen der Industrialisierung 1871 bis 1914, in: Leben in der Fächerstadt, S. 127–143.

[36] Vgl. unten die Erläuterung zur Bevölkerungsentwicklung, S. 130 und Tabelle 7, S. 312.

[37] Vgl. Gottfried Gassert: Die berufliche Struktur der deutschen Großstädte nach der Berufszählung von 1907, Greifswald 1917; dazu auch Ernst Otto Bräunche (wie Anm. 6). Zur Erwerbsstruktur vgl. die Erläuterung in diesem Band, S. 138 f.

[38] Siehe Karlsruhe 1911, die Aussage der Industrie- und Handelskammer S. 88 und des Direktors des Statistischen Amtes der Stadt S. 54.

[39] Zur Städteordnung vgl. unten die Erläuterung S. 116 f.

[40] Zur Stadtplanung im 19. Jahrhundert vgl. Kneille und Harald Ringler: Stadtplanung in Karlsruhe von 1835 bis 1985, in: Leben in der Fächerstadt, S. 49–76; zum Wohnungsbau vgl. Trautmann.

[41] Vgl. unten Tabelle 5, S. 307–310.

[42] Vgl. dazu die Beiträge von Konrad Krimm, Meinhold Lurz, Clemens Rehm, Wilfried Rößling, Eugen Reinhard und Gudrun Schulz in Krimm/Rößling.

[43] Zur Entstehung, Entwicklung und Wirtschaftlichkeit der Karlsruher Gemeindebetriebe vgl. Blum und Seiler, S.76–83.

[44] Vgl. Karlsruhe. Wirtschaftszentrum am Oberrhein, S. 111–129.

[45] Siehe Karlsruhe. Das Buch der Stadt (wie Anm. 2), S. 7.

[46] Vgl. unten die Tabellen 7, 10 und 11, S. 312,314 und 315.

[47] Vgl. unten die Erläuterung dazu, S. 158, und Schneider, Hermann.

[48] Vgl. Kunst in Karlsruhe und Angermeyer-Deubner.

[49] Zur „Machtergreifung" in Karlsruhe vgl. Ernst Otto Bräunche: Von der Demokratie zur Diktatur in Karlsruhe, in: Rößling, Stilstreit, S. 11–28, und Lögler. Siehe auch die Erläuterung in diesem Band, S. 175 f.

[50] Dazu Werner, Hakenkreuz und Judenstern.

[51] Vgl. Ringler (wie Anm. 40), S. 63–66.

[52] Vgl. dazu Ernst Otto Bräunche: Karlsruhe und die badische Geschichte, in: Badische Heimat, 2/1990, S. 239 – 247.

[53] Dazu Erich Lacker: 1940–1945: Der Luftkrieg über Karlsruhe, ein Überblick, in: Alltag in Karlsruhe, S. 262–268, und Werner, Karlsruhe 1945.

[54] Zur Stadtplanung nach 1945 vgl. Ringler (wie Anm. 40), S. 66–72.

[55] Siehe dazu unten die Erläuterung S. 193 f.

[56] Vgl. dazu die Erläuterung in diesem Band, S. 200 f.

[57] Vgl. dazu Karlsruhe. Wirtschaftszentrum am Oberrhein, S. 130–157.

[58] Vgl. unten Tabelle 7, S. 312.

[59] Siehe Statistisches Jahrbuch der Stadt Karlsruhe, Berichtsjahr 1965, hrsg. vom Statistischen Amt der Stadt Karlsruhe, S. 20.

[60] Vgl. ebenda, S. 75 und Tabelle 10 und 11, S. 314 f. sowie Hugo Rhein, Von der Beamtenstadt zum Wirtschaftszentrum – Karlsruhes ökonomische Entwicklung in den letzten 40 Jahren, in: Leben in der Fächerstadt, S. 207–219, S. 211.

[61] Siehe Karlsruhe. Wirtschaftszentrum am Oberrhein, S. 6, und Rhein (wie Anm. 59), S. 212.

[62] So auch Rhein (wie Anm. 59), S. 215.

[63] Vgl. Peter Pretsch: 1965: Karlsruhe kann feiern, in: Alltag in Karlsruhe, S. 269–292, S. 271 f.

[64] Siehe dazu unten die Erläuterung S. 218 und Ringler (wie Anm. 40), S. 68 f.

[65] Siehe zur Nordtangente die Ausführung von Otto Dullenkopf: Kommunalpolitik in zwiespältiger Zeit – Erfahrungen in einer Stadt im Wandel, in: Leben in der Fächerstadt, S. 11–21.

[66] Vgl. dazu Haass u. a., Karlsruher Theatergeschichte, S. 127–152, und Vorbilder. Kunst in Karlsruhe 1950–1988. Hrsg. Wilfried Rößling im Auftrag des Badischen Kunstvereins Karlsruhe, Karlsruhe 1988.

[67] Vgl. Michael Heck: Kultur in Karlsruhe, in: Badische Heimat, 2/1990, S. 251–255.

[68] Vgl. dazu Rhein (wie Anm. 59), S. 212–218 und unten Tabelle 7, S. 312.

[69] Vgl. unten: Zur Entwicklung des Siedlungsraums Karlsruhe bis zu den Eingemeindungen 1972 bis 1975, S. 248–255.

[70] Vgl. Helmut Börkircher: Die TechnologieRegion Karlsruhe – Eine Region wird sich ihrer Ressourcen bewußt, in: TechnologieRegion Karlsruhe (wie Anm. 20), S. 183–186 sowie die anderen Beiträge zu diesem Band.

[71] Vgl. dazu unten die Tabellen 10 und 11, S. 314 f., sowie Stadt Karlsruhe. Arbeitsstätten und Beschäftigte. Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung am 25. Mai 1987. Amt für Stadtentwicklung, Statistik und Stadtforschung.

[72] Vgl. z. B. die Ansätze einer gemeinsamen Regionalplanung im Jahre 1963. Erst in den 1980er Jahren nahm diese neue Politik jedoch mit der TechnologieRegion konkretere Formen an, vgl. die Rede von Oberbürgermeister Prof. Dr. Gerhard Seiler bei der Amtseinführung am 1. Juli 1986 in der Zusammenfassung im Amtsblatt der Stadt Karlsruhe vom 4. Juli 1986.

[73] Vgl. Heinrich Klotz (Hrsg.): Das Zentrum für Kunst und Medientechnologie Karlsruhe. Ein Architektur-Wettbewerb, Stuttgart, München 1990.

Chronik 1715–1806

Das 18. Jahrhundert war eine Zeit der kriegerischen Auseinandersetzungen um die Vorherrschaft im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. In einer Reihe von Erbfolgekriegen (1701–1714 Spanischer Erbfolgekrieg, 1733–1735 Polnischer Thronfolgekrieg, 1740–1748 Österreichischer Erbfolgekrieg, 1756–1763 Siebenjähriger Krieg, 1778–1779 Bayerischer Erbfolgekrieg) ging es immer auch um Gebietsvergrößerungen und damit um machtpolitische Vorrangstellungen. Sie brachten eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses zuungunsten der Habsburger Monarchie durch den Aufstieg Brandenburg-Preußens. Die Kriege des 18. Jahrhunderts trafen die Städte im Südwesten des Reichs, die sich noch kaum vom Dreißigjährigen Krieg und den Kriegszügen der Franzosen und den damit verbundenen Zerstörungen während des Pfälzischen Erbfolgekrieges in den Jahren 1688/89 erholt hatten, in unterschiedlicher Weise schwer. Truppendurchmärsche, Einquartierungen, Kontributionen, Plünderungen, Belagerungen und Zerstörungen, je nach Lage ihrer Stadt hatten die Einwohner unter einzelnen oder allen diesen Kriegserscheinungen zu leiden.

Schon seit dem Ende des Dreißigjährigen Krieges 1648 glich das Heilige Römische Reich einer lockeren Föderation einzelner territorialer Gewalten mit dem Kaiser als „primus inter pares". Die große Zahl souveräner oder teilsouveräner Territorien, die eine eigene Rechtspflege und Polizeigewalt, eigene Steuern und eigenes Münzwesen, Grenzen und Zölle entwickelten und festlegten, hatte eine starke Zergliederung des Reiches in viele, teilweise kuriose Sonderexistenzen zur Folge. Das verschärfte die Folgen der Kriegsschäden auf das Handels- und Wirtschaftsleben zusätzlich. Nur die größeren Staaten vermochten in dieser Lage ihren Finanzbedarf durch eine sinnvolle Wirtschafts- und Handelspolitik zu decken. Wenn die kleineren, in finanziellen Dauerkrisen existierenden Territorien nicht einfach von den größeren einverleibt wurden, so vor allem deshalb, weil das Reich als schützende Rechtsgemeinschaft fortbestand.

Die Markgrafschaft Baden-Durlach gehörte im 17. Jahrhundert zu jenen für Franken, Schwaben und den Oberrhein typischen Kleinterritorien, die aber dadurch nicht zugleich rückständig waren. Das kleine und zudem nicht zusammenhängende Hoheitsgebiet wurde – wie der ganze Oberrhein – 1688/89 im Pfälzischen Erbfolgekrieg hart getroffen. An eine prunkvolle Entfaltung absolutistischer Herrschaft war hier nicht zu denken. Sparsamkeit kennzeichnete denn auch Markgraf Karl Wilhelm, der sich 1715 eine neue Residenz baute und die Stadt Karlsruhe gründete, für die er mit einem Gründungsaufruf Siedlern aus allen Landen unter Garantie der Bekenntnisfreiheit und unter Gewährung anderer Privilegien zur Niederlassung Anreize gab.

Sein Nachfolger Karl Friedrich gehörte zu den herausragenden Vertretern des aufgeklärten Absolutismus im Süden des alten Reiches. Ziel des aufgeklärten Absolutismus war nicht mehr nur die Selbstbehauptung und Machtausweitung des Staates, sondern auch das ideelle und materielle Wohl der Untertanen. Karl Friedrich trieb entschlossen die Verbesserung der wirtschaftlichen Grundlagen des Landes voran, d. h., er bemühte sich in erster Linie um eine Rationalisierung und Modernisierung der Landwirtschaft. Das Verbot der Folter (1767) und die Aufhebung der Leibeigenschaft (1783) sind somit nicht allein Akte der Menschenfreundlichkeit, sondern auch Ausdruck wirtschaftlicher Zielsetzungen. Die

steuerliche Leistungsfähigkeit der Bauern sollte dem Staate zugute kommen. Der Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse dienten auch der Bau von Landstraßen, von Kanälen und die Anlage landwirtschaftlicher Musterbetriebe. Hinzu kamen Maßnahmen im Bildungswesen, wie die Schaffung von Priester- und Lehrerseminaren und die Einführung der allgemeinen Volksschulpflicht. Der aufgeklärte Absolutismus Karl Friedrichs schuf im Zeichen der Idee der Toleranz und der religiösen wie geistigen Freiheit ein Klima, in dem kulturelles Leben sich zu entfalten begann.

Die absolutistische Zentralisierung der Staatsgewalt in der Person des Landesfürsten brachte auch für die Städte schwerwiegende Verluste an Selbstverwaltungsmöglichkeiten, die durch die hohe Verschuldung zusätzlich eingeschränkt wurden. Insgesamt verlief die Entwicklung der Städte in diesem Jahrhundert so uneinheitlich, wie die zahlreichen Territorien unterschiedlich organisiert und politisch verfaßt waren. Die badischen Städte hatten schon 1656/1668 die Möglichkeit zur Mitarbeit in der Politik des Landes und seines Steuer- und Finanzwesens durch die Auflösung der Landstände, des Gremiums, in dem sich die Mitarbeit vollzog, verloren. Keine althergebrachten Rechte zu verlieren hatten die Städteneugründungen des 17. und 18. Jahrhunderts. Zahlreicher als sonst im Reich entstanden im Südwesten fürstliche Gründungsstädte. Neben den älteren Freudenstadt (1599) und Mannheim (1609) sind es die Gründungen der Barockzeit Mühlburg (1670 zur Stadt erhoben) und die Residenzstädte Rastatt (1699), Ludwigsburg (1705) sowie als letzte Stadt dieser Reihe Karlsruhe (1715). Die Unterstellung der markgräflichen Neugründungen unter weitgehende staatliche Aufsicht wurde schließlich auch auf die älteren Städte ausgedehnt.

Bei allen Veränderungen, die der aufgeklärte Absolutismus bewirkte, blieb doch die politische und soziale Ordnung des alten Systems erhalten. Die Ideen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit der Französischen Revolution von 1789 übten zwar eine starke Wirkung auch jenseits des Rheins aus, es kam jedoch nicht zu einem Übergreifen der Unruhen. Die Reformbereitschaft des aufgeklärten Absolutismus, das Fehlen eines politischen Zentrums und unterschiedliche soziale Strukturen – wie der geringer ausgeprägte Unterschied zwischen Adel und Bauernschaft oder das Fehlen eines reichen und selbstbewußten städtischen Bürgertums – kommen dafür als Ursachen in Betracht. Erst die von Napoleon zur Verteidigung und Ausbreitung der revolutionären Ideen und Reformen siegreich geführten Kriege schwächten die Rolle Österreichs wie Preußens im Reich und veränderten langfristig auch die sozialen Strukturen.

Im Jahre 1717 waren die beiden badischen Markgrafschaften, wie in dem 1765 abgeschlossenen Erbvertrag festgelegt, wiedervereinigt worden. Das immer noch kleine, durch die nahe Grenze zu Frankreich nach der Französischen Revolution in seiner Existenz bedrohte Land, entschied sich, sein Schicksal mit dem Frankreichs zu verbinden. Freiherr Sigmund von Reitzenstein, seit 1796 badischer Bevollmächtigter in Paris, hat seinen oft zögernden Markgrafen immer wieder zu dieser Politik gedrängt und wurde so zum eigentlichen Begründer des badischen Staates. Mit seinem Verhandlungsgeschick verstand er es, die verwandtschaftlichen badisch-russischen Beziehungen bei Napoleon zugunsten Badens in die Verhandlungen einzubringen. Am 22. August 1796 schloß die Markgrafschaft einen Friedensvertrag mit Frankreich, und während des Rastatter Kongresses 1797/98 erzielte sie erste Gebietsgewinne. 1803 wurde das Land zum Kurfürstentum und 1806, nach neuerlichem Gebietszuwachs durch den Frieden von Preßburg von 1805, zum Großherzogtum erhoben. Die Anlehnung an Frankreich brachte der ehemaligen Markgrafschaft einen großen Zuwachs an Macht und Bedeutung nach außen wie nach innen.

Napoleons Einfluß auf die von ihm aus den Kleinterritorien und geistlichen Herrschaften gebildeten Mittelstaaten führte 1806 zum Austritt von 16 süd- und westdeutschen Fürsten aus dem Reich und zur Bildung des Rheinbundes in Paris unter dem Protektorat Napoleons. Kaiser Franz II. erklärte daraufhin das Heilige Römische Reich Deutscher Nation für aufgelöst.

Wie sehr die Veränderungen der Landkarte am Oberrhein durch die Politik Napoleons in das Schicksal der Städte hineinwirkten, zeigte die Entwicklung Karlsruhes und Mannheims. Mannheim hoffte nach der Eingliederung der Kurpfalz in das neue Baden vergeblich, die 1778 verlorene Residenzfunktion (der kurpfälzische Hof war nach München übersiedelt) als größte Stadt des Landes zurückzugewinnen. Die Bevölkerungszahl wie die Wirtschaftsentwicklung war daraufhin weiter rückläufig. Die zuvor beschauliche Residenz Karlsruhe sah als Hauptstadt eines bedeutenden Mittelstaates dagegen einer Aufwärtsentwicklung entgegen.

Situationsplan aus der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts über die Gegend, in der 1715 Karlsruhe gegründet wird

1715

28. Januar: Beginn der Rodungsarbeiten im Hardtwald für den Bau des Karlsruher Schlosses. Etwa zwei Kilometer südöstlich steht das Jagdschloß Gottesaue auf dem ehemaligen Gelände des 1094 gegründeten Klosters Gottesaue.

23. Februar: Markgraf Karl Wilhelm erteilt den Befehl, für die Umfriedung des Fasanengartens aus dem Murgtal 10 000 Dielen zu besorgen. Die Pläne für die Anlage des Fasanengartens und Wildparks etwa einen Kilometer östlich des Platzes für den Schloßbau waren dem Markgrafen am 25. November 1711 übergeben worden.

17. Juni: Feierliche Grundsteinlegung für den Bau des Schloßturms und damit für die Residenz „Carolsruhe". Die Bauleitung liegt in den Händen von Friedrich von Batzendorf und Hans Schwartz. Anläßlich dieser Feier stiftet der Stadtgründer den Hausorden unter dem Namen „Treue – Fidelitas", dessen Name später in das Stadtwappen eingeht. Mit dem Beginn der Arbeiten für den Schloßbau entsteht auch Klein-Karlsruhe, das „Dörfle". Die zahlreichen Arbeiter, später auch Soldaten und Hofdiener, bebauen das ihnen zugewiesene Gelände beim späteren Rüppurrer Tor mit einstöckigen Baracken.

24. September: Der Markgraf erläßt seinen ersten Karlsruher „Gnadenbrief", der denen zahlreiche Freiheiten gewährt, die sich hier niederlassen wollen.

7. Dezember: In der Stadt wird das erste Kind geboren.

1716

— Karl Wilhelm erneuert die Durlach gewährten Privilegien nicht und macht damit deutlich, daß die Residenz verlegt werden soll.

— Die erste Volksschule nimmt in einem gemieteten Raum eines Privathauses ihren Unterricht auf. Lehrer dieser „Deutschen Schule", die nur für lutherische Kinder bestimmt ist, wird Johann Michael Simon. Erst zum Jahresende 1717 erhält er vom Markgrafen als Schulmeister eine feste Anstellung.

20. November: Der Bau des auf 400 Eichen gegründeten und gemauerten Schloßturmes wird abgeschlossen.

1717

— Markgraf Karl Wilhelm stellt den Katholiken Ecke Zirkel/Lammstraße den Bauplatz für ein Bethaus zur Verfügung. Neben dem italienischen Priester und Musikus am Hofe des Markgrafen, Natalis Bettinardo, versehen Bruchsaler Kapuziner die Seelsorge.

5. Juli: Mit der Abhaltung der ersten Audienz des Markgrafen in Karlsruhe wird die neue Residenz auch Hauptstadt der Markgrafschaft Baden-Durlach.

19. Juli: Die markgräflichen Beamten, die in Durlach wohnen, erhalten den Befehl zur Übersiedlung nach Karlsruhe.

31. Oktober: Im östlichen Flügel des Schlosses wird zur 200-Jahr-Feier der Reformation die Schloßkapelle eingeweiht. Erster Hofprediger wird Johann Lorenz Hölzlein, zuvor Hofdiakon in Durlach.

2. November: Abhaltung des ersten Jahrmarktes in der Stadt. In der Folgezeit finden regelmäßig zwei Jahrmärkte statt. Schon vorher wurde jeweils am Freitag ein Wochenmarkt abgehalten. Er war zuerst an wechselnden Plätzen im Zirkel und dann bei der Konkordienkirche.

1718

— Der Stadtrat beschließt die Anlage eines Friedhofes hinter dem für den Bau der späteren Konkordienkirche vorgesehenen Platz (heutiger Marktplatz).

— Im Stadtgebiet zwischen Zirkel, Lange Straße, Waldhorn- und Waldstraße stehen etwa 60 Häuser, dazwischen liegen Wiesen und Gärten.

— Nathan Uri Kahn wird erster Rabbiner der Karlsruher Juden.

24. März: 55 Bürger wählen den Bürgermeister. Erster Karlsruher Bürgermeister und zugleich Stadtrechner wird der aus Straßburg stammende, über Mühlburg und Durlach nach Karlsruhe gekommene Wirt des „Waldhorn", Johann Sembach.

17. Juni: Die vom Schloß ausgehenden Radialstraßen erhalten anläßlich des vierten Ordens-

Karlsruher Stadtrecht im 18. Jahrhundert

Karlsruhe unterstand zunächst völlig der markgräflichen Verwaltung. Im Jahre 1717 wurde dafür eigens ein Oberamtmann bestellt. Die Karlsruher Bürger ergriffen 1718 selbst die Initiative zur Gründung der Bürgergemeinde. In einer Bittschrift an den Markgrafen wünschten sie die Einrichtung eines Gerichts und Stadtrates, die Zuteilung städtischer Einnahmequellen und die Einrichtung eines Gefängnisses. Der Markgraf entsprach der Eingabe der Karlsruher Bürgerschaft, die nunmehr alle Organe und die Grundlage einer städtischen Verfassung besaß. Karlsruhe war im Rechtssinn Gemeinde geworden. Auf die ebenfalls erbetene schriftliche Fixierung eines ordentlichen „Freibriefs", in dem auch die Rechte der Stadt enthalten sein sollten, d. h. den eigentlichen Stadtrechtsbrief, mußten die Karlsruher allerdings noch fast vier Jahre warten.

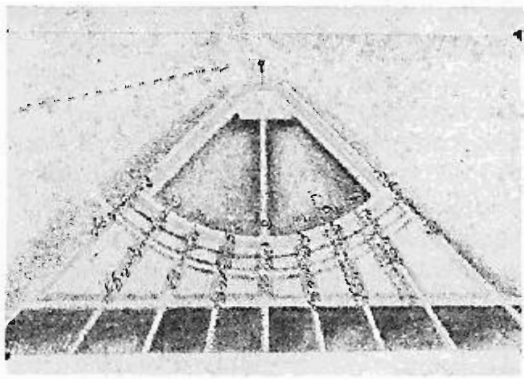
Der Stadtrechtsbrief des Jahres 1722 hielt die teilweise bereits praktizierten Rechte der Gemeinde fest: Wahl des Bürgermeisters und eines Stadtrates; der Rat durfte die niedere Gerichtsbarkeit und Polizeistrafgewalt ausüben (erstinstanzliche Schlichtung bürgerlicher Streitigkeiten, Ahndung geringer Vergehen, Erbschaftsstreitigkeiten, Vaterschaftsklagen, Abfassung von Verträgen und Testamenten); Abhaltung eines Wochen- und Jahrmarktes; als eigene Einkünfte erhielt die Stadt ein Viertel vom Ohmgeld (Ausschanksteuer), ein Viertel der Strafgelder bis zehn Gulden und das Standgeld von den Märkten. Die Gemeinde stand aber unverändert unter der Vormundschaft des Staates. Die Rechnungsführung unterlag der staatlichen Aufsicht und Genehmigung, die Wahl von Bürgermeistern, Gerichts- und Ratsherren (1718 je drei, spätestens 1730 je sechs) bedurfte der Bestätigung durch das Oberamt. Im übrigen erfolgten nur die Wahlen im Jahre 1718 direkt durch die Bürger. Alle folgenden Bürgermeister wurden vom Rat gewählt. Veränderungen im Rat, dessen Mitglieder auf Lebenszeit gewählt waren, vollzogen sich nach dem landesüblichen Kooptationsverfahren, d. h., die Räte bestimmten selbst über die neuen Mitglieder. Die unteren Gemeindedienste, wie Nachtwächter, Brotwäger, Weinsticher, Fleischbeschauer, konnte die Gemeinde selbständig besetzen. Das Recht der Bürgerannahme blieb dem Markgrafen vorbehalten, die Gemeinde durfte dazu nur eine Meinung äußern. Diese Beschränkung traditionellen Rechts korporativ verfaßter Gemeinden wurde 1737 auf die ganze Markgrafschaft ausgedehnt.

Bei der Erneuerung des Privilegienbriefes im Jahre 1752 blieb die Organisation der Stadtverwaltung unverändert. Auch die badische „Communordnung" von 1760, die Anweisungen zur Finanzwirtschaft enthielt, führte als Neuerung lediglich den Titel „Senator" für die Gerichts- und Ratsherren ein.

Weitere, erst im Privilegienbrief des Jahres 1752 genannte, aber schon früher bewilligte Einnahmen der Stadt waren Anteile am Schutzgeld, das Juden, Hintersassen und Handwerksgehilfen an den Markgrafen zu zahlen hatten, sowie Abgaben für den Verkauf von Salz in der Stadt.

festes des Hausordens der Treue die Namen der Ordensherren. Etwa zehn Jahre später werden dafür bei der Mehrzahl schon die Namen der an ihnen liegenden größeren Wirtshäuser gebräuchlich.

September: Nach Vollendung des Schloßbaues werden die markgräflichen Behörden (Geheimer Rat, Hofrat, Rentkammer, Landschreiberei, fürstliches Militär) von Durlach nach Karlsruhe verlegt.



Entwurf des Straßenfächers mit Benennung der Gassen. Undatiert, Karl Wilhelm zugeschrieben

12. September: Die Karlsruher Bürger richten eine umfangreiche Bittschrift an den Markgrafen. Sie fordern u. a. die Wahl eines Stadtrates, der die städtischen Angelegenheiten verwalten sollte. Dies wird vom Markgrafen zugestanden.

24. November: Erste Sitzung des von den Bürgern gewählten Stadtrates. Ihm gehören der Bürgermeister und je drei Rats- und Gerichtsherren an. Die Ratssitzungen finden in einer gemieteten Stube im Haus Vorderer Zirkel 1, häufig aber auch im „Waldhorn" statt. Angestellte der Stadt werden zunächst nur der Nachtwächter, der Stadtknecht und der Bettelvogt.

1719

— Die Karlsruher Bäcker geben sich eine Zunftordnung.

— Einrichtung einer Hofapotheke durch den Apotheker Greber aus Durlach.

— Fertigstellung der Marställe östlich des Schlosses.

— In der Stadt kommen 138 Kinder zur Welt.

13. Januar: Nach der Übersiedlung der Gesellschaft markgräflich-badischer Komödianten und der Hofkapelle von Durlach nach Karlsruhe findet im Theatersaal im östlichen Schloßflügel die erste Aufführung statt. Gespielt wird – wie zuletzt in Durlach – das Singspiel „Celindo oder die hochgepriesene Gärtnertreue".

28. Juni: Nach Plänen von Friedrich von Batzendorf beginnt an der Langen Straße der Bau der lutherischen Konkordienkirche. Sie wird 1722 fertiggestellt.

19. August: Grundsteinlegung für den von Baron von Welling geplanten Bau der reformierten Kirche an der Kreuzstraße. Der Holzbau wird am 5. September 1722 eingeweiht.

1720

— Auf dem Karlsruher Markt werden Fertigteile für Modellhäuser verkauft.

— Die Zahl der Häuser in der Stadt ist infolge der Verlegung der Residenz von Durlach nach Karlsruhe inzwischen auf 135 angewachsen.

1721

— Die Einnahmen der Stadt betragen im Rechnungsjahr 1720/21 237 Gulden 26,5 Kreuzer und die Ausgaben 329 Gulden 32 Kreuzer. Trotz gelegentlicher Überschüsse in den Jahresrechnungen kann die Stadt über Jahrzehnte nicht ohne die Zuschüsse des Markgrafen auskommen.

— Gründung der Karlsruher Schützengesellschaft. Der erste Schießplatz liegt an der heutigen Rüppurrer Straße in Höhe der Schützenstraße.

18. Juni: Einer der beiden Karlsruher Jahrmärkte soll fortan zusammen mit einem Pferdemarkt stattfinden.

1722

— Als Haustruppen und Schloßwache unterhält Markgraf Karl Wilhelm 72 Mann Infanterie und 30 Mann Dragoner. 1722 wird beim Marstall eine Kaserne errichtet.

— Der Komponist Johann Melchior Molter wird markgräflich-badischer Kapellmeister. Er übt das Amt bis 1733 und von 1743–1765 aus.

— Für den Unterricht der Kinder reformierten Glaubens kommt ein Lehrer in die Stadt.

12. Februar: Der Markgraf erläßt einen neuen „Freiheitsbrief" für die Bewohner der Residenzstadt. Für die Juden werden die Privilegien in einem besonderen Schutzbriefformular gewährt.

Freiheiten und Privilegien der Bürger in Karlsruhe

Der Freiheitsbrief des Jahres 1715 sollte zuallererst die Bevölkerungsansiedlung bei der Residenz durch die Gewährung individueller Freiheiten und Privilegien fördern. Für die Aufbauphase der Stadt wollte Markgraf Karl Wilhelm solche Siedler gewinnen, die in der Lage waren, in der regelmäßig geplanten Stadtanlage ein Haus zu bauen und eine Existenz zu gründen. Dafür boten die rege Bautätigkeit in der Stadt und die Bedürfnisse des Hofes eine Basis.

Die 1715 für 20 Jahre gewährten Freiheiten und Vergünstigungen für die Siedler lassen sich in drei Bereiche zusammenfassen:

Die **individuellen Rechte** gewährten Religionsfreiheit und die Freiheit von Leibeigenschaft und Frondiensten.

Die **Vergünstigungen für die Niederlassung und Existenzgründung** bestanden im wesentlichen aus der kostenlosen Überlassung eines Bauplatzes und des nötigen Baumaterials (Holz, Sand, Steine), der zollfreien Einfuhr von Hab und Gut in die Stadt, der Freiheit von allen landesherrlichen Steuern, sonstigen Abgaben und Einquartierungen sowie (falls gewünscht) dem kostenfreien Abzug aus der Stadt.

Zur **Förderung von Handel und Gewerbe** wurden die Karlsruher vom Pfundzoll (Umsatzsteuer) befreit, sollten im Lande frei Handel treiben können und bei der Belieferung des Hofes bevorzugt werden.

Die **Anforderungen** an die Siedler waren dagegen sehr gering. Sie mußten über ein in der Höhe nicht festgelegtes Startkapital verfügen und auf dem ihnen zugewiesenen Platz ein modellmäßiges Haus bauen.

Im Jahre 1722 (mit einer Ergänzung im Jahre 1724) erhielt die nun Residenzstadt genannte Gemeinde erstmals ein eigentliches Stadtrecht. Die darin gewährten Privilegien sollten für 30 Jahre gelten. Inzwischen lebten mehr als 2000 Menschen in Karlsruhe. Es kam daher nicht mehr auf die Zahl der Zuzügler an, sondern auf deren Wirtschaftskraft und damit auf die Förderung von Handel und Gewerbe. Zusammengefaßt zeigen die Privilegien folgende Präzisierungen und Neuerungen:

Die **individuellen Rechte** beinhalteten „Gewissens-Freiheit und Religionsübung" für alle drei im Reich tolerierten Konfessionen. Die Katholiken sollten jedoch bis zum Bau einer Kirche keine öffentlichen Gottesdienste abhalten. Erstmals in der baden-durlachischen Privilegierungspraxis sollten Juden ebenfalls Schutzbriefe mit denselben Rechten wie die Bürger erhalten können.

Die **Vergünstigungen für die Existenzgründung** bestanden in der kostenlosen Überlassung eines Bauplatzes, in der Steuerfreiheit, die auf Feldgüter ausgedehnt wurde, in der Akzis- und Pfundzollfreiheit und im Allmendnutzen für jeden Bürger.

Zur **Förderung von Handel und Gewerbe** wurde eine Zoll- und Mautfreiheit für Rohstoffimporte und Fertigwarenexporte festgelegt, das Wirtsgewerbe wurde von der Konzessionsabgabe und dem Ohmgeld (Schanksteuer) befreit; bereits bestehende Zunftordnungen sollten beachtet werden, darüber hinaus bestand Gewerbefreiheit; Wochenmärkte mit Akzis- und Pfundzollfreiheit wurden eingeführt, und Kapitalinvestitionen in Manufakturen erhielten eine zeitlich unbegrenzte Steuerfreiheit.

Deutlich verschärfte **Anforderungen** galten nun für die um Bürgeraufnahme bittenden Zuzügler. Christen mußten 200 und Juden 500 Gulden Vermögen, Ausländer ihre „ehrliche Geburt" und Leibfreiheit nachweisen. Die modellmäßigen Häuser mußten innerhalb zwei

Jahren gebaut sein, da sonst der Privilegienverlust erfolgte. Die Bürger waren für die Errichtung und Unterhaltung städtischer Einrichtungen umlagepflichtig. Das galt auch für die Hofbediensteten, die nebenerwerbliche Einkünfte hatten.
Nach Ablauf der Frist von 30 Jahren – zwischenzeitlich bestätigte nach dem Tode des Stadtgründers die vormundschaftliche Regierung 1738 die Privilegien – erteilte Markgraf Karl Friedrich neue Privilegien. Sie brachten erhebliche Veränderungen vor allem im Bereich der Förderung von Handel und Gewerbe. Die Stadt wurde weitgehend den anderen Gemeinden im Lande gleichgestellt.
Im Bereich der **individuellen Rechte** blieb die Freiheit der Religionsausübung erhalten, ebenso die Freiheit von Leibeigenschaft und Frondiensten für alle Einwohner.
Vergünstigungen für die Existenzgründung wurden nicht mehr gewährt, die Abgabefreiheit für Altbürger endete, und für die Karlsruher galten die allgemeinen Bestimmungen der Markgrafschaft. Frei blieben die Karlsruher von der „Gewerb Schatzung" und vom Zehnten für ihre Güter und Äcker auf Karlsruher Gemarkung.
Auch bei der **Förderung von Handel und Gewerbe** endeten die Vergünstigungen: Die Pfundzollfreiheit wurde aufgehoben (ausgenommen blieben bis auf weiteres grüne Gartengewächse, Butter, Eier, Milch und Hühner), ebenso die Freiheit des Salz- und Eisenhandels. Die teilweise Gewerbefreiheit endete mit der Anweisung, für alle Handwerker Zunftordnungen zu erlassen. Für die zahlreichen Wirtschaften wurde das Ohmgeld (Schanksteuer) auf das landesübliche Maß erhöht.
Die **Anforderungen an die Bürger und Einwohner** wurden ebenfalls erhöht. Die Häuser durften nur noch aus Stein nach einem Modell gebaut werden. Bei der Bürgeraufnahme mußte ein Vermögen von 500 Gulden, für Ehepaare 700 Gulden nachgewiesen werden, das Schutzgeld für Juden sollte nach besonderer Verfügung vom 5. Juli 1752 700 Gulden betragen und der Schutz nicht vererbt werden, Hintersassen mußten die übliche Gebühr von vier Gulden entrichten. Alle Einwohner mußten zu den Lasten und Umlagen der Gemeinde beitragen, ausgenommen jene fürstlichen Diener, die kein Gewerbe betrieben.

1723

– Eine Zunftordnung der Karlsruher Leinweber erscheint.

1724

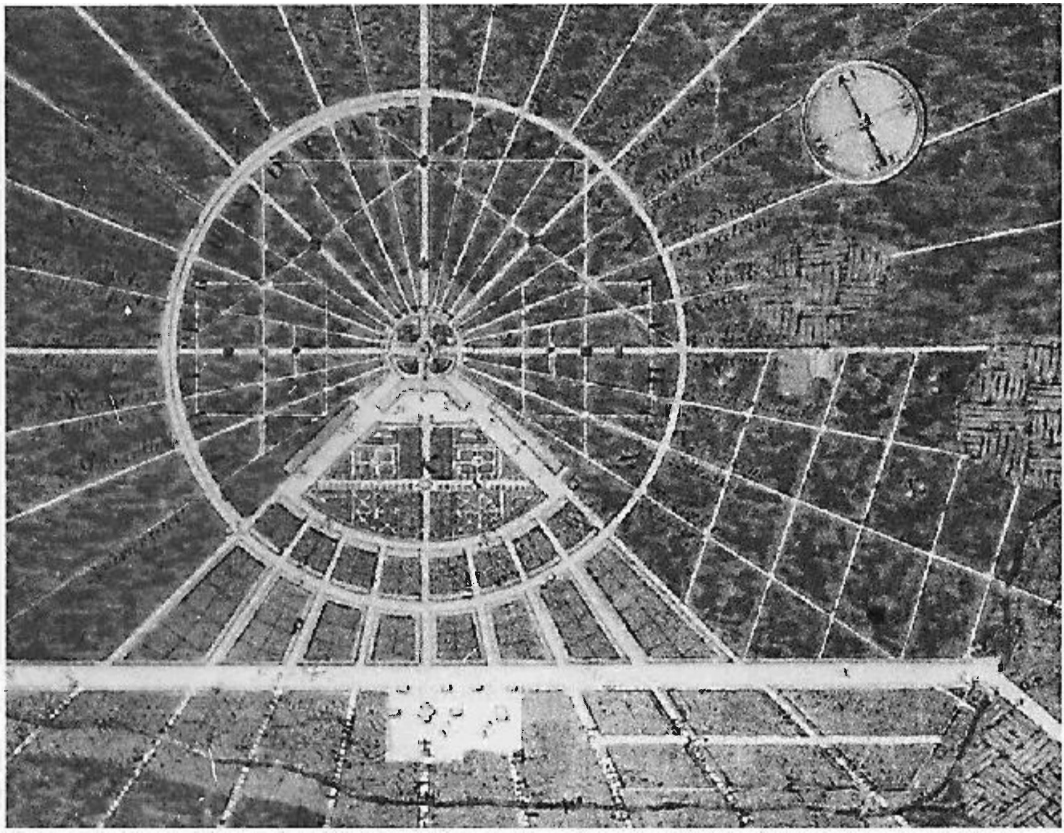
12. Juni: Das „Gymnasium illustre" verlegt auf Anweisung des Markgrafen seinen Sitz von Durlach nach Karlsruhe, wo bereits seit 5. Mai 1719 entsprechender Unterricht erteilt wird. Seit 1721 existiert eine „Athenaeum" genannte Unterrichtsanstalt. Der 32jährige Pfarrer Philipp Jakob Bürklin löst als erster Leiter des Gymnasiums den bisherigen provisorischen Rektor Johann Kaspar Malsch ab.
15. August: Markgraf Karl Wilhelm erläßt Ergänzungen zu den Stadtprivilegien von 1722.
12. September: Der erste Judenschultheiß, Salomon Meyer, wird in sein Amt eingeführt. Er übt es bis zu seinem Tode im Jahre 1774 aus.

1725

– Eine handbetriebene „Krahnen-Mahlmühle" wird gebaut.
April: Die Bewachung der Stadttore muß von der Stadt übernommen werden. 1734 werden die Stadttore wegen des Polnischen Thronfolgekrieges wieder vom Militär, das Rathaus weiter von Bürgern bewacht.

1726

13. Mai: Unter diesem Datum verzeichnet ein Aktenstück die Befragung der Bürger und der Schutzjuden über den Standort des zu bauenden Rathauses. Zur Wahl stand ein Grund-



Plan der Stadt Karlsruhe aus dem Jahr 1721

stück am Zirkel und eines am Marktplatz. 135 Karlsruher sprachen sich für den Marktplatz, 57 für den Zirkel aus.

1727

– Erlaß einer besonderen Feuerordnung für Karlsruhe und Klein-Karlsruhe durch den Markgrafen.

1. April: Die von Johann E. Kaufmann aus Durlach am Marktplatz errichtete erste Stadt-Apotheke (heute Internationale Apotheke) steht dem Publikum offen.

1728

– Das erste Karlsruher Rathaus entsteht an der westlichen Seite der Konkordienkirche am Marktplatz. Im Erdgeschoß sind Mehlwaage, Korn- und Kaufhaus untergebracht, im Hof die Fleischbänke und das städtische Feuerhaus.

22. November: Zur Geburt von Prinz Karl Friedrich, dem späteren Markgrafen, überreicht der Stadtrat der Prinzessin Anna Charlotte Amalie als Geschenk „einen silbernen Lavor mit Kannen" im Wert von 115 Gulden und 57 Kreuzern.

1729

– Die Karlsruher Nagelschmiede geben sich eine Zunftordnung.

– Markgraf Karl Wilhelm reist zum dritten Mal nach 1711 und 1723 nach Holland. Zweck dieser Reisen waren das Studium und der Kauf holländischer Tulpenzwiebeln, die der Blumenfreund neben anderen seltenen Blumen in Karlsruhe in seinem Schloßgarten anpflanzte. Dieser Garten vor dem Schloß war im französischen Stil angelegt. Es werden verschiedene Verzeichnisse der in Durlach, Karlsruhe und Basel angepflanzten Tulpensorten geführt.

Der Karlsruher Marktplatz nach 1728. In der Mitte die Konkordienkirche, rechts davon das erste Rathaus der Stadt

1730

— Die Zahl der Ratsmitglieder wird von sechs auf zwölf angehoben. Damit soll den gewachsenen Anforderungen entsprochen werden.

— Das für die Schutzaufnahme von Juden in Karlsruhe erforderliche Mindestvermögen wird von 500 auf 800 Gulden erhöht. Es liegt deutlich über dem von christlichen Schutzbürgern geforderten Vermögen.

— Der Markgraf verordnet die jährliche Abrechnung des Haushalts der Stadt.

— Vor dem Rüppurrer Tor (heute Mendelssohnplatz) existiert eine Ziegelei.

1731

— Der Durlacher Posthalter, Siegmund Herzog, richtet in Karlsruhe eine Poststube ein.

— Die Volksschule kann aus Privaträumen in das für sie erbaute Haus westlich der Konkordienkirche am Marktplatz umziehen.

1732

— Der Wochenmarkt wird jeweils am Montag und Donnerstag abgehalten. Damit sollen die Versorgungsprobleme wegen des bisher nur am Freitag stattfindenden Marktes behoben werden.

1733

— In der Folge des Polnischen Thronfolgekrieges besetzen französische Truppen unter Marschall Herzog von Berwick Karlsruhe.

— Wegen des Krieges werden die Sänger und Musiker des Theaters am Hofe größtenteils entlassen. Das rege Musikleben in der Karlsruher Residenz lebt erst unter der Regentschaft Karl Friedrichs wieder auf.

— Vor dem Mühlburger Tor (damals zwischen Wald- und heutiger Karlstraße gelegen) kauft die Stadt das Haus des ehemaligen Totengräbers (heute etwa Europaplatz) und baut es zum Krankenhaus um. 1738 wird es als Militärlazarett benutzt.

Oktober: Markgraf Karl Wilhelm verläßt wegen des Polnischen Thronfolgekrieges, der den Oberrhein zwar nicht zum Kriegsschauplatz, aber zum Durchzugsgebiet französi-

scher, kaiserlicher und russischer Truppen macht, seine Residenz Karlsruhe. Fast genau drei Jahre später, im September 1736, kehrt er aus Basel, von wo er die Markgrafschaft regiert hat, zurück.

1734

— Der österreichische Feldherr Prinz Eugen von Savoyen schlägt vorübergehend sein Hauptquartier in der Stadt auf.

— Der Handelsmann Johann Cornelius Roman wird Bürgermeister. Wegen seiner vielen Mühen und Plagen während der Kriegszeit (Einquartierungen und Kriegsleistungen vor allem) wird ihm 1760 „ein Douceur" von 20 Gulden gegeben.

— In Karlsruhe befindet sich eine Tabakfabrik. Sie gehört den Kammerräten Schneider und Stümpfler.

— Um die Stadt wird ein neuer Palisadenzaun gesetzt. Die Kosten trägt die Regierung.

1735

— Zerstörung des Innern von Schloß Gottesaue durch einen Brand, das nach dem Niederbrennen im Pfälzischen Erbfolgekrieg 1689 nur notdürftig wiederhergestellt worden war.

1736

— Der erste katholische Schulmeister beginnt seine Tätigkeit.

— Die steigende Zahl der Juden macht die Verteilung der Aufgaben für deren eigenständige Verwaltung erforderlich. Es werden drei Mitvorsteher gewählt.

— Die Superintendantur wird von Durlach nach Karlsruhe verlegt.

1737

— Die Stadtverwaltung weigert sich, für die Wiederherstellung der teilweise verfaulten hölzernen Stadttore einen Beitrag zu leisten. Sie behauptet, man brauche keine Stadttore.

— Bau des Jagdzeughauses, in dem ab 1786 die Hofschreinerei arbeitet, an der Ahamauer im hinteren Schloßgarten.

6. Juni: Markgraf Karl Wilhelm erleidet einen Schlaganfall, von dem er sich wieder erholt.

1738

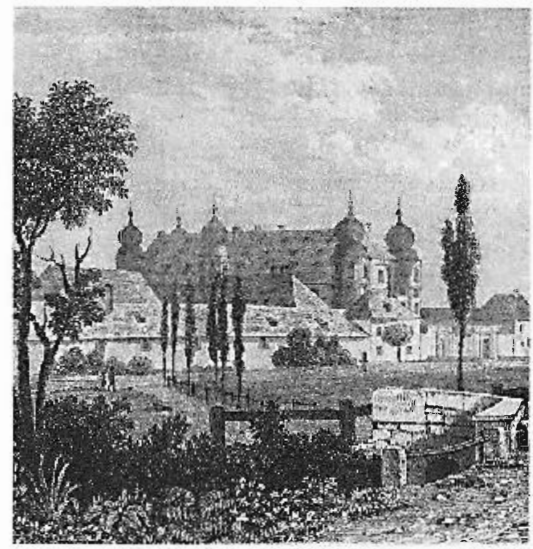
— An der Lammstraße auf der Südseite der Langen Straße wird an der Stelle, wo die katholische Kirche vorgesehen war, ein Brunnenhaus errichtet.

12. Mai: Markgraf Karl Wilhelm erleidet bei der Gartenarbeit einen zweiten Schlaganfall und stirbt. Die Leiche wird am 18./19. Mai im Schloß aufgebahrt und am 19. Mai nachts um 12.00 Uhr in aller Stille in der Konkordienkirche in einer Gruft unter dem Altar beigesetzt. Am 6. Juli findet unter Anteilnahme der Bevölkerung eine große Trauerfeier statt.

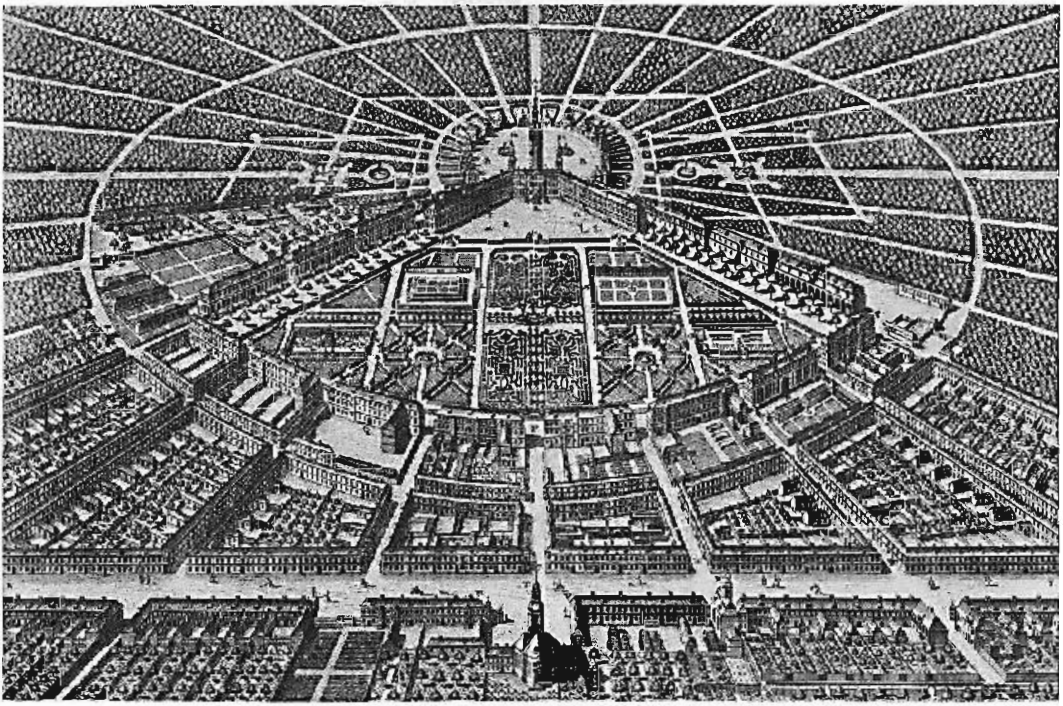
21. Juli: Bestätigung der Privilegien für die Residenz durch den Regentschaftsrat – an seiner Spitze Markgraf Karl August –, der für den minderjährigen Markgrafen Karl Friedrich die Staatsgeschäfte führt.

1740

— Gründliche Wiederherstellung von Schloß Gottesaue. Das oberste Geschoß wird abgebrochen. Die verkürzten Türme erhalten statt der Kegeldächer eingeschnürte Kugelhauben. Nach dem Wiederaufbau wird das Jagd- und Lustschloß mit dem Bau der erforderlichen Nebengebäude zum Mustergut um-



Blick auf Schloß Gottesaue um 1830. Anstelle des 1094 gegründeten Klosters entstand von 1588–1594 das Jagdschloß



Karlsruhe von Süden im Jahre 1739, Kupferstich des Hofgärtners Christian Thran. In der Erläuterung des Plans sind aufgeführt: Der Schloßturm, der mit drei übereinanderliegenden Galerien mit dem Schloß verbunden ist, in dessen rechtem Flügel Ball- und Theatersaal untergebracht sind. Hinter dem Schloß befinden sich im Halbrund Tierhäuschen, links davon der Tiergarten und rechts davon der Fasanengarten. In der Verlängerung des linken Schloßflügels liegen Orangeriehäuser und in der Verlängerung des rechten der Marstall und das Reithaus. Dazwischen liegt der fürstliche Garten mit Volieren und Gewächshäusern. Am inneren Zirkel befindet sich als drittes Gebäude von links die markgräfliche Kanzlei und als zweites Gebäude von rechts ein Orangeriehaus. Links, in der heutigen Hans-Thoma-Straße, steht das Linkenheimer Tor noch nahe der Waldstraße. Am äußeren Zirkel stehen auf der Nordseite Hintergebäude der Zirkelhäuser oder lediglich Gartenzäune. An der Langen Straße im Vordergrund liegt die Konkordienkirche mit Schul- und Pfarrhaus sowie dem Friedhof. Links davon sieht man das Rathaus, und rechts liegen das Gymnasium und die Reformierte Kirche. Nicht zu sehen ist das auf älteren Plänen Vorstadt genannte Klein-Karlsruhe sowie das Mühlburger Tor bei der Waldstadt und das Durlacher Tor

gewandelt, dem 1789 ein Schäferinstitut angegliedert wird.

1741

— Die vormundschaftliche Regierung ordnet an, daß die Hausbesitzer in der Langen Straße die unebene Straßenfläche jeweils vor ihren Häusern instand setzen sollen. Unter Hinweis auf ihre Bedürftigkeit und ihre Privilegien widersetzen sich die Eigentümer der Anordnung.

1742

— Bau des Prinzentores am Ende der Ritterstraße beim Landgraben, über den eine kleine Brücke führt.

— Nach Herstellung der Straße Karlsruhe–Pforzheim nehmen die südwestdeutschen Postreiter ihren Weg über Karlsruhe. Im gleichen Jahr wird eine rechtsrheinische Postverbindung von Frankfurt nach Basel über Karlsruhe eingerichtet. Damit ist die Stadt wichtige Poststation.

1746

20. September: Die Karlsruher Glaser und Drechsler geben sich eine Zunftordnung.

13. Oktober: Markgraf Karl Friedrich wird von Kaiser Franz I. vorzeitig für mündig erklärt.

5. November: Karl Friedrich erklärt, Karlsruhe als Sitz der Residenz beibehalten zu wollen. Er beendet damit die entstandene Beunruhigung über das weitere Schicksal der jungen Stadt.

6. November: Karl Friedrich kehrt spät abends am 5. November nach Karlsruhe zurück und tritt am 22. November die Regierung des Landes an. Die Karlsruher Bürger beleuchten am Abend des 6. November die Stadt, und auf Transparenten drücken sie ihre Hoffnungen aus, die sie auf den jungen Regenten setzen.

1747

— Erstes Auftreten einer wandernden Komödientruppe in Karlsruhe.

1749

— Die Waldstraße ist jetzt auf beiden Seiten bebaut, die Waldhornstraße noch nicht.

1750

— Beginn der im Vorjahr beschlossenen Totalrenovierung des Schlosses. Aus mehreren Entwürfen werden die von Leopolo Retti aus Ansbach gewählt und von dem jungen Ingenieurleutnant Friedrich von Kesslau abgeändert. Er leitet zusammen mit L. Philippe de la Guepiére die Arbeiten.

— Baubeginn eines Steinschiffkanals unter Einbeziehung des Landgrabens (1583–1610 angelegt). Damit wird der Transport der Steine aus den Steinbrüchen des Pfinztals erleichtert, mit denen Karlsruhes Schloß und die neuen Häuser nun gebaut werden. Beim Rüppurrer Tor am Ende der Kronenstraße befindet sich eine Ausladestelle.

— Beginn der Arbeiten für einen großen Exerzierplatz im Westen der Stadt im Hardtwald, der 1760 fertiggestellt ist.

— Verlegung des Linkenheimer Tores von der Wald- zur Akademiestraße.

1751

— In der evangelischen Volksschule wird der Unterricht für Jungen und Mädchen getrennt. Die Mädchenschule wird der Witwe des Lehrers Glaser übertragen, die auf diese Weise unterstützt werden soll.

28. Januar: Markgraf Karl Friedrich vermählt sich in Darmstadt mit Prinzessin Karoline Luise und nimmt nun auf Dauer seinen Wohnsitz in Karlsruhe. Die Markgräfin, in der anregenden Atmosphäre des Darmstädter Hofes aufgewachsen, hat großes Interesse an allen wissenschaftlichen Bestrebungen ihrer Zeit. Ihre größte Passion ist die Kunst. Das von ihr aufgebaute „Mahlerey-Cabinet" und das Naturalien-Kabinett bilden später einen wichtigen Bestand der beiden großen Karlsruher Museen.

Dezember: Die Gemeindevertretung beklagt beim Markgrafen die Überbesetzung aller Gewerbe, das Überwiegen der Schutzbürger und Hintersassen über die grund- und hausbesitzenden Bürger, den Überfluß an Wirtschaften und die jüdische Konkurrenz für Metzger und Krämer. Diese Klagen zielen auf Abhilfe bei der Erneuerung der Stadtprivilegien.

1752

— In der Stadt gibt es über 70 Schild- und Straußenwirte. In 50 Wirtshäusern stehen 222 Gästebetten zur Verfügung.

— Die Pflasterung der Waldhornstraße, durch die die Steine für den Neubau des Schlosses von der Ausladestelle des Steinschiffkanals herangeschafft werden, ist fertiggestellt. Die Kosten müssen die Anlieger dem Markgrafen zurückzahlen. Erst ab 1772 werden auch die anderen Straßen nach und nach gepflastert.

— Für den Hausbau wird ein neues Modell vorgeschrieben, das nun aus Stein gebaut werden soll. Die alten Holzhäuser sollen allmählich ersetzt werden.

12. Juni: Erneuerung des Privilegienbriefes für Karlsruhe durch Markgraf Karl Friedrich.

1753

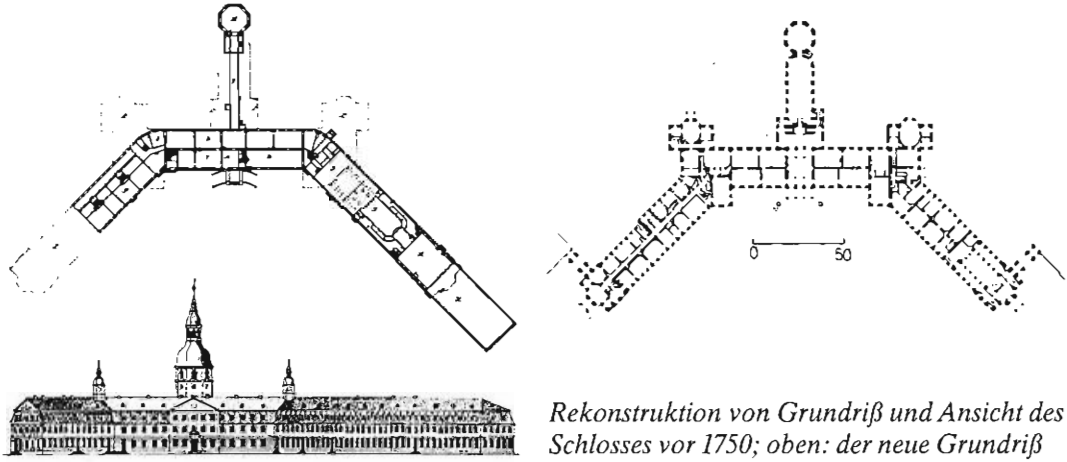
— Zusätzlich zur Hof- und Stadtpfarrei wird

Das Karlsruher Schloß im 18. Jahrhundert

Der städtebauliche Anspruch des Karlsruher Stadtgrundrisses mit seiner planerischen Umsetzung des absolutistischen Staatsgedankens stand zunächst in beträchtlichem Gegensatz zur Einfachheit der ersten Bebauung. Dies traf nicht zuletzt für das Schloß zu, dem Zentrum und Bezugspunkt der gesamten Radialanlage. Der Stadtgründer Karl Wilhelm, Markgraf des kleinen Territoriums von Baden-Durlach, sah sich finanziell nicht in der Lage, ein vergleichbar aufwendiges Schloß wie etwa seine fürstlichen Nachbarn in Rastatt, Bruchsal oder Ludwigsburg zu errichten. Außerdem übersah er nach den kriegerischen Erfahrungen der vorhergehenden Jahrzehnte keineswegs die Gefahr, daß die neue Residenz einem feindlichen Feldzug zum Opfer fallen könnte. Der im wesentlichen 1715–1718 entstandene Bau wurde daher nicht von einem namhaften auswärtigen Baukünstler entworfen, sondern von den Baumeistern Friedrich von Batzendorf und Heinrich Schwarz, die mehr Praktiker denn in der Architekturtheorie bewanderte Architekten waren. Der hohe Turm im Schnittpunkt der 32 Radialen, ein im barocken Schloßbau völlig ungewöhnliches Motiv, das südlich davon gelegene und nur durch eine hölzerne Galerie mit dem Turm verbundene Corps de Logis mit den beiden stumpfwinklig anschließenden, sich zur Stadt öffnenden Flügeln, die nicht einmal ganz fertiggestellt werden konnten, zeigten eher rückständige Formen des Frühbarock; großartige Raumfluchten oder ein repräsentatives Treppenhaus suchte man im Inneren vergebens. Dagegen war, der Vorliebe des Markgrafen für Gärten und Blumenzucht entsprechend, besonderer Wert auf die Baulichkeiten des Lustgartens gelegt, auf Pavillons und Menagerien, die das Dreiviertelrund um den Turm sowie die reichgegliederten Boskette zwischen Schloß und Stadt zierten.

Nach dem Tod Karl Wilhelms 1738 verfielen diese hölzernen Architekturen während der Regentschaft Karl Augusts ziemlich rasch; auch am Schloß selbst, dessen Außenwände immerhin aus Stein gemauert waren, machten sich schwerwiegende Schäden bemerkbar, die auf die schnelle und billige Ausführung zurückzuführen waren. So blieb dem jungen Markgrafen Karl Friedrich nach seinem Regierungsantritt 1746 und seiner Entscheidung, Karlsruhe als Residenz beizubehalten, nichts anderes übrig, als einen Neubau des Schlosses ins Auge zu fassen, wobei man nun auch größere künstlerische Maßstäbe anlegte. Bei Leopoldo Retti, Joseph Massol, Mauritio Pedetti, Nicolas de Pigage und Balthasar Neumann, allesamt international bekannte Architekten, wurden Pläne angefordert. Sie legten zum Teil mehrere Varianten großartiger Palastanlagen vor, die die Möglichkeiten des Karlsruher Hofes indes bei weitem überstiegen. So erhielt schließlich 1752 der zuvor vom Markgrafen zur Ausbildung nach Paris gesandte Kammerjunker und Leutnant Friedrich von Kesslau den Auftrag für die „Haupt-Reparatur" des Schlosses, wobei das letzte Projekt von Balthasar Neumann als wichtige Planungsgrundlage diente. In mehreren Abschnitten wurde zwischen 1752 und 1770 am Schloß gebaut, der Innenausbau sollte sich sogar noch bis in die 80er Jahre hinziehen. Übernommen wurde vom Altbau der Schloßturm, der zum Abschluß der Arbeiten eine neue Dachbekrönung erhielt, sowie – wo möglich – die alten Fundamente und Erdgeschoßmauern. Kesslau verstand es geschickt, diese Teile in seine Planung zu integrieren und dem Ganzen dennoch den Charakter eines zeitgemäßen Neubaus zu geben, der den Vorstellungen der „noble simplicité" entsprach, wie sie jene Zeit zwischen Rokoko und Klassizismus schätzte. Das besondere Augenmerk der kunstsinnigen Markgräfin Karoline Luise galt der im Zweiten Weltkrieg leider verlorengegangenen Ausstattung, für die man den französischen Architekten Philipp de la Guépière als Berater gewonnen hatte.

Bedeutende Künstler und Kunsthandwerker wurden nach Karlsruhe gerufen, etwa der Bildhauer Ignaz Lengelacher, der Maler Joseph Melling oder der Kunstschmied Melchior Hugenest. Die Möblierung wurde teilweise aus Paris bezogen, so daß sich das Karlsruher Schloß gegen Ende der Ausbauphase durchaus mit anderen Residenzen seiner Zeit messen lassen konnte. *Gerhard Kabierske*



Rekonstruktion von Grundriß und Ansicht des Schlosses vor 1750; oben: der neue Grundriß

eine Garnisonspfarrei eingerichtet.

1756

— Hofschlosser Melchior Hugenest stellt das Tor zum Fasanengarten fertig. Dieses Meisterwerk der Rokoko-Schmiedekunst wird 1846 an seine heutige Stelle am Beginn der Richard-Willstätter-Allee versetzt.

29. Dezember: Das „Carlsruher Wochenblatt oder Nachrichten zum Behuf der Policey, des Haushaltungs- und Handlungswesens, wie auch der Gelehrsamkeit" erscheint erstmals. Verleger ist der 28jährige Michael Macklot. Mit dieser ersten Zeitung in Karlsruhe und Baden wird teilweise die „ausschellende Ortspolicey" überflüssig und damit die Nachrichtenübermittlung auf eine neue Basis gestellt.

— Eine Verordnung verbietet, in der Öffentlichkeit und in Wirtshäusern über „Kriegs- und Religionssachen" zu diskutieren. Dies führe nur zu „höchst schädlichen Verbitterungen" und sei Beweis „pöbelmäßigen Betragens". Diese Verordnung steht im Zusammenhang mit dem Ausbruch des Siebenjährigen Krieges.

1757

13. Januar: Michael Macklot erhält das Privileg für die Eröffnung einer Buchhandlung. Das ältere Wirsumsche Geschäft war im Besitz Cottas in Tübingen.

23. November: Michael Macklot gibt, ausgestattet mit einer markgräflichen Alleinberechtigung in den „fürstlichen Landen", die erste Nummer der „Carlsruher Zeitung" heraus. Die zweimal wöchentlich erscheinende Zeitung hat politischen Charakter. Macklot eröffnet auch eine „Leseanstalt", in der gegen eine monatliche Gebühr seine und andere Zeitungen und sonstige Veröffentlichungen gelesen werden können. Die „Leseanstalt" hat ihr Domizil bis 1780 in der Waldhorngasse und siedelt dann in den Zirkel um.

1758

— Erlaß einer Brandversicherungsordnung durch Markgraf Karl Friedrich. Darin wird der Gedanke, auch Gebäude gegen Wasser, Erdbeben- und Sturmschäden zu versichern, als „noch nicht" vorgesehen bezeichnet.

— Die stillgelegte Bierbrauerei des Kam-

mergutes Gottesaue wird auf Anordnung des Markgrafen wieder in Betrieb genommen. Der gestiegene Preis für Wein hatte zu steigendem Bierkonsum geführt.

5. August: Der französische Philosoph Voltaire besucht den Karlsruher Hof.

1759

— Eine Polizeiverordnung verbietet, Abfälle auf die Straßen zu werfen, und gebietet, zweimal wöchentlich die Straßen zu reinigen. 1768 wird auf Kosten der Hauseigentümer eine wöchentliche Straßenreinigung eingeführt.

— Erste abendliche Beleuchtung mittels Öllampen in einigen Straßen der Stadt.

1761

— Der elsässische Dichter Gottlieb Konrad Pfeffel schlägt die Errichtung einer Universität in der Residenzstadt vor.

— Die Landstraße von Karlsruhe nach Ettlingen, die bisher am Hofgut Scheibenhardt vorbeiführte, wird in gerader Linie über Rüppurr neu angelegt.

März: Im Auftrag der Pariser Akademie kommt der Direktor der Pariser Sternwarte, Cäsar Franz de Cassini de Thury, nach Karlsruhe, um auch hier Gradmessungen vorzunehmen. Die Markgräfin läßt sich ausführlich in seine Arbeiten einweihen.

1762

— Bau eines Brunnenturmes an der Lammstraße. Der über ein von Pferden betriebenes Göpelwerk mit Grundwasser gespeiste Behälter versorgt in erster Linie das Schloß und den Schloßgarten mit Wasser.

1763

Dezember: Die Katholiken bitten den Markgrafen, ihren Weihnachtsgottesdienst durch einige Soldaten vor Störungen durch Andersdenkende schützen zu lassen.

1764

— Gründung der selbständigen Zimmermeisterzunft.

1765

— Aus Basel wird die markgräfliche Bibliothek, die dort seit 1674 lagerte, mit Rheinkähnen nach Karlsruhe in den östlichen Anbau des Schlosses gebracht. Die Aufstellung der Magazinregale Rücken an Rücken stellt eine Neuheit auf dem europäischen Kontinent im Bibliothekswesen dar.

— Nach Plänen von Friedrich von Kesslau und unter Mitarbeit von Wilhelm Jeremias Müller wird das Fasanengarten-Schlößchen mit figurierter Fassade und chinesischem Dach bis 1773 gebaut.

— Eine Häuserzählung ergibt einen Bestand von 328 Haupt- und 398 Nebengebäuden.

— Beginn der ersten regelrechten Verlängerung einer der Radialstraßen über die Lange Straße hinaus. Die Kronenstraße wird als Neue Rüppurrer Straße verlängert.

8. Februar: Markgraf Karl Friedrich gründet eine „Gesellschaft der nützlichen Wissenschaften". Hier sollen wirtschaftliche Theorie und ihre Anwendung in der Praxis diskutiert werden. Mangelndes Interesse führt im April 1766 zur Auflösung der Gesellschaft.

26. Juli: Grundsteinlegung für den Neubau des katholischen Bethauses, das am 6. Juli 1766 geweiht wird. Das Gebäude – ohne Turm und Glocken – befindet sich Ecke Zirkel/Lammstaße. Hier wird auch die erste katholische Schule eingerichtet.

1766

— Die Durlacher Lichter- und Seifenfabrik wird nach Karlsruhe verlegt.

1767

— Entlang dem Steinschiffkanal wird eine breite, gut befestigte Straße angelegt, an der der Markgraf eigenhändig die ersten Pappeln pflanzt. Die schnurgerade Allee ersetzt die frühere Verbindung zwischen Durlach und Karlsruhe, die über Gottesaue und Rintheim führte.

1768

— Nachdem bereits 1764 eine Kommission über den Ausbau und die Erweiterung der

Stadt beraten hat, wird auf Drängen der Stadt, die auf die Wohnungsnot und steigende Haus- und Grundstückspreise verweist, eine Stadterweiterung erörtert. Geplant wird die Verlängerung der Fächerstraßen nach Süden, die diagonal verlaufenden Erbprinzenstraße und Spitalgasse sowie die Anlage eines vergrößerten Marktplatzes, für den die Konkordienkirche und der Friedhof verlegt werden müßten. Über die Ausführung des Planes beschließt Markgraf Karl Friedrich nur von Fall zu Fall, d. h., er genehmigt ihn nicht im ganzen.

— Die Spitzenfabrikation von P. Bouhon nimmt ihren Betrieb auf.

— Gründung einer Architektonischen Zeichenschule durch Baudirektor Friedrich von Kesslau. Diese führt Friedrich Weinbrenner 1798 als Bauschule weiter.

— Um den Fasanengarten wird bis 1773 eine Mauer errichtet.

4. November: Auf Vorschlag von Kirchenrat Johann Leonhard Walz überträgt der Markgraf dem Gymnasium die Aufgabe, besonders begabten Schulkandidaten eine einjährige Weiterbildung zu vermitteln. Diese Ausbildungsstätte für Lehrer existiert bis 1809.

1770

— Einrichtung einer Leinwand- und Baumwollfabrik.

— Der Botaniker Prof. Joseph Gottlieb Koelreuter wird an das Gymnasium und als Leiter der markgräflichen Gartenverwaltung berufen, wo er bis 1806 wirkt.

— Salomon Geßner, Prediger und Idyllendichter aus Zürich, hält sich vorübergehend am Karlsruher Hof auf.

— Eröffnung einer Schule für Freihandzeichnen. An ihr werden später auch Mädchen unterrichtet. Einer ihrer Leiter ist bis zu seinem Tode 1813 der Hofmaler Karl Autenrieth. Schüler wird 1780 auch Friedrich Weinbrenner.

August: Johann Gottlieb Herder weilt auf Einladung des Markgrafen in Karlsruhe.

1771

— Die Außenarbeiten im Zuge der Schloßrenovierung werden abgeschlossen.

— Für die Hofbibliothek wird eine Benutzerordnung in lateinischer Sprache erlassen, die einem eng gezogenen Benutzerkreis die Ausleihe der Bücher nach Hause gestattet.

18. April: Eine Teuerungswelle führt zu Problemen in der Armenfürsorge. Die Regierung weist auf den billigen Ersatz des infolge einer Mißernte fehlenden Mehls durch Kartoffeln hin, die am Oberrhein gerade heimisch werden.

21. Oktober: Nach dem Tod des baden-badischen Markgrafen August Georg, der keinen Erbfolger hat, fallen die baden-badischen Lande gemäß dem 1765 geschlossenen Erbvertrag an Markgraf Karl Friedrich von Baden-Durlach, von dem nun auch die katholischen Landesteile regiert werden. Für Karlsruhe bewirkt dies eine Bevölkerungszunahme und eine Belebung der Bautätigkeit. Zugleich fallen damit auch die baden-badischen Kunst- und Büchersammlungen an den Hof in Karlsruhe. Die Hofkapelle wird durch das Rastatter Hoforchester verstärkt, Josef Aloys Schmittbaur wird Hofkapellmeister.

1772

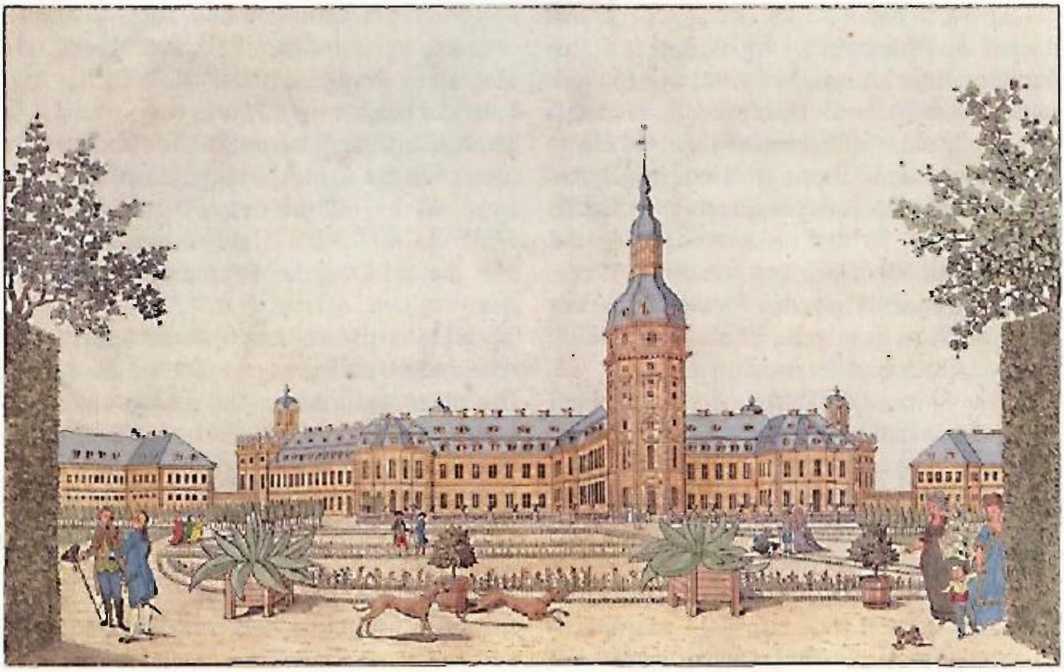
— Neubau des Durlacher Tors in ionischem Stil durch Wilhelm Jeremias Müller.

— Beginn der Straßenbefestigung durch Pflasterung und Anlage von Abzugsdohlen für das Regenwasser. Bis 1776 sind die Arbeiten in der Langen Straße und in den Radialstraßen abgeschlossen.

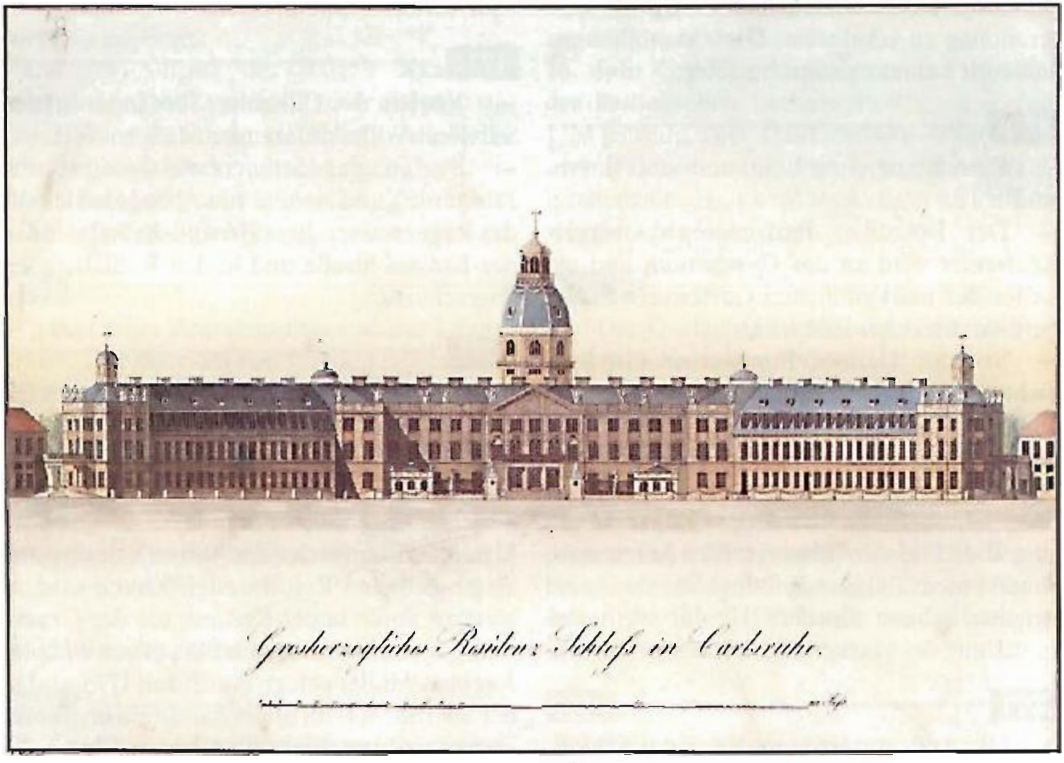
1773

— Gründung einer höheren Lehranstalt für Töchter, des sogenannten „Gynaeceum". Bis weit in das 19. Jahrhundert existieren verschiedene private Anstalten für die Unterrichtung der Töchter gebildeter Stände.

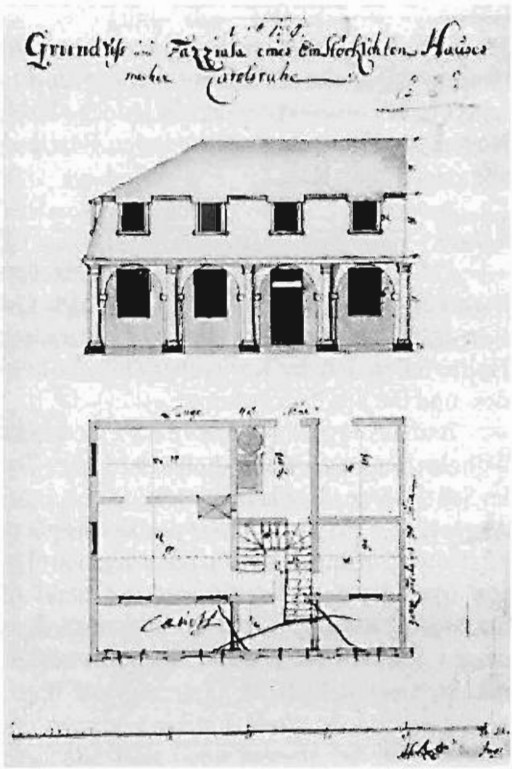
1. September: Nach dem Abbruch der baufällig gewordenen Reformierten Kirche wird an gleicher Stelle in der Kreuzstraße der Grundstein für den Neubau nach Plänen von Wilhelm Jeremias Müller gelegt. Am 2. Juli 1775 wird in der aus rohem Grötzinger Sandstein im französischen Stil ausgeführten Kleinen Kirche die erste Predigt gehalten.

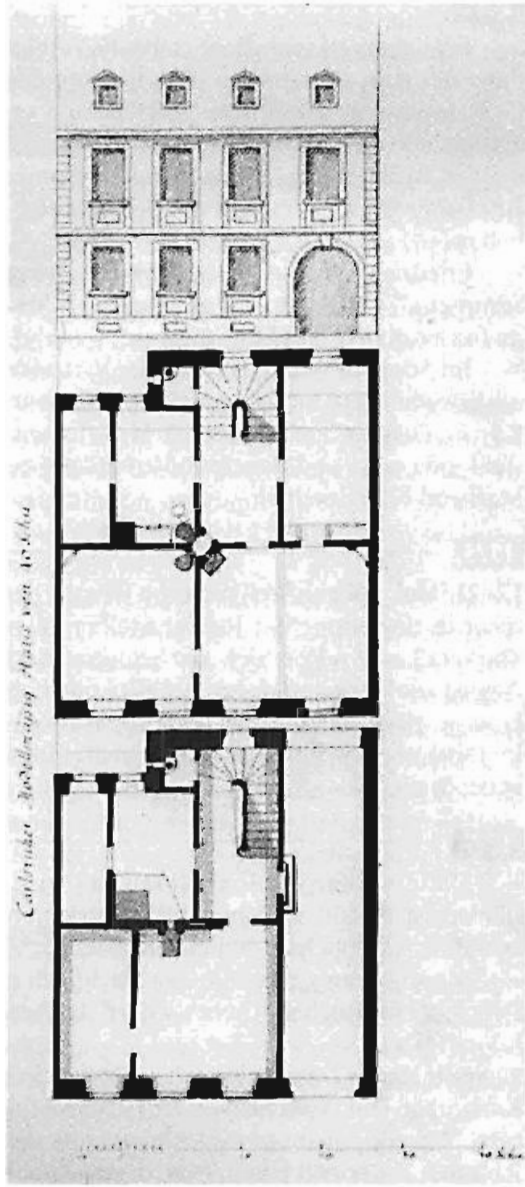


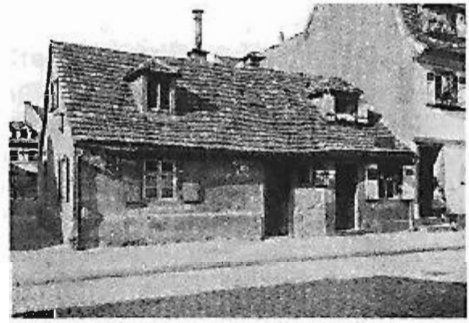
Gartenansicht des Schlosses um 1780 mit dem Turm in seiner alten Gestalt



Schloßansicht von der Stadt mit der neuen Turmhaube







Grundrißpläne für das erste (links oben) und für das zweite, aus Stein zu errichtende Karlsruher Modellhaus (rechts oben). Links unten Kronenstraße 14, ein Beispiel für das erste Modellhaus, rechts unten Fasanenstraße 32/34, ein Beispiel für das Wohnen im „Dörfle"

1774

— Einrichtung einer Realschule in Verbindung mit dem Gymnasium. Absolventen des Gymnasiums im Alter von 14–15 Jahren erhalten hier berufsvorbereitenden Unterricht u. a. in Buchhaltung, elementarer Mechanik, Briefeschreiben. 1805 wird die Schule aufgehoben.

— Friedrich Gottlieb Klopstock lebt vom Sommer 1774 bis März 1775 als Gast des Markgrafen am Karlsruher Hof.

— Im Sommer weilt der bekannte Verfasser religiös-philosophischer Schriften, Johann Kaspar Lavater, am Karlsruher Hof. Es entsteht eine enge und dauernde Verbindung zu Markgraf Karl Friedrich.

1775

17.–21. Mai: Johann Wolfgang von Goethe besucht in Begleitung der Brüder Stolberg den Markgrafen Karl Friedrich und begegnet Karl August von Weimar, der sich hier mit Luise von Hessen, einer Nichte der Markgräfin, verlobt. Im Dezember 1779 hält er sich erneut drei Tage in der Stadt auf.

1777

— Die Zunahme von Einbrüchen und Diebstählen ist Anlaß, in dunklen Winternächten bewaffnete Doppelpatrouillen aufzustellen.

— Moses Wormser erhält das Recht, eine Druckerei für Bücher in hebräischer Schrift zu führen.

9. April: Kaiser Joseph II. weilt zu Besuch am Karlsruher Hof. Vom Schloßturm über Karlsruhe blickend, nennt er dieses eine „superbe Anlage". Zu seinen Ehren werden der Zirkel und die Schloßgärten abends festlich erleuchtet.

17. April: Die bisherige Praxis, wonach Taufen, Hochzeiten und Beerdigungen von Karlsruher Katholiken zuerst von lutherischen Geistlichen vorgenommen werden müssen (wofür sie die Gebühren erhielten), wird erstmals teilweise aufgehoben. Katholische Beamte erhalten die „Vergünstigung", ihre Kinder in der Wohnung von katholischen Geistlichen taufen zu lassen.

1779

19. April: Die Stadtverwaltung beantragt zum zweiten Male die Schaffung einer evangelischen Landesuniversität, erhält jedoch am 23. November 1780 einen ablehnenden Bescheid vom Geheimen Rat.

1780

— 435 Öllaternen sorgen in den Straßen nachts für bessere Sicht. Die Hälfte der Kosten dafür tragen die Hausbesitzer, die andere Hälfte teilen sich der Karlsruher Hof, die Landes- und die Stadtverwaltung.

— Bau des Jagdzeughauses nach Plänen von Wilhelm Jeremias Müller beim Durlacher Tor im Stil des französischen Barock.

August: Der Friedhof hinter der Konkordienkirche wird in die östlich davon gelegenen Gärten erweitert. Gleichzeitig wird der Friedhof hinter der Kleinen Kirche geschlossen. Der neue Friedhof wird von den Konfessionen gemeinsam genutzt.

1781

— Die Kutschen- und Chaisenfabrik Heinrich Reiß beginnt ihre Produktion. Sie beschäftigt eine größere Zahl in- und ausländischer Arbeiter.

15. Juli: Auf dem Lohfeld beim Rüppurrer Tor wird ein neues Begräbnisfeld angelegt und benutzt. Im Jahr 1804 wird der Friedhof hinter dem Marktplatz endgültig geschlossen, und nun gilt der Lohfeld-Friedhof (heute das Parkgelände an der Kapellenstraße) als städtischer Friedhof.

19. November: In einer Bürgerversammlung wird mehrheitlich beschlossen, daß die Bürger gegen eine Ablösesumme von jedem Wachdienst befreit werden, der dafür vom Militär übernommen wird.

1782

— Der Innenausbau des Schlosses ist beendet.

— Der erste Blitzableiter zum Schutz eines Wohngebäudes wird installiert.

— In der verlängerten Adlerstraße werden die ersten Häuser gebaut.

– Verlegung der Tabakfabrik Christian Griesbachs von Durlach nach Karlsruhe.
– Am Linkenheimer Tor wird ein „Comoedienhaus" eingerichtet, in dem die Wandertruppen nun eine feste Bühne vorfinden. Seit 1752, als der Theatersaal im Schloß wegen des Umbaus geschlossen wurde, gastierten die Schauspieler in Lagerschuppen oder Orangeriegebäuden.
16. September: Großfürst Paul von Rußland, der spätere Zar, weilt zu Besuch am Karlsruher Hof.

1783

– Das Mühlburger Tor wird in Höhe des heutigen Hauses Kaiserstraße 138 errichtet.
8. April: Markgräfin Karoline Luise stirbt während einer Reise in Paris.
23. Juli: Markgraf Karl Friedrich hebt die Leibeigenschaft auf. Betroffen davon sind ein Teil der städtischen und die Mehrheit der ländlichen Bevölkerung, für die nun eine Reihe von Abgaben wie z. B. beim Wohnortwechsel im Lande oder beim Wegzug aus dem Lande entfallen.

1784

– Carl Christian Gmelin löst als Leiter der markgräflichen Gartenverwaltung Joseph Koelreuter ab. Die Pflege der Gärten wird verbessert, ihre Artenvielfalt erklärt. Ein Katalog von 1790 verzeichnet etwa 4000 Arten von Pflanzen.
16. Juni: Einrichtung einer Bürgerwitwenkasse, die bis 1885 existiert.
3. Dezember: Gründungsversammlung der Karlsruher „Lesegesellschaft", die sich seit 1808 offiziell „Museum" nennt. Initiator und erster Sekretär der Gesellschaft ist der Stadtvikar Wilhelm Friedrich Ring. An der Gründungsversammlung nehmen 40 Männer teil, 1791 gehören der Lesegesellschaft 192 Mitglieder an. Mitglieder können Männer werden, die ein Studium absolviert oder „Rang und Charakter" haben. Im wesentlichen treffen sich hier die Hofgesellschaft und die landesherrliche Beamtenschaft, wobei Standesgrenzen offiziell keine Bedeutung haben. Frauen bleiben von der Mitgliedschaft ausgeschlossen, nur bei Bällen und musikalischen Veranstaltungen sind sie eingeladen.

1785

– Der bei der Schloßrenovierung unverändert gebliebene Turm erhält nach Plänen von Wilhelm Jeremias Müller ein neues kuppelartiges Dach und wird dadurch niedriger.
– Carl Christian Gmelin wird hauptamtlich Betreuer des Naturalienkabinetts der verstorbenen Markgräfin Karoline Luise.
– In der geplanten Verlängerung der Bärengasse (heute Karl-Friedrich-Straße) jenseits des Landgrabens (heute Hebelstraße) werden erste Häuser errichtet. Zuvor war 1784 eine Notbrücke über den Landgraben geschlagen worden.
11. Januar: In der Zeit des Karnevals finden erstmals Maskenbälle im Theatersaal statt.
2. November: Markgraf Karl Friedrich tritt dem Fürstenbund bei, in dem sich die kleineren deutschen Staaten und Preußen zusammenschließen, um die Machtansprüche des Kaisers von Österreich abzuwehren. Im Zusammenhang mit diesem Ereignis entwickelt sich eine rege diplomatisch-politische Geschäftigkeit am Karlsruher Hof.

1786

– Für die Kinder der durch die Vergrößerung des Landes 1771 gewachsenen Garnison wird eine eigene Schule eingerichtet, in der Mädchen und Jungen gemeinsam unterrichtet werden. Sie besteht bis 1861.
– Baubeginn für ein zweistöckiges Gebäude in der Nähe des Linkenheimer Tores, in dem die Gemäldegalerie untergebracht werden soll.
Januar: Zur Unterstützung Bedürftiger eröffnet der Markgraf Ecke Kronen-/Spitalstraße ein Arbeitshaus. Durch Spinnarbeit, später auch durch andere Tätigkeiten, sollen sich die Armen einen Teil ihrer Unterstützung verdienen. Bereits seit 1767 hatte man versucht, durch Spinnarbeiten Bedürftigen zu helfen. Im Jahre 1800 erhält die Anstalt die Bezeichnung „Fürstliches Gewerbhaus".

1787

— Baubeginn für das neue Kanzlei- und Archivgebäude zwischen Lamm- und Ritterstaße am Zirkel, das wegen der kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Frankreich und Österreich erst etwa 1802 bezogen werden kann.

— Seit dem Beginn der Bebauung der Schloßstraße (heute Karl-Friedrich-Straße) wird gefordert, Pläne zur Gestaltung des Marktplatzes vorzulegen. Verschiedene bekannte Baumeister, u. a. Mauritio Pedetti und Salins de Montfort, reichen bis 1790 Entwürfe ein und erhalten dafür auch Honorare. Vorerst kommt es zu keiner Realisierung. Dieser städtebauliche Wettbewerb führt aber zu zahlreichen Bauanfragen, so daß die Zähringerstraße zum Marktplatz geöffnet und die Spitalstraße (heute Markgrafenstraße) bebaut werden.

— Gründung einer Privatschule für Mädchen. Nach ihrem Besitzer nennt man diese höhere Mädchenschule Rufsches Institut.

— Der Hofgärtner Friedrich Schweickardt wird maßgeblich an der von Karl Friedrich gewünschten Umgestaltung der Schloßanlagen beteiligt. Diese ist seit längerem im Gange und wird nach englischen Vorbildern vorgenommen. Im Zuge dieser Arbeiten wird das Wildgehege hinter dem Schloß aufgelöst und der dort entstehende Park den Karlsruhern geöffnet.

— Johann Georg Schlosser, Goethes Schwager, wird Mitglied des Geheimen Rates, aus dem er 1794 wieder ausscheidet.

— Für die Residenzstadt richtet der Markgraf eine eigene Polizeideputation ein zur Pflege der Ruhe und Ordnung, der Sicherheit sowie der Reinlichkeit und Gesundheit. Der Markgraf nimmt zunächst jeden Sonntag den Polizeibericht persönlich entgegen.

5. März: In einem Artikel in der „Karlsruher Zeitung" erläutert Professor Johann Lorenz Böckmann das „magnetische Lehrsystem", das als Modeerscheinung in Karlsruhe eine durch alle Schichten reichende Anhängerschaft gewinnt. Die Karlsruher Ärzte wenden sich entschieden gegen den „heilenden Magnetismus", der Markgraf lehnt jedoch ein Einschreiten der Obrigkeit ab, so daß es wohl noch Jahre später Anhänger dieser Lehre in Karlsruhe gibt.

12. März: Gründung des ersten öffentlichen Karlsruher Hoftheaters, das 1789 wegen der Auswirkungen der Französischen Revolution als Privattheater weitergeführt, von 1791–1797 dann ganz geschlossen wird.

24. November: Markgraf Karl Friedrich vermählt sich in zweiter Ehe mit Reichsfreiin Luise Karoline Geyer von Geyersberg.

1788

15. Dezember: Eröffnung des von Wilhelm Jeremias Müller Ecke Adler-/Spitalstraße erbauten Bürgerspitals. Es bietet Platz für 120 Patienten. Hier und im Gymnasium hält Christian Ludwig Schweickhard in den folgenden Jahren medizinische Vorlesungen.

1789

— Einrichtung einer Hofschreinerei im Schloßgarten mit etwa 20 Arbeitern für die Herstellung von Möbeln, die in Baden, Württemberg und der Schweiz Absatz finden.

August: Während des gut besuchten Jahrmarktes in Durlach werden an den Stadttoren Karlsruhes strenge Kontrollen durchgeführt. Um eventuellen revolutionären Ausschreitungen wie im nahen Straßburg besser begegnen zu können, wird das Militär durch Bürgerpatrouillen verstärkt.

— In der Folge der Revolution in Frankreich findet sich in Karlsruhe eine größere Zahl französischer Emigranten ein, die die Gastfreundschaft des Landes und des Markgrafen dankbar in Anspruch nehmen. Die Aufstellung bewaffneter Korps untersagt der Markgraf jedoch nachdrücklich. Zeitgenössische Reisende klagen noch 1792, daß Karlsruhe voll von Emigranten und kein Quartier zu finden sei.

1790

— In der Schloßstraße (heute Karl-Friedrich-Straße) wird der Landgraben überwölbt.

— Versicherung für Dienstboten geschaf-

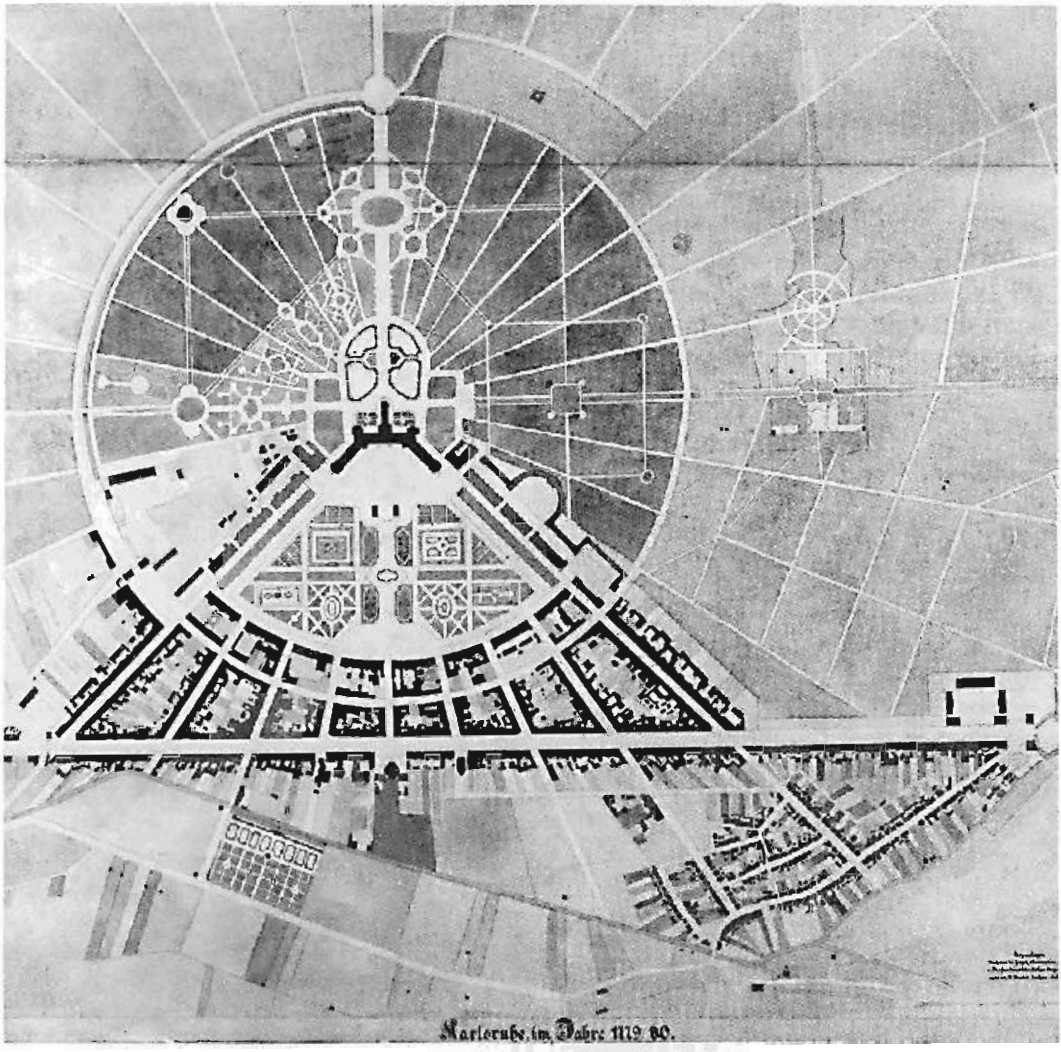
fen. 1837 erfolgt die Umwandlung in den Hospitalverein, der jedem Karlsruher offensteht. Dessen Aufgaben übernimmt 1852 der „Städtische Krankenverein", in dem die Dienstboten von der Herrschaft versichert werden müssen.

— Die vor dem Bürgerspital gelegene Fläche wird als öffentlicher Platz ausgewiesen und hergerichtet. Auf dem Spitalplatz (seit 1893 Lidellplatz) findet regelmäßig der Heu- und Holzmarkt statt, er wird zum Zentrum der südöstlichen Stadterweiterung.

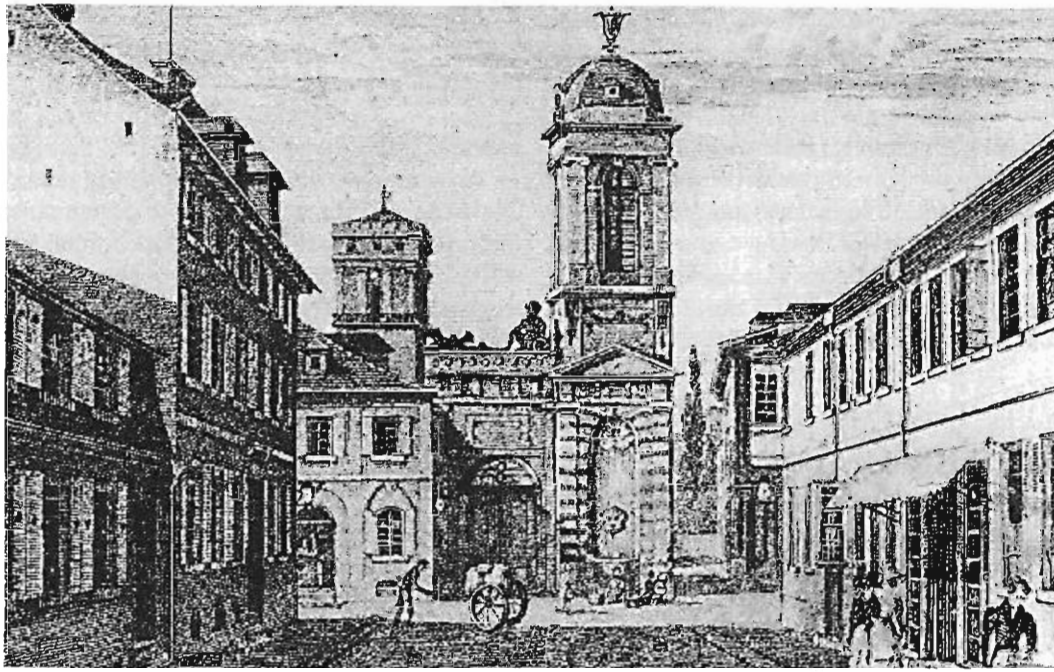
8. September: Der Marktplatz wird nach Plänen des Architekten Salins de Montfort abgesteckt.

1791

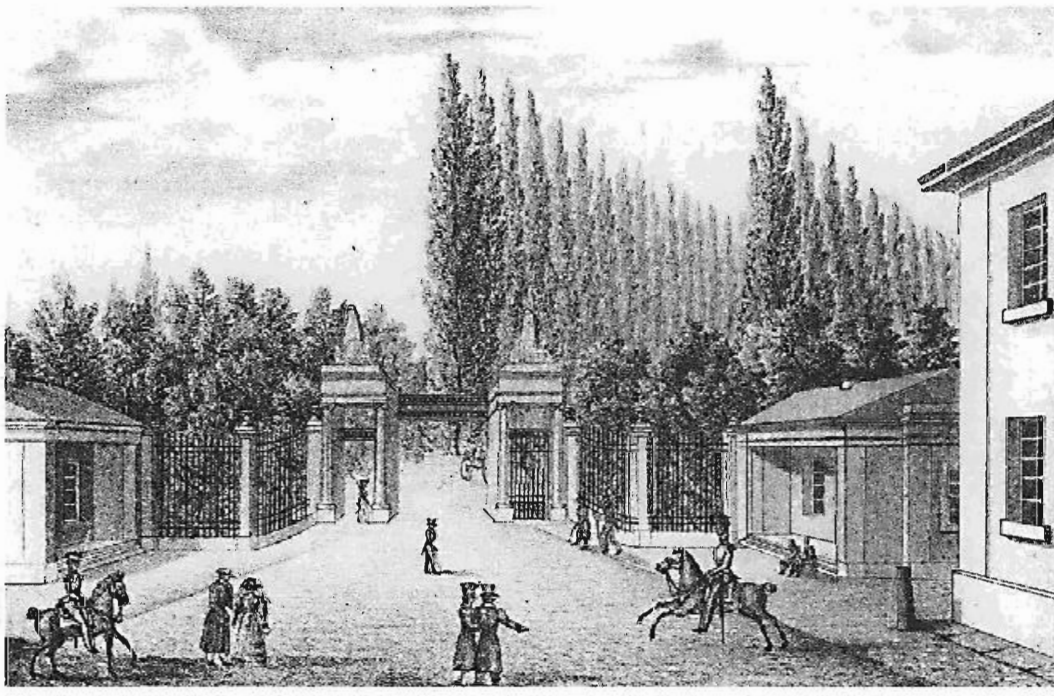
— Michael Macklot veröffentlicht in seiner „Karlsruher Zeitung" Argumente gegen, aber auch für die französische Konstitution. Er wird dafür zu drei Tagen Haft verurteilt, die wegen seines hohen Alters sein Sohn für ihn verbüßen darf.



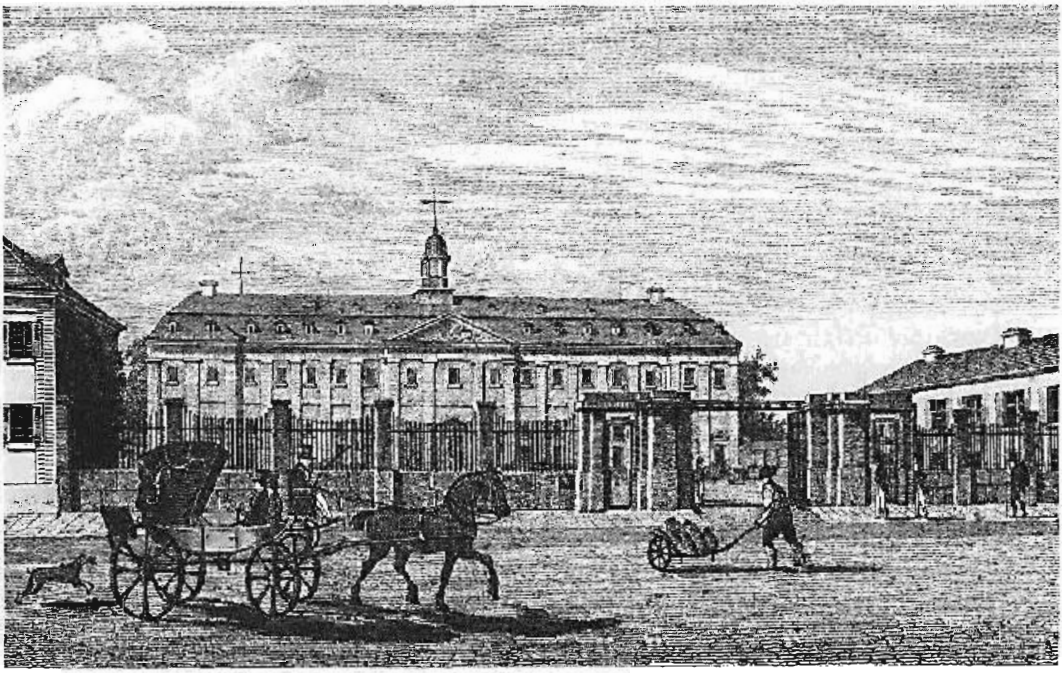
Plan der Stadt Karlsruhe 1779/80. Deutlich erkennbar sind die baulichen Veränderungen des Schlosses selbst sowie links davon die Neubauten bis zum Linkenheimer Tor. Östlich davon entstand die neue Kaserne und das Zeughaus am Durlacher Tor. Im Südosten liegt Klein-Karlsruhe



Der Brunnenturm in der Lammstraße wurde 1762 errichtet und 1830 abgerissen. Er nahm den ursprünglich für die katholische Kirche vorgesehenen Platz ein



Das Durlacher Tor wurde 1772 nach Plänen von Jeremias Müller gebaut. Es mußte 1875 dem wachsenden Verkehr weichen



Das nach Plänen von Jeremias Müller 1780 errichtete Zeughaus an der Langen Straße nahe dem Durlacher Tor. Es wurde während der Revolution am 13. Mai 1849 vergeblich belagert

Das Ettlinger Tor wurde 1803 nach Plänen Friedrich Weinbrenners erbaut und 1873 als „Verkehrshindernis" abgebrochen

— Eröffnung des Militärhospitals Ecke Kreuzstraße/Spitalgasse, das von Wilhelm Jeremias Müller geplant wurde.
— Berufung von Johann Peter Hebel als Lehrer an das Gymnasium. 1792 gibt er zusätzlich Unterricht an der 1774 eingerichteten Realschule.

1792

— Gründung der Gesellschaft „Zum Haarenen Ring". Sie besteht bis 1813. Die Männer und Frauen tragen bei ihren wöchentlichen Sitzungen einen Ring aus den Haaren der Mitglieder. Bei ihren Zusammenkünften sprechen sie über neue Bücher, wissenschaftliche Erkenntnisse und politische Ereignisse. Auch ein geselliges Vereinsleben wird gepflegt.
1. Oktober: In der Stadt verbreitet sich die Nachricht, die Franzosen hätten den Rhein überschritten. Die markgräfliche Familie und viele Bürger verlassen fluchtartig die Stadt oder bereiten sich darauf vor. Das markgräfliche Archiv wird über Pforzheim nach Ulm in Sicherheit gebracht. Die Nachricht erweist sich zwar als falsch, aber schon am 7. Oktober greift erneut die Furcht vor einer französischen Invasion um sich. Viele Bürger fliehen, der Markgraf begibt sich mit dem Militär nach Ettlingen.
11. Oktober: Markgraf Karl Friedrich tritt in einem Dekret dem Gerücht entgegen, er habe wegen aufrührerischer Stimmungen der Bürger Karlsruhes die Stadt verlassen. Tatsächlich scheinen manche Bürger sich eine Kokarde besorgt zu haben. Ob nur aus Vorsicht für den Fall französischer Besetzung oder aus Überzeugung, ist nicht überliefert.

1793

— Beginn der Hausnumerierung in den Straßen der Stadt.
22. März: Nach der Kriegserklärung des Reiches gegen Frankreich marschieren verschiedene Truppenkontingente durch die Stadt.
27. August: Friedrich Wilhelm II., König von Preußen, trifft mit großem Gefolge auf dem Weg zu seinen Truppen in Karlsruhe ein.
1. November: Badische Truppen in der Stärke von 754 Mann treten von Karlsruhe aus für drei Jahre in englischen Dienst. Eine größere Zahl von Frauen ermuntert die Soldaten offensichtlich zur Fahnenflucht.
6. Dezember: Tod des Freiherrn Wilhelm von Edelsheim, Staatsminister, enger Vertrauter und Ratgeber des Markgrafen.

1794

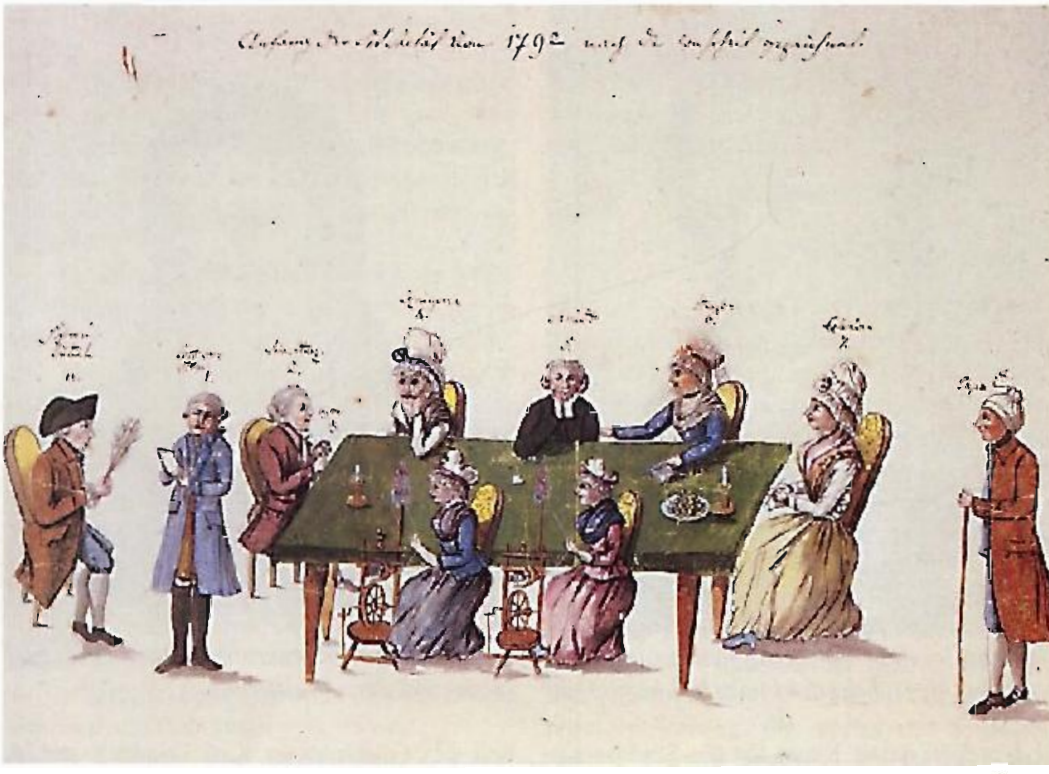
— Ein dritter Wochenmarkt wird eingeführt. Markttage sind jetzt Montag, Mittwoch und Freitag.
— Durch die Bebauung der Schloßstraße (heute Karl-Friedrich-Straße) seit 1777 wird die Schließung des Schlachthauses am Landgraben notwendig. Der Neubau wird am heutigen Ludwigsplatz errichtet, aber bereits 1809 für baufällig erklärt, jedoch erst 1819 geschlossen.
— In Klein-Karlsruhe ist eine dampfgetriebene Grießmühle in Betrieb.
März: Neben der 1721 gegründeten Schützengesellschaft, der zumeist Männer von höherem Stand angehören, bildet sich eine bürgerliche Schützengesellschaft. Beide vereinigen sich bald und bilden die erste Kompanie des bewaffneten Bürgerkorps. An der Rüppurrer Straße wird ein neues Schießhaus fertiggestellt.
August: Kaiserliche Truppen ziehen in stärkerem Umfang als zuvor durch die Stadt.

1795

21. September: Der Markgraf erhebt Klein-Karlsruhe auf Bitten der Bewohner zu einer Dorfgemeinde.
22. September: Nachdem die Franzosen Mannheim am 20. September zur Kapitulation gezwungen haben, flieht der Markgraf mit großem Gefolge über Ulm nach Regensburg.

1796

— Die Stadterweiterung erfordert die Verlegung des Ettlinger Tores nach Süden an das Ende der heutigen Karl-Friedrich-Straße. Es besteht zunächst aus Holz.
— Vom Ettlinger Tor nach Osten wird die Kriegsstraße angelegt. Ihre Verlängerung nach Westen erfolgt bis 1809/10, nachdem der Mark-



Die 1792 gegründete Gesellschaft „Zum Haarenen Ring", in der Männer und Frauen gleichberechtigt waren, bei einer ihrer Sitzungen

graf im Jahre 1800 im Tausch Beiertheimer Gemarkung für die Stadt erworben hat.

25. Februar: Der Markgraf ermächtigt Theodor Kreglinger, neben einer Reichsposthalterei eine markgräfliche badische Landpost zu unterhalten.

12. Juli: Französische Truppen besetzen die Stadt, nachdem der Waffenstillstand vom 1. Januar 1796 ohne Friedensschluß am 31. Mai beendet wurde. Der Markgraf hat die Residenz bereits am 29. Juni verlassen. Ein Teil der Bevölkerung verbrüdert sich mit den Franzosen. Es kommt zu Requisitionen und Kontributionen.

14. September: Frühmorgens stürmen kaiserliche Truppen die von Franzosen besetzte Stadt. Im Verlauf der Kämpfe in den Straßen, die im Westen am Mühlburger Tor besonders heftig sind, werden auch einige Bürger verletzt und getötet. Schaden richtet auch die Beschießung der Stadt mit Kanonen an. Gegen 11.00 Uhr ziehen sich die Franzosen unter großen Verlusten an Gefallenen und Gefangenen zurück. Die „Franzosenfreunde" in der Stadt sehen das, wie ein Chronist der Ereignisse berichtet, mit großem Bedauern. In den folgenden Wochen marschieren fast täglich Truppen durch Karlsruhe.

12. November: Tausende von Bürgern empfangen schon vor der Stadt den zurückkehrenden Markgrafen, und die Stadt feiert seine Ankunft.

27. November: In Stadt und Land wird das 50jährige Regierungsjubiläum von Markgraf Karl Friedrich festlich begangen.

1797

— Eröffnung der Müllerschen Hofbuchdruckerei und Buchhandlung durch Christian Friedrich Müller.

— Friedrich Weinbrenner kehrt nach siebenjähriger Abwesenheit nach Karlsruhe zurück.

Sigmund Freiherr von Reitzenstein, der als eigentlicher Begründer des badischen Staates gilt

Friedrich Weinbrenner, der Baumeister des „klassizistischen" Karlsruhe

Er legt 1798 seine Pläne für die Stadtbebauung, die Gestaltung des Marktplatzes und der Schloßstraße (heute Karl-Friedrich-Straße) vor.

22. April: Mit einem Extrablatt meldet die „Karlsruher Zeitung" den Abschluß des Friedens von Campo Formio zwischen Österreich und Frankreich.

15. Dezember: Der von Freiherr Ernst von Reitzenstein in geheimen Verhandlungen in Paris vorbereitete Separatfrieden zwischen der Markgrafschaft Baden und Frankreich wird abgeschlossen.

1798

— Das Tabakrauchen sowie das freie Umherlaufen von Schweinen und Gänsen auf den Promenaden im Schloßgarten wie unter den Arkaden wird verboten.

10. Juni: Grundsteinlegung zum Bau der neuen Synagoge an der Ecke Kronen-/Lange Straße. In dem nach den Plänen Friedrich Weinbrenners errichteten Bau konnte erstmals im Jahre 1800 ein Gottesdienst stattfinden. Feierlich eingeweiht wird er in Abwesenheit des Großherzogs Karl Friedrich am 18. Juli 1806.

1799

— Die Bijouterie-Fabrik Oelenheinz verlegt ihren Betrieb nach Karlsruhe.

März: Als die Franzosen erneut den Rhein überschreiten, um gegen kaiserliche Truppen zu kämpfen, bleibt der Markgraf in seiner Residenz. Zusagen, Frankreich werde Baden als befreundetes Land behandeln, und Befürchtungen, ein neuerlicher Rückzug aus Karlsruhe könnte den revolutionären Geist stärken, führten zu diesem Entschluß. Karlsruhe bleibt 1799 von Einquartierungen und Besetzungen verschont.

12. Dezember: Große Kälte herrscht vom 12. Dezember bis 13. Januar. Der Rhein führt Treibeis und friert zu. In der Stadt werden auf Bitten des Hofdiakons milde Gaben für die „verschämten Armen" gesammelt, die hungern und frieren.

1800

— Vor allem im Westen der Stadt grassiert

eine Typhusepidemie, die zahlreiche Opfer fordert.

— Im städtischen Hospital wird eine Impfabteilung eingerichtet.

— Einteilung der Stadt einschließlich Klein-Karlsruhes in zwölf Bezirke. Für jeden Bezirk wird ein ehrenamtlicher Armenpfleger bestellt.

— Schaffung einer Schule zur Aus- und Weiterbildung junger Mädchen für den Dienst im Haushalt.

29. März: Nach längerer kriegsbedingter Pause veranstaltet die Sängerin Teresa Lombardi Bianchi im Saal der „Post" erstmals wieder ein öffentliches Vokal- und Instrumentalkonzert.

1. August: Friedrich Weinbrenner erhält nach seiner Rückkehr aus Hannover zum zweiten Mal die Leitung des öffentlichen Bauwesens.

1801

— Schaffung eines Instituts für erkrankte Gesellen und Lehrlinge.

16./19. Februar: Die „Karlsruher Zeitung" meldet am 16. Februar den Abschluß des Friedens von Lunéville am 9. Februar zwischen Österreich und der Republik Frankreich. Eine Extrabeilage vom 19. Februar macht den Text des Friedensvertrages bekannt, der u. a. die Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich und die Entschädigung dort „enteigneter" Fürsten durch rechtsrheinische Besitzungen vorsieht.

3. Oktober: Die neu errichtete Pforzheimer Holländerholz-Gesellschaft eröffnet einen Floßkanal von dem Kleinen Meißenbach im Frauenalbischen, der über die Alb bei Rüppurr und den Karlsruher Landgraben in den Rhein führt. Zur Feier dieses Tages, an der auch der Markgraf teilnimmt, läßt der „Mechanikus" Friedrich Drechsler einen Ballon aufsteigen.

November: Das „Allgemeine Intelligenz- oder Wochenblatt für sämtliche hochfürstlich-badische Lande" veröffentlicht das Ergebnis der Volkszählung in Karlsruhe. (Zu Einwohnerzahlen, Bekenntniszugehörigkeit und Erwerbsstruktur vgl. die Tabellen 6–11.) Neben Schloßanlage und Kirchen gibt es 488 Gebäude in der Stadt, zu der hier auch Klein-Karlsruhe gezählt wird. Unter den 8 186 christlichen Einwohnern sind 333 „reguläre Almosengenießer" registriert.

1802

— Eine Kommission der Karlsruher Stadtverwaltung und der noch selbständigen Gemeinde Klein-Karlsruhe („Dörfle") berät ohne Ergebnis über die Frage einer Vereinigung beider Gemeinden.

— Friedrich Weinbrenner legt seinen Stadtvergrößerungsplan vor. Er plant, für eine Zahl von insgesamt 25 000–30 000 Einwohnern in der Gesamtstadt, auf einer verdoppelten Größe des Stadtgebiets neues Bauland auszuweisen. Damit soll auch der Mangel an Wohnungen behoben werden. Markgraf Karl Friedrich stimmt zunächst nur der Verlängerung der Wald- und Herrenstraße zu. Der Plan dient dennoch als Richtlinie bei der künftigen Stadterweiterung, die infolge der Schaffung des Großherzogtums und des Bevölkerungswachstums erforderlich wird.

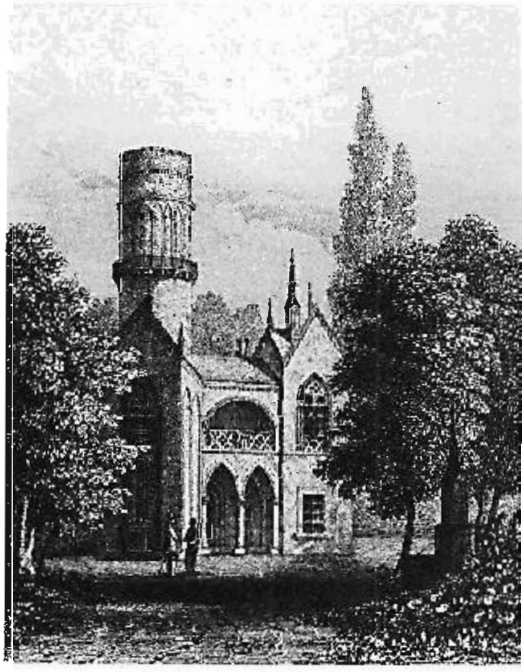
13. November: Der Straßburger Theaterdirektor Wilhelm Vogel, der einen mehrjährigen Pachtvertrag für das „Comoedienhauß" mit dem Hof abgeschlossen hat, beginnt seine erste Spielzeit.

1803

— Die Tapetenfabrik Sievert zieht von Durlach nach Karlsruhe um. Sie existiert bis 1816.

— In dem neu angelegten Teil des Erbprinzengartens südlich der Erbprinzenstraße wird der von Friedrich Weinbrenner entworfene Gotische Turm fertiggestellt. Darin befindet sich ein Denkmal für den am 16. Dezember 1801 während einer Reise in Schweden verstorbenen Erbprinzen Karl Ludwig.

— Das Ettlinger Tor wird auf Anweisung des Kurfürsten Karl Friedrich durch Friedrich Weinbrenner neu gebaut. Es soll zugleich Denkmal der Vereinigung eines Teils der Rheinpfalz mit Baden sein. 1858 wird die Anlage restauriert, 1872 muß sie dem Wachstum der Stadt weichen.



Der Gotische Turm (Erbprinz-Karl-Ludwig-Denkmal), 1803 nach Plänen Weinbrenners gebaut, 1867 beim Bau der Lamm- zur Kriegsstraße abgetragen

— Grundsteinlegung für den Bau des Markgräflichen Palais am Rondellplatz. Fertigstellung nach Plänen Friedrich Weinbrenners im Jahre 1813.

— Der Hofbuchhändler Christian Friedrich Müller erhält das Privileg zum Druck des „Provinzialblattes", aus dem am 1. Januar 1843 das „Karlsruher Tagblatt" hervorgeht, das bis 1937 erscheint.

— Baubeginn der Dragonerkaserne an der östlichen Langen Straße beim Durlacher Tor.

5./16. Mai: Die Stadt feiert die Annahme des Titels eines Kurfürsten durch Markgraf Karl Friedrich. Eine festliche Illumination der Stadt muß wegen schlechter Witterung auf den 16. Mai verschoben werden. Vorangegangen war der Erhebung des Markgrafen zum Kurfürsten eine erhebliche Vergrößerung der Markgrafschaft.

20. September: Die schwedische Königsfamilie trifft zu einem längeren Besuch ein. Die Stadt bereitet ihr einen festlichen Empfang.

7. Dezember: Auf Befehl des Kurfürsten wird dem Ratsherrn Drechsler eröffnet, daß die umlaufenden Gerüchte über eine Verlegung der Residenz nach Mannheim oder Heidelberg völlig unbegründet seien.

1804

— Baubeginn der 1827 fertiggestellten Infanteriekaserne am Platz der heutigen Hauptpost. Die Kasernenbauten sollen die nach der Vergrößerung des Landes auf etwa 1 400 Mann angewachsene Garnison beherbergen.

— An der Langen Straße werden drei- bis vierstöckige Wohn- und Geschäftshäuser gebaut. Der Stadtrat beschließt, das baufällige Rathaus an der Langen Straße durch einen Neubau am Marktplatz zu ersetzen. Hinter dem Rathaus entsteht unter Friedrich Weinbrenners Bauleitung Jakob Kusels vierstöckiges Wohn- und Geschäftshaus, in dem nach seinem Wiederaufbau nach 1945 die Hauptstelle der Sparkasse residiert und seit März 1960 die Stadtbibliothek untergebracht ist.

— Dem Arbeitshaus wird eine Rumfordsche Suppenanstalt angegliedert, in der die Almosenempfänger unentgeltlich eine Suppe, bestehend aus Knochenbrühe, Graupen, Erbsen und Kartoffeln, erhalten.

28. März: Kurfürst Karl Friedrich gibt seine Zustimmung zur Errichtung einer katholischen Pfarrei in Karlsruhe. Damit wird die im Februar 1803 verfügte Auflösung der Niederlassung des Kapuzinerordens wirksam. Am 26. August wird der erste katholische Stadtpfarrer, Professor Josef Huber, in sein Amt eingesetzt.

1805

— Beginn der Bauarbeiten für den Nordflügel des Rathauses am Marktplatz, in dem die „Metzig" (Schlachthaus) und das Mehlhaus untergebracht werden.

September: Der erneut zwischen Frankreich und dem Kaiser aufgeflammte Krieg, in dem Baden an der Seite Napoleons kämpft, bringt der Stadt zahlreiche französische Einquartierungen.

26. Dezember: Im Frieden von Preßburg

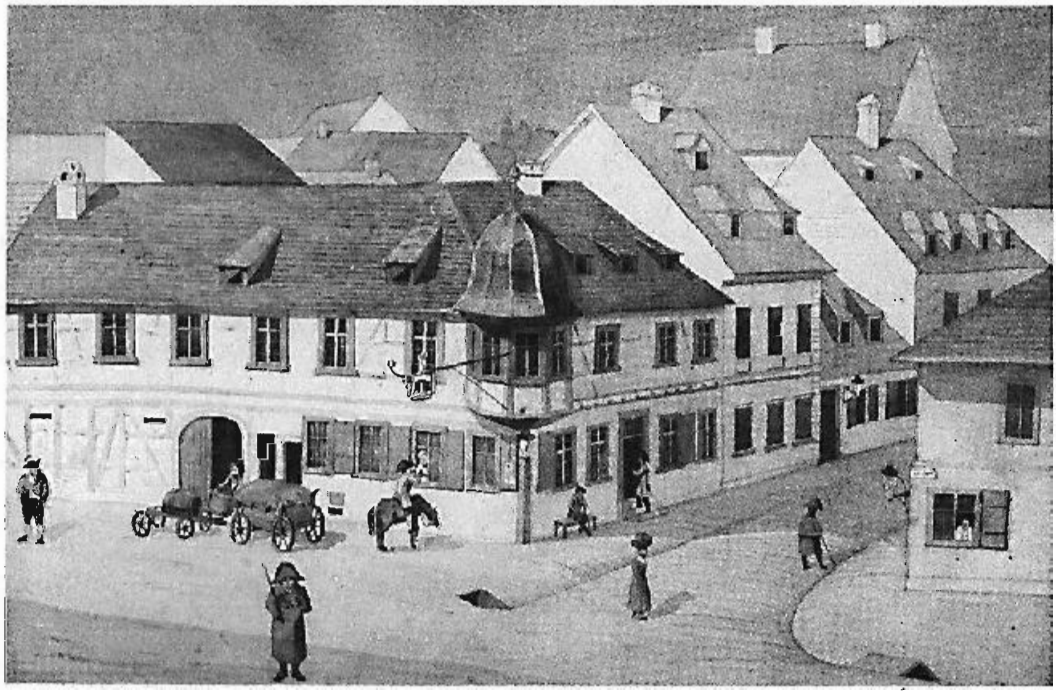
zwischen Frankreich und Österreich verliert Österreich große Gebietsteile. Sie werden u. a. Baden zugeschlagen, das um 40 Quadratmeilen und 164 000 Einwohner wächst.

1806

20. Januar: Kaiser Napoleon wird in Karlsruhe feierlich empfangen, wiederum wird die Stadt unter Anleitung Friedrich Weinbrenners festlich beleuchtet. Napoleon wünscht eine Vermählung von Stephanie de Beauharnais, einer Nichte seiner Ehefrau Josephine, mit dem Erbprinzen von Baden, Karl Ludwig Friedrich, und verspricht dafür eine weitere Vergrößerung des Kurfürstentums Baden.

13. Februar: Eine städtische Delegation erhält beim Kurfürsten Audienz, um Auskunft darüber zu erhalten, ob die Verlegung der Residenz des Erbprinzen nach Mannheim den Verlust der Residenz für Karlsruhe nach dessen Regierungsantritt bedeute. Es wird klargestellt, daß Karlsruhe Residenz bleiben werde.

8. April: Nach der Adoption von Stephanie de Beauharnais durch Napoleon findet deren Vermählung mit dem Erbprinzen Karl Ludwig Friedrich statt. Am 4. Juli kommt das Paar nach Karlsruhe, wo zwei Tage lang verschiedene Festlichkeiten stattfinden.



Gasthaus „Zum Bären" an der nordwestlichen Ecke des Marktplatzes. Auf diesem um 1800 entstandenen Aquarell sind rechts des Gasthauses Beispiele für das zweite und das erste Modellhaus zu erkennen. Deutlich sichtbar sind auch die Öllaternen für die Straßenbeleuchtung und die Wasserrinnen, die in unterirdische Kanäle münden

Chronik 1806–1870

Die Epoche zwischen dem Ende des alten Reiches und der Gründung des Deutschen Kaiserreichs war geprägt von widersprüchlichen politischen und gesellschaftlich-sozialen Entwicklungen. Aus der Sicht der Nation bestimmte eine verbreitete und tiefreichende Bewegung zur Bildung eines deutschen Nationalstaates die Zeit, die zugleich aber eine Phase ausgeprägter Eigenstaatlichkeit der deutschen Länder darstellte. Politisch betrachtet blieb es bei einer spätabsolutistischen fürstlichen Herrschaft, die aber auch eine „Ära der Reformen von oben" im Sinne einer Modernisierung und Entwicklung zum neuzeitlichen Verfassungsstaat genannt wurde. Die „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen", die Spannungen zwischen der Fortdauer alter Herrschaft und den Kräften der republikanischen Bewegung entluden sich in der Revolution von 1848/49. Diese war in gleichem Maße aber auch Ausdruck der schweren wirtschaftlichen und sozialen Nöte und Krisen der Zeit. Zu ihrer Vorgeschichte gehörten zudem die industrielle, agrar-, verkehrs- und bildungspolitische Entwicklung, deren Folgen auch durch die Niederschlagung der Revolution und die folgende Phase reaktionärer Politik nicht rückgängig gemacht werden konnten. Die Entwicklung des Großherzogtums Baden spiegelte die vorherrschenden Kräfte, Tendenzen und Motive, die den historischen Prozeß zwischen 1806 und 1871 bestimmten, in vielem beispielhaft wider.

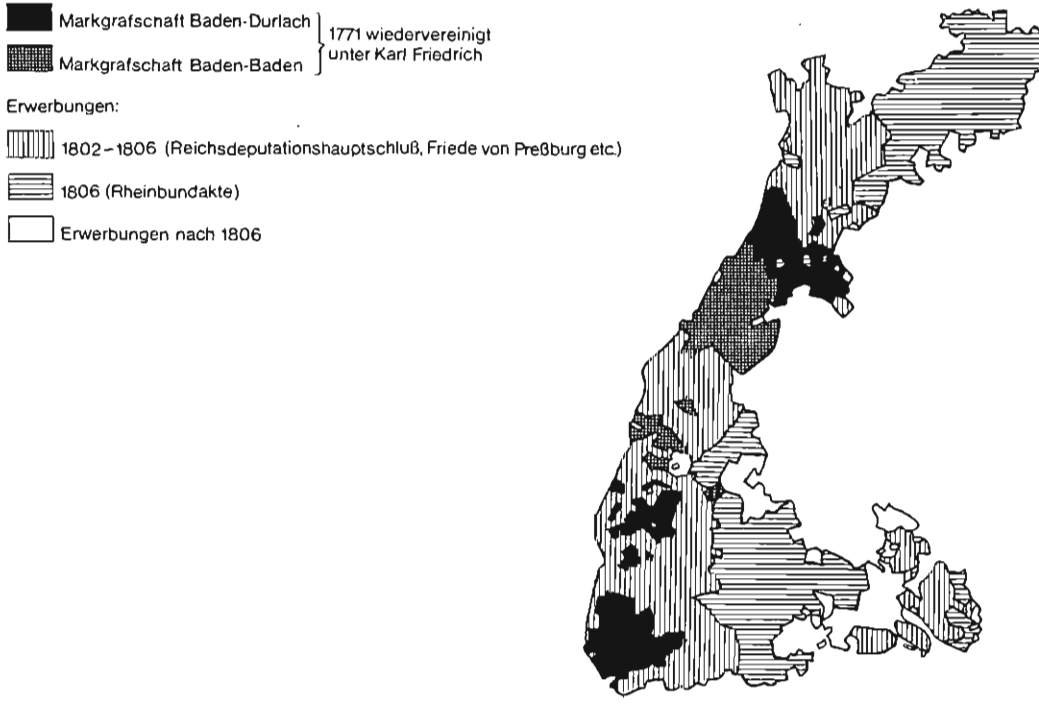
In dem von Napoleon neugeschaffenen Großherzogtum, dessen Territorium um das Fünffache und dessen Bevölkerung um mehr als das Vierfache gegenüber den vereinigten Markgrafschaften gewachsen war, mußten unterschiedlichste Gebiete und Bevölkerungsteile zu einer Einheit verschmolzen werden. Die Kurpfalz, der vorderösterreichische Breisgau, kirchliche Herrschaften wie die Bistümer Konstanz und Speyer, die Fürstentümer Wertheim und Fürstenberg und zahlreiche kleine eigenständige Gebiete, schwäbische und fränkische Elemente, städtische und ländliche Einwohner sowie die verschiedenen Religionen gehörten nun zu dem neuen Staat. Dessen Existenz schien daher nach der Niederwerfung Napoleons in den von nationaler Begeisterung getragenen Befreiungskriegen (1813/14), an denen sich schließlich auch Baden beteiligte, bedroht. Mit der von den Staatsoberhäuptern und Ministern Europas während des Wiener Kongresses (1814/15) geschaffenen Neuordnung der politischen Verhältnisse in Deutschland wurde jedoch der territoriale Bestand Badens und damit der Rang Karlsruhes als Residenz- und Hauptstadt bestätigt. Der in Wien 1815 begründete Deutsche Bund garantierte die Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen deutschen Staaten und die absolute Souveränität der Einzelfürsten gegenüber ihren Untertanen. Im Kern zielte der Bund auf eine konsequente Unterdrükkung der nationalen und liberalen Bewegungen. Das fand in den Karlsbader Beschlüssen von 1820 deutlichen Ausdruck. Die in der Bundesakte vorgesehenen Verfassungen der Einzelstaaten waren daher auch nicht als moderne Repräsentativverfassungen gedacht. Die badische Verfassung des Jahres 1818, die als die für ihre Zeit fortschrittlichste galt, änderte denn auch nichts an der Stellung der Krone als alleiniger Trägerin von Souveränität und Staatsgewalt. Sie diente, wie auch der durch die Konstitutionsedikte von 1809 etablierte bürokratisch-zentralistische Staatsaufbau, der politischen und rechtlichen Integration der unterschiedlichen Landesteile und Untertanen sowie der Sicherung der Einheit Badens und der Aufrechterhaltung der aus dem Absolutismus überkommenen Machtverteilung.

In Baden wurde der Begriff des Biedermeier geprägt, mit dem die Jahrzehnte vor 1848 charakterisiert wurden. Er suggerierte das Bild eines behäbigen, selbstzufriedenen, ordnungsliebenden bürgerlichen Lebens. Tatsächlich vollzogen sich aber auch in Baden zugleich tiefgreifende Wandlungen, die unter dem Zwang der Verhältnisse zum Teil auch von der aufgeklärt liberalen Staatsbürokratie gefördert wurden. Die Auswirkungen der sich allmählich entwickelnden Veränderungen waren in den Städten zuerst wirksam. Zwar blieb es mit der neuen Gemeindeordnung von 1831 noch bei der Bürgergemeinde, die von einer kleinen Honoratiorenschicht aus haus- und grundbesitzenden sowie gewerbetreibenden Bürgern regiert wurde. Die Städte und Gemeinden erhielten damit aber eine größere Unabhängigkeit und Selbstverwaltungsmöglichkeit gegenüber dem Staat. In den Städten entstanden erste größere Industriebetriebe. Eisenbahnlinien, Straßenbau und der Ausbau der Wasserstraßen erweiterten die Kommunikation und den Austausch von Gütern. In den Städten begann auch die Modernisierung der Infrastruktur (Straßenbau, Bauplanung, Gaswerke, Wasserleitungen).

Die „Verkehrsrevolution" und die Industrialisierung in Baden erhielten wesentliche Impulse durch den Beitritt zum Deutschen Zollverein 1835, durch den Beschluß zur Rheinkorrektion seit 1817 sowie zum Bau und Betrieb einer Staatseisenbahn 1838 und die Verträge von 1831 und 1868 zur Schaffung der freien Wasserstraße des Rheins. Durch die allgemeine Wirtschaftskrise 1846/47 und die folgende Revolution wurde die Industrialisierung zunächst gebremst. Seit den 1850er Jahren beschleunigte sich der Prozeß wieder, und die Einführung der Gewerbefreiheit in Baden 1862 befreite die wirtschaftliche Entwicklung von den Zwängen der Zunftordnung. Das Bild der geruhsamen Biedermeierzeit trügt auch beim Blick auf die Veränderungen des Bildungssystems. Die Einführung der allgemeinen Schulpflicht im Jahre 1803 bewirkte mit der Beseitigung des Analphabetentums eine „Leserevolution", die letztlich auch die Basis für die Politisierung der unterbürgerlichen Schichten bildete. Der Ausbau des Bildungssystems und der Lehrerbildung bis hin zum Erhalt der beiden badischen Universitäten Heidelberg und Freiburg sowie zur Gründung der ersten deutschen Technischen Hochschule 1825 und einer Kunstschule 1854 in Karlsruhe machten die Städte zu den Zentren einer bürgerlichen Kultur, die sich u. a. in zahlreichen Vereinsbildungen niederschlug. Seit 1860 geriet besonders die Schulpolitik in den Sog der Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche und deren Abgrenzung bzw. Trennung voneinander. Der darum auch mit Eingaben von Bürgern an den Landtag geführte „Kulturkampf" beherrschte die badische Innenpolitik der folgenden Jahrzehnte.

Die stärkste Breitenwirkung aller Reformen bis in die Städte hinein erreichte die Agrarreform. Die alten Lasten, der Zehnte und die Fronen wurden zwischen 1820 und 1848 zur Ablösung freigegeben. Freilich konnten zahlreiche Besitzer der durch das Prinzip der Erbteilung entstandenen kleinen Hofstellen die Ablösesummen nicht aufbringen. So verursachte die Bauernbefreiung auch eine Enteignung und die Verarmung bäuerlicher Existenzen. Armut, fehlende Verdienstmöglichkeiten, Mißernten und Übervölkerung veranlaßten viele Badener zur Auswanderung oder zum Umzug in die Städte. Diese traf der Pauperismus daher am direktesten. Sie reagierten in Form christlicher Liebestätigkeit wie den „Suppenanstalten" des Badischen Frauenvereins, aber auch mit städtischen „Armen-Polizei-Kommissionen" und Überlegungen zu verschiedensten Fürsorgeeinrichtungen bis hin zum Bau von Arbeiterwohnungen und zur Arbeitsbeschaffung. Die Städte versuchten, gezwungen von der greifbaren Not in ihren Mauern, die Auswirkungen der Armut lange vor staatlichen Maßnahmen zu lindern.

Die nationale Bewegung war seit 1814/15 immer zugleich gesellschaftliche und politische Opposition gegen die Ordnung des Deutschen Bundes. Sie hatte in Baden im Landtag eine starke Stellung und wirkte über die Öffentlichkeit der Sitzungen und die Berichterstattung in der Presse, die eine besondere „politische Kultur" in Baden schufen, weit über das Land hinaus. In den 1840er Jahren erhielt die Nationalbewegung neue Schubkraft, als sich soziale Forderungen der Unterschichten mit nationalen Zielsetzungen verbanden. 1848 sprang von der französischen Februarrevolution der Funke auch auf Deutschland über. In Baden begann die deutsche Erhebung, und hier endete sie 1849 auch mit der blutigen Niederschlagung der ersten, kurzlebigen Republik auf deutschem Boden durch preußische Truppen. Es dauerte etwa zehn Jahre, bis die deutschen Staaten aus der Revolution die Lehre zogen, daß rechtzeitige Reformen Revolutionen verhindern können. In der nun einsetzenden „liberalen Ära" wurde Baden in vielen Belangen zum „Musterstaat" mit dem allseits beliebten und verehrten Fürsten Friedrich I. an der Spitze in der Landeshauptstadt Karlsruhe. Auch die nationale Bewegung erfuhr, sichtbar z. B. an den Schillerfeiern 1859, eine Wiederbelebung. Der Großherzog und die regierende liberale Partei nahmen in dieser Frage eine preußenfreundliche Haltung ein und entschieden sich für die von Otto von Bismarck vorangetriebene kleindeutsche Lösung der nationalen Frage, die schließlich mit Hilfe des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71 in der Reichsgründung endete.



Die graphische Darstellung der Entstehung des Großherzogtums Baden veranschaulicht, wie aus den beiden territorial zersplitterten Markgrafschaften die vereinigte Markgrafschaft entstand. Erst die Gebietserwerbungen von 1802–1806 brachten jedoch ein geschlossenes Herrschaftsgebiet

1806

13. August: Kurfürst Karl Friedrich gibt bekannt, daß er nach einer weiteren Vergrößerung Badens um 91 Quadratmeilen mit 270 000 Einwohnern den Titel „Großherzog" angenommen habe.

8. Dezember: Heinrich Jung-Stilling verlegt seinen Wohnsitz von Heidelberg nach Karlsruhe auf Wunsch des alternden Großherzogs Karl Friedrich, wo er dessen enger Vertrauter wird.

1807

– Das Konstitutionsedikt von 1807 und das Organisationsedikt von 1809 bringen Änderungen für die Gemeindeverwaltung. Der Bürgermeister wird direkt von den Bürgern gewählt. Die Bestätigung der Wahl durch das Kreisamt kommt jedoch einer Ernennung gleich.

– Einrichtung einer Ingenieur-Schule durch Johann Gottfried Tulla.

– Das Gymnasium bezieht den südlichen Flügel des Neubaus an der geplanten evangelischen Stadtkirche. Erst als 1824 auch der Nordflügel bezogen wird, ist die Raumnot gemindert, die bisher eine Aufstellung der Bibliothek und des Naturalienkabinetts verhindert hat.

8. Juni: Letzter Gottesdienst in der Konkordienkirche. Die Predigt hält Theodor Friedrich Volz. Am gleichen Tag findet die Grundsteinlegung für die neue Stadtkirche am Marktplatz statt. Nach dem Abriß der Konkordienkirche wird über der Gruft des Stadtgründers Markgraf Karl Wilhelm eine provisorische Holzpyramide errichtet.

1808

– Beratungen über die Errichtung einer Polytechnischen Lehranstalt in der Großherzoglichen Generalstudienkommission.

– Neugestaltung des Botanischen Gartens.

– Johann Peter Hebel wird Leiter des Gymnasiums. Er ist inzwischen auch als alemannischer Volksdichter zu großem Ansehen gelangt. Im Jahre 1814 legt der Autor des 1811 erschienenen „Schatzkästlein des rheinischen Hausfreundes" sein Schulamt nieder.

1. Oktober: Eröffnung des von Friedrich Weinbrenner erbauten Hoftheaters am Schloßplatz mit Spindlers Singspielen „Fest der Weihe" und „Triumph mütterlicher Liebe".

1809

– Einführung der Straßenkehrung durch die Anwohner.

– Da die 1793 angeordnete Benennung aller Straßen und Numerierung aller Häuser nur noch nachlässig vorgenommen wird, erläßt der Großherzog erneut eine entsprechende Verordnung. Die Querallee z. B. erhält daraufhin den Namen Zähringerstraße. Die Aktion, deren Kosten zu drei Fünfteln der Staat trägt, ist 1813 beendet.

– Wilhelm Christian Griesbach wird aufgrund der Bestimmungen der neuen Landesorganisation direkt von den wahlberechtigten Bürgern zum neuen Bürgermeister der Stadt gewählt. Vor ihm war nur der erste Karlsruher Bürgermeister 1718 direkt gewählt worden.

13. Januar: Das Konstitutionsedikt für die Juden des Großherzogtums Baden macht diese zu gleichberechtigten Staatsbürgern, läßt sie als Ortsbewohner aber im Status nicht gleichberechtigter Schutzbürger. Nur wenigen Juden, wie dem Karlsruher Hofbankier Salomon von Haber, gelingt ein sozialer Aufstieg. Karlsruhe wird Sitz des Oberrats der Israeliten in Baden.

Johann Peter Hebel mit Elisabeth Baustichler. Im Hintergrund die katholische Kirche St. Stephan

Die Modellstadt von der Rückseite um das Jahr 1840. Am Landgraben entlang der heutigen Steinstraße stehen die Häuschen des „Dörfle". Im Hintergrund das Bürgerhospital am Lidellplatz

1810

10. August: Durch eine Kabinettsordre wird das Großherzogliche Hoftheater gegründet. Die Theatertruppe Wilhelm Vogels wird auf Rechnung des Hofes übernommen. Oberst Freiherr von Stockhorn wird erster Intendant. Die reguläre Spielzeit beginnt am 9. November mit der Oper „Achilles" von Ferdinando Paër.

31. Oktober: Alle politischen Blätter im Großherzogtum Baden müssen mit Ausnahme der „Karlsruher Zeitung" ihr Erscheinen einstellen. Eine entsprechende Verordnung hatte Napoleon erzwungen. Ab 1. Januar 1811 bis 1817 erscheint die „Karlsruher Zeitung" mit dem Titel „Großherzogliche Badische Staatszeitung".

10. November: Eine landesherrliche Verordnung führt neue Maße auf der Grundlage des Dezimalsystems ein. Die endgültige Ablösung der alten Maße und Gewichte und die Einführung der neuen Einheiten ziehen sich jedoch bis zum Jahre 1829 hin.

1811

10. Juni: Tod des Großherzogs Karl Friedrich. Vom 21.–23. Juni ist der Tote im Marmorsaal des Schlosses aufgebahrt. Am Morgen des 24. Juni wird der Leichnam in Pforzheim beigesetzt. Nachfolger wird sein Enkel Karl.

1. August: Nach Übernahme des Postbetriebes durch das Land Baden wird in der Stadt eine Postdirektion (ab 1814 Oberpostdirektion) eingerichtet. Das Gebäude der Post von Thurn und Taxis in der Adlerstraße wird übernommen.

29. August: In einer neuen Bauordnung werden dreistöckige Modellhäuser für Bürgerbauten zugelassen.

31. Oktober: Versteigerung des alten Rathauses, das 1812 abgebrochen wird. Die Handelsleute Schmieder und Füeßlin errichten ein viergeschossiges Modellhaus.

1812

— Die Geschäftsvermehrung in der Stadtverwaltung, die durch die Zunahme der Be-

völkerung verursacht wird, erfordert die Bestellung eines zweiten Bürgermeisters. Wilhelm Christian Griesbach wird dadurch Karlsruhes erster Oberbürgermeister.

— Stadtrat und Stadtamt ziehen in die fertiggestellten Hintergebäude des geplanten neuen Rathauses um.

— Empfindliche Teuerung aller Lebensmittel.

— Baubeginn einer neuen Poststraße nach Ettlingen, der heutigen Ettlinger Straße, nach Plänen von Johann Gottfried Tulla.

1. Februar: Karlsruher Bataillone verlassen die Stadt zur Teilnahme am Rußlandfeldzug Napoleons.

22. August: Karlsruhe und Klein-Karlsruhe werden vereinigt. Der Gemeindevorsteher von Klein-Karlsruhe wird Mitglied des Stadtrats, die Bewohner mit mindestens 1 200 Gulden Vermögen und ausreichender Gewerbebefähigung erhalten das Bürgerrecht, alle anderen werden Hintersassen der Stadt.

1813

— Nach der regen Bautätigkeit, die die Erhebung Badens zum Großherzogtum auslöste, gibt es nun 899 Häuser (gegenüber 488 im Jahre 1801) in der Stadt.

— Prinzessin Friederike, die Frau des ehemaligen Königs Gustav IV. von Schweden, erwirbt das von Wilhelm Jeremias Müller erbaute Palais in der heutigen Hans-Thoma-Straße 1. Seitdem wird das Gebäude auch „Schwedenpalais" genannt.

— In Karlsruhe werden Sammlungen veranstaltet zur Bildung eines freiwilligen Jägerkorps „zur Erhaltung Badens, zur Erkämpfung deutscher Freiheit und Unabhängigkeit". Aufgerufen dazu hatte Großherzog Karl am 9. Dezember 1812. Damit wird auch hier die Abkehr von Napoleon und der Anschluß an die deutsche Nationalbewegung dokumentiert.

— Gottlieb Braun, Buchhändler aus Heidelberg, erhält die Genehmigung zur Niederlassung als Sortimentsbuchhändler in der Stadt.

7. Januar: In einem Rundschreiben an den Karlsruher Handelsstand wird zu einem organisatorischen Zusammenschluß aufgerufen. Am 18. Januar findet die erste Versammlung statt. Tagungslokal ist das „Eckzimmer eine Stiege hoch" im Lokal des Museums am Marktplatz, wo sich heute ein Modehaus befindet.

28. Januar: Grundsteinlegung für den Neubau der Museumsgesellschaft Ecke Ritter- und Lange Straße, der von Friedrich Weinbrenner geplant worden war. Die Einweihung findet am 9. Dezember 1814 statt.

18. Februar: Die Reste (etwa 144 Mann) der ehemals 6 700 badischen Soldaten, die bei Napoleons Feldzug gegen Rußland mitmarschierten und -kämpften, kehren nach Karlsruhe zurück.

25. September: Das „Pfandhaus", dessen Einrichtung ein Edikt von Großherzog Karl vom 12. Dezember 1812 anordnete, wird im Rathaus hinter der „Großen Metzig" eröffnet.

28. November: Kaiser Alexander von Rußland besucht Karlsruhe. Freiherr Karl Drais von Sauerbronn führt einen von Menschenkraft getriebenen Wagen vor.

1814

— Daniel Raphael Marx, der seit einigen Jahren eine Leihbibliothek betreibt, erhält die Erlaubnis, eine Verlagsbuchhandlung zu eröffnen.

28. Januar: Großherzogin Stephanie lädt die badischen Frauen zur Bildung eines Vereins zur Unterstützung der im Feld stehenden Truppen ein.

26. Dezember: Der nach Plänen von Friedrich Weinbrenner 1808 begonnene Bau der katholischen Stadtkirche wird am Namenstag der Großherzogin Stephanie eingeweiht. Großherzog Karl Friedrich hatte der Gemeinde die Glocken des vormaligen Klosters St. Blasien geschenkt.

1815

— Zum 100jährigen Bestehen der Stadt erscheint Theodor Hartlebens „Statistisches Gemälde der Residenzstadt Karlsruhe".

3.–5. Oktober: Johann Wolfgang von Goethe weilt in Karlsruhe. Neben der ausführlichen

Besichtigung des Naturalienkabinetts trifft er mit dem Straßburger Jugendfreund Heinrich Jung-Stilling, Karl Christian Gmelin, Friedrich Weinbrenner und Johann Peter Hebel zusammen.

1816

— Karl August Varnhagen von Ense kommt als preußischer Gesandter nach Karlsruhe, wo er bis 1819 mit seiner Frau Rahel geb. Levin lebt. In seinen Denkwürdigkeiten und Tagebüchern sowie in ihren Briefen spiegeln sich die Karlsruher Verhältnisse jener Tage.

— Gründung einer neuen Lesegesellschaft, die ab 1817 Konzerte, Bälle und andere Veranstaltungen anbietet. Politische Gespräche sind hier ausdrücklich verboten. Im Gegensatz zur Museumsgesellschaft trifft sich hier das einfachere Gewerbebürgertum.

— Überschwemmungen, Unwetter und Mißernten führen zu einer Teuerungswelle. Auch das Jahr 1817 bringt den Karlsruhern manche Not, die ganze Familien zur Auswanderung nach Nordamerika oder Rußland veranlaßt.

2. Juni: Einweihung der neuen evangelischen Stadtkirche am Marktplatz. Die Festpredigt hält Gottlieb August Knittel, der gleichzeitig die Jubelhochzeit der 87jährigen Eheleute Hambel zelebriert.

18. November: Eine „Ersparniskasse" wird eröffnet und mit dem Leihhaus verbunden.

1817

— Erfindung einer Laufmaschine (Draisine), Vorläuferin des Fahrrads, durch Freiherr Karl Drais von Sauerbronn.

— Das Mühlburger Tor wird westwärts an den heutigen Platz gleichen Namens verlegt.

— Einrichtung einer israelitischen Schule Ecke Kronen-/Lange Straße.

— Bildung einer Zunft der Bierbrauer und Küfer. 1816 gibt es zwölf Brauereien in der Stadt.

— Beginn der Rheinkorrektion bei Knielingen durch Johann Gottfried Tulla. Sie ist eine der großen technischen Leistungen des 19. Jahrhunderts, die Überschwemmungen und Hochwasserschäden verhindert. Das Werk Tullas wird mit der Regulierung des Rhein-Oberlaufs gegen Ende des 19. Jahrhunderts von Max Honsell abgeschlossen. Der Verkehr mit Großschiffen auf dem Oberrhein wird möglich, ebenso großräumige Wirtschafts- und Verkehrsplanung.

1818

— Das erste, seitdem regelmäßig herausgegebene Karlsruher Adressenverzeichnis erscheint.

— Die Artilleriekaserne wird aus der Kreuz-/Spitalstraße nach Gottesaue verlegt.

2. Februar: Als dritter deutscher Kunstverein wird der Badische Kunstverein in Karlsruhe gegründet.

22. August: Der todkranke Großherzog Karl unterzeichnet, gedrängt von seinem Kabinett, die Verfassungsurkunde, die von Karl Friedrich Nebenius ausgearbeitet worden war. Baden erhält damit eine der liberalsten Verfassungen dieser Zeit.

Johann Gottfried Tulla. Er plante die Rheinkorrektion

Karl Friedrich Drais von Sauerbronn auf dem von ihm erfundenen Laufrad

1819

— In Karlsruhe bestehen durch Verordnung vier evangelische Pfarreien mit vier Pfarrern und zwei Vikaren.

— Friedrich List, Vorkämpfer der deutschen Zolleinigung, hält sich vor seiner Auswanderung nach Amerika vorübergehend in Karlsruhe auf.

— In der alten Artilleriekaserne Ecke Kreuz-/Spitalstraße wird die Schule untergebracht, deren Haus wegen der Neugestaltung des Marktplatzes abgerissen wurde.

18. Februar: Nachdem vom 22. Januar bis 4. Februar die Wahlmänner gewählt worden waren, wählen diese die drei Karlsruher Abgeordneten für den Landtag. Gewählt werden Christian Griesbach mit 45, Christoph Jakob Eisenlohr mit 41 und Friedrich Sievert mit 31 Stimmen.

22. April: Feierliche Eröffnung des badischen Landtages. Die Sitzungen finden im Schloß statt. 1820, als der Landtag wieder zusammentritt, finden die Sitzungen der Zweiten Kammer im Haus Schloßstraße 18 (heute Karl-Friedrich-Straße) am Rondellplatz statt und 1822 im Saal des Hauses der Museumsgesellschaft.

27. August: Unter dem antijüdischen Schlachtruf „Hepp! Hepp!" kommt es zu Ausschreitungen gegen jüdische Einwohner der Stadt.

18. Oktober: Ein neues Schlachthaus wird beim heutigen Leopoldplatz eröffnet.

1820

— Die nach der Schaffung des Großherzogtums eingerichtete Militärschule wird in eine Kadettenschule umgewandelt. An der heutigen Ecke Linkenheimer Landstraße und Moltkestraße entsteht ein Bau für diese Einrichtung.

— Seit Jahren decken die Einnahmen der Stadt nicht einmal mehr die laufenden Ausgaben. In diesem Jahr stehen etwa 16 000 Gulden Einnahmen etwa 33 000 Gulden Ausgaben gegenüber. 1823 beträgt der städtische Schuldenstand etwa 800 000 Gulden. 1820 und 1829 wer-

den deshalb durch die Genehmigung eines Oktroi neue bzw. erhöhte Verbrauchssteuern zugunsten der Stadt festgelegt.

16. Oktober: Grundsteinlegung für den von Friedrich Arnold geplanten Bau des Ständehauses an der Ritterstraße. Die Bauarbeiten für das erste Parlamentsgebäude in einem deutschen Land sind am 2. November 1822 offiziell abgeschlossen.

1821

23. August: Aufgrund eines einstweiligen Gesetzes zur Erneuerung der Gemeindeordnung wird neben dem Gemeinderat ein kleiner Ausschuß gebildet, der alle sechs Jahre erneuert werden soll. Er ist als Kontrollinstrument für die auf Lebenszeit ernannten Gemeinderäte gedacht, zeigt aber nur geringe Selbständigkeit.

28. Oktober: Die lutherische und die reformierte Gemeinde feiern die Vereinigung der beiden Bekenntnisse, die durch einen Beschluß der Synode vom 26. Juli 1821 in der evangelischen Stadtkirche möglich geworden war.

1822

— Bei einer Nachwahl zum badischen Landtag löst Oberbürgermeister Bernhard Dollmätsch den Abgeordneten Friedrich Sievert ab.

1823

26. Juli: Gründung des evangelischen „Großherzoglichen Lehrerseminars" in der Markgrafenstraße beim Rondellplatz.

1824

— Der Nordflügel des Lyzeumsbaus wird vollendet.

— Joseph Strauß wird Hofkapellmeister in Karlsruhe. Während seiner Amtszeit, die 1863 endet, beginnt die Karlsruher Wagnertradition.

— Auf Bitten der Stadt aus dem Jahre 1818 berät auf Anweisung des Großherzogs Ludwig eine Kommission, der Friedrich Weinbrenner und Johann Gottfried Tulla angehören, Pläne für einen Kanal vom Rhein zur Stadt und die Anlage eines Rheinhafens bei Karlsruhe.

5. Januar: Eröffnung der von Johann Gottfried Tulla geplanten Wasserleitung von Durlach nach Karlsruhe. Damit soll die seit langem als unbefriedigend empfundene Trinkwasserversorgung mittels des Brunnenhauses in der Lammstraße verbessert werden. 74 Trinkbrunnen im Stadt- und Hofgebiet werden gespeist.

24. Mai: Grundsteinlegung für einen Anbau an die Infanteriekaserne (heute Stephanplatz), den die Stadt finanziert. Damit sollen Einquartierungen von Soldaten bei Bürgern unnötig werden.

1825

— Das Linkenheimer Tor wird als Ludwigstor an den Beginn der heutigen Linkenheimer Landstraße neben die Kadettenanstalt verlegt.

— Einrichtung einer Privat-Sterbekasse, die den Hinterbliebenen „einige Barschaft" sichern soll.

28. Januar: Der Neubau des Rathauses nach Plänen von Friedrich Weinbrenner wird eingeweiht. Der Grundstein war am 7. Mai 1821 gelegt worden. Die schlechte finanzielle Situation der Stadt, die Kriegsereignisse und die Not der Jahre 1816–1818 hat die frühere Fertigstellung des 1805 begonnenen Bauvorhabens verhindert.

7. März: Die Pyramide über dem Grab des Stadtgründers auf dem Marktplatz ist nach dem Entwurf von Friedrich Weinbrenner fertiggestellt.

7. Oktober: Auf der Grundlage eines Berichtes von Georg Friedrich Wucherer, Professor für Physik und Technologie, verfügt Großherzog Ludwig die Gründung einer Polytechnischen Schule, der ersten ihrer Art in einem deutschen Land. Schulbeginn ist der 1. Dezember im Lyzeumsgebäude neben der evangelischen Stadtkirche.

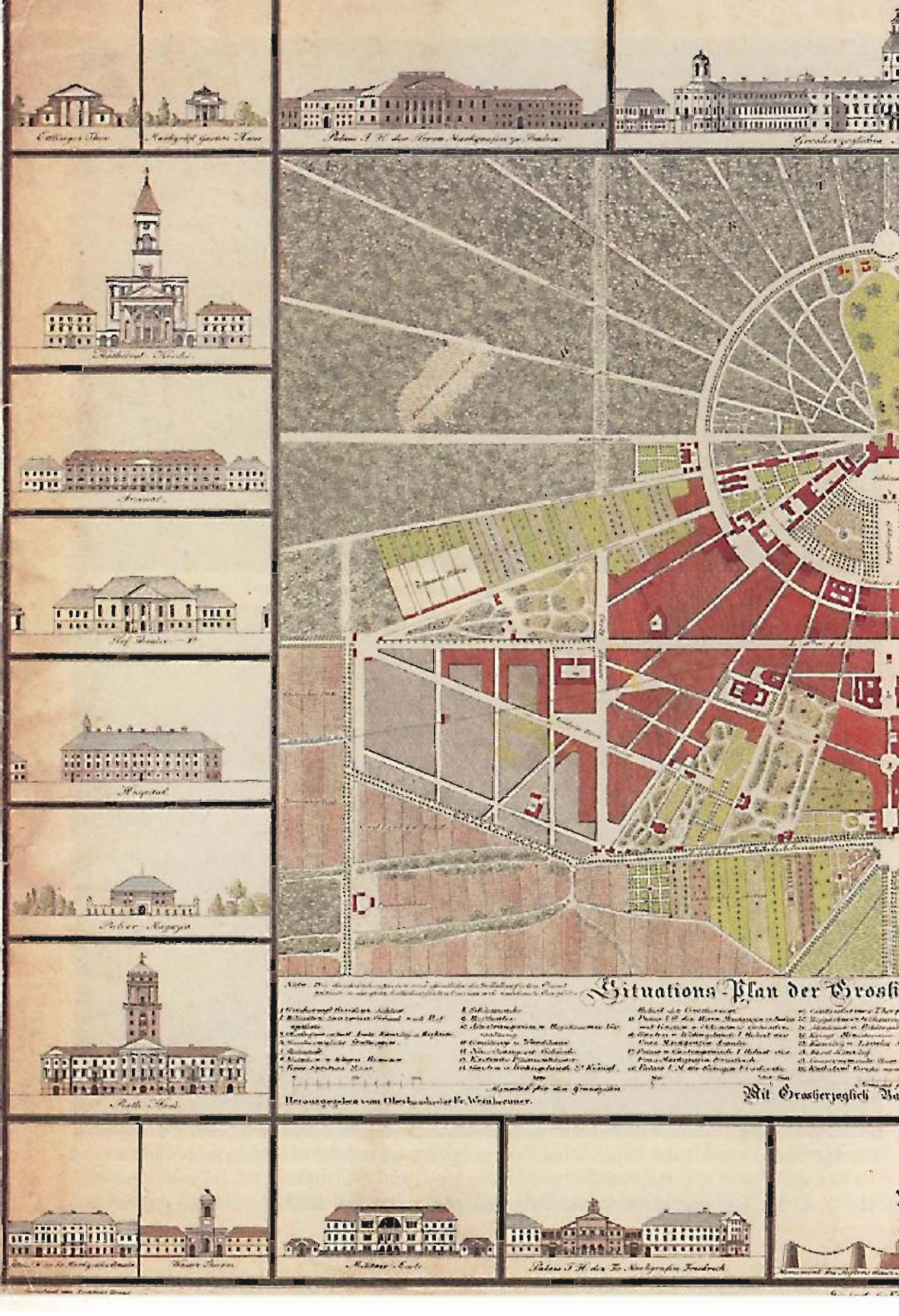
1826

— Die Chorabteilung der Museumsgesellschaft verselbständigt sich unter dem Namen „Verein für ernste Chormusik".

Blick vom Rathausturm über die Stadt zum Schloß aus den 1820er Jahren

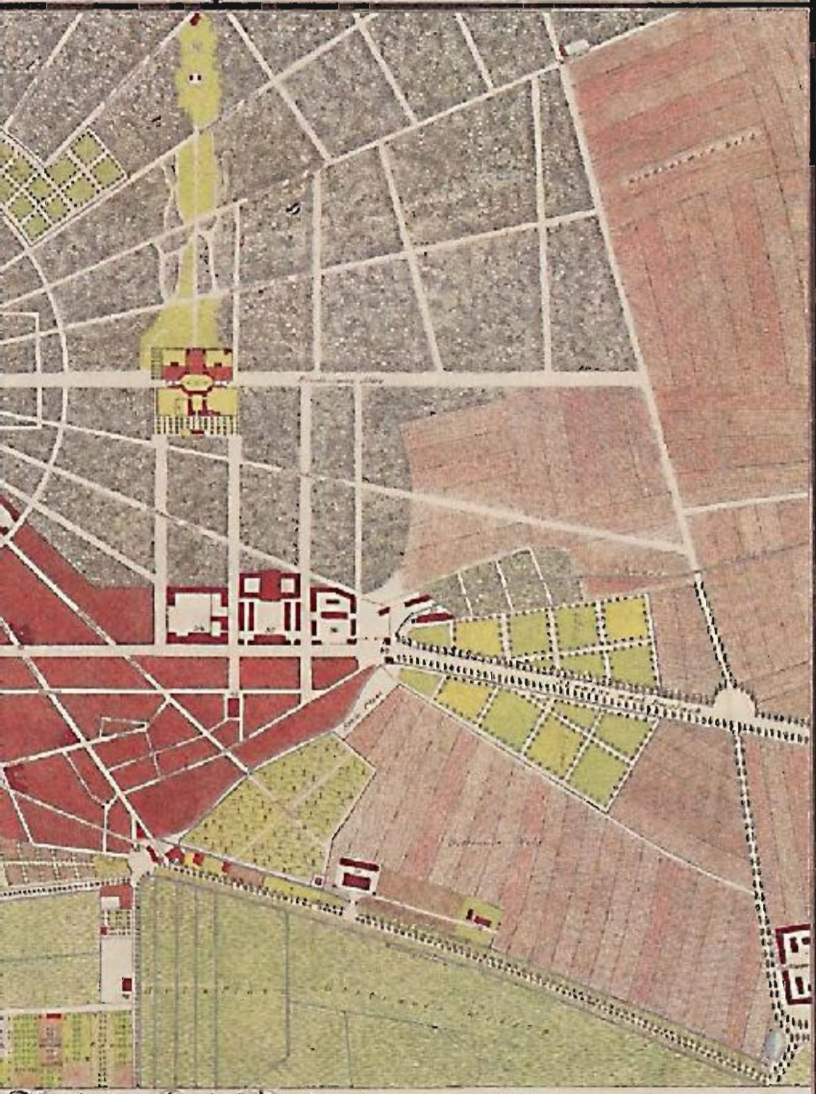
Der Marktplatz von Norden um 1830 mit Pyramide, Evangelischer Stadtkirche und Rathaus

Abb. S. 82/83: Stadtplan von Friedrich Weinbrenner aus dem Jahr 1822


Situations-Plan der Grossh
Herausgegeben vom Oberbaudirektor Fr. Weinbrenner.
Mit Grossherzoglich Ba

Cavallerie Caserne N°

Gothaischer Thurm.



Residenz-Stadt Karlsruhe.

Privilegium.

Im Verlag der B.B. Macklot'schen Buchhandlung in Carlsruhe und Baden.

St. Stephans Kirche N°

Infanterie Caserne N°

Zeughaus Gebäude

Academie N°

Marktplatz Gebäude

Stands Haus

Rondellplatz mit Markgräflichem Palais und Denkmal für Großherzog Karl um 1830. Der von Friedrich Weinbrenner entworfene Obelisk erinnert an den Gründer der badischen Verfassung

Das Ständehaus an der Ritterstraße. Links die Katholische Stadtkirche. Das Ständehaus war der erste eigenständige deutsche Parlamentsbau

– Aufstellung des Obelisken auf dem Rondellplatz. Der von Friedrich Weinbrenner als städtebaulicher dekorativer Akzent geplante Brunnen mit Obelisk wird erst nach dem Tod Großherzog Ludwigs zum Denkmal für den Gründer der Verfassung, Großherzog Karl.
– Friedrich Arnold, ein Schüler Weinbrenners, baut am Karlstor das Wohnhaus des österreichischen Gesandten, das nach 1830 von dem vermögenden Kaufmann Gabriel Leonhard von Berckholtz gekauft wird.

1827

– Eröffnung der „Höheren Töchterschule" mit einer Feier im Großen Rathaussaal. 1829 wird für die Schule ein nach den Plänen Heinrich Hübschs gebautes Schulhaus in der Lindenstraße (heute Kriegsstraße) eröffnet. Am 23. Oktober 1838 wird die Privatschule in eine öffentliche Stadtschule umgewandelt.
– Heinrich Hübsch wird Nachfolger Friedrich Weinbrenners als Residenzbaumeister.
– Das Postamt wird in das Gebäude Ecke Kreuz- und Zähringerstraße verlegt.
9. Februar: Im noch von Friedrich Weinbrenner geplanten Bau des Münzgebäudes wird die erste Münze, ein Louis d'or, geprägt.

1828

– Schaffung einer Krankenkassen-Gesellschaft, die ihre Mitglieder bei der Zahlung von Arztkosten unterstützen soll.
– Franz Xaver Winterhalter aus Menzenschwand wird als badischer Hofportraitist nach Karlsruhe berufen.
3. November: Auf Anordnung des Großherzogs Ludwig findet auch in Karlsruhe eine Feier zum 100. Geburtstag Karl Friedrichs statt. Am 6. November fordern 23 Karlsruher Bürger zu einer Sammlung für eine wohltätige Karl-Friedrich-Stiftung auf.

1829

– Neuorganisation des Volksschulunterrichts. Es werden je vier Klassen in der Knaben- und Mädchenschule von je einem Lehrer unterrichtet. Die lutherische und die reformierte Schule werden zusammengelegt.
27. März: Vor dem Mühlburger Tor wird an zwei Raubmördern die letzte öffentliche Hinrichtung mit dem Schwert vollzogen.
9. Dezember: Niccolò Paganini gibt im Hoftheater ein Konzert.

1830

– Mit der Gründung der städtischen Amortisationskasse beginnt eine systematische Tilgung städtischer Schulden.
– An der Stelle des kleinen Beiertheimer Pförtchens wird nach Plänen von Heinrich Hübsch das Karlstor errichtet.
30. März: Tod des Großherzogs Ludwig. Seine Nachfolge tritt Großherzog Leopold an.
31. Mai: Im damaligen Rheinhafen Schröck, der die Aufgaben eines Hafens für Karlsruhe übernahm, legt erstmals ein Dampfschiff an. 1833 erhält Schröck auf Bitten der Einwohner den Namen Leopoldshafen.

1831

– Unter Leitung von Großherzogin Sophie wird der „Frauenverein zu Karlsruhe" gegründet. Die Aufgaben liegen zunächst im Bereich der Wohltätigkeit und Fürsorge, so übernimmt der Verein die von der städtischen Armenkommission neugegründete Suppenanstalt. 1840 wird zur Unterrichtung von Mädchen und Jungen die Sophienschule eingerichtet.
20. Dezember: Gründung des Gewerbevereins, der das Gewerbe in der Stadt fördern soll, bald aber Bedeutung über die Stadtgrenzen hinaus gewinnt.
31. Dezember: Verabschiedung des Gesetzes über die neue Gemeindeordnung. Sie beruht auf dem Grundsatz der Bürgergemeinde. Die Unterscheidung zwischen Orts- und Schutzbürgern entfällt.

1832

– Staatsrat Karl Friedrich Nebenius stellt die Polytechnische Schule auf eine neue organisatorische Grundlage. Sie nimmt die Gestalt einer höheren technischen Lehranstalt an.
27. Juli: August Klose, seit 1830 Oberbürgermeister, wird aufgrund der neuen badischen Gemeindeordnung von den wahlberechtigten

Bürgern direkt gewählt. Schon am 17. November 1830 waren zur Wahl von Klose alle Ortsbürger aufgerufen.
17. September: Bei der Neuwahl des Gemeinderats bleibt die Wahlbeteiligung unter der gesetzlich vorgeschriebenen Zahl. Am 3. Oktober wird ein neuer Wahltermin angesetzt. Nach der Ankündigung einer Ernennung des Gemeinderats durch die Kreisregierung im Falle eines erneuten Scheiterns findet eine gültige Wahl statt. Es kommt noch mehrmals zu solchen Wahlwiederholungen.

1833

— Vollendung des nach Plänen von Heinrich Hübsch im halbbyzantinischen Stil erbauten Gebäudes für das Finanzministerium am Schloßplatz 3.
14./15. Februar: Als Nachfolger für den wegen Krankheit zurückgetretenen Oberbürgermeister August Klose wird Christian Karl Füeßlin von den wahlberechtigten Ortsbürgern direkt gewählt. 1839 und 1845 wird er vom Bürgerausschuß im Amt bestätigt.
15. Mai: Feierliche Eröffnung des „Pfründnerhauses" der Karl-Friedrich-, Leopold- und Sophienstiftung. Die Anstalt soll alte gebrechliche Personen zur Pflege aufnehmen.
10./11. Juli: Gemäß der neuen Gemeindeordnung erhält Karlsruhe einen großen Ausschuß aus 72 Mitgliedern, der an die Stelle der Gemeindeversammlung tritt. Zuvor hatten am 23. Juli 1832 die Karlsruher Bürger dieser Änderung zugestimmt.
28. September: Auf dem Marktplatz wird der noch von Friedrich Weinbrenner entworfene Großherzog-Ludwig-Brunnen aufgestellt. Nach der Zerstörung 1944 wird er 1955 wiederhergestellt.

1834

— Eröffnung des israelitischen Hospitals beim Rüppurrer Tor.
3. Mai: Die Real- und Gewerbeschule wird feierlich eröffnet. Die Brüder Karl und Ferdinand Lotzbeck hatten für die ersten fünf Jahre je 1 000 Gulden zur Verfügung gestellt. Ziel der Schule ist die Weiterbildung der Handwerkslehrlinge für das Berufsleben.

1835

16. Mai: Die allgemeine Versorgungsanstalt, die heutige Karlsruher Lebensversicherung, erhält die staatliche Genehmigung und nimmt am 1. Januar 1836 die Geschäfte auf.
3. Juli: Die Gesellschaft „Eintracht" spaltet sich von der 1816 gegründeten Lesegesellschaft ab. Die „Eintracht" legt neben Geselligkeit Wert auf ein breites Bildungsangebot.

1836

— Gründung der Karlsruher Gemäldegalerie durch Großherzog Leopold. Die Kunstschätze des markgräflichen Hauses sollen hier in einem öffentlichen Museum vereinigt werden. Der Bau der Kunsthalle wird nach den Plänen von Heinrich Hübsch 1837 begonnen und 1846 vollendet.
— Die Polytechnische Schule bezieht in der Langen Straße (heute Kaiserstraße) einen eigenen von Heinrich Hübsch entworfenen Neubau.
— Anbringung von Briefkästen, in die auch Ortsbriefe eingeworfen werden dürfen. Dies war in den ersten, seit 1. April 1819 vorhandenen Briefkästen nicht möglich.

1837

— Gründung des „Cäcilienvereins" durch einen Teil der Mitglieder des 1826 gebildeten „Instrumentalvereins". Der „Cäcilienverein" schließt sich später der „Eintracht" an. Der Verein entwickelt sich zum wichtigen Mittelpunkt des Karlsruher Musiklebens, bis er 1892 aufgelöst wird.
— Gründung einer Musikbildungsanstalt, die zunächst zur Ausbildung leistungsfähiger Mitglieder des Cäcilienvereins gedacht ist. Seit 1845 ist sie selbständig verantwortlich für den systematischen Unterricht in Instrumental- und Vokalmusik. Die Anstalt erhält nun einen Zuschuß aus der Stadtkasse.
— Gründung der Maschinenfabrik Keßler & Martiensen vor dem Ettlinger Tor, damals noch auf Beiertheimer Gemarkung. Sie baut 1841 die erste Lokomotive in Süddeutschland.

Nach finanziellen Problemen wird die Firma 1852 als Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe weitergeführt.

14. August: Die erste „Kleinkinder-Bewahranstalt" wird eröffnet. Hier werden schon im ersten Jahr 80 Kinder betreut.

1838

— Im alten Orangeriegebäude findet eine aus dem ganzen Land beschickte Industrieausstellung statt. Schon seit 1834 hat es Ausstellungen und Auszeichnungen in Karlsruhe gefertigter Produkte gegeben.

— Vor dem Rüppurrer Tor entsteht nach den Plänen von Heinrich Hübsch das Landesgestüt.

September: Tagung der Versammlung der deutschen Landwirte. Auf dem Großen Exerzierplatz veranstaltet der Badische landwirtschaftliche Verein ein großes Fest mit Umzug, Lotterie und Volksbelustigung.

1839

— Die seit 1769 bestehende Möbelschreinerei der Gebrüder Himmelheber wird auf industrielle Fertigung umgestellt.

— Die erste studentische Verbindung, das Corps Franconia, wird gegründet.

— Gründung des Naturhistorischen Vereins.

1840

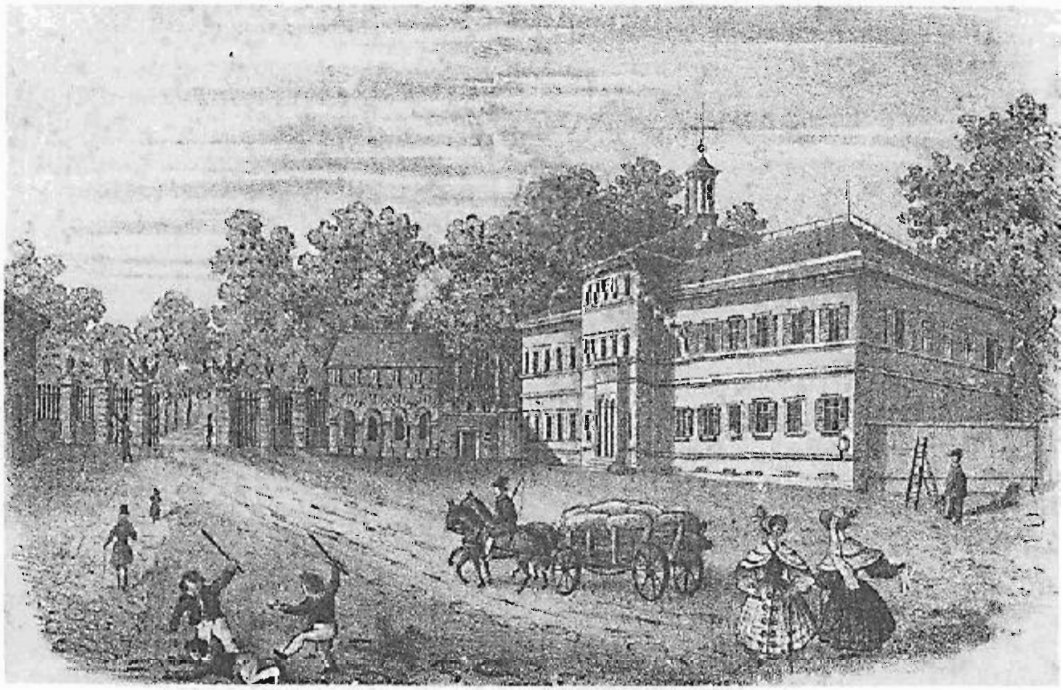
— Moritz von Schwind wird nach Karlsruhe berufen, wo er bis 1844 tätig ist. U. a. malt er das Treppenhaus und einige Säle der Großherzoglichen Kunsthalle aus.

1. Januar: Gründung des Männergesangvereins „Liedertafel".

1841

— Der Männergesangverein „Liederkranz" wird gegründet. In ihm geht später der am 29. September 1835 gegründete „Bürgerverein", wie die „Eintracht" ein Verein zur Pflege der Geselligkeit, auf.

Februar: Der erste Fastnachtsumzug zieht durch die Stadt. 1843 existiert der „Narrenverein Pfannenstielhausen". 1845 findet die Fastnachtsveranstaltung im Saal statt. Zur Karlsruher Fastnacht gehört die Zopfmiliz, eine uniformierte Gruppe jüngerer Bürger.



Das Pfründnerhaus der Karl-Friedrich-, Leopold- und Sophienstiftung am Mühlburger Tor

Die Gemeindeorgane nach der badischen Gemeindeordnung von 1831

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts verloren die Gemeinden unter dem Einfluß des napoleonischen Frankreich jede Selbständigkeit. In der straff zentralisierten Landesverwaltung wurden sie zu untersten staatlichen Verwaltungsorganen. Für Karlsruhe, das von Anfang an unter landesherrlicher Aufsicht stand, war dies weniger einschneidend als für ältere Städte mit ihrer weitgehenden Eigenständigkeit.
Die tiefgreifenden Verwaltungsreformen in Baden hatten eine Vereinheitlichung und damit auch eine Verschmelzung der zu dem neuen Großherzogtum Baden vereinten unterschiedlichen Gebiete zum Ziel. Nach dem Konstitutionsedikt vom 26. November 1809 ergibt sich für Karlsruhe folgende Gliederung der Gemeindeorgane: Der **Bürgermeister** bzw. (seit der Einsetzung eines zweiten Bürgermeisters im Jahre 1812) Oberbürgermeister wurde von den allein wahlberechtigten männlichen Bürgern gewählt (Schutzbürger und Hintersassen, Einwohner und Frauen durften nicht wählen), die zwölf **Gemeinderäte** amtierten in der Regel lebenslänglich und ergänzten ihr Gremium durch Zuwahl. Oberbürgermeister, Bürgermeister, Gemeinderäte und die aus ihrer Mitte gewählten Stadtrechner und Ratsschreiber bedurften der Bestätigung durch den Staat, die einer Ernennung gleichkam. Die Subalternbeamten – 1809 waren das ein Aktuar, zwei Dekopisten, ein Stadtwachtmeister, zwei Ratsdiener, ein Fleischwäger, ein Schlachthausaufseher und vier Stadtdiener – konnte der Gemeinderat allein bestimmen.
Neben Bürgermeister und Gemeinderat gab es die Einrichtung der **Gemeindeversammlung,** der alle wahlberechtigten Bürger angehörten. Sie wurde u. a. einberufen für die Entscheidung wichtiger finanzieller Gemeindeangelegenheiten. 1821 übernahm ein **Bürgerausschuß** den Großteil der Befugnisse der Gemeindeversammlung. Der Bürgerausschuß bestand aus 14 Mitgliedern, die im Gegensatz zum Gemeinderat von den Bürgern alle sechs Jahre gewählt wurden. Er konnte bei wichtigen Entscheidungen, wie Verkauf von städtischem Besitz, Kapitalaufnahme oder außergewöhnlichen Ausgaben, seine Zustimmung erteilen oder verweigern. Die staatliche Behörde war jedoch nicht an die Beschlüsse der Gemeindeorgane gebunden.
Nach der Verabschiedung der Verfassung für das Großherzogtum im Jahre 1818 stand die Gemeindeordnung nicht mehr im Einklang mit den Grundlagen der inneren Erneuerung. Erst nach mehreren Anläufen konnte dann am 31. Dezember 1831 das von Staatsrat Ludwig Georg Winter konzipierte „Gesetz über die Verfassung und Verwaltung von Gemeinden" in Kraft treten. Es wurde von dem Staatsrechtler Karl von Rotteck als das zur Zeit freiheitlichste in Deutschland und Europa charakterisiert. Die wichtigsten Bestimmungen sind die Aufhebung des Unterschieds zwischen Orts- und Schutzbürgern, damit erhöhte sich die Zahl der Wähler schlagartig auf das Doppelte, die Einschränkung des Bestätigungsrechts des Staates und der Verzicht auf jeglichen Zensus beim Wahlrecht. Ein Bürgerrechtsgesetz regelte die Bürgerannahme, die nun nicht mehr vom Ermessen der Gemeinde und der Zustimmung des Staates abhing.
Nach der neuen Gemeindeordnung verfügte die Stadt Karlsruhe 1833 über folgende Gemeindegremien: 1. den Oberbürgermeister und seinen Stellvertreter, 2. den Gemeinderat, 3. den Bürgerausschuß und 4. den Großen Ausschuß.
Die männlichen Gemeindebürger – das waren die früheren Orts- und Schutzbürger, nicht aber die ortsansässigen Staatsbürger und die Ortsinsassen (meist Almosenempfänger), die

überall die Mehrheit der Einwohner stellten – wählten den **Oberbürgermeister** und seinen Stellvertreter, deren Bestätigung durch die Staatsbehörde nach der dritten Wahl nicht verweigert werden durfte. Die Amtszeit der (Ober-)bürgermeister betrug sechs Jahre. Er verkündete und vollzog die Gesetze, verwaltete die Ortspolizei, führte die Aufsicht über das Gemeindevermögen und leitete dessen Verwaltung sowie die öffentlichen Bauten und Arbeiten der Gemeinde, im Gemeinderat hatte er den Vorsitz, brachte die Gegenstände zum Vortrag und vollzog die Beschlüsse.

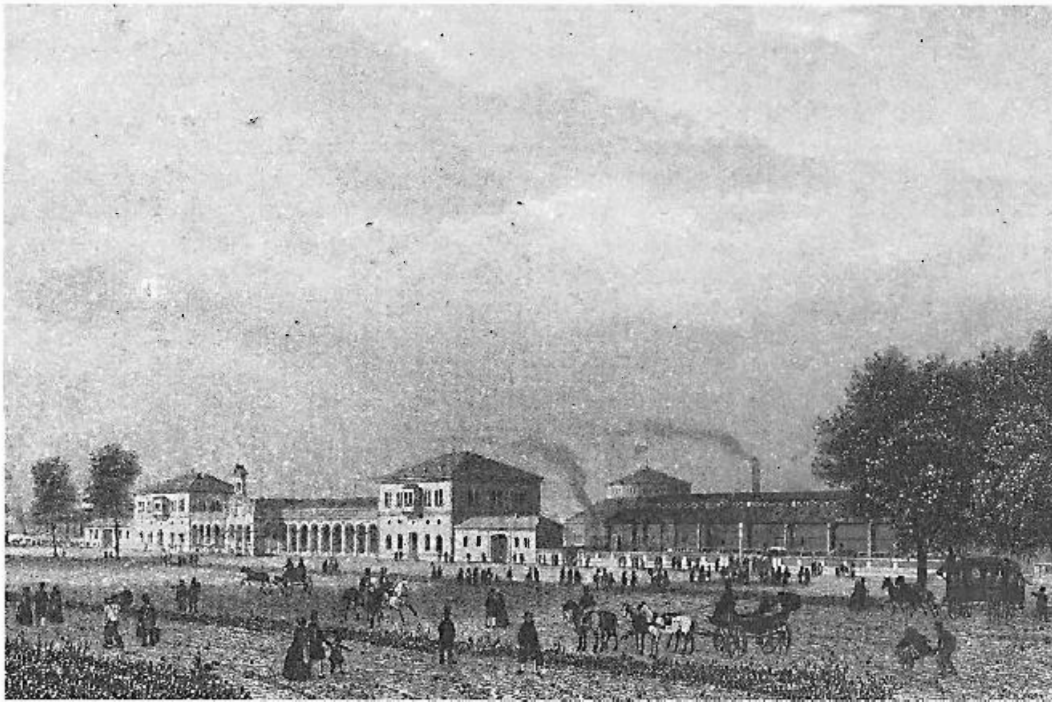
Der **Gemeinderat** wurde ebenfalls von den Gemeindebürgern für sechs Jahre gewählt, wobei alle zwei Jahre ein Drittel der Mitglieder neu zu wählen war. Die zwölf Gemeinderäte Karlsruhes beschlossen über alle Angelegenheiten der Gemeinde und über die Bürgeraufnahmen mit absoluter Stimmenmehrheit. Der Gemeinderat verfügte ferner über das Recht zur Führung der Grund- und Pfandbücher.

Der **Bürgerausschuß** wurde wie seit 1821 von den Gemeindebürgern, jetzt aber nur für vier Jahre, gewählt, wobei alle zwei Jahre die Hälfte der Mitglieder neu gewählt werden mußte. Die 18 Bürgerausschußmitglieder in Karlsruhe wirkten bei wichtigen finanzwirksamen Gemeindebeschlüssen mit. Der Bürgerausschuß wurde getrennt nach drei Steuerklassen gewählt, d. h., die Ausschußmitglieder mußten zu je einem Drittel den höchst-, mittel- und niedrigstbesteuerten Bürgern angehören.

Weiteres Gemeindeorgan war die Gemeindeversammlung, die z. B. bei Streitigkeiten zwischen Gemeinderat und Bürgerausschuß zusammentrat. Von der Möglichkeit, an ihrer Stelle einen **Großen Ausschuß** aus 72 Mitgliedern, ebenfalls nach drei Steuerklassen getrennt, zu wählen, machten die Karlsruher am 10./11. Juli 1833 Gebrauch. Der Große Ausschuß tagte öffentlich zusammen mit Gemeinderat und Bürgerausschuß. Bei Stimmengleichheit entschied die Stimme des Oberbürgermeisters.

Als besoldete Gemeindebedienstete schrieb die badische Gemeindeordnung einen Ratsschreiber, der u. a. das Ratsprotokoll führte, die Ausfertigungen des Oberbürgermeisters und Gemeinderats beglaubigte und die Registratur besorgte, sowie einen Gemeinderechner vor.

Die staatlichen Reaktionen auf die Unruhen 1830/31 in mehreren deutschen Bundesstaaten, die durch die französische Julirevolution 1830 ausgelöst wurden, erfaßten auch die badische Gemeindeordnung. Ende 1833 wurde nach neuen Vorschriften in Karlsruhe ein Vermögen von 2 000 Gulden Voraussetzung für das Wahlrecht der Gemeindebürger. Betroffen davon waren viele, die 1831 durch Gesetz den Status von Gemeindebürgern erhalten hatten. Neben Arbeitern, Taglöhnern und kleinen Handwerkern gehörten dazu auch Lehrer, Rechtsanwälte und Ärzte. 1837 entfiel die Direktwahl des Oberbürgermeisters, der Gemeinderäte und des Bürgerausschusses, die nun vom Großen Ausschuß gewählt wurden. Dieser wiederum wurde nach einem Dreiklassenwahlrecht gewählt, wonach das Drittel der höchstbesteuerten Bürger ein Sechstel, das Drittel der mittelbesteuerten ein Drittel und das Drittel der niedrigstbesteuerten die Hälfte der Ausschußmitglieder wählte. Ihre Zahl erhöhte sich auf ein Zwölftel der wahlberechtigten Bürger. Die Einschränkung des Wahlrechts durch Besitz eines Mindestvermögens konnte man nun, da die Direktwahl abgeschafft war, wieder aufheben. Die Amtszeit des Bürgerausschusses wurde von vier auf sechs, die des Bürgermeisters von sechs auf neun Jahre erhöht. Abgesehen von einer Verschärfung des Dreiklassenwahlrechts im Jahre 1851 zuungunsten der niedrigbesteuerten Bürger blieb die Gemeindeordnung bis 1870 dann unverändert.



Der 1843 eröffnete erste Karlsruher Bahnhof an der Kriegsstraße. Der Uhrturm über der Eingangshalle ist noch nicht ausgeführt. Die Kopfbauten des Bahnhofs blieben beim Bau der Markthalle 1934 erhalten und wurden erst 1970 mit dieser abgerissen

Karlsruhe von Süden um 1840. Im Vordergrund die Keßlersche Maschinenfabrik. Im Hintergrund sind von links nach rechts zu erkennen: Karlstor, Erbgroßherzogliches Palais, Katholische Stadtkirche, Amalienschlößchen, Rathausturm, Gotischer Turm, Evangelische Stadtkirche, Ettlinger Tor

September: Beginn der Bauarbeiten für den ersten Bahnhof nach den Plänen von Friedrich Eisenlohr an der Kriegsstraße östlich des Ettlinger Tores. Heute befindet sich dort das neue Badische Staatstheater.

1842

— Am Friedhof auf dem Lohfeld wird an der heutigen Kapellenstraße nach Plänen Friedrich Eisenlohrs eine Kapelle im gotischen Stil errichtet.

— Gründung der Wagenfabrik Schmieder & Mayer. Sie liefert hauptsächlich Eisenbahnwagen für die Großherzoglich-Badische Staatseisenbahn.

— Entstehung des Männergesangvereins „Liederhalle".

— Der Buchhändler Adolf Bielefeld wird erster jüdischer Vertreter im Großen Ausschuß der Stadt.

1843

— Eine ausführliche, Beschränkungen und Auflagen beinhaltende Benutzerordnung für die Großherzogliche Hofbibliothek wird erlassen.

10. April: Eröffnung des Personenverkehrs auf der Eisenbahnstrecke Karlsruhe–Heidelberg. Der Güterverkehr wird am 1. Mai aufgenommen. Probefahrten hatten seit dem 1. April stattgefunden. Ab 15. April wird der Postkutschenbetrieb Frankfurt–Karlsruhe eingestellt.

1844

— Pferdedroschken vermitteln den Verkehr zwischen dem Bahnhof und verschiedenen Halteplätzen in der Stadt.

1. Mai: Beginn des Eisenbahnbetriebs auf der Strecke nach Rastatt.

1. September: Erstes badisches Sängerfest in der Stadt.

22. November: Feierliche Enthüllung des von Ludwig von Schwanthaler entworfenen Denkmals für Großherzog Karl Friedrich auf dem Schloßplatz. Am 30. November wird die Schloßstraße in Karl-Friedrich-Straße umbenannt.

1845

— Fertigstellung des Baus eines Militärhospitals (heute Kriegsstraße 103).

— Inbetriebnahme der Großherzoglichen Eisenbahnwerkstätten beim Bahnhof.

25. November: Die Stadt schließt mit der Londoner Firma Barlow & Manby einen Vertrag, der diese für 25 Jahre berechtigt, Karlsruhe mit öffentlicher und privater Gasbeleuchtung zu versorgen. Das erste Gaswerk entsteht an der Kaiserallee gegenüber dem heutigen Rathaus West. Am 30. November 1846 findet erstmals probehalber in einigen Straßen die Beleuchtung mit Gaslaternen statt.

1846

2. Februar: Gründung der Karlsruher Turngemeinde.

5. Mai: Eröffnung der Großherzoglichen Kunsthalle.

3. Juli: Das Militär räumt den von ihm genutzten Teil im Städtischen Hospital Ecke Adler-/Spitalstraße.

27. Juli: Neubau des katholischen Schulhauses (Pestalozzi-Schule) neben der Stephanskirche fertiggestellt.

16. November: Eduard Printz gründet an der Ettlinger Straße eine Hofkunstfärberei, der eine chemische Waschanstalt angeschlossen wird.

1847

20. Januar: Die völlige Mißernte von 1846 führt zur Ausgabe von Brotkarten an Bedürftige. Ab Mai bis Ende Juli erhalten alle Bürger diese Karten.

28. Februar: Im Hoftheater bricht vor Beginn der Vorstellung ein Brand aus. 62 Besucher sterben in den Flammen, das Gebäude wird völlig zerstört. Ab 3. November wird im alten Komödienhaus am Linkenheimer Tor wieder Theater gespielt.

März: In der ersten Märzwoche wird in Karlsruhe nach dem Durlacher Vorbild eine freiwillige Feuerwehr gebildet, die am 17. November die erste größere Übung veranstaltet.

1. April: Die „Karlsruher Zeitung" wird von der Braunschen Hofbuchdruckerei übernom-

Das nach Plänen Friedrich Weinbrenners 1808 gebaute Hoftheater nach dem Brand von 1847

men. Camill Macklot gründet eine neue Zeitung, die nach verschiedenen Namensänderungen ab 1. Juni 1850 als „Badische Landeszeitung" erscheint.

9. April: Die Neuwahlen zum Großen Ausschuß der Stadt verdeutlichen auch in der Residenz die vormärzlichen Unruhen. Einige jüngere Männer mit fortschrittlicheren Ideen ziehen in den Ausschuß ein. Oberbürgermeister Christian Karl Füeßlin tritt daraufhin zurück. Altoberbürgermeister August Klose stellt sich noch einmal für das Amt zur Verfügung und wird gewählt.

2. September: Vier Gemeinderäte legen ihre Mandate nieder, da nach ihrer Ansicht das gegenseitige Vertrauen in dem Gremium erschüttert sei. In der Presse werden die Vorgänge ausführlich erörtert, es herrscht ein reges politisches Leben.

8. September: Oberbürgermeister August Klose legt sein Amt nieder.

8. Oktober: Stadtrechner Louis Daler wird neuer Oberbürgermeister. In der Wahl unterliegt ihm August Lamey, der spätere badische Innenminister.

20. Oktober: Inbetriebnahme der ersten Telegraphenverbindung der Eisenbahn zunächst zwischen Karlsruhe und Durlach. Am 15. Oktober 1851 wird der Telegraph für den öffentlichen Verkehr freigegeben.

1848

— Bis 1850 werden aus der Schüler- und Lehrerschaft des Polytechnikums Reformforderungen erhoben, die auf eine Umwandlung in eine universitätsähnliche Bildungseinrichtung zielen.

28. Februar: Eine vom Gemeinderat einberufene Versammlung im Rathaus macht sich die Forderung nach Pressefreiheit, Volksbewaffnung und Schwurgerichten zu eigen. Der Gemeinderat übernimmt die Organisation einer Karlsruher Bürgerwehr, die am 29. ihren ersten Wachdienst versieht.

In einem Biergarten der Stadt wird der Republikaner Karl Blind verhaftet. Auch zwei Karlsruher Bürger werden festgesetzt, erhalten jedoch nach kurzer Zeit ihre Freiheit wieder. Blind war Mitbegründer des ersten Karlsruher Arbeitervereins, der kurz darauf verboten wird.

März: In der Karlsruher Presse werden Vereinsgründungen angekündigt. Der „Vaterländische Verein" will sich für die Erhaltung und gesetzliche Fortentwicklung der verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten einsetzen. Dem „Badischen Volksverein" ist dieses Programm zu liberal, und dem „Demokratischen Verein" ist es zu wenig fortschrittlich.

1. März: Nach einer Sitzung des Landtags, in der die Aufhebung der Zensur verkündet

wird, zieht eine große Menschenmenge vom Ständehaus zum Schloßplatz. Sie will ihre weitergehenden Forderungen nach Volksbewaffnung und Schwurgerichten dem Großherzog vortragen. Feuerwehr und bewaffnete Bürger drängen die Demonstration ab.

2. März: Der Großherzog ruft die Badener auf, mit ihm gemeinsam „Ordnung, Eigentum und verfassungsmäßige Freiheit" aufrechtzuerhalten. In der Nacht zum 3. März bricht im Ministerium des Auswärtigen in der Erbprinzenstraße Feuer aus, das vermutlich durch Brandstiftung verursacht ist.

April: Der Karlsruher Gemeinderat schickt eine Dankadresse, versehen mit zahlreichen Unterschriften von Bürgern, an den Landtag. Er dankt diesem für die Unterstützung der Regierung bei der Bekämpfung der Revolutionäre.

8. April: Josef Fickler, einer der badischen Revolutionsführer, wird im Hauptbahnhof verhaftet.

20. Mai: Als Heerscharenführer der Karlsruher Bürgerwehr wird Oberst Konrad Gerber gewählt. Er war vorher Kommandeur des Grenadierregiments.

26. Mai: Louis Daler tritt vom Amt des Oberbürgermeisters zurück. Er fühlt sich den Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der gemäßigten, monarchisch-konstitutionellen und der radikalen, demokratischen Richtung, die auch im Gemeinderat ausgetragen werden, nicht mehr gewachsen.

4. Juli: Als neuer Oberbürgermeister wird der Druckereibesitzer Jakob Malsch gewählt. In einer zuvor stattgefundenen Wahl hatte August Lamey die meisten Stimmen erhalten, das Amt jedoch abgelehnt. Malsch bleibt bis 1870 Oberbürgermeister.

8. Oktober: Fahnenverleihung an die Korps der Karlsruher Bürgerwehr.

19. November: Totenfeier für den am 9. November in Wien nach Niederschlagung des Aufstandes ermordeten Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung, Robert Blum. An dem Trauerzug, der auch eine Demonstration für die Einführung einer Verfassung ist, beteiligen sich etwa 850 Personen.

1849

März: Veit Ettlinger kann als erster jüdischer Stadtrat sein Amt antreten.

Mai: Die Karlsruher Bürgerwehr widersetzt sich dem Beschluß zu ihrer Auflösung, den der revolutionäre Landesausschuß gefaßt hatte.

7. Mai: Eine Versammlung der Bürgerwehr im Rathaus fordert zum Einstehen für die von der Frankfurter Nationalversammlung verabschiedete Reichsverfassung auf.

13. Mai: Linientruppen und Bürgerwehr leisten den Eid auf die Reichsverfassung. Am Abend bricht in der Infanteriekaserne ein Aufstand der Soldaten aus. Sie ziehen durch die Kaiserstraße, befreien Gefangene aus dem Rathausturm und marschieren dann Richtung Zeughaus am Durlacher Tor. Auf dem Weg dorthin treiben sie eine Abteilung Dragoner auseinander und stürmen die Dragonerkaserne. Gegen 22.00 Uhr erreichen sie das Zeughaus, das von der Bürgerwehr, von der Artillerie und Pionieren gegen den Angriff erfolgreich verteidigt wird. In der gleichen Nacht verläßt Großherzog Leopold Karlsruhe nach Germersheim und dann Lauterbourg.

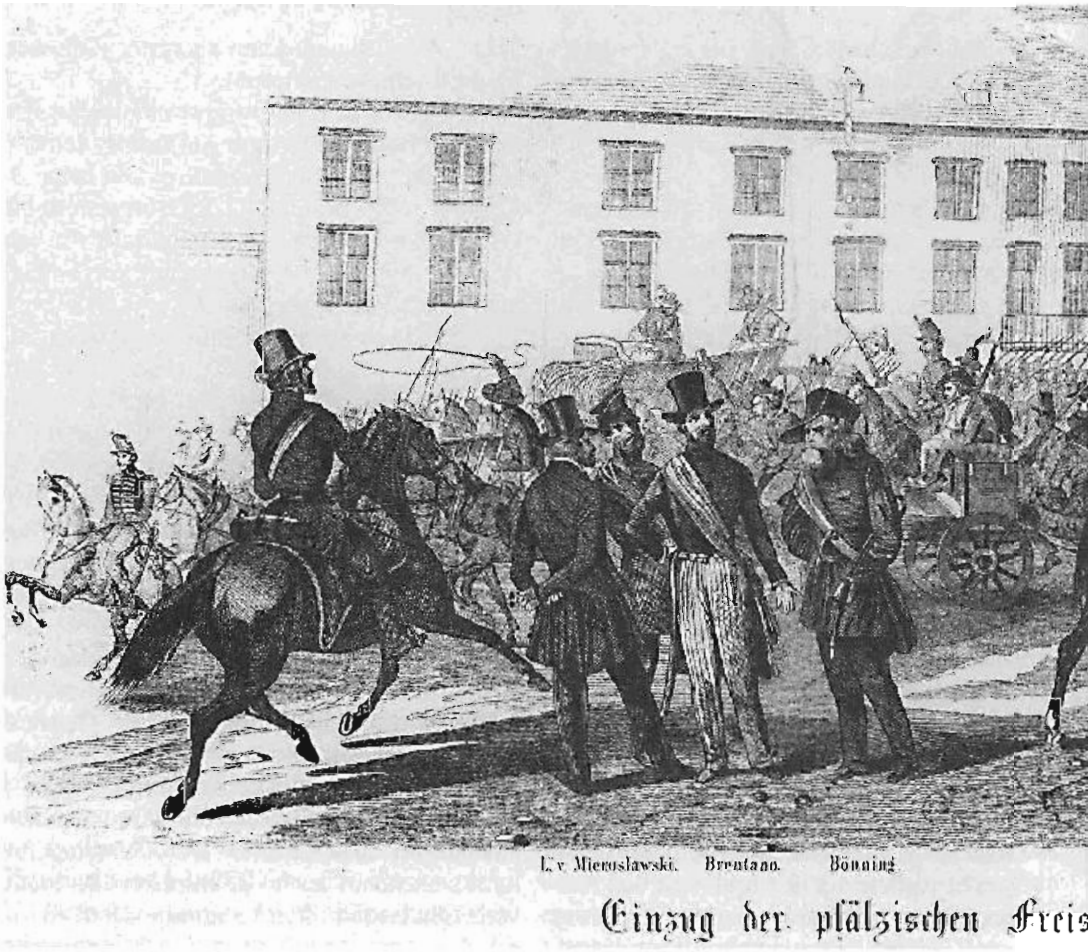
14. Mai: Einzug des revolutionären Landesausschusses in Karlsruhe. Der Gemeinderat hatte, nachdem auch die Minister die Stadt verlassen hatten, dem Landesausschuß zuvor erklärt, man werde sich ihm nicht entgegenstellen. Lorenz Brentano hält vom Rathausbalkon eine Rede.

1. Juni: Der Landesausschuß bildet eine provisorische Regierung. Ihr gehören Lorenz Brentano, Amand Gögg, Josef Fickler, Joseph Peter und Franz Sigel an.

5./6.Juni: Radikale unter Führung von Gustav Struve versuchen die Regierung zu übernehmen. Diese ruft die Bürgerwehr zu Hilfe.

10. Juni: Die gewählte verfassunggebende Versammlung tritt im Ständehaus zusammen. Anstelle der provisorischen Regierung wählt sie Brentano, Gögg und Werner als Leiter der ersten republikanischen Regierung eines deutschen Landes.

26. Juni: Nach der Niederlage der Revolutionäre in der Schlacht bei Durlach am 25. Juni ziehen preußische Truppen unter Führung des



L. v. Mieroslawski. Brentano. Bönning

Einzug der pfälzischen Frei

Prinzen Wilhelm von Preußen, dem späteren Kaiser Wilhelm I., in die Stadt ein. Sie übernehmen polizeiliche Aufgaben und unterbinden alle demokratischen Bestrebungen.

18. August: Großherzog Leopold kehrt freudig begrüßt in die Stadt zurück.

29. August: Eröffnung des ersten Waisenhauses in der Stadt nahe dem Karlstor an der Südseite der Kriegsstraße. Seit 1832 war dafür gesammelt worden.

15. Oktober: Freiherr Ernst von Hügel bildet ein Komitee zur Gründung eines Diakonissenhauses, das am 30. November 1851 eingeweiht wird. Das gekaufte Gebäude vor dem Mühlburger Tor erweist sich bald als zu klein. Am 1. November 1857 wird in der Sophienstraße ein Neubau eingeweiht.

1850

— Gründung des Katholischen Vereins Karlsruhe zur Erhaltung und Belebung des kirchlichen Lebens unter den Katholiken. Vorsitzender ist Archivdirektor Dr. Franz Joseph Mone.

— Gründung der „Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins" durch Archivdirektor Dr. Franz Joseph Mone.

1851

— Prof. Karl Weltzien errichtet eines der ersten großen chemischen Laboratorien Deutschlands am Polytechnikum.

20. Januar: Auf Anregung von Amalie Bader gründen einige katholische Frauen den St.-Vincentius-Verein zum Zweck der Armen- und

Obrist Bleucker nebst Frau. Frau Anneke.

in Carlsruhe am 19. Juni 1849.

Krankenpflege. Nach vorübergehender Unterkunft im alten Gewerbehaus (Spitalstraße 31) bezieht der Verein in der Kriegsstraße 49 am 28. August 1861 ein eigenes Haus.

6. Juni: Auflösung der Karlsruher Bürgerwehr.

1852

— Im Alleehaus zwischen Karlsruhe und Durlach wird die erste badische Zündholzfabrik eingerichtet.

21. Februar: Prinz Friedrich übernimmt die Stellvertretung des Großherzogs Leopold. Nach dessen Tod am 24. April fällt ihm die Regentschaft für seinen kranken Bruder, Erbgroßherzog Ludwig II., zu. Am 5. September 1856 nimmt er die Würde des Großherzogs an. Großherzog Friedrich I. regiert Baden bis zu seinem Tod am 28. September 1907 als geachteter und geliebter Landesvater.

23. Juli: Am dritten Jahrestag der Kapitulation der badischen Revolutionäre in Rastatt wird zur Erinnerung an die bei der Niederwerfung des Aufstands gefallenen preußischen Militärangehörigen das Preußendenkmal eingeweiht. Das auf dem heutigen Alten Friedhof (Kapellenstraße) stehende Denkmal hatte König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen in Auftrag gegeben. Es wurde von Friedrich Eisenlohr und August Kiss entworfen.

23. August: Eduard Devrient wird erster und erfolgreicher Fach-Intendant am Karlsruher Hoftheater. Er bleibt in diesem Amt bis 1870 und stirbt in Karlsruhe am 4. Oktober 1877.

1853

— Vielbeachtete Erstaufführung von Gustav Freytags „Journalisten".

— Neuaufbau des Rüppurrer Tores bei der Kriegs-/Kronenstraße. Es erhält den Namen Friedrichstor.

— Die seit Ende der 1720er Jahre bestehende Schule in Klein-Karlsruhe erhält ein eigenes Schulgebäude in der Spitalstraße und wird als zweite evangelische Stadtschule mit einfachem Unterrichtsbetrieb geführt.

17. Mai: Eröffnung des von Heinrich Hübsch geplanten Theaterneubaus am Schloßplatz mit Schillers „Jungfrau von Orleans".

3./4. Oktober: Der „Allgemeine Deutsche Musikverein" veranstaltet in Karlsruhe ein Musikfest. Hofkapellmeister Joseph Strauß und Franz Liszt dirigieren im Hoftheater.

1854

— Gründung der Privatbank Veit L. Homburger, die 1911 den Neubau an der Karlstraße (heute Südwestdeutsche Landesbank) bezieht. Am 1. Januar 1939 wird das jüdische Bankhaus „arisiert".

19. Dezember: Einweihung der vom Regenten Friedrich I. gegründeten Kunstschule. Erster Direktor wird der aus Düsseldorf berufene Johann Wilhelm Schirmer.

1855

28. Januar: Richard Wagners „Tannhäuser" wird in Karlsruhe erstmals aufgeführt.

Eduard Devrient, Theaterintendant 1852–1870

1856

— Die Pariser Silberwarenfabrik Christofle & Cie eröffnet einen Filialbetrieb.

— Ferdinand Jakob Redtenbacher wird Leiter der Polytechnischen Schule bis 1863. Unter seinem Direktorat entwickelt sich diese zu einer Technischen Hochschule.

— Wilhelm Lauter, der spätere Oberbürgermeister, legt neue Hafen- und Kanalpläne vor. Vorerst wird jedoch lediglich der Maxauer Hafen weiter ausgebaggert.

23. Februar: Durch das erste öffentliche Abonnementskonzert der Großherzoglichen Hofkapelle wird das musikalische Leben in der Stadt bereichert. Zuvor hatten vorwiegend Kammermusikkonzerte stattgefunden, u. a. seit 1841 Soireen im Rathaussaal.

20. September: Vermählung Großherzogs Friedrich I. mit Prinzessin Luise von Preußen, der Tochter des späteren Kaisers Wilhelm I. in Berlin. Das neuvermählte Paar zieht am 27. September in Karlsruhe ein.

1857

— Fertigstellung des neuen Orangeriegebäudes an der heutigen Hans-Thoma-Straße nach Plänen von Heinrich Hübsch.

13. März: Erstellung eines Bebauungsplanes der Stadt, der am 2. August vom Stadtrat erlassen wird. Er enthält die Grenzen des Baubezirks der Stadt und bestimmt, daß je nach Bedarf die unbebauten Grundstücke distriktweise zur Bebauung freigegeben werden. Eröffnet wird zunächst die Bebauung zwischen Amalien-, Kriegs- und Karlstraße. Mit der Bebauung des Viertels hinter dem Bahnhof (der heutigen Südstadt) wird in absehbarer Zeit gerechnet.

Mai: Gründung eines Katholischen Gesellenvereins.

20. November: Mit dem Eintritt von Friedrich Wolff in den kleinen, seit 1843 bestehenden Betrieb seines Vaters wird die Firma Wolff & Sohn für Parfümerie- und Feinseifenartikel gegründet. Sie entwickelt sich zu einem weltweit bekannten Unternehmen.

Jahrmarkt auf dem Schloßplatz am 4. Oktober 1853. Tribünen für Geschicklichkeitsspiele gehörten zu den Attraktionen. 1872 fand die Messe zum letzten Mal vor dem Schloß statt

1858

— Karl Friedrich Lessing kommt als Direktor an die Großherzogliche Kunsthalle. 1863 wird er Professor an der Kunstschule.

— Der Fabrikant Georg Friedrich Holtzmann gründet als Kreditgenossenschaft den Vorschußverein Karlsruhe, die spätere Volksbank Karlsruhe.

15. April: Eröffnung eines Stadtpostamtes im Direktionsgebäude der Post in der Kreuzstraße. Die früheren Räumlichkeiten im Bahnhof waren nicht mehr ausreichend gewesen. Das Postamt 1 wird am 1. August 1866 in das Haus Friedrichsplatz 1 verlegt.

1. September: Der Betrieb des städtischen Krankenhauses wird den evangelischen Diakonissen und dem katholischen Orden der Vincentinerinnen übergeben. Es werden zwei getrennte konfessionelle Abteilungen eingerichtet.

16.–22. September: Die, 34. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte tagt in Karlsruhe. Etwa 900 Teilnehmer, darunter Gelehrte wie Robert Wilhelm Bunsen, Hermann Helmholtz, Gustav Robert Kirchhoff, Justus von Liebig und Rudolf Virchow versammeln sich in der Orangerie am Botanischen Garten, im Ständehaus an der Ritterstraße und in der Polytechnischen Schule.

1859

— Die Uraufführung von Richard Wagners Oper „Tristan" scheitert wie auch schon im Jahre 1861 an technischen und personellen Schwierigkeiten, die das Werk einer Inszenierung stellt.

— Die Bahnlinie Karlsruhe–Wilferdingen wird eröffnet, die Verlängerung nach Pforzheim ist 1861 fertiggestellt.

— Durch Gerichtsentscheid wird Karlsruhe das auf Beiertheimer Gemarkung liegende Sallenwäldchen zugeschlagen.

6. Juni: Gründung des „Badischen Frauenvereins" in Karlsruhe auf Initiative von 14 Karlsruher Frauen. Großherzogin Luise wird zur entscheidenden Förderin des Vereins.

Kulturelle Institutionen im 19. Jahrhundert

Die Fundamente wichtiger Karlsruher Kultureinrichtungen wurden schon im 18. Jahrhundert gelegt. Die Initiative dazu ging von Mitgliedern der badischen Herrscherfamilie aus. So richtete etwa der Stadtgründer, Markgraf Karl Wilhelm, im Schloß ein Theater ein, das bereits 1719 eröffnet wurde. War diese Bühne im wesentlichen noch dem Vergnügen des Landesherrn und des Hofstaats vorbehalten gewesen, fanden nach der Mitte des 18. Jahrhunderts Theatervorstellungen für die ganze Bevölkerung in ausgedienten Orangerien und Remisen statt. Erst 1808 sollte Karlsruhe durch Friedrich Weinbrenner ein eigenes, für alle Aufführungen ausgerüstetes und taugliches Theatergebäude am Schloßplatz bekommen, dessen für seine Zeit hochmoderne Anlage allerdings in keinem Verhältnis zu dem eher dürftigen Programm der sogenannten Kavaliersintendanten (vom Hof eingesetzten Adligen) stand, die vom Theaterhandwerk meist nichts verstanden.
Diese Verhältnisse sollten sich mit der Berufung des Schauspielers und Regisseurs Eduard Devrient ändern, welcher der nach dem Brandunglück von 1847 von Heinrich Hübsch erneuerten Karlsruher Bühne durch seine Aufführungen der Werke William Shakespeares und der Opern und Kompositionen Richard Wagners ein hohes Renommée verschaffte. Zustatten kam ihm dabei die 1864 erfolgte Verpflichtung des kongenialen Kapellmeisters Hermann Levi, der durch seine Freundschaft zu Johannes Brahms Konzertaufführungen auch dieses berühmten Komponisten in die Fächerstadt holte.
Die Vorliebe der Karlsruher Oper für die Werke Richard Wagners begründete eine Tradition, in der seit 1881 auch der neue Dirigent Felix Mottl stand. Mottl formte sich ein Ensemble, das den Ruf von Karlsruhe als „Klein-Bayreuth" begründete, der noch bis in die ersten beiden Jahrzehnte unseres Jahrhunderts hinüberreichen sollte.
Die Ursprünge der großen Karlsruher Museen gehen im wesentlichen auf die Sammlungstätigkeit des markgräflichen Hauses zurück. Karoline Luise, die Gemahlin des Markgrafen und späteren Großherzogs Karl Friedrich, legte Mitte des 18. Jahrhunderts mit ihrer Sammlung niederländischer und französischer Malerei und ihrem „Naturalienkabinett" den Grundstock für die Staatliche Kunsthalle und das Staatliche Museum für Naturkunde.
Für diese im 19. Jahrhundert stark angewachsenen Sammlungen wurden eigene Gebäude errichtet. Heinrich Hübsch erbaute seit 1836 die „Großherzogliche Gemäldegalerie" am Eingang zum Zirkel, die durch ihre Innenausstattung mit den Wandmalereien von Moritz von Schwind selbst zum Kunstwerk wurde. Bis 1908 mußte die Kunsthalle noch zweimal erweitert werden. Karl Joseph Berckmüller, einer der letzten Schüler des 1826 gestorbenen Weinbrenner, erbaute bis 1870 das Sammlungsgebäude am Friedrichsplatz, das, neben der Badischen Landesbibliothek, u. a. Sammlungen für Altertums- und Völkerkunde, das durch die Naturaliensammlung des Fürstbischofs Maximilian von Konstanz vergrößerte „Naturalienkabinett" und die sogenannte Türkenbeute, die die Markgrafen der baden-badenschen Linie aus ihren Feldzügen gegen die Türken mitgebracht hatten, aufnehmen sollte. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden wichtige Abteilungen dieser Präsentation ausgegliedert und zum Badischen Landesmuseum im Schloß vereinigt. Das Museum für Naturkunde konnte dadurch in dem Gebäude am Friedrichsplatz wesentlich ausgebaut werden.
Die Ausbildung von Künstlern erfuhr ebenfalls die Unterstützung des Landesherrn. Unter dem Protektorat von Großherzog Friedrich I. entstanden 1854 die Kunstakademie, an der so bedeutende Maler wie Hans Thoma, Erich Heckel, Ferdinand Keller, Wilhelm Trübner oder Karl Hubbuch lehrten, und 1884 das „Konservatorium für Musik", das unter sei-

nem Gründer Heinrich Ordenstein internationale Bedeutung erlangen sollte und aus dem das heutige Badische Konservatorium und die Staatliche Hochschule für Musik hervorgingen.

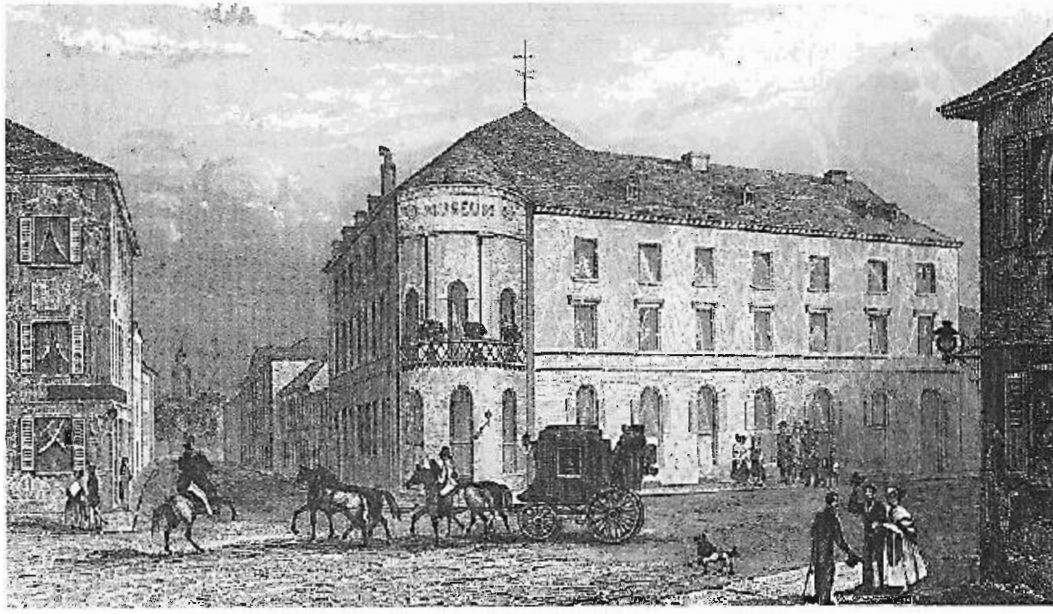
Das Karlsruher Bürgertum verharrte nicht in einer Konsumentenhaltung gegenüber dem Kulturangebot der zum Glanze der Residenz inszenierten großherzoglichen Institutionen. Vielmehr führte das Emanzipationsbestreben des städtischen Bürgertums schon früh zu Vereinsgründungen. Am Beginn dieser Entwicklung stand 1784 die Lesegesellschaft, die sich bald in Museumsgesellschaft umbenannte. Ihre Zielsetzung war anfangs aufklärerisch-bildungsbürgerlich. Sie bot aber, neben dem am Ende des 18. Jahrhunderts in Mode gekommenen Kaffeehaus, zunehmend die Möglichkeit zur Intensivierung der Kommunikation innerhalb der Führungsschichten in der Stadt. Neben dem Museum gab es noch die ältere Schützengesellschaft. Sie war aber, anfangs mehr noch als das Museum, in ihrer sozialen Zusammensetzung vom Adel, vom Offizierskorps sowie von Hof- und hoher Staatsbeamtenschaft geprägt.

Bereits vor der Wende zum 19. Jahrhundert regte sich auch in der noch kleinen Schicht des erfolgreichen gewerblichen Bürgertums der Wille, eigene Organisationen zu schaffen. So entstand 1794 eine zweite bürgerliche Schützengesellschaft, in der Kaufleute den Ton angaben. Der 1792 gegründeten „Gesellschaft zum Haarenen Ring" gehörten ebenfalls vorwiegend Kaufleute an. Sie blieb aber eher ein privater Freundeskreis, dem allerdings im Gegensatz zu den anderen Vereinigungen auch Frauen angehörten. Als Ausdruck eines gewachsenen bürgerlichen Selbstbewußtseins, das auf wirtschaftlichem Erfolg beruhte, können auch die Bildung der Handelsstube 1813, einer zweiten Lesegesellschaft 1816 und 1818 des Badischen Kunst- und (seit 1820) Industrievereins angesehen werden. Männer wie August Klose, Wilhelm Griesbach und andere bekannte, aber auch weniger bekannte Namen von Karlsruher Gewerbetreibenden stehen in den Mitgliederlisten dieser Vereine. Zunächst die ältere Lesegesellschaft, aber vor allem die 1835 gegründete Gesellschaft Eintracht und der im gleichen Jahr ins Leben gerufene Bürgerverein bildeten sich als Gegenstück zum stärker höfisch geprägten Museum, das zu dieser Zeit noch keine Handwerker und Gewerbetreibenden aufnahm. Die Eintracht hatte 1839 ca. 800, das Museum 1841 737 Mitglieder.

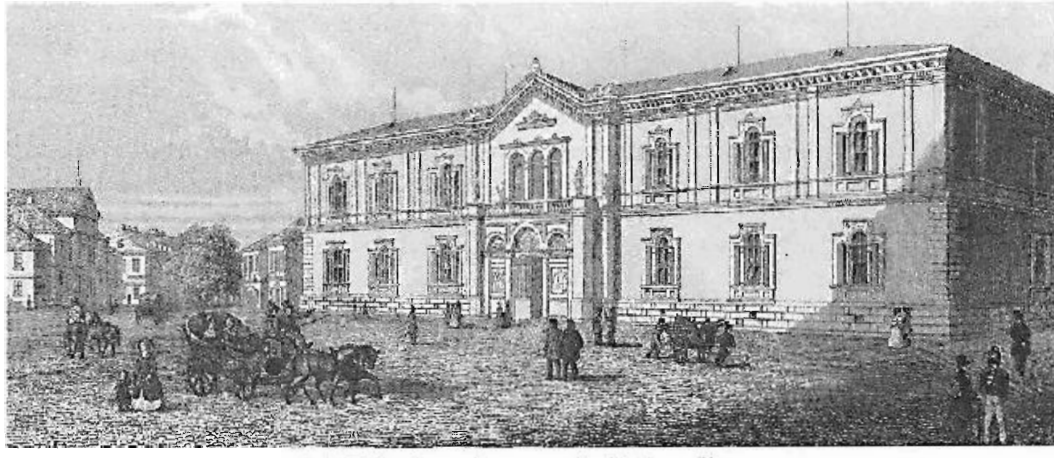
Das Interesse an der Geselligkeit und der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen erfaßte immer breitere Kreise der Bevölkerung. So entstanden seit 1812, als die Stadt mit der Einrichtung einer Musikschule die Initiative ergriffen hatte, bis zum Beginn der 1840er Jahre, z. T. durch Mitglieder des Theaterensembles gefördert, eine Reihe von Gesang- und Musikvereinen. Seit der Jahrhundertmitte gab es neben den Vereinen eine Reihe von Persönlichkeiten wie den Theaterintendanten Devrient, den Leiter der Kunsthalle, Lessing, den Politiker Mathy oder den Kunstmaler Klose und das Künstlerehepaar Schroedter, die Kristallisationskerne größerer geselliger Kreise wurden. Die seit etwa 1830 bestehende mehr dem Humor verpflichtete Gesellschaft „Bärenzwinger", der hauptsächlich Staatsbeamte angehörten, nahm im Laufe der Zeit dagegen festere organisatorische Formen an.

Die Zeit des Vormärz und der Revolution 1848/49 brachte eine bisher nicht gekannte politische Mobilisierung der Gesellschaft. Daraus folgten auch in Karlsruhe 1848 Vereinsgründungen mit unterschiedlichen politischen Zielen. In ihnen drückten sich Partizipationsforderungen der Bürger am politischen Geschehen aus, die auch mit der Niederschlagung der Revolution letztlich nicht mehr rückgängig zu machen waren und seit den 1860er Jahren in den politischen Vereins- wie Parteigründungen ihren Niederschlag fanden. Eine weitere

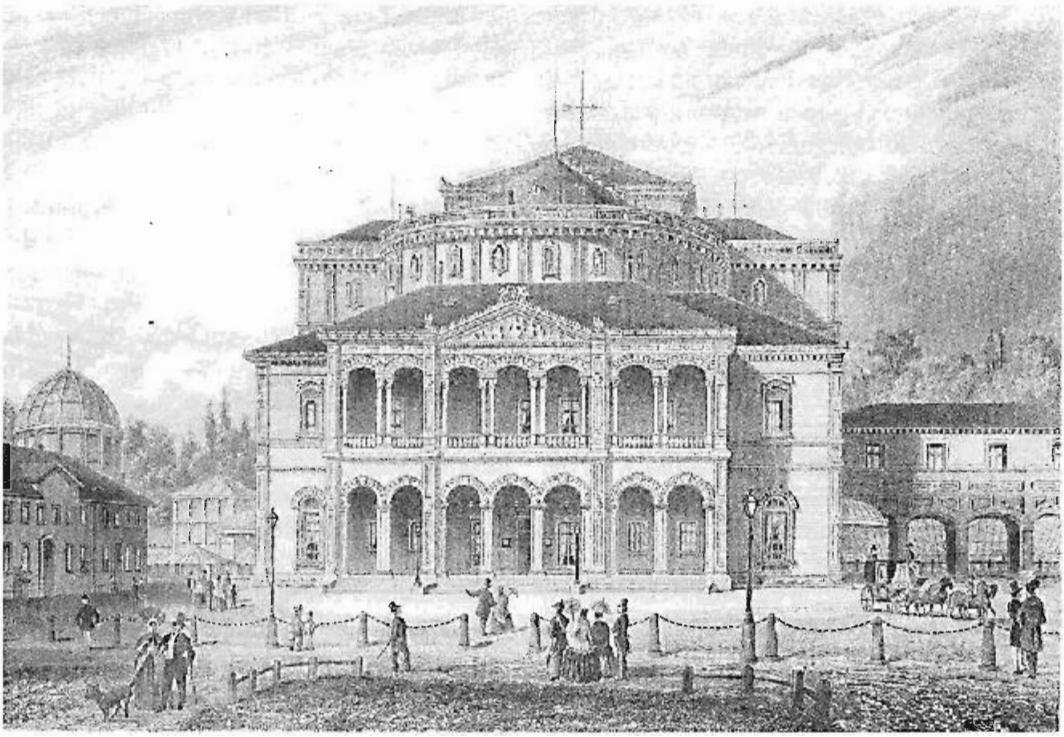
Facette des Vereinswesens entstand mit den Sportvereinen (Karlsruher Turngemeinde 1846) ebenfalls im Vormärz. Das enorme Bevölkerungswachstum der Stadt im Zuge der Industrialisierung brachte dann die breite, an den unterschiedlichsten Interessen orientierte Auffächerung des Vereinswesens. Die Arbeiterbewegung christlicher wie sozialdemokratischer Prägung sorgte schließlich dafür, daß Vereine für die Unterschichten entstanden. Diese waren, wie auch die bürgerlichen Vereine in der Residenz vor allem nach der Reichsgründung, aber eher vaterländisch gesinnt und entwickelten selten eigenständige kulturelle Ausdrucksformen. *Peter Pretsch*



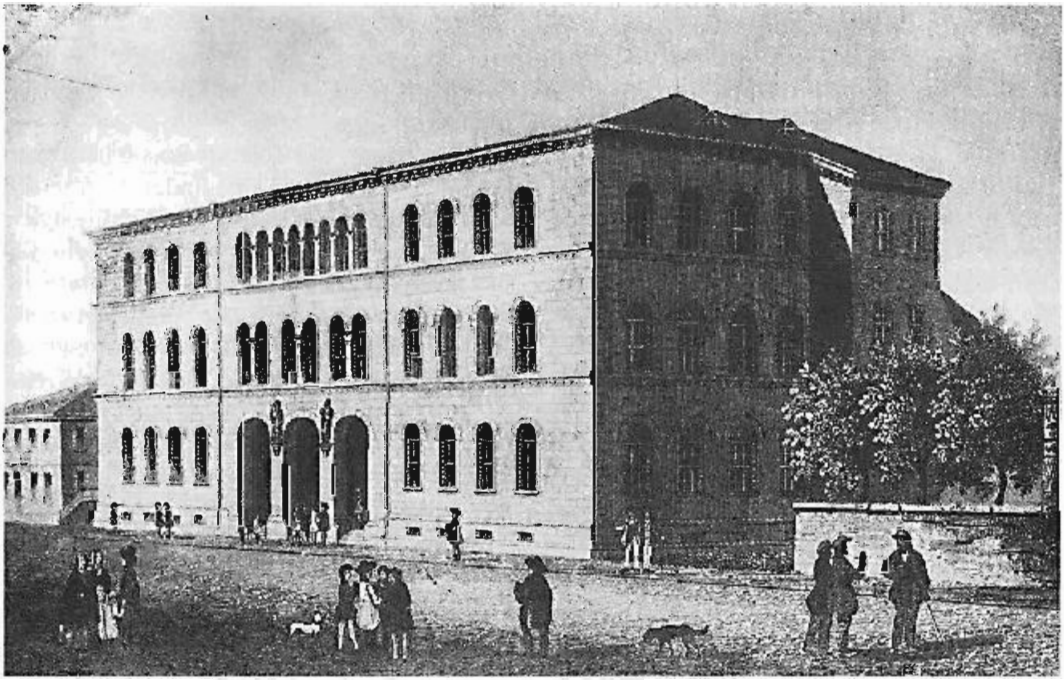
Gebäude der Museumsgesellschaft, Nordostecke Lange Straße/Ritterstraße. Der Weinbrennerbau wurde 1814 eingeweiht, 1835 durch Hübsch vergrößert und brannte 1918 nieder



Die Kunsthalle, von Heinrich Hübsch geplant, wurde 1846 eröffnet



Das neue, von Heinrich Hübsch geplante Hoftheater eröffnete 1853 seine erste Spielzeit



Das Gebäude der Polytechnischen Schule an der Langen Straße. Der von Heinrich Hübsch geplante Bau wurde 1836 fertiggestellt und 1863 nach Osten erweitert

10. November: Anläßlich des 100. Geburtstages von Friedrich Schiller findet wie vielerorts auch in Karlsruhe eine dem nationalen Gedanken verpflichtete Festveranstaltung statt. Ähnliche Feiern folgen zum 100. Geburtstag Johann Gottlieb Fichtes (19. Mai 1862) und zum 50. Todestag Theodor Körners (29. August 1863).

1860

— Anlage der ersten Straße im Bahnhofsviertel, später Südstadt genannt, in dem 1858 schon die ersten Arbeiterwohnungen entstanden waren.

19., 31. Januar, 9. März: In Petitionen an die erste und zweite Kammer des badischen Landtags wenden sich zahlreiche Karlsruher gegen das Konkordat, den Vertrag zwischen dem Staat und dem Papst, in dem die Beziehungen zwischen Staat und katholischer Kirche in Baden neu geregelt werden sollen.

12. Februar: Der Katholische Verein beschließt, eine Dankadresse an den Großherzog zu richten für den Abschluß des Konkordats und diese in der Sakristei der katholischen Kirche zur Unterzeichnung aufzulegen.

7. April: Aus Anlaß der Proklamation von Großherzog Friedrich I., daß der Grundsatz freier Entfaltung im Staatsleben fruchtbar werden solle, „um alle Teile des Ganzen zu dem Einklange zu vereinen, in welchem die gesetzliche Freiheit ihre segenbringende Kraft bewähren kann", wird die Stadt mit Fahnen geschmückt.

14. April: Gründung der Firma Haid & Neu, die seit 1862 Nähmaschinen herstellt.

3.–5. September: Der Professor für Chemie Karl Weltzien organisiert in Karlsruhe den ersten internationalen Chemikerkongreß.

1861

— Die Verlängerung der Ritterstraße wird zur Bebauung freigegeben.

— Gründung der Gesellschaft „Bärenzwinger". Sie geht hervor aus einem seit 1836 existierenden Stammtisch, der sich im Sommer im „Promenadenhaus" traf. Dieser Stammtisch unterstützte maßgeblich die Bildung einer neuen Lesegesellschaft im Jahre 1851, die seit 1861 im „Weißen Bären" tagt und sich danach benennt.

— Gründung einer Ortsgruppe des „Nationalvereins", der eine bundesstaatliche Einigung Deutschlands anstrebt.

15. August–27. September: Der Gewerbeverein veranstaltet eine „Allgemeine Landes-Industrieausstellung", die über 100000 Besucher anzieht.

6. November: Konstituierung des „Philharmonischen Vereins". Er läuft unter seinen Leitern Johann W. Kalliwoda, Hermann Levi, Otto Dessoff und Felix Mottl dem „Cäcilienverein" bald den künstlerischen und gesellschaftlichen Rang ab. Klassische und neuere Chorwerke finden sich unter den Aufführungen. Im Winter 1898/99 wird der Verein aufgelöst.

8. November: Richard Wagners Gesuch, sich gegen ein festes Gehalt, aber ohne eigentliches Amt in Karlsruhe niederzulassen, wird vom Großherzog abgelehnt.

1862

— Die Adlerstraße wird zur Kriegsstraße verlängert.

— Baubeginn eines Wasserwerks für den Schloßbezirk im Hardtwald (bei der heutigen Majolika).

— Gründung des „Naturwissenschaftlichen Vereins". Am 10. Juli 1903 findet die 600. Versammlung statt, der Verein hat 213 Mitglieder.

10. Februar: Gründung eines Arbeiterbildungsvereins. Dieser unter Leitung bürgerlicher Honoratioren stehende Verein legt am 16. Juli 1865 den Grundstein zu einem eigenen Haus in der Wilhelmstraße. Zweck des Vereins ist die allgemeine Bildung und belehrende Unterhaltung, von Konfession und Politik soll er sich fernhalten.

4. August: Die von der Stadt erbaute Eisenbahnlinie Karlsruhe–Maxau wird festlich eröffnet. Die Maxaubahn stellt zusammen mit der linksrheinischen Bahnlinie von Winden an den Rhein die für Kohlelieferungen wichtige Verbindung an die Saar her.

15. September: In Karlsruhe wird der Oberschulrat als Aufsichtsbehörde konstituiert.

1863

— Freigabe des Baugebiets zwischen Karl-, Kriegs- und verlängerter Sophienstraße.

— Der „Badische Beobachter" erscheint als Organ der Katholischen Volkspartei.

22. August: Oberbürgermeister Malsch verkündet vom Rathaus vor zahlreichem Publikum das erste bürgerliche Eheaufgebot.

September: Nach der Auflösung der Zünfte, die das Gesetz über die Gewerbefreiheit vom 20. September 1862 vorsah, wird auch die Handelskammer umgebildet und erhält unter dem Namen „Handelskammer der Großherzoglichen Residenzstadt Karlsruhe" die staatliche Anerkennung. 1869 wird sie umbenannt in „Handelskammer der Stadt Karlsruhe".

18. Oktober: Der 50. Jahrestag der Schlacht bei Leipzig wird mit nationalem Pathos gefeiert.

19. Oktober: Die erste Realschule wird in einem Neubau am Zirkel 22 eröffnet. Am 9. Oktober 1868 erfolgt die Umbenennung in Realgymnasium. Die lateinlosen Klassen werden im Herbst 1871 als Höhere Bürgerschule abgetrennt. Das Realgymnasium bezieht am 8. Juni 1876 einen Neubau in der heutigen Englerstraße 12.

14./19. November: Richard Wagner dirigiert zwei Konzerte mit seinen Werken.

1864

— Verlängerung der Hirschstraße über die Sophien- zur Kriegsstraße.

— Gründung der landwirtschaftlichen Winterschule, die mit der Obstbauschule vereinigt wird. 1892/94 wird sie auf den Augustenberg in Durlach verlegt.

— Hermann Levi wird Hofkapellmeister. Er verläßt Karlsruhe 1873.

29. Juli: Durch Gesetz wird die bisher von den Geistlichen im Auftrag des Staates wahrgenommene Schulaufsicht dem Ortsschulrat übertragen.

23.–26. August: Zweites Musikfest in Karlsruhe. Zahlreiche neuere Werke werden von ihren Komponisten selbst dirigiert.

1. Oktober: In der Folge der neuen Gerichts- und Verwaltungsorganisation erhält Karlsruhe ein Kreis- und Hofgericht, das neue Bezirksamt beginnt seine Tätigkeit am 28. Oktober.

1865

— Neuanlage der Viktoriastraße.

— Nach den Vorstellungen von Prof. Franz Grashof, Nachfolger auf dem Lehrstuhl Redtenbachers für Maschinenbau, wird das Polytechnikum reformiert. Das Staatsministerium verleiht ihm den „Charakter einer technischen Hochschule".

— Als erste Gewerkschaft entsteht die Vereinigung der Buchdrucker.

10. Januar: Erste Sitzung des neugeschaffenen Verwaltungsgerichtshofes.

26. Februar: Gemeinderat und Bürgerausschuß richten eine Dankadresse an den Großherzog, die im Rathaus drei Tage zur Unterschrift für alle Einwohner ausliegt. Stadtverwaltung und Vertretung der Bürgerschaft beziehen darin in scharfen Worten in der Auseinandersetzung um die Schulaufsicht Stellung gegen die katholische Kirche, die ihren Geistlichen die Beteiligung an den neuzubildenden Ortsschulräten untersagte. Anlaß des Schreibens war die Haltung des Großherzogs, der die in großer Zahl an ihn gerichteten Petitionen gegen das Gesetz über die Aufsichtsbehörden für die Volksschulen als Umgehung des konstitutionell vorgeschriebenen Weges bezeichnet hat.

8. Mai: Der Güterverkehr über die am 22. April fertiggestellte Eisenbahn-Schiffsbrücke über den Rhein wird aufgenommen. Am 1. Juli beginnt auch der Personenverkehr. Diese Brücke bei Maxau ist die erste dieser Art in Deutschland.

23. Mai: Gründung der Landesgewerbehalle. Ihr Ziel ist es, durch Bekanntmachungen des technischen Fortschritts die heimische Industrie zu fördern. Ihr erster Leiter wird bis 1905 Prof. Dr. Heinrich Meidinger.

30. Juni: Gründung des katholischen Männervereins „Konkordia".

9. September: Der Tiergarten beim Sallenwäldchen wird vom Badischen Verein für Geflügelzucht eröffnet. Bewirtschaftung und musikalische Darbietungen machen ihn bald zu

Von der Polytechnischen Schule zur Technischen Hochschule

Die 1825 gegründete Polytechnische Schule zu Karlsruhe erwarb sich seit ihrer Reorganisation von 1832 weit über Baden und Deutschland hinaus einen ausgezeichneten Ruf. Und das, obgleich sie lange Zeit unterhalb der Höhe blieb, den die technisch-wissenschaftliche Erziehung durchaus schon hätte erreichen können. Gewiß behinderten die kränklichen Staatsfinanzen einen großzügigeren Zuschnitt der Anstalt, wie am deutlichsten am zögerlichen Ausbau von Lehr- und Forschungslaboratorien abzulesen ist. Darüber hinaus aber war sich das Lehrerkollegium uneins, ob die Studienpläne vorzugsweise auf die unmittelbare praktische Anwendung des Erlernten auszurichten seien oder ob sie eher auf eine theoretische Grundlegung der ingenieur- und naturwissenschaftlichen Fächer zielen müßten.

Die letztgenannte Ansicht gewann um 1860 die Oberhand, mit der Folge, daß das Polytechnikum seinen Schulcharakter verlor und etwa innerhalb eines Jahrzehnts zu einer wissenschaftlichen Hochschule heranreifte. Die Tatsache, daß 1860 in Karlsruhe der erste internationale Chemikerkongreß stattfand, weist darauf hin, daß diese Entwicklung bereits tragfähige Formen hervorgebracht hatte.

Organisatorische Änderungen beschleunigten sie. 1863 stieß die Anstalt ihren Realschulunterbau ab, und das Eintrittsalter der Schüler wurde, wie an den Universitäten bereits üblich, auf 17 Jahre angehoben. Nachdem der Maschinenbauprofessor Ferdinand Redtenbacher, das Haupt der Reformer, gestorben war, setzte sich sein Nachfolger Franz Grashof an ihre Spitze. In einem weithin beachteten Vortrag vor dem „Verein Deutscher Ingenieure" legte er 1864 dar, was die Regierungen tun müßten, damit die deutschen polytechnischen Schulen Universitätsrang erhielten.

Das badische Staatsministerium gab dem Drängen Grashofs nach und verlieh dem Karlsruher Polytechnikum im Januar 1865 tatsächlich die Hochschuleigenschaft. Äußerlich drückte sich das im Aufbau der akademischen Selbstverwaltungsorgane und den ihnen zugewiesenen Aufgaben aus, zu denen jetzt auch das Berufungsverfahren gehörte. Zugleich wurde für Ingenieurstudenten eine Abschlußprüfung, das Diplom, eingeführt. Schließlich verlieh das Ministerium 1868 der Schule widerwillig das Habilitationsrecht, das für die Selbstergänzung des ingenieurwissenschaftlichen Lehrkörpers von unschätzbarer Wichtigkeit war. Auf das ebenfalls nachdrücklich angemahnte Promotionsrecht mußte man freilich bis 1900 warten.

Vor diesem Hintergrund griff die Polytechnische Schule auch auf die Geisteswissenschaften aus, wie es ihrem pädagogischen Leitbild vom „gebildeten Ingenieur" entsprach. Noch von Redtenbacher angestoßen, erhielt die Schule nacheinander drei geisteswissenschaftliche Lehrstühle – 1861 den für Literatur und Geschichte, 1865 einen volkswirtschaftlichen und 1868 einen kunstgeschichtlichen. Noch eindrucksvoller wird die Energie, mit der die Anstalt sich binnen kurzem in eine wissenschaftliche Hochschule zu verwandeln wußte, durch die Zunahme ihrer Lehrstühle insgesamt belegt: Am Beginn des Reformjahrzehnts verfügte sie über 18 Ordinariate, 1870 über 24. Die Erweiterung des Hauptgebäudes, wie es sich in der heutigen Kaiserstraße darstellt, verlieh dem zukunftsgewissen Ehrgeiz 1864 einen schlichten, doch unübersehbaren Ausdruck. Unter den deutschen polytechnischen Schulen galt die Karlsruher nach wie vor als Vorbild.

Klaus-Peter Hoepke

einem beliebten Ausflugsziel der Karlsruher. Trotz jährlicher Unterstützung durch die Stadt und Förderung von Bürgern bleibt die Existenz des Tiergartens bis 1869 ungewiß.

1. Dezember: Johannes Brahms wirkt bei der Uraufführung seines Horntrios mit. In der Folgezeit hält er sich häufig in Karlsruhe auf.

1866

— Gründung des Männerhilfsvereins aus Anlaß des Krieges um Schleswig-Holstein.

1867

— Einführung einer akademischen Abschlußprüfung (Diplom) in den technisch-wissenschaftlichen Fächern des Polytechnikums.

— Dr. Gustav Wendt wird Direktor des Gymnasiums. Er übt das Amt bis 1907 aus. Als Mitglied des Oberschulrates, dem er über 30 Jahre angehört, hat er großen Einfluß auf die Entwicklung des Gymnasialunterrichts.

1868

— Verleihung des Habilitationsrechts an das Polytechnikum für die Fächer Mathematik, Naturwissenschaften, Maschinenbau und Ingenieurwissenschaften.

— Der Wassermangel im Stadtbereich veranlaßt zum Bau eines städtischen Wasserwerks im Durlacher Wald auf Rüppurrer Gemarkung und zur Verlegung entsprechender Versorgungsleitungen. Der Wasserturm wird Ende 1870 fertiggestellt. Im Mai 1871 geht die 1,3 Millionen Mark teure Anlage in Betrieb.

— Baubeginn der 1870 fertiggestellten Hebelschule in der Kreuzstraße 15.

— Einrichtung der staatlichen Turnlehreranstalt. Ihr Leiter Alfred Maul erwirbt sich große Verdienste um das Schulturnen und die Deutsche Turnerschaft, deren Vorsitzender er von 1887–1895 wird.

— Ludwig Eichrodt veröffentlicht unter dem Titel „Rheinschwäbisch" eine Sammlung von Karlsruher Mundartgedichten.

2. Januar: Das neue Handelsgericht beginnt seine Arbeit.

12. Februar: Der Karlsruher Moritz Ellstätter wird badischer Finanzminister. Damit erhält erstmals ein Jude in einem deutschen Land ein Ministeramt.

Der Fotograf und Maler Julius Allgeyer, der Komponist Johannes Brahms und der Dirigent Hermann Levi beim Betrachten des Hochzeitsgeschenks für Julie Schumann 1869

18. Februar: Bei den Zollparlamentswahlen erhält der liberale Kandidat, der Bankier Eduard Koelle, in Karlsruhe 2899 Stimmen und Freiherr August von Göler, Kandidat der Konservativen und der katholischen Volkspartei, 509 Stimmen. Gewählt wird im Wahlkreis Karlsruhe-Bruchsal jedoch mit knapper Mehrheit Freiherr von Göler.

1869

— Nach länger anhaltendem Streit spaltet sich von der jüdischen Gemeinde die orthodoxe „Israelitische Religionsgesellschaft" ab.

— Fertigstellung eines Neubaus der Artilleriekaserne Gottesaue.

Februar: Gründung der Zementwarenfabrik Dyckerhoff & Widmann, die später Weltruf erlangt. 1907 wird der Hauptsitz der Firma ver-

Die neue Kaserne bei Gottesaue wurde 1869 fertiggestellt

legt, in Karlsruhe bleibt eine Niederlassung für Südwestdeutschland.

5. Februar: Ein halbes Jahr nach der Uraufführung in München erlebt Karlsruhe die Premiere der „Meistersinger" von Richard Wagner.

7. Februar: Gründungsversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, der 1873 bereits 460 Mitglieder zählen soll.

1. Mai: Die Stadt übernimmt das Gaswerk in eigene Regie und senkt die Preise deutlich. Das Gaswerk und das im Bau befindliche Wasserwerk stehen am Anfang der heutigen Karlsruher Stadtwerke.

24. Juli: Eine Gruppe liberaler Bürger, darunter Oberbürgermeister Jakob Malsch und die drei Karlsruher Landtagsabgeordneten, erläutert in einem Wahlaufruf die politischen Ziele der nationalliberalen Partei. Zu Beginn des Jahres 1870 gibt die Partei, die hier auch über einen engeren Zusammenschluß in den süddeutschen Staaten berät, eine lithographierte Korrespondenz heraus. Deren Artikel werden zumeist in der „Karlsruher Zeitung" abgedruckt.

22.–26. September: Zum 50jährigen Bestehen des „Landwirtschaftlichen Vereins" wird auf dem Schloßplatz und in der Orangerie eine Landwirtschaftliche Zentralausstellung veranstaltet.

1870

— Die Lammstraße wird zur Kriegsstraße verlängert.

— Friedrich Gutsch begründet die „Karlsruher Nachrichten".

— Eine Hans-Thoma-Ausstellung im Badischen Kunstverein endet mit einem Mißerfolg.

— Zur Wahrnehmung der Armenpflege nach dem neuen Gesetz wird die Stadt in sechs Armendistrikte eingeteilt und eine Anzahl freiwilliger Armenpfleger ernannt.

— Gründung der Privatbank Straus & Co, die später am Friedrichsplatz ein repräsentatives Gebäude errichtet (heute Baden-Württembergische Bank). 1938 muß das jüdische Unternehmen verkauft werden.

1. Februar: Gründung der Firma Junker & Ruh, die anfangs Nähmaschinen, später Herde und Öfen produziert.

5. Mai: Mit einem Stiftungsgesetz werden das Krankenhaus und dessen Vermögen unter die Verwaltung der Gemeinde gestellt. Die Verträge mit den kirchlichen Verbänden werden gekündigt, die räumliche Trennung des Jahres 1858 wieder aufgehoben. 1883 erwirbt die Stadt von der Stiftung Grundstücke, Gebäude und Inventar des Krankenhauses, das nun reine Gemeindeanstalt wird.

14. Mai: Verabschiedung des Gesetzes über die neue badische Gemeindeordnung, die am 1. Juni in Kraft tritt. Sie hält am Prinzip der Bürgergemeinde fest. Abgeschafft wird der Bürgerausschuß, eingeführt wird wieder die unmittelbare Wahl der Gemeinderäte und des Bürgermeisters durch die Bürger.

15. Juni: Das Lehrerseminar bezieht das Hauptgebäude an der Bismarckstraße, wo heute noch die Pädagogische Hochschule ihren Sitz hat.

30. Juni: Als Nachfolger Jakob Malschs wird Wilhelm Lauter von den wahlberechtigten Bürgern direkt zum neuen Oberbürgermeister gewählt. Am 28. Juli kann noch ein neuer Gemeinderat gewählt werden, dann unterbricht der Krieg gegen Frankreich die ebenfalls fälligen Wahlen zum großen Bürgerausschuß.

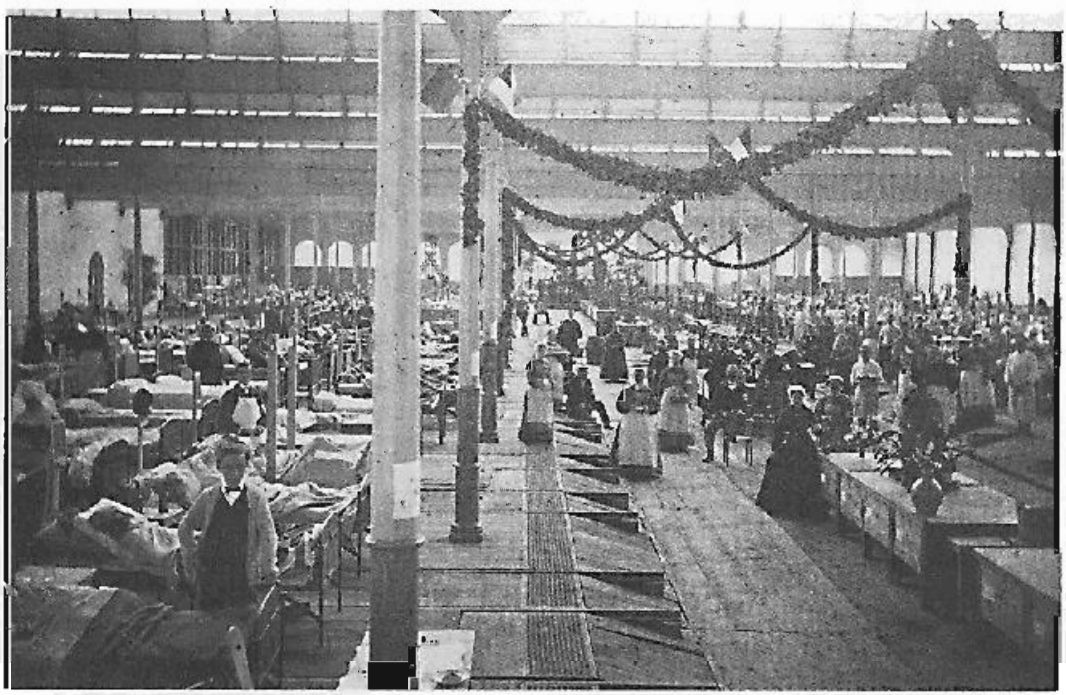
14. Juli: Die Kriegsfurcht treibt viele Karlsruher zum Sturm auf die Sparkasse, der bei der Auszahlung der Guthaben das Geld auszugehen droht.

18.–20. Juli: Der Oberbefehlshaber der badischen Truppen, der Kronprinz von Preußen, weilt in Karlsruhe und wird von der Bevölkerung stürmisch begrüßt.

4. August: Eröffnung des Betriebs der Rheintalbahn zwischen Mannheim und Karlsruhe. Sie mündet beim Mühlburger Tor in die Maxaubahn. Über die Einmündung der Rheintalbahn in das bestehende Schienennetz westlich oder östlich von Karlsruhe war ein heftiger Meinungsstreit entstanden.

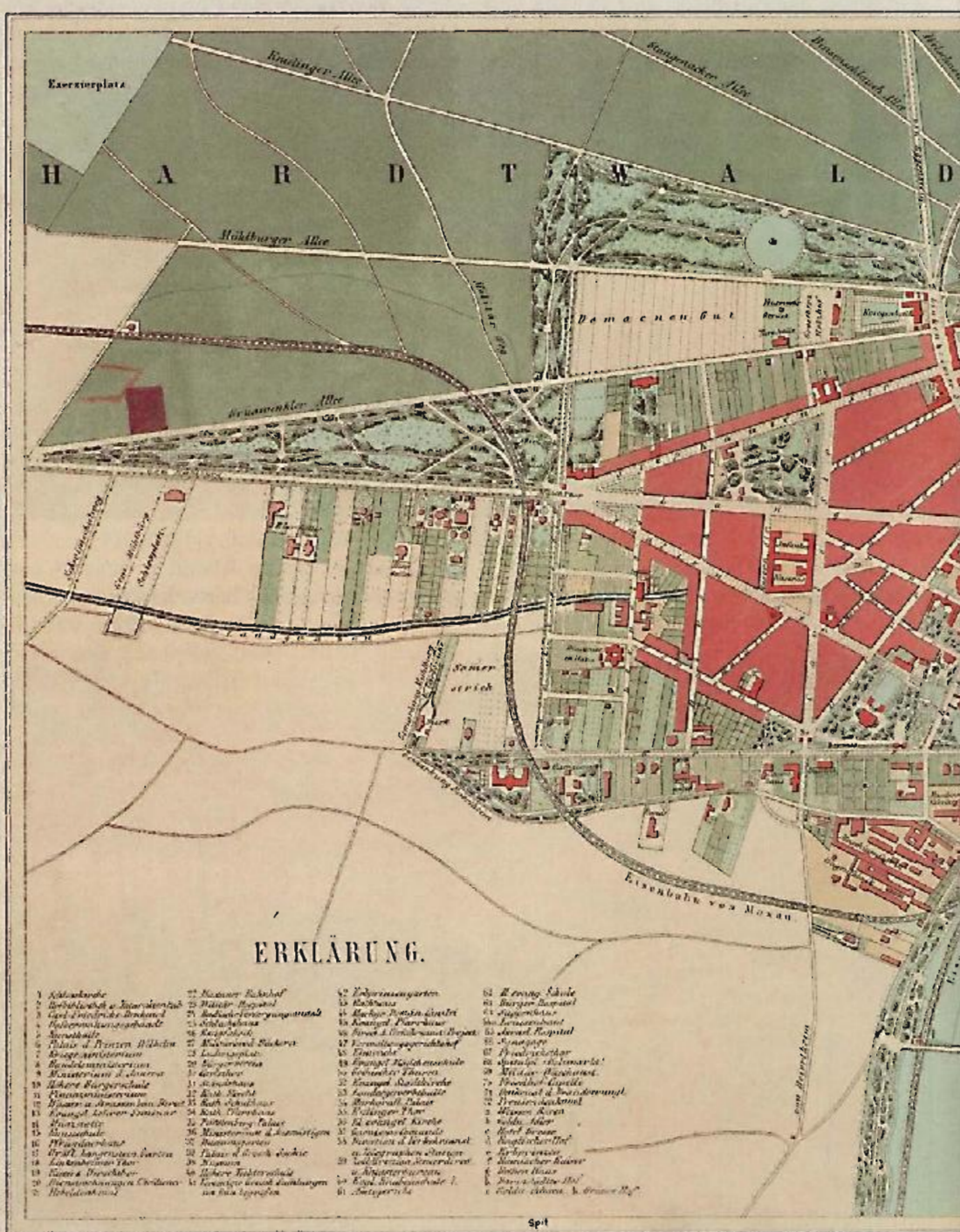
4./6. August: An diesen Tagen ist in Karlsruhe der Kanonendonner der Schlachten bei Weißenburg und bei Wörth zu hören, die beide mit deutschen Siegen enden.

26. Oktober: Gegen Abend verursacht ein schwerer Orkan große Sachschäden.



Kriegslazarett in Karlsruhe

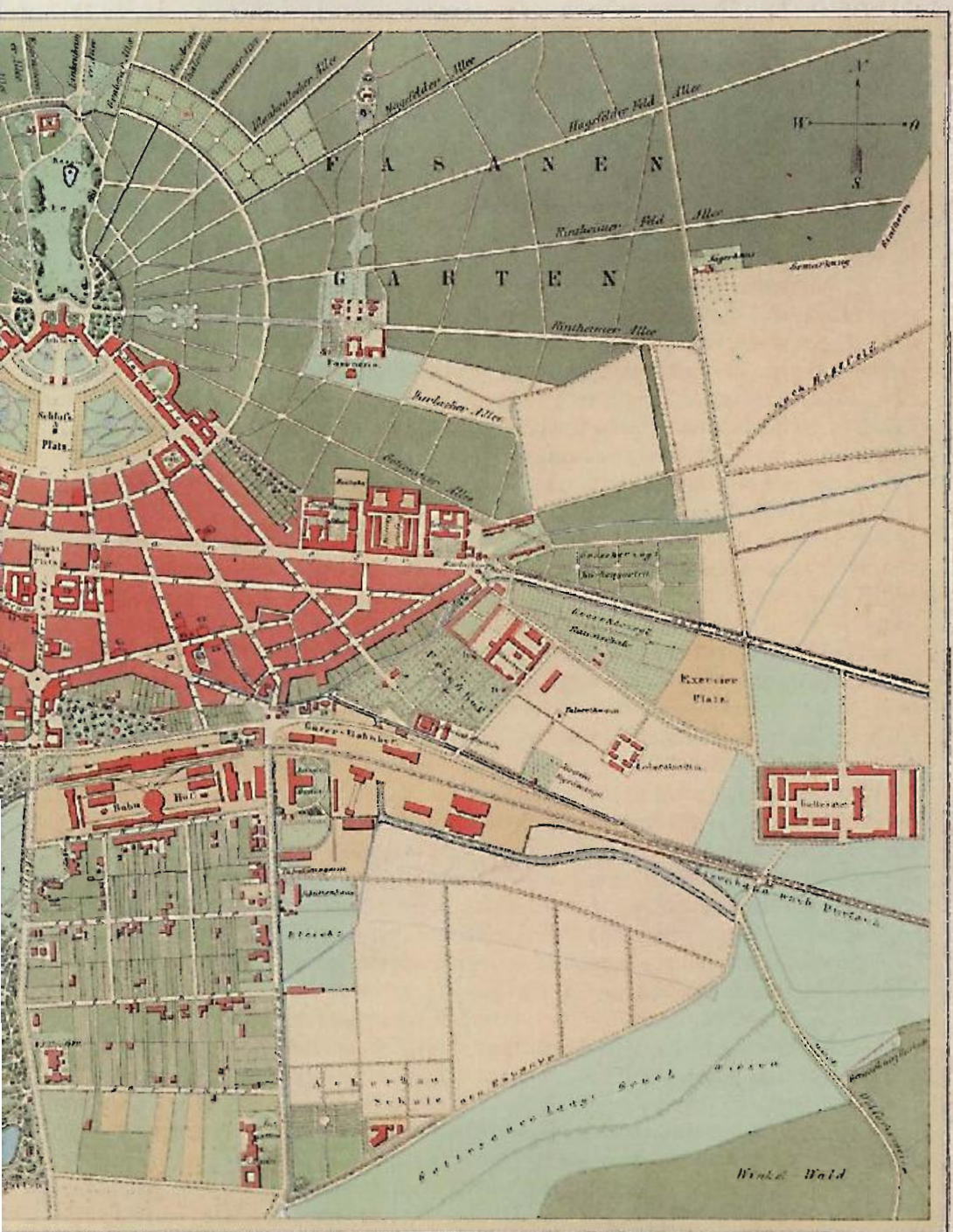
PLAN VON



A 1, № 29
I/1.
Staatliches Vermessungsamt
Karlsruhe.

CARLSRUHE

D I 2.9



nüber dem Plan von 1822 fallen im Plan von 1868 die baulichen Veränderungen im Süden der Stadt Bahnhof, Gleisanlagen und Fabrikgelände auf. Auch am Botanischen Garten entstanden Neu-

Chronik 1871–1918

Mit der Ausrufung des preußischen Königs Wilhelm I. zum Deutschen Kaiser im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles am 18. Januar 1871 durch den badischen Großherzog Friedrich I. und dem Inkrafttreten der Verfassung am 16. April 1871 entstand der deutsche Nationalstaat. Nach dem Scheitern der Staatsbildung durch die Frankfurter Nationalversammlung in der Paulskirche während der Revolution 1848/49 wurde sie nun als kleindeutsche Lösung ohne Österreich durch eine „Revolution von oben" durchgesetzt. Großherzog Friedrich I. von Baden spielte bei der Reichseinigung über den symbolischen Akt in Versailles hinaus eine bedeutende Rolle. Er hatte in einer Militärkonvention mit Preußen vom 25. November 1870 die badische Armee der preußischen eingegliedert und darüber hinaus das badische Post- und Telegraphenwesen dem Reich unterstellt, beides freiwillige Abtretungen verfassungsmäßig garantierter Rechte. Der Reichsgründer und erste Reichskanzler Otto von Bismarck bezeichnete daher das viertgrößte Bundesland als „Träger des nationalen Gedankens". Großherzog Friedrich I. hatte als Schwiegersohn des Deutschen Kaisers auch verwandtschaftliche Beziehungen nach Berlin. Seine Hoffnungen auf eine Liberalisierung der Reichsinstitutionen erfüllten sich jedoch nicht, so daß weitere Vorleistungen auf die Reichseinheit z. B. im Eisenbahnwesen unterblieben. Mit der Machtverlagerung nach Berlin verlor Baden weitgehend seine Eigenständigkeit. Der mit Abstand größte deutsche Bundesstaat Preußen hatte in allen Belangen eine beherrschende Position. Durch die damit einhergehende Auflösung fast aller Gesandtschaften büßte die badische Residenz viel Glanz und Bedeutung ein.

Später als Frankreich und Großbritannien zur Nation geeint, war die Geschichte des deutschen Kaiserreichs im Inneren von drei entscheidenden Entwicklungen beherrscht. Bevölkerungswachstum, Industrialisierung und Verstädterung verursachten eine enorme Dynamik der entstehenden industriellen Massengesellschaft. Zwischen 1871 und 1910 entwickelte sich das Kaiserreich neben Großbritannien und den USA zur drittgrößten Industrienation. Nach 1895 übertraf der Anteil der in der Industrie erwerbstätigen Personen den in der Land- und Forstwirtschaft. Die daraus resultierenden Verwerfungen und Spannungen in Gesellschaft und Wirtschaft führten zu starken Belastungen im Innern. Die soziale Dynamik zeigte sich nirgends deutlicher als in den Städten. Sie wurden zum bevorzugten Ziel der Industrieansiedlung wie der Bevölkerungswanderung innerhalb Deutschlands. Sie wurden damit zu den Brennpunkten des modernen Industriestaates und erfuhren selbst einen rasanten Umformungsprozeß. Die Industrialisierung veränderte das soziale Gefüge der Städte, die Beziehungen der Schichten und Gruppierungen zueinander, das Vereinsleben und die kommunale Verwaltung. Das Bevölkerungswachstum erzwang den Um- und Neubau der Städte. Nahverkehrseinrichtungen, Bebauungspläne für Wohnviertel und Gewerbegebiete, gesundheitspolitische Maßnahmen, Bildungseinrichtungen, Energieversorgung, Wasserver- und -entsorgung, Schlachthöfe, Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenhilfe gehörten zum nach und nach ausgebauten oder erweiterten städtischen Leistungsangebot. Die Städte bewährten sich vor diesen Anforderungen, es gelang ihnen, die Bevölkerungsexplosion und die Industrialisierung dank der Professionalisierung ihrer Verwaltungsorgane und dank ihrer relativ weitgehenden Finanzautonomie sozialstaatlich abzumildern. So gilt das Kaiserreich zugleich als Zeit der Blüte des modernen Städtewesens, in der die kommunale Selbstverwaltung ihre größte politische Wirksamkeit erreichte.

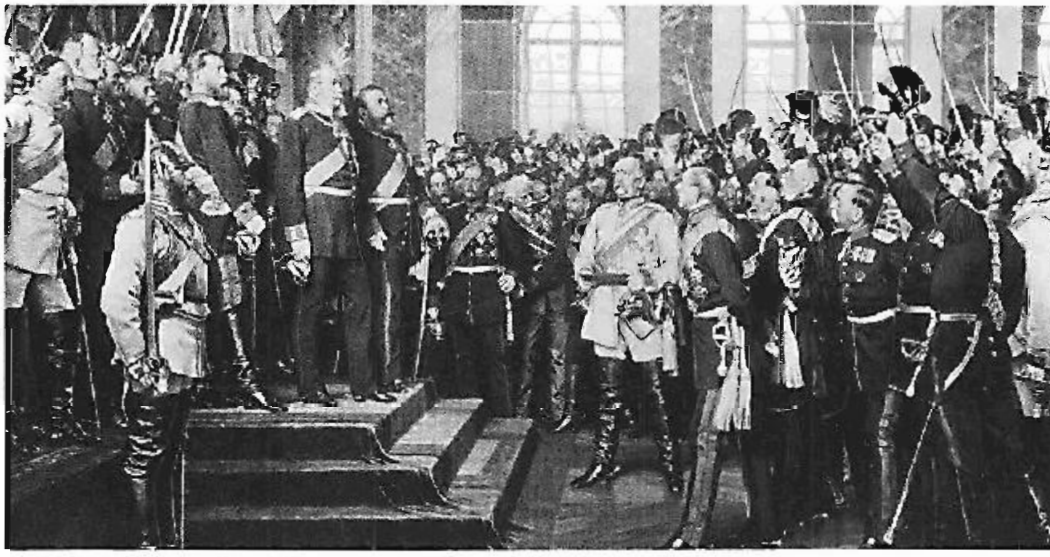
Bis 1912 hatte auch Baden die Entwicklung vom Agrar- zum Industrieland vollzogen. Zwischen 1883 und 1912 waren jährlich rund 5 000 industrielle Arbeitsplätze geschaffen worden, die Zahl der Fabrikarbeiter stieg um 256 Prozent auf etwa 214 000. Zu beobachten war dabei eine Verlagerung von der in Baden bisher vorherrschenden Konsumgüterindustrie (Textil, Nahrungs- und Genußmittel, Schmuck und Uhren) zur Investitionsgüterindustrie (Maschinenbau, Chemie, Elektrotechnik). In seiner industriellen Struktur unterschied sich Baden, abgesehen von der geringeren Größenordnung, von den rheinischen Industriezentren auch durch eine stärkere Durchmischung ländlicher Räume mit mittleren und kleineren gewerblich-industriellen Betrieben. Ausgesprochene Industriestandorte wurden nur Mannheim, Pforzheim und Karlsruhe. Dazu paßte die statistische Feststellung, daß in Baden 1910 etwa 38 Prozent der Einwohner in Gemeinden mit über 5 000 Einwohnern lebten, im Reich dagegen etwa 49 Prozent. Der Verstädterungsprozeß war in Baden mit seinen damals zwei Großstädten, Mannheim und Karlsruhe, langsamer verlaufen als im Reichsdurchschnitt. Dennoch bündelten sich auch in den badischen Städten mit Industrieansiedlungen alle Probleme, die mit der Entwicklung der neuen sozialen Schicht der Arbeiterschaft zusammenhingen. Trotz Konjunkturschwankungen („Gründerkrach" nach 1873) ging die wirtschaftliche Entwicklung des Kaiserreichs insgesamt aufwärts. Die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft verbesserten sich, ohne daß allerdings die Lebensverhältnisse der Masse der Fabrikarbeiter den Bereich ständiger Bedürftigkeit überschreiten konnten. Arbeit der Frauen und der größeren Kinder waren zum Unterhalt vieler Familien existenznotwendig. Dem stand der üppige Lebensstil des neureichen Bürgertums in den Städten gegenüber. Die sozialen Unterschiede drückten sich sichtbar im Bau von prunkvollen Villenvierteln aus, zu denen die tristen und engen Arbeiterwohngegenden einen scharfen Kontrast bildeten.

Die sozialen Gegensätze und die Klassentrennung im Kaiserreich wurden vertieft durch die Unterscheidung von „Reichsfreunden" und „Reichsfeinden". Zum einen wurden die Katholiken, die sich einer staatlichen Kirchenaufsicht widersetzten, zu „Reichsfeinden" abgestempelt. Von den seit 1880 gemilderten Gesetzen des „Kulturkampfs" blieben die staatliche Schulaufsicht und die Zivilehe, und es blieb die Benachteiligung der Katholiken im Staatsdienst. Der politische Katholizismus ging aus dem „Kulturkampf" gestärkt hervor. Zum anderen wurden die Sozialdemokraten zu „Reichsfeinden" erklärt, ihnen unterstellte man revolutionäre Bestrebungen. 1878 bis 1890 wurden mit dem Sozialistengesetz die Organisationen der Arbeiterbewegung verboten. Aber auch mit der für die Zeit weitreichenden Sozialgesetzgebung (Krankenversicherungsgesetz 1883, Unfallversicherungsgesetz 1884, Alters- und Invaliditätsversicherung 1889 und Arbeiterschutzgesetzgebung 1890/91) gelang es nicht, die Arbeiterschaft voll in den Staat zu integrieren. Arbeiterfeindliche Bestimmungen standen dem entgegen. Allen voran verhinderten das Festhalten am Dreiklassenwahlrecht in Preußen sowie in den Städten und Gemeinden und die Einteilung der Reichstagswahlkreise eine angemessene parlamentarische Präsenz der Arbeiterschaft. In den Kommunen blieb weitgehend die Schicht liberaler Honoratioren tonangebend.

In der Innenpolitik Badens spielten zunächst die Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche die beherrschende Rolle. Das Sozialistengesetz wurde dagegen im Großherzogtum zeitweise nur widerwillig angewandt. Die Umsetzung der reichsrechtlichen Vorschriften zur Überwachung des Arbeitsschutzes durch die badische Fabrikinspektion mit Sitz in Karlsruhe galt dagegen auch international als musterhaft. 1904 sorgte eine Wahlrechtsänderung für eine Angleichung an das Reichstagswahlrecht, und 1910 änderte der

Landtag das Dreiklassenwahlrecht zugunsten der unteren Klasse, schaffte es jedoch nicht ab. Nach der Wahlrechtsänderung von 1904 entschloß sich die badische SPD als erste Landesparteiorganisation zu einer positiven politischen Mitarbeit im Landtag und ging mit den Nationalliberalen und Demokraten eine koalitionsähnliche Bindung gegen die seit 1905 stärkste Landtagsfraktion der Zentrumspartei ein. In der SPD des Reichs war die Hinwendung der badischen SPD zu einer pragmatischen Politik heftig umstritten.

Über alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gräben hinweg entfaltete sich seit etwa 1890 eine nationale Grundstimmung im deutschen Kaiserreich. Der industrielle Aufstieg schuf ein allgemeines Lebensgefühl, das auch in der Flotten- und Kolonialpolitik, die Deutschland eine größere Weltgeltung verschaffen sollte, seinen Ausdruck fand. Die Begeisterung, mit der nationale Feiertage bis weit in die Kreise der geschmähten „Reichsfeinde" gefeiert wurden, unterstrich die verbreitete Zustimmung zur deutschen Weltpolitik. Zum Ausbruch des Weltkrieges hat diese Politik 1914 sicher beigetragen, ihn jedoch nicht alleine verschuldet. Die außerordentlichen Belastungen des Krieges führten dann auch dazu, den Widerspruch zwischen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderung des Kaiserreichs und dem unveränderten Fortbestehen des monarchischen Obrigkeitsstaates aufzulösen. Die Parlamentarisierung des Reiches, d. h. die Abhängigkeit des Reichskanzlers von einer Parlamentsmehrheit und nicht vom Kaiser, kam jedoch zu spät. Der letzte Reichskanzler, der in der deutschen Niederlage das Ende der Monarchie herbeiführen mußte, war mit Prinz Max von Baden ein Neffe Großherzog Friedrichs I., der in Versailles das Kaiserhoch ausgerufen hatte. Im Weltkrieg gelang es den Städten in der Regel, mit ihrem ausgebildeten Wohlfahrts- und Sozialwesen die Kriegsfolgeprobleme für die betroffene Zivilbevölkerung mehr oder weniger erträglich zu bewältigen. Wo sie bei der Verwaltung des Mangels an Lebensmitteln und sonstigem Alltagsbedarf auf Lieferungen von staatlichen Zentralstellen angewiesen waren, konnten aber auch sie Schleichhandel und Schiebertum nicht unterbinden.



Großherzog Friedrich I. bringt im Spiegelsaal von Versailles das erste Kaiserhoch aus

1871

— Der erste Fröbelsche Kindergarten wird in der Hirschstraße eingerichtet.

— Die Stadt gründet die Aktiengesellschaft „Verein zur Erbauung billiger Wohnhäuser", die bis 1873 30 Wohnhäuser in der Südstadt baut.

— Mit der Überwölbung des Landgrabens zwischen Ritter- und Herrenstraße ist dieser jetzt im gesamten Stadtgebiet geschlossen.

18. Januar: Bei der Kaiserproklamation im Spiegelsaal des Versailler Schlosses ruft Großherzog Friedrich I. das Hoch auf Kaiser Wilhelm I. aus.

3. März: Bei den ersten Reichstagswahlen, bei denen, wie schon bei den Wahlen zum Zollparlament 1868, alle männlichen Einwohner über 25 Jahre das gleiche und direkte Stimmrecht ausüben, wird im Wahlkreis Karlsruhe-Bruchsal Prinz Wilhelm von Baden als Abgeordneter gewählt. Sein einziger Gegenkandidat von der katholischen Volkspartei erhält nur wenige Stimmen.

13. März: Mit einer festlichen Beleuchtung der Stadt und des Schlosses wird das Ende des Deutsch-Französischen Krieges mit einem Friedensfest gefeiert.

3. April: Feierlicher Einzug der badischen Truppen in der Stadt mit Prinz Wilhelm von Baden an der Spitze.

Mai: Bei Inbetriebnahme des neuen Wasserwerks mit zwei dampfgetriebenen Kolbenpumpen sind 57 Grundstücke angeschlossen. Die Zahl der privaten Nutzer steigt rasch.

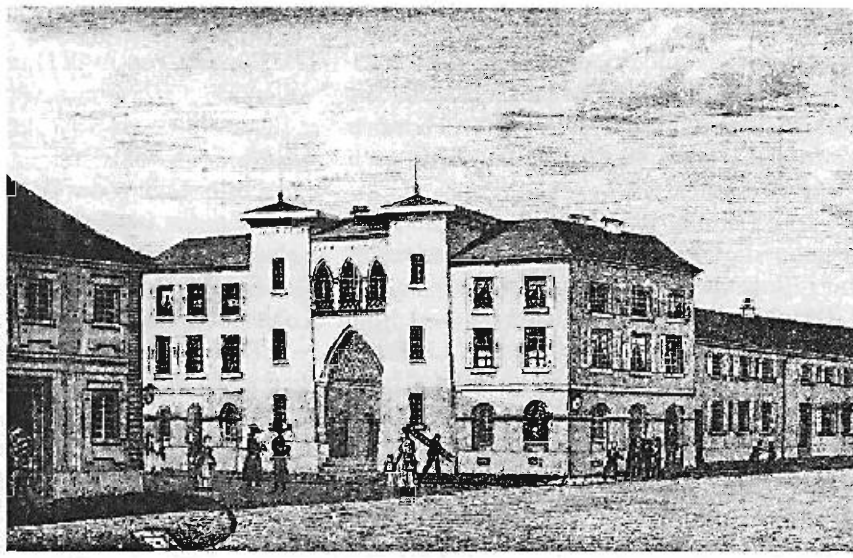
29./30. Mai: In der Nacht des Pfingstmontag bricht in der Kronenstraße ein Brand aus, dem auch die Synagoge zum Opfer fällt.

17. Juni: Beschluß über die Errichtung einer städtischen Hypothekenbank, durch die vor allem Neubauten in der Innenstadt anstelle älterer Häuser gefördert werden sollen. Sie nimmt Mitte 1872 ihre Arbeit auf.

22./28. Juni und 3. Juli: Neuwahlen zum Bürgerausschuß gemäß der neuen badischen Gemeindeordnung.

14. November: Vorlage eines neuen Bebauungsplanes, der die sprunghaft vermehrte Bautätigkeit nach Beendigung des Deutsch-Französischen Krieges regeln soll. Oberbürgermeister Lauter nimmt 60 000 Einwohner als höchste Bevölkerungszahl der Stadt an. Ausgebaut werden sollen u. a. die Südstadt, in der Innenstadt sollen die zweistöckigen Häuser durch drei- bis vierstöckige ersetzt werden. Dafür waren schon 1860 Prämien ausgesetzt worden.

14. Dezember: Der Bürgerausschuß faßt einstimmig den Beschluß zur Errichtung einer Handelsschule, die am 10. April 1872 mit dem Unterricht beginnt.



Die Synagoge in der Kronenstraße. Erbaut nach Plänen von Friedrich Weinbrenner 1798–1806, niedergebrannt 1871

1872

— Es gibt 22 Brauereien in der Stadt, die zum Teil nur für den Bedarf der Bierwirtschaft des Besitzers betrieben werden. 1914, nach einem anhaltenden Konzentrationsprozeß, produzieren noch zehn Brauereien in Karlsruhe.

— In den Jahren 1872–1875 werden sämtliche Stadttore abgebrochen, um den Erfordernissen des Verkehrs Rechnung zu tragen. Die Wachthäuser stehen z. T. bis nach 1945.

— Letzter Jahrmarkt auf dem Schloßplatz, der 1873 neu bepflanzt wird.

Oktober: Gründung der Henri Ehrmann & Cie., die sich mit der Herstellung von Patronen befaßt. Aus ihr wird 1878 die „Deutsche Metallpatronenfabrik Lorenz".

1873

— Die im Jahr zuvor in eine staatliche Institution umgewandelte Hofbibliothek bezieht ihr Domizil in dem neuen Sammlungsgebäude am Friedrichsplatz. 1913 verfügt sie über etwa 3 800 Handschriften und 220 000 Bücher.

— An der Ettlinger Straße werden die Eisenbahnschienen durch einen Fußgängersteg überbrückt. Die Klagen über Störungen und Gefahren für den Verkehr nehmen jedoch weiter zu. Der Steg wird 1889 wieder abgerissen.

3. April: Der unter Leitung von Josef Durm 1871 begonnene Bau des Vierordtbades wird feierlich eröffnet. Damit erhält die Stadt nach verschiedenen unbefriedigenden Einrichtungen die erste öffentliche Badeanstalt, zunächst ohne Schwimmbad. Der Bankier Heinrich Vierordt hat etwa 40 Prozent der Baukosten gestiftet.

30. Juli: Die seit 1837 geführten Verhandlungen über die Gemarkung Gottesaue enden mit ihrer Eingemarkung nach Karlsruhe.

1. Oktober: Fanny Trier gründet für die Ausbildung von Lehrerinnen ein privates Lehrerinnenseminar in der Stephanienstraße. Unter dem Namen „Prinzessin-Wilhelm-Stift" wird die Anstalt 1878 dem Oberschulrat unterstellt und zur Abhaltung von Staatsprüfungen ermächtigt. 1883/84 zieht das Seminar in die Sophienstraße um.

7. Dezember: Erster altkatholischer Gottesdienst. Auch in der Residenzstadt verwerfen eine Anzahl von Katholiken die Beschlüsse des Vatikanischen Konzils über das unfehlbare Lehramt des Papstes und bilden eine eigene Gemeinde. Ihr Anspruch auf Mitbenutzung der Stephanskirche führt zu heftigen Auseinandersetzungen, die sich auch in der Presse niederschlagen. Die Altkatholiken dürfen schließlich die evangelische Kleine Kirche mitbenutzen.

In der Karlsruher Münze werden die ersten Reichssilbermünzen geprägt.

1874

— Gründung des Vereins Bildender Künstler.

— Mit der Überwölbung des Landgrabens/Steinschiffkanals vom Friedrichstor (heute Mendelssohnplatz) längs der Steinstraße zum Durlacher Tor entsteht die spätere Kapellenstraße.

10. Januar: Bei den Reichstagswahlen kandidiert erstmals ein Vertreter der Sozialdemokratie, der in Karlsruhe 443 Stimmen erhält.

27. Mai: Eintragung der Badenia-Verlagsgesellschaft im Handelsregister Karlsruhe.

3. Oktober: Das Karlsruher Gymnasium feiert die Einweihung seines neuen Schulgebäudes an der Bismarckstraße.

16. November: Erste Beerdigung auf der neuen Anlage des heutigen Hauptfriedhofs, die als erster Parkfriedhof Deutschlands gilt. Die Kapelle, von Josef Durm geplant, ist 1876 vollendet.

1875

— Fertigstellung des Gebäudes der Generaldirektion der Badischen Eisenbahnen in der Lammstraße am Friedrichsplatz.

— Eröffnung eines konfessionell gemischten Lehrerseminars in der Rüppurrer Straße.

— Zahlreiche Firmenzusammenbrüche markieren das Ende der sogenannten Gründerjahre.

— Als Organ der „Süddeutschen", später „Freisinnigen Volkspartei" erscheint der „Badische Landbote", dessen Herausgabe 1914 wieder eingestellt wird.

Der neugeschaffene Friedrichsplatz mit dem Sammlungsgebäude (Bibliothek und Naturkunde) und dem Gebäude der Generaldirektion der Badischen Eisenbahnen

— Die zwischen Preußen und Baden abgeschlossene Militärkonvention hat die Auflösung des badischen Kriegsministeriums zur Folge. Karlsruhe wird Sitz des Generalkommandos des XIV. Armeekorps, das seinen Sitz in dem Neubau Bismarckstraße 2, dem sogenannten Werderschen Palais, nimmt. Das im Zweiten Weltkrieg zerstörte Gebäude wird 1954 abgebrochen.

10. Februar: Gründung der Volksbibliothek für das Lesebedürfnis der ärmeren Schichten. Sie wird von Anfang an von der Stadt unterstützt, die seit 1893 die Räumlichkeiten bereitstellt.

17. März: Oberbürgermeister Wilhelm Lauter wird wiedergewählt. Erster Bürgermeister wird Karl Schnetzler. Die Neuwahl sämtlicher Gemeindegremien ist notwendig durch das Gesetz über die neue Städteordnung vom 24. Juni 1874. Sie setzt an die Stelle der Bürgergemeinde das Prinzip der Einwohnergemeinde, die alle ortsansässigen und über 24jährigen Männer gleichstellt.

Mai: Der am Platz des Ettlinger Tors errichtete Malschbrunnen ist fertiggestellt. Er ist von Heinrich Lang und Otto Warth (Architektur) sowie Friedrich Moest (Skulpturen) entworfen worden. Er soll an den Bau der Karlsruher Wasserversorgung erinnern.

12. Mai: Feierliche Einweihung des Synagogenneubaus in der Kronenstraße. Architekt ist Josef Durm.

1876

— Carl Engler wird als Direktor an das Chemisch-Technische Labor der Polytechnischen Schule berufen.

— Übernahme der Kunstschule in staatliche Leitung. Sie erhält 1893 den Namen „Akademie der Bildenden Künste".

— Die konservative „Landpost", später „Badische Post" erscheint. Die Zeitung stellt 1904 ihr Erscheinen ein.

— Uraufführung der 1. Symphonie von Johannes Brahms unter der Leitung von Otto Dessoff.

— Fertigstellung der Humboldtschule an der 1912 so genannten Englerstraße.

1. Januar: Die Reichsbank-Filiale nimmt ihren Geschäftsbetrieb auf.

1877

— Eröffnung des Hotels „Germania" am Ettlinger Tor.

— Die Entleerung der Abortgruben in der Stadt erfolgt seit diesem Jahr nach einem neuen System, das die Geruchsbelästigung deutlich vermindert.

Die Stadtverwaltung nach der Städteordnung von 1874

Die badische Gesetzgebung der 1860er Jahre zur Gewerbe- und Niederlassungsfreiheit erforderte immer dringlicher entsprechende Regelungen auf der Ebene der Gemeinde. Die Bevölkerungswanderung in die Städte führte zu einem wachsenden Mißverhältnis zwischen wahlberechtigten Bürgern und den nicht wahlberechtigten, aber umlagepflichtigen Einwohnern.

Den Schritt zur Einwohnergemeinde und zu einer demokratischeren Gemeindeverfassung wollte die Landtagsmehrheit 1870 aber noch nicht vollziehen. Das neue Gesetz über die Verfassung und Verwaltung der Gemeinden dieses Jahres brachte dennoch einige wesentliche Änderungen. Die Wahl des (Ober-)Bürgermeisters und der Gemeinderäte, in Karlsruhe waren es 18, sollte wieder unmittelbar von den Bürgern vorgenommen werden. Die Amtsdauer von Bürgermeister und Gemeinderat wurde von neun auf sechs Jahre verkürzt, der Bürgerausschuß abgeschafft. Die Einschränkung des Rechts staatlicher Behörden auf Prüfung und Genehmigung von Beschlüssen der Gemeinden (z. B. Verzicht auf die Bestätigung des Oberbürgermeisters) brachte den Gemeinden größere Selbständigkeit. Der Große Ausschuß, in dem sich durch eine Änderung des Dreiklassenwahlrechts der Einfluß der unteren Klasse erhöhte, trat an die Stelle des früheren Bürgerausschusses (vgl. oben S. 89). Er erhielt dessen Bezeichnung und übernahm dessen Kontrollfunktionen (z. B. Prüfung des Voranschlags und der Rechnung) gegenüber dem Gemeinderat, der die Verwaltungsgeschäfte der Stadt führte, ohne aber die gleiche Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit zu besitzen wie der frühere (kleine) Bürgerausschuß. Der neue (große) Bürgerausschuß wurde grundsätzlich vom Oberbürgermeister geleitet, und der Gemeinderat, der zu kontrollieren war, gehörte ihm als integrierter Teil an.

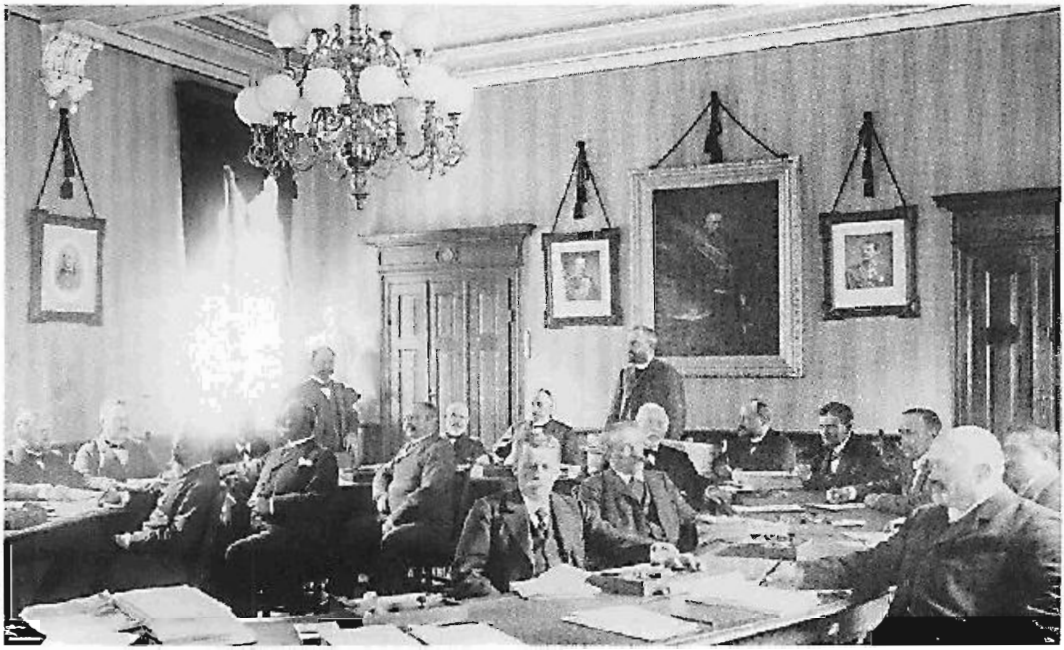
Nur vier Jahre später, am 24. Juni 1874, führte der Landtag mit einem Gesetz, kurz „Städteordnung" genannt, für die Städte dann doch die Einwohnergemeinde ein. Die Städteordnung sah eine erneute Umstrukturierung der Gemeindeorgane vor, die nun folgendermaßen gegliedert waren: 1. der Oberbürgermeister und seine Stellvertreter, 2. der Gemeinderat, 3. die Stadtverordneten, die zusammen mit den Bürgermeistern und dem Gemeinderat den Bürgerausschuß bildeten, und 4. die Städtischen Kommissionen. Nach der wesentlich von Staatsminister Julius Jolly konzipierten Städteordnung erhielt jeder 24 Jahre alte deutsche Mann, der nicht im aktiven Militärdienst stand, selbständig, unbescholten und seit zwei Jahren ortsansässig war, keine Almosen empfing und die Gemeindeabgaben und Staatssteuern entrichtete, das aktive und passive Wahlrecht. In Karlsruhe erhöhte sich damit die Zahl der Wähler von 1 652 auf 6 500 bei etwa 43 000 Einwohnern. Die wahlberechtigten Einwohner hatten jedoch nur noch ein Gremium, die Stadtverordnetenversammlung mit ihren 96 Mitgliedern, zu wählen. Dies geschah nach dem Dreiklassenwahlrecht. Die unmittelbare Wahl der Bürgermeister und der Gemeinderäte, erst 1870 erneut eingeführt, wurde wieder abgeschafft. Statt dessen wählten die Stadtverordneten, die Bürgermeister und Gemeinderäte, der Bürgerausschuß also, den Oberbürgermeister, seine Stellvertreter und die Gemeinderäte. In Karlsruhe waren 22 ehrenamtliche Stadträte für sechs Jahre (Neuwahlen für jeweils die Hälfte alle drei Jahre) zu wählen. Für den Oberbürgermeister und zwei Beigeordnete, die von der Stadt Gehalt bezogen, erhöhte sich die Amtszeit auf neun Jahre. Oberbürgermeister, Beigeordnete, Stadträte und Stadtverordnete bildeten zusammen den 121köpfigen Bürgerausschuß, den nur der Oberbürgermeister einberufen und leiten konnte. Der Bürgerausschuß mußte u. a. Geländeveräußerungen, Neu-

bauten, Geländeerwerbungen, Kapitalaufnahmen, Gas-, Wasser- und Elektrizitätspreisen zustimmen. Seine Genehmigung war erforderlich für den Voranschlag des Etats und den Erlaß von Ortsstatuten.

Die Städteordnung öffnete einerseits durch die generelle Möglichkeit der Bestellung besoldeter Beigeordneter den Weg zur Professionalisierung der Gemeindeverwaltung, andererseits stärkte sie zugleich das ehrenamtliche Element durch Vorschriften zur Einrichtung von städtischen Kommissionen, in denen neben Stadträten und -verordneten auch andere Mitglieder der Gemeinde mitarbeiten konnten. Für Schul- und Armenwesen und für die öffentliche Gesundheitspflege waren die Kommissionen zwingend vorgeschrieben. Mit der Befugnis, Ortsstatute für die Regelung gemeindlicher Angelegenheiten zu erlassen, erlangten die Städte erneut größere Selbständigkeit.

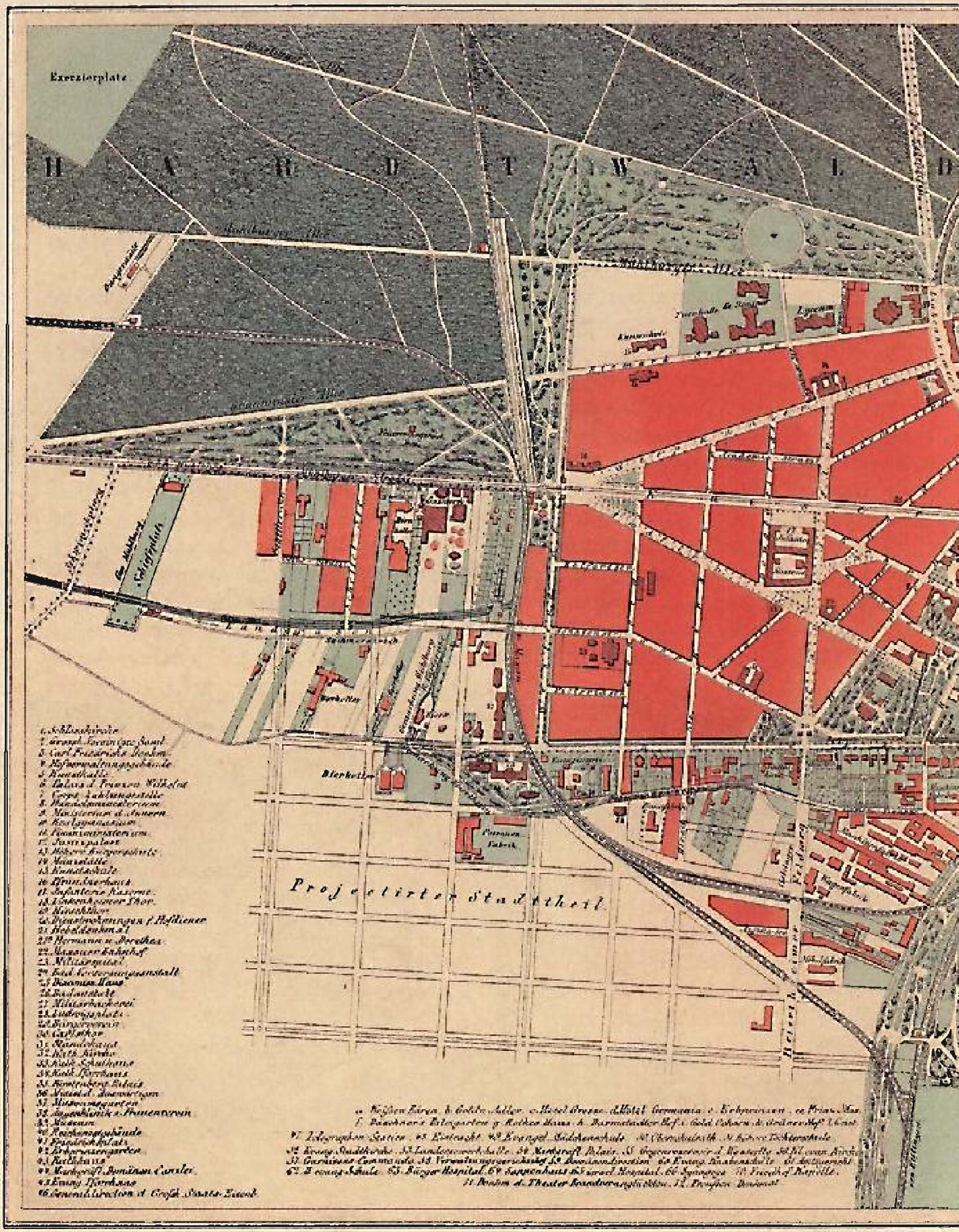
Bis zum Jahre 1910 sind einige Änderungen der Städteordnung zu verzeichnen, die die Stellung der Stadtverordneten gegenüber der Verwaltung gestärkt haben, z. B. 1884 durch das Recht, selbständige Anträge zu stellen und ohne Beteiligung des Stadtrats die Rechnungsprüfung vorzunehmen. 1910 erhielten die Stadtverordneten das Recht, auch in den Gemeindeangelegenheiten Vorschläge zu unterbreiten, die nicht ihrer Zustimmung unterlagen. Der Stadtrat mußte dazu begründet Stellung beziehen.

Eine Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts war vor 1914 nicht durchzusetzen. Der Einfluß der Niedrigstbesteuerten konnte jedoch 1910 durch eine Änderung des Dreiklassenwahlsystems etwas verstärkt werden. Zugleich verdeutlichte die Einführung der Verhältniswahl mit Parteilisten die Politisierung des kommunalen Geschehens. Die Gleichberechtigung der Frauen konnte vor Kriegsausbruch ebenfalls nicht erreicht werden. Es gelang aber immerhin, 1910 die Beteiligung von Frauen in der Armen-, in der Unterrichts- und Erziehungs- und in der Gesundheitspflegekommission verbindlich vorzuschreiben.

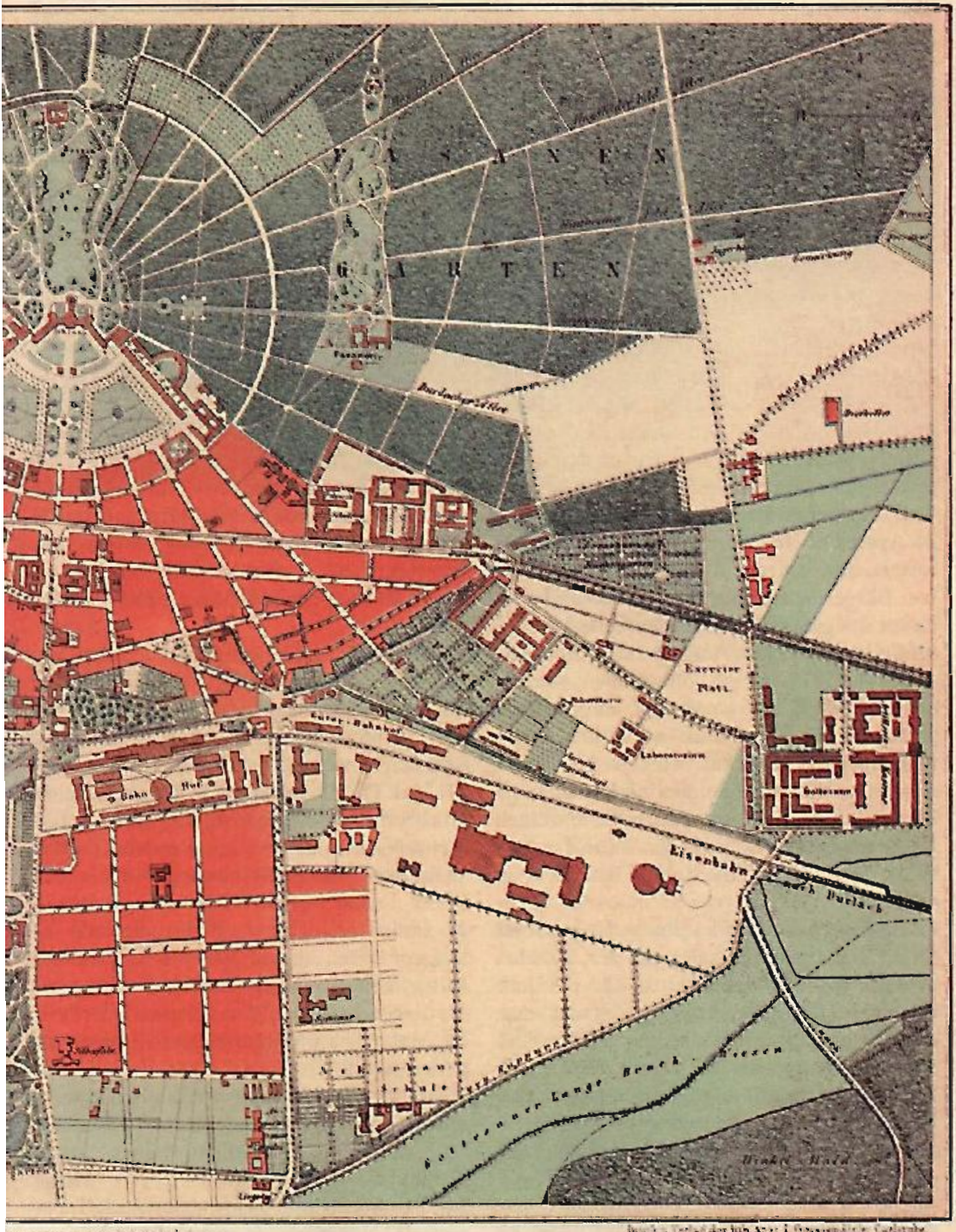


Der Gemeinderat im Jahre 1902. Stehend rechts Oberbürgermeister Karl Schnetzler

PLAN VON


Exerzierplatz
H A R D T W A L D
Projectirter Stadttheil
Bierkeller
Personen Fabrik
1. Schlosskirche
9. Ministerium d. Innern
17. Infanterie Kaserne
20. Dienstwohnungen f. Hofdiener
38. Augenklinik u. Frauenverein
40. Reichsbankgebäude

KARLSRUHE



Karlsruher Stadtplan aus dem Jahr 1880. Die Bahnanlagen wurden weiter ausgebaut, die Stadt wuchs nach Süden und Südwesten und auch nördlich der Stephanienstraße. Der Landgraben ist nur noch im Verlauf der späteren Sophienstraße nicht geschlossen

— Errichtung einer provisorischen Ausstellungshalle am Festplatz. Sie wird 1886 gegenüber der Festhalle neu aufgebaut und für Zirkus- und Theaterveranstaltungen um einem Mittelbau erweitert. Im Juni 1913 wird das langlebige Provisorium abgerissen.

— Die Schreibweise des Namens der Stadt Karlsruhe mit K, bisher oft auch mit C, wird verbindlich.

10. Januar: Bei den Reichstagswahlen siegt der Kandidat der Nationalliberalen Partei vor dem der Konservativen, der von der Zentrumspartei unterstützt wird, und dem der SPD.

21. Januar: Eröffnung der Pferdebahn vom Durlacher Tor zum Mühlburger Tor, der im Mai die Inbetriebnahme der Strecke Marktplatz–Bahnhof folgt und im September die nach Mühlburg. Die Konzession für den Bahnbetrieb hat die Stadt dem Bremer Ingenieur Karl Westenfeld für 50 Jahre übertragen.

24. April: Die Neuorganisation des Volksschulwesens tritt in Kraft. Ausgearbeitet wurde sie von Bürgermeister Karl Schnetzler und dem Leiter des gesamten Karlsruher Volksschulwesens, Gustav Specht. Aufgrund des Landesgesetzes von 1876 sind die Volksschulen, wie von der Stadt schon 1836 gewünscht, konfessionell gemischt. Die Volksschule war – für Jungen und Mädchen getrennt – vielfach gegliedert. Schnetzler begründete dies damit, daß die Mannigfaltigkeit des Lebens an die einzelnen Volksklassen unterschiedliche Anforderungen stelle. Darauf habe die Schule Rücksicht zu nehmen.

29. April: Feierliche Einweihung der von Josef Durm geplanten Festhalle auf der früheren Schießwiese am Festplatz. In diesem Jahr übernimmt die Stadt den Tiergarten und vereinigt ihn mit den Außenanlagen bei der Festhalle zum Stadtgarten.

1. August: Eröffnung einer Allgemeinen Kunst- und Gewerbeausstellung für das Großherzogtum Baden, die der Gewerbeverein veranstaltet.

1878

— Vollendung des Neubaus für die Höhere Mädchenschule an der Sophienstraße.

27. April: Durch landesherrliche Verordnung wird die Kunstgewerbeschule ins Leben gerufen. Im Oktober 1889 bezieht sie einen Neubau in der Westendstraße (heute Reinhold-Frank-Straße) 81. Dort wird auch das 1890 geschaffene Kunstgewerbemuseum untergebracht.

6. November: Eröffnung der Baugewerkeschule, der heutigen Fachhochschule an der Moltkestraße.

1879

— An der Kriegsstraße entsteht unter Leitung Josef Durms ein Palais im Stil der italienischen Renaissance im Auftrag des Hoftheaterintendanten Dr. Albert Bürklin. Auf dem Grundstück des im Zweiten Weltkrieg zerstörten Palais steht heute das Studio Karlsruhe des Süddeutschen Rundfunks.

— Die Lumpenverwertungsfirma Vogel & Schnurmann verlegt ihren Betrieb von Muggensturm nach Karlsruhe. 1899 eröffnet die Firma neue Betriebsgebäude am Westbahnhof.

8. Mai: Aufgrund einer landesherrlichen Verordnung zur Einrichtung von Mittelschulen für die weibliche Jugend wird die frühere Höhere Töchterschule neu organisiert. Sie führt jetzt den Namen Höhere Mädchenschule.

21. Mai: Die Lange Straße wird zur goldenen Hochzeit des deutschen Kaiserpaares in Kaiserstraße umbenannt. Ihre westliche Fortsetzung, die bisherige Mühlburger Allee, erhält am 29. Januar 1880 den Namen Kaiserallee.

17. Juni: Durch Ortsstatut wird die Zahl der Beigeordneten, die ab 1884 die Bezeichnung Bürgermeister erhalten, auf drei erhöht und die der Stadträte von 22 auf 21 vermindert. Am 24. März 1886 wird der frühere Zustand wiederhergestellt.

2. Oktober: Mit Inkrafttreten der Reichsjustizreform erhält der oberste badische Gerichtshof, das Oberlandesgericht, seinen Sitz in Karlsruhe.

14. Oktober: Die Kraichgaubahn nach Eppingen wird in Betrieb genommen.

1. November: Beginn der Landgraben-Kor-

Portal der Festhalle 1892, im Hintergrund das Vierordtbad. Die von Josef Durm geplante Festhalle wurde 1944 bei einem Luftangriff zerstört

rektion nach den Plänen von Hermann Schück.

1880

— Gustav Schönleber wird als Lehrer für Landschaftsmalerei an die Kunstschule berufen.

— Felix Mottl wird als Nachfolger Otto Dessoffs 1. Kapellmeister. 1904 verläßt er Karlsruhe. Unter seiner Leitung erwirbt sich die Karlsruher Oper den Ruf eines „Klein-Bayreuth".

— Das seit 1863 bestehende städtische Rheinbad bei Maxau, das als beliebtes Ausflugsziel mit der Maxaubahn zu erreichen ist, wird völlig umgebaut und modernisiert.

28. Juni: Neukonstituierung der Handelskammer, deren Bezirk stark vergrößert worden ist. Präsident wird der Bankier Karl August Schneider.

1881

— Das Leihhaus und die Ersparniskasse werden aufgrund neuer gesetzlicher Vorschriften zur Städtischen Spar- und Pfandleihkasse zusammengeschlossen.

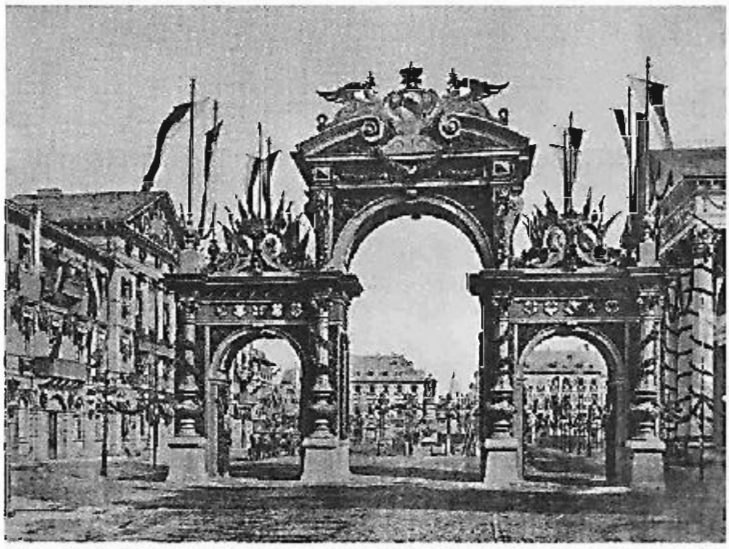
8. Februar: Gründung des 1890 in „Karlsruher Altertumsverein" umbenannten Geschichtsvereins.

3. Juni–16. Oktober: Zur Silberhochzeit Großherzog Friedrichs I. mit Großherzogin Luise und zur gleichzeitigen Vermählung der Prinzessin Viktoria mit Kronprinz Gustav Adolf von Schweden am 20. September 1881 findet eine Kunst- und Gewerbeausstellung statt. An den Festtagen bei Hofe weilen neben dem deutschen Kaiserpaar zahlreiche deutsche und europäische Fürstlichkeiten in Karlsruhe.

16. Juli: Zwischen Durlacher Tor und Durlach nimmt eine Dampfbahn den Betrieb auf. Sie benötigt für die 3,7 km lange Strecke 13 Minuten. Um die gleiche Zeit wird die zwischenzeitlich geschlossene Strecke Marktplatz–Bahnhof wieder eingerichtet.

27. Oktober: Erstmals kandidiert bei den Reichstagswahlen ein Vertreter der Demokraten, einer zweiten liberalen Partei. Stärkste Partei bleiben die Nationalliberalen.

28. November: Einweihung der von Gustav



Triumphbogen auf dem Marktplatz zur Silberhochzeit des Großherzogspaares und zur Vermählung von Prinzessin Viktoria mit Kronprinz Gustav Adolf von Schweden. Solche Festdekorationen gab es vor 1914 mehrfach zu besonders feierlichen Anlässen

Ziegler geplanten Synagoge der orthodoxen Israelitischen Religionsgesellschaft im Hinterhaus Karl-Friedrich-Straße 14.

1882

— Die von Josef Durm geplante Villa von August Schmieder in der Karlstraße 10 ist fertiggestellt. Bezogen wird sie 1883. 1899 erwirbt Prinz Max von Baden die Villa, die fortan seinen Namen trägt.

22. Juni: Bildung einer städtischen Archivkommission, der am 10. Juli 1885 die Einrichtung des Stadtarchivs folgt.

1883

— Aus der Deutschen Metallpatronenfabrik Lorenz wird die Maschinenfabrik Lorenz Karlsruhe/Baden ausgegliedert.

1884

1. Januar: Inbetriebnahme der ersten Fernsprechanlage mit 25 Teilnehmern. Als erste Verbindung nach außerhalb wird 1890 die nach Durlach eröffnet.

1. Mai: Auf Initiative der Handelskammer wird mit Unterstützung durch die Stadtverwaltung in der Gartenstraße 39 ein Exportmusterlager eröffnet. Es soll der Absatzförderung badischer Gewerbe- und Industrieprodukte dienen.

15. September: Gründung des Großherzoglichen Konservatoriums, das von der Stadt einen Zuschuß erhält. Erster Leiter wird Heinrich Ordenstein. Am 20. Oktober 1893 kann ein eigenes neues Schulgebäude in der Sophienstraße bezogen werden.

1885

— Die anhaltenden Diskussionen um die Verbesserung der Verkehrssituation am Hauptbahnhof führen zur Anlage eines Fußgängertunnels am Rüppurrer Tor (1885) und am Ettlinger Tor (1886).

— Umwidmung der Polytechnischen Schule in „Technische Hochschule".

— Erstes Erscheinen des Vorgängers der „Badischen Presse", die zwar kein Parteiblatt sein will, zumeist aber liberale Standpunkte vertritt.

— Unter dem Protektorat der Großherzogin Luise wird eine Malerinnenschule gegründet, die bis 1923 existiert.

27.–31. Mai: Drittes Musikfest in Karlsruhe. Im Mittelpunkt stehen Werke von Wagner, Liszt und Berlioz.

September: Die 1879 nach Plänen von Hermann Schück begonnenen Korrekturarbeiten am Landgraben werden mit dessen Überwölbung abgeschlossen. Er ist das Rückgrat des Kanalnetzes für die Entwässerung der Stadt.

1886

1. Januar: Eingemeindung Mühlburgs durch Landesgesetz vom 12. Dezember 1885.

9. April: In seinem Elternhaus in der Stephanienstraße stirbt Johann Viktor von Scheffel. Die Beerdigung wird zu einer der größten Trauerbekundungen in der Stadt.

Oktober: Das neue Gaswerk II, östlich von Gottesaue, eröffnet seinen Betrieb. Beide Gaswerke müssen zur Bedarfsdeckung immer wieder erweitert werden. 1884/85 erzeugt man 3,5 Millionen Kubikmeter Gas, 1913 16,5 Millionen.

23. Oktober: Einweihung der Uhlandschule, die in zwei Etappen nach Plänen von Heinrich Lang und Wilhelm Strieder errichtet wurde.

1887

— In diesem und dem folgenden Jahr entdeckt der Professor für Physik an der Technischen Hochschule, Heinrich Hertz, die elektromagnetischen Wellen. Damit sind die Voraussetzungen für die drahtlose Nachrichtenübermittlung geschaffen.

28. März: Feierliche Eröffnung des neuen von Wilhelm Strieder geplanten Schlachthofes im Osten der Stadt. Erweiterungsbauten erweisen sich 1897 und 1914 als notwendig.

28. April: Grundsteinlegung für die nach Entwürfen von Ludwig Diemer gebaute evangelische Johanniskirche in der Südstadt. Dies ist der erste Kirchenneubau, der durch das Wachstum der Stadt nötig wurde. Die Einweihung findet am 1. April 1889 statt.

24. November: Eröffnung der Kaiserpassage.

1888

7. Juli: In der Kaiserstraße 136 eröffnet als private Anstalt das Friedrichsbad seinen Betrieb. Es verfügt über die erste Schwimmhalle in der Stadt.

26. November: Gründung der Bürger-Gesellschaft in der Südstadt. Sie ist der erste Bürgerverein eines Karlsruher Stadtteils. Er soll die Interessen des Stadtteils, der durch die Bahnlinie und die langen Schließungszeiten der Bahnübergänge von der Stadt abgetrennt ist, gegenüber den Behörden wahrnehmen.

Der Trauerzug für Johann Viktor von Scheffel in der Kaiserstraße. Der Blick in die Kaiserstraße zeigt das Nebeneinander alter Modellhäuser und neuer mehrgeschossiger Bauten

1889

— Der am 28. Mai 1865 gegründete Lebensbedürfnisverein wird in eine GmbH umgewandelt. Nach einer Krise anfangs der 70er Jahre entwickelt er sich bis 1913 zu einem Unternehmen mit 28 Vereinsläden und einem Hauptlager in der Roonstraße 28.

1. April: Die Stadtverwaltung übernimmt die Straßenreinigung und die Hausmüllabfuhr in eigene Regie. Die Müllablagerung erfolgt südlich des Gaswerks II. Der entstandene Hügel wird später beim Bau der neuen Bahnlinie für die Aufschüttung des heutigen Meßplatzes verwendet.

10. Mai: Die katholische St.-Peter-und-Paul-Kirche in Mühlburg wird feierlich eingeweiht. Der erste Gottesdienst fand an Weihnachten 1886 statt.

19. August: Kaiser Wilhelm II. kommt erstmals nach Karlsruhe und wird u. a. von 20 000 ehemaligen badischen Soldaten, die freie Fahrt mit der Eisenbahn nach Karlsruhe erhielten, festlich empfangen. Bis 1914 kommt der Kaiser noch 30mal in die Residenzstadt.

1890

— Gründung eines Katholischen Arbeitervereins.

— Im Osten der Stadt vor dem Durlacher Tor wird ein Wohn- und Industriegebiet erschlossen. Dort siedeln sich u. a. die Parfümeriefabrik Wolff & Sohn, die Nähmaschinenfabrik Haid & Neu und die Bierbrauerei Hoepfner an.

— Verlängerung der Kreuzstraße zur Kriegsstraße.

20. Februar: Nach lebhaftem Wahlkampf siegt bei den Reichstagswahlen der nationalliberale Kandidat vor dem der SPD und dem des Zentrums, der freisinnigen und der demokratischen Partei. Der Vorsprung der Nationalliberalen war gegenüber früheren Wahlen erheblich geringer.

April: Bei den Wahlen zum Bürgerausschuß erhalten in diesem, bisher nur mit Vertretern der Nationalliberalen Partei besetzten Gremium erstmals trotz des bestehenden Dreiklassenwahlrechts drei Sozialdemokraten ein Mandat. Ihre Zahl wächst im Jahr 1896 auf zwölf.

1. Mai: Am Abend kommen erstmals mehrere hundert Arbeiter und zahlreiche Polizeispitzel im Saal des Wirtes August Kasper in der Schützenstraße zusammen und hören Reden zu den Forderungen der Arbeiterbewegung. Am folgenden Sonntag, dem 4. Mai, wird ein Maiausflug organisiert.

3. Mai: Eröffnung des vom Frauenverein getragenen „Ludwig-Wilhelm-Krankenheims" an der Kaiserallee 10. In ihm geht die frühere Vereinsklinik auf, und sie beherbergt das Mutterhaus der Schwesternschaft des Frauenvereins.

25. Mai: Im Stadtgarten wird das Schwarzwaldhaus eröffnet und die Radfahrerbahn eingeweiht.

6. Oktober: Die Lokalbahn Durmersheim–Spöck, eine dampfgetriebene Schmalspurbahn, eröffnet den Betrieb Durmersheim–Karlsruhe. Die Strecke Karlsruhe–Spöck wird am 29. Januar 1891 eingeweiht.

6./7. Dezember: Die Uraufführung der „Trojaner" von Hector Berlioz wird zu einem europäischen Musikereignis.

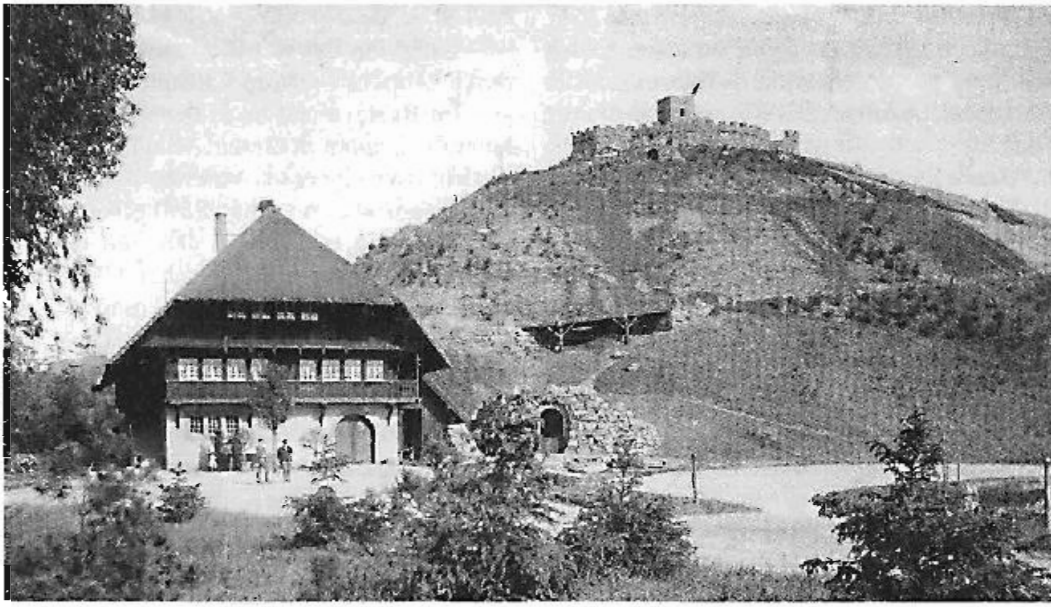
1891

— Eröffnung des Varieté-Theaters Colosseum in der Waldstraße.

— In dem nun für die Öffentlichkeit freigegebenen Erbprinzengarten werden nahe der Kriegsstraße die Nymphengruppe und der naturnah neuangelegte See übergeben. Die Figurengruppe ist von Heinrich Weltring gestaltet, gestiftet wird die gesamte Anlage von Wilhelm Lorenz.

12. Februar: Eröffnung einer Anstalt für Arbeitsnachweise in der Kreuzstraße 17. Als privates Institut von zwölf gemeinnützigen Vereinen ist es allen Arbeitgebern und -nehmern zugänglich.

29. März: Bei einem großen Brand in der Seminarstraße kommen zwei Menschen ums Leben. Daraufhin wird die Schaffung einer Berufsfeuerwehr erörtert, jedoch ohne Ergebnis. Es werden aber zur rascheren Feuerbekämpfung im ganzen Stadtgebiet Feuermelder eingerichtet. Seit 1. Dezember 1892 gibt es eine



Das Schwarzwaldhaus im Stadtgarten am Lauterberg vor 1896, rechts ein Stück der Radrennbahn um den See. Das Schwarzwaldhaus wurde 1944 durch Bomben zerstört

Feuernachtwache, seit 1. Juli 1908 eine ständige Feuerwache.

28. Juni–24. September: Im Orangeriegebäude findet eine Fächerausstellung statt.

Juli: Neues Schützenhaus an der Linkenheimer Allee eröffnet.

August: Mit der Fertigstellung der von der Eisengießerei Seneca hergestellten Hirschbrücke über die Bahnlinie wird die Weiterführung der Hirschstraße nach Süden ermöglicht.

1. August: Der am 17. November 1888 gegründete Metallarbeiterfachverein wird Verwaltungsstelle Karlsruhe des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

17. November: Gründung des ersten Karlsruher Fußballvereins KFV.

9. Dezember: In der katholischen Liebfrauenkirche in der Südstadt wird erstmals ein Gottesdienst abgehalten. Die feierliche Weihe ist am 16. Oktober 1892.

1892

— Der Spitalplatz und die Spitalstraße werden in Lidellplatz und in Markgrafenstraße umbenannt. Der Kammerrat Christoph Friedrich Lidell hatte der Stadt 1792 einen großen Betrag gestiftet, aus dessen Erträgen arme Kranke versorgt wurden.

1. April: In dem 1891 fertiggestellten Gebäude der neuen Kadettenanstalt an der Moltkestraße (heute Oberfinanzdirektion) beginnt der Unterricht.

11. April: Tod des Oberbürgermeisters Wilhelm Lauter. Am 15. Oktober 1895 wird am Stadtgartensee ein von Hermann Volz und Wilhelm Strieder entworfenes Denkmal des Verstorbenen enthüllt.

25. April: Wahl Karl Schnetzlers zum neuen Oberbürgermeister.

15. Oktober: Einweihung der Karl-Wilhelm-Schule am Durlacher Tor. Architekt ist Wilhelm Strieder.

19. November: Feierliche Enthüllung des von Hermann Volz geschaffenen Scheffel-Denkmals auf dem heutigen Scheffelplatz.

1893

— Gründung des Malerinnenvereins.

— Gründung der „Badischen Historischen Kommission".

— Gewerkschaftskartell Karlsruhe gegründet.

5.–12. Mai: Veranstaltung einer Berlioz-Woche. Zahlreiche auswärtige Gäste kommen zu den von Felix Mottl geleiteten Aufführungen der Werke des französischen Komponisten in die Stadt.
12. Juni: Der neue Hochdruckbehälter der städtischen Wasserwerke geht in Betrieb. Die damit verbundenen Verbesserungen sichern die Leistungsfähigkeit der Wasserversorgung. Der Hochbehälter liegt nach einer Idee von Oberbürgermeister Lauter in einer künstlichen, landschaftsgärtnerisch gestalteten Aufschüttung im Stadtgarten. Ihm zu Ehren erhält der Hügel den Namen Lauterberg.
24. Juli: Der Bürgerausschuß bewilligt 6000 Mark zur Ausarbeitung von Plänen für eine Verbindung von Stadt und Rhein durch einen Stichkanal. Beauftragt wird Stadtbaumeister Hermann Schück.
16. September: Der „Verein Frauenbildungsreform", dessen Ortsgruppe seit 1888 in Karlsruhe arbeitet, gründet das erste deutsche Mädchengymnasium, das heutige Lessinggymnasium. Erster Leiter wird G. Haag aus Bern.
24. September: Enthüllung des Drais-Denkmals an der Kriegsstraße, das vom Deutschen Radfahrerbund gestiftet wurde.

1894

— Erweiterung des Stadtgartens nach Süden und Westen.
Februar: Die am 20. August 1891 vom Stadtrat beschlossene Wohnungsuntersuchung in der Stadt ist beendet. Sie ergibt, daß trotz einer Reihe von Mißständen kein Wohnungselend wie in anderen großen Städten herrscht.
23. Oktober: Die ersten Soldaten ziehen in die neue Infanteriekaserne, Moltkestraße 4, ein.

1895

— Gründung des „1. Fußballverein Sport Mühlburg", aus dem 1933 nach mehrfachen Fusionen der „VfB Mühlburg" entsteht.
1. September–15. Oktober: Der Karlsruher Gewerbeverein veranstaltet eine Elektrische Ausstellung. Sie führt Anwendungsmöglichkeiten der Elektrizität im privaten, gewerblichen und öffentlichen Bereich vor.

1896

— Gründung des Künstlerbundes Karlsruhe durch Leopold Graf von Kalckreuth.
— Im Realgymnasium in der späteren Englerstraße beginnt in diesem Schuljahr der Unterricht nach einem reformierten Lehrplan. In dieser vom Stadtrat schon 1890 gewünschten Reformschule erhalten in den fünf unteren Klassen alle Schüler den gleichen Unterricht, erst dann findet eine Differenzierung in Gymnasium und Realgymnasium statt. Dies wird ein Vorbild für Reformen im Schulwesen.
8. Januar: Die Höhere Bürgerschule, seit 1891 Oberrealschule, bezieht in Anwesenheit des Großherzogs den von Wilhelm Strieder geplanten Neubau in der Kaiserallee 6. Sie erhält den Namen Friedrichsschule (heute Helmholtzgymnasium).
12. Mai: Der Bürgerausschuß beschließt den Bau des Rheinhafens. Der Landtag bewilligt dazu einen Zuschuß von zwei Millionen Mark.
4. Juni: Erste Fronleichnamsprozession in der Stadt, nachdem diese in dem eingemeindeten Mühlburg seit 1887 stattfinden.
29. Juni: Die nach einem Vorentwurf von Franz Baer, von Jakob Friedrich Hemberger und seinem Sohn Hermann ausgeführte Grabstätte der badischen Fürsten, das Mausoleum im Fasanengarten, wird eingeweiht.
9. September: Zum 70. Geburtstag huldigen die Stadt und das Land dem Großherzog mit einem Festzug, an dem etwa 4000 Menschen beteiligt sind.

1897

— Fertigstellung des Erbgroßherzoglichen Palais an der Kriegsstraße und des Gefängnisbaus an der Riefstahlstraße, beide erbaut nach Plänen von Josef Durm.
— Ein Ortsstatut legt fest, daß der Hardtwaldstadtteil und die Zone um die heutige Reinhold-Frank- und die Kriegsstraße, die westliche Stadterweiterung also, von Gewerbe frei bleiben sollen.
März: Gründung des Mieter- und Bauvereins. Er kann bis 1911 411 Wohnungen erstellen und damit der Mietteuerung entgegenwirken.
8. Juni: Einweihung der Altkatholischen Kir-

che an der heutigen Röntgenstraße.
Juli: Eröffnung des Erweiterungsbaus der Kunsthalle an der Waldstraße, dessen Pläne Josef Durm entworfen hat.
18. Oktober: Das von der Stadt in Auftrag gegebene und von Adolf Heer entworfene Denkmal für Kaiser Wilhelm I. wird am Mühlburger Tor in dem 1889 angelegten Platz feierlich enthüllt.

1898

— Errichtung des Elektrotechnischen Instituts der Technischen Hochschule unter Leitung von Prof. Engelbert Arnold.
— Die Technische Hochschule erhält das Promotionsrecht für die ingenieurwissenschaftlichen Fächer.
— Die Dragoner beziehen ihre neue Kaserne an der Kaiserallee 18.
17.–19. Mai: Festliche Einweihung mehrerer Hochschulbauten, vor allem des Aula- und Hörsaalbaus, der von Josef Durm geplant worden ist.
14. Juni: Der Bürgerausschuß genehmigt die Übernahme des Mädchengymnasiums (Lessinggymnasium) durch die Stadt. Ein Jahr später bestehen die ersten vier Abiturientinnen die Abschlußprüfung.
16. Juni: Bei den Reichstagswahlen erhält erstmals ein sozialdemokratischer Kandidat, der Redakteur Adolf Geck, sowohl in Karlsruhe wie im ganzen Wahlkreis die Mehrheit der Stimmen und zieht in den Reichstag ein. Geck behält das Mandat bis zu den Wahlen im Jahre 1912.
2. Juli: Die Nahverkehrsbahn über Ettlingen in das Albtal erreicht Herrenalb. Die Seitenstrecke über Ittersbach, Brötzingen nach Pforzheim ist am 2. Juli 1901 fertiggestellt.
September: Beginn der Bauarbeiten für den Rheinhafen.
24. Oktober: Der Bürgerausschuß und der Stadtrat entscheiden sich in der umstrittenen Hauptbahnhoffrage für dessen Hochlegung an der alten Stelle an der Kriegsstraße mit Unterführung der Straßen.
November: Gründung der „Badischen Feuerversicherungsbank".

1899

— Hans Thoma kommt als Professor der Kunstakademie und Direktor der Kunsthalle nach Karlsruhe.
— Die Stadt erschließt im Südwesten bei Grünwinkel ein weiteres Industriegebiet. Hier entstehen u. a. Gebäude der Maschinenbauge-

Saal des Colosseum Varieté-Theaters in der Waldstraße, wo 1900 die ersten Filmbilder liefen

sellschaft, Neubauten der hier ansässigen Sinner AG, der Kunstwollfabrik Vogel & Schnurmann und der Gesellschaft für elektrische Industrie.

1. April: Das sozialdemokratische Parteiblatt „Volksfreund", bisher in Offenburg herausgegeben, erscheint nun in Karlsruhe.

3. Oktober: Das neue Waisenhaus in der Stösserstraße 17 ist bezugsfertig.

1900

– Im Karlsruher Adreßbuch sind 337 Vereine und Verbände aufgeführt. Dies verweist auf die Ausdifferenzierung des Vereinswesens nach den unterschiedlichsten Interessen und Bedürfnissen.

– Anlage und Benennung des Gutenbergplatzes im Zuge der Bebauung der südlichen Weststadt zwischen Karlsruhe und Mühlburg. Bis 1829 war hier eine Hinrichtungsstätte, dann bis 1891 der Schießplatz der Schützengesellschaft. Im September 1908 wird der von Friedrich Ratzel entworfene Brunnen fertiggestellt.

19. März: Die Pferdebahn-Strecke Durlach–Mühlburger Tor wird als erste auf elektrischen Betrieb umgestellt.

15. Mai: Einweihung des neuen St.-Vincentius-Krankenhauses in der Südendstraße.

2. Juli: Nach zweijährigen Um- und Neubauten wird das Vierordtbad wiedereröffnet. Neben verschiedenen Badeeinrichtungen steht nun auch eine Schwimmhalle zur Verfügung.

1. September: Vorführung der ersten echten Filmbilder im Varieté-Theater Colosseum, u. a. mit Lokalaufnahmen vom Marktplatz und Bahnhof in Karlsruhe.

14. Oktober: Einweihung der Christuskirche am Mühlburger Tor. Die Pläne stammen vom Architekturbüro Curjel & Moser.

18. Oktober: Feierliche Eröffnung des neuen, von Wilhelm Walter geplanten Reichspostgebäudes am heutigen Europaplatz anstelle der alten, 1897 abgerissenen Infanteriekaserne. Im Jahre 1912 wird mit dem Postscheckamt zum Stephanplatz das Geviert des Gebäudes geschlossen.

10. November: Feierliche Einweihung des nach Plänen von Friedrich Ratzel erbauten Kunstvereinsgebäudes an der Waldstraße.

Straßenbahnhaltestelle Durlacher Tor vor 1900. Noch fährt die Dampfbahn nach Durlach, daneben liegen die Gleise der innerstädtischen Pferdebahn zum Depot beim Gottesauer Platz

Stephanplatz um 1900. Noch steht ein Teil der alten Infanteriekaserne. Im Hintergrund rechts der Neubau der Reichspost

22. Dezember: Als erster mehrerer neuer Streckenabschnitte wird die Straßenbahnlinie vom Mühlburger Tor über die Schillerstraße zum Kühlen Krug eröffnet.

1901

— Anlage des heutigen Stephanplatzes. Zuvor wird die alte städtische Kaserne abgerissen. Auf dem nördlichen Platzteil findet der vom Ludwigsplatz verlegte Wochenmarkt statt.

— Gründung des Bürgervereins Altstadt. 1955 und nochmals 1974 wird er jeweils wiederbelebt.

— Das Flußbaulaboratorium der Technischen Hochschule zur Untersuchung und Simulierung von strömungsdynamischen Abläufen nimmt seinen Betrieb auf.

10. April: Das in städtischer Regie betriebene Elektrizitätswerk nimmt den Betrieb auf. Es wurde von der hier ansässigen Gesellschaft für elektrische Industrie beim Rheinhafen errichtet.

1. Mai: Nachdem am 22. April das erste Schiff eingelaufen ist, wird der Rheinhafen offiziell für den Verkehr freigegeben. Die feierliche Einweihung findet erst am 27. Mai 1902 statt im Rahmen der Feiern des 50jährigen Regierungsjubiläums des Großherzogs Friedrich I.

5. Mai–30. September: Der Kunstgewerbeverein veranstaltet die erste Glasmalereiausstellung in Deutschland.

1. Oktober: Die Großherzogliche Majolika-Manufaktur nimmt in einem Werkstattgebäude in der Hoffstraße ihre Arbeit auf. Die im Hardtwald gelegenen Neubauten der Majolika-Manufaktur sind 1909 fertiggestellt.

26. Oktober: Feierliche Einweihung der Bernharduskirche am Durlacher Tor, deren Grundstein am 28. Juni 1896 gelegt wurde. Die Pläne fertigte der erzbischöfliche Baudirektor Max Meckel. Ihr Namenspatron ist der 1458 verstorbene selige Bernhard, Markgraf von Baden.

13. November: Eröffnung einer vom Bürgerausschuß genehmigten Volkslesehalle in der Waldhornstraße, in der die politischen Zeitungen ärmeren Schichten zur Bildung eines eigenen Urteils zugänglich sein sollen. In der Folgezeit werden mehrere wechselnde Leseräume eingerichtet.

1902

— Großherzog Friedrich I., seit 1900 erster Dr.-Ing. ehrenhalber, entspricht einer Bitte der Hochschule und genehmigt ihr, sich ihm zu Ehren „Fridericiana" zu nennen.

April: Zum 50jährigen Regierungsjubiläum des Großherzogs Friedrich I. finden zahlreiche Feiern statt, eine Kunst- und eine Gartenausstellung werden veranstaltet. Die Karlsruher sammeln knapp 80 000 Mark für die wohltätige Großherzog-Friedrich-Jubiläumsstiftung.

Bevölkerungswachstum in Karlsruhe

Bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts sorgten Seuchen, Mißernten und Kriege für ein nur sehr geringes Wachstum der Bevölkerung in Deutschland wie in Europa. Danach ist ein stark beschleunigtes Bevölkerungswachstum zu beobachten. Verbesserte Hygiene und nachlassende Epidemien sorgten für höhere Lebenserwartung, der Wegfall gesetzlicher Heiratsverbote führte zu höheren Geburtenziffern. Eine durch Agrarreformen und zunehmende Technisierung gesteigerte landwirtschaftliche Produktion sicherte die Ernährung, und der Ausbau des gewerblich-industriellen Bereichs bot der wachsenden Bevölkerung Erwerbsmöglichkeiten.

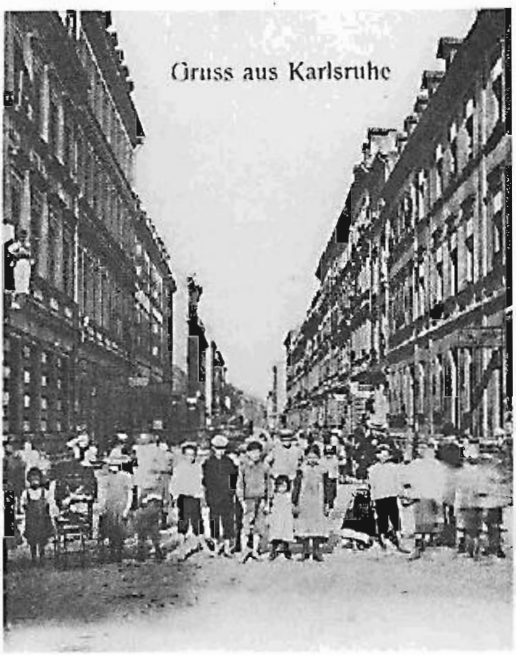
Im Gebiet des späteren Deutschen Reichs stieg die Bevölkerungszahl von 23,5 Millionen im Jahre 1816 auf 38 Millionen im Jahre 1865. Dabei wuchs bis zur Jahrhundertmitte die städtische Einwohnerzahl im Durchschnitt nur geringfügig stärker als die Gesamtbevölkerung. Karlsruhe gehörte in diesem Zeitraum, wie etwa die traditionsreichen Städte Hamburg, Augsburg und Trier oder das nahe gelegene Mannheim, zu jenen Städten, die ein unterdurchschnittliches Wachstum zeigten. Vor allem die Ruhrgebietsorte wiesen in diesen Jahren enorme Wachstumsraten aus.

Mit dem Beginn der Hochindustrialisierungsphase um das Jahr der Reichsgründung 1871 setzte ein beschleunigtes Bevölkerungswachstum ein, das vor allem in den Statistiken der Stadt ablesbar wurde. Im Reich und in Baden stieg die Einwohnerzahl zwischen 1871 und 1910 um 58 bzw. 46 Prozent. Das Wachstum in Karlsruhe betrug zur gleichen Zeit 362, das der heutigen Partnerstadt Halle 341 und das Mannheims 485 Prozent. Unter den Großstädten des Jahres 1910 erreichten junge Industriestädte im Ruhrgebiet, wie etwa Gelsenkirchen, Zuwachsraten von 2000 Prozent. Als 34. deutsche Stadt war Karlsruhe 1901 Großstadt mit 100000 Einwohnern geworden. Nicht einmal 30 Jahre zuvor hatte Oberbürgermeister Wilhelm Lauter noch 60000 als Obergrenze für die Aufnahmefähigkeit der Stadt angenommen. Die Entwicklung ging darüber hinweg, verlief aber dennoch weniger stürmisch als in vielen Städten mit günstigerer Verkehrslage oder reichen Bodenschätzen.

Es liegt auf der Hand, daß das überdurchschnittliche Bevölkerungswachstum der Städte sich nicht allein aus der natürlichen Bevölkerungsvermehrung speisen konnte. Wichtigste Quelle war vielmehr die Binnenwanderung, der Karlsruhe zwischen 1871 und 1910 eine Zunahme um etwa 53000 Einwohner verdankte. Es waren zu jener Zeit sehr viele Menschen unterwegs vom Land in die Stadt, aber auch zwischen den Städten. Auf dem Höhepunkt der Wanderungsbewegung in Karlsruhe, zwischen 1906 und 1910, kamen etwa 133300 Menschen in die Stadt, und 131900 verließen sie wieder. Aus dem Geburtenüberschuß erfolgte zwischen 1871 und 1910 eine Zunahme von etwa 30000 Karlsruhern, und 17000 neue Einwohner gewann die Stadt durch die Eingemeindungen.

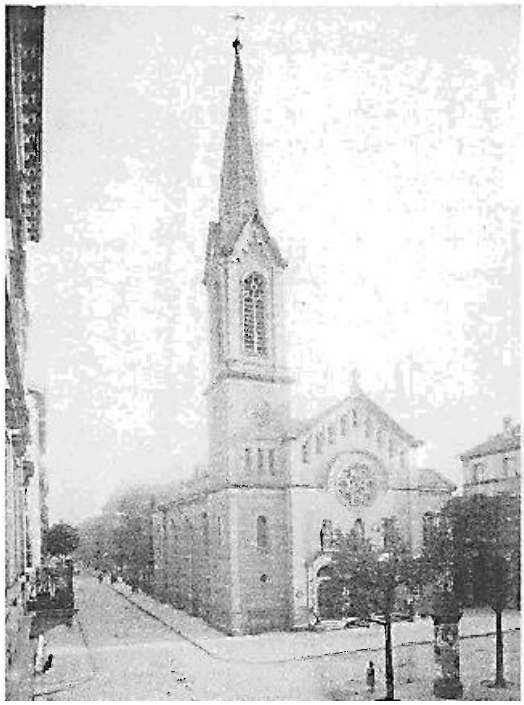
Vor allem die Binnenwanderung führte dazu, daß 1907 nur noch etwa jeder dritte Karlsruher auch hier geboren war. Knapp jeder dritte Einwohner (etwas mehr als im Durchschnitt der Großstädte) stammte vom Lande. Die gestiegene Lebenserwartung führte gelegentlich zu Befürchtungen einer Überalterung, die jedoch mit Zahlen zu widerlegen war. 54 Prozent der Karlsruher waren 1907 im besten Alter zwischen 18 und 50 Jahren. Hochschule und Garnison sorgten hier für günstigere Zahlen als im Durchschnitt der Großstädte. Entsprechend dieser Jugendlichkeit der Stadt lag 1907 die Zahl der Ledigen in Karlsruhe gegenüber dem Reich um 2 Prozent höher. 1,7 Prozent (Reichsdurchschnitt 0,4) mehr Männer als Frauen, mit allerdings abnehmender Tendenz, lebten in der Stadt.

Die Kaiserstraße, hier am Marktplatz, wandelte sich zum Einkaufszentrum



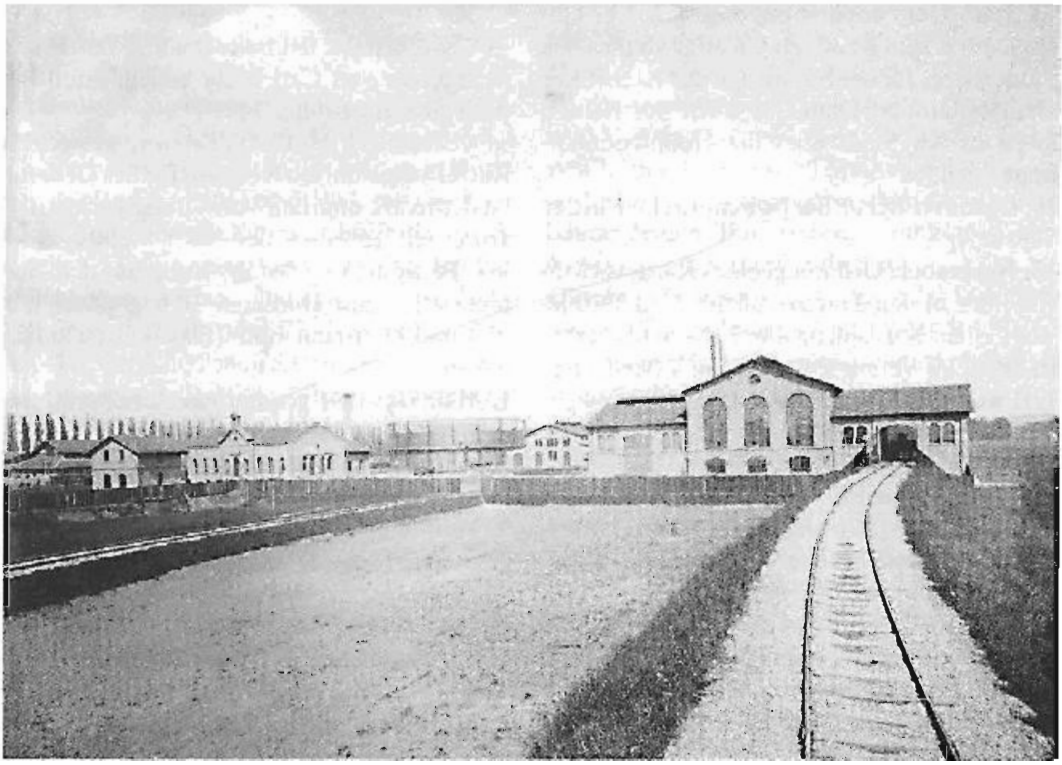
In der Südstadt wuchsen für die zunehmende Bevölkerung Mietskasernen, hier die Augartenstraße

Im Westen entstanden die Villen des Musikviertels, hier Ecke Bach-/Wendtstraße

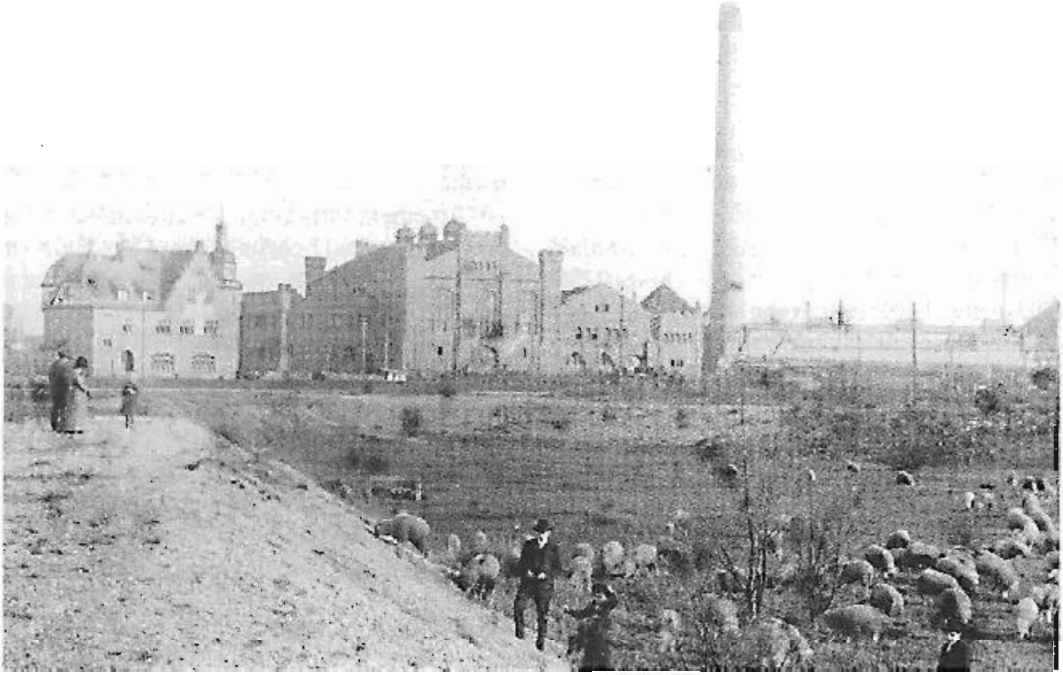


In der Südstadt wurden 1889 und 1891 die ersten Kirchenneubauten seit dem Bau der beiden Stadtkirchen errichtet. Links die evangelische Johanniskirche, rechts die katholische Liebfrauenkirche

Ettlinger-Tor-Platz nach der Jahrhundertwende. Im Vordergrund die Bahnanlagen mit der Fußgängerunterführung, im Hintergrund das Hotel Germania



Das zweite Gaswerk im Osten der Stadt wird 1886 in Betrieb genommen



Das Städtische Elektrizitätswerk am Rheinhafen nahm 1901 den Betrieb auf

13. Juni: Der badische Landtag bewilligt weitere Mittel zum Kauf von Gelände südlich des Lauterbergs für die Neuanlage des Karlsruher Hauptbahnhofs. Damit ist auch der heftige Streit in der Stadt über die Hauptbahnhoffrage beendet.
16. Oktober: Bezug der Nebeniusschule in der Südstadt.
13. November: Gründung eines Karnevalsvereins, der in den Jahren von 1903 bis 1910 jeweils einen Maskenzug durch die Stadt veranstaltet. Der Verein löst sich am 7. November 1911 wieder auf.

1903

— Die Allgemeine Versorgungsanstalt erhält mit einer neuen Satzung den Namen „Karlsruher Lebensversicherung".
1. Januar: Das seit 1856 bestehende Bankhaus Eduard Koelle wird von der Oberrheinischen Bank übernommen. Diese hatte hier seit 1900 eine Filiale und wird am 19. Dezember mit der Rheinischen Creditbank fusioniert.
26. März: Der Erwerb der Straßenbahn durch die Stadt für 6,3 Millionen Mark wird mit der Eintragung im Handelsregister vollzogen.
27. September: In Mühlburg wird die 1786 erbaute evangelische Kirche völlig renoviert. Sie trägt nun den Namen Karl-Friedrich-Gedächtniskirche.
2. November: Mehrere Karlsruher gründen den „Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs", der von der Stadt gefördert wird.
7. Dezember: Fertigstellung des Krematoriums im Hauptfriedhof, in dem im April 1904 die erste Feuerbestattung stattfindet. 1909 wird nach dem Entwurf von August Stürzenacker der Bestattungsplatz für die Urnen architektonisch und gärtnerisch gestaltet.

1904

3. Mai: Einrichtung eines Marktes auf dem Werderplatz.
3. Juli: Feierliche Enthüllung des von Friedrich Moest geschaffenen Bismarck-Denkmals vor dem Portal der Festhalle. Seit 1953 steht das Denkmal vor dem Bismarckgymnasium in der Bismarckstraße.

1905

— Die älteste deutsche Fabrik für Feuerwehrgeräte von Carl Metz verlegt ihren Betrieb nach Karlsruhe.
— Eröffnung des nach Plänen von Friedrich Ratzel ausgeführten Neubaus für das Generallandesarchiv und den Verwaltungsgerichtshof an der Hildapromenade.
— Fertigstellung des Brunnens auf dem Stephanplatz, den Hermann Billing (Architektur) und Hermann Binz (Plastik) geschaffen haben.
1. Mai: Die 1891 geschaffene Arbeitsvermittlung wird von der Stadt übernommen und erhält am 1. Oktober 1907 die Bezeichnung Städtisches Arbeitsamt.
9. Mai: Zum Abschluß verschiedener Feiern zum 100. Todestag Friedrich Schillers läuten von 17.00 Uhr bis 17.30 Uhr sämtliche Kirchenglocken der Stadt. Am gleichen Tag wird die Schillerschule an der Kapellenstraße eingeweiht. Das Karlsruher Theater führt in der Spielzeit 1904/05 sämtliche Schiller-Dramen in der Reihenfolge ihrer Entstehung auf.
19./28. Oktober: Bei den Landtagswahlen, die erstmals als Direktwahl, ohne Zwischenschaltung eines Wahlmännergremiums, durchgeführt werden, gewinnen die Liberalen und die Sozialdemokraten je zwei der vier Karlsruher Wahlkreise.

1906

— In einem Ortsstatut wird der Schulzwang für Gehilfen und Lehrlinge unter 18 Jahren angeordnet. Dies gilt erstmals in Deutschland auch für Mädchen, die in der Gewerbeschule nun die nötige Fachbildung für ihren Beruf erhalten.
8. Mai: Der Bürgerausschuß stimmt dem Verkauf der städtischen Maxaubahn an das Land Baden zu. Die Maxaubahn hatte durch neue Bahnlinien und die Eröffnung des Rheinhafens ihre Bedeutung verloren.
13. August: Eröffnung des Neubaus für die Pfandleihkasse in der Schwanenstraße 6.
31. August: Eröffnung einer stadtgeschichtlichen Ausstellung. Sie findet wie einige andere Ausstellungen in diesem Jahr statt aus Anlaß

von drei Jubiläumstagen: Friedrich I. ist 50 Jahre Großherzog, er wird 80 Jahre alt und feiert goldene Hochzeit.

14. Juli–24. September: In diesen Wochen finden zahlreiche Feiern zum 80. Geburtstag des Großherzogs Friedrich I., zur goldenen Hochzeit des Großherzogs Friedrich I. mit Großherzogin Luise und der Silberhochzeit des schwedischen Kronprinzenpaares statt. Zu den Feierlichkeiten kommen allein mit der Eisenbahn zwischen dem 15. und 23. September etwa 150 000 Menschen nach Karlsruhe.

6. Dezember: Tod des Oberbürgermeisters Karl Schnetzler, für den 1913 ein Denkmal in Auftrag gegeben und nach dem Ersten Weltkrieg am 13. Dezember 1919 in der Bahnhofstraße enthüllt wird. Die Büste schuf Otto Ferst und die Architektur Wilhelm Vittali. Zum Nachfolger Schnetzlers wird am 22. Dezember der bisherige Bürgermeister Karl Siegrist gewählt.

1907

— An der Technischen Hochschule richtet Prof. Dr. Hans Bunte die erste gastechnische Forschungs- und Versuchsanstalt der Welt ein.

— Fertigstellung der Telegraphen-Kaserne an der Hertzstraße.

— Das Rathaus wird durch eine Brücke mit dem Gebäude Karl-Friedrich-Straße 8 verbunden.

1. Januar: Eingemeindung Beiertheims, Rintheims und Rüppurrs nach teilweise 30 Jahre geführten Verhandlungen.

März: Gründung der Genossenschaft Gartenstadt, der zweiten ihrer Art in Deutschland. Bis 1. Juli 1912 sind in Rüppurr 61 Häuser bezogen. Gründer der Genossenschaft ist Hans Kampffmeyer, an den Bauplänen wirken Karl Kohler, Friedrich Ostendorf und Max Laeuger mit.

4. August: Im „Kinematographen" in der Waldstraße 26 ist der erste ortsfeste Kinoraum etabliert. Kurz darauf nennt er sich Thalia-Theater.

31. August: In das nach Plänen von Wilhelm Strieder gebaute neue Städtische Krankenhaus an der Moltkestraße westlich der Infanteriekaserne und südlich des großen Exerzierplatzes werden die Kranken aus dem alten Haus in der Spitalstraße verlegt.

28. September: Glockengeläut verkündet um 9.30 Uhr das Ableben von Großherzog Friedrich I., der auf der Insel Mainau um 9.00 Uhr gestorben ist. Öffentliche und private Gebäude zeigen Trauerfahnen, zahlreiche Einwohner legen Trauerkleidung an.

Oktober: In einem Zelt, das 2500 Sitzplätze bietet, führt auf einer 80 qm großen Bildfläche ein Tournee-Unternehmen zweimal täglich ein zweistündiges Filmprogramm vor.

3. Oktober: Der Leichnam des Großherzogs Friedrich I. kommt in die trauernde Stadt. An der Bahre in der Schloßkirche erweisen allein am 4. Oktober mehr als 20 000 Menschen dem Toten die letzte Ehre. Am 7. Oktober finden in Anwesenheit des Kaisers Wilhelm II. die Trauerfeierlichkeiten statt. Der Leichnam wird im Mausoleum beigesetzt.

10. November: Einweihung der Lutherkirche an der Durlacher Allee, die von dem Architekturbüro Curjel & Moser im romanischen Stil geplant wurde.

27. November: Die bisher im Rathaus untergebrachte Sparkasse bezieht in der Karl-Friedrich-Straße 8 neue Räume.

1908

— Die Staatliche Kunsthalle erhält ein Hans-Thoma-Museum.

— Vollendung des an der Kaiserallee gelegenen Gebäudekomplexes der Gutenbergschule durch den Bau Ecke Goethe-/Nelkenstraße.

— Albert Geiger, der 1902 den Verein „Heimatliche Kunstpflege" gegründet hat, veröffentlicht seinen Roman „Martin Staub", dessen Schauplatz Karlsruhe ist. Sein nach 1910 geschriebenes Werk „Die versunkene Stadt" trägt unverhüllt autobiographische Züge und gibt Einblicke in das lokale Geschehen seiner Zeit. Das Buch ist posthum 1924 erschienen.

12. September: Für einen Teil des Realgymnasiums beginnt im Neubau der Goetheschule an der Renckstraße der Unterricht. Die offizielle Einweihung des Gebäudes findet am 8. Dezember statt.

18. Oktober: Die Bonifatiuskirche in der Weststadt wird eingeweiht.
15. Dezember: Eröffnung des ersten Kinoneubaus. Das Residenztheater in der Waldstraße verfügt über 300 Sitzplätze. Weitere sieben Kinos folgen bis 1912.

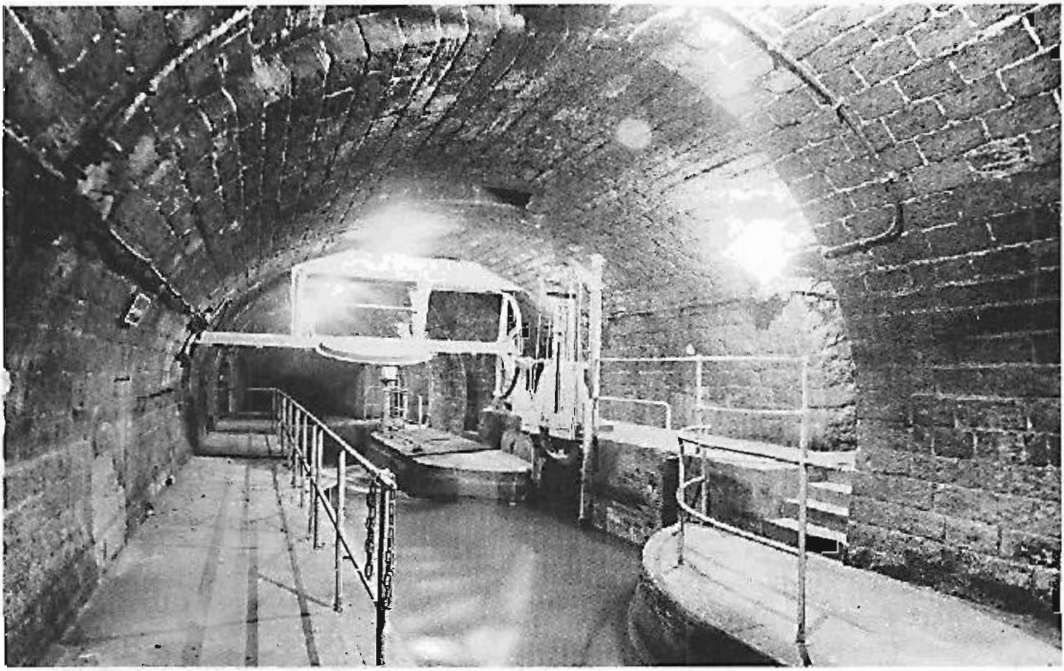
1909

— Der Verein Bildender Künstler erwirbt am Karlstor das Karlsruher Künstlerhaus, ehemals das Palais Berckholtz.
— Dem Professor für Physikalische Chemie an der Technischen Hochschule, Fritz Haber, gelingt die Darstellung von synthetischem Ammoniak. Dafür erhält er 1918 den Nobelpreis.
— Bildung einer sozialdemokratischen Frauengruppe unter Leitung von Kunigunde Fischer, der im November 1910 etwa 150 Frauen angehören.
1. Januar: Eingemeindung Grünwinkels.
1. Mai: Verlegung des Marktes vom Promenadenweg der Sophienstraße (seit 3. Mai 1904) auf den Gutenbergplatz.
14. Mai: Durch Ortsstatut wird die Stelle eines Dritten Bürgermeisters geschaffen, um den gestiegenen Anforderungen an die Verwaltung gerecht zu werden.
30. Mai: Der FC Phönix, gegründet am 6. Juni 1894, wird in Breslau mit einem Sieg über Viktoria Berlin Deutscher Fußballmeister.
August: Bezug des Neubaus für den Katholischen Oberstiftungsrat an der Beiertheimer Allee (heute Polizeipräsidium).
21. Oktober: Bei den Landtagswahlen erhalten die SPD drei und die Nationaldemokraten eines der vier Karlsruher Mandate.

1910

— Im Hafengelände werden erstmals Grundstücke an Industrieunternehmen verkauft, statt wie zuvor nur verpachtet.
— Das Dienstgebäude des Evangelischen Oberkirchenrats in der Blumenstraße, nach Plänen des Architekturbüros Curjel & Moser gebaut, ist fertiggestellt.
— Die Musikbildungsanstalt wird mit dem Großherzoglichen Konservatorium vereinigt.
— Im Wintersemester 1910/11 verzeichnen die Hörerlisten der Technischen Hochschule 48 Studentinnen von insgesamt 198 Hörerin-

Das Karlstor um 1910. Im Vordergrund die beiden 1912 abgebrochenen Torhäuschen, links das Künstlerhaus, ehemals Palais Berckholtz, rechts das Weltzienhaus



Einblick in den Landgraben

nen und Hörern. Ordentliche Studentinnen sind im Wintersemester vier gemeldet, und im Jahr 1915 wird mit der Chemikerin Irene Rosenberg die erste Frau promoviert.

1. Januar: Daxlanden wird eingemeindet gemäß Landesgesetz vom 22. Dezember 1909.

23. Mai: Der Bürgerausschuß bewilligt die Mittel für eine Schwemmkanalisation und eine Kläranlage für die Abwässer. Gleichzeitig werden Mittel für den Ausbau des Kanalsystems vorgesehen.

25. Juni: Der am 17. November 1891 gegründete Karlsruher Fußballverein (KFV) feiert im Friedrichshof die an Pfingsten in Köln gegen Holstein Kiel errungene Deutsche Fußballmeisterschaft.

24.–30. Oktober: Eine Ausstellung im Badischen Kunstverein mit Werken von Braque, Jawlensky, Kandinsky, Kanoldt und Picasso wird als Skandal empfunden.

1911

1. Januar: Das „Karlsruher Tagblatt", das seit 1803 erscheint und seit 1843 diesen Namen führt, wird aus einem Anzeigenblatt zu einer politischen Zeitung.

17. März: Premiere des „Rosenkavalier" von Richard Strauss acht Wochen nach der Uraufführung in Dresden.

24./25. Mai: Auf dem Karlsruher Exerzierplatz finden Flugtage statt.

Juni: Die Wahlen zur Gemeindevertretung ergeben folgende Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung: Nationalliberale Partei 30, SPD 30, Fortschrittliche Volkspartei 18, Zentrum 16, Konservative 2. Dem von dieser Versammlung gewählten Stadtrat gehören an: Nationalliberale Partei 8, SPD 6, Fortschrittliche Volkspartei 4, Zentrum 3, Konservative 1. Gewählt wurde nach dem neuen Wahlgesetz vom 26. September 1910, das die Einteilung in Wählerklassen nach dem Steueraufkommen zwar beibehielt, den Einfluß der Mittel- und Niederbesteuerten aber erhöhte.

21. September: Für die Höhere Mädchenschule wird ein zweites Schulhaus, die Lessingschule, am Gutenbergplatz eröffnet. Hier wird das 1893 gegründete Mädchengymnasium untergebracht. Die alte Schule an der Sophienstraße erhält den Namen Fichteschule.

Zum Wandel in der Erwerbsstruktur der Karlsruher Bevölkerung

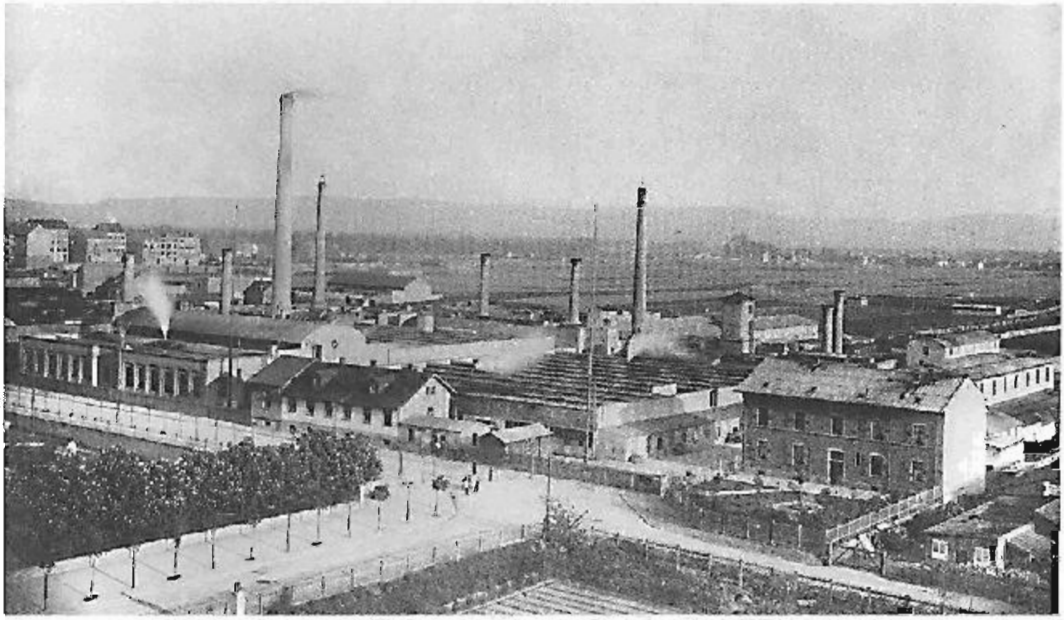
Um die Mitte des 19. Jahrhunderts setzte die industrielle Verstädterung ein. Sie führte zwischen der Reichsgründung 1871 und dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges zu einem tiefgreifenden Wandel der deutschen Gesellschaft. Ursachen dafür waren das starke Bevölkerungswachstum, die Industrialisierung, d. h. der zentralisierte, maschinell ausgerüstete Großbetrieb und die Bevölkerungswanderung vom Land in die Stadt. Die Arbeitsteilung nahm zu, die Trennung von Wohn- und Arbeitsplatz wurde die Regel. Während der ersten Auf- und Ausbauphase Karlsruhes hatte die Stadt im 18. Jahrhundert am ehesten den Charakter einer vom Schloß abhängigen Gewerbestadt (vgl. Tabelle 8). Schon der durch die Erbfolge bedingte Zusammenschluß der beiden badischen Markgrafschaften 1771, mehr noch die Bildung des Großherzogtums Baden durch Napoleon 1806 brachten den Zuzug vieler Adliger, Hof- und Zivilbeamter. Bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts bestimmten nun Hofstaat, Militär und Beamtenschaft das Leben in der Stadt, drückten ihr den Stempel einer „Staatsdienerstadt", so Friedrich List, auf (vgl. Tabelle 9).

Die residenzstädtische Sozialstruktur mag dazu beigetragen haben, daß die industrielle Entwicklung in Karlsruhe bis in die 1860er Jahre langsamer verlief als in manchen anderen Städten. Als die wesentlichen Antriebskräfte der Industrialisierung in Baden gelten der Beitritt zum Zollverein 1835 und der Bau der Eisenbahn seit 1838. Sie ermöglichten das Aufblühen der 1837 gegründeten Maschinenfabrik von Emil Keßler und brachten 1845 die Zentralwerkstatt der badischen Eisenbahn nach Karlsruhe. 1865 zählte man knapp 30 fabrikmäßige Unternehmen in der Stadt. Nur die Maschinenbaugesellschaft, die vormalige Firma Emil Keßlers, zählte über 1 000 Arbeiter, vier weitere zwischen 150 und 450, der Rest aber unter 100. Nach der Reichsgründung hatte sich das Tempo der Industrialisierung auch in Karlsruhe erheblich beschleunigt, ohne allerdings die Rasanz etwa von Städten im Ruhrgebiet oder den Rang Mannheims als Industrie- und Handelsplatz zu erreichen.

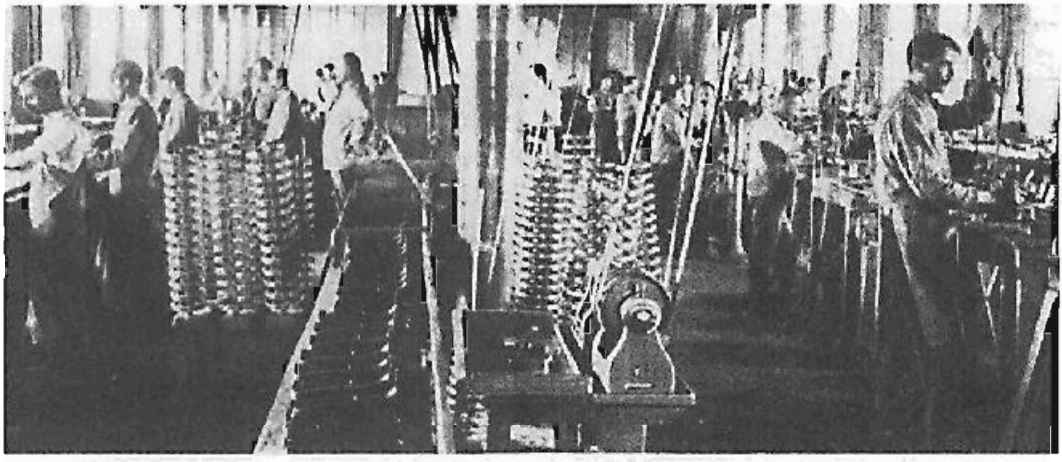
Im Jahre 1875 stellte Thomas Cathiau, der spätere Direktor der Gewerbeschule, in einem Zeitungsartikel noch fest, daß Karlsruhe weder Handels- noch Fabrikplatz von hervorragender Bedeutung sei. Er leitete daraus die Forderung ab, die Industrieansiedlung in der Stadt verstärkt zu fördern, denn „die Zeiten sind um, wo der Rauch der Fabrikschornsteine bekämpft wurde, weil er die blütenweiße Wäsche der Hausfrau bedroht, eine Stadt von Beamten und Gelehrten, von Malern und Dichtern hat heute keinen Sinn mehr". Die Stadtverwaltung unter Leitung der Oberbürgermeister Wilhelm Lauter und Karl Schnetzler hatte die Zeichen der Zeit ebenfalls erkannt. Sie schuf durch Geländekäufe und Eingemeindungen die Voraussetzungen für die Anlage von zwei Gewerbegebieten im Osten und Westen der Stadt. Außerordentliche Bedeutung kam dem Bau des lange geplanten Rheinhafens zu, der 1901 in Betrieb genommen wurde. Die Bemühungen der Stadt förderten die Entwicklung der Industrie und schlugen sich in Zahlen nieder. Zwischen 1875 und 1907 wuchs die Zahl industrieller und gewerblicher Betriebe von 2 914 und 7 120, die der Beschäftigten von 11 488 auf 43 785.

Im Jahre 1911 war Karlsruhe zweifellos eine Großstadt. Dies trete aber, so meinte zumindest der Leiter des Statistischen Amtes der Stadt, „im gesellschaftlichen Leben noch wenig in die Erscheinung". Die Statistik der Erwerbsstruktur machte jedoch den neuerlichen Wandel in der Stadt offensichtlich. Zwischen 1882 und 1907 stieg der Anteil der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe und in Handel und Verkehr zusammen um 10,2 Prozent, gleichfalls nahm der Anteil der Erwerbstätigen im Bereich Dienstleistungen um 11,5 Pro-

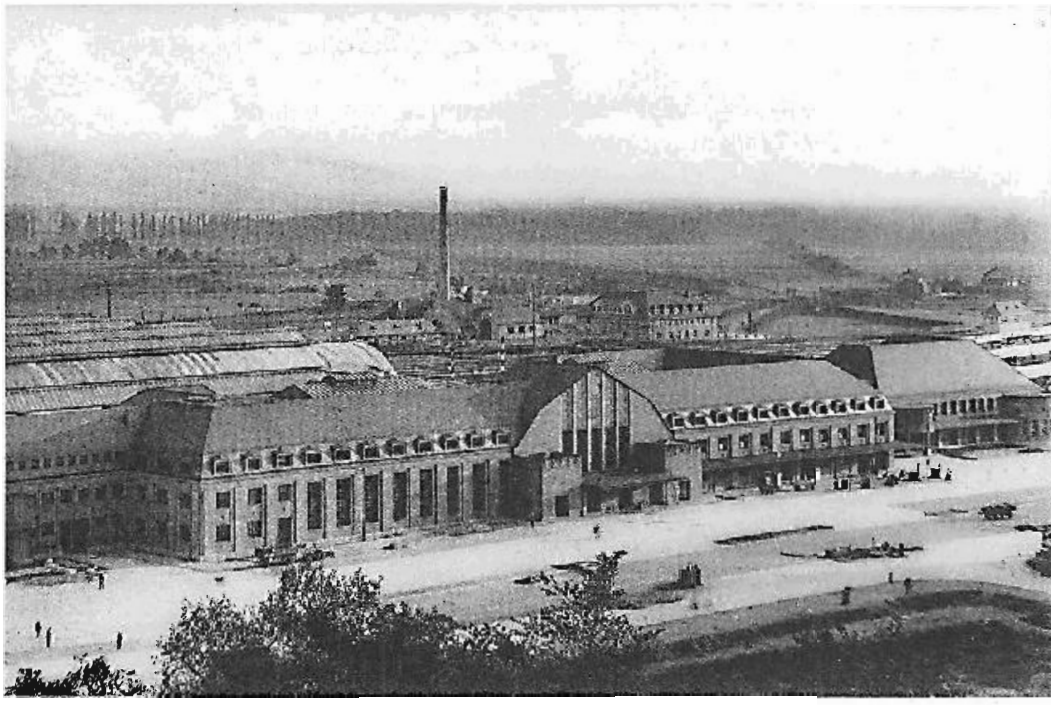
zent ab (vgl. Tabelle 10). Der Anteil der Erwerbstätigen im öffentlichen Dienst war von etwa 22 auf 15 Prozent gesunken.
Die Verschiebungen zwischen den einzelnen Berufsgruppen erlauben den Schluß, daß Karlsruhe schon 1907 keine Beamtenstadt mehr war. Nach städtetypologischen Kriterien war Karlsruhe 1907 „Industriestadt" und gehörte, wie z. B. auch Halle und Kassel, zur Untergruppe „gemischte Maschinenbau- und Rentner-/Beamten-/Militärstädte". Angesichts der Tatsache, daß im Bereich „öffentlicher Dienst" und „Rentner/ohne Beruf" die Karlsruher Zahlen über dem Durchschnitt der 42 deutschen Großstädte lagen, eine wohl zutreffende Charakterisierung.



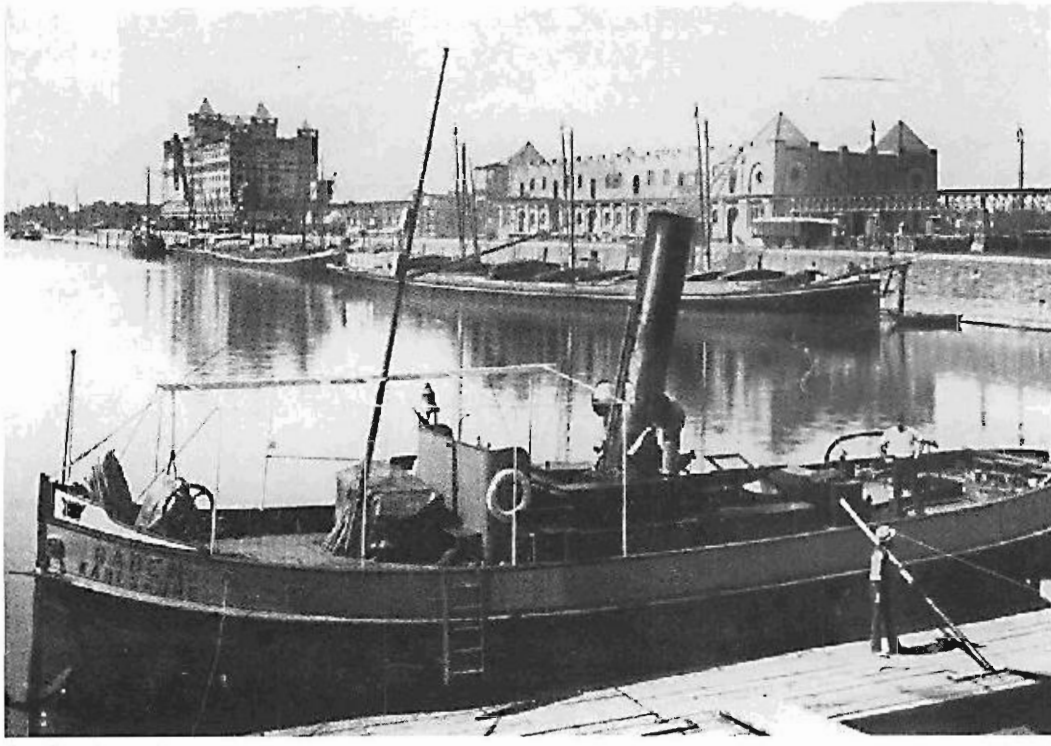
Die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik an der Gartenstraße vor 1895



Blick in die Werkshalle der Maschinenfabrik Gritzner um 1905



Der neue Hauptbahnhof im Jahre 1914 vom Lauterberg aus gesehen



Städtischer Rheinhafen, Mittelbecken mit Werfthalle und Silospeicher um 1905

30. September: Zum 100. Geburtstag der am 7. Januar 1890 verstorbenen Kaiserin Augusta findet in dem Orangeriegebäude eine Gedenkfeier statt, in der Kunsthalle ist eine Ausstellung arrangiert.

1912

— Gründung des „Bundes Badischer Künstlerinnen".

12. Januar: Bei den Reichstagswahlen unterliegt der Sozialdemokrat Adolf Geck dem Kandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei sowohl in der Stadt wie im Wahlbezirk. Ludwig Haas wird neuer Reichstagsabgeordneter.

29. Juli: Der Bürgerausschuß bewilligt die Einrichtung eines Meßplatzes an der Durlacher Allee, womit der Messe, die nach 1873 nicht mehr auf dem umgestalteten Schloßplatz stattfinden konnte, wieder ein fester Standort zugewiesen ist.

20. September: Erstmals brennt auf der Kaiserstraße eine elektrische Straßenbeleuchtung.

27. Oktober: Einweihung der katholischen Heiliggeistkirche in Daxlanden.

1913

— Der bisher im Rathaus angesiedelte Krankenkassenverband bezieht sein eigenes Verwaltungsgebäude in der Gartenstraße 14/16.

— Die Malzkaffee-Fabrik Kathreiner nimmt am Rheinhafen eine Großanlage in Betrieb.

13. Mai: Das vom Bürgerausschuß beschlossene Ortsstatut bestimmt für das Handelsgewerbe die völlige Sonntagsruhe mit Ausnahme der letzten vier Sonntage vor Weihnachten. Dem waren seit den 1890er Jahren zahlreiche Auseinandersetzungen um die Kürzung der Öffnungszeiten am Sonntag vorausgegangen.

10. September: Fertigstellung des neuen städtischen Kinderheims in der Sybelstraße.

21./30. Oktober: Bei den Landtagswahlen gewinnen die SPD zwei, die Nationalliberalen ein und die linksliberale Fortschrittspartei ebenfalls ein Mandat.

22./23. Oktober: Inbetriebnahme des neuen Hauptbahnhofs südlich des Stadtgartens. Baubeginn war der 10. September 1906. Den Architektenwettbewerb hatte Prof. August Stürzenacker aus Karlsruhe gewonnen. Fast 30 000 Menschen lösten vom 22.–26. Oktober Bahnsteigkarten, um den neuen Bahnhof zu besichtigen. Mit dem alten Hauptbahnhof an der Kriegsstraße werden auch die Bahnhöfe am Mühlburger Tor und in Mühlburg geschlossen.

8. November: Fertigstellung der Ettlinger Straße.

9.–13. November: Erste Karlsruher Richard-Strauss-Festwoche. Strauss dirigiert selbst eigene Kompositionen.

22. November–7. Dezember: Ausstellung für Siedlungswesen, Städtebau- und Wohnwesen des Badischen Architekten- und Ingenieurvereins. Sie zeigt auch städtebauliche Aufgaben für Karlsruhe.

8. Dezember: Die Lokalbahn eröffnet den Betrieb auf der Strecke Grünwinkel–Daxlanden.

16. Dezember: Der Bürgerausschuß beschließt die Anlage von Kleingärten im Gewann Dammerstock. Eine weitere Anlage folgt 1914 westlich der Yorckstraße.

1914

— In Karlsruhe erscheinen 75 Zeitschriften und Zeitungen.

26. Februar: Der „Städtische Nachrichtendienst" wird geschaffen. Durch ihn sollen Nachrichten aus der Stadtverwaltung der Presse mitgeteilt und zu wichtigen Fragen sachkundig Auskunft erteilt werden.

24. März: Der Bürgerausschuß beschließt die Einrichtung eines Schwimmbades beim städtischen Elektrizitätswerk am Rheinhafen, das am 4. Juni 1915 eröffnet wird.

24. April: Neubau des von Wilhelm Kreis und Camill Frei geplanten und mit Bildhauerarbeiten von Hermann Binz geschmückten Warenhauses Knopf (heute Karstadt) eröffnet. Am 25. November 1913 war auch der vom Architekturbüro Curjel & Moser geplante Neubau des Warenhauses Tietz (heute Hertie) fertiggestellt worden.

30. Juli; Der Bürgerausschuß genehmigt die Mittel zum Bau der Straßenbahn nach Neureut, der von den beiden Neureuter Gemeinden angeregt worden war. Der Kriegsausbruch

Auf den Plakatsäulen prangten 1914 Ankündigungen von Siegesfeiern. Die Aufnahme entstand in der Kaiserstraße, im Hintergrund das Warenhaus Knopf (heute Karstadt)

verhindert die Ausführung des Projektes.

31. Juli: Schutzleute in Begleitung von Trompetern der Feuerwehr verkünden am Nachmittag in der Stadt die Erklärung des Kriegszustandes durch Kaiser Wilhelm II.

1. August: Das Großherzogspaar wird am Tag der Mobilmachung bei seiner Rückkehr in die Stadt von einer großen Menschenmenge begrüßt, die das Deutschlandlied („Deutschland, Deutschland über alles") anstimmt.

10. August: Nachdem in den Tagen zuvor ein großer Teil des Pferdebestandes beschlagnahmt wurde, fahren an diesem Tag auf dem Gutenbergplatz die Kraftwagen vor, um von der Militärbehörde für ihre Zwecke ausgewählt zu werden.

22. August: Mit Glockengeläute von allen Kirchtürmen und einer großen Versammlung auf dem Schloßplatz feiert die Stadt den Sieg deutscher Soldaten zwischen Metz und den Vogesen.

24. August: Zum Schutz städtischer Einrichtungen nimmt für die Dauer des Krieges eine Bürgerwehr ihre Tätigkeit auf.

September: Von 1 028 städtischen Beamten sind 479, von 1 456 Arbeitern 597 zum Kriegsdienst eingezogen.

17. September: Der verstorbene Ehrenbürger Wilhelm Klose hinterläßt der Stadt 500 000 Mark zur Verschönerung der Stadt mit Kunstwerken. Die Inflation nach dem Krieg zehrt das Vermögen jedoch weitgehend auf.

November: Zu Beginn des Monats sind etwa 16 000 Soldaten und Offiziere bei Karlsruher Familien einquartiert, da die Kasernen für die hier zusammengezogenen Truppen nicht ausreichen.

1915

— Nach Plänen von Philipp Manz entsteht auf dem westlichen Teil des Geländes der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik an der Gartenstraße der 312 m lange Block A mit seinen zehn Lichthöfen.

1. Januar: Um den Betrieb der städtischen Straßenbahn und der privaten Lokalbahn besser aufeinander abzustimmen, erwirbt die Stadt die Lokalbahn Durmersheim–Spöck.

15. März: Mit der Ausgabe von Brot- und Mehlkarten wird das System der Lebensmit-

Bei dem ersten Luftangriff auf Karlsruhe vom 15. Juni 1915 wurde das Haus Kriegsstraße 51 schwer getroffen

Warteschlangen vor dem Städtischen Arbeitsamt, Frauenabteilung, in der Zähringerstraße 100 bei der Ausgabe von Zusatzbrotkarten. Im Vordergrund links das Rathaus

telkarten eingeführt, das die Ernährung mit knapp gewordenen Lebensmitteln sichern soll.

22. März: Die Albtalbahn erhält an der Reichsstraße (heute Ebertstraße) einen neuen Endbahnhof.

15. Mai: Die von Wilhelm Vittali geplanten Bauten am südlichen Stadtgarteneingang gegenüber dem Hauptbahnhof werden eingeweiht.

15. Juni: In etwa 1 000–2 000 Karlsruher Haushaltungen werden Flugblätter mit Antikriegsparolen verteilt. Urheberinnen sind Mitglieder der sozialistischen Frauenbewegung.

Die Stadt erlebt zwei Tage vor ihrem 200. Gründungstag den ersten Fliegerangriff, der 29 Todesopfer und 58 Verletzte fordert.

30. Juli: Die Stadtverwaltung eröffnet in der Kaiserstraße 175 eine ständige Verkaufsstelle für Lebensmittel. Nachdem im Laufe des Jahres zahlreiche Bestimmungen über Lebensmittelbewirtschaftung erlassen wurden, soll damit dem Lebensmittelwucher entgegengewirkt werden.

11. Dezember: Einweihung des Konzerthauses am Festplatz. Es ist das erste von der Stadt errichtete Gebäude, das nur künstlerisch-musikalischen Zwecken dienen soll. Das fast gleichzeitig fertiggestellte neue Ausstellungsgebäude gegenüber der Festhalle hatte im Sommer die Militärverwaltung beansprucht, weswegen die Vollendung des Innenausbaus erst nach Kriegsende erfolgt. Beide Gebäude plante das Architekturbüro Curjel & Moser.

1916

Mai: Fertigstellung der Tullaschule an der Tullastraße.

1. Mai: Fertigstellung des Südwestbeckens (heute Becken IV) im Rheinhafen.

11. Mai: Zu den bestehenden vier Volksküchen des Frauenvereins wird der Betrieb einer

Zentralküche eingerichtet, die mit fahrbaren Kesseln in der Stadt für die ärmere Bevölkerung warme Mahlzeiten zu niedrigem Preis abgeben soll.

22. Juni: Ein Bombenangriff von fünf französischen Flugzeugen fordert 120 Todesopfer und 169 Verletzte. Unter den Opfern sind zahlreiche Kinder, die die Nachmittagsvorstellung eines Zirkus vor dem Ettlinger Tor besuchten. Wie sich später herausstellt, war das eigentliche Ziel des Angriffs der Hauptbahnhof, der auf den veralteten Karten der Franzosen noch an der Kriegsstraße eingezeichnet war, wo er sich bis 1913 befand. Die Bombardierung Karlsruhes gilt als Vergeltung für einen deutschen Bombenangriff auf Bar le Duc, dem 85 Menschen zum Opfer fielen.

25. Juli: Der Bürgerausschuß diskutiert die Probleme der Lebensmittelversorgung in der Stadt, die sich aus der zunehmenden Zahl bewirtschafteter Lebensmittel und auch sonstiger Gebrauchsartikel in der Folge des Krieges ergeben.

Oktober: Inbetriebnahme des Brunnens auf dem Haydnplatz. Wie die architektonische Anlage des bis 1914 weitgehend umbauten Platzes, stammt auch der Entwurf des Brunnens von Heinrich Sexauer.

Dezember: Die Städtische Milchversorgung in der Zähringerstraße 45/47 nimmt ihren Betrieb auf.

29. Dezember: Oberhofmarschall Freiherr Leopold von Freystedt schenkt der Stadt sein am Isteiner Klotz gelegenes 280 000 qm großes Weingut. Mit dem Ertrag aus Bewirtschaftung oder Verkauf soll kriegsbedingte Not gelindert werden. 1953 wird das nicht mehr rentable Gut verkauft.

1917

11. Januar: Der Stadtrat beschließt die Anlage von Kleingärten am nördlichen Albufer (heute Beiertheimer Feld) auf 15 000 qm ehemaligem Müllablageplatz.

30. März: 400 Arbeiterinnen der Geschoßabteilung der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik streiken für eine Lohnerhöhung.

20. April: Die Archivkommission beschließt die Einrichtung eines städtischen Scheffel-Museums und -Archivs. Leiter wird Werner Kremser.

28. Juni: Der Stadtrat beschließt eine weitere Einschränkung der Straßenbeleuchtung, um Kohle zu sparen. Aus diesem Grund hatten im Februar die Volksschulen auf unbestimmte Zeit geschlossen werden müssen. Am 6. August wird die Straßenbeleuchtung eingestellt, am 25. August der Gasverbrauch eingeschränkt.

11. Oktober: Die Maschinenbaugesellschaft feiert die Fertigstellung der 2 000. Lokomotive und zugleich 80jähriges Firmenjubiläum.

10. November: In der Marmeladenfabrik Stern & Cie streiken 420 Arbeiterinnen für mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen.

16. November: Der in Karlsruhe gegründete Ortsverein der „Deutschen Vaterlandspartei" tritt mit Forderungen nach einem „Siegfrieden" an die Öffentlichkeit. Nachdem andere Parteien sich in unterschiedlicher Weise ebenfalls zur Friedensresolution des Reichstages vom 19. Juli geäußert hatten, ist auch in Karlsruhe im Herbst der innenpolitische Burgfrieden beendet.

22. Dezember: Bis 16. Januar 1918 bleibt die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik wegen Rohstoff- und Kohlemangels geschlossen.

1918

28. Februar: Das Gebäude der Museumsgesellschaft an der Ecke Kaiser-/Ritterstraße brennt nieder.

1.–10. Juni: Der Hausfrauenbund veranstaltet im Orangeriegebäude eine Ausstellung zum Thema „Durchhalten".

21. September: Die Stadt erlebt den zehnten und letzten Fliegerangriff dieses Jahres.

Oktober–Dezember: Eine Grippeepidemie fordert 349 Todesopfer.

17. Oktober: Um dem Mangel an Zahlungsmitteln zu begegnen, gibt die Stadt Notgeld aus. Sie läßt Fünf- und Zwanzigmarkscheine im Gesamtwert von fünf Millionen Mark drukken.

9. November: Oberbürgermeister Karl Siegrist ruft zur Gründung eines Wohlfahrtsaus-

schusses, der Recht und Ordnung in der Stadt aufrechterhalten soll, die Parteiführer für 18.00 Uhr ins Rathaus. Vorsitzender des Ausschusses wird Stadtrat Heinrich Sauer von der SPD. Auf dem Bahnhofsvorplatz hat sich eine große Menschenmenge versammelt. Es werden revolutionäre Reden gehalten. Stadtrat Sauer schlägt die Bildung eines Soldatenrats im Rathaus vor. Dieser überreicht dem Wohlfahrtsausschuß um 21.00 Uhr seine Forderungen. Vorsitzender des Soldatenrats wird der Metallarbeiter Hans Brümmer.

10. November: Wohlfahrtsausschuß und Soldatenrat beschließen die Bildung einer vorläufigen Regierung Badens und übergeben dem bisherigen Staatsminister Johann Heinrich von und zu Bodman eine Ministerliste. Kurz nach 16.00 Uhr wird vom Rathausbalkon die neue Regierung bekanntgegeben, die anschließend ihre erste Sitzung im Rathaus abhält.

11. November: Der Obermatrose Otto Heinrich Klumpp zieht abends um zehn Uhr mit einigen Soldaten vor das Schloß. Es kommt auf dem Schloßplatz und dem Marktplatz zu Schießereien, die keine Verletzten fordern. Danach verlassen Großherzog Friedrich II. und Großherzogin Hilda die Stadt.

12. November: Der Soldatenrat und der am 11. November gebildete Arbeiterrat bilden ein gemeinsames Gremium.

13. November: Großherzog Friedrich II. verzichtet auf die Ausübung der Regierungsgewalt, und die provisorische Regierung erklärt Baden zur freien Volksrepublik. Am 22. November dankt der Großherzog endgültig ab.

An die Einwohnerschaft der Stadt Karlsruhe!

Aufruf!

Kameraden, Bürger und Bürgerinnen!

Die politische Entwicklung der letzten Wochen hat zum völligen Umsturz des alten versklavten Systems geführt.

Eine neue Zeit der Freiheit ist angebrochen.

Laßt uns ihrer würdig sein. Dem Beispiel anderer Städte folgend, hat sich auch hier ein Soldaten- und Arbeiterrat gebildet, der die Interessen des werktätigen Volkes und des Bürgers im feldgrauen Rock vertreten wird. Haltet zu ihm, vertraut ihm. Sorgt selbst für Ruhe und Ordnung, die unbedingt im Interesse der Allgemeinheit gewahrt werden muß.

Der Soldaten- und Arbeiterrat hat angeordnet, daß derjenige, der sich Gewalttätigkeiten (Plünderung, Mord u. a. m.) zu Schulden kommen läßt, sofort standrechtlich erschossen wird.

Seine Forderungen sind:

1. Freilassung sämtlicher Inhaftierten und politischen Gefangener.
2. Vollständige Rede- und Preßfreiheit.
3. Unterlassung der Briefzensur.
4. Sachgemäße Behandlung der Mannschaft durch die Vorgesetzten.
5. Straffreie Rückkehr sämtlicher Kameraden in die Kasernen.
6. Alle Schutzmaßnahmen durch Blutvergießen haben zu unterbleiben.
7. Alle Maßnahmen zum Schutze des privaten Eigentums werden vom Soldatenrat festgelegt.
8. Es gilt außer Dienst keine Vorgesetzten mehr.
9. Unbeschränkte persönliche Freiheit jedes Mannes von der Beendigung des Dienstes bis zum Beginn des nächsten Dienstes.
10. Die Offiziere, die sich mit den Maßnahmen des jetzt bestehenden Soldatenrates einverstanden erklären, begrüßen wir in unserer Mitte. Alle Übrigen haben ohne Anspruch auf Versorgung den Dienst zu quittieren.
11. Jeder Angehörige des Soldatenrates ist von jeglichem Dienst zu befreien.
12. Sämtliche in Zukunft zu treffenden Maßnahmen sind nur mit Zustimmung des Soldatenrats zu treffen.

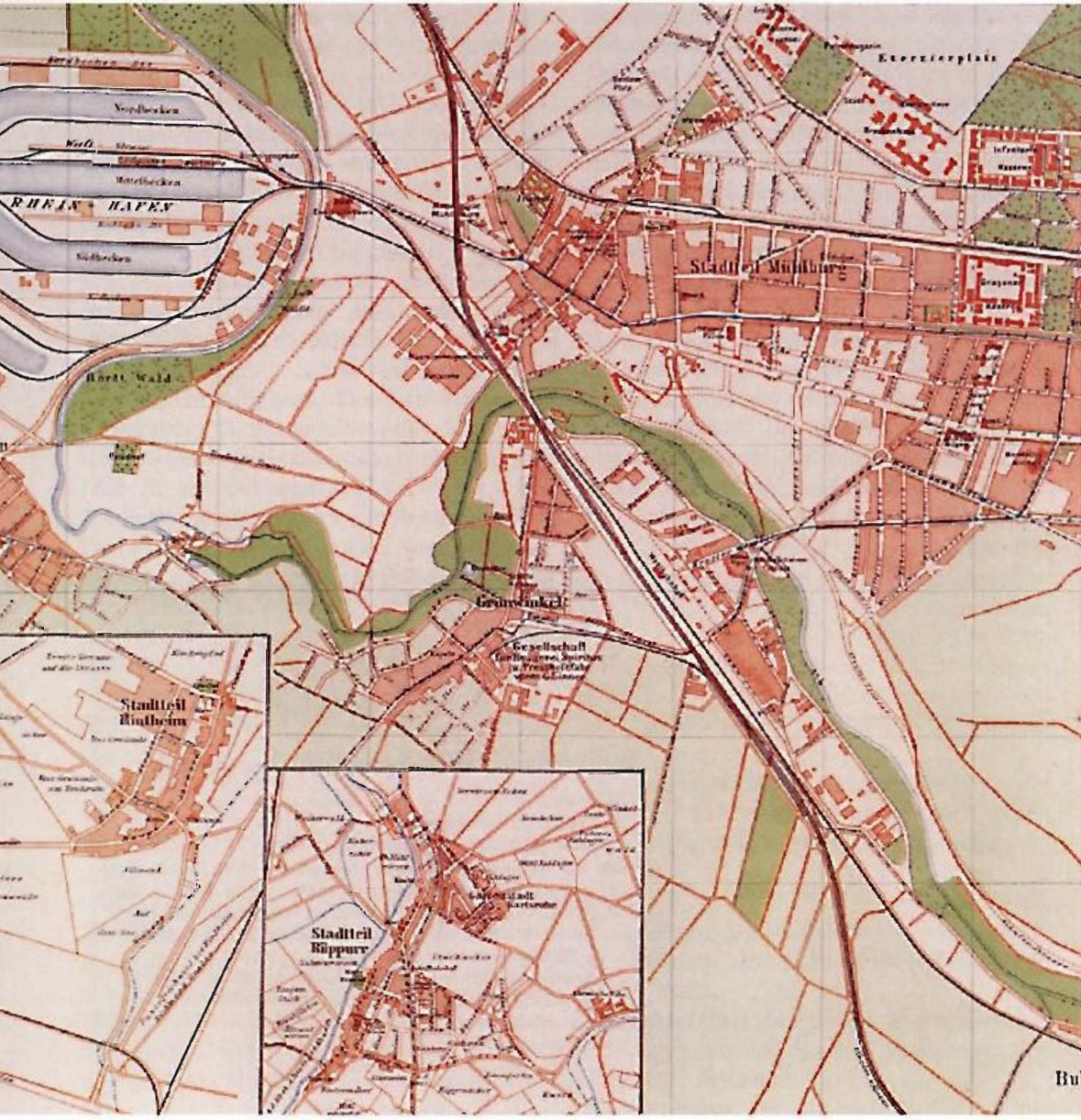
Diese Forderungen sind für jede Militärperson die Ziele des Soldatenrates.

Das Generalkommando erklärt sich mit den Forderungen des Soldatenrates einverstanden und hat zugesagt, sich sämtlichen Anordnungen zu fügen.

Im Auftrag des Soldaten- und Arbeiterrates:

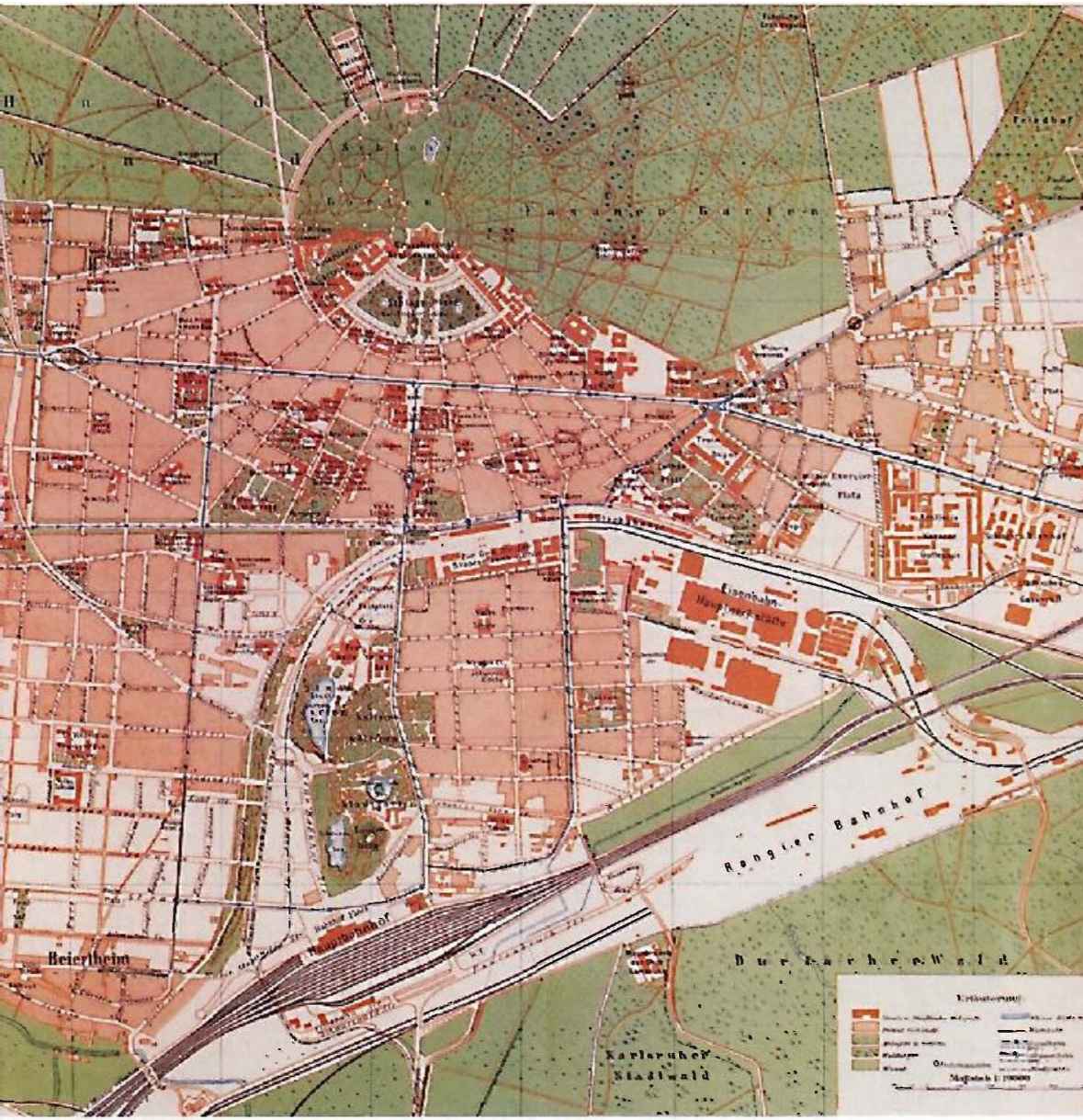
Brümmer. Kiefer.

Aufruf des Karlsruher Arbeiter- und Soldatenrats an die Karlsruher Bevölkerung, November 1918



Der Stadtplan von 1915 zeigt gegenüber dem Plan von 1880 zunächst den Flächenzuwachs der Stadt durch die Eingemeindungen seit 1886 (Mühlburg, Beiertheim, Rintheim, Rüppurr, Grünwinkel und Daxlanden). Damit einher ging eine enorme Ausdehnung der bebauten Flächen im Süden, Südwesten, Westen und Osten. In der Regel legte die Planung für die neuen Baugebiete eine Erschließung im Rastersystem fest. Im Hardtwaldstadtteil nördlich der Hildapromenade versuchte man nach der Jahrhundertwende, mit diagonal angelegten Straßen (Haydnplatz) die eintönige Rasterstruktur zu überwinden. In Rüppurr entstand eine der ersten Gartenstädte in Deutschland.

Das Bevölkerungswachstum und neu entstandene Institutionen hatten zu einer Reihe neuer öffent-



licher Bauten geführt, wie z. B. den Krankenhäusern und dem Elektrizitätswerk im Westen und Südwesten, dem Schlachthof und dem Gaswerk im Osten und den Verwaltungsbauten sowie dem Gefängnis im Nordwesten. Auffällig sind die Vergrößerung der Gottesauer Kaserne und die Kasernenneubauten an der Kaiserallee und der Moltkestraße.
Gewachsen war die Größe und Zahl der Fabriken, wie z. B. die Eisenbahn-Hauptwerkstätte, für die im Osten und Südwesten der Stadt neue Industriegebiete erschlossen wurden. Die Maschinenbaugesellschaft verlagerte ihren Betrieb vom Ettlinger Tor in den Westen an die Wattstraße. Neu und für die städtebauliche und wirtschaftliche Entwicklung Karlsruhes von großer Bedeutung waren der Bau des Rheinhafens und die Verlegung des Hauptbahnhofs in den Süden der Stadt

Chronik 1918–1933

Die Jahre zwischen dem Ende des Ersten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Machtergreifung markieren einen historischen Zeitabschnitt, in dem sich in kurzer Folge Ereignisse aneinanderreihten, die das Leben jedes einzelnen veränderten. Weltkriegsende, Revolution, innere Unruhen, Inflation, Massenarbeitslosigkeit, Hunger und Not machten die Menschen orientierungslos. Traditionelle Wertvorstellungen und soziale Normen wurden in Frage gestellt. So war die Etablierung demokratischer Politik, Gesellschaft und Kultur in Deutschland begleitet von ihrer permanenten, massiven Kritik und akuter Bedrohung.

Nachdem am 9. November 1918 in Berlin die Republik ausgerufen worden war, setzten die Mehrheitssozialdemokraten (MSPD) unter Friedrich Ebert die Wahl einer Nationalversammlung am 19. Januar 1919 und die Verabschiedung einer liberaldemokratischen Verfassung durch. Die MSPD verhinderte im Zusammenwirken mit den alten monarchisch gesinnten Kräften der Heeresleitung und der Verwaltung eine weitergehende gesellschaftliche Umwälzung nach dem Vorbild der Oktoberrevolution in Rußland. Das verbreitete Bedürfnis nach Ruhe und Ordnung, die drängenden Versorgungs- und Ernährungsprobleme wie die relative Stabilität der alten Verwaltung und des Heeres ließen diesen Schritt als notwendig erscheinen. Baden war, anders als 1848/49, kein Kernland der Revolution. Sie verlief hier vergleichsweise ruhig.

In den ersten Jahren war die junge Republik mit schweren Problemen belastet. Es galt nicht nur, die Verfassung mit Leben zu füllen, sondern auch den Staat vor separatistischen Bestrebungen (Pfalz, Rheinland) zu bewahren und die Republik gegen den Extremismus von links und vor allem von rechts (Kapp-Putsch im März 1920, politische Morde an den demokratischen Politikern Matthias Erzberger und Walther Rathenau) zu verteidigen (Niederschlagung des Spartakusaufstandes im Januar 1919). Dabei wurde deutlich, daß sich das Militär gegenüber den rechten Feinden der Republik neutral verhielt und nicht bereit war, sich mit dem demokratischen Staat zu identifizieren. Die politische Rechte und das Militär waren es auch, die den Friedensvertrag von Versailles, der am 28. Juni 1919 unterzeichnet wurde, gegen ihr besseres Wissen öffentlich der Republik anlasteten. Der Vertrag sah Gebietsabtretungen (u. a. Elsaß-Lothringen, Posen und Westpreußen), die Begrenzung des Heeres auf 100 000 Mann und Reparationen in Form von Sach- und Geldleistungen vor. Außerdem mußte Deutschland die alleinige Kriegsschuld übernehmen, und es wurde ihm die internationale Gleichberechtigung verweigert. Mit der Dolchstoßlegende, wonach die Revolution der unbesiegten Frontarmee in den Rücken gefallen sei, vergifteten die rechtskonservativen Kräfte das politische Klima der Republik.

Die Revolution und die Weimarer Verfassung führten auch auf kommunaler Ebene zu einer Demokratisierung der Selbstverwaltungsorgane. Im Jahre 1919 lösten in den Städten und Gemeinden die nach allgemeinem und gleichem Wahlrecht, auch für Frauen, gewählten Kommunalparlamente die Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte ab. Damit wurde die Durchdringung der Kommunalpolitik durch die Parteien abgeschlossen und die gleichberechtigte politische Teilnahme aller sozialen Schichten am politischen Geschehen gesichert. Die Führung der Städte blieb aber überwiegend in der Hand bürgerlich geprägter Fachleute. Die Nachkriegszeit mit der Umstellung von der Kriegs- auf die Friedenswirt-

schaft, mit der Versorgung von Kriegsopfern und der Arbeitslosen brachte noch einmal einen Höhepunkt kommunaler Selbstverwaltungstätigkeit. Die Städte waren bestrebt, trotz der finanziellen Probleme die Daseinsvorsorge für alle Einwohner aufrechtzuerhalten und die Leistungen für Notleidende zu verbessern. Es zeigte sich aber bald, daß die unterschiedliche Leistungskraft der Kommunen nach einem Ausgleich verlangte. Die Reichsfinanzreform des Jahres 1919 sollte u. a. auch dies bewerkstelligen. Sie nahm den Gemeinden die Steuerhoheit auch über die direkten Steuern, so daß sie nun weitgehend von staatlichen Finanzzuweisungen abhängig wurden. Damit war die kommunale Selbstverwaltung erheblich eingeschränkt, ihre Blütezeit zu Ende. Die rasche Geldentwertung, in erster Linie eine Folge der über Kredite finanzierten Kriegs- und Kriegsfolgekosten, aber auch der Reparationszahlungen gemäß dem Versailler Vertrag, erschwerte die Lage der Städte zusätzlich.

Die Entwicklung in Baden war im wesentlichen von den gleichen Rahmenbedingungen geprägt wie die in ganz Deutschland. Sie unterschied sich dennoch in zwei Bereichen deutlich. Wirtschaftlich wurden die Kriegsfolgen in Baden und seinen Industriezentren dadurch verschärft, daß das Land mit der Abtrennung Elsaß-Lothringens zum Grenzland wurde. Das bedeutete die Zerschneidung enger wirtschaftlicher Verflechtungen. Außerdem sah der Versailler Vertrag eine 50 km tiefe entmilitarisierte Zone vor, die den größten Teil Badens einschloß. Darüber hinaus hielten bis 1930 die französischen Truppen Kehl besetzt. Während der Besetzung des Ruhrgebiets durch Frankreich und im Ruhrkampf im Jahre 1923 wurden dann auch Offenburg und die Rheinhäfen von Mannheim und Karlsruhe besetzt, was empfindliche Störungen des Schiffs- und Eisenbahnverkehrs zur Folge hatte. So blieben die wirtschaftliche Entwicklung hinter der des Reiches zurück und die Arbeitslosenzahlen höher. Politisch verlief die Entwicklung in Baden dagegen ruhiger, auch wenn es in Mannheim 1919 zur Ausrufung einer Räterepublik und auch andernorts zu kurzfristig aufflackernden Unruhen kam. Von 1919 bis 1932 regierte in Baden die sogenannte Weimarer Koalition aus Zentrum, SPD und DDP (zeitweise ohne DDP, seit 1931 mit der DVP). Das garantierte eine größere Kontinuität und Stabilität der Landespolitik.

Mit der Einführung der Rentenmark (eine Rentenmark für eine Billion Papiermark) am 15. November 1923 wurde die Inflation beendet, der Staatshaushalt konnte nun wieder ausgeglichen werden. Die bis 1928 anhaltende Konsolidierung der Republik brachte innenpolitisch einen Rückgang der Radikalisierungstendenzen, obgleich die wirtschaftliche Lage angespannt und auch die Arbeitslosenzahl hoch blieb. Trotzdem werden die mittleren Jahre der Weimarer Republik als die „goldenen zwanziger Jahre" bezeichnet. Vor allem der Blick auf die Entfaltung eines reichen kulturellen Schaffens, auf die Vielfalt geistiger und künstlerischer Kräfte macht das Etikett verständlich. Thomas Mann, Alfred Döblin, Carl Zuckmayer, das politische Theater Erwin Piscators, das Bauhaus von Walter Gropius (er plante die Dammerstocksiedlung in Karlsruhe), politisches Kabarett, Filmklassiker wie „Der blaue Engel", die Ablösung des Expressionismus durch die Neue Sachlichkeit zählten zu dem kulturellen Reichtum jener Jahre, der in deutlichem Kontrast zu den eher niederdrückenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen stand. Die Großstädte bewiesen hierbei erneut ihre kulturelle Vorbild- und Leitfunktion für die Gesamtgesellschaft.

Im Jahre 1929 markierte der New Yorker Börsenkrach am sogenannten Schwarzen Freitag den Beginn einer sich verschärfenden Weltwirtschaftskrise. Deutschland war davon besonders hart betroffen. Die Arbeitslosigkeit in der Industrie stieg 1932 auf über 40 Prozent. Die Mehrzahl der Arbeitslosen lebte von der Krisenfürsorge oder der Wohlfahrtspflege.

Die Krise erfaßte auch große Teile des selbständigen Mittelstandes. Die Weltwirtschaftskrise beschleunigte die Tendenz zur Einbindung der kommunalen Selbstverwaltung in übergeordnete Verwaltungsstrukturen der Länder und des Reiches. Das spiegelt sich wider in einer Zunahme der Pflicht- und Auftragsangelegenheiten. Die Notverordnungspolitik der Reichsregierung machte die Kommunen in der Wirtschaftskrise zu Vollzugsorganen des Staates. Angesichts sinkender Einnahmen und verringerter Überweisungen des Reichs mußten schließlich in der Weltwirtschaftskrise die Kommerzialisierung der Kommunalbetriebe, die Verschuldung und die Ausschöpfung der verbliebenen Steuerquellen (z. B. Hunde- und Lustbarkeitssteuern) die Fürsorgeleistungen für z. T. ein Viertel bis ein Drittel der Großstadtbewohner sichern.

In der Situation nach 1929 zeigte sich, daß die demokratischen Parteien keine ausreichende Integrationskraft für das politische System der Weimarer Republik gewonnen hatten. Die Wahlen auf allen Ebenen dokumentierten den Niedergang der liberalen Parteien und den Aufstieg der radikalen Gegner der Republik, der KPD und vor allem der NSDAP, die mit ihrer rabiaten Anhängerschaft seit dem Ende der zwanziger Jahre die Wahlkampfagitation bestimmten und die Straße beherrschten. In den Gemeindeparlamenten prangerten sie propagandistisch wirksam die angebliche Mißwirtschaft der Rathauspolitiker an. Die Versuche der Reichskanzler von Papen und Schleicher, die „Flut" der NSDAP politisch zu „kanalisieren" durch Einbindung in ihre auf das Notverordnungsrecht des Reichspräsidenten gestützten Präsidialkabinette, scheiterten. Reichspräsident von Hindenburg ernannte schließlich am 30. Januar 1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler. Nach dem Reichstagsbrand vom 27. Februar wurden durch Notverordnungen wichtige Grundrechte außer Kraft gesetzt, und am 24. März schaltete sich der Deutsche Reichstag mit dem allein gegen die Stimmen der SPD (die KPD war faktisch verboten, ihre Abgeordnete verhaftet oder geflohen) verabschiedeten Ermächtigungsgesetz selbst aus. Die Gesetzgebung erfolgte fortan außerhalb des Verfahrens und des Rahmens der Verfassung. Die Nationalsozialisten ergriffen die Macht.

Für den Weg in die Diktatur, den die Weimarer Republik ging, gibt es keine eindeutigen Erklärungen oder gar Schuldzuweisungen. Die bei ihrer Entstehung vorhandenen „Defekte" (unvollendete Revolution, Friedensvertrag von Versailles) oder die zu wenig verbreitete Bereitschaft zur Demokratie („Republik ohne Republikaner", parteipolitische Unbeweglichkeit) trugen in ihrer Summe sicher dazu bei. Maßgeblicher war aber der Wille ihrer nationalsozialistischen und autoritären Gegner, die ohne Bedenken die erste deutsche Republik zerstörten, wobei die Weltwirtschaftskrise mit ihren Folgeerscheinungen das Erreichen dieses Ziels erleichterte.

Thronverzicht des Großherzogs v. Baden.

Schlagzeile aus dem „Volksfreund" vom 23. November 1918

1918

17. November: Die „Karlsruher Zeitung" erscheint erstmals in neuer Aufmachung als „Badischer Staatsanzeiger".

26. November: Im Bürgerausschuß spricht Oberbürgermeister Karl Siegrist nach der Niederlage Deutschlands und dem Ende der Monarchie von einem schicksalsschweren Wendepunkt in der Geschichte und würdigt die Leistungen des Fürstenhauses für die Residenzstadt.

28. November: Der Stadtrat beschließt für die städtischen Ämter und Betriebe den Achtstundentag, der am 1. Dezember in ganz Deutschland eingeführt wird.

Dezember: Zur Linderung der Wohnungsnot erstellt die Stadt in Grünwinkel an der Durmersheimer Straße zwei Wohnbaracken, die im März 1919 bezugsfertig sind.

1. Dezember: Die Rheinbrücke bei Maxau wird gemäß den Waffenstillstandsbedingungen von den Franzosen besetzt.

12. Dezember: Die in dem Waffenstillstand festgelegten Bestimmungen über die entmilitarisierte Zone, die östlich von Durlach verläuft, treten in Kraft.

1919

— Um der Wohnungsnot zu begegnen, wird mit der Erschließung des Exerzierplatzes Gottesaue, des Geländes hinter der Tullaschule und dem Ausbau der Gartenstadt Rüppurr begonnen. Die ersten Häuser sind noch in diesem Jahr bezugsfertig. In ehemaligen Kasernen, u. a. Gottesaue, werden Notwohnungen hergerichtet.

1. Januar: Das Gebäude der Gewerbeschule am Lidellplatz, das 1912 nach Plänen von Prof. Eugen Beck begonnen, im September 1914 fertiggestellt und während des Krieges als Lazarett benutzt wurde, wird seiner Bestimmung übergeben.

5. Januar: Bei den Wahlen zur verfassunggebenden badischen Nationalversammlung, bei

Abschied von den letzten Truppen der Garnison Karlsruhe am 22. September 1920

denen Frauen erstmals das aktive und passive Wahlrecht haben, erzielt in Karlsruhe-Stadt die SPD das beste Wahlergebnis. Unter den 15 Abgeordneten, die in Karlsruhe wohnen, sind zwei Frauen: Kunigunde Fischer (SPD) und Klara Siebert (Zentrum). Die badische Nationalversammlung tagt erstmals am 15. Januar im Landtagsgebäude. Ihr gehören 39 Abgeordnete des Zentrums, 36 der SPD, 25 der Deutschen Demokratischen Partei und sieben der Deutsch-Nationalen Volkspartei an.

19. Januar: Die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung finden statt. Stärkste Partei in Karlsruhe-Stadt ist die SPD.

24. Januar: Gründung der Baugenossenschaft Gartenvorstadt Grünwinkel, die den Bau von 180 Wohnungen plant.

10. Februar: Eine französische Truppenabteilung zur Überwachung des Rheinhafens trifft ein.

23. Februar: Wegen des Verbots einer Versammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei im Colosseum kommt es zu Demonstrationen, bei denen Fensterscheiben zu Bruch gehen und einige Schüsse fallen. Die Demonstrationen am Schloßplatz und vor dem Innenministerium dauern bis in die Nacht. Die Proteste richten sich gegen den wegen revolutionärer Unruhen in Mannheim verhängten Belagerungszustand in Baden.

1. März: Die Karlsruher Turngemeinde 1846 und die Karlsruher Turngesellschaft vereinigen sich zum Karlsruher Turnverein 1846.

3. März: Gründung der Handwerker-Baugenossenschaft Hardtwaldsiedlung unter Vorsitz von Albert Braun.

13. April: Volksabstimmung über die badische Verfassung. Diese erhält in Karlsruhe 22 355 Ja- und 2 479 Nein-Stimmen.

13. Mai: Die Stadtverwaltung und die vier Hauptfraktionen (nach den letzten Wahlen von 1911 die Nationalliberalen, SPD, Zentrum und Fortschrittliche Volkspartei) veranstalten eine Protestkundgebung gegen die Versailler Friedensbedingungen.

18. Mai: Bei den Stadtverordnetenwahlen gewinnt die liberale Deutsche Demokratische Partei vor den gleichstarken SPD und Zentrumspartei. Im Stadtrat, der von den Stadtverordneten gewählt wird, sind vertreten: SPD 6, USPD 1, KPD 1, Zentrum 6, DDP 7 und DNVP 1. Unter den 96 Stadtverordneten sind zehn Frauen, und dem 27köpfigen Gremium des Stadtrats gehören drei Frauen an.

23. Juli: Bei den fälligen Neuwahlen für den Oberbürgermeister nehmen von 122 stimmberechtigten Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung 47 an der Wahl teil. 37 stimmen für den bisherigen Amtsinhaber Karl Siegrist, zehn Zettel sind ungültig. Die Wahl ist somit nicht gültig. Nach öffentlicher Ausschreibung der Stelle wird am 19. September mit 91 von 92 abgegebenen Stimmen Dr. Julius Finter, Bürgermeister in Mannheim, zum neuen Oberbürgermeister Karlsruhes gewählt.

August: Aufhebung des Kartenzwangs für Seife. Für Nahrungsmittel und andere Bedarfsgüter hält die Zwangsbewirtschaftung an. Die Lebensmittelpreise müssen aufgrund des Mangels deutlich erhöht werden.

29. August: Reichspräsident Friedrich Ebert besucht in Begleitung des Reichswehrministers Gustav Noske die Stadt zu Wirtschaftsbesprechungen mit der badischen Regierung.

29. September: Die Zahl der Bürgermeisterstellen wird um eine auf vier erhöht.

1920

— Rohstoffknappheit und andere zeitbedingte Schwierigkeiten führen zur Konzentration in der Brauerei-Industrie. Die Brauerei Kammerer wird von Moninger und Seldeneck von Sinner übernommen. Die Brauereien Schrempp und Printz fusionieren.

15. Januar: Aufgrund der wirtschaftlichen Notlage verhängt das Ministerium des Innern wie im Vorjahr ein Verbot von Fastnachtsumzügen.

14. März: Auf dem Marktplatz demonstriert eine große Menschenmenge gegen die reaktionären Bestrebungen des Kapp-Putsches. Weitere Demonstrationen und Proteststreiks folgen am 15. und 16. März.

1. April: Einrichtung eines städtischen Fürsorgeamtes.

29. April: Gründung des Vereins „Karlsruher Volksbühne".
1. Juni: Erwerb des Friedrichsbades durch die Stadt, dessen Wannenbäderabteilung am 5. Dezember durch einen Brand zerstört wird. Im Februar 1952 wird das kriegszerstörte Gebäude abgerissen. Es entsteht der Passagehof mit Parkplätzen bei der Kaiserpassage.
6. Juni: Bei den Reichstagswahlen erringt von sieben Parteien, die sich in Karlsruhe-Stadt zur Wahl stellen, die SPD die meisten Stimmen.
15. Juni: Die Straßenbahnlinie durch die Rüppurrer Straße zum Hauptbahnhof ist fertiggestellt.
30. Juni: Das Bürgermeisteramt teilt die Freigabe der Kartoffelversorgung aus der neuen Ernte mit.
6./7. Juli: Auf dem Wochenmarkt und in den Kaufhäusern kommt es zu Protestaktionen gegen zu hohe Preise, die in Plünderungen ausarten. In der Hans-Thoma-Straße wird bei einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Demonstranten eine Frau getötet.
6.–11. Juli: Fachausstellung „Das Kino" im Orangeriegebäude.
14. Juli: Der Stadtrat protestiert telegraphisch beim Reichswirtschaftsministerium gegen die schlechte Brotversorgung und fordert erfolgreich Abhilfe.
18.–26. September: Stadtverwaltung, Theaterkulturverband und Verkehrsverein veranstalten eine „Badische Woche". Sie soll eine Übersicht über künstlerisches und kulturelles Schaffen in Baden geben. Diese Veranstaltung wird als „Karlsruher Festwoche" dann jährlich wiederholt.
19. September: Das 1919 gegründete Badische Landesmuseum eröffnet seine ersten Säle im Schloß. In diesem Museum sind die großherzoglichen Staatssammlungen für Altertums- und Völkerkunde mit dem Kunstgewerbemuseum vereinigt.
22. September: Die Garnison Karlsruhe wird mit der Räumung der neutralen Zone von deutschen Truppen aufgehoben. Auf dem Marktplatz findet eine Abschiedsfeier statt.
6. Oktober: Feierliche Eröffnung der „Wolff-Anlage" im Stadtgarten. Kommerzienrat Friedrich Wolff hatte schon 1918 eine reiche Stiftung für dieses Projekt gemacht.
6. November: Das neu geschaffene Städtische Kinderkrankenhaus wird im Gebäude des ehemaligen, 1907 nach Plänen von Friedrich Ratzel errichteten Viktoria-Pensionats am Durlacher Tor eröffnet. Erster Direktor ist Prof. Dr. Franz Lust, der als Jude 1933 von den Nationalsozialisten entlassen wird und am 23. März 1939 angesichts der ausweglosen Situation der Juden in Deutschland den Freitod wählt.
11. November: Karlsruhe erhält Anschluß an den Luftverkehr. Auf dem Exerzierplatz landen Flugzeuge der Linie Frankfurt–Lörrach.
14. Dezember: Karlsruher Frauen und Mädchen veranstalten eine Protestversammlung gegen die „schwarze Schmach", d. h. gegen „fremdrassige" Truppen bei der Besetzung des Rheinlandes und der Pfalz. Es referiert die Reichstagsabgeordnete Dr. Marie Baum.

1921

— Die Stadtverwaltung beschließt, das Oberfeld im Westen der Stadt als Industriegebiet auszuweisen.
31. Januar: Eröffnung der Mensa der Technischen Hochschule. Sie soll die Notlage der Studierenden durch billige Mahlzeiten lindern.
29. März: Etwa 200 kommunistische Demonstranten versuchen in das Bezirksamt am Marktplatz einzudringen. Dabei kommt es zu einer Schießerei, die einen Toten und fünf Verwundete fordert.
1. Juli: Die durch Landesgesetz ermöglichte Badische Elektrizitätsversorgungs AG (Badenwerk) erhält ihren Sitz in Karlsruhe. Sie übernimmt die 1912 begonnenen und 1919 fertiggestellten Kraftwerkseinrichtungen und Überlandleitungen nach Karlsruhe und Mannheim. Entscheidender Anreger und Förderer einer zentralisierten Energieversorgung war Prof. Dr. Theodor Rehbock von der Technischen Hochschule.
15. Juli: Wegen fehlender landesgesetzlicher Grundlagen und unsicherer Berechnungen der tatsächlichen Einkünfte beschließt der Bürgerausschuß, die Geschäfte auf der Grund-

lage des Vorjahresetats zu führen. Ein ordentlicher Etatvoranschlag wird erst am 8. Februar 1922 verabschiedet.

31. August: Große Demonstration zum Schutz der Republik auf dem Marktplatz aus Anlaß der Ermordung des Reichstagsabgeordneten Matthias Erzberger (Zentrum).

14.–16. September: Der Deutsche Ärztetag findet in Karlsruhe statt.

30. Oktober: Bei den Landtagswahlen erringt die SPD in der Stadt die meisten Stimmen.

1922

– Die Inflation führt bei Beamtengehältern und Arbeiterlöhnen der Stadt (ohne Schule und Polizei) zu sprunghaftem Zahlenanstieg. Mußten am Jahresanfang noch 102 Millionen aufgewendet werden, so waren es im Mai 202, im August 405 und am Ende des Rechnungsjahres 12 500 Millionen Mark.

2. Januar: Eröffnung des Reitinstituts „Karlsruher Tattersall" in der Reithalle der ehemaligen Artilleriekaserne Gottesaue.

16. Januar: Das Karlsruher Wohnungsamt

Notgeld der Stadt Karlsruhe. Hier zwei Scheine mit den Motiven Rheinhafen und Rondellplatz

richtet über die Tageszeitungen einen Appell an die Verlobten, vorläufig nicht zu heiraten. In der Stadt fehlen 2 500 Wohnungen.

März: Das Archivgebäude der Stadt in der Gartenstraße 53 (am heute noch so genannten Archivplatz) wird für das Arbeitsamt geräumt. Die Archivbibliothek geht in die städtische Volksbücherei über, die stadtgeschichtliche Sammlung geht als Leihgabe an das Badische Landesmuseum, wo sie seit 1926 zu sehen ist, die Archivalien kommen in das Rathaus.

26. Mai: Gründung der ältesten Vorgängergesellschaft der 1953 gebildeten Volkswohnung GmbH – die Wohnungsbau für Industrie und Handel GmbH, später Wohnungsgesellschaft Ettlinger Tor mbH –, an der die Stadt überwiegend beteiligt ist.

26. Juni: Eröffnung der Städtischen Bücherei und Lesehalle. In ihr werden die Bibliotheken des Männerhilfsvereins vom Roten Kreuz und des Badischen Frauenvereins, die in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, zusammengeführt. Die Bücherei wird in der Karl-Friedrich-Straße 21 eingerichtet.

27. Juni: Große Demonstration auf dem Marktplatz nach der Ermordung des Reichsaußenministers Walther Rathenau am 24. Juni. Danach kommt es in einigen Stadtteilen zu Ausschreitungen. Am 4. Juli findet eine zweite Demonstration statt.

20. Oktober: Der letzte Karlsruher Kriegsgefangene, Wilhelm Krotz, kehrt nach achtjähriger Gefangenschaft in seine Heimatstadt zurück.

19. November: Bei den Stadtverordnetenwahlen beteiligen sich etwa 50 Prozent der Stimmberechtigten. Stärkste Partei wird die SPD. Der am 5. Dezember von den Stadtverordneten gewählte Stadtrat ist besetzt mit 8 Sozialdemokraten, 6 Vertretern des Zentrums, 3 der Deutschen Volkspartei, 1 der Kommunalen Wirtschaftlichen Vereinigung, 3 der Deutschen Demokratischen Partei und 2 der Deutschnationalen Volkspartei.

1923

14. Januar: Die Stadtverwaltung veranstaltet in der Festhalle eine Protestkundgebung ge-

Der Karlsruher Festplatz um 1930. Rechts die Ausstellungshalle, im Hintergrund das Konzerthaus mit dem im Zweiten Weltkrieg zerstörten Portikus

gen die Besetzung des Ruhrgebiets durch die Franzosen.

23. Januar – 28. März: Der Oberbürgermeister Dr. Julius Finter muß für bestimmte Tageszeiten eine Gassperre anordnen.

3. März: Französische Truppen (80 Mann) besetzen den Rheinhafen. Sofort verhängte Ausfuhrverbote für Kohle, Maschinen und Metallwaren und die Kontrolle aller anderen Güter sowie die Beschlagnahme von Holz, Eisen, Stahl usw. bringen den Hafenverkehr für längere Zeit zum Stillstand. Im Jahr 1923 beträgt der Gesamtumschlag 44,5 Tonnen weniger als im Jahr der Eröffnung des Rheinhafens.

26. April: Zu Beginn einer Stadtratssitzung würdigt Oberbürgermeister Dr. Julius Finter die Verdienste der am 23. April im Alter von 84 Jahren verstorbenen früheren Großherzogin Luise von Baden.

5. Mai – 9. Oktober: „Große Deutsche Kunstausstellung Karlsruhe 1923" in der städtischen Ausstellungshalle am Festplatz, deren 1915 unvollendeter Innenausbau dazu fertiggestellt wird. Die Stadt erwirbt zehn Gemälde, zwei Plastiken und 15 Graphiken.

8. September: Ausgabe der letzten Lebensmittelkarten mit Datum bis 1. Januar 1924. Danach wird das Nahrungsmittelamt der Stadt aufgelöst.

1. November: Die Stadt Karlsruhe gibt die letzten Scheine Notgeld aus. Es sind 307 500 Scheine zu je 100 Milliarden Mark. Am 15. November wird die Rentenmark offiziell als neues Zahlungsmittel eingeführt.

Dezember: Die Zahl der Erwerbslosen steigt auf über 5 000.

27. Dezember: Im Hildahaus in der Scheffelstraße wird die „Schweizer Suppenküche" eröffnet. 500 Personen werden mittags und abends auf Kosten eines in der Schweiz gegründeten Hilfswerks zugunsten der notleidenden Karlsruher Bevölkerung verpflegt.

1924

— Vor dem 1872 abgerissenen Ettlinger Tor, wo einst das erste Karlsruher Industriegebiet und der erste Hauptbahnhof lagen, soll nach Plänen von Prof. Hermann Billing eine Platzanlage geschaffen werden. Die Realisierung dieser Idee beschäftigt die Stadtplaner und -verwaltung bis heute.

7. Januar: Erste Tankstelle in Karlsruhe eröffnet.

11. Januar: Hans Pfitzner dirigiert erstmals seine Oper „Palestrina" im Badischen Landestheater. Er kommt danach häufiger in die Stadt, um hier seine Werke aufzuführen.

25. Januar: Der Karlsruher Nationalsozialistenprozeß endet mit einem Freispruch der 15 Angeklagten. Sie hatten sich trotz des Verbots der nationalsozialistischen Ortsgruppen durch das badische Ministerium des Innern weiter zu Zusammenkünften der im Juni 1922 gegründeten Karlsruher Ortsgruppe versammelt.

1. April: Die Stadt kauft die Sammlung des Glasmalers Hans Drinneberg (101 Gemälde), die einen Überblick über das Kunstschaffen in Karlsruhe während der vergangenen 50 Jahre bietet. Damit wird die anläßlich des 200jährigen Stadtjubiläums begonnene Sammeltätigkeit der Stadt intensiviert und konzentriert auf die Entwicklung der Karlsruher bildenden Kunst seit Gründung der Akademie im Jahre 1854. Die Bilder hängen z. T. in Amtsräumen und als Leihgaben in der Badischen Kunsthalle. Die Sammlung Drinneberg ist 1942 größtenteils verbrannt.

2. April: In der „Badischen Presse" erscheint eine Radio-Rundschau.

5. April: Am Marktplatz und an der Hauptpost regeln erstmals Polizisten den Verkehr.

9. April: Das städtische Milchamt wird aufgelöst und die Karlsruher Milchversorgung GmbH eingerichtet.

4. Mai: Aus den Reichstagswahlen geht in Karlsruhe das Zentrum als stärkste Partei hervor. Die Nationalsozialisten und die KPD gewinnen größere Stimmenanteile.

1.–7. Juni: Zweite Richard-Strauss-Festwoche, an der der Komponist erneut als Dirigent mitwirkt.

Dezember: Am Flughafen an der Erzbergerstraße entstehen bis 1928 eine Flugzeughalle, Abfertigungsräume und ein Restaurant.

7. Dezember: Die Reichstagswahlen gewinnt in Karlsruhe die SPD.

1925

26. April: Die Reichspräsidentenwahl gewinnt in Karlsruhe Wilhelm Marx knapp vor Paul von Hindenburg.

4. Juni: Der Bürgerausschuß beschließt die Umgestaltung des Marktplatzes, die auch die Einrichtung unterirdischer Bedürfnisanstalten bei der Pyramide einschließt.

16. Juni: Nach den Ergebnissen der Volkszählung liegt Karlsruhe unter den 46 Großstädten Deutschlands an 32. Stelle.

28. Juni: Einweihung des von Otto Gruber und Emil Valentin Gutmann entworfenen Kriegerdenkmals vor der Hauptpost für die im Weltkrieg gefallenen Leibgrenadiere.

25. Oktober: Bei den Landtagswahlen siegt in Karlsruhe die SPD. Die Stimmenanteile von KPD und NSDAP sind rückläufig.

31. Oktober: Hundertjahrfeier der Technischen Hochschule. Aus diesem Anlaß werden das Heinrich-Hertz-Denkmal und das Denkmal für die gefallenen Studenten enthüllt.

12. November: Reichspräsident Paul von Hindenburg besucht Karlsruhe.

12. Dezember: Einrichtung des Caritas-Waldheims im Hardtwald.

1926

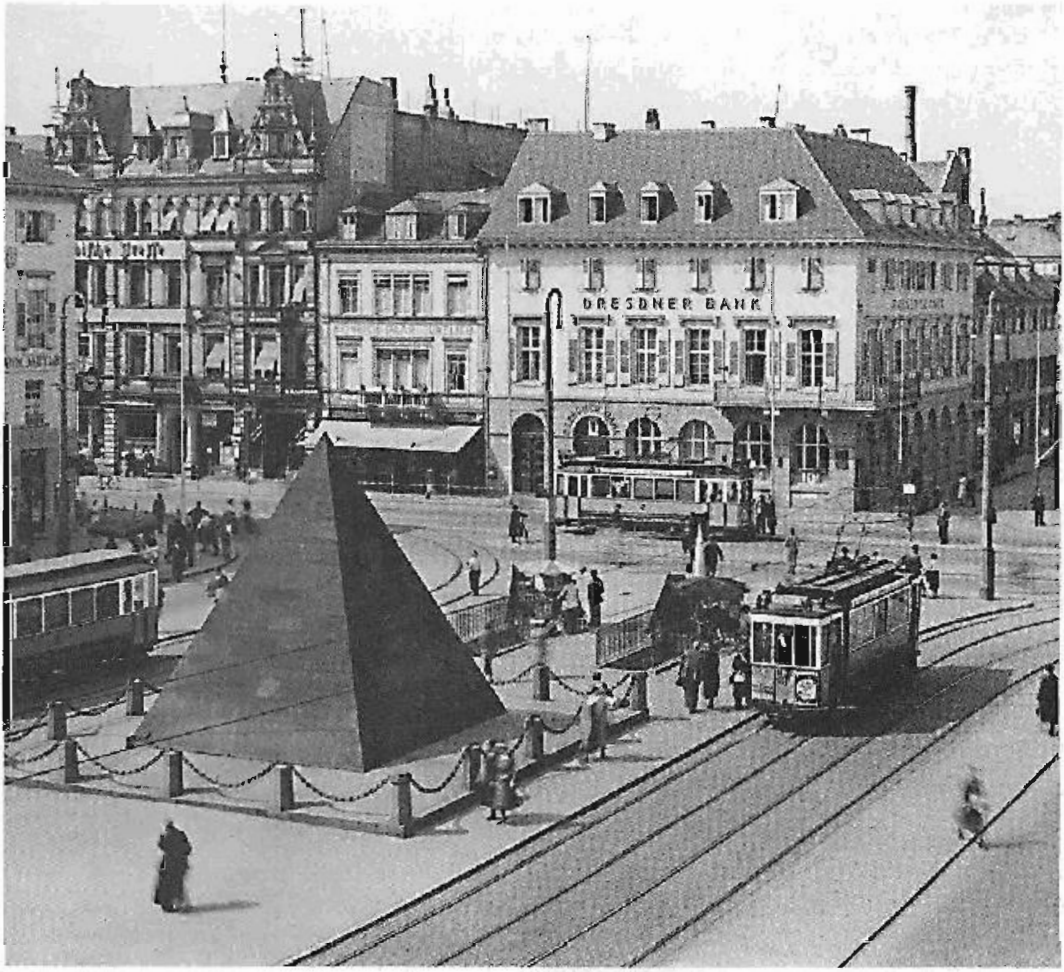
— Abschluß der 1924 begonnenen Ausmalung des Bürgersaales im Rathaus durch Professor Hans Adolf Bühler.

— Im Konzerthaus finden im großen Saal regelmäßig Vorführungen kulturell wertvoller Filme durch die 1921 gebildete „Badische Lichtspiele für Schule und Volksbildung GmbH" statt. Vor allem Jugendliche sollen hier angesprochen werden, denen strenge Zensurmaßnahmen den Zutritt zu den Kinos meist versperren.

— Josef Krips wird Generalmusikdirektor. Er ist Nachfolger des am 21. Juli 1926 gestorbenen Ferdinand Wagner.

Die erste Karlsruher Tankstelle 1924

Flughafen Karlsruhe, etwa 1935



Marktplatz mit Pyramide nach der 1925 beschlossenen Umgestaltung, etwa 1935

Der Generalbebauungsplan 1926

Stadtplanung als modernes Instrument für die Stadtentwicklung nahm ihren Anfang in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Das Badische Ortsstraßengesetz von 1868 ermöglichte die Festlegung von „Fluchtlinienplänen", Vorläufer der heutigen Bebauungspläne für einzelne Baugebiete. Die Probleme in den Großstädten verlangten aber nach Konzepten für die „Regulierung" der Bebauung im gesamten Stadtgebiet. Seit der Jahrhundertwende erkannten viele Stadtplaner – damals waren es meist Tiefbau- oder Vermessungsingenieure – diese Notwendigkeit. Die so entstandenen „Generalbebauungspläne" können als Vorläufer der heutigen Flächennutzungspläne angesehen werden. Der Flächennutzungsplan regelt für das gesamte Gemeindegebiet in Grundzügen die Nutzung des Bodens zum Beispiel durch Wohn-, Industrie-, Erholungs- und Verkehrsflächen für einen Planungszeitraum von ungefähr zehn Jahren.
So legte der damalige Baubürgermeister Hermann Schneider 1926 dem Karlsruher Bürgerausschuß einen Planentwurf mit einer umfangreichen Ermittlung der damaligen Verhältnisse im Wohnungs- und Verkehrswesen wie in der Wirtschaft vor. Die räumliche Entwicklung Karlsruhes und seiner Nachbargemeinden war für die nächsten 50 (!) Jahre vorgedacht. Die Konzeption über die Karlsruher Stadtgrenzen hinaus zeugt von einem weitsichtigen, damals noch seltenen Verständnis für die Notwendigkeit einer grenzüberschreitenden Planung in einem Verdichtungsraum. Die bauliche Entwicklung Karlsruhes wurde vor allem in Richtung Südwesten gesehen (Grünwinkel, Oberreut). Dazu sollten die „einschnürenden" Bahnanlagen der Pfälzer Linie und des heutigen Westbahnhofs mit dem Industriegebiet Bannwaldallee aufgegeben werden. („Die dort vorhandenen Anlagen durchbrechen den Grüngürtel der Albniederung in höchst unliebsamer Weise, machen sich infolge ihrer Lage vor der Hauptwindrichtung für die Wohngebiete der Weststadt recht unangenehm bemerkbar..."). Die Planer schlugen als Industrieschwerpunkt die Zone im Nordwesten der Stadt vor. Mit der Anlage der Raffinerien ist ein Teil dieses Vorschlages bereits verwirklicht und mit der Planung der Gewerbeflächen „Knielingen-West" weiterhin aktuell. Die Eisenbahnumfahrung sollte im Norden der Stadt durch den Hardtwald geführt werden. Da der bestehende Hauptbahnhof dadurch zum Kopfbahnhof geworden wäre, entstand die Idee für einen neuen Hauptbahnhof zwischen Karlsruhe und Durlach.
Der Karlsruher Planentwurf scheiterte als Gesamtkonzeption an der unrealistischen Planung der Eisenbahnanlagen. Eine wenig kooperative Eisenbahnverwaltung hatte die Stadt allein gelassen bei der Lösung wichtiger Probleme. Der Plan blieb auch wegen der fehlenden reichsgesetzlichen Grundlagen nur Entwurf. Einzelprojekte des Planes wurden aber auf den Weg der Realisierung gebracht. So ist der Adenauerring mit den Sportanlagen im Hardtwald heute ein selbstverständliches Element im Gefüge dieser Stadt. Schon damals erstellte die Stadtverwaltung Sanierungsvorschläge für die Altstadt, deren Sanierung in unseren Tagen zu Ende geführt wird. Im Sommer 1929 öffnete das Rheinstrandbad mit seinem vielfältigen Freizeitangebot seine Pforten; im Herbst präsentierte sich die Ausstellung über die „Gebrauchswohnung" im Dammerstock als der erste Bauabschnitt einer neuen Siedlung, die in Fachkreisen bis heute als ein Beispiel des „neuen Bauens" in der Weimarer Republik große Aufmerksamkeit findet. Die Wirkung des Plans reichte bis in die 50er Jahre. Denn einzelne Aussagen des Entwurfs wurden, wenn auch oft in veränderter Form durch Bebauungspläne (Oststadt/Rintheim, Dammerstock) verwirklicht. Erst der 1961 vorgestellte Verkehrslinienplan und der „Vorläufige Flächennutzungsplan" lösten als gesamtstädtische Konzeptionen den Entwurf von 1926 ab. *Harald Ringler*

Die Karte zum Generalbebauungsplan weist folgende Flächen aus: Wohngebiete (grau) und deren Erweiterung (rot), Industriegebiete (gelb mit grauer Umrandung) und die Erweiterungsflächen (gelb), Sport- und Grünanlagen (hellgrün), Wald (dunkelgrün), Verkehrsanlagen (rot schraffiert) und Wasser blau

1. Februar: Gründung der „Karlsruher Bürgerzeitung" als Organ der „Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine".
12. Februar: Eröffnung des Scheffel-Museums im Schloß.
16. Mai: Straßenbahnlinie nach Knielingen eingeweiht.
1. Juni: Verlegung des Karlsruher Wochenmarktes auf den Platz vor dem alten Bahnhof an der Kriegsstraße.
20. Juni: In der ehemaligen Residenzstadt Karlsruhe stimmen beim Volksentscheid über die Fürstenenteignung 37,7 Prozent (1,3 Prozent mehr als im Reichsdurchschnitt) mit Ja.
1. September: Der Generalbebauungsplan der Landeshauptstadt Karlsruhe i. B. wird bei C. F. Müller veröffentlicht.
27. September: Eröffnung der Karlsruher Funkausstellung.
15. November: Die Gemeindewahlen bringen bei einer Wahlbeteiligung von 39,1 Prozent der SPD die meisten Stimmen.

1927

— Baubeginn für den 1931 fertiggestellten Parkring (heute Adenauerring). Er soll die Innenstadt entlasten und neu angelegte Sportstätten erschließen.
— Von Karlsruhe aus wird Ettlingen mit Ferngas versorgt.
— Einrichtung einer Theater-Akademie in Räumen am Botanischen Garten hinter dem Theater. Praxis und Theorie werden in zweijährigem Lehrplan vermittelt. Die Akademie stellt am 26. September 1945 ihre Arbeit ein.
— Baubeginn der Weiherfeldsiedlung.
21. Januar: Eröffnung des Café Museum in der Waldstraße, früher Kaiserstraße.
31. März: Eröffnung des Café Stübinger neben dem Warenhaus Knopf in der Kaiserstraße.
29. September: Aus Nagoya treffen als Geschenke für die Ausstattung des Japangartens im Stadtgarten ein hölzerner Schrein und zwei steinerne Löwen ein.
11. Oktober: Enthüllung des von Friedrich Beichel entworfenen Indianerbrunnens am Werderplatz in der Südstadt.
16. Oktober: Fertigstellung der evangelischen Matthäuskirche in der Vorholzstraße.

1928

— In der Stadt gibt es rund 1 000 Verbände und Vereine mit etwa 70 000 Mitgliedern.
— Der Versuch, das Beiertheimer Feld für die Bebauung umzulegen, scheitert am Widerstand privater Grundbesitzer bzw. an zu hohen Preisforderungen.
— Vertrag mit der Gemeinde Mörsch über die Errichtung eines städtischen Wasserwerkes auf deren Gemarkung. Ende August 1930 wird Wasser aus Mörsch nach Karlsruhe gefördert.
— In diesem Jahr werden 37 Tankstellen neu genehmigt gegenüber einer im Jahre 1923. In Betrieb sind 1928 21 Tankstellen.
5. Mai: Daxlanden erhält Anschluß an das Karlsruher Straßenbahnnetz.
20. Mai: Bei den Reichstagswahlen gewinnt in Karlsruhe die SPD. Die Stimmanteile der Kommunisten und Nationalsozialisten nehmen leicht zu.
19. Juli: Wiederwahl des Oberbürgermeisters Dr. Julius Finter durch den Bürgerausschuß.
Oktober: Beginn der Bauarbeiten für das „Volksfreibad" auf der Rheininsel Rappenwört und für die Zufahrtsstraße mit Straßenbahn sowie für eine Vogelschutzwarte. Rappenwört wird am 20. Juli 1929 eröffnet und zählt 1930 etwa 250 000 Besucher.
6.–8. Oktober: Das Karlsruher Lichterfest zieht etwa 150 000 Besucher an.

1929

— Baubeginn der Dammerstocksiedlung. Organisatorisch-finanziell zeichnet die Stadt, planerisch der Bauhausleiter Walter Gropius verantwortlich. Vom 28. September bis 3. November findet im Dammerstock die Ausstellung „Die Gebrauchswohnung" statt.
— Die Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe wird liquidiert.
— Die in den ehemaligen Räumen des Appollo-Varietétheaters in der Marienstraße eröffnete Schauburg ist mit 600 Plätzen der erste Bau eines echten Großraumkinos in der Stadt.
1. Februar: Das Badische Konservatorium wird zur Badischen Musikhochschule erwei-

Einfamilienreihenhäuser in der von Walter Gropius geplanten Dammerstocksiedlung

tert. Sie ist im Palais Bürklin an der Kriegsstraße untergebracht.

16./17. Februar: Albert Schweitzer gibt in Karlsruhe ein Orgelkonzert.

1. April: Eingemeindung Bulachs.
Karlsruhe erhält eine Berufsfeuerwehr.

23. April: Eine Rede des Kommunisten Max Hölz in der Festhalle endet in einer Schlägerei, bei der es Verletzte gibt. Provoziert wird sie durch zahlreiche Nationalsozialisten, die die Rede immer wieder unterbrechen.

27. April: Gründung der Badischen Landesbausparkasse. Sie verlegt 1946 ihren Sitz nach Karlsruhe.

1. August: Fertigstellung der im Bauhausstil von Walter Merz geplanten Städtischen Vogelschutzwarte beim Rheinstrandbad Rappenwört. Sie wird aus finanziellen Gründen am 31. März 1934 wieder geschlossen und von Waldarbeitern für Wohnungen, Werkstätten und Abstellräume zweckentfremdet. Seit 1982 nutzt die Staatliche Vogelschutzwarte Baden-Württemberg die renovierten Gebäude.

3. August: Rintheim wird an das Straßenbahnnetz der Stadt angeschlossen.

27. Oktober: Bei den Landtagswahlen siegt in Karlsruhe die SPD. Die NSDAP erhält 11,4 Prozent der Stimmen, mehr als das Doppelte der KPD-Anteile.

1. November: Das französische Michelin-Reifenwerk verhandelt mit der Stadt über die Errichtung einer Fabrik auf dem Industriegelände Oberfeld.

6.–10. November: Unter Leitung von Josef Krips findet im Rahmen der traditionellen Karlsruher Herbsttage ein Bruckner-Fest statt.

15. November: Unter dem Titel „Zeittheater" beginnt ein Zyklus moderner Theaterstücke, der zu Diskussionen und Protesten führt. Diese kommen lautstark auch von nationalsozialistischer Seite.

10. Dezember: Der nationalsozialistische Ideologe Alfred Rosenberg referiert über den „Schicksalskampf der deutschen Kultur". Im Anschluß daran gründen im Frühjahr 1930 August Gebhard, Hans Adolf Bühler und Otto Wacker die Karlsruher Ortsgruppe „Kampfbund für deutsche Kultur".

1930

— Die Stadt kauft das Gelände des alten Bahnhofs an der Kriegsstraße von der Reichsbahn.

— Die Bebauung um den Kolpingplatz nach Plänen Hermann Billings beginnt.

3. Januar: Im Residenz-Theater wird mit dem amerikanischen Film „Submarine" erstmals

Das 1929 eröffnete Rheinstrandbad Rappenwört. Im Vordergrund die typischen Pontons im Schwimmbecken, im Hintergrund das Restaurant, davor die Ringtennisanlage, auf der 1931 die ersten deutschen Meisterschaften ausgetragen wurden

ein Film vorgeführt, bei dem über Schallplatte der Ton zu den Bildern gleichzeitig eingespielt wird. Mit „The Singing Fool" wird knapp drei Monate später der erste vollsynchronisierte Film in der Schauburg gezeigt.

1. April: Das Badische Landestheater wird als staatliche Institution gemeinsam von Stadt und Land betrieben und verwaltet.

Karlsruhe erhält im Norden durch die Aufteilung der abgesonderten Gemarkung Hardtwald eine Gebietsvergrößerung um etwa 1 300 ha. Fast 34 Prozent der Gemarkungsfläche sind nun mit Wald bewachsen.

22. April: Das Palais der Gräfin Solms geht als Vermächtnis in den Besitz der Stadt über. Heute befinden sich dort (Ecke Reinhold-Frank-/Bismarckstraße) das Gästehaus der Stadt und das Standesamt.

1. Juni: 20 000 Zuschauer kommen zum Karlsruher Großflugtag.

14. Juni: Verhaftung von Nationalsozialisten wegen verbotenen Uniformtragens.

11.–14. Juli: Veranstaltung „Der Badische Heimattag" als „Welttreffen der Badener". Auf dem gleichzeitig abgehaltenen „Kongreß der führenden Badener in Wissenschaft, Kunst und Wirtschaft" hält der Philosoph Martin Heidegger erstmals seinen Vortrag „Vom Wesen der Wahrheit".

14. September: Bei den Reichstagswahlen wird die NSDAP stärkste Partei in Karlsruhe.

2. November: Einweihung des von Hermann Binz geschaffenen Gefallenendenkmals der Stadt auf dem Ehrenfriedhof des Hauptfriedhofs.

10. November: Die Karlsruher Notgemeinschaft wird gegründet. Dieser Zusammenschluß der karitativen Verbände soll vorwiegend die Not jener lindern helfen, die als „Wohlfahrtserwerbslose" keinen Anspruch

mehr auf Arbeitslosenunterstützung haben. Das waren bei der Gründung bereits 2500, 1932 werden 6430 gezählt.

16. November: Bei den Wahlen zum Bürgerausschuß wird die NSDAP mit 28 von 84 Abgeordneten stärkste Fraktion, womit sie in dem vom Bürgerausschuß am 8. Dezember gewählten Stadtrat ebenfalls mit acht von 24 Stadträten am stärksten vertreten ist.

21. November: Eröffnung des Studentenhauses beim Durlacher Tor, das nach Plänen von Fritz Hirsch errichtet wurde.

19. Dezember: Im Landtag im Ständehaus kommt es zu einer Schlägerei zwischen Abgeordneten des Zentrums und der Nationalsozialisten.

1931

8. April: Die Schiffsbrücke über den Rhein bei Maxau wird durch die Kollision eines Dampfers schwer beschädigt und mehrere Wochen unpassierbar.

11. Mai: Im Bürgerausschuß kommt es zu einer von den Nationalsozialisten provozierten Prügelei mit den Kommunisten.

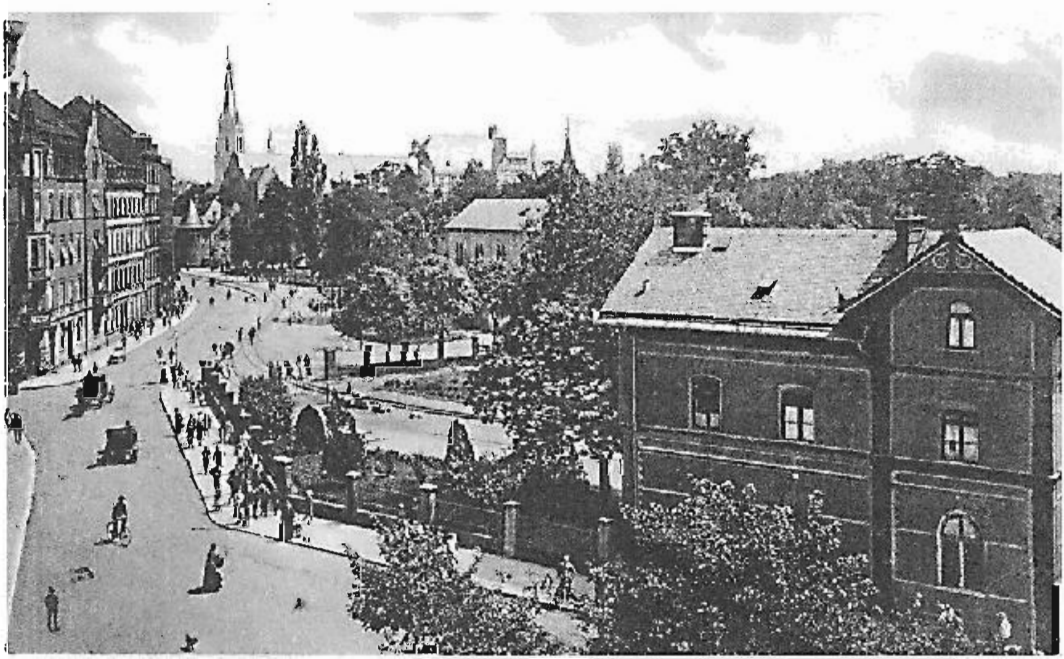
26. Mai: Während eines Propagandaumzuges der NSDAP in Karlsruhe wird das Lahrer SA-Mitglied Paul Billet auf der Kaiserstraße in Höhe der Adlerstraße von Gegendemonstranten getötet. Am 23. November 1935 wird an der Stelle ein Denkmal enthüllt, das im Juni 1945 auf Anweisung der französischen Besatzungsmacht beseitigt wird.

26. Juni: Der „Führer", die Zeitung der badischen NSDAP, wird für vier Wochen verboten.

5./6. September: Erste deutsche Ringtennismeisterschaften in Rappenwört. Karlsruhe gilt als deutsche Geburtsstätte dieses Sports, den Bürgermeister Hermann Schneider bei einer Schiffsreise kennenlernt und durch die Anlage von Spielfeldern in Rappenwört hier heimisch macht. 1933 wird die Tradition der Pfingstturniere in Rappenwört begründet.

1932

— Erstellung der Holzhaussiedlung an der Pulverhausstraße (Stadtrandsiedlung) für Erwerbslose. Die Häuser haben zur Selbstversorgung jeweils einen großen Garten. Innerhalb von drei Jahren entstehen etwa 200 einfache



Die Lokalbahnstrecke durch die Kapellenstraße um 1910. Im Vordergrund rechts das Bahnhofsgebäude, in der Bildmitte die Kapelle des alten städtischen Friedhofs

Häuser, zunächst ohne Versorgungsleitungen für Wasser, Strom und Gas.

1. Februar: Schließung des Bahnhofs der Lokalbahn Durmersheim–Spöck an der Kapellenstraße und damit der innerstädtischen Lokalbahnstrecke. Der Bahnhof wird am 30. August 1937 abgerissen.

10. April: Bei den Reichspräsidentenwahlen liegt im Ergebnis der Amtsinhaber Paul von Hindenburg deutlich vor Adolf Hitler.

31. Juli/6. November: Bei den Reichstagswahlen im Juli und November erhalten die extremen Parteien mehr als die Hälfte der Stimmen. Im Juli erhält die NSDAP 40,3 und die KPD 10,3 Prozent. Im November verschiebt sich das Verhältnis leicht zugunsten der KPD: NSDAP 37,7 Prozent, KPD 13,0 Prozent.

November: Die Ausstellung von Professoren der Landeskunstschule (Akademie) mit Beiträgen von August Babberger, Karl Hubbuch, Wilhelm Schnarrenberger und Paul Speck im Badischen Kunstverein stößt in der rechtsradikalen Presse auf schärfste Proteste.

Dezember: Auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise registriert die Stadt 9 708 Arbeitslose.

5. Dezember: Beginn der Organisation des Luftschutzes.

1933

30. Januar: Die NSDAP feiert Hitlers Ernennung zum Reichskanzler mit einem Fackelzug durch die Stadt.

31. Januar: Am Karlstor wird versuchsweise eine Uhrzeiger-Verkehrsampel aufgestellt.

3. Februar: Verbot aller KPD-Veranstaltungen unter freiem Himmel durch den Polizeipräsidenten.

5. Februar: Im Anschluß an eine Demonstration von SPD und „Eiserner Front" gegen die rechtsgerichteten Kräfte der „Harzburger Front" und der NSDAP kommt es zu Schlägereien auf dem Marktplatz, der Kaiser- und Kreuzstraße.

8. Februar: Ein Erdbeben mit Epizentrum bei Rastatt erschüttert den Rheingraben.

17. Februar: Die Karlsruher SPD weist in einem offenen Brief das Einheitsfrontangebot der KPD, die die Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten" angefeindet hatte, zurück.

27. Februar: Dreitägiges Verbot des „Volksfreund" durch den Innenminister.

4. März: 30 000–40 000 Menschen auf dem Schloßplatz sind Kulisse des Schlußappells einer Großdemonstration dieses Tages, die die hinter der Hitler-Regierung stehenden Parteien und Verbände organisieren.

5. März: Bei den Reichstagswahlen verfehlt die NSDAP trotz starker Behinderung des Wahlkampfs der gegnerischen Parteien ihr erklärtes Ziel der absoluten Mehrheit in Baden wie in der Landeshauptstadt.

Fackelzug vor der Hauptpost anläßlich der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler

Chronik 1933–1945

Die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler und die Errichtung der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland führte zu einer völligen Umgestaltung des politischen Systems, zur rücksichtslosen Verfolgung tatsächlicher, vermeintlicher oder beliebig dazu gemachter Systemgegner sowie zum Völkermord an Millionen europäischer Juden und Hunderttausender Sinti und Roma. Der Zweite Weltkrieg, von Hitler-Deutschland begonnen, mit dem Ziel, dem deutschen „Herrenvolk" in einem größeren Reich „Lebensraum" zu verschaffen, mündete schließlich in ein sinnloses Morden an Millionen Polen und Russen und in einen blindwütigen Vernichtungskampf. An dessen Ende standen die Niederschlagung des nationalsozialistischen Systems, über zwei Millionen tote deutsche Soldaten und Zivilisten, die Not der Flüchtlinge und Vertriebenen und die Zerstörung weiter Teile Deutschlands durch die siegreiche Kriegskoalition der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion.

Die Durchsetzung der Herrschaft des Nationalsozialismus gelang in einem kurzen Prozeß der Gleich- und Ausschaltung. Gleichgeschaltet durch überzeugte oder gehorsame Anpassung wurden Reichswehr, Bürokratie und weite Teile der Beamtenschaft im Justiz- und Bildungswesen. Anpassungstendenzen zeigten anfangs auch die Kirchen. Ausgeschaltet wurden die Linksparteien und die Gewerkschaften, sich aufgegeben hatten die bürgerlichen Parteien durch Selbstauflösung. Ein Fanal für die Ausschaltung regimekritischer Intellektueller und Künstler war die Bücherverbrennung im Sommer 1933. Gesichert war die Machtstellung Hitlers mit der Beseitigung innerparteilicher Opposition durch die Ermordung der SA-Führung am 30. Juni 1934, bei der Hitler auch die Unterstützung der Reichswehrführung fand.

Die Gleichschaltung der Länder vollzog sich in den Landeshauptstädten nach gleichem Muster. In Karlsruhe hat der am 9. März 1933 ernannte Reichskommissar Robert Wagner am 10./11. März die demokratisch gewählte Landesregierung zum Rücktritt gezwungen. Kommissare regierten das Land bis zur Ernennung Walter Köhlers als Ministerpräsident durch Gauleiter und Reichsstatthalter Wagner am 6. Mai. Das Gesetz über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April gab die formale Handhabe zur Entlassung mißliebiger Beamter in Verwaltungen, Hochschulen und Schulen, darunter zu etwas mehr als der Hälfte Sozialdemokraten und Zentrumsanhänger. Die Ausschaltung der politischen Gegner gelang in Baden schneller als im übrigen Reich dank eines Vorfalls in Freiburg. Der SPD-Abgeordnete Nußbaum, der sich seit Monaten in psychiatrischer Behandlung befand, hatte bei seiner Verhaftung zwei Polizisten erschossen. Sozialdemokratische und kommunistische Abgeordnete wurden daraufhin in Schutzhaft genommen, die Einrichtungen der Parteien verboten. Am 2. Mai wurde dann auch die Gewerkschaftsbewegung ausgeschaltet. Die Selbstauflösung der anderen Parteien im Juni und Juli besiegelte die Alleinherrschaft der NSDAP. Nach der Umbildung des Landtags laut Gesetz vom 31. März entsprechend dem Reichstagswahlergebnis von 1933 beschloß dieser, gegen die Stimmen von fünf noch nicht verhafteten Sozialdemokraten, am 9. Juni die Übertragung der Gesetzgebungsgewalt auf die Regierung. Am 30. Januar 1934 beseitigte ein Reichsgesetz die Landtage ganz und übertrug die Hoheitsrechte der Länder auf das Reich.

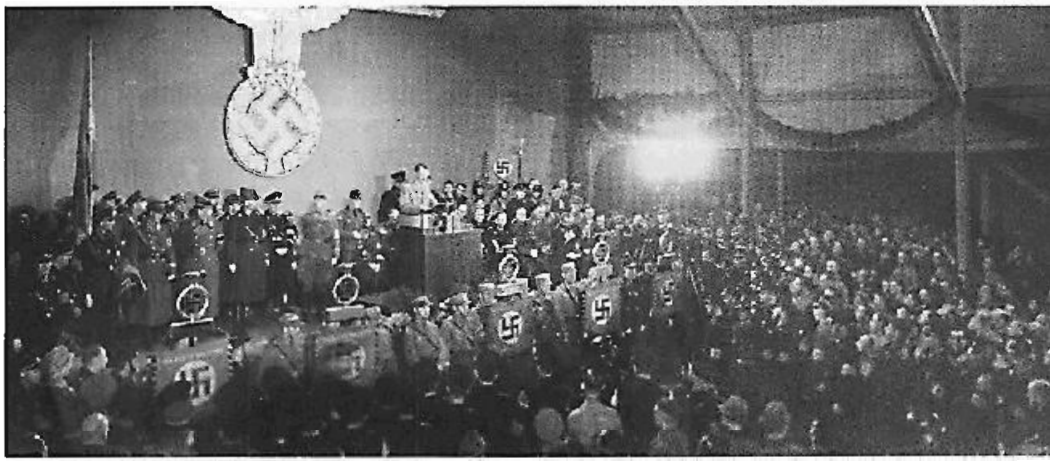
Die Zentralisierung der Staatsverwaltung im nationalsozialistischen „Führerstaat" bezog

auch die Städte und Gemeinden ein. Die Deutsche Gemeindeordnung von 1935 ordnete die Gemeinden, ohne wie früher zwischen Land- und Stadtgemeinden zu unterscheiden, der Reichsverwaltung unter. Die Kommunen wurden zu Vollzugsorganen des Staatswillens, die Selbstverwaltung für tot erklärt. Die gewählten Oberbürgermeister und Bürgermeister wurden aus den Ämtern entfernt, die Gemeindeparlamente wie die Landtage nach dem Reichstagswahlergebnis von 1933 neu zusammengesetzt. Die Funktion der Gemeinderäte, die vom Gauleiter zu ernennen waren, bestand nur noch in der Beratung des Bürgermeisters. Dieser war im Sinne des Führerprinzips alleinverantwortlicher Leiter der Gemeindeangelegenheiten, überwacht nur von dem Beauftragten der NSDAP, dem jeweiligen Gauleiter. Der Staat regulierte durch Gesetze die Gemeindefinanzen, die seit 1937/38 konsolidiert waren. Dies geschah allerdings auf Kosten des Vermögens der Gemeinden, die zum Verkauf von Grundstücken, Beteiligungen usw. gezwungen wurden. Gleichgeschaltet wurde auch das Vereinswesen durch Verbote, verordnete Zusammenschlüsse und die Neuwahl von Vorständen. Städtisches Leben vollzog sich somit unter der Herrschaft des Nationalsozialismus bei allem Lokalkolorit gleichförmiger als zuvor und auch danach.

Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur regte sich in Deutschland nur in ganz geringem Umfang. Er ging unter großen Opfern schon 1933 vor allem von den Kommunisten und Sozialdemokraten aus. Erst ab etwa 1935 widersetzten sich auch die Kirchen als Institutionen verschiedenen Maßnahmen der Nationalsozialisten, wie dem Programm zur Tötung Geisteskranker (Euthanasieprogramm seit 1939). Einzelne, mutige Geistliche beider Kirchen traten schon vorher gegen die Nationalsozialisten auf. 1938 begann dann auch der Widerstand führender Persönlichkeiten aus Militär und Staat, der mit dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli 1944 versuchte, den nationalsozialistischen Terror zu beenden. Seine Angehörigen kamen schließlich aus den unterschiedlichsten politischen Lagern. Die weitreichende Bespitzelung der Bevölkerung durch einen differenzierten Polizeiapparat machte einen erfolgreichen Widerstand schwer möglich. Überwachung, Verfolgung und Vernichtung machten die Polizei zu einem Instrument der Unterdrückung. Seine schrecklichste Ausprägung fand diese in dem von der SS organisierten System der Konzentrationslager. Die KZs, 1933 zur Inhaftierung politischer Systemgegner noch improvisiert, wurden seit 1938/39 zielgerichtet organisiert zu den Orten millionenfachen Mordes an Juden, Sinti und Roma sowie aus politischen und religiösen Gründen verfolgten Regimegegnern. Die Verfolgung der Juden, die in Baden wie überall mit dem Boykott jüdischer Geschäfte 1933 begann und sich über die Umsetzung der Nürnberger Rassengesetze von 1935 zum Novemberpogrom („Reichskristallnacht") 1938 steigerte, erfuhr im deutschen Südwesten eine besondere Ausprägung. 1934 wurde der jüdische SPD-Reichstagsabgeordnete Ludwig Marum im KZ Kislau kaltblütig ermordet, und am 22. Oktober 1940 begann, früher als im übrigen Reichsgebiet, die Deportation aller badischen und pfälzischen Juden in das südfranzösische Lager Gurs, der erste Schritt zum organisierten millionenfachen Massenmord.

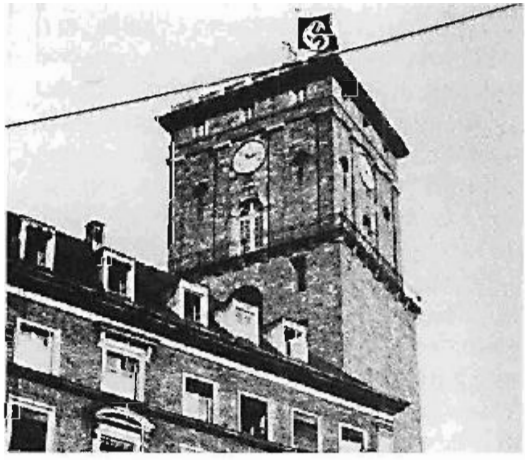
Die Mehrzahl der Deutschen stand dem System dennoch als Anhänger zustimmend oder als Mitläufer wohlwollend bis gleichgültig gegenüber. Beigetragen haben dazu sicher die wirtschaftlichen und außenpolitischen „Erfolge" sowie die sozialen „Errungenschaften" des nationalsozialistischen Regimes. So prägte sich dem Bewußtsein vieler Deutscher bis nach Kriegsende die Zeit zwischen 1934 und 1939 als die „guten Jahre" ein. Schon 1933 gingen die Arbeitslosenzahlen im Zeichen der weltweiten Konjunkturbesserung von sechs auf vier Millionen zurück. Der Autobahnbau – nach bereits fertig ausgearbeiteten Plänen –,

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und die Ankurbelung der Rüstungsindustrie sorgten bis 1938/39 für eine Vollbeschäftigung. Für den einzelnen kam es gegenüber 1928 zwar kaum zu einer materiellen Besserstellung, aber Hunger und Not hatten ein Ende. Erkauft wurde der Wirtschaftsaufschwung mit einer massiven öffentlichen Verschuldung, die zusammen mit den Lasten der Finanzierung des Zweiten Weltkrieges nach der Niederlage in die neuerliche Währungskatastrophe führte. Aufgrund der Lage Badens an der Grenze zu Frankreich blieb hier auch in der Zeit des Wirtschaftsaufschwungs der dreißiger Jahre die Entwicklung hinter der des Reiches zurück. Erst 1935/36 ist ein Rückgang der Arbeitslosenziffern zu verzeichnen. Als soziale „Errungenschaften" feierte das System und empfanden die Deutschen die von der Deutschen Arbeitsfront (DAF) und der Organisation „Kraft durch Freude" (KdF) entwickelten Aktivitäten z. B. im Arbeitsschutz, im Urlaubs- und Freizeitangebot sowie in der Ausbreitung der Massenkultur durch die Medien Film und Rundfunk („Volksempfänger"). Bewußt wurde damit wie auch mit den Eintopfessen des Winterhilfswerks oder dem Versprechen eines „Volkswagens" das Gefühl sozialer Gleichheit hervorgerufen und propagandistisch übersteigert.
Die außenpolitischen „Erfolge" Hitlers (Revision des Versailler Vertrages u. a. mit der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht und der Rückkehr des Saarlandes; „Heimholung" bzw. Anschluß Österreichs 1938, Einmarsch in die Tschechoslowakei 1939) feierten die Deutschen in ihrer Mehrheit ebenso begeistert wie die Veranstaltung der Olympiade 1936 in Berlin. Daß diese Politik auf die Führung eines Krieges zusteuerte, wollten nur wenige Deutsche wahrhaben. Der Krieg brach mit dem deutschen Angriff auf Polen am 1. September 1939 aus. Am 22. Juni 1941 folgte nach den Siegen im Westen der Angriff auf die Sowjetunion, der im Dezember vor Moskau im russischen Winter scheiterte. Der Krieg war verloren, auch wenn das Leiden der Soldaten und der Zivilbevölkerung erst nach dreieinhalb Jahren mit der Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 7./8. Mai 1945 endete. Vor allem die Städte wurden zu den bevorzugten Zielen des Bombenkrieges. Hatten sie zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft ihre Selbständigkeit eingebüßt, so erlitten sie an deren Ende weitgehende Zerstörungen ihrer baulichen Substanz. In Baden traf es Freiburg, Karlsruhe, Mannheim und Bruchsal, vor allem aber Pforzheim, besonders schwer.



Wahlkampfrede Adolf Hitlers in einem Zelt im Hochschulstadion am 12. März 1936

6. März: Um 9.00 Uhr hissen SA-Leute gegen den Willen von Oberbürgermeister Finter auf dem Rathausturm die Hakenkreuzfahne. Auch andere öffentliche Gebäude werden so beflaggt. Die Fahne demonstriert die Ohnmacht der noch amtierenden demokratisch gewählten Landesregierung und der Stadtverwaltung. Die Parteifahne bleibt bis zum 11. März auf dem Rathausturm.



Hakenkreuzfahne auf dem Rathausturm

6. März: Vor dem Verlagsgebäude des „Volksfreund" in der Waldstraße und dem SPD-Volkshaus in der Schützenstraße versammeln sich SA und eine große Menschenmenge, die die Einholung der Dreipfeilfahne der „Eisernen Front" fordern. Dies wird auf Anordnung des Innenministers von der Polizei getan. Das Volkshaus bleibt aus Sicherheitsgründen über Nacht besetzt.

10. März: Beurlaubung und Inschutzhaftnahme hoher Polizeioffiziere. Neuer Polizeipräsident Karlsruhes wird der SA-Ortsgruppenführer Ludin.

Sally Grünebaum, Redakteur des „Volksfreund", und Ludwig Marum, Reichstagsabgeordneter der SPD, werden in Schutzhaft genommen, das Gebäude des „Volksfreund" in der Waldstraße wird besetzt.

11. März: Die seit 1927 amtierende Leiterin der Kunsthalle, Lilly Fischel, wird wegen ihrer jüdischen Abstammung zunächst beurlaubt und dann entlassen. Ihr Nachfolger wird Hans Adolf Bühler, seit 1932 Direktor der Landeskunstschule (Akademie). Der überzeugte Nationalsozialist Bühler behält beide Ämter bis zu seiner Entlassung im September 1934.

Die NSDAP übernimmt mit einer Regierungsneubildung durch Reichskommissar Robert Wagner die Macht in Baden.

13. März: Es kommt, angeblich „hauptsächlich" durch Zivilpersonen provoziert, zu Geschäftsschließungen in der Innenstadt wegen antijüdischer Ausschreitungen. Bei zahlreichen Haussuchungen bei KPD-Mitgliedern werden Vervielfältigungsapparate und antinationalsozialistische Flugschriften beschlagnahmt. Am folgenden Tag finden erneut bei KPD- und SPD-Mitgliedern Kontrollen statt, die sich in den folgenden Wochen wiederholen. Am 25. März wird ein führendes Mitglied der badischen KPD, der Abgeordnete Robert Klausmann, im Hauptbahnhof verhaftet.

14. März: Große Kundgebung auf dem Schloßplatz „zur Feier der nationalen Erhebung".

17. März: Etwa 100 Personen werden in Karlsruhe verhaftet und in der Riefstahlstraße in U-Haft eingeliefert. Am Tage davor hat der geisteskranke SPD-Landtagsabgeordnete Daniel Nußbaum in Freiburg bei seiner Verhaftung zwei Polizisten erschossen.

20. März: Dem Oberbürgermeister und den drei Bürgermeistern Karlsruhes werden nationalsozialistische Kommissare als Aufsicht zugeordnet.

21. März: Die Reichstagseröffnung in der Potsdamer Garnisonskirche wird auf dem Marktplatz mit Lautsprechern übertragen. Am Abend nehmen nach Angaben der Tagespresse 100 000 Menschen an einer Kundgebung mit Kultusminister Otto Wacker teil.

24. März: Der Stadtrat beschließt auf Antrag der Nationalsozialisten u. a. einen Ausschluß jüdischer Unternehmer von städtischen Aufträgen. Am 30. März werden weitere antijüdische Maßnahmen beschlossen.

27. März: Drei Personen werden festgenommen, weil sie Handzettel mit kommunistischem Inhalt unauffällig an Passanten verteilen. Nach ähnlichen Vorkommnissen in den

nächsten Wochen werden weitere Karlsruher, meist aus dem kommunistischen Widerstand, verhaftet.

28. März: Peter Paul Freiherr von Eltz-Rübenach verabschiedet sich als Präsident der Reichsbahndirektion Karlsruhe. Er tritt als Reichspost- und -verkehrsminister in das erste Kabinett Hitler ein.

30. März: Die „Badische Presse" berichtet von zahlreichen Ausschreitungen gegen jüdische Geschäfte in den vorangegangenen Tagen.
Städtische Beamte dürfen nach einem Beschluß des Stadtrates nicht mehr Mitglied der SPD sein.

1. April: Die Nationalsozialisten organisieren auch in Karlsruhe einen Boykott jüdischer Geschäfte. Die Geschäfte sind mit einem gelben Fleck auf schwarzem Grund gekennzeichnet. Boykottbrecher sollen von Parteigenossen photographiert werden. Photoaufnahmen der Aktion sind jedoch nicht gestattet.
Die Beurlaubungen, Umsetzungen und Verhaftungen von Mitarbeitern staatlicher und städtischer Behörden gehen weiter. Mit Ministerialrat Frech und Prof. Graf trifft es z. B. zwei Mitglieder des Zentrums. Anfang April wird der Landtagsabgeordnete des Zentrums Anton Hilbert wegen Führerbeschimpfung verhaftet.

5. April: Sämtliche Juden im öffentlichen Dienst werden beurlaubt. Nach Erlaß des „Reichsgesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7. April werden sie mit Ausnahme der Kriegsteilnehmer 1914–1918 entlassen. Betroffen sind auch Kommunisten und Sozialdemokraten.

8.–30. April: Ausstellung „Regierungskunst 1919–1933", im Auftrag des badischen Kultusministers Otto Wacker zusammengestellt von Akademie- und Kunsthallendirektor Prof. Hans Adolf Bühler. Die Ausstellung ist gedacht als Abrechnung mit der Kulturpolitik der Weimarer Republik. Sie ist eine der ersten Ausstellungen „entarteter" Kunst in Deutschland.

20. April: Hitlers Geburtstag wird mit großem Aufwand gefeiert. Auf dem Schloßplatz wird eine Hitler-Linde gepflanzt.

22. April: Zwei Tage nach der Berliner Uraufführung wird das nationalsozialistische Drama „Schlageter" von Hans Johst in Karlsruhe gezeigt. Albert Leo Schlageter war wegen Sabotage gegen die französische Besatzung im Ruhrgebiet 1923 hingerichtet worden. Die Nationalsozialisten vereinnahmten ihn als „Märtyrer der Bewegung" und stilisierten ihn zum Vorbild der Jugend.

1. Mai: Der 1. Mai wird erstmals im Sinne der Nationalsozialisten nicht als klassenkämpferische Kundgebung, sondern als „Fest der nationalen Entschlossenheit und Feiertag der deutschen Arbeit" begangen.

2. Mai: Auch in Karlsruhe werden die Häuser der nun verbotenen Gewerkschaften besetzt und ihr Vermögen beschlagnahmt.

4. Mai: Generalmusikdirektor Joseph Krips wird mit Wirkung zum 31. August entlassen. Zu seinem Nachfolger wird am 22. November 1935 Josef Keilberth ernannt. Bereits im März waren der Generalintendant Dr. Hans Waag und zahlreiche Künstler entlassen worden.

6. Mai: Der Verlag des „Führer" gibt die Übernahme der sozialdemokratischen Druckerei und des Verlagsgebäudes in der Waldstraße bekannt.

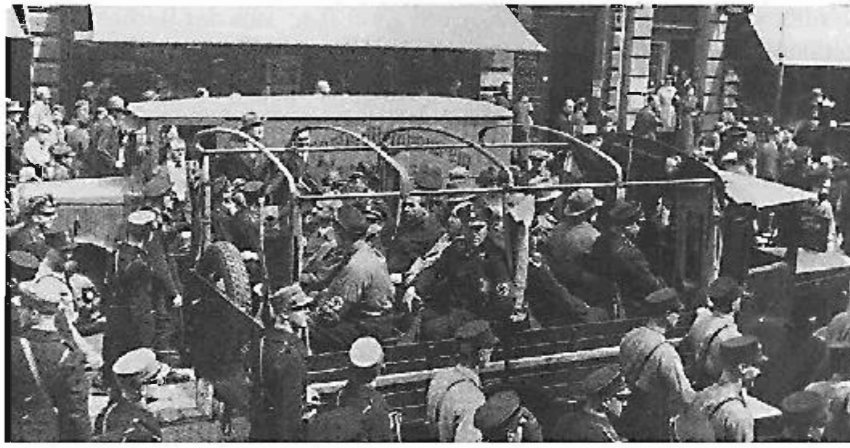
6./7. Mai: Treffen der Hitlerjugend im Hochschulstadion (30 000 Teilnehmer) mit einer Ansprache des Reichsjugendführers Baldur von Schirach. Zahlreiche andere Massenveranstaltungen folgen.

8. Mai: Der Oberbürgermeister Dr. Julius Finter und die drei Bürgermeister Karlsruhes werden abgesetzt und pensioniert.

9. Mai: Der gemäß dem Reichstagswahlergebnis vom 5. März umgebildete Gemeinderat ernennt Adolf Hitler, Robert Wagner und Walter Köhler zu Ehrenbürgern der Stadt. Zahlreiche Straßen und Plätze erhalten neue Namen: Marktplatz: Adolf-Hitler-Platz, Durlacher Allee: Robert-Wagner-Allee, Gottesauer Platz: Hermann-Göring-Platz, Waldring: Horst-Wessel-Ring.

11. Mai: Erste große Luftschutzübung mit Verdunkelungsmaßnahmen in Karlsruhe.

16. Mai: Um die Mittagszeit werden sieben Karlsruher Sozialdemokraten – Adam Rem-



Der Abtransport von sieben Karlsruher Sozialdemokraten in einer „Schaufahrt", hier in der Kaiserstraße, am 16. Mai 1933

mele, Ludwig Marum, Hermann Stenz, Sally Grünebaum, Erwin Sammet, Gustav Heller, August Furrer – nach einer Schaufahrt auf offenem Wagen durch die Stadt in das Konzentrationslager Kislau überführt. Tausende von Karlsruhern beteiligen sich an dem Spektakel. Wenige aus der Menge, die mit dem Ruf „Rotfront" protestieren, werden sofort verhaftet.

18. Mai: Wahl des neuen Oberbürgermeisters im Bürgerausschuß. Die SPD nimmt aus Protest gegen ihren Ausschluß von der Mitarbeit in den Kommissionen an der Sitzung nicht teil. Neuer Oberbürgermeister ist der Nationalsozialist Adolf Friedrich Jäger, der seit 8. Mai als kommissarischer Oberbürgermeister amtiert.

20. Mai: Einweihung des neuen Diakonissen-Krankenhauses in Rüppurr.

3. Juni: Der frühere badische Staatspräsident und Reichsfinanzminister (1928/29) der letzten demokratischen Regierung, Heinrich Köhler (Zentrumspartei), wird in Schutzhaft genommen.

9. Juni: Wie im öffentlichen Dienst wird auch in der Industrie „gesäubert". Die Firma Haid & Neu erhält vom Wirtschaftsministerium nach umfangreichen Änderungen im Aufsichtsrat und Vorstand das Recht, sich als „deutsche Firma" zu bezeichnen.

17. Juni: Auf dem Schloßplatz verbrennt die Hitler-Jugend im Rahmen einer Sonnwendfeier „Schmutz- und Schundliteratur", darunter Bücher von Erich Maria Remarque und Erich Kästner. Die Bücher stammen aus den zuvor systematisch „gesäuberten" Leihbüchereien, Buchhandlungen und anderen Institutionen.

23. Juni: Mit dem Verbot der SPD scheiden deren Abgeordnete aus dem Bürgerausschuß aus.

24. Juni: In Karlsruhe bleiben die Vertreter der aufgelösten Zentrumspartei als Hospitanten der NSDAP bis zur Aufhebung des Bürgerausschusses im Amt.

23. Juli: Feierliche Einführung des ersten evangelischen Landesbischofs D. Julius Kühlewein in der Stadtkirche.

30. September: Die letzten sechs Postpferde, die im Paketzustelldienst eingesetzt sind, werden durch Kraftfahrzeuge ersetzt.

1. Oktober: Eröffnung des nationalsozialistischen Winterhilfswerks, das in Karlsruhe die Nachfolge der aufgelösten Karlsruher Notgemeinschaft antritt. Es soll allen Hilfsbedürftigen den nötigen Lebensunterhalt sichern. Nationalsozialisten und „erbgesunde, kinderreiche Familien" werden jedoch bevorzugt.

11. November: Bei der „Reichstagswahl und Volksabstimmung für Frieden, Freiheit und Ehre" stimmen rund 90 % der Karlsruher mit Ja und für Adolf Hitler. Im Wahlkampf spricht am 2. November Joseph Goebbels in Karlsruhe, und am 10. November wird eine Hitler-Rede öffentlich vor Festhalle und Rathaus über Rundfunk übertragen.

1. Dezember: Gastspiel der Mailänder Scala mit dem „Barbier von Sevilla".

18. Dezember: Wegen anhaltenden Treibeises auf dem Rhein wird die Schiffahrt eingestellt und die Maxauer Schiffsbrücke geschlossen.

1934

– Das Badische Landesdenkmalamt wird in Karlsruhe eingerichtet.

– Die Kunsthalle wird für fünf Jahre teils aus renovatorischen, teils aus strategischen Gründen geschlossen. Sie wird so dem Kreuzfeuer der Kritik an ihrer widersprüchlichen Kunstpolitik entzogen.

23. Januar: Letzte Sitzung des Bürgerausschusses vor dem Gesetz vom 6. März 1934 über dessen Aufhebung.

1. Februar: Die Stadt Karlsruhe tritt der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude" (KdF) als erste badische Gemeinde als förderndes Mitglied bei.

8. Februar: In Karlsruher Schulen werden 30 Schulfahnen geweiht.

13. Februar: Nach langer Pause zieht wieder ein großer Fastnachtsumzug durch die Stadt.

17. März: In einem Lagebericht des Geheimen Staatspolizeiamtes Karlsruhe wird festgestellt, im letzten Halbjahr 1933 seien in Karlsruhe 36 Verteiler einer illegalen KPD-Zeitung und KPD-Organisatoren verhaftet worden.

28./29. März: Im Konzentrationslager Kislau wird in der Nacht der Karlsruher SPD-Reichstagsabgeordnete Ludwig Marum von Nationalsozialisten ermordet.

28. April: Feierliche Eröffnung der Akademie für zahnärztliche Fortbildung im Rathaus. Sie entsteht aus dem seit 1920 bestehenden Lehrinstitut für Dentisten.

27. Mai: Ein Sonderzug der Organisation „Kraft durch Freude" bringt 500 Karlsruher Urlauber nach Oberbayern.

11. Juni: Friedrich Weick, SPD-Stadtverordneter in Karlsruhe 1933, wird vom Sondergericht Mannheim zu zwei Jahren und acht Monaten Zuchthaus verurteilt, weil er den Vertrieb von aus dem Elsaß eingeschmuggelten Zeitungen organisiert hat.

14. Juli: Freigabe des verbreiterten Stichkanals des Rheinhafens.

19. August: Die Volksabstimmung über die Vereinigung der Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers in der Person Adolf Hitlers wird auch in Karlsruhe „zu einem überwältigenden Bekenntnis zum Führer".

22. September: Einweihung des Schlageter-Denkmals. Das Denkmal im Beiertheimer Wäldchen wird 1945 auf Anweisung der Besatzungsmacht beseitigt.

Oktober: Verhaftung einer Gruppe von Karlsruher SPD-Widerstandskämpfern.

Einweihung des „Bannheims" der Karlsruher Hitler-Jugend in der Kaiserstraße 57. Die Hitler-Jugend existiert in Karlsruhe seit 1929.

17. Oktober: Der Karlsruher Hausfrauenbund wird in die NS-Frauenschaft eingegliedert.

21. Oktober: Einweihung der neuen Markthalle (dreischiffige Stahlbetonkonstruktion) hinter den erhaltenen Kopfbauten des alten Hauptbahnhofs an der Kriegsstraße. Erster Markttag ist der 25. Oktober. Sie wird 1970 für den Neubau des Staatstheaters abgerissen.

20. Dezember: Gustav Kappler, Stadtverordneter der KPD von 1929–1933, wird vom Oberlandesgericht Kalsruhe wegen „illegaler" Widerstandstätigkeit für die KPD zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

1935

– Fertigstellung des Ölbeckens (heute Becken V) im Rheinhafen. Die Bauarbeiten am Stichkanal (heute Becken VI) dauern bis 1939 an.

– In die nach 1918 als Wohngebäude genutzte Kaserne Gottesaue zieht die Polizei- und Gendarmerieschule ein.

1. April: Knielingen wird eingemeindet.

Mai: Einrichtung einer Blitzflugverbindung Karlsruhe–Berlin. Die Flugzeit beträgt zweieinhalb Stunden.

15. Mai: Die West-Ost-Bahnverbindung Paris–Karlsruhe–Warschau wird mit Schnelltriebwagen befahren. Die Fahrt Karlsruhe–Berlin dauert statt zwölf nur noch acht Stunden.

23. Juni: Feierliche Enthüllung des Carl-Benz-Denkmals in Anwesenheit der Witwe Berta Benz in der Kriegsstraße. Die 1958 neugeschaffene Büste steht heute in der Beiertheimer Allee.

Die alte, 1934 errichtete und 1970 abgebrochene Markthalle am Platz des früheren Hauptbahnhofs

27. Juni: Starke Erdstöße führen zum Einsturz von Kaminen. Ein Teil eines Steinkreuzes der Bernharduskirche fällt auf die Straße. Ein weiteres Erdbeben am 30. Dezember richtet keine nennenswerten Schäden an.

21.–28. Juli: Das Reichsbund-Gaufest für Leibesübungen findet in Karlsruhe statt.

Oktober: Baubeginn der Kirchpfad-Siedlung bei Rintheim.

2. Oktober: Eröffnung der Karlsruher Bruckner-Tage.

6. Oktober: Feierliche Einweihung der Markuskirche in der Weinbrennerstraße. Die Pläne fertigte Prof. Otto Bartning.

11. Oktober: Elftes Badisches Sängerfest mit über 30 000 Beteiligten.

29. Oktober: Nach Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht rücken die ersten Rekruten in Karlsruher Kasernen ein.

9. Dezember: Umbau des Durlacher-Tor-Platzes mit Verlegung der Haltestellen abgeschlossen.

10. Dezember: Erstes öffentliches Eintopfessen in der Festhalle mit Beteiligung führender Persönlichkeiten der Stadt. Zuvor schon gilt einmal im Monat Eintopf als Sonntagsessen. Die eingesparten Beträge werden von verschiedenen Parteiorganisationen eingesammelt und dem Winterhilfswerk zugeführt.

1936

— Neubau der Karlsruher Milchzentrale an der Durlacher Allee.

11. Januar: Anselm Feuerbachs Gemälde „Das Gastmahl des Plato" wird aus Berlin wieder in die Kunsthalle nach Karlsruhe zurückgebracht. Es war am 4. Januar zur Ausschmükkung des Repräsentationssaals der Reichskanzlei nach Berlin gebracht worden, hatte dort aber den Erwartungen nicht entsprochen.

16. Januar: Die Badische Staatskapelle gibt das erste Betriebskonzert Badens in den Schaerer-Werken im Rheinhafen.

7. März: Nach der Aufhebung der entmilitarisierten Zone durch Adolf Hitler rücken noch am selben Tag die ersten Truppen in Karlsruhe ein. Sie werden auf dem Adolf-Hitler-(Markt-) Platz freudig begrüßt.

12. März: 60 000 z. T. mit 25 Sonderzügen nach Karlsruhe gebrachte Menschen hören in einem Riesenzelt auf dem Hochschulsportplatz eine Wahlkampfrede Hitlers, in der er, der

dreieinhalb Jahre später Deutschland in den Zweiten Weltkrieg führen wird, Friedensabsichten äußert.

29. März: 98,7 Prozent der Wähler stimmen in Karlsruhe bei den Wahlen für Adolf Hitler.

17. April: Ein zwölfstündiger Schneesturm richtet große Baumschäden an.

9. Mai–14. Juni: Ausstellung „Leben und Schaffen der Gau- und Grenzhauptstadt Karlsruhe".

10. Mai: Zum Karlsruher Garnisonstag kommen Zehntausende ehemaliger Soldaten. Der Karlsplatz (heute Kolpingplatz) wird in Langemarck-Platz umbenannt.

25. Mai: „Reichsinstitut für Lebensmittelfrischhaltung" feierlich eröffnet. Es ist der Technischen Hochschule angegliedert.

11. Juni: Adolf Mühlhäuser, „Ortsdiener" der Zeugen Jehovas, wird wegen Fortführung der von der Regierung verbotenen Sekte verhaftet. Er kommt im März 1940 im Konzentrationslager Mauthausen ums Leben. Zwei weitere Karlsruher Zeugen Jehovas bezahlen das Festhalten an ihrem Glauben ebenfalls mit dem Tod im Konzentrationslager.

1. August: Emil Sutor, Bildhauer aus Karlsruhe, erhält für zwei Reliefgruppen beim Kunstwettbewerb zur Olympiade in Berlin eine Goldmedaille.

11. November: Eröffnung der neuen Hochschule für Lehrerbildung in der Bismarckstraße durch Unterrichtsminister Dr. Otto Wacker. 1932 war die Lehrerbildungsanstalt Karlsruhe geschlossen worden.

14. November: Mit der Aufhebung der restriktiven Bestimmungen des Versailler Vertrages über die Wasserstraßen nimmt der Umschlag im Rheinhafen zu. Der Gütertransport durch Lastkraftwagen, der Hafen Kehl und die Fertigstellung des Neckarkanals bremsen die weitere Entwicklung.

1937

— Fertigstellung der Volksschule an der Pulverhausstraße, dem einzigen Schulbau zwischen 1933 und 1945.

— Bau der Reichssportfliegerschule am Flughafen.

10. Januar: Eine neue Ortsstraßen-Verkehrsordnung verhängt u. a. ein Parkverbot für die Kaiserstraße.

10. Januar: Neugestaltung der Robert-Wagner-Allee (Durlacher Allee) durch Verbreiterung und Höherlegung beschlossen.

13. Januar: Vorstellung eines Films über Karlsruhe von Hugo Landgraf.

5. Februar: Gesamtverdunkelungsübung für Karlsruhe und Durlach.

19. März: In Karlsruhe wird das erste Wirtschaftsabitur an der Höheren Handelsschule am Zirkel abgenommen.

23. März: Der Pianist Frederik Lamond wird in Karlsruhe als Liszt- und Beethoven-Interpret stürmisch gefeiert.

1. April: Jeder sechste Karlsruher verfügt über ein Rundfunkgerät. 1940 ist schon jeder vierte Karlsruher Rundfunkteilnehmer.

24. April: Feierliche Eröffnung der Außenstelle des Rechnungshofs des Deutschen Reichs.

30. April: Das „Karlsruher Tagblatt" muß sein Erscheinen einstellen.

9. Mai: Ende der antikommunistischen Ausstellung „Der Bolschewismus", die 80 000 Besucher sahen.

24. Juli: Erster Bauabschnitt der Rheinstrandsiedlung bezugsfertig. Geplant sind insgesamt 600 Wohneinheiten, von denen 1945 erst etwa 150 erstellt sind.

14. August: Stillegung der Lokalbahnstrecken Kühler Krug–Mörsch und Kühler Krug–Grünwinkel–Daxlanden. Die Strecke Mörsch–Durmersheim wurde seit 1936 nicht mehr befahren. In Betrieb bleibt bis 1955 die Strecke Hauptfriedhof–Hagsfeld.

26. August: Beisetzung des tödlich verunglückten Karlsruher Motorsportlers und Europameisters Karl Braun.

1. Oktober: Die Eröffnung des Autobahnabschnitts Bruchsal–Karlsruhe schafft den Anschluß an die Strecke bis Frankfurt. Am 10. Dezember 1938 ist der Abschnitt nach Pforzheim fertiggestellt. Die Planungen für den Bau der „Hafraba" reichen bis zur Mitte der zwanziger Jahre zurück. Die Stadt Karlsruhe war daran beteiligt.

Einweihung der Autobahnstrecke Bruchsal–Karlsruhe am 1. Oktober 1937

Die neue, am 17. Januar 1938 freigegebene Rheinbrücke, im Vordergrund die alte Schiffsbrücke

Alltag zwischen Massenmobilisierung und Verweigerung

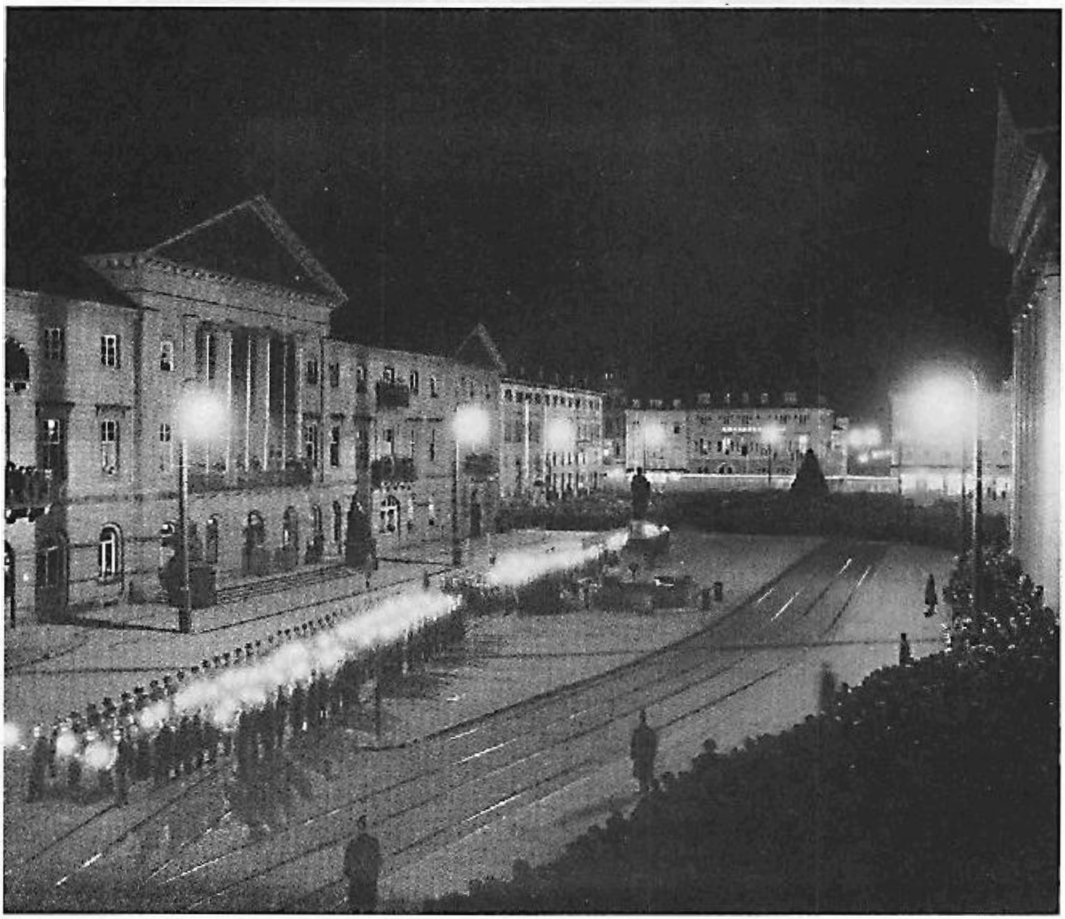
Der Alltag des Dritten Reiches war auch für die Karlsruher geprägt durch eine anhaltende nationalsozialistische Agitation und Propaganda. Sie zielte darauf, das Bild der „Volksgemeinschaft" unter Führung Adolf Hitlers in den Köpfen der Menschen zu verankern. Die „Volksgemeinschaft" wurde dabei als Gegenpol zum politisch-gesellschaftlichen Pluralismus der Weimarer Republik und als Überwindung der Klassengesellschaft stilisiert. Geführt wurde die „Volksgemeinschaft" von Adolf Hitler, der seinen Zuhörern immer wieder, so auch in seiner „Wahlkampfrede" 1936 in Karlsruhe, ins Gedächtnis rief: „Deutschland wird nicht getragen von nur einem Mann, sondern vom ganzen Volk! Und ein Mann kann nur solange Sprecher dieses Volkes sein, solange dieses Volk selbst – Mann für Mann und Weib für Weib – hinter diesem Mann steht." Mit dem begeisterten Sammlungsruf „Ein Reich, ein Volk, ein Führer!" gelang es weitgehend mit Erfolg, die auch in der Realität des Dritten Reichs nicht aufgelösten sozialen Spannungen, Interessenkonflikte und Klassengegensätze zu verschleiern.

Zur umfassenden Mobilisierung der Bevölkerung fanden auch in der Gauhauptstadt Karlsruhe Massenaufmärsche, Versammlungen, gemeinschaftlicher Rundfunkempfang von Hitler-Reden und Veranstaltungen der jeweiligen Betriebsgemeinschaften in weit größerer Zahl statt, als es eine Ereignischronik wiedergeben kann. Sie verdeutlichen das aus der Sicht späterer Generationen erschreckende Maß von begeisterter oder gedankenloser oder womöglich verängstigter Zustimmung der Deutschen zur nationalsozialistischen Herrschaft. Auch die fortwährenden – im Jahre 1940 30 – Sammlungen mit ihren volksbelustigenden, kulturellen oder sportlichen Rahmenveranstaltungen, die Eintopfessen, aber auch das Filmprogramm der Zeit dienten der totalen Erfassung und Durchdringung der Bevölkerung, der sozialen und politischen Kontrolle.

Es gelang den Nationalsozialisten, mit der propagandistischen Übersteigerung angeblich erfolgreicher Wirtschafts-, Sozial- und Außenpolitik und durch die Aufrechterhaltung des Hitler-Mythos ein erstaunliches Maß an Massenloyalität zu erhalten. Zugleich mißtrauten sie selbst zuerst dem von ihnen inszenierten Bild der „Volksgemeinschaft" und der, gemessen an ihrem Totalitätsanspruch, beschränkten Reichweite der organisatorischen Erfassung der Bevölkerung durch die Partei und ihre zahlreichen Nebenorganisationen. So verbreiteten sie für jene, die dem System kritisch oder ablehnend gegenüberstanden, eine Atmosphäre ständiger Bedrohung. Geheime Staatspolizei, politische Justiz und Konzentrationslager waren die Instrumente des Terrors, der sich gegen Andersdenkende richtete. Die scharfe Verfolgung selbst belangloser kritischer Äußerungen am Biertisch förderte das Denunziantentum. Das führte zu einer Atmosphäre, die in dem Spruch „Lieber Gott, mach mich stumm, daß ich nicht nach Dachau kumm" ihren bezeichnenden Ausdruck fand. Die Karlsruher hatten schon früh die Terrormaßnahmen des neuen Systems gegen seine Feinde bzw. jene, die dazu erklärt wurden, kennengelernt, als sieben Schutzhäftlinge im März 1933 in einer Schaufahrt durch die Stadt in das Konzentrationslager Kislau abtransportiert wurden. Andere Ereignisse, wie das Judenpogrom vom November 1938 („Reichskristallnacht" am 9. November) mit der Zerstörung der Synagogen und den beschämenden Szenen der Zusammentreibung vieler Juden über den Marktplatz zum Polizeipräsidium, folgten.

Neben der Zustimmung, dem Mitläufertum und der nachvollziehbaren opportunistischen Anpassung vieler zeigte sich auch in Karlsruhe seit Beginn der nationalsozialistischen

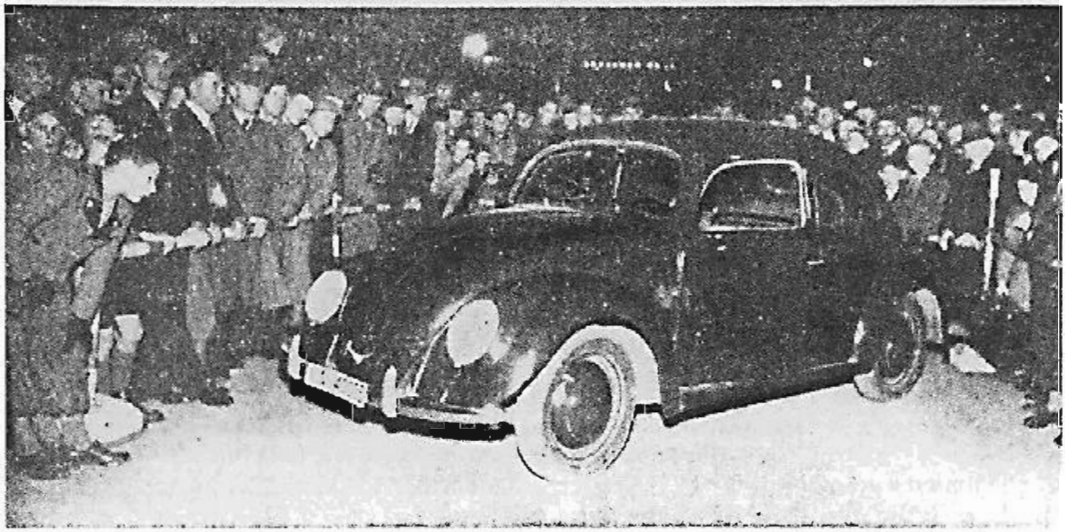
Herrschaft bei wenigen die nur teilweise mit Zahlen zu untermauernde Ablehnung des neuen Systems. Es gab den demonstrativen Besuch der Gottesdienste mißliebiger Geistlicher, das Fernhalten der Kinder von Hitler-Jugend und Bund deutscher Mädel, das Unterlassen der Hausbeflaggung, Spaziergänge während öffentlich übertragener Hitler-Reden, Verweigerung des Hitlergrußes. Es gab die stille Hilfe für politisch und rassisch Verfolgte unter Einsatz des eigenen Lebens. Es gab den politisch und religiös motivierten Widerstand von Sozialdemokraten, Kommunisten, evangelischen und katholischen Christen, Zeugen Jehovas und anderer auch in Karlsruhe. Eine einheitliche Widerstandsbewegung gegen den Nationalsozialismus gab es dagegen nicht, auch blieb aktiver Widerstand Sache einer verschwindend kleinen Minderheit. Ihren Mut, der oft genug zum Tode führte, aus heutiger Sicht zum moralischen Maßstab damaligen Handelns zu machen, wäre völlig verfehlt. Ihr Mut hat aber mitgeholfen, humane und kulturelle Traditionen über die Jahre der menschenverachtenden Diktatur sichtbar zu bewahren, und hat damit dem demokratischen Neuanfang nach 1945 zu mehr Glaubwürdigkeit verholfen.



Zapfenstreich der seit 1936 wieder in Karlsruhe stationierten Truppen. Solche stimmungsvollen Inszenierungen gehörten zum System nationalsozialistischer Massenmobilisierung

KdF.-Wagen – pfundig!

Tausende sahen ihn sich an – Eine Rundfahrt mit möglichst viel Schikanen



Der erste Volkswagen wurde auf dem Marktplatz, wo er Anfang November 1936 gezeigt wurde, von Schaulustigen umlagert. Der Berichterstatter zeigte sich nach einer Probefahrt begeistert

Erste Karlsruher Weihnachtsbeleuchtung 1938. Blick vom Mühlburger Tor in die Kaiserstraße

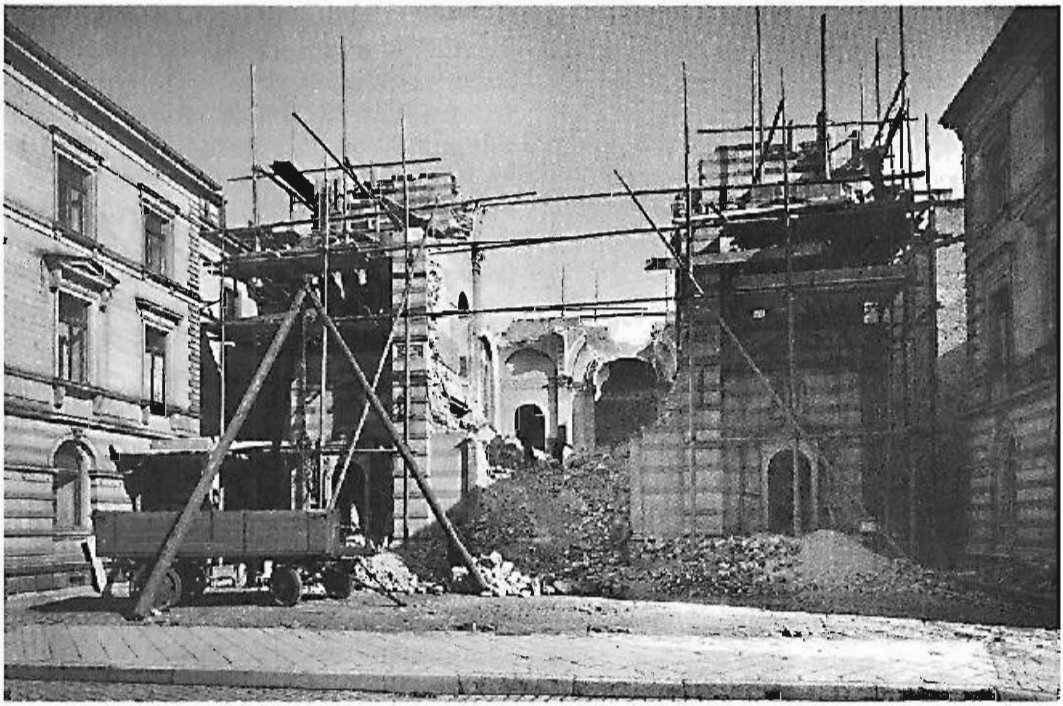
10. Oktober: Im Rahmen der Gaukulturwoche findet in der Kunsthalle eine „Moritz-von-Schwind-Ausstellung" statt, der Kunstverein zeigt die Sonderschau „Badische Maler der Gegenwart".
28. November: Im Karlsruher Konzerthaus wird die neue Sendestation des Reichsrundfunks feierlich in Betrieb genommen.
10.–12. Dezember: Tagung des Reichsausschusses für Krebsforschung und der Deutschen Röntgengesellschaft.

1938

— Die Stadt erwirbt für 710 000 Mark das Markgräfliche Palais am Rondellplatz.
17. Januar: Freigabe der neuen Brücke über den Rhein bei Maxau für den Straßenverkehr. Ab 3. April fährt auch die Eisenbahn über die neue Brücke. Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs, am 20. März 1945, wird sie von deutschen Pionieren gesprengt.
21. März: Eröffnung des Arbeitsamtes in dem Neubau an der Kapellenstraße.
28. März: Der Befehl Adolf Hitlers zum Bau des Westwalls bedeutet den Bau von etwa 50 Bunkern auf Karlsruher Gemarkung.
1. April: Eingemeindung von Durlach und Hagsfeld.
1. August: Dr. Oskar Hüssy wird Nachfolger des aus Altersgründen ausscheidenden Oberbürgermeisters Adolf Friedrich Jäger.
5. August: Die neue Rheinkaserne in Knielingen wird von Pionieren bezogen.
6. August: In die neue Mackensen-Kaserne nördlich des Hauptfriedhofs zieht eine Panzerabwehr-Abteilung ein.
4. September: Die Firma Friedrich Hoelscher KG übernimmt das Warenhaus der jüdischen Geschwister Knopf. Dies ist nur eines von vielen Beispielen der „Arisierung" jüdischer Firmen, die nach dem 10. November 1938 verstärkt fortgeführt wird. Am 24. August 1953 erwirbt die Karstadt AG das Kaufhaus.
Oktober: Die Zahl der Arbeitslosen, die im Winter 1932/33 etwa 15 000 betragen hat, sinkt erstmals wieder unter 1 000. Arbeitsbeschaffungsprogramme, die vor 1933 schon geplant waren, Autobahn- und Westwallbau, Wehrdienst und sicher auch die Umstellung auf kriegswichtige Produktion tragen dazu bei.
28. Oktober: Etwa 40 Juden polnischer Staatsangehörigkeit werden ausgewiesen und müssen Karlsruhe verlassen.
30. Oktober: Eröffnung der neugeschaffenen Kammerspiele im Künstlerhaus Ecke Karl-/Sophienstraße.
1. November: Ein Prototyp des KdF-Wagens, aus dem später der Volkswagen wird, ist – wie überall im Lande um diese Zeit – auf dem Marktplatz ausgestellt.
9./10. November: In der von den Nationalsozialisten sogenannten „Reichskristallnacht" werden von Nationalsozialisten die beiden Karlsruher Synagogen in Brand gesteckt, zahlreiche jüdische Geschäfte zerstört und auch Wohnungen verwüstet.
10. November: Durch eine vielhundertköpfige, johlende Menschenmenge werden viele Juden über den Marktplatz in das Polizeipräsidium getrieben und in zahlreichen Fällen dabei mißhandelt. In der folgenden Nacht werden etwa 400–500 Juden in das Konzentrationslager Dachau verschleppt.
11. November: Einweihung der nach Plänen von Prof. Hermann Billing erbauten Reichspostdirektion am Ettlinger Tor.
29. November: Die Karlsruher Musikhochschule wird staatliche Institution unter Leitung von Franz Philipp.
1. Dezember: In einer Ratssitzung wird mitgeteilt, daß etwa 1 000 Kleinwohnungen fehlen. Der Wohnungsbau hat – entgegen der nationalsozialistischen Propaganda – die Durchschnittszahlen aus der Zeit der Weimarer Republik nicht erreicht.
8. Dezember: Erste Weihnachtsbeleuchtung in der Kaiserstraße.

1939

— Beginn des Baus von Luftschutzbunkern in den Außenbezirken. In der Innenstadt gibt es lediglich Hausschutzräume.
— Das Badenwerk kauft den großen Garten der alteingesessenen Karlsruher Familie Klose vor dem Ettlinger Tor.
15. Januar: Die noch weitgehend intakte Syn-



Abbruch der Synagoge in der Kronenstraße auf Anweisung der Stadt und Kosten der jüdischen Gemeinde. Ein nahes Benzinlager hatte in der „Reichskristallnacht" ihre Zerstörung verhindert

agoge in der Kronenstraße wird auf Kosten der jüdischen Gemeinde auf Anordnung der Stadtverwaltung abgebrochen.

5. März: Wie schon in den Jahren zuvor verlangen am Film-Volkstag die Kinos nur 10 Pfg. Eintritt. In diesem Jahr kommen u. a. folgende Filme in die Kinos: „Ninotschka" (Greta Garbo), „Vom Winde verweht" (Vivian Leigh, Clark Gable), „Robert Koch" (Emil Jannings, Werner Kraus), „Bel ami" (Willi Forst), „Effie Briest" (Marianne Hoppe).

25. März: Gauleiter Robert Wagner sieht sich wegen der Wohnungsnot (es fehlen über 1 500 Wohnungen) veranlaßt, die Freimachung von Dachstühlen anzuregen. Die Neubautätigkeit in der Stadt liegt 1939 unter dem Reichsdurchschnitt.

2. April: Gründung eines städtischen Singchores unter Leitung von Fritz Kölble. Er soll das kulturelle Leben der Stadt beleben und gibt am 8. Mai 1940 sein erstes Konzert.

7. Mai: Einweihung der Freiherr-von-Forstner-Kaserne im Hardtwald.

17. Mai: Anläßlich einer Westwallbesichtigung kommt Adolf Hitler nach Karlsruhe, wo er im Hotel Germania am Ettlinger Tor mit dem Oberbefehlshaber des Heeres, Walter von Brauchitsch, zusammentrifft. Er übernachtet in seinem Sonderzug bei Eggenstein.

18. Mai: Gastspiel Heinrich Georges mit dem „Ur-Götz" von Johann Wolfgang von Goethe.

2. Juli–23. August: Die Kunsthalle eröffnet nach fünfjähriger Schließung mit einer Ausstellung zum 100. Geburtstag Hans Thomas, zu der über 34 000 Besucher kommen. Der neugestaltete Feuerbach-Saal ist wieder zugänglich.

18. Juli: Probealarm mit den Großalarmsirenen im gesamten Stadtgebiet.

27. August: Das Ernährungs- und Wirtschaftsamt, das am 16. März 1940 im Markgräflichen Palais am Rondellplatz einzieht, ordnet die Verteilung der schon längere Zeit vorbereiteten Karten zum Bezug von Lebensmitteln an.

31. August: Die Pläne zur Umsiedlung des Stadtgartens (Fasanengarten oder Turmberg-

gegend) sind soweit gediehen, daß die ersten Tiere abtransportiert werden. Die Ettlinger Straße soll für Truppenparaden ausgebaut, das Sallenwäldchen mit monumentalen NS-Bauten zugestellt werden. Am 14. Juli 1941 stoppt Oberbürgermeister Dr. Oskar Hüssy die weiteren Planungen wegen der Kriegsverhältnisse.

1. September: Seit Ausbruch des Krieges beginnt die Evakuierung von etwa 90 000 der 190 000 Karlsruher Einwohner (ältere Frauen, Kinder, Kranke, Gebrechliche) aus der Stadt, die wegen der Grenznähe direkt durch das Kriegsgeschehen bedroht scheint. Bis Weihnachten 1939 können die Evakuierten zurückkehren.

15. Dezember: Einführung der Reichskleiderkarte wie im ganzen Reich.

1940

— Die Jahreschronik im Karlsruher Adreßbuch verzeichnet 30 verschiedene Straßen-, Haus- und sonstige Sammlungen.

Januar: In den Karlsruher Straßenbahnen sind die ersten Schaffnerinnen im Einsatz.

6. Januar: In Durlach findet die erste Karlsruher Ferntrauung zwischen einem Frontsoldaten und seiner Braut in der Heimat statt.

8. Januar: Schulen und Technische Hochschule nehmen ihren bei Kriegsbeginn unterbrochenen Betrieb wieder auf.

11. Januar: Im ersten Urteil des Karlsruher Sondergerichts wegen Abhörens ausländischer Sender erhält Otto Beck eine zweijährige Zuchthausstrafe.

11. Februar: Die traditionsreiche Karlsruher Museumsgesellschaft löst sich auf. Die Bibliothek wird der Landesbibliothek übergeben.

4. März: Otto Matzerath wird als Nachfolger von Josef Keilberth Generalmusikdirektor.

5. März: Verteilung von Vitamintabletten für Schulkinder, da Frischgemüse knapp ist.

7. März: Beginn der Ausgabe von Volksgasmasken für die gesamte Karlsruher Bevölkerung.

1. April: Die beiden Gewandfiguren des Rathauses, „Badenia" und „Fidelitas", je 33 Zentner Bronze, werden für die nationale Metallspende eingeschmolzen. Seit dem 26. März sind Sammelstellen in der Stadt eingerichtet.

5. Mai: Eröffnung der ersten Maifestspiele des Badischen Staatstheaters.

16. Mai: Etwa 200 Sinti und Roma, Bürgerinnen und Bürger der Stadt, werden in einer reichsweiten Aktion zunächst auf den Hohenasperg und dann in die Ghettos, Arbeits- und Konzentrationslager in Polen deportiert. Dort kommen die meisten von ihnen ums Leben oder werden umgebracht.

14. Juni: Die „Karlsruher Monatsschau" würdigt das 225jährige Stadtjubiläum.

25. Juni: Der Waffenstillstandsvertrag mit Frankreich wird mit zehntägiger Beflaggung und siebentägigem Glockengeläut am Mittag gefeiert.

30. Juli: Erste Bombenabwürfe auf Karlsruher Gemarkung verursachen keinen Personen- oder Sachschaden. Weitere Angriffe im Jahre 1940 treffen hauptsächlich die Randbezirke.

1. September: Im Schaukasten der Geschäftsstelle des Führerverlages (Kaiserstr. 131) wird das in Paris erbeutete Gemälde ausgestellt, das den Luftangriff auf Karlsruhe vom 22. Juni 1916 darstellt. Damit soll die Feindpropaganda geschürt werden.

3. Oktober: Der antisemitische Hetzfilm „Jud Süß" startet im Capitol.

22. Oktober: 905 Karlsruher Juden werden wie alle badischen und pfälzischen Juden in das Lager Gurs am Fuße der Pyrenäen deportiert. Viele sterben in Gurs, andere in den Konzentrationslagern im Osten, wohin sie weitertransportiert werden. Nur wenige überleben den Völkermord des nationalsozialistischen Deutschland an den Juden.

1941

— Die Firma Siemens & Halske erwirbt bei Knielingen Industriegelände.

2. Mai: Der Pfarrvikar von St. Peter und Paul in Mühlburg, Ferdinand Maurath, den Nationalsozialisten seit längerem ein Dorn im Auge, wird verhaftet und ohne Prozeß in das Konzentrationslager Dachau gebracht.

26. Juni: Zu Besprechungen mit den italienischen Arbeitern, die in den Karlsruher Industriewerken tätig sind, weilt ein Beauftragter

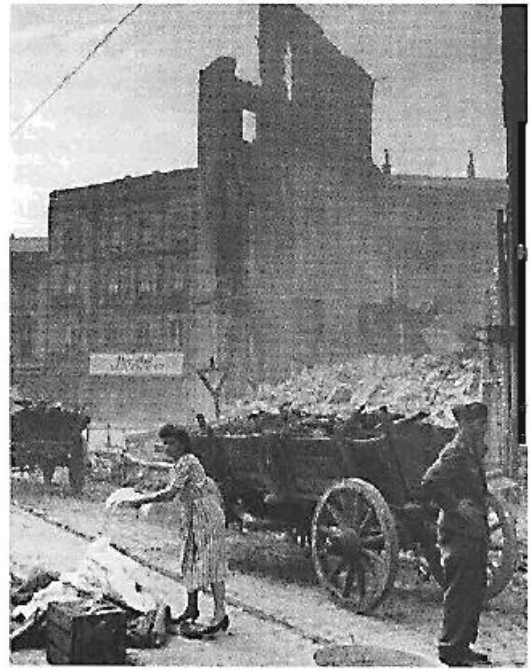
der italienischen Regierung in der Stadt.
5. Juli: Auf zahlreichen Plätzen Karlsruhes wird die Bevölkerung in der Brandbombenbekämpfung unterwiesen.
6. August: In der vorangegangenen Nacht fordert ein britischer Bombenangriff mit 27 Toten und neun Verletzten die ersten Luftkriegsopfer des Zweiten Weltkrieges in der Stadt.
21. November: Freigabe des vorderen Schloßplatzes für den Gemüseanbau.
28. November: 90 spanische Arbeiter treffen zum Arbeitseinsatz in Karlsruhe ein. Die Zahl der freiwilligen oder gezwungenen Fremdarbeiter und der Kriegsgefangenen im Arbeitseinsatz nimmt nun auch in Karlsruhe zu, bei Kriegsende sind es mehrere tausend Menschen, die zum größten Teil in Lagern untergebracht sind.

1942

11. Januar: Die Sammlung von Pelz-, Woll- und Wintersachen für die Front erbringt 301 221 Stücke.
Mai: Die Stadt erwirbt den Nachlaß des Durlacher Malers Karl Weysser.
15. Mai: Fahrradrennen für Berufsfahrer zum Gedächtnis an den Karlsruher Freiherrn Karl Friedrich Drais von Sauerbronn, den Erfinder des Fahrrads.
Juli: Ausstellung „Niederländische Kunst" im Orangeriegebäude.
3. September: Großer Luftangriff auf Karlsruhe. Er fordert 73 Tote und 711 Verwundete. Zerstört werden dabei u. a.: Landesgewerbeamt, Markgräfliches Palais, Sammlungsgebäude am Friedrichsplatz, Christuskirche, Westendstraße (heute Reinhold-Frank-Straße), Körnerstraße, zahlreiche Betriebe im Rheinhafen. Bei diesem Angriff verfahren die Engländer erstmals nach einer neuen Taktik, bei der ein kleiner Verband zunächst mit Leuchtbomben das Ziel markiert.

1943

— Prof. Otto Ernst Schweizer, Professor für Städtebau an der Technischen Hochschule, erhält den Auftrag für ein Gutachten zur städtebaulichen Neuordnung Karlsruhes. Die Ergebnisse werden 1948 in einer Broschüre veröffentlicht. Im Gegensatz zum Generalbebauungsplan von 1926 schlägt Schweizer keine großen Gewerbegebiete, sondern eine Durchmischung von Arbeits- und Wohngebieten in sinnvoller Nachbarschaft vor.
Mai: Fünfmal in diesem Monat (2., 7., 8., 28. und 29.) werden leichte bis starke Erdbeben registriert.
28. Juli: Mit dem ersten Transport der erweiterten Kinderlandverschickung verlassen 600 Frauen und Kinder Karlsruhe.
4. Dezember: Aufruf der NSDAP: Frauen sollen sich zur Feuerwehr melden.



Der Rondellplatz nach dem großen Luftangriff vom 3. September 1942

1944

28. Februar: Große Frauenkundgebung in der Festhalle zum Thema „Frauen helfen siegen!".
22. April: Eröffnung des italienischen Generalkonsulats in der Wendtstraße.
25. April: Bei einem Luftangriff bleibt die Innenstadt dank eines Gewittersturms, der die Markierung des Zielgebiets verweht, verschont. Dafür treffen die Bomben die Vor-

städte, vor allem Rintheim, Hagsfeld und Grötzingen. Schäden gibt es auch am Mühlburger Tor und um das St.-Vincentius-Krankenhaus.

27. Mai: Bei einem Großangriff amerikanischer Verbände auf Bahnanlagen in Südwestdeutschland werden der Rangierbahnhof und die Süd- und Oststadt schwer getroffen. 108 Karlsruher sterben, das Gottesauer Schloß, die Liebfrauen-, Johannis- und Evangelische Stadtkirche sind schwer beschädigt.

11. Juni: Im Staatstheater findet im Rahmen der Richard-Strauss-Tage eine Ehrung des Komponisten zum 80. Geburtstag statt.

9. Juli: Letzte Aufführung des Badischen Staatstheaters: „Figaros Hochzeit."

21. Juli: Reinhold Frank, Rechtsanwalt und Strafverteidiger politisch Verfolgter, wird in seiner Karlsruher Wohnung verhaftet. Er gehört als „politischer Unterbeauftragter" für Baden zum Widerstandskreis um Carl Goerdeler. Nachdem ihn der Volksgerichtshof zum Tode verurteilt hat, findet am 23. Januar 1945 in Berlin seine Hinrichtung statt.

25. Juli: Bei einem Bombenangriff werden u. a. die Evangelische Stadtkirche, St. Stephan, das Ständehaus und erneut Schloß Gottesaue schwer getroffen.

9. August: Beginn einer anhaltenden Serie von Luftangriffen bei Tag auf die Stadt. Sie werden fortgesetzt am 5., 8. und 15. September, 19. Oktober, 5. November, 11. Dezember 1944 und 10. Januar 1945.

27. September: Fast eine halbe Million Brandbomben fallen bei einem Fliegerangriff vor allem auf die Innenstadt und die Weststadt. 52 Tote werden gezählt und zahlreiche Gebäude zerstört, darunter Schloß, Rathaus, Staatstheater, Kunsthalle, Orangerie, Künstlerhaus.

28. November: Erster Jagdbomber-Angriff auf Karlsruhe im Gebiet Aue-Grünwettersbach. Bis Kriegsende werden etwa 30 solcher Angriffe registriert, gegen die die deutsche Flugabwehr keine geeigneten Abwehrmittel besitzt.

4. Dezember: Größter Sprengbombenangriff auf Karlsruhe, der, in Durlach beginnend, über der Weststadt und Mühlburg die stärkste Intensität erreicht. 375 Menschen sterben, allein etwa 100 im öffentlichen Luftschutzraum unter dem Gasthof „Drei Linden" in Mühlburg, ganze Häuserzeilen werden total zerstört.

Reinhold Frank, wegen Zugehörigkeit zum Widerstand gegen das NS-System 1945 hingerichtet

1945

8. Januar: „Der Führer", seit dem 1. September 1944 einzige Zeitung, wird nicht mehr zugestellt. Sie muß in Lebensmittelgeschäften abgeholt werden. Die letzte Ausgabe erscheint am 3. April.

11. Januar: Zwei Karlsruherinnen werden vom Sondergericht Mannheim wegen Plünderung nach dem Bombenangriff vom 27. September 1944 zum Tode verurteilt, aber nicht mehr hingerichtet.

22. Januar: Einstellung des gesamten D-Zug- und Eilzugverkehrs.

2. Februar: Die tagsüber durchgeführten Jagdbombenangriffe stören den Tagesablauf der noch verbliebenen Bevölkerung von etwa 20 000 Menschen empfindlich.

2./3. Februar: Erneuter schwerer Luftangriff.

11. Februar: Vereidigung der Karlsruher Volkssturmbataillone, die seit dem 25. September 1944 formiert wurden.

21./22. März: Die Beschießung der Stadt mit Ferngeschützen von der Elsaß-Pfalz-Front fordert 46 Tote.

31. März: An diesem Ostersamstag erleben die verbliebenen Karlsruher den längsten und letzten Luftalarm des Krieges von 6.30 bis nach 19.00 Uhr. Insgesamt 1 032 Alarme gab es in der Stadt und etwa 100 Luftangriffe, bei denen 1 754 Menschen starben und 3 508 verletzt wurden. Etwa 25 Prozent aller Gebäude sind total zerstört, darunter sehr viele historische Bauten der Innenstadt.

31. März: Deutsche Pioniere sprengen wegen des Vormarsches der Franzosen verschiedene Brücken, darunter die Autobahnbrücke bei Wolfartsweier.

1. April: Angehörige des Volkssturms und russische Kriegsgefangene schließen die seit Dezember 1944 zur Verteidigung errichteten Barrikaden um die Innenstadt.

2. April: Letztes von den Städtischen Büchereien veranstaltetes Kammermusikkonzert im Haus Solms.

3. April: Oberstleutnant i. G. Ernst Linke, Kommandant der Berliner „Bärendivision", entschließt sich entgegen einem Befehl zur kampflosen Räumung der Stadt. Dadurch verhindert Linke gegen den Widerstand der örtlichen NSDAP-Führung auch weitere Zerstörungen von Verkehrseinrichtungen durch die deutsche Wehrmacht.

4. April: Die Franzosen besetzen gegen geringen Widerstand von Nachhuten der Wehrmacht, Angehörigen der Polizei, des Volkssturms und der Hitler-Jugend die Stadt. Die Besetzung ist um 11.00 Uhr abgeschlossen, sie fordert unter der Bevölkerung elf Tote.

Französische Panzer auf dem Marktplatz. Für die Aufnahmen einer französischen Wochenschau, mit denen die Einnahme der badischen Landeshauptstadt dokumentiert werden sollte, waren eine größere Zahl von Gebäuden im Stadtzentrum in Brand gesteckt worden

Am 8. Mai 1945 unterzeichnete die militärische Führung des nationalsozialistischen Deutschland die Kapitulationsurkunde. Der von Deutschland ausgegangene Zweite Weltkrieg war damit beendet. Die vier alliierten Siegermächte besetzten Deutschland und teilten es in vier Besatzungszonen. Dabei nahm man auf frühere Verwaltungsgrenzen nicht überall Rücksicht. Baden und Württemberg wurden so in eine nördliche und eine südliche Hälfte geteilt.

Auf der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August einigten sich die USA, die Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich darauf, die Gebiete östlich von Oder und Neiße abzutrennen und unter polnische und sowjetische Verwaltung zu stellen. Das nationalsozialistische System sollte beseitigt und eine freiheitlich-demokratische Ordnung eingeführt werden, um die Gefahr eines von Deutschland ausgehenden Krieges für die Zukunft auszuschließen. Die in Potsdam getroffenen Vereinbarungen beruhten jedoch, wie sich schon bald zeigen sollte, auf unvereinbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Vorstellungen der Besatzungsmächte. Die unterschiedliche Entwicklung und die zunehmenden Ost-West-Spannungen im Zeichen des „Kalten Krieges" führten 1949 schließlich zur Gründung zweier deutscher Teilstaaten. In den drei Westzonen entstand eine parlamentarische Demokratie und im Osten eine kommunistische Einparteienherrschaft nach stalinistischem Vorbild. In der föderativen Bundesrepublik wurden Konrad Adenauer erster Bundeskanzler und Theodor Heuss erster Bundespräsident. Nicht ohne politische Auseinandersetzungen setzte Adenauer seinen außenpolitischen Kurs der Westintegration der Bundesrepublik durch. Damit nahm er aber zugleich die Spaltung Deutschlands vorerst in Kauf. Im östlichen Teil des Landes schlugen sowjetische Truppen den Aufstand vom 17. Juni 1953 nieder. Der Bau der Mauer in Berlin am 13. August 1961 und befestigte Grenzanlagen versperrten den fluchtwilligen Bürgern der DDR den Weg in den Westen.

Die Städte lagen 1945 weitgehend in Trümmern. Dennoch begann in den Kommunen schon bald kulturelles Leben neu und, von den Besatzungsmächten gefördert, die (Wieder-)Einübung der parlamentarischen Demokratie und der mit ihr verbundenen Wertvorstellungen und Möglichkeiten der Selbstbestimmung. So wurden die Kommunen zu den ersten Trägern der neuen staatlichen Ordnung in Deutschland, und die Stärke der kommunalen Selbstverwaltung trug zur Stabilität der Bundesrepublik viel bei. Die Kommunen trugen auch entscheidend zur Unterbringung und Versorgung der bis 1950 etwa acht Millionen Vertriebenen und Flüchtlinge aus den Ostgebieten bei. Das Leben in den Städten wurde zur gleichen Zeit von den Entnazifizierungsverfahren mitbestimmt. Dabei empfanden es viele als ungerecht, daß die „kleinen Nazis" ihre Strafe erhielten, während man, abgesehen von der Verurteilung der nationalsozialistischen Führung in Nürnberg, die Bestrafung der Nationalsozialisten in höheren Positionen auf später verschob. Ein Vorhaben, das man im Zeichen des „Kalten Krieges" dann nur noch halbherzig verfolgte.

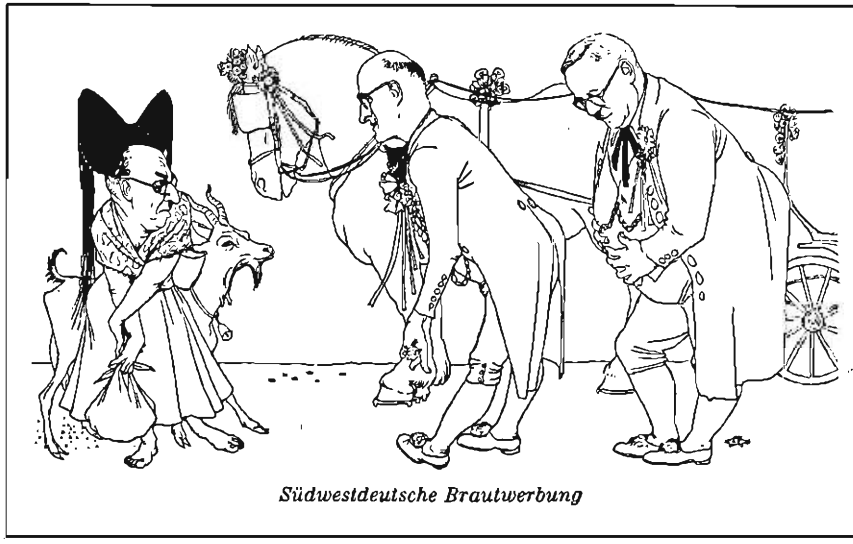
Die Zerstörungen, die Demontagen zu Reparationszwecken und die Zerschneidung aufeinander bezogener Wirtschaftsräume prägten zunächst die wirtschaftliche Lage nach 1945. Das zog erhebliche Versorgungsprobleme und eine strenge Bewirtschaftung aller Güter nach sich. Da die Landwirtschaft die Versorgung der Bevölkerung nicht sicherstellen konnte, gehörten Hamsterfahrten und Schwarzmarkt zum deutschen Alltag. Von zentraler

Bedeutung für den Wiederaufbau im Westen Deutschlands war die Einbeziehung der Westzonen in das 1948 begonnene Wirtschaftshilfeprogramm des amerikanischen Marshallplans für Europa, dem Osteuropa und mit ihm die sowjetisch besetzte Zone bzw. die DDR nicht beitrat. Der Marshallplan beschleunigte, wie auch die Währungsreform von 1948 und die von Ludwig Erhard eingeführte „soziale Marktwirtschaft", die bereits spürbare Konjunkturbesserung. Mit der vielfach skeptisch betrachteten „sozialen Marktwirtschaft" kam es zu einem ungeahnten Aufschwung, der im Ausland schon 1950 als „Deutsches Wirtschaftswunder" galt. Wichtiger Bestandteil der Politik dieser Jahre waren die Sozialgesetzgebung zum sozialen Wohnungsbau (1950), zum Lastenausgleich (1952) und zur Einführung der dynamischen, bruttolohnbezogenen Rente (1957) sowie die Mitbestimmung in der Montanindustrie (1951) und das Betriebsverfassungsgesetz (1952).

Der Wiederaufbau der fünfziger und sechziger Jahre veränderte die Republik nicht nur äußerlich durch die Bauten der neuen Wirtschaftszentren, Straßen und Verwaltungs- wie Wohngebäude. Auch der Alltag der Menschen erfuhr einen tiefgreifenden Wandel. Steigende Einkommen führten zu einer ausgeprägten Konsumorientierung, die Motorisierung erfaßte nahezu alle Bevölkerungsschichten. Das Freizeitverhalten, Wohnbedürfnisse und Kleidungsgewohnheiten änderten sich, der „american way of life" wurde vielfach überschwenglich nachgeahmt. In den Städten zeigten sich zuerst auch die Erfolge des Wiederaufbaus und die Spuren des „Wirtschaftswunders". Die schon gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu beobachtende City-Bildung erreichte in den fünfziger und sechziger Jahren ein Ausmaß, das zu einer „Entleerung" der Innenstädte führte. Großbauten für Dienstleistungsunternehmen, für Banken- und Versicherungen und für Verwaltungen breiteten sich aus. Warenhausbauten und Geschäfte des gehobenen Bedarfs verdrängten Gaststätten, Handwerksbetriebe und Geschäfte für den täglichen Bedarf, wovon vor allem ältere und sozial schwächere Innenstadtbewohner betroffen wurden. Für die angesichts steigender Einwohnerzahlen in den Innenstädten nun fehlenden Wohnungen planten die Städte Trabantensiedlungen. Für den zunehmenden Individualverkehr, der in den „rush-hours" die Innenstädte verstopfte und die Käufer fernzuhalten drohte, sollte die „autogerechte Stadt" geschaffen werden. Parkhäuser, Tiefgaragen und breite Verkehrsschneisen änderten das Aussehen der Städte beträchtlich.

Die Teilung Badens und Württembergs in eine nördliche, amerikanisch besetzte, und eine südliche, französisch besetzte, Zone führte zum Aufbau zweier neuer Verwaltungsgebiete praktisch quer zu den beiden ehemaligen Ländern. Die Grenze zwischen Nord- und Südbaden verlief knapp südlich der ehemaligen Landeshauptstadt Karlsruhe. Bis September 1945 blieb Karlsruhe noch Sitz einer badischen Landesverwaltung, dann bildeten die Amerikaner aus Nordbaden und Nordwürttemberg das Land Württemberg-Baden mit Regierungssitz in Stuttgart. Schon die Verfassung von Württemberg-Baden sah den Zusammenschluß der Länder des Südwestens (in der französischen Zone waren die Länder Südbaden und Württemberg-Hohenzollern entstanden) zu einem Staat als politisches Ziel vor. Mit dem Auftrag der Militärgouverneure der Besatzungsmächte an die Ministerpräsidenten vom 1. Juli 1948, Vorschläge zur territorialen Neugliederung der Länder auszuarbeiten, begann das mehrjährige, zähe Ringen um die Bildung des Südweststaates. Schließlich wurde die Frage der Bevölkerung der Länder zur Entscheidung vorgelegt. Diese sprach sich am 9. Dezember 1951 mehrheitlich für die Bildung eines gemeinsamen Südweststaates aus. Am 25. April 1952 war mit der Bildung der ersten provisorischen Regierung der Zusammenschluß im staatsrechtlichen Sinne vollzogen. Das neue Bundesland erhielt den

Namen Baden-Württemberg, Regierungssitz wurde Stuttgart und erster Ministerpräsident Reinhold Maier.
Der Kampf um den Südweststaat fand jedoch eine Fortsetzung. Nach einem erfolgreichen Volksbegehren im Jahre 1956, das der Heimatbund Badnerland nach Anrufung des Bundesverfassungsgerichts erreicht hatte, mußte ein neuer Volksentscheid nur im alten Landesteil Baden stattfinden. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde im Bundestag und seinen Ausschüssen jedoch 14 Jahre systematisch verschleppt. Umfragen im Jahre 1959 hatten noch eine klare Mehrheit für die Wiederherstellung Badens angezeigt. Als dann am 7. Juni 1970 die Abstimmung stattfand, erklärten sich nur noch 18,1 Prozent der Wähler für das Land Baden. Die von den Landesregierungen betriebene Integrationspolitik hatte wirtschaftspolitische und verwaltungstechnische Erfolge gezeitigt. Die knapp ein Fünftel der Stimmen für Baden zeigten aber, daß ein Restbestand politischer Ressentiments blieb.
Als Konrad Adenauer nach 14jähriger Amtszeit 1963 zurücktrat, folgte ihm Ludwig Erhard. Während seiner Amtszeit kam der Wirtschaftsboom zum Stillstand, und die Zahl der Arbeitslosen stieg erstmals wieder. Der bei der Konjunktursteuerung erfolglose Erhard trat 1966 zurück. Kurt Georg Kiesinger bildete eine große Koalition aus CDU/CSU und SPD. In dieser Zeit wuchsen die Zweifel am System der sozialen Marktwirtschaft und am Verfassungssystem der Bundesrepublik. Sie führten zu kritischen Auseinandersetzungen über das Funktionieren der parlamentarischen Demokratie. Die Studentenbewegung erhob Forderungen nach einer Bildungsreform. Das oft nur formale Demokratieverständnis wurde kritisiert, die Verabschiedung der Notstandsgesetze 1968 begleiteten heftige Proteste aus allen Bevölkerungsschichten, es entstand die sogenannte außerparlamentarische Opposition. Mit großem Nachdruck verwies man nun auch auf die oberflächliche Aufarbeitung des Nationalsozialismus und die personellen Kontinuitäten in den bundesrepublikanischen Eliten. Ein Wertewandel zeichnete sich ab, neue Themen waren in Politik und Gesellschaft präsent, neue Ideen und Konzeptionen waren gefordert, die Nachkriegszeit ging zu Ende.



Südwestdeutsche Brautwerbung

Der „Kampf um den Südweststaat" schlug sich in zahlreichen Karikaturen nieder. Hier werben Gebhard Müller und Reinhold Maier um die „Braut" Leo Wohlleb

5. April: Die Franzosen lassen durch deutsche Kriegsgefangene und arbeitsfähige Karlsruher die Barrikaden in der Innenstadt räumen.
Durlach wird von französischen Truppen eingenommen.
Josef Heinrich wird zum kommissarischen Bürgermeister ernannt.
6. April: Plünderungen und Vergewaltigungen gehören nun wochenlang zum Alltag. An den Plünderungen ist die notleidende Bevölkerung beteiligt. Für Zivilisten wird von 18.00–9.00 Uhr eine Ausgangssperre verhängt.
10. April: In der benutzbaren Markuskirche veranstaltet der Bach-Chor das erste Nachkriegskonzert.
15./22. April: In der Knielinger Rheinkaserne setzen die Franzosen ehemalige NSDAP-Mitglieder fest und bringen etwa 500 Gefangene in Fußmärschen nach Offenburg, wo sie mehrere Wochen interniert bleiben.
23. April: Nach Beschlagnahme des Städtischen Krankenhauses werden bis April 1946 in der Lessingschule Krankenräume als Ersatz eingerichtet.
9. Mai: Zur besseren Versorgung der Bevölkerung wird die Stadt in 16 Bezirke eingeteilt und je eine eigene Bezirksverwaltung gebildet. Im Oktober 1948 werden diese nach der Besserung der allgemeinen Lebensverhältnisse wieder aufgelöst.
12. Mai: Illegales Treffen von Sozialdemokraten im Rathaus an der Beiertheimer Allee (heute Polizeipräsidium). Am 21. September wird im „Weißen Berg" Friedrich Töpper zum 1. Vorsitzenden des wieder konstituierten SPD-Ortsvereins gewählt.
30. Mai: Erste Teilstrecke der Straßenbahn zwischen Weinweg und Kühler Krug wieder in Betrieb.
Juni: Die Umbenennung von Straßen, Plätzen und Schulen in den Jahren nach 1933 wird rückgängig gemacht.
5. Juni: Die Vereinbarungen der Alliierten USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich über die Einrichtung von Besatzungszonen im besiegten Deutschland treten in Kraft. Karlsruhe liegt in der amerikanischen Zone, gerät jedoch durch die nahe Grenze zur französischen Zone in einen „toten Winkel".

Hermann Veit, Oberbürgermeister 1945–1946

8. Juni: Gemäß dem alliierten Zonenabkommen besetzen die US-Streitkräfte die Stadt, nachdem tags zuvor die Franzosen abgezogen sind.
Juli: Die Amerikaner beschlagnahmen 2000 Wohnungen für die Unterbringung des Offizierskorps und ihrer Stäbe.
1. Juli: Bei der Bildung des Landes Württemberg-Baden mit der Hauptstadt Stuttgart verliert Karlsruhe seinen seit der Gründung innegehabten Rang als Residenz- bzw. Hauptstadt. Die Stadtverwaltung richtet eine Beratungsstelle für rassisch und politisch Verfolgte ein.
18. Juli: In den Räumen der Bezirksverwaltung Südstadt findet illegal eine Gründungsversammlung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Karlsruhe statt. Auf einer offiziell genehmigten Gründungsversammlung am 27. August wird Karl Flößer zum 1. Vorsitzenden gewählt.
22. Juli: In der Knielinger Kaserne treffen die ersten Flüchtlinge, 360 Donauschwaben aus Jugoslawien, ein.
23. Juli: Die Lebensmittelzuteilung erreicht mit 775 Kalorien pro Tag ihren Tiefststand.

4. August: Der Sozialdemokrat Hermann Veit wird in sein Amt als Oberbürgermeister eingeführt. Seine Ernennung durch die Militärverwaltung erfolgt auf Vorschlag von Vertretern der ehemaligen demokratischen Parteien der Weimarer Republik.

14. August: In einem benutzbaren Raum des Ständehauses wird als Vorläuferin der CDU die Christlich-Demokratische Partei (CDP) gegründet, die am 4. September ihre erste Kreisversammlung abhält und Adolf Kühn zum 1. Vorsitzenden wählt.

31. August: Erstes Nachkriegs-Sinfoniekonzert des Staatstheaterorchesters unter Leitung des Generalmusikdirektors Otto Matzerath.

September: Fünf Karlsruher Firmen, hauptsächlich aus dem Baugewerbe, formieren eine Arbeitsgemeinschaft zur raschen Trümmerbeseitigung. Günther Klotz, Ernst Morlock und Jakob Daubenberger sind die vorläufigen Geschäftsführer. Am 31. Oktober schließt die Stadt einen Vertrag mit der Aufräumungs-Arbeitsgemeinschaft Karlsruhe (AAK) über die Trümmerräumung, die auf fünf Jahre veranschlagt wird. Der größte Teil der Trümmermasse soll zur Aufschüttung im Rheinhafen und damit zur Gewinnung von Industriegelände dienen. Die AAK beendet ihre Tätigkeit im März 1950.

3. September: Die Militärverwaltung ernennt 14 Stadträte, die das erste städtische Parlament nach Kriegsende bilden.

20. September: In der Maxauer Straße 3 richtet die Sowjetunion ein Büro zur Rückführung zwangsverschleppter russischer Arbeiter ein.

23. September: Erste öffentliche Versammlung der im „Hirsch" in Daxlanden wiedergegründeten KPD in den Rheingold-Lichtspielen. Karl Betz wird zum 1. Vorsitzenden gewählt.

8. Oktober: Arthur Valdenaire wird zum Leiter des Landesdenkmalamtes ernannt, mit dem besonderen Auftrag, die Baudenkmäler Karlsruhes vor weiterer Zerstörung zu schützen. Valdenaire stirbt am 15. Januar 1946.

Wiederbeginn des Volksschulunterrichts für die unteren vier Klassen.

9. Oktober: Die Gründungsversammlung der Demokratischen Partei (später DVP/FDP) wählt Prof. Albert Kessler zum 1. Vorsitzenden.

15. Oktober: Bis zu diesem Tag entläßt die Stadtverwaltung im Rahmen der Entnazifizierung etwa 800 Bedienstete.

27. Oktober: Beginn der Spielzeit des Badischen Staatstheaters mit „Jedermann" von Hugo von Hofmannsthal im Konzerthaus.

10. November: Die Karlsruher Notgemeinschaft wird wiedergegründet. Ab Dezember versorgt sie aus einer Großküche 2 000 hilfsbedürftige ältere Menschen.

12. November: Die schlechte Energieversorgung führt an zwei Wochentagen zwischen 8.00 und 17.00 Uhr zu völliger Stromsperre.

19. November: Aufhebung der Arbeitsdienstpflicht für ehemalige NSDAP-Mitglieder nach Abschluß der Trümmerräumung in den Hauptverkehrsstraßen und auf den Gehwegen.

24. November: Das Flüchtlingslager wird von der Knielinger Allee zur Artilleriekaserne in der Moltkestraße verlegt. Es beherbergt bald bis zu 5 000 Flüchtlinge.

29. Dezember: Nachdem bei Kriegsende etwa 20 000 Menschen in der Stadt lebten, sind es jetzt 137 920.

1946

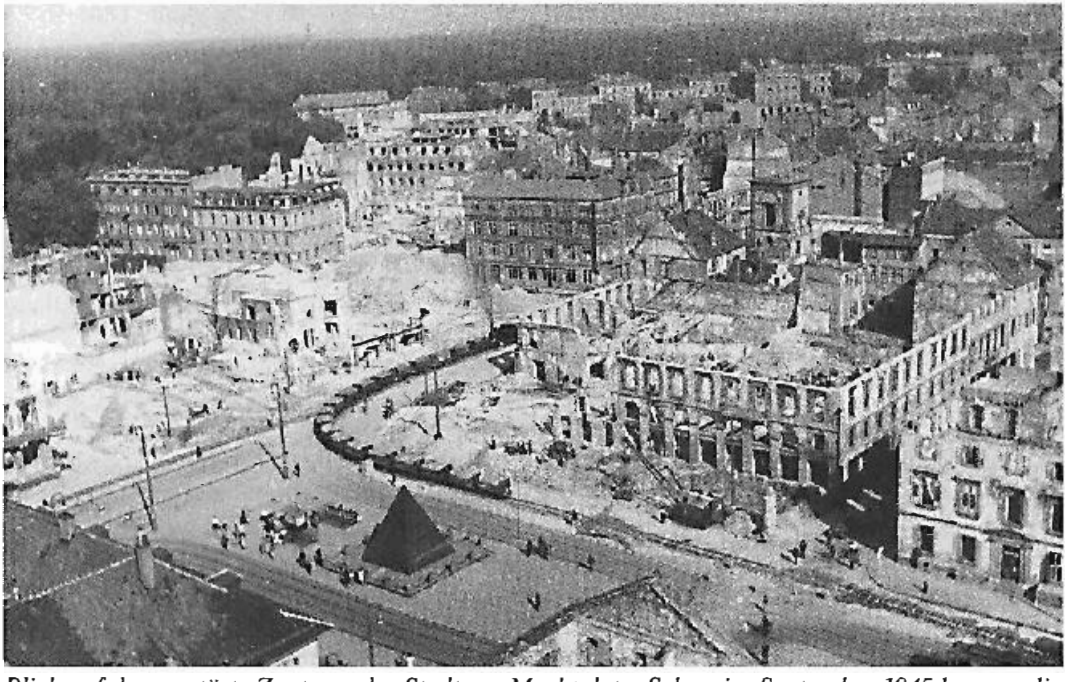
12. Februar: Wiedereröffnung der Technischen Hochschule mit dem offiziellen Beginn des Lehrbetriebs. Am 15. März findet im Konzerthaus aus diesem Anlaß eine Feier statt.

1. März: Die von der amerikanischen Besatzungsmacht lizensierten „Badischen Neuesten Nachrichten" erscheinen als erste Zeitung nach Kriegsende.

1. April: Die „Hochschule für Musik und Badisches Konservatorium" sowie das Staatstechnikum nehmen ihren Lehrbetrieb wieder auf.

Herabsetzung der Lebensmittelrationen in der amerikanischen Zone von 1 550 Kalorien auf 1 275. Am 27. Mai werden die Brotrationen gekürzt.

16. April: Im Konzerthaus werden die Mitwirkenden in den nordbadischen Spruchkammern für die Entnazifizierungsverfahren vereidigt. Im Stadtkreis Karlsruhe werden die Fälle



Blick auf das zerstörte Zentrum der Stadt am Marktplatz. Schon im September 1945 begann die „Enttrümmerung", für die bald auch das „Schuttbähnle" geschaffen wurde

von etwa 50 000 Mitläufern, 300 Minderbelasteten, 140 Belasteten und 30 Hauptschuldigen verhandelt.

1. Mai: Der 1. Mai ist wieder ein Feiertag der freien Gewerkschaftsbewegung.

11. Mai: Oberbürgermeister Hermann Veit ruft alle arbeitsfähigen Männer zum freiwilligen Ehrendienst bei der Trümmerräumung auf. Am 11. Juli fährt der erste Schutträumzug zum Ölbecken.

15. Mai: Das Rheinstrandbad Rappenwört wird wiedereröffnet, zunächst ohne Straßenbahnverbindung.

26. Mai: Bei den ersten Stadtratswahlen wird die CDU stärkste Partei.

Juni: Aus der Gruft der zerstörten Evangelischen Stadtkirche werden die dort bestatteten Angehörigen des badischen Fürstenhauses in das Mausoleum im Fasanengarten überführt.

Juni/November: Die traditionelle Frühjahrs- und Herbstmesse findet wieder statt.

21. Juni: Der neue Stadtrat wählt den von der Besatzungsmacht im August 1945 bereits ernannten Sozialdemokraten Dr. Hermann Veit

So sah nach 1945 für viele der Volkswagen aus

zum Oberbürgermeister, Bürgermeister werden der Christdemokrat Fridolin Heurich und der Kommunist Berthold Riedinger, der am 2. März 1948 nicht wiedergewählt wird.

30. Juni: Bei den Wahlen zur Verfassunggeben-

den Versammlung von Württemberg-Baden schneidet die SPD als stärkste Partei ab.
18. Juli: Aufruf der Stadtverwaltung an die Bevölkerung, im Kampf gegen Schwarz- und Schleichhandel mitzuwirken.
15. September: Die Stadtverwaltung veröffentlicht eine Denkschrift zum Wiederaufbau und zur Neuplanung der Stadt. Danach sollen die historischen Gebäude zwischen Schloß und Ettlinger Tor wiedererrichtet werden.
Gedenkfeier für die „Opfer des Faschismus" im Konzerthaus. Dieses Gedenken wird bis in die 1950er Jahre fortgeführt und dann mit dem Volkstrauertag verbunden.
30. September: Die ersten Care-Pakete mit Lebensmitteln aus den USA werden verteilt.
1. Oktober: Die ehemals Leipziger Arzneimittelfabrik Dr. Willmar Schwabe nimmt in Gebäuden der Gritzner-Kayser AG im Stadtteil Durlach ihre Produktion auf.
In der Gottesauer Artilleriekaserne wird ein Flüchtlingslager eingerichtet.
5.–13. Oktober: Anton-Bruckner-Festwoche zum 50. Todestag des Komponisten.
17. Oktober: Gründung einer überparteilichen, überkonfessionellen Frauengruppe in der Oberpostdirektion am Ettlinger Tor.
24. November: Landtagswahl und Volksabstimmung über die Verfassung des Landes Württemberg-Baden. Die SPD erhält die meisten Stimmen.

1947

— Niederlassung der 1833 gegründeten Stettiner Stahlbaufirma Gollnow & Sohn im Rheinhafengebiet.
— Die Firma Siemens & Halske verwirklicht Ansiedelungspläne aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs und baut in Knielingen ein Werk für Radiotechnik auf.
20. Januar: Der Stadtrat wählt Friedrich Töpper (SPD) als Nachfolger von Hermann Veit, der am 7. Januar württembergisch-badischer Wirtschaftsminister wurde, mit 19 von 27 Stimmen zum Oberbürgermeister.
7. Februar: Das erste Amtsblatt der Stadtverwaltung Karlsruhe erscheint.
27. Februar: Der Stadtrat entscheidet über den Verbleib Durlachs bei der Stadt. Durlach erhält ein Stadtamt, dessen Leitung am 9. Mai Bürgermeister a. D. Jean Ritzert übernimmt.
März: Hungerdemonstrationen und Streiks verdeutlichen die außerordentlich schlechte Versorgungslage.
1. März: Unter Leitung von Prof. Dr. Ulrich Bernays beginnt die Volkshochschule ihren Unterricht.
April: Der Kunstverein stellt Meister deutscher Graphik aus.
Der Stadtgarten wird wieder geöffnet.
Wiedergründung des Karlsruher Verkehrsvereins.
1. Mai: Friedenskundgebung der Karlsruher Frauen zum 1. Mai. Rednerinnen sind Deta Löw, Anna Walch und Klara Siebert.
13. Mai: Einweihung der von amerikanischen und französischen Pionieren errichteten behelfsmäßigen Rheinbrücke bei Maxau.
15. Mai: Die Wolfartsweierer Autobahnbrücke ist teilweise wiederhergestellt.
20. Juli: Die Straßenbahn verkehrt wieder durch die Kaiserstraße. Am 25. Dezember wird der Betrieb nach Durlach aufgenommen.
29. Juli: Tageshöchsttemperatur 38,6° Celsius.
Als zweite Tageszeitung erscheint in Karlsruhe die sozialdemokratische „Südwestdeutsche Allgemeine Zeitung". Sie stellt nach einer zwischenzeitlichen Umbenennung in „Karlsruher Neue Zeitung" Ende 1949 ihr Erscheinen ein.
September: Wiedereröffnung des traditionsreichen Café Museum in der Waldstraße.
Der Badische Kunstverein zeigt eine Ausstellung über die künftige Gestaltung des Stadtbildes.
15. September: Einrichtung eines Sendestudios des Süddeutschen Rundfunks. Erste Rundfunkübertragung aus Karlsruhe am 13. Oktober mit einem Sinfoniekonzert der Staatskapelle.
Oktober: Statistisch gesehen leben in Karlsruhe in jedem verfügbaren Wohnraum 1,45 Einwohner (1939: 0,94).
23. Oktober: Wiederaufnahme des Unterrichts an der Badischen Akademie der Bildenden Künste.
1. Dezember: Gründung der Arbeitsgemein-

schaft der Gablonzer Industrie unter Beteiligung der Stadt.

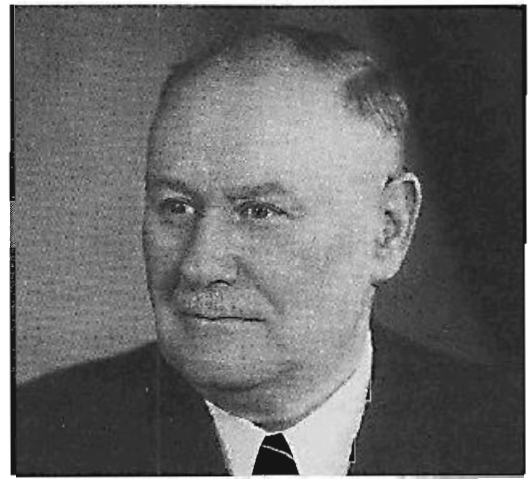
7. Dezember: Bei einer Wahlbeteiligung von 57 Prozent erhält die SPD bei den Gemeinderatswahlen die meisten Stimmen. Das Wahlverfahren erlaubt erstmals das Kumulieren und Panaschieren. Bis zu den Gemeinderatswahlen 1968 bleibt die SPD stärkste Partei im Gemeinderat.

1948

25. Januar: Gedächtnisfeier zur badischen Revolution 1848. Festredner ist Professor Dr. Franz Schnabel. Weitere Feiern folgen im April, bei denen auch Professor Dr. Theodor Heuss, der spätere erste Bundespräsident, spricht.

1. Februar: Bei der Wahl des Oberbürgermeisters durch die Bevölkerung ist als einziger Kandidat der amtierende Oberbürgermeister Friedrich Töpper (SPD) aufgestellt und wird bei einer Wahlbeteiligung von 26 Prozent auch gewählt.

3. Februar: Eintägiger Generalstreik aller Lohn- und Gehaltsempfänger wegen der unzureichenden Ernährungslage. Im Januar waren u. a. die Fettrationen um 50 Prozent gekürzt worden.



Friedrich Töpper, Oberbürgermeister 1947–1952

20. März: In der Kunsthalle wird eine amerikanische Ausstellung „Gegenstandslose Kunst" eröffnet.

5. Juni: Ein starkes Erdbeben führt vor allem in der Weststadt zu Gebäudeschäden.

9. Juni: Die „Badischen Neuesten Nachrichten" berichten über den Prozeß und die Urteile gegen die vier Mörder Ludwig Marums. Der Haupttäter Karl Sauer erhält eine lebenslängliche Zuchthausstrafe, die anderen z. T. nur geringe Freiheitsstrafen.

Vor den Lebensmittelläden, hier in der Kaiserstraße / Ecke Waldstraße, bildeten sich bis zur Währungsreform 1948 immer wieder Schlangen, das Schwarzmarktgeschäft florierte

20. Juni: Am Stichtag der Währungsreform erhalten auch die Karlsruher für alte Reichsmark neue Deutsche Mark. Pro Person werden DM 40,– sofort ausbezahlt.
August: Im Kunstverein sind Werke des in Karlsruhe geborenen Carl Hofer, in der Kunsthalle Bilder von Henri Matisse ausgestellt.
15. August: Nachdem die französische Zone der amerikanisch-britischen Bizone angegliedert ist, entfällt der Paßzwang im Grenzverkehr mit den französisch besetzten Gebieten jenseits des Rheins und südlich von Karlsruhe.
Oktober: Die Anzeigenwerbung in den Tageszeitungen nimmt im Zeichen des Wirtschaftsaufschwungs erheblich zu.
10. Oktober: In einem Fußballspiel zwischen einer Karlsruher und einer Baseler Stadtauswahl findet erstmals wieder nach Kriegsende ein „Länderspiel" statt.
20. Oktober: Massen-Protestkundgebung der Gewerkschaften auf dem Marktplatz (etwa 20 000 Teilnehmer) gegen Preiswucher.
9. November: Aufgrund des Ideenwettbewerbs Kaiserstraße, der allerdings keinen realisierbaren Plan erbringt, wird ein Bebauungsplan der Kaiserstraße erstellt und vorgelegt. Er bestimmt die im wesentlichen verwirklichten Grundsätze für die Neubebauung der westlichen Kaiserstraße sowie die Wiedererrichtung der Weinbrennerbauten am Marktplatz.
4. Dezember: In ihren teilweise wiederhergestellten Räumen wird die Kunsthalle eröffnet.

1949

— Die Firma Siemens & Halske verlegt das Wernerwerk für Meßtechnik von Erlangen nach Karlsruhe.
— Die Berlin-Karlsruher Industriewerke, 1945 demontiert und 1947 mit früherer Zivilproduktion wieder aktiviert, erhalten den Namen Industrie Werke Karlsruhe AG, Firmensitz ist Karlsruhe.
20. April: In der Kaiserstraße eröffnet im Moninger-Gebäude das Amerikahaus, das dort bis 1953 bleibt, seine neuen Räume. Bereits am 27. August 1946 wurde im Münzgebäude eine amerikanische Bücherei und Lesehalle eingerichtet.
5. Mai: In der Christuskirche singt der Thomanerchor aus Leipzig.
14. August: Die ersten Wahlen zum Deutschen Bundestag gewinnt in Karlsruhe die SPD.
15. August: Wiedergründung des Vereins „Volksbühne".
3.–11. September: Erster deutscher Therapiekongreß und Heilmittelmesse, die seitdem jährlich stattfinden. Bereits 1947 und 1948 trafen sich Internisten und Röntgenologen zu Kongressen in der Stadt.
29. September: Der Kunstverein zeigt Gemälde „Aus den Sammlungen der Stadt".
Erstes Karlsruher Frauenforum im Saal des „Ziegler" unter Leitung von Luise Riegger.
11. November: Neugründung der Großen Karnevalsgesellschaft.

1950

— Baubeginn der Siedlung für Angehörige der amerikanischen Armee östlich der Erzbergerstraße. Neben Wohnungen entstehen dort ein Offizierskasino, ein Kino und ein Warenhaus.
14. Januar: Die zum größten Teil zerstörte Landesbibliothek eröffnet in der Maximilianstraße in einem Gebäude des Generallandesarchivs eine provisorische Ausleihe.
14. Februar: Geburt des 200 000. Karlsruhers. Der Neugeborene verstirbt jedoch bald nach der Geburt.
8. April: Das Badische Staatstheater eröffnet in der wiederhergestellten Stadthalle am Festplatz ein Schauspielhaus.
31. Mai: Die Städtische Kinderklinik am Durlacher Tor wird nach dem Namen ihres Gründers in Dr.-Franz-Lust-Kinderklinik umbenannt.
1.–4. Juli: Wiederaufnahme des Lindenblütenfestes in der Weststadt.
13. Juli: Der Ausgemeindungsantrag Durlachs wird im württemberg-badischen Landtag in Stuttgart abgelehnt. Das Durlacher Stadtamt wird nun dem Oberbürgermeister direkt unterstellt.
8. August: Der Bundesgerichtshof nimmt im Erbgroßherzoglichen Palais seine Tätigkeit auf. Feierliche Eröffnung am 8. Oktober.

Karlsruhe wird „Residenz des Rechts"

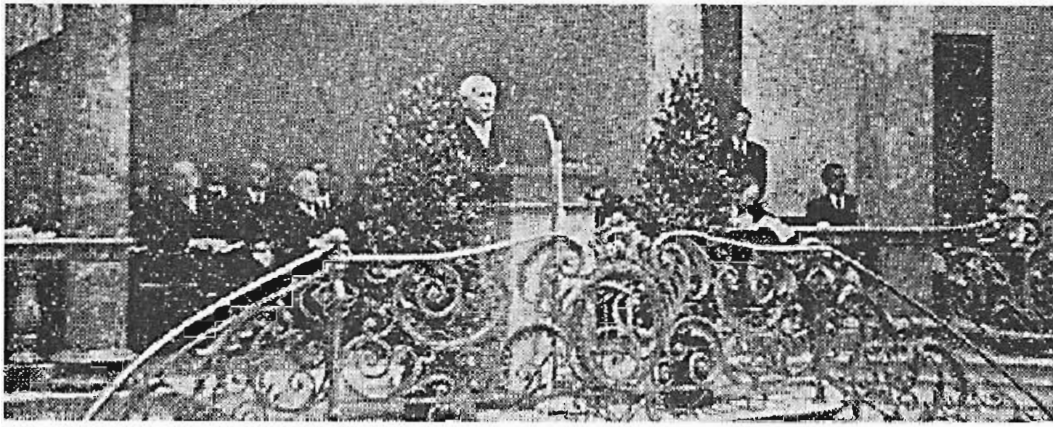
Wenn der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer alleine zu entscheiden gehabt hätte, könnte sich Karlsruhe heute nicht als „Residenz des Rechts" bezeichnen. Er favorisierte als Sitz des Bundesgerichtshofes seine Heimatstadt Köln. Wie in seinem Brief vom 18. Januar 1950 an Bundesjustizminister Thomas Dehler, so argumentierte er auch in der Kabinettssitzung am 17. Februar für Köln. Köln habe den Vorteil, nicht am Sitz der Bundesregierung, aber doch in der Nähe zu liegen, es gäbe eine Universität und Köln sei die wirtschaftliche Metropole Westdeutschlands. Justizminister Dehler hatte aus den neun Bewerbern (später kamen drei weitere hinzu) drei Städte in die engere Wahl genommen: Karlsruhe, Kassel und Köln. Am 12. Mai hielt Dehler in einen Vermerk nach mehreren Kabinettssitzungen zum Thema fest, daß das Kabinett „insbesondere auch gegen meine Meinung für den Bundesgerichtshof Köln vorgeschlagen" habe.

Schon am 22. August 1949 hatte der Beigeordnete (Bürgermeister) Karlsruhes, Hermann Hagen, in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer des württemberg-badischen Städteverbandes Oberbürgermeister Töpper empfohlen, sich um die Ansiedelung von Bundesbehörden zu bemühen. Sie könnten Ersatz für die Verluste der nach Stuttgart abgewanderten Landesbehörden bieten. Hagen teilte Töpper dann am 22. Oktober mit, er habe vertraulich erfahren, Justizminister Dehler habe mit Stuttgart wegen des Sitzes des Bundesgerichtshofes Verbindung aufgenommen. Daraufhin begann die Stadtverwaltung, unter Hinweis auf ihre schwierige wirtschaftliche Lage und den Verlust der Hauptstadtfunktion, für die Ansiedelung von Bundesbehörden, auch des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe, bei Landes- und Bundesregierung zu werben. Unterstützung fand Oberbürgermeister Töpper durch seinen Amtsvorgänger, den württemberg-badischen Wirtschaftminister Hermann Veit, und den Ministerpräsidenten des Landes, Reinhold Maier. Im Bundesjustizministerium förderte der spätere Senatspräsident des Bundesgerichtshofes und Bundesverfassungsrichter Willi Geiger die Karlsruher Interessen. Bereits am 6. Januar 1950 hat er zusammen mit Minister Dehler in Karlsruhe mögliche Anwesen für den Bundesgerichtshof besichtigt, darunter auch das Erbgroßherzogliche Palais.

Der Ausschuß für Rechtswesen und Verfassungsfragen des Bundestags, der nach dem Kabinettsbeschluß einen Vorschlag für die Entscheidung des Bundestages vorzubereiten hatte, prüfte die Unterlagen aller zwölf Bewerber sorgfältig anhand eines Anforderungskatalogs von acht Punkten. Sie spiegelten deutlich die großen praktischen Probleme der noch im Wiederaufbau befindlichen Städte wider. Neben der Unterbringung des Gerichts in einem nicht provisorischen Gebäudekomplex mußten etwa 100 sofort beziehbare Wohnungen bereitgestellt werden. Insbesondere sollten die notwendigen Bibliotheken möglichst einer Universität am Ort oder in der Nähe vorhanden sein. Der Sitz des Bundesgerichtshofs sollte nicht außerhalb des politischen und wirtschaftlichen Lebens liegen. Das Prinzip der Streuung der oberen Bundesbehörden mußte beachtet werden, es sollte die Möglichkeit zur Unterbringung anderer oberer Bundesgerichte gegeben und die Verkehrsverhältnisse mußten möglichst günstig sein. Diesen Forderungskatalog erfüllten schließlich nur Karlsruhe, Kassel und Braunschweig. Der Ausschuß entschied sich mit 18 gegen 4 Stimmen für Karlsruhe als Sitz des Bundesgerichtshofes.

In der 79. Sitzung des Bundestages am 26. Juli 1950 folgte die Mehrheit des Hauses dem Antrag des Ausschusses. Vorher hatten die Fürsprecher Karlsruhes aber noch bange Minuten zu überstehen. In sechs Abstimmungen wurden Abänderungsanträge mit dem Ziel,

den Bundesgerichthof in einer anderen Stadt anzusiedeln, abgelehnt. Am 8. Oktober 1950 fand dann im Erbgroßherzoglichen Palais der feierliche Akt zur Eröffnung des Bundesgerichtshofs in Anwesenheit des Bundespräsidenten Theodor Heuss statt.
Am Tag vor der Entscheidung über den Sitz des Bundesgerichtshofes informierte Justizminister Dehler das Bundeskanzleramt über seine – wie sich zeigen sollte, vergeblichen – Bemühungen, die Verabschiedung des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht zu beschleunigen. Bei der Verabschiedung des Gesetzes am 1. Februar 1951 war die schwierige Frage des Gerichtssitzes schließlich ausgeklammert worden.
Für den Sitz des Bundesverfassungsgerichts standen schon Ende 1949 der künftige Sitz des Bundesgerichthofes und Berlin zur Debatte. Justizminister Dehler trat nachdrücklich dafür ein, beide obersten Bundesgerichte am selben Ort zu errichten, der nicht der Sitz der Bundesregierung sein sollte. Er befürwortete als Gerichtssitz eine Stadt in Süddeutschland. Das Justizministerium argumentierte für seinen Vorschlag mit den durch die Zusammenlegung besseren Arbeitsmöglichkeiten und Kontakten der Mitglieder beider Gerichte, der Unabhängigkeit des Bundesverfassungsgerichts, die in Berlin, „auf einer Insel inmitten der Ostzone", nicht gewährleistet sei, und der ausgewogenen Rekrutierung der Richter. Diese schien in Berlin nicht möglich, da qualifizierte süddeutsche Richter kaum zu bewegen sein würden, dort hinzugehen.
Für Berlin als Sitz des Bundesverfassungsgerichts setzte sich die SPD-Fraktion ein. Da in der CDU/CSU-Fraktion keine einheitliche Meinung bestand, fürchtete Dehler im Januar 1951, daß eine Mehrheit für Berlin zu erwarten sei. Es gelang ihm jedoch, die „Berlin-Fraktion" für seinen Gesetzesvorschlag zu gewinnen, indem er die Errichtung des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungs- und Bausparwesen und der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin zusicherte.
Am 18. April 1951 beschloß der Bundestag das Gesetz über den Sitz des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe, das am 4. Mai in Kraft trat. Am 1. Juli nahm eine Geschäftsstelle zur organisatorischen Vorbereitung der Eröffnung des Gerichts ihre Arbeit auf. Diese Eröffnung fand in Gegenwart des Bundespräsidenten, der fast vollständigen Bundesregierung und zahlreicher Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens im Schauspielhaus am Festplatz statt. Sitz des Gerichts wurde bis zur Errichtung des Neubaus am Schloß im Jahre 1969 das Prinz-Max-Palais in der Karlstraße.



Einweihung des Bundesgerichtshofs durch Bundespräsident Theodor Heuss

20. August: Eröffnung der Otto-Dix-Ausstellung im Kunstverein.
20. September: Das Karlsruher Kindersolbad in Donaueschingen steht wieder für etwa 150 Kinder zur Verfügung.
1. Oktober: Eröffnung der Karlsruher Herbsttage und einer Buchausstellung.
11. Oktober: Beginn der Stromumstellung von 110 auf 220 Volt. Geschätzte Dauer der erforderlichen Arbeiten im Stadtgebiet: zehn Jahre.
27. Oktober: Eröffnung des Festsaales in der Stadthalle am Festplatz.
19. November: Wahlen zum Landtag von Württemberg-Baden. Stärkste Partei ist in Karlsruhe die SPD.
21. Dezember: Erstmals gastiert in Karlsruhe eine Eisrevue.
31. Dezember: Am Jahresende sind 7747 Kraftfahrzeuge in der Stadt zugelassen.

1951

— Umbau des teilweise zerstörten Stephanienbades zur evangelischen Paul-Gerhardt-Kirche.
— Für das staatliche Flüchtlingsdurchgangslager entstehen bei Gottesaue fünf zwei- bis vierstöckige Häuserblocks für etwa 900 Personen.
— Eine Denkschrift des Kulturdezernats der Stadtverwaltung zur Schulraumnot belegt: Klassenstärke in den Volksschulen 1939 durchschnittlich etwa 25 Schüler, 1952 etwa 50.
31. Januar: Die Karlsruher Frauenorganisationen bauen Ecke Yorck-/Kriegsstraße ein Heim für ledige Mütter.
6. Februar: Erster Fastnachtsumzug nach zwölf Jahren.
19. Februar: Die beiden Wachhäuser des ehemaligen Mühlburger Tores werden bis auf einen Teil des nördlichen Häuschens abgerissen.
8. März: Gründungsversammlung der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, in der evangelische und katholische Kirche, jüdische Gemeinden und andere Organisationen zusammenwirken.
16. April: Die Karlsruher Münze erhält den Auftrag zur Prägung von Zwei-DM-Münzen.
15. Mai: Konsekrierung der wiederaufgebauten Stephanskirche.
16. Juni: Gründung des Theaters „Die Insel".
24. Juli: Für die am 7. Dezember 1945 wiedergebildete, 125 Mitglieder zählende jüdische Gemeinde wird im Rückgebäude der Herrenstraße 14 eine Synagoge eingerichtet.
3. September: Neubauten der Arzneimittelfirma Dr. Willmar Schwabe am Bahnhof Durlach bezugsfertig.
17. September: In die ehemalige Grenadierkaserne zieht eine französische Flakabteilung ein. Von dort müssen 150 Flüchtlinge in die Daxlander Appenmühle umsiedeln.
28. September: An der Einweihung des Bundesverfassungsgerichts im Prinz-Max-Palais, dessen erster Präsident Hermann Höpker-Aschoff wird, nimmt auch Bundeskanzler Konrad Adenauer teil.
7. Oktober: Festliche Wiedereröffnung des Hans-Thoma-Museums in der Kunsthalle.
28. Oktober: Gastspiel der Wiener Philharmoniker unter Leitung von Wilhelm Furtwängler.
9. Dezember: Volksabstimmung über die Bildung des Landes Baden-Württemberg. Karlsruhe stimmt mit 70 Prozent für die Beibehaltung des alten Landes Baden.
27. Dezember: Am Karlstor wird eine Verkehrsampel in Betrieb gesetzt.

1952

— Der Wiederaufbau des Kaufhauses Union (Hertie) ist nach siebenjähriger Bauzeit abgeschlossen.
— Eine Bilanz der Wiederaufbauleistungen von Stadt, Land und Bund in Karlsruhe, die in einer Festschrift des Grund- und Hausbesitzervereins veröffentlicht ist, ergibt für sieben Jahre Gesamtinvestitionen von 300 Millionen Reichs- bzw. Deutsche Mark.
7. Januar: Oberbürgermeister Friedrich Töpper erklärt aus Gesundheitsgründen seinen Rücktritt.
Einrichtung eines Centre d'études françaises.
8. Februar: Die letzte badische Großherzogin Hilda stirbt in Badenweiler. Die Beisetzung in Karlsruhe findet unter großer Beteiligung der Bevölkerung statt.

16. Februar: Inbetriebnahme der ersten drei Fernsprech-Wahlämter, die die Handvermittlung ersetzen.
9. März: Bei der Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung Baden-Württemberg gewinnt in Karlsruhe die SPD knapp vor der CDU. Dies bleibt so bis zu den Landtagswahlen 1964.
28. April: Internationale Surrealisten-Ausstellung im Kunstverein eröffnet.
8. Mai: Die Stadt eröffnet im „Parkschlößle" in Durlach an der Badener Straße ein Altersheim. Am 14. November 1968 wird an gleicher Stelle ein Neubau bezogen.
11. Mai: Inbetriebnahme eines Teils des wiederaufgebauten Restaurants Moninger im Erdgeschoß des Gebäudes Ecke Kaiser-/Karlstraße. Die restlichen Restaurationsräume werden am 6. Oktober 1956 bezogen.
7. Juni: Die Stadt eröffnet in der Wilhelmshöhe bei Ettlingen ein weiteres Altersheim, dadurch wird die Pestalozzischule in Durlach frei.
8. Juni: Nachdem die Wahl zum neuen Oberbürgermeister am 25. Februar für keinen Bewerber eine absolute Stimmenmehrheit brachte, siegt in der Stichwahl Günther Klotz (SPD) über Dr. Franz Gurk (CDU).
13. August: Der Turm der Evangelischen Stadtkirche ist wiederhergestellt.
27. August: Inbetriebnahme des städtischen Wasserwerks II im Mörscher Wald.
5. September: Karlsruhe erhält Südwestdeutschlands größte Autogarage mit etwa 200 Abstellplätzen in der Karlstraße südlich der Mathystraße. Der Bau ist 1955 fertiggestellt.
27. September: Die „Fluor-Chemie", das modernste Flußspat-Aufbereitungswerk Europas am Stichkanal im Rheinhafen, ist fertiggestellt.
1. Oktober: Nachdem seit 1945 in der Leopoldschule Lehrerausbildungskurse stattfanden, wird ein Pädagogisches Institut mit Sitz im Goethegymnasium in der Renckstraße errichtet.
16. Oktober: Der VfB Mühlburg und der 1. FC Phönix vereinigen sich zum Karlsruher Sportclub.
11. Dezember: Die Firma Pfannkuch eröffnet in Karlsruhe Ecke Kaiser-/Herrenstraße den ersten Selbstbedienungsladen.

1953

— Laut Statistik stehen für etwa 67 000 Haushalte 51 000 Wohnungen zur Verfügung.
Januar: Eine Grippe-Epidemie fordert 308 Tote.
15. Januar: Der Gemeinderat beschließt die Bebauung des Mühlburger Feldes.
17. Januar: Film über Karlsruhe „Stadt im Alltag" erstmals vorgeführt.
2. Februar: Das Zellstoffwerk in Maxau, das täglich 50 000 Kubikmeter Wasser verbraucht, erhält den damals leistungsstärksten Brunnen Europas mit einer Förderleistung von 2 400 Kubikmeter pro Stunde.
21. April: Im Neubau der Draisschule an der Tristanstraße beginnt der Unterricht.
19. Juni: Erste Gäste in der neuen Jugendherberge am Engländerplatz.
2. Juli: Der Umbau des städtischen Guts Schöneck auf dem Turmberg zur Sportschule des Badischen Fußballverbandes ist abgeschlossen. Eröffnung mit einem Presseempfang.
23. Juli: In Karlsruhe untergebrachte „Sowjetzonenflüchtlinge", die vor dem Aufstand vom 17. Juni in der DDR in erheblich größerer Zahl als zuvor ihre Heimat verlassen haben, protestieren gegen eine Umsiedlung.
25. Juli: Eröffnung des neuen Freibads in Rüppurr.
7. August: Freigabe von 40 ha Gelände im westlichen Teil des Flugplatzes an der Erzbergerstraße durch die Amerikaner für den Bau von Wohnungen. Die Bebauung beginnt 1955.
22. August: In sechsmonatiger Bauzeit wird nach Plänen von Prof. Dr. Erich Schelling die Schwarzwaldhalle am Festplatz erbaut. Am 19. August wird als erste Veranstaltung die Ausstellung zum Therapiekongreß eröffnet. Die Hallenkonstruktion findet in Fachkreisen weltweit Beachtung.
September: Im Lichthof des Kaufhauses Union (Hertie) sind die ersten Rolltreppen in Karlsruhe installiert.
6. September: Bei der zweiten Bundestags-

Die Schwarzwaldhalle am neugestalteten Festplatz, als Ausstellungs-, Sport- und Kongreßhalle von Erich Schelling geplant, wurde 1953 fertiggestellt

wahl gewinnt in Karlsruhe die CDU. Dies ändert sich bis zur Bundestagswahl 1990 nicht.

6. Oktober: Ankunft von entlassenen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion.

15. Dezember: Die Stadtverwaltung bemüht sich um die Errichtung eines Atomversuchsreaktors auf Karlsruher Gemarkung nördlich von Maxau.

19. Dezember: Richtfest für das erste, 40 m hohe Hochhaus Karlsruhes am Entenfang in Mühlburg.

Neueröffnung der „Kamera" mit der neuen Projektionstechnik des Cinemascope-Breitwandverfahrens und der stereophonen Tonwiedergabe.

1954

1. Februar: Etwa 60 Schiffe suchen wegen der Gefahr des Einfrierens Schutz im Rheinhafen. Die anhaltende Kältewelle führt zu Störungen im Verkehr und in der Produktion.

22. Februar: Eröffnung der wiederaufgebauten Karl-Wilhelm-Schule am Durlacher Tor, in der die Bundesfachschule für das Installateur- und Zentralheizungsgewerbe ihren Sitz nimmt.

28. März: Große Sportveranstaltung in der Schwarzwaldhalle mit Welt-, Europa- und deutschen Meistern am Start.

20. April: Das Arbeitsamt meldet den Rückgang der Erwerbslosen gegenüber dem Vorjahr um 50 Prozent auf rund 7 800.

11. Mai: In Karlsruhe wird eine Druckerei der KPD, deren Aktivitäten nach höchstrichterlicher Einschätzung verfassungswidrig sind, ausgehoben.

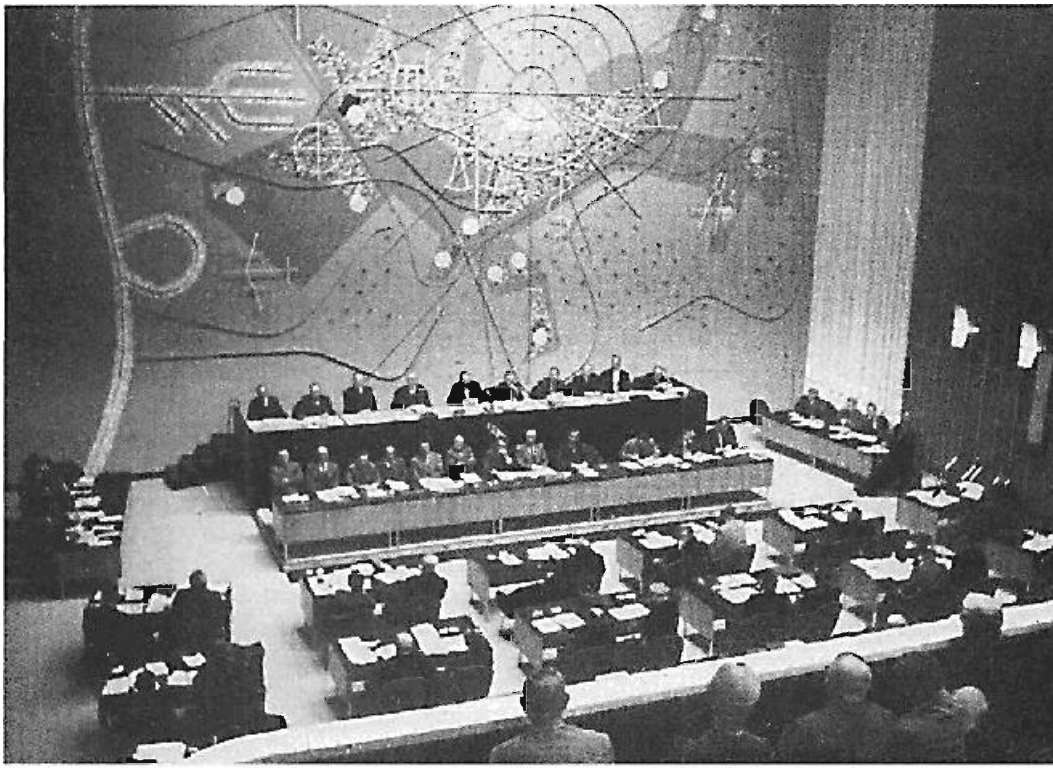
15. Mai: Einweihung des Neubaus für das Jugendheim am Engländerplatz, seit 21. März 1967 „Anne-Frank-Heim".

1. Juni: Erste Anmeldung eines Fernsehgerätes im Stadtgebiet. Im Dezember 1956 sind es etwa 2 700.

28. Juni: Einweihung des Neubaus für das Landesarbeitsamt an der Rüppurrer Straße am Platz des kriegszerstörten Lehrerseminars.
17. Juli: Zur 100-Jahr-Feier der Akademie der Bildenden Künste finden drei Ausstellungen statt: „Die Lehrer", „Ehemalige Schüler", „Schüler heute".
28. August: Die städtischen Verkehrsbetriebe nehmen Straßenbahn-Großraumwagen in Betrieb.
2. September: Begeisterter Empfang für den KSC-Sprinter Heinz Fütterer, Doppelsieger über 100 und 200 m bei den Europameisterschaften in Bern.
15. September: Einweihung des ersten Bauabschnitts des Max-Planck-Gymnasiums in Rüppurr.
14. Oktober: Wiedereröffnung des innen umgestalteten Konzerthauses des Staatstheaters am Festplatz. Hier ist die erste vollautomatische Klimaanlage Karlsruhes installiert.
31. Oktober: Die Stadt erhält von den Amerikanern die Freigabe des früheren Bürogebäudes der Karlsruher Lebensversicherung am Mühlburger Tor (heute Rathaus West), das sie zuvor erworben hat.
26. November: Der neugestaltete Entenfang in Mühlburg, der eine wesentliche Verbesserung der Verkehrssituation bringt, ist fertig.
18. Dezember: Der Neubau der Autobahn in Richtung Süden bis Bruchhausen wird freigegeben. Ihr weiterer Ausbau als E 4 soll beschleunigt werden.

1955

11. Januar: Der Stadtrat genehmigt das Vorhaben zur Errichtung der Waldstadt.
15.–18. Januar: Das Rheinhochwasser erreicht mit 8,38 m den bisher höchsten Stand des Jahrhunderts. Daraufhin werden die Rheindämme erhöht und die Straßen im Hafengebiet um einen halben Meter höher gelegt.
22. Januar: Baubeginn für 28 Ein- und Zweifamilienhäuser in der Paul-Révère-Siedlung an der Erzbergerstraße. Nach deren Bezug gibt es seit 17. September 1956 in Karlsruhe keine beschlagnahmten Wohnungen und Hotels mehr.
26. Januar: Ein Teil der Stadtgeschichtlichen Sammlungen wird im Obergeschoß des Hauses Solms zugänglich gemacht.
1. März: Ein Großbrand bei der Firma Gritzner & Kayser richtet hohen Sachschaden an. 1 000 Arbeiter müssen entlassen werden. Der Wiederaufbau beginnt bereits im Mai.
10./11. April: Mit dem Besuch einer Gruppe von Schülerinnen des Lessinggymnasiums in Nancy unter Leitung von Studienrätin Elisabeth Teichmann vom Oberschulamt über die Osterfeiertage beginnt die Städtepartnerschaft Nancy–Karlsruhe.
21. April: Eröffnung der Ringerweltmeisterschaft in der Schwarzwaldhalle.
26. April: Feierliche Schlüsselübergabe für das neue Verwaltungsgebäude der Karlsruher Lebensversicherung an der Bahnhofstraße in Anwesenheit des Bundespräsidenten Theodor Heuss.
3. Mai: Teilweise Wiedereröffnung der Landessammlungen für Naturkunde am Friedrichsplatz.
18. Mai: Absturz eines kanadischen Düsenjägers über dem Karlsruher Flugplatz.
22. Mai: Großer Empfang der KSC-Mannschaft, die tags zuvor deutscher Fußball-Pokalmeister geworden ist. Am 5. August 1956 wiederholt der KSC diesen Erfolg.
25. Juni: Eröffnung der Ausstellung „Der Türkenlouis" in der Orangerie.
17. Juli: Mit einem internationalen Leichtathletiksportfest (Emil Zatopek, Heinz Fütterer u. a.) findet die erste Veranstaltung im neuerbauten Wildparkstadion statt. Am 7. August wird es offiziell übergeben.
1. August: Eröffnung des Sporthallenbades Tullabad an der Ettlinger Straße.
2. August: Die Bundesregierung beschließt den Bau eines Versuchsatomreaktors bei Karlsruhe. Der Gemeinderat stimmt am 20. September mit 46 : 3 Stimmen zu. Man erwartet davon bis zu 2 000 neue Arbeitsplätze, davon etwa 700 für wissenschaftliche Mitarbeiter. Die örtliche Industrie, insbesondere die Firma Siemens, bekundet großes Interesse.
5. August: Eröffnung des neugestalteten Durlacher Turmbergbades.



Erste Sitzung des Gemeinderats nach dem Wiederaufbau des Rathauses im neuen Bürgersaal am 31. Oktober 1955

10. Oktober: Das Hochhaus am Schmiederplatz mit 267 Wohnungen ist bezugsfertig.

13. Dezember: Offizielle Einweihung des in siebenjähriger Bauzeit nach Plänen von Prof. Otto Haupt wiederaufgebauten Rathauses. Hinter der renovierten Weinbrennerfassade ist das Innere fast völlig neu gestaltet. Bereits am 1. November findet die erste Stadtratssitzung im neuen Bürgersaal statt, dessen Frontseite ein stilisierter Stadtplan von Prof. Erwin Spuler einnimmt.

1956

— Karlsruhe ist Sitz von 267 Industriefirmen mit zehn und mehr Beschäftigten. Davon sind etwa 100 nach 1945 in der Stadt gegründet worden oder hierher umgesiedelt. 84 Firmen sind vor 1900 entstanden, sechs sind älter als 150 Jahre.

— In 22 Karlsruher Kinos wird der Besucherhöchststand von etwa 4,5 Millionen erreicht. Bis 1967 sinkt die Zahl auf 2,1 Millionen, elf Kinos schließen zwischen 1962 und 1967.

3. Februar: Inbetriebnahme der Verkehrsampel am Marktplatz, die mit der an der Ritterstraße zur „grünen Welle" abgestimmt ist.

12. Februar: Wegen Treibeises muß die Rheinschiffahrt eingestellt werden. Die Kältewelle führt wegen Kohlemangels zur Schließung der Schulen bis zum 5. März.

— Im Sommer geht die erste Ausbaustufe des Dampf-Großkraftwerks der Badenwerk AG am Stichkanal des Rheinhafens in Betrieb.

1. Juli: Beginn der Weltmeisterschaft im Frauenhandball in Karlsruhe.

5. Juli: Freigabe der neuen Brücke über die Bahngleise im Zuge der Durlacher Allee. Sie ist eine von 14 Baumaßnahmen an Brücken und Kreuzungsbauwerken, die für die Elektrifizierung der Bundesbahn im Stadtgebiet notwendig sind.

Karlsruhe wird Reaktorstandort

„Bötzkes für Karlsruhe, Heisenberg Bayern" notierte der Karlsruher Oberbürgermeister Günther Klotz am 12. Mai 1953 nach einem Telefonat mit Oberregierungsrat Dr. Greifeld vom Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg auf einen kleinen Notizzettel. So unscheinbar diese Notiz auch ausfiel, die Thematik, um die es dabei letztlich ging, war gleich in mehrfacher Hinsicht von weittragender Bedeutung und sogar höchster politischer Brisanz. Klotz und Greifeld erörterten nämlich den Stand und die Möglichkeiten der bundesdeutschen Planungen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie, und dies bedeutete, sie unterhielten sich über eine Technologie, deren theoretische wie auch praktische Erforschung den Deutschen durch alliierte Kontrollratsgesetzgebung strengstens untersagt war. Und dennoch schien bereits im Frühjahr 1953 außer Frage zu stehen, daß die Bundesrepublik sogar eine praktische Nutzanwendung der Atomkraft anvisierte und das Kabinett Adenauer – wenn auch mit aller Vorsicht – schon die vorbereitenden Planungen für einen möglichen Standort eines deutschen Atomreaktors betrieb. Es ging mithin um den Aufbau einer eigenen „Kernenergie-Industrie", über deren volkswirtschaftliche Bedeutung Physiknobelpreisträger Werner Heisenberg kurz zuvor öffentlich geurteilt hatte: „In absehbarer Zeit wird ein Großteil der Industrie Atomindustrie sein... Trotz aller Schwierigkeiten muß die Bundesrepublik sich deshalb ... wieder mit der Atomforschung befassen, wenn sie mit der Weltindustrie Schritt halten will."
„Heisenberg (für) Bayern", wie Klotz als Telefonnotiz festgehalten hatte, bedeutete aber auch, daß die treibende wissenschaftliche Kraft des bundesdeutschen Reaktorprojektes bereits seine Standortpräferenz als Vorsitzender der entsprechenden Planungsgremien in Vorschlag gebracht hatte. „Nur ein überaus großzügiges Angebot", so urteilte Franz Kirchheimer, der Präsident des Geologischen Landesamtes Baden-Württemberg und Verfechter der Interessen seines Bundeslandes in der Planungskommission für Kernenergie, könne bewirken, das zukunftsträchtige Projekt „Bundes-Reaktor-Station" für die Stadt Karlsruhe zu gewinnen. Die Zielsetzung war mithin formuliert und fand noch im Mai 1953 in einem ersten offiziellen Anerbieten der Stadt Karlsruhe an die Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, Standort des Atommeilers zu werden, ihren Ausdruck.
In engster Abstimmung mit der Landesregierung, und zwar insbesondere mit Ministerpräsident Gebhard Müller (CDU), Wirtschaftsminister Hermann Veit (SPD) und auch Bundesratsminister Oskar Farny (CDU) und unter Einbindung der maßgeblichen politischen wie administrativen Repräsentanten der Stadt (u. a. Dr. Gutenkunst, Dr. Ball, Dr. Gurk, Dr. Zimmermann) formulierte Karlsruhe seine schließlich sogar in repräsentativer gedruckter Form vorgelegte Bewerbungsschrift: „Karlsruhe bewirbt sich um den Atom-Meiler." Trotz dieser vorzüglichen Präsentation und des Angebotes, kostenlos ein etwa 100 ha großes Baugelände in Rheinnähe zwischen Maxau und Daxlanden für den Bau der Reaktorstation zur Verfügung zu stellen, favorisierten die Planungsgremien auf Drängen Werner Heisenbergs hin nach wie vor den Standort München.
Nach weiteren gutachterlichen Stellungnahmen, die der Nobelpreisträger in Sachen „Reaktorstation" schließlich sogar für Bundeskanzler Adenauer ausgearbeitet hatte, schien seit etwa Mitte des Jahres 1954 in Bonn die Auffassung vorzuherrschen, daß sich die Bundesregierung nach Erlangung der Souveränität durch Ratifizierung des EVG- und Deutschlandvertrages für die Errichtung der Reaktorstation in München aussprechen würde. Dessenungeachtet wurden die beiden Bewerberstädte, also sowohl München als

auch Karlsruhe, aufgefordert, bis spätestens zum Jahresende 1954 detaillierte General-Bebauungspläne auszuarbeiten und der nun die Planungsarbeiten leitenden „Physikalischen Studiengesellschaft" vorzulegen. Für Karlsruhe übernahm diese Aufgabe der ortsansässige Architekt Prof. Schelling.

Für die Stimmungslage in der Stadt mochte zu diesem Zeitpunkt die Äußerung von Oberbürgermeister Klotz bezeichnend sein, der etwas resignierend formuliert hatte, die Stadtverwaltung nicht um jeden Preis in „das Feuer einer aussichtslosen Schlacht" hetzen zu wollen. Daß man seine Bewerbung nicht kurzerhand zurückzog, mag einen Grund mit darin gehabt haben, daß mit Wilhelm Bötzkes (Industriekreditbank Düsseldorf) und Hermann Reusch (Gutehoffnungshütte/Oberhausen) inzwischen zwei der maßgeblichen Industrievertreter in den Planungsgremien offen für das ihrer Auffassung nach bessere Karlsruher Angebot Partei ergriffen hatten. „Die Standortfrage wird", so Reusch in einem Schreiben an Franz Kirchheimer, „voraussichtlich noch einige Kämpfe bringen. Ich kann mir aber nicht denken, daß Herr Heisenberg sich durchsetzen wird. Es sprechen zu viele gute Gründe gegen seinen Standpunkt, und notfalls sind wir auch in der Lage, gegen ihn zu entscheiden und ohne ihn zu arbeiten." Doch dessenungeachtet war es zunächst wieder einmal Werner Heisenberg, der das entscheidende Wort zu sprechen hatte. Er nämlich war es, dem die Aufgabe zukam, zu den eingereichten Generalbebauungsplänen ein vergleichendes Gutachten zu erstellen. Und dies fiel so aus, daß trotz etwa gleichwertiger Angebote wiederum München der Vorzug gegeben wurde. Karlsruhe schien damit als Reaktorstandort aus dem Rennen zu sein, und zwar um so mehr, als sich das für die Bundesregierung tätige Planungsgremium, die Physikalische Studiengesellschaft, im Juni 1955 dem Votum Heisenbergs anschloß.

Aber es sollte schließlich doch völlig anders kommen. Adenauer selbst nämlich hatte über seinen Staatssekretär Globke die Dienststelle Blank längst damit beauftragt, in Sachen Standortfindung auch die Auffassung der NATO einzuholen. Seit dem April 1955 war danach klar, daß für „den Reaktorbau nur Karlsruhe und nicht München in Frage kommen (konnte)". Die Ursache für diese Entscheidung lag in der geostrategisch ungünstigen Lage Münchens. Die Stadt fiel nämlich unter die Definition eines „strategisch gefährdeten Gebietes", wie es mit aller Tragweite bereits in den EVG-Vertragsentwürfen festgelegt worden war. Karlsruhe hingegen wurde hiervon nicht berührt, so daß es nicht verwundern kann, wenn für die Bundesregierung schließlich nunmehr der Reaktorstandort Karlsruhe in Betracht kam. Damit waren im Juli 1955 die Würfel endgültig zugunsten von Karlsruhe gefallen. Nach dem ebenfalls zustimmenden Karlsruher Stadtratsbeschluß vom 20. September 1955, der sich mit einer deutlichen Mehrheit von 43 gegen 6 Stimmen für die Errichtung der Reaktorstation aussprach, sowie der Gründung der Kernreaktor Bau- und Betriebsgesellschaft am 19. Juli 1956 war Karlsruhe als deutsches Reaktorzentrum nicht mehr wegzudenken.

Rolf-Jürgen Gleitsmann

Bundesminister Franz Joseph Strauß:

„Atomvorsprung der anderen wird aufgeholt"

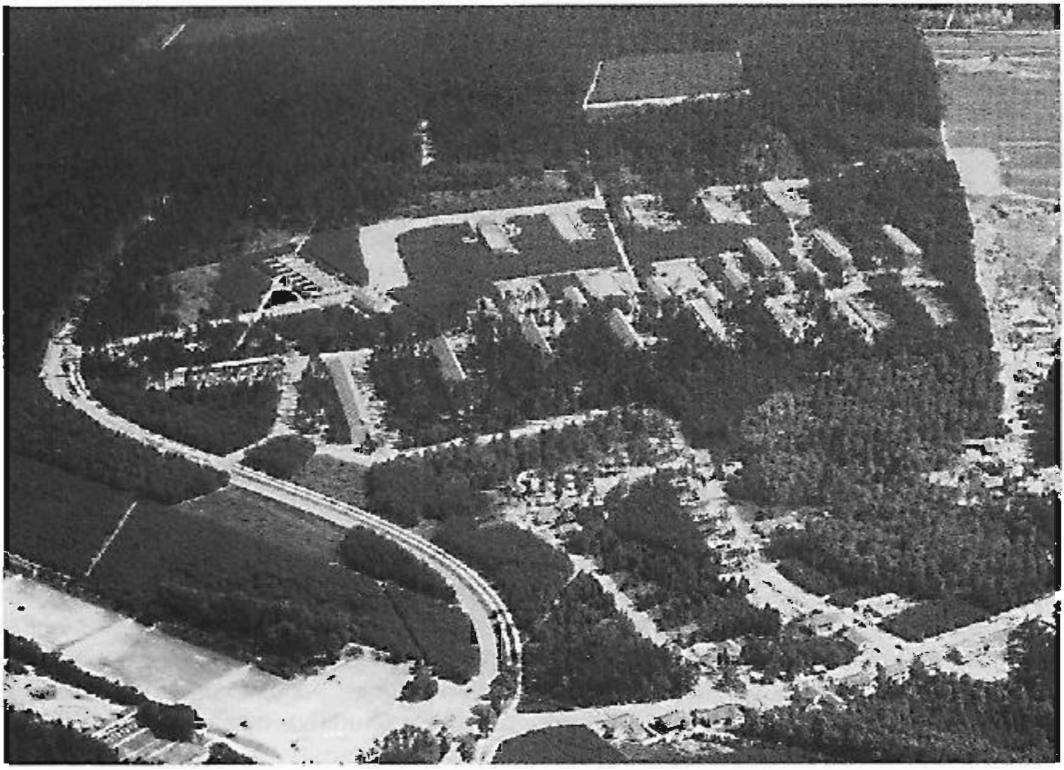
Vertrag über die Gründung der Kernreaktor-Bau- und -Betriebsgesellschaft gestern in Karlsruhe unterzeichnet

Schlagzeile der „Badischen Neuesten Nachrichten" vom 20. Juli 1956

10. Juli: Der Gemeinderat billigt den Vertrag mit dem Land über die je hälftige Teilung der Kosten für den Betrieb des Staatstheaters.
Bau eines 65 m hohen Gasbehälters beim Gaswerk beschlossen.
19. Juli: Unterzeichnung des Vertrages zur Gründung der Kernreaktor-Bau- und Betriebsgesellschaft mbH in Karlsruhe. Diese erwirbt das Ende 1955 neugebaute Künstlerhaus an der Karlstraße.
26. August: Auf dem Marktplatz werden 32 Parkuhren aufgestellt.
2.–30. September: Ausstellung „Atomkraft als Friedenskraft".
1. Oktober: Einführung der 45-Stunden-Woche in Karlsruhe für über 20 000 Beschäftigte, für die der Samstag arbeitsfrei wird. Durch Lohnausgleich ergibt sich eine Lohnerhöhung um acht Prozent.
26. Oktober: Einweihung des Neubaus der Wirtschaftsoberschule am Ettlinger Tor.
Eröffnung des Neubaus des Kaufhauses Schneider Ecke Kaiser-/Karlstraße.
2. November: Gründung der „Arbeitsgemeinschaft der Hardtwaldfreunde", die sich für die Erhaltung des nördlichen Hardtwaldes, d. h. gegen eine weitere Bebauung einsetzt.
5.–8. November: Verschiedene Kundgebungen gegen die Niederschlagung des Aufstandes in Ungarn durch die sowjetischen Truppen.

1957

15. Januar: Der Gemeinderat genehmigt die Errichtung von drei Institutsbauten durch die Technische Hochschule nördlich des Willstätter Weges im Hardtwald.
21. Januar: Im Kreiswehrersatzamt finden die ersten Musterungen von Rekruten nach 1945 statt.
1. März: Karlsruhe ist wieder Garnisonsstadt. In die am 20. Dezember freigegebene Dragonerkaserne an der Kaiserallee ist eine Fernmeldeabteilung der Luftwaffe der Bundeswehr eingezogen.
2. März: Unterzeichnung des Vertrages zur Gründung der Albtalbahn-Verkehrsgesellschaft (AVG) über den Betrieb der Albtalbahn von Karlsruhe bis Bad Herrenalb mit Anschluß an das Karlsruher Straßenbahnnetz. Ab 1. April fährt die Albtalbahn in Regie der Stadt Karlsruhe.
17. April: Im Ehrenhof vor dem Schloß werden acht der ursprünglich zehn Skulpturen von Ignaz Lengelacher, die wohl von 1782–1816 auf dem mittleren Schloßplatz standen und danach mehrfach ihren Standort wechselten, wieder aufgestellt. 1967 nach der Neugestaltung des Schloßplatzes stehen alle zehn Skulpturen bzw. ihre Nachbildungen an ihrem heutigen Standort.
Neubau des Landesgewerbeamtes fertiggestellt.
Mai: Baubeginn der Kernreaktoranlage bei Leopoldshafen. Das ursprünglich vorgesehene Gelände nördlich von Maxau hat sich als ungeeignet erwiesen.
7. Mai: Einweihung des neuen Studios des Süddeutschen Rundfunks an der Kriegsstraße am Platz des ehemaligen Palais Bürklin.
Juli: Eine Hitzewelle, die den Wasserverbrauch von 240 l pro Kopf und Tag auf 400 l ansteigen läßt, gefährdet die Wasserversorgung.
4. Juli: Die erste elektrische Lokomotive fährt im Hauptbahnhof Karlsruhe ein. Die Elektrifizierung der Bundesbahn im Bereich Karlsruhe ist am 30. August 1959 mit der Einweihung der Fahrleitungsmeisterei abgeschlossen.
6. Juli: Die Straßenumbauten am Durlacher Tor und die Verbreiterung des Parkrings bis zur Linkenheimer Landstraße werden nach dreijähriger Bauzeit dem Verkehr übergeben.
10. September: Erster Spatenstich für den Bau der Waldstadt. Den dafür ausgeschriebenen internationalen Architektenwettbewerb gewinnt der Kölner Architekt Prof. Karl Selg. Die ersten Wohnungen sind am 1. Oktober 1958 bezugsfertig.
Oktober: Die Kunstakademie bezieht die Räume des wiederaufgebauten ehemaligen Kunstgewerbemuseums Ecke Reinhold-Frank-/Moltkestraße.
16. Oktober: Beginn der Kiesgewinnung im markgräflichen Gutsgelände bei Maxau. Es soll ein See von 1,6 km Länge entstehen.
9. November: Am Schloßplatz wird am Platz des ehemaligen Innenministeriums die Lan-



Luftaufnahme vom ersten, 1957 begonnenen Bauabschnitt der Waldstadt zwischen Theodor-Heuss-Allee, Breslauer und Königsberger Straße

deskreditanstalt eingeweiht. Um den Entwurf von Hermann Blomeier hat es ausführliche Diskussionen gegeben, vor allem im Hinblick auf die Tradition der Weinbrennerbauten am Schloßplatz.

24. November: Der Gemeinderat befaßt sich mit dem Bau von Ölraffinerien auf Karlsruher Gemarkung.

30. November: Einweihung des von Hans Detlev Rösiger und Günther Seemann geplanten Neubaus der Städtischen Sparkasse bei der Hauptpost.

1958

— Die traditionsreiche Firma Haid & Neu wird von der Singer AG übernommen.

— Etwa 40 000 Arbeitnehmer in der Stadt sind Einpendler.

22. März: Gastspiel der Wiener Philharmoniker unter Leitung von Karl Böhm mit Yehudi Menuhin als Solist.

18. April: Die Albtalbahn bindet nach dem Umbau von Meterspur auf Normalspur Rüppurr bis zur Battstraße in das Karlsruher Straßenbahnnetz ein.

20. April: Bei den fälligen Neuwahlen zum Oberbürgermeister ist Günther Klotz einziger Kandidat und wird für zwölf Jahre wiedergewählt.

9./20. Mai: Protestkundgebungen gegen die Pläne zur atomaren Aufrüstung der Bundeswehr.

9. Juli: Der französische Michelin-Konzern nimmt seine Produktion in Karlsruhe wieder auf.

12. September: Bebauung der nördlichen Rheinstraßenseite von der Philippstraße bis zum Entenfang nach Verbreiterung der Straße von 20 auf 39 Meter abgeschlossen.

24. September: Einweihung des ersten Bauabschnitts der Hebelschule in der Moltkestraße.

28. November: Die sterblichen Überreste

Friedrich Weinbrenners werden nach einer Grabschändung aus seinem Grab an der Kapellenstraße in die Gruft unter dem Portikus der Evangelischen Stadtkirche umgebettet.
30. November: Die wiederaufgebaute Evangelische Stadtkirche wird eingeweiht. Gleichzeitig findet die Glockenweihe statt.

1959

— Im Norden Karlsruhes fließt aus 17 Erdölbohrungen eine Tagesmenge von etwa sieben Tonnen Öl. Erste Bohrungen im Jahre 1955 blieben erfolglos.
22. Januar: Übergabe des Finanzamt-Neubaus des Landes am Schloßplatz.
29. Mai: Teileröffnung des Badischen Landesmuseums im restaurierten Mittelbau des Schlosses.
25. Juni: Bund und Land schließen den Vertrag zur Gründung der Gesellschaft für Kernforschung mbH mit Sitz in Karlsruhe. Karlsruhe wird Schwerpunkt deutscher Kernforschung.
Juli: Die „Arbeitsgemeinschaft der Hardtwaldfreunde" beklagt den zunehmenden Siedlungsbau an den Hardtwaldrändern und verweist auf naturfreundlichere Stadterweiterungsmöglichkeiten im Süden.
7. Juli: Verkauf des Markgräflichen Palais am Rondellplatz durch die Stadtverwaltung an die Zentralkasse südwestdeutscher Volksbanken mit der Maßgabe, die Fassade des Mittelteils zu erhalten. Der Neubau hinter der alten Fassade wird am 28. August 1963 eingeweiht.
13. August: Bei der Öffnung der bereits 1906 entdeckten Hügelgräber aus der Zeit um 2500 v. Chr. am Nordende der Siemenssiedlung werden Geräte und Schmuck aus der Bronzezeit gefunden.
16. September: Oberbürgermeister Günther Klotz und Landrat Joseph Groß informieren über die Verwaltungsvereinbarung für die gemeinsamen Planungen zur Entwicklung der Region. Kernforschung, geplante Ölraffinerien und die Entwicklung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bieten große Zukunftschancen.
1. Oktober: Beginn der Albverlegung auf einer Strecke von etwa vier Kilometern zur Vorbereitung des Geländes nördlich Maxau für die Ansiedlung der Erdölraffinerien.
27. Oktober: Im Karlsruher Staatstheater findet wie zur gleichen Zeit in Bremen die Uraufführung des Theaterstücks „Die Folter" von John B. Priestley statt.
29. Oktober: Konzert des Leipziger Gewandhausorchesters in der Stadthalle.
12. Dezember: Hinter dem Rathaus, wo sich früher im Konzertcafé Bauer (seit 1889) Karlsruhes Künstler, Intellektuelle, Journalisten und Geschäftsleute trafen, eröffnet die Firma Karstadt die erste Tiefgarage für 50 PKW.
15. Dezember: Beratung und Beschluß über die Altstadtsanierung im Gemeinderat.
31. Dezember: Im abgelaufenen Jahrzehnt hat sich der Bestand an Kraftfahrzeugen auf etwa 32 000 vervierfacht. Im abgelaufenen Jahr zählt man 73 Verkehrstote.
In der Stadt, die bisher knapp über 40 000 Heimatvertriebene aufgenommen hat, suchen trotz reger Bautätigkeit knapp 12 000 Familien eine Wohnung.

1960

11. Januar: Oberbürgermeister Günther Klotz erklärt in einer Pressekonferenz Karlsruhes Gemarkungsgrenzen für „antiquiert", schließt aber Eingemeindungen gegen den Willen der betroffenen Gemeinden aus. Am 18. Mai spricht sich Landrat Joseph Groß im Kreistag gegen Eingemeindungspläne aus.
2. März: Die Städtische Bücherei zieht in die ehemaligen Räume der Sparkasse am Marktplatz um.
11. März: Die Daxlander Appenmühle wird Quartier für etwa 100 italienische „Gastarbeiter". Am 15. Juli trifft der vierte Transport spanischer Arbeiter ein.
26. Juni–11. September: Der Kunstverein zeigt die Ausstellung „Deutsche Impressionisten: Liebermann–Corinth–Slevogt".
28. Juni: Der Rüppurrer-Tor-Platz erhält wieder den Namen Mendelssohnplatz, den er vor 1933 trug.
20. Juli: Fertigstellung des Neubaus für das Durlacher Finanzamt an der Prinzessenstraße.

4. August: Der Flugplatz Karlsruhe-Forchheim erhält viermal wöchentlich Flugverbindung nach Düsseldorf.

10. August: Eröffnung des Parkhauses Waldstraße auf dem Gelände des ehemaligen Varietétheaters Colosseum.

6. September: Karl Kaufmann vom KSC gewinnt bei den Olympischen Spielen in Rom über 400 m nach Zielfotoauswertung die Silbermedaille, zeitgleich mit dem Sieger in der neuen Weltrekordzeit von 44,9 sec.

18. November: Das Preisgericht für einen Theaterneubau am Schloßplatz urteilt über die Entwürfe der elf aufgeforderten Architekten. Der Neubau soll zum Stadtjubiläum 1965 eröffnet werden. Die Planungen werden gegenstandslos, als das Gelände dem Bundesverfassungsgericht für einen Neubau angeboten wird, um eine Verlegung aus Karlsruhe zu verhindern.

1. Dezember: Einweihung der Feuerwache West auf dem ehemaligen Sportplatzgelände des VfB Mühlburg.

6. Dezember: Der Gemeinderat verlängert zur Sicherung der Altstadtsanierung die Bausperre über das 1959 festgelegte Sanierungsgebiet und verfügt ein Vorkaufsrecht der Stadt. Eine Bausperre wird auch für das Gewann Katzenwedelwiesen südlich von Bulach verhängt, wo künftig die Südtangente verlaufen soll.

10. Dezember: Gründung der Arbeitsgemeinschaft für geschichtliche Landeskunde am Oberrhein.

22. Dezember: Die Straßenbahn fährt bis zur Waldstadt.

31. Dezember: Im Stadtgebiet sind etwa 20 000 Fernseh- und 73 000 Radiogeräte angemeldet. Die Einwohnerzahl beträgt etwa 240 000.

1961

8. Januar: Der neue Ölhafen nördlich von Maxau wird mit dem Durchbruch zum Rhein fertiggestellt.

17. Februar: In dem seit Februar 1955 produzierenden Karlsruher Heinkel-Werk geht der 100 000. Motorroller vom Fließband. Die Firma geht 1984 in Konkurs.

29. März: Die Vertreter der Kreistagsfraktionen sprechen sich für die Selbständigkeit der Karlsruher Umlandgemeinden aus. Bereits am 3. März hat sich Grötzingen gegen eine Eingemeindung nach Karlsruhe ausgesprochen.

15. April: Eröffnung eines „Centro italiano" für die „Gastarbeiter" aus Italien. Am 7. Oktober 1963 wird eine solche Einrichtung auch für spanische Arbeitskräfte geschaffen.

2. Mai: Westeuropäische und amerikanische Atomwissenschaftler tagen im Kernforschungszentrum, dessen Reaktor am 7. März die erste selbständige Kettenreaktion erreicht.

5. Mai: Um der Personalnot Herr zu werden, stellt die Stadt Straßenbahn-Schaffnerinnen ein.

24. Juni: Die ersten Fälle von Kinderlähmung werden in Karlsruhe verzeichnet. Am 17. Mai 1962 beginnt die Polio-Schluckimpfung.

19. Juli: Uraufführung des Films über Karlsruhe: „Stadt im Umbruch".

20. Juli: Mit der Ernst-Reuter-Schule in der Tilsiter Straße der Waldstadt wird das elfte neue Schulhaus seit 1945 festlich eingeweiht.

13. September: Eröffnung einer Ausstellung von Werken Fritz Wotrubas im Badischen Kunstverein und im Botanischen Garten.

14. Oktober: Inbetriebnahme des Fernheizwerkes in der Waldstadt.

21. Oktober: Die Luftwaffengruppe Süd bezieht ihr neues Stabsquartier an der Rintheimer Allee.

24. Oktober: Der Gemeinderat beschließt den Bebauungsplan für den östlichen Teil des Beiertheimer Feldes, der die Bebauung zwischen der Südweststadt und Bulach ermöglicht.

13. November: Die Ruine des Ständehauses, des ersten eigenständigen Parlamentsbaues in deutschen Ländern, wird abgerissen.

12. Dezember: Der Gemeinderat billigt nach fünfjähriger Planung den Karlsruher Verkehrslinienplan. Dieser sieht u. a. den vierspurigen Ausbau der Kriegsstraße, eine Nord- und eine Südtangente, eine nordwestliche Umgehungsstraße für Durlach und eine Neutrassierung der B 36 zwischen Knielingen und Neureut vor.

Die Weltfirma Siemens, seit 1947 auf dem Industriegelände Knielingen ansässig, entwickelte sich rasch zum größten Industriebetrieb der Stadt

Die Erdölraffinerien am Rhein sind seit 1962/1963 in Betrieb

18. Dezember: Das vom Abriß bedrohte Weltzien-Haus Ecke Karl-/Herrenstraße bleibt erhalten. Das wohl von einem Schüler Friedrich Weinbrenners errichtete, letzte erhaltene bürgerliche Eckwohnhaus an einer der Radialstraßen hat seinen Namen nach dem zeitweiligen Besitzer, dem Chemieprofessor Karl Weltzien. Die Versicherungsgesellschaft errichtet ihren Neubau, der im Dezember 1964 bezogen wird, in gebührendem Abstand.
21. Dezember: Die Statistik verzeichnet seit Kriegsende den Neubau von 35 000 Wohnungen.
27. Dezember: Der Gemeinderat besichtigt die vorgesehenen Trassen der Nord- und Südtangente, die das Regierungspräsidium genehmigt hat. Landrat Joseph Groß votiert gegen die Nordtangente.

1962

– Der Umschlag in den Karlsruher Rheinhäfen übersteigt erstmals 4 Millionen Tonnen.
12.–25. Januar: Im Rathaus wird die Ausstellung „Wien – Stadt der Arbeit – Stadt der Kunst" von knapp 40 000 Besuchern gesehen.
23. März: Die „Landessammlungen für Naturkunde am Friedrichsplatz" eröffnen weitere Ausstellungsräume und das neue Vivarium.
1. April: Das Pädagogische Institut, das 1956/57 in die wiedererrichteten Gebäude in der Bismarckstraße umgezogen ist, wird in eine Pädagogische Hochschule umgewandelt.
1. August: Die Heuer-Ampeln (Uhrzeigerampeln) werden durch moderne Lichtsignalanlagen ersetzt.
5. September: Etwa 8000 ausländische Arbeitskräfte arbeiten und leben in der Stadt.
9. September: Die Rohölleitung von Marseille nach Karlsruhe zu den neuen Ölraffinerien wird unter dem Rheinbett durchgeführt. Im Dezember beginnt die Weiterverarbeitung des Rohöls, und am 24. April 1963 findet die offizielle Einweihung der Esso-Raffinerie in Anwesenheit von Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger statt. Am 14. Juni 1963 wird die DEA-Scholven-Raffinerie eingeweiht.
1. Oktober: Die neue Vogesenbrücke in Mühlburg wird dem Verkehr übergeben.
4. Oktober: Festliche Einweihung des neuen Amtsgerichtsgebäudes am Schloßplatz. In Anwesenheit zahlreicher Vertreter der Landesregierung und -verwaltung bittet Oberbürgermeister Günther Klotz unter Hinweis auf das Stadtjubiläum und die Bundesgartenschau, die Baulücken am Schloßplatz zu schließen. Ein bis heute nicht völlig erfüllter Wunsch.
14. November: In Karlsruhe wird das 50 000. Kraftfahrzeug zugelassen.

1963

18. Januar: Eine städtische Ölwehr wird aufgebaut.
30. Januar: Für die Vorbereitung der Bundesgartenschau 1967 richtet die Stadtverwaltung ein selbständiges Gartenbauamt ein, das es 1905–1940 schon einmal gegeben hatte.
Februar: Enorme Schneefälle und eine Grippewelle führen zu Belastungen der Bürger und Störungen des öffentlichen Lebens.
1. Februar: Die Landkreisgemeinden stimmen einer Raumplanungsgemeinschaft des Stadt- und Landkreises Karlsruhe zu, der sich am

Filmstar und Bambipreisträgerin 1961 Sophia Loren auf dem Rathausbalkon

26. August auch die Stadt Ettlingen und am 10. September der Landkreis Bruchsal anschließen.

2. Februar: Die Stadt erhält für ihre Förderung der deutsch-französischen Beziehungen die Ehrenfahne des Europarates.

12. März: Der Gemeinderat beschließt die Verlegung der Denkmäler von Karl Friedrich Drais von Sauerbronn, Carl Benz und Franz Grashof an der Kriegsstraße zwischen Lamm- und Karl-Friedrich-Straße, da diese dem bereits begonnenen Ausbau für den wachsenden Verkehr im Wege stehen. Die Denkmäler finden an der Beiertheimer Allee einen neuen Standplatz.

26. März: Einweihung der Gedenkstätte und des Friedhofs im südfranzösischen Gurs, wohin 1940 die badischen und saarpfälzischen Juden deportiert wurden. 32 kommunale Körperschaften Badens unter maßgeblicher Beteiligung Karlsruhes tragen zur Errichtung und Unterhaltung der Gedenkstätte bei.

2. Mai: Der Gemeinderat beschließt über das neue Baugebiet „Bergwald" im Osten der Stadt. Die Erschließungsarbeiten beginnen noch in diesem Monat.

22. Juni: Im Bahnhof Karlsruhe-Durlach hält erstmals ein Auto-Reisezug.

14. Juli: Karlsruhe hat 250 000 Einwohner.

12. Oktober: Festliche Einweihung des neuen Verwaltungsgebäudes der Landesversicherungsanstalt Baden am Weinbrennerplatz. Die Pläne für das 21geschossige Hochhaus fertigte Prof. Erich Schelling.

11. November: Am Platz der ehemaligen Synagoge in der Kronenstraße wird eine Gedenktafel enthüllt. Sie erinnert an die Zerstörung des Gebäudes „am 10. November 1938 unter der Herrschaft der Gewalt und des Unrechts".

1964

22. Februar: Eröffnung der Karlsruher Europa-Schule. Sie ist zunächst in der Werner-von-Siemens-Schule in der Nordweststadt untergebracht. Am 24. Oktober bezieht sie ihren Neubau in der Waldstadt.

27. Februar–20. März: In diesen Wochen finden fünf Richtfeste für Kirchenbauten statt: St.-Johannes-Baptista (katholisch) in Durlach-Aue (27. Februar), Lukaskirche (evangelisch) in der Seldeneckstraße (28. Februar), Abschluß des Wiederaufbaus der Altkatholischen Kirche (12. März), St.-Michaels-Kirche (katholisch) am Barbarossaplatz (19. März) und Evangelische Kirche Durlach-Aue in der Brühlstraße (20. März).

3. April: Erstmals sind uniformierte Polizeibeamtinnen im Dienst.

19. April: Die Verleihung der Bambi-Filmpreise findet nach 16 Jahren zum letzten Mal in Karlsruhe statt. Ins Leben gerufen hat den Preis 1948 der Karlsruher Verleger der „Film-Revue", Karl Fritz. Zum 10. Jubiläum 1959 schuf Emil Sutor die vergoldete Bronzeplastik, die dem Preis dann den Namen gab. Zur Preisverleihung kommt alljährlich nationale wie internationale Filmprominenz in die Stadt.

7. Mai: Einweihung der Adam-Remmele-Schule in Daxlanden.

12. Mai: Die Stadt erwirbt vom Land Baden-Württemberg die Karlsburg in Durlach. Der Westflügel soll abgerissen werden für die Erweiterung der Schloßschule.

10. Juni: Das Bolschoi-Ballett aus Moskau gastiert im Badischen Staatstheater.

11. Juli: Eröffnung des „Wellenbades" in Rappenwört. Die zunehmende Verschmutzung des Rheinwassers hat die Neuanlage von Schwimmbecken notwendig gemacht.

17. Juli: Richtfest für den Ausbau des städtischen Elektrizitätswerks am Rheinhafen zum Heizkraftwerk.

August: In der neuen „Trabantenstadt Oberreut" bei Bulach beziehen die ersten Bewohner ihre neuen Wohnungen.

2. Oktober: Eröffnung der Karlsruher Kulturtage, deren Thema „... und anders kehrten sie heim" lautet. Anwesend sind Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger und der französische Autor Gabriel Marcel, dessen Stück „Ein Gerechter" im Insel-Theater uraufgeführt wird.

29. Oktober: Eröffnung des Parkhotels an der Ettlinger Straße.

31. Oktober: Zu Ehren der Karlsruher

Verkehrsstau in der Kaiserstraße/Kreuzung Karlstraße in der Mitte der 1960er Jahre

Euthanasieopfer des nationalsozialistischen Deutschland weiht die Stadt auf dem Hauptfriedhof ein Mahnmal, das Karl Egler entworfen hat, und ein Ehrenfeld ein. 386 geistig Behinderte sind Opfer dieses Mordens geworden.

31. Dezember: Das „Durlacher Tagblatt" stellt sein Erscheinen ein.

1965

16. Februar: Planung einer „Rheinstadt" durch die Stadt bei Maxau. Sie soll 29 000 Menschen beherbergen. Rückläufige Bevölkerungsziffern führen nach 1970 zur Einstellung des Projektes.

23. Februar: Der Stadtrat stimmt dem Ausbau des Flughafens Forchheim zu und genehmigt am 27. April den Ankauf eines Teils des Flugplatzgeländes.

20. März: Eröffnung des „Oberrheinischen Dichtermuseums" im Haus des „Volksbundes für Dichtung" (Scheffelbund) in der Röntgenstraße.

7. Mai: Feierliche Übergabe des von Prof. Egon Eiermann geplanten Neubaus der Badischen Landesbibliothek im Nymphengarten.

13. Mai: Das Badenwerk feiert mit einem Essen für die Belegschaft den Umzug in seinen Verwaltungsneubau, das Hochhaus am Ettlinger Tor. Geplant hat es die Architektengemeinschaft Norbert Schmidt und Klaus Möckel (Karlsruhe), Theodor Ketter (Köln).

18. Mai: Nach einem wilden Streik entläßt die Firma Junker & Ruh 700 Arbeiter, das sind etwa 50 Prozent der Gesamtbelegschaft. Der Arbeitskampf begann nach einer Änderung der Akkordzeiten, die der seit etwa zwei Monaten neue Firmeninhaber, die Neffwerke Bretten, festgesetzt hatte. Am 29. Mai enden die Auseinandersetzungen mit der Rücknahme der geänderten Akkordzeiten.

Die Stadt Karlsruhe beschließt eine Partnerschaft mit der Stadt Phoenix/Arizona in den USA, die jedoch vor allem wegen der großen Entfernung nicht mit Leben gefüllt werden kann.

28. Mai: Einweihung des 1955 begonnenen und in drei Bauabschnitten fertiggestellten Neubaus für das Landesgewerbeamt an der Karl-Friedrich-Straße.

20. Juni: Im Kunstverein beginnt die Ausstellung „Romantiker und Realisten" zum 250. Stadtjubiläum.

23. Juni: Festakt zum 250jährigen Stadtjubiläum in Anwesenheit des Bundespräsidenten Heinrich Lübke, dem zusammen mit vier an-

deren Persönlichkeiten das Ehrenbürgerrecht verliehen wird.

1. Juli: Demonstration der Studenten in Karlsruhe für eine Änderung der Bildungspolitik, die zu besseren Studienbedingungen beitragen soll.

9. Juli–3. Oktober: Jubiläumsausstellung „Karlsruhe gestern–heute–morgen" im Landesgewerbeamt eröffnet. Die von Architekturprofessor Otto Haupt und dessen Sohn konzipierte Schau zieht 25 000 Besucher an.

15. Juli: Uraufführung des Jubiläumsfilms über Karlsruhe „Lebenslauf einer Stadt" (Regie: Wolf Hart) in der Schwarzwaldhalle.

23. Juli: Inbetriebnahme des neuen Wasserwerks im Hardtwald.

30. Juli: Die Gaskokerei des Gaswerks Ost wird stillgelegt.

4. August: Einweihung des neuen Verbindungskanals zwischen den beiden Stadtgartenseen. Die alte Tiergartenbrücke, die durch eine neue ersetzt wird, war am 13. Januar nach drei vergeblichen Versuchen gesprengt worden.

3. November: Die Unterführung der Kriegsstraße am Ettlinger Tor wird für den Verkehr freigegeben.

4. November: Einweihung der neuen Volksschule am Rennbuckel. Vorangegangen sind die Einweihungen der Neubauten der Eichelgartenschule Rüppurr (21. Oktober) und der Volksschule Aue (3. November).

15. Dezember: Aufstellung des Karl-Friedrich-Denkmals an seinem neuen heutigen Standort auf dem Schloßplatz. Es hat den Bauarbeiten für die Tiefgarage unter dem Schloßplatz weichen müssen.

31. Dezember: Laut Statistik sind in diesem Jahr in der Stadt etwa je 50 000 Personenkraftwagen und Fernseher zugelassen bzw. angemeldet.

1966

12. Januar: Die Straßenunterführung am Schloßplatz wird dem Verkehr übergeben. Am 12. August wird die dortige Tiefgarage eröffnet.

11. März: Mit einer Blumenschau wird die von Prof. Erich Schelling geplante Nancyhalle am Festplatz eröffnet. Sie soll die Ausstellungs-

Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger, Bundespräsident Heinrich Lübke und Oberbürgermeister Günther Klotz nach dem Festakt zum Stadtjubiläum am 23. Juni 1965 vor der Schwarzwaldhalle

Zur Bundesgartenschau 1967 wurden Stadt- und Schloßgarten neu gestaltet. Auf dem Festplatz stand von April bis Oktober ein Aussichtsturm. Das Foto zeigt ihn vom Stadtgarten aus

fläche und damit Karlsruhes Attraktivität für Messen und Kongresse vergrößern.

6. Juni: Nach einem Gerichtsbeschluß muß die Stadtverwaltung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands Räume für ihren Parteitag vermieten. Gegen den Parteitag organisiert der Deutsche Gewerkschaftsbund am 17. Juni einen Demonstrationsmarsch mit anschließender Kundgebung.

30. Juni: Einweihung der Albtalbahn-Strecke nach Langensteinbach.

29. Juli: Die Fußgängerunterführung am Ettlinger-Tor-Platz und die Unterführung vom Theater zur Kreuzstraße werden eingeweiht. Die Fußgängerbrücke über die Kriegsstraße bei der Lammstraße ist im Bau.

25. August: Nach grundlegender Modernisierung (Umstellung auf elektrischen Betrieb) wird die Durlacher Turmbergbahn wiedereröffnet.

11. Oktober: Der Gemeinderat beschließt Rationalisierungsmaßnahmen in den Verkehrsbetrieben („automatischer Schaffner") und im Hinblick auf die Sanierungsvorhaben eine Konzentrierung der Prostitution in der Altstadt.

16. Dezember: Bundesverkehrsminister Georg Leber übergibt die neue Rheinbrücke bei Maxau dem Verkehr.

1967

10. Januar: Das letzte Karlsruher Pferdegespann für den Fuhrbetrieb (Firma Steffelin) wird außer Dienst gestellt.

15. Februar: Einweihung des Neubaus der Urologischen und Chirurgischen Klinik der Städtischen Krankenanstalten nach fünfjähriger Bauzeit.

23. Februar: Eröffnung der neuen Großmarkthalle am Weinweg.

14. April: Bundespräsident Dr. Heinrich Lübke eröffnet die Bundesgartenschau in Karlsruhe, die schon am 27. April den 500 000. und am 11. Mai den 1 000 000. Besucher zählt. Neben den Besuchern zieht die Bundesgartenschau auch in größerer Zahl als sonst Jahresversammlungen verschiedener Organisationen nach Karlsruhe.

19. April: Einweihung der Richt-Wohnanlage in Durlach mit vier 16geschossigen Hochhäusern und viergeschossigen Wohnbauten. Der Privatunternehmer Robert Richt erstellt in diesem ersten Bauabschnitt 400 Wohnungen.

20. Juni: Der Gemeinderat beschließt die Umbenennung des Parkrings in Konrad-Adenauer-Ring.

23. Oktober: Mit einem Großfeuerwerk endet die Bundesgartenschau, die über 6 000 000 Besucherinnen und Besucher angezogen hat.

10. November: Einweihung der neuen Schloßschule in Durlach.

24. November: Der neue Wasserhochbehälter Luß in Durlach wird in Betrieb genommen.

21. Dezember: Die südliche Fahrbahn der Umgehungsstraße Durlach wird freigegeben. Am 13. Oktober 1969 sind beide Richtungsfahrbahnen fertiggestellt.

1968

21. April: Mit 30° Celsius verzeichnen die Meteorologen den heißesten Apriltag seit 100 Jahren.

28. April: Bei der Landtagswahl gewinnt die CDU erstmals die Stimmenmehrheit in Karlsruhe, die sie bis 1988 behält.

14./15./17./28. Mai: Demonstrationen von Studenten gegen die Notstandsgesetzgebung, durch die zeitweilig bestimmte Artikel des Grundgesetzes außer Kraft gesetzt werden können.

27. Mai: Die Karl-Friedrich-, Leopold- und Sophienstiftung weiht ihr neuestes, insgesamt drittes Altersheim ein. Das Wilhelmine-Lübke-Altersheim liegt in der Trierer Straße der Nordweststadt.

Juni/Juli: Die Firma Singer, vormals Haid & Neu, verlegt die Fertigung der Industrienähmaschinen in das neue Werk in Blankenloch, das 1 000 Arbeitsplätze hat. Die Haushaltsnähmaschinen werden mit 1 600 Beschäftigten weiter in der Stadt hergestellt.

2. August: Die Neff-Werke in Bretten teilen mit, daß bis zum Jahresende die Produktion bei Junker & Ruh schrittweise eingestellt werden muß. Betroffen sind 1 300 Arbeitnehmer. Im Dezember 1975 werden die Fabrikhallen abgerissen.

8. August: Wilhelmine Lübke eröffnet den Weltkongreß der Internationalen Akademikerinnen-Föderation.

5. September: Im Übergangslager Gottesaue sind geflüchtete Bürger aus der Tschechoslowakei untergebracht.

Eröffnung des Wertkauf-Centers des Karlsruher Unternehmers Hugo Mann an der Autobahnausfahrt Karlsruhe-Durlach. Am 26. August 1969 werden große Teile des Einkaufszentrums durch einen Großbrand zerstört und danach wieder aufgebaut.

8. November: Die im Zuge der Altstadtsanierung angelegte Fritz-Erler-Straße zwischen dem Mendelssohnplatz und der Kaiserstraße wird in Anwesenheit von Frau Erler für den Verkehr freigegeben.

25. November: 2 000 Jugendliche demonstrieren wegen zwei Leitartikeln vom 13. und 19. November gegen die „Badischen Neuesten Nachrichten". Unter dem Titel „Aufstand der Unmündigen" war darin kritisch zur Haltung der Jugend und der Studenten Stellung genommen worden.

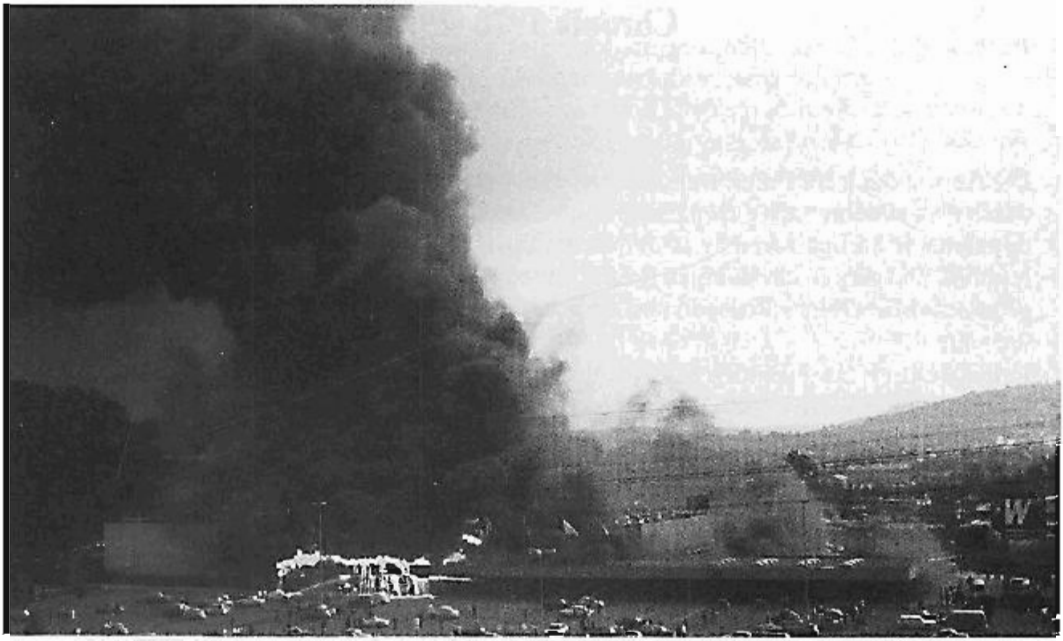
10. Dezember: Der Gemeinderat entscheidet sich mit einer Stimme Mehrheit gegen die erneute Ausrichtung einer Bundesgartenschau im Jahre 1975.

1969

22. April: Zur 150. Wiederkehr der ersten Sitzung des badischen Landtags tritt der baden-württembergische Landtag zu einer Festsitzung in Karlsruhe zusammen.

6. Mai: Feierliche Schlüsselübergabe für den von Prof. Paul Baumgarten geplanten Neubau des Bundesverfassungsgerichts am Schloßplatz.

23. Mai: Das Amtsgericht Durlach ordnet



Ein Großbrand zerstörte 1969 große Teile des 1968 eröffneten Wertkauf-Einkaufszentrums an der Durlacher Allee

nach einer Klage der Stadt die Räumung des Basler-Tor-Turmes zum 31. Juli an. Verklagt war der Mieter, die „Deutsche Jungenschaft", die dort ein „Antiautoritäres Jugendheim Basler-Tor-Turm" eingerichtet hatte. Am 27. Mai demonstrieren die Betroffenen und Sympathisanten im Amtsgericht und im Rathaus in Durlach, wobei es zu Sachbeschädigungen und Festnahmen kommt.

21. Juni: Einweihung des Jugendzentrums des Stadtjugendausschusses in Baerenthal/Lothringen in den Vogesen.

21.–25. Juli/27.–31. Oktober: Mit dem Besuch einer Delegation der Stadt Nottingham in Karlsruhe wird eine Partnerschaftsverbindung eingeleitet, die mit dem Gegenbesuch einer Karlsruher Delegation in Nottingham besiegelt wird.

28. September: Bei der Bundestagswahl gewinnt die SPD erstmals das Direktmandat.

19. November: Bei seiner Haushaltsrede gibt Oberbürgermeister Günther Klotz bekannt, nicht mehr für das Amt kandidieren zu wollen.

29. Dezember: Die Verwaltung der Städtischen Rheinhäfen meldet mit acht Millionen Tonnen einen neuen Jahresumschlagrekord.

1970

9. Januar: Die Staatliche Ingenieurschule schließt nach Anordnung der Direktion bis auf weiteres ihren Betrieb. Anhaltende Studentenproteste und -streiks wegen der Reformierung der Ingenieursausbildung veranlassen diesen Schritt.

17. Februar: Am Werderplatz findet erstmals ein Kleinmarkt statt.

15. April: Große Schülerdemonstration gegen die Zulassungsbeschränkung zum Studium.

12. Mai: Albhochwasser überflutet für zwei Tage die Autobahn nach Basel.

7. Juni: Bei der Volksabstimmung in Baden über den Verbleib bei dem 1952 neugeschaffenen Bundesland Baden-Württemberg stimmen 64 Prozent der Karlsruher mit Ja.

8. Juni: Beginn der Erdgasversorgung in Karlsruhe, zuerst in der Südstadt.

22. Juni: Der in diesen Tagen vielfach ausgezeichnete Oberbürgermeister Günther Klotz gibt im Bürgersaal einen großen Abschiedsempfang.

Chronik 1970–1991

Die Entwicklung der Bundesrepublik war in den siebziger und achtziger Jahren mitgeprägt durch eine zunehmende europäische und internationale Verflechtung. Krisen des internationalen und europäischen Systems belasteten daher Politik und Wirtschaft in der Bundesrepublik und gaben den Rahmen für das außenpolitische Handeln. Dazu traten im Innern gesellschaftliche Umwälzungen und ein sozialer Wertewandel, die noch nicht abgeschlossen sind.

In der weltweit einsetzenden Entspannungspolitik am Ende der 1960er Jahre war die von Bundeskanzler Willy Brandt eingeleitete neue Ost- und Deutschlandpolitik ein wesentlicher Baustein. Im Gefolge der Verträge von Moskau und Warschau 1970 kam es zur deutsch-deutschen Entspannung und zu Reiseerleichterungen mit der DDR. Nach einer Krise der weltweiten Entspannungspolitik infolge des Einmarschs der Sowjetunion in Afghanistan schuf der von Präsident Michail Gorbatschow in der UdSSR eingeleitete politische Wandel die Voraussetzung für die „friedliche Revolution" in der DDR und die Vereinigung der beiden deutschen Staaten am 3. Oktober 1990.

Wie in der Außenpolitik war und ist die exportorientierte deutsche Industrienation in ihrer Wirtschaftspolitik von den internationalen Entwicklungen abhängig. Die Bundesregierung und die deutsche Wirtschaft bewältigten die weltweiten Konjunkturschwankungen und -krisen und die beiden „Ölpreisexplosionen" von 1973/74 und 1978/79 besser als die meisten anderen Wirtschaftsnationen. Vor diesem Hintergrund gelang es Bundeskanzler Helmut Schmidt, gestützt auf die besonderen deutsch-französischen Beziehungen, Deutschlands Rolle in der Weltpolitik neu zu bestimmen. Er nahm 1979 erstmals am Weltwirtschaftsgipfel der führenden Industrienationen teil. Trotz der guten wirtschaftspolitischen Bilanz wuchsen seit Beginn der achtziger Jahre jedoch die Zahlen der Arbeitslosen in eine in der Bundesrepublik bisher nicht gekannte Höhe. Dabei meisterte Baden-Württemberg dank seiner überwiegend mittelständischen Wirtschaftsstruktur die Konjunkturkrisen etwas besser als andere Bundesländer.

In der Innenpolitik wurden nach der als „Machtwechsel" bezeichneten Ablösung der großen Koalition durch eine sozial-liberale Koalition Ende 1969 Reformen angekündigt, die auf eine Modernisierung der Gesellschaft, den Ausbau sozialer Leistungen und die Erweiterung von Bürgerrechten zielten. Programme für den Straßenbau, den Bau von Hochschuleinrichtungen, die Forschungsförderung, das Sozialwesen, die Städtebauförderung und -sanierung fanden trotz wachsender Staatsverschuldung eine breite Zustimmung. Strukturelle Reformversuche, wie z. B. die Fristenlösung zur Schwangerschaftsunterbrechung, zur Kriegsdienstverweigerung oder zur Hochschulverfassung stießen auf erhebliche Opposition, und das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe fällte eine Reihe regierungskritischer Urteile. Andere Vorhaben wie die Berufsbildungsreform oder Programme zur Wasser- und Luftreinhaltung wurden durch finanzielle oder ökonomische „Sachzwänge" verhindert oder verwässert. Investiert und reformiert wurde auch in Ländern und Gemeinden. In Baden-Württemberg, seit 1972 mit absoluten Mehrheiten von der CDU regiert, schloß man die Verwaltungs- und Kreisreform ab, Hoch- und Tiefbau sowie Industrieansiedlungen wurden gefördert und Kernkraftwerke in Philippsburg und Neckarwestheim gebaut. In den Gemeinden entstanden weitere Schulbauten, Mehrzweck-

hallen, Hallenbäder und moderne Ver- und Entsorgungseinrichtungen. Verkehrseinrichtungen wurden ausgebaut, die Sanierung von Stadtvierteln vorangetrieben.
Zum beherrschenden Thema der Innenpolitik wurde schließlich zeitweise das internationale Phänomen des Terrorismus, der auch in Deutschland, z. B. während der Olympiade in München 1972, sein Aktionsfeld und seine Opfer fand. In Baden-Württemberg spiegelte er sich in zweierlei Weise. Zum einen wurden der Bundesanwalt Siegfried Buback und zwei seiner Begleiter in Karlsruhe sowie Arbeitgeberpräsident und Daimler-Benz-Vorstandsmitglied Hanns-Martin Schleyer und vier seiner Begleiter 1977 Opfer von Mordanschlägen, zum anderen wurde das Hochsicherheitsgefängnis in Stuttgart-Stammheim durch Terroristenselbstmorde und -prozesse zum Symbol für das Scheitern der Terroristen. Die mangelnde Überzeugungskraft der Reformpolitik, der Ausbau der Sicherheitsorgane im Zusammenhang mit der Terroristenfahndung, die Diskussionen um das Berufsverbot und politische Skandale ließen eine vermehrte Distanz zu den Parteien und der Politik vor allem unter den Jüngeren entstehen. Aus der zunehmenden Erkenntnis von den Grenzen des Wachstums erwuchs Kritik an großtechnischen Projekten der Kernenergie. Diese erfaßte als Betroffene auch konservative Bevölkerungsschichten, wie z. B. der erfolgreiche Protest der Bauern gegen den Bau eines Kernkraftwerks im badischen Wyhl zeigte. Überall entstanden Bürgerinitiativen, die sich gegen Projekte der Bürokratien richteten oder diese zu ökologischem Verhalten drängten. Am Ende der siebziger Jahre trat zur Ökologie- die Friedensbewegung. Da die etablierten Parteien die von der Basisbewegung in den Bürgerinitiativen artikulierten Probleme nur zögernd aufgriffen, formierte sich schließlich 1980 in Karlsruhe eine neue Partei auf Bundesebene. Die „Grünen" schafften 1983 erstmals den Einzug in den Bundestag, im Landtag von Baden-Württemberg waren sie seit 1980 vertreten. Darin drückte sich auch ein „Wertewandel" aus, der sich festmachen ließ an einem neuen Interesse für Umweltfragen, für gesundheitliche Fragen, an einer Veränderung der sozialen Beziehungsstrukturen oder der Rolle der Frau in Politik und Gesellschaft. Gleichzeitig wurden Verschiebungen der Altersstruktur der Bevölkerung bewußtgemacht, nahm die Frauenarbeit zu, erreichten die Angestellten ein zahlenmäßiges Übergewicht über die Arbeiter und stieg die Zahl der Einpersonen-Haushalte an.
Auch in den achtziger Jahren, nach der Bildung der christlich-liberalen Regierung unter Helmut Kohl, blieben – wenn auch teilweise neu akzentuiert – die gleichen Themen aktuell. Fragen der Umweltzerstörung (Waldsterben, Reaktorkatastrophe Tschernobyl), Probleme der Arbeitslosigkeit, die Auseinandersetzungen um sozialstaatliche Leistungen (Rentenproblematik, Gesundheitswesen, soziale Randgruppen), die Integration der Aussiedler und der Ausländer (in den sechziger Jahren als „Gastarbeiter" ins Land geholt) und der aus dem Nord-Süd- wie West-Ost-Wohlstandsgefälle sowie aus politischer Verfolgung resultierende Asylantenstrom beschäftigten mit deutlicher Kontinuität die Innenpolitik.
Die Städte beklagten verstärkt seit den siebziger Jahren enorme Probleme mit dem Individualverkehr und den dadurch entstehenden Umweltbelastungen. Beobachter registrierten eine zunehmende Angleichung des Erscheinungsbildes der städtischen Zentren, da überall die gleichen Kaufhäuser und Filialbetriebe den alteingesessenen Einzelhandel verdrängten. Beklagt wurde, daß nach Feierabend der Verwaltungen und Dienstleistungsbetriebe die Innenstädte wegen der abnehmenden Wohnbevölkerung verödeten. Zudem machten die neuen städtischen Unterzentren mit ihren Einkaufs- und Unterhaltungsmöglichkeiten den Weg in die City überflüssig. Als eine Ursache dafür erkannte man den veralteten Wohnungsbestand mit der Gefahr der Slumbildung in der Innenstadt. Auch die Verringerung

der Arbeitszeit und der Zuwachs an Freizeit galten als Gründe, da sie das Wohnen im Grünen fern vom Arbeitsplatz erleichterten. Das geänderte Freizeitverhalten mit der Wahrnehmung von Aktivitäten am Rande der Stadt (Freibäder, Sportanlagen, Wanderwege, Freizeitparks etc.) trug schließlich zur Leblosigkeit der Innenstädte am Wochenende bei. Die Städte unternahmen große Anstrengungen, um der „Stadtflucht" entgegenzuwirken. Sanierungsprogramme für die Innenstadtquartiere und Fußgängerzonen für die Einkaufszentren mit ihrem verbesserten Warenangebot sollten die Innenstädte wieder attraktiv machen. Mit dem Ausbau des Nahverkehrsnetzes sollte den Innenstädten ein weites Einzugsgebiet erschlossen und der Autoverkehr ferngehalten werden. In Konkurrenz zu den Freizeitmöglichkeiten außerhalb der Stadt initiierte man die verschiedensten Feste in den Innenstädten. Ob dies ausreicht, gegen das neuentstandene Selbstbewußtsein der Unterzentren Boden wiedergutzumachen, bleibt abzuwarten.

Die in den Stadtteilen aufblühende Identifizierung der Bewohner mit ihrer engeren Heimat hing auch damit zusammen, daß die Stadt als Organ der Leistungsverwaltung dem Bürger immer weniger transparent erschien. In vielen Bereichen wurden die städtischen Eigenbetriebe aus Rentabilitätsgründen mit Betrieben benachbarter Städte oder Regionen zusammengeschlossen. Das gilt für die Energieversorgung, einschließlich Erdgas und Fernwärme, wie für die Wasserver- und -entsorgung, für die Müllbeseitigung und für die Nahverkehrsverbundsysteme. Überörtliche Planungsinstanzen für solche Verbundsysteme oder gemischtwirtschaftliche Betriebe verringerten für den Bürger die Nachvollziehbarkeit und für die Stadtparlamente die Kontrolle von Entscheidungen. Mit welchem Ergebnis der Umformungsprozeß der Städte endet, die durch den hohen Anteil der Auftragsverwaltung und die Pflichtaufgaben sowie den Einsatz zweckgebundener Mittel immer mehr an eigenständigem Gestaltungsspielraum verloren, ist offen. Trotz aller problematischen Entwicklungen sind die Städte und speziell die Innenstädte nach wie vor Zentren der Kultur und der Wirtschaft geblieben. Theater, Kino, Ausstellungen, Gastspiele auswärtiger Künstler, Weiterbildungseinrichtungen oder Krankenversorgung sind Beispiele für Dienstleistungsangebote im weiteren Sinn, die in der heute erwarteten Qualität und in ihrer Vielfalt nur in und von den Städten geleistet werden können.

9./10. November 1989: Das Symbol der deutschen Teilung, die Mauer, hat sich geöffnet

1970

1. Juli: Der am 26. April in der Stichwahl erfolgreiche Oberbürgermeister Otto Dullenkopf (CDU) tritt sein Amt an.

29. Juli: Die Michelin-Werke wählen Karlsruhe als Sitz der deutschen Hauptverwaltung.

27. September: Feierliche Verleihung des Europa-Wanderpreises des Europarates an die Städte Karlsruhe und Nancy für ihre Bemühungen um die europäische Einigung.

11. November: Freigabe des ersten Bauabschnitts der seit 1961 geplanten und gebauten Südtangente zwischen Ölkreuz und Honsellstraße. Am 9. Juli 1975 wird die Strecke bis zum Bulacher Kreuz mit dem Kreuzungsbauwerk Kühler Krug eingeweiht. Die Traditionsgaststätte „Kühler Krug" mußte dafür abgerissen werden. Sie eröffnet wenig entfernt am 10. Januar 1972 als modernes Großrestaurant neu.

30. November: Uraufführung des Films von Wolf Hart über Karlsruhe: „Bilanz einer Stadt".

1971

1. Januar: Die Karlsruher Ausstellungs- und Kongreß GmbH übernimmt die Schwarzwald-, Nancy- und Stadthalle in Generalpacht.

12. Februar: Den Wettbewerb „Altstadtsanierung", zu dem über 400 Arbeiten eingegangen sind, gewinnen eine Schweizer Architektengruppe und vier Berliner Architekturstudenten.

7. April: Der Gemeinderat genehmigt die Stiftung einer Ehrenmedaille der Stadt Karlsruhe. Als erster wird am 29. August Prof. Dr. Choei Ishibashi damit ausgezeichnet.

14. Mai: Beginn des Bundesmusikfestes, zu dessen Hauptveranstaltung, einem Konzert auf dem Schloßplatz, Ministerpräsident Hans Filbinger spricht.

25. Mai: Die Stadtverwaltung legt mit einem Baumkataster ein Verzeichnis erhaltenswerter Bäume an.

28. Mai: Der Gemeinderat beschließt die Verstaatlichung der Karlsruher Polizei zum 1. Januar 1972. Am 17. Januar 1967 hatte er dies noch abgelehnt.

30./31. Mai: Anläßlich des Karpatendeutschen Bundestreffens wird in Karlsruhe eine karpatendeutsche Heimatstube eingeweiht. Diese findet nach zwischenzeitlichen organisatorischen und räumlichen Veränderungen als Karpatendeutsches Heimatmuseum im Pfinzgaumuseum eine angemessene Unterkunft und wird an Pfingsten 1985 neu eröffnet. Karlsruhe ist seit 4. August 1957 Patenstadt der Karpatendeutschen Landsmannschaft.

4. Juni: Das Badische Landesmuseum eröffnet die Ausstellung „Edles altes Glas". Gezeigt wird erstmals öffentlich die Privatsammlung von Karl Heinrich Heine.

8. Juni: Grundsteinlegung für das Gebäude der Eurocontrol (europäische Organisation zur Sicherung der Luftfahrt) an der Rintheimer Querallee.

16. Juni: Die Universität Karlsruhe erhält die größte Rechenanlage deutscher Hochschulen.

4. Juli: Einweihung der neuen Synagoge der jüdischen Gemeinde Karlsruhe in der Knielinger Allee in Anwesenheit des Bundesinnenministers Hans-Dietrich Genscher.

23. Juli: Der Gemeinderat genehmigt den Rahmenvertrag über die Altstadtsanierung mit der „Neuen Heimat", die damit zur Trägerin der Baumaßnahmen wird.

19. Oktober: Die aus der Baugewerkeschule entstandene Staatliche Ingenieurschule erhält den Status einer Fachhochschule.

20. Oktober: Das „Richt-Krankenhaus" in Durlach wird in Anwesenheit des Landesinnenministers Dr. Walter Krause eingeweiht.

24. Oktober: Bei den Gemeinderatswahlen gewinnt die CDU erstmals seit Mai 1946 wieder die meisten Sitze. Dies bleibt bei den folgenden Wahlen unverändert.

20. November: Vertragsunterzeichnung über die Eingemeindung von Stupferich zum 1. Januar 1972 im dortigen Rathaus.

22./24. November: Der Tarif-Streik von 2000 Karlsruher Metallarbeitern wird mit der Aussperrung von 16000 Metallarbeitern in 30 Karlsruher Betrieben beantwortet.

1. Dezember: 2500 Studenten demonstrieren auf der Kaiserstraße gegen das geplante Hochschulrahmengesetz.

Altstadtsanierung Karlsruhe

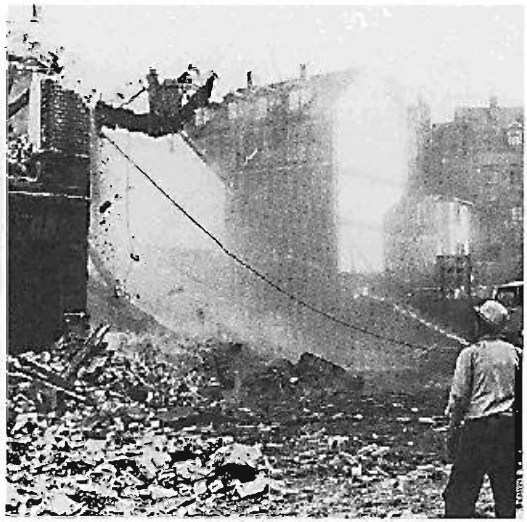
„An Karlsruhe schliesst sich ein Dörfchen an, welches Kleinkarlsruhe heisst. Dieses Nest dient zu nichts, als den Plan der Stadt Karlsruhe ganz zu verderben und zu verunstalten. Man sieht es zwar in der Stadt nicht, aber auf den Plätzen, wo man den ganzen Plan überschaut, sieht man die verderbende Unregelmässigkeit dieses angebauten Dorfs. Es ist selbst unregelmässig angebaut, und hat lauter kleine schlechte Häuschen, die nicht den Namen der Häuser, nur denen der Barraken verdienen, denn sie haben fast alle nur ein Geschos." So das Urteil in dem Ende des 18. Jahrhunderts erschienenen „Geographischen Lexikon von Schwaben" über das damals noch nicht zu Karlsruhe gehörende Klein-Karlsruhe, später „Dörfle" genannt. Wie kam dieses 1812 nach Karlsruhe eingemeindete Stadtquartier damals zu seinem negativen Image, und warum wurde es in unserem Jahrhundert zum sanierungsbedürftigen Gebiet?

Im Gegensatz zur Residenzstadt entwickelte sich Klein-Karlsruhe ohne Planung und ohne die im Absolutismus üblichen strengen Bauvorschriften. Die Bevölkerung bestand aus den wenig begüterten „Hintersassen", den in der Residenz arbeitenden Taglöhnern und Handwerkern. Im 19. Jahrhundert verlagerte sich der Schwerpunkt der Stadt nach Süden und Westen, die Südostecke der Stadt geriet immer mehr in den Schatten der baulichen Entwicklung. Anfang des 20. Jahrhunderts wurde die Altstadtsanierung ein Thema der Stadtplanung. Der Entwurf des Generalbebauungsplans 1926 enthielt den noch zurückhaltenden Vorschlag für zwei kleine Straßendurchbrüche und den Abbruch eines Baublocks für die Anlage einer Grünfläche. Das 1930 veröffentlichte Konzept für das damals 3000 Einwohner beherbergende Quartier zwischen Kriegs-, Kapellen-, Zähringer- und Adlerstraße war schon weitergehend, konnte aber wegen der allgemeinen schlechten wirtschaftlichen Lage nicht in Angriff genommen werden. 450 Haushalte hätten dafür umgesetzt und 300 neue Wohnungen im Gebiet selbst neu erstellt werden müssen. Ab 1955 sahen die Planer in dem Straßendurchbruch im Zuge der heutigen Fritz-Erler-Straße den Aufhänger für eine Sanierung. 1959 legte der Stadtrat das Sanierungsgebiet förmlich fest und leitete eines der größten und schwierigsten Stadtentwicklungsprojekte für Karlsruhe ein. Es bestand in den 1960er Jahren die Gefahr, daß die Altstadt, mit damals über 6000 Einwohnern, ein Opfer der Vorstellung von Planern und Politikern geworden wäre, „Urbanität" sei mit dichter Bebauung bzw. Hochhäusern zu erreichen. Provoziert durch einen dementsprechenden Entwurf des Architekturbüros Krämer, Pfennig und Sieverts erfolgte 1968 die Forderung der Architektenschaft nach einem Wettbewerb. Der international ausgeschriebene Altstadtwettbewerb von 1970 mit 216 Teilnehmern brachte ein Ergebnis, das die damalige Situation im Städtebau mit den unterschiedlichsten Auffassungen widerspiegelte. Grundlage für die weitere Planung und Bebauung wurde nach einer Überarbeitungsphase der vom Münchner Büro Hilmer und Sattler 1972 vorgelegte Entwurf mit der Grundstruktur der Blockrandbebauung. Die Zahl der Einwohner lag in dieser Zeit bei rund 3000. Mit den vorangegangenen Abbruchmaßnahmen war ein Ersatzwohnungsbauprogramm für rund 3500 Menschen und den damit verbundenen Problemen von Umsetzungen verbunden. In Oberreut, Rintheim, Durlach und Grünwinkel entstanden dafür zwischen 1961 und 1972 über 1000 Wohnungen im sozialen Wohnungsbau.

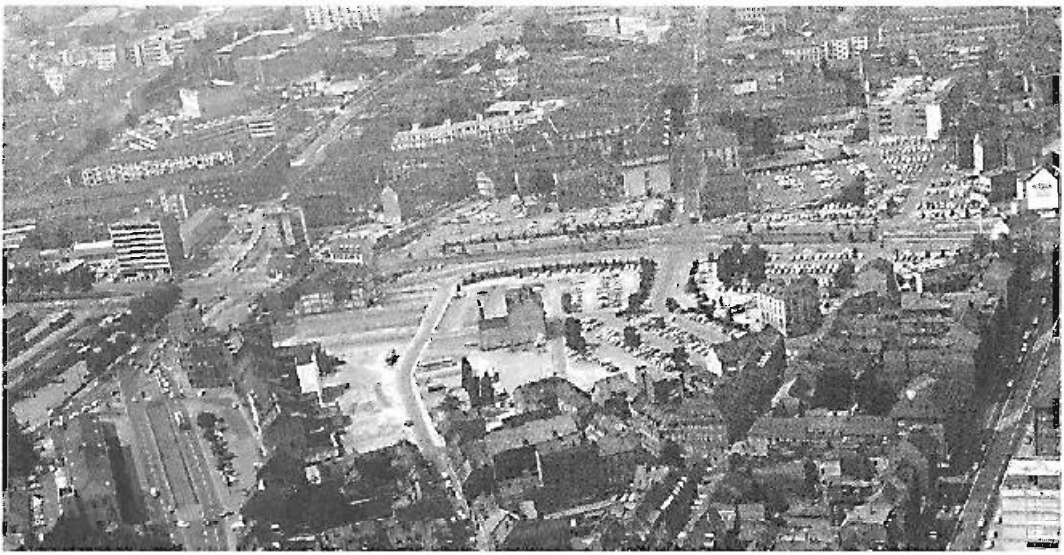
Dreißig Jahre nach dem Sanierungsbeschluß des Gemeinderats kann heute die Altstadtsanierung als abgeschlossen betrachtet werden. Dem Spaziergänger zeigen sich nur noch wenige Baulücken und modernisierungsbedürftige Gebäude. Das 18 ha große Gebiet beher-

bergt beinahe wieder soviel Bewohner wie bei Sanierungsbeginn, aber mit einer anderen Sozialstruktur. Über zwei Drittel der Fläche sind nach dem Abbruch der alten Häuser in den 1960er Jahren als erste große Flächensanierung in der Bundesrepublik neu bebaut. Auf dem restlichen Gelände im Osten steht noch zum großen Teil die alte modernisierte Bausubstanz (Objektsanierung). Durch ein inzwischen verändertes Planungsverständnis würde heute der Objektsanierung der Vorrang eingeräumt werden. Die allgemeinen Sanierungsziele „Aufwertung des Quartiers zum Citybereich" und „Schaffung eines hochwertigen Wohnquartiers" wurden trotz vieler organisatorischer, finanzieller und planerischer Schwierigkeiten erfüllt. *Harald Ringler*

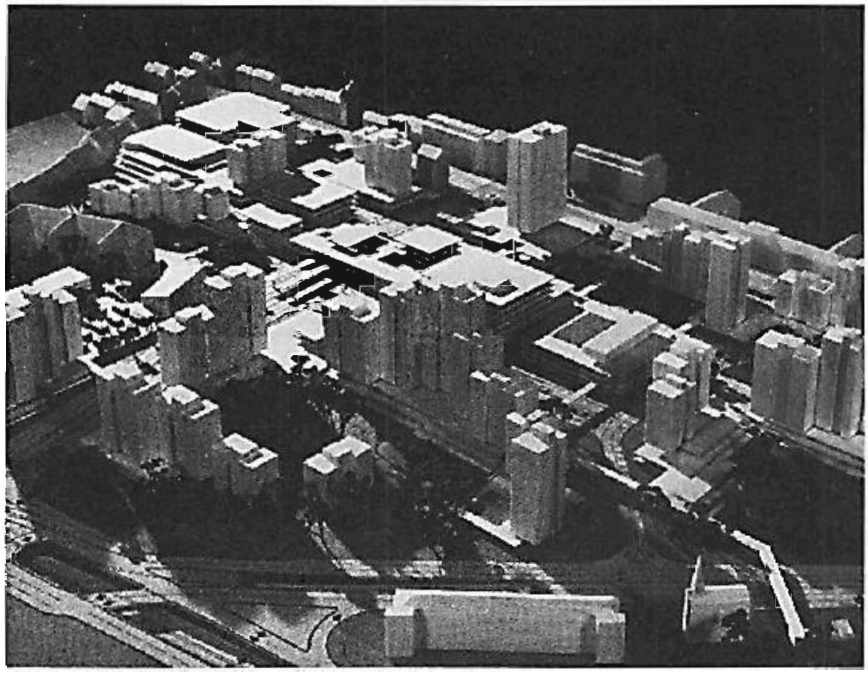
Altstadt-„Idylle"



1962 begannen die Abbrucharbeiten



Das Sanierungsgebiet vor dem Wiederaufbau



Modell des Vorschlags zur Altstadtbebauung mit Hochhäusern des Büros Krämer, Pfennig und Sieverts aus dem Jahr 1965

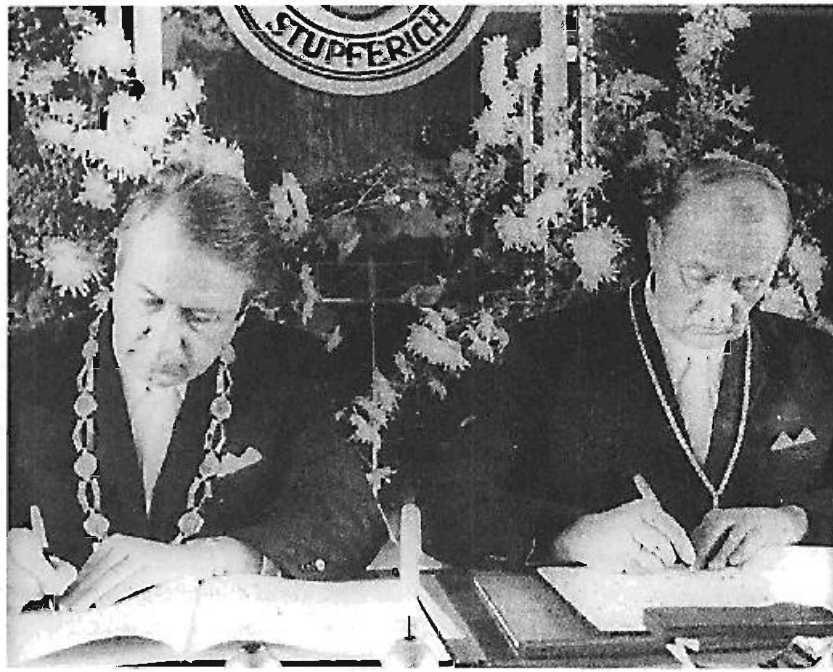
15. Dezember: Für den Fernsprechverkehr nach den USA, Kanada und Japan wird im Fernmeldeamt eine vollautomatische Selbstwähleinrichtung installiert.
18. Dezember: Unterzeichnung des Eingliederungsvertrages zwischen Karlsruhe und Hohenwettersbach, der zum 1. Januar 1972 in Kraft tritt.

1972

8. Februar: Einweihung des Altenwohnstifts in Rüppurr.
17. Februar: Die Staatliche Kunsthalle erhält aus den Fürstenbergischen Sammlungen in Donaueschingen Tafeln von Matthias Grünewald.
13. April: Trauerfeier in der St.-Stephans-Kirche und Begräbnis des am 7. April verstorbenen Oberbürgermeisters a. D. Günther Klotz.
15. Mai: Auf den Ermittlungsrichter des Bundes in Sachen Baader/Meinhof, Wolfgang Buddenberg, wird ein Attentat verübt, bei dem dessen Ehefrau Verletzungen erleidet.
30. Juni: Der Bau für die neu eingerichtete Fakultät für Informatik und das Rechenzentrum der Universität wird feierlich übergeben.
Bei einem Überfall auf ein Geschäft in der Kaiserstraße kommt es zu einer dramatischen Geiselnahme und einem Großeinsatz der Polizei.
29. September: Zum Abschluß des Wiederaufbaus der Landessammlungen für Naturkunde am Friedrichsplatz findet eine Feierstunde statt.
20./21. November: Am Marktplatz und an der Hauptpost werden die Fußgängerzonen eingeweiht.
3. Dezember: Oberbürgermeister Otto Dullenkopf eröffnet auf dem Marktplatz den ersten Karlsruher Christkindlesmarkt.
5. Dezember: Der Gemeinderat billigt den Eingemeindungsvertrag mit Wolfartsweier, der am 1. Januar 1973 vollzogen wird.
15. Dezember: Die Westtangente von der Brauerstraße nach Ettlingen wird feierlich eingeweiht.

1973

13. März: Der Gemeinderat beschließt den Gemeinschaftsunterricht von Mädchen und Jungen an Fichte-, Goethe-, Helmholtz- und Lessinggymnasium.
12. Mai: Staatskapellmeister Walter Born er-



Oberbürgermeister Otto Dullenkopf und Bürgermeister Josef Doll bei der Unterzeichnung des Eingemeindungsvertrages zwischen Karlsruhe und Stupferich am 20. November 1971

liegt am Dirigentenpult einem Herzanfall.

25. Mai: Eröffnung des neuen St.-Vincentius-Krankenhauses an der Steinhäuserstraße. Die Klinik an der Karlstraße wird geschlossen.

16. Juni: Zum 125jährigen Jubiläum der Revolution in Baden zeigt die Stadt im Rathaus Durlach die Ausstellung „Badische Revolution 1848–49".

21. Juni: Bei einem Großbrand der Dachabdeckung des neuen Badischen Staatstheaters, dessen Richtfest am 10. November 1972 gefeiert wurde, entsteht großer Sachschaden.

23. Juni: Etwa 4000 Sympathisanten demonstrieren für die Wiederzulassung der vom Bundesverfassungsgericht 1956 verbotenen KPD.

30. Juli: Beginn der Abbrucharbeiten an dem von Heinrich Hübsch erbauten Landesgestüt an der Rüppurrer Straße ohne behördliche Genehmigung.

3. Oktober: Das seit 1765 bestehende Gasthaus „Zum Goldenen Hirsch" in der Kaiserstraße wird abgebrochen.

6. Oktober: Auf dem Stephanplatz findet der erste Karlsruher Flohmarkt statt.

25. November: Die Verknappung und Verteuerung des Erdöls durch die Opec-Staaten führen zum ersten Sonntagsfahrverbot für Kraftfahrzeuge.

29. November: Mit der Wahl von Landrat Dr. Bernhard Ditteney zum Vorsitzenden des neugegründeten „Regionalverbandes Mittlerer Oberrhein" wird zugleich die „Planungsgemeinschaft Zentrales Oberrheingebiet" aufgelöst.

3. Dezember: Oberbürgermeister Otto Dullenkopf löscht in Durlach symbolisch die letzte Gaslaterne auf städtischem Boden.

4. Dezember: Der Gemeinderat billigt einstimmig den Eingemeindungsvertrag mit Grötzingen, der zum 1. Januar 1974 in Kraft tritt.

1974

14. Januar: Beim Neujahrsempfang für die Karlsruher Presse legt Oberbürgermeister Otto Dullenkopf ein Programm für den Umweltschutz vor.

20. Januar: Der Badische Kunstverein eröffnet die Ausstellung „Die Künstlergruppe Brücke und der deutsche Expressionismus" aus der Sammlung Lothar-G. Buchheim.

26. März: Der Gemeinderat verabschiedet

den Etat 1974, der erstmals die Milliardengrenze überschreitet.

27. März: Die Landesregierung genehmigt mit einschneidenden technischen Auflagen die Erweiterung der Oberrheinischen Mineralölwerke.

25. Juni: Der Gemeinderat genehmigt den Vertrag mit Wettersbach über die Eingemeindung zum 1. Januar 1975.

12. Juli: Einweihung der Behindertenwerkstätten in Hagsfeld mit etwa 250 Arbeitsplätzen. Getragen wird die Institution von der „Lebenshilfe für geistig Behinderte e.V.".

6./7. September: Eröffnung der Fußgängerzone Kaiserstraße zwischen Ritter- und Herrenstraße mit einem Straßenfest.

29. Oktober: Einweihung der neuen Räume des Instituts für Informationsverarbeitung in Technik und Biologie (IITB) im Neubau der Fraunhofer-Gesellschaft an der Sebastian-Kneipp-Straße.

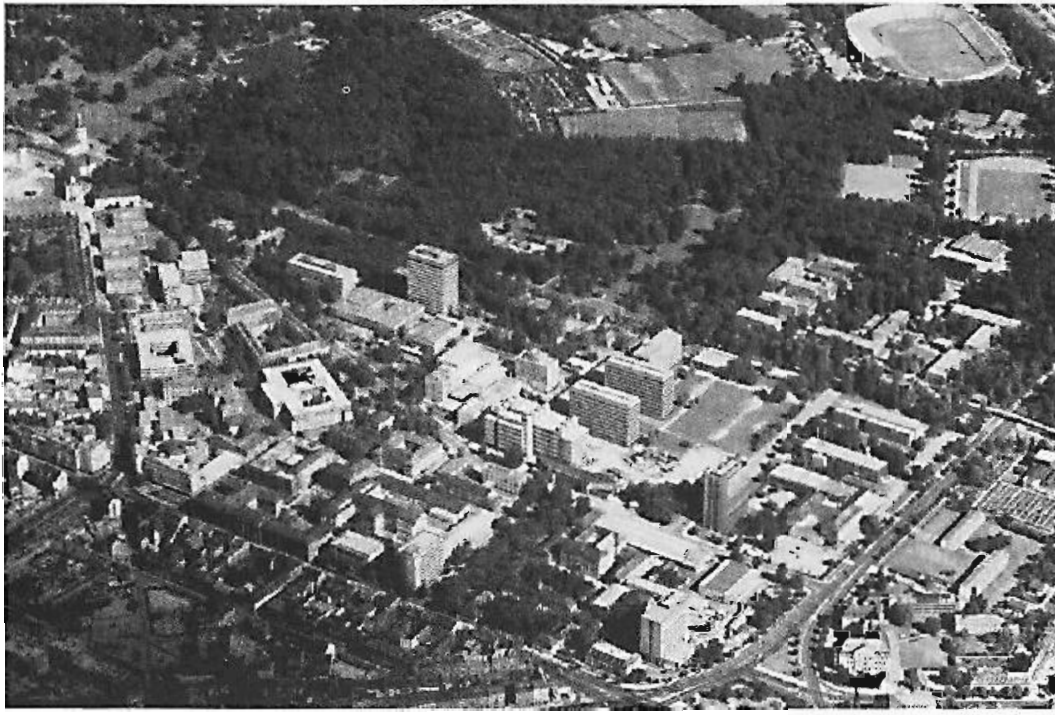
17. Dezember: Der Gemeinderat verabschiedet erstmals in der Geschichte der Stadt einen Doppelhaushalt für die Zeit von zwei Jahren.

1975

14. Januar: Das „Richt-Krankenhaus" in Durlach wechselt bei seiner Zwangsversteigerung den Besitzer und wird als „Paracelsusklinik" weitergeführt.

17. Januar: Festakt und Ausstellung zum 150jährigen Bestehen der Universität Karlsruhe im Rathaus. Weitere Feierlichkeiten veranstaltet die „Fridericiana" selbst, an der in diesem Jahr erstmals über 10000 Studenten eingeschrieben sind.

26. Februar: Der Verwaltungsgerichtshof erklärt die Rechtsgültigkeit der unechten Teilortswahl. Diese war nach der Gebietsreform 1972 vom Gemeinderat beschlossen worden mit einer Erhöhung der Gemeinderatssitze von 48 auf 60. Mit ihr sollte die Wahl je eines Vertreters aus Stupferich, Hohenwettersbach, Wolfartsweier, Grünwettersbach und Palmbach sowie von zwei Vertretern aus Grötzingen in den Gemeinderat sichergestellt werden.



Luftaufnahme des Universitätsviertels aus dem Jahr 1985. Es erstreckt sich vom Schloß bis zum Parkring und reicht nördlich bis in den Hardtwald

Die Gemeindeorgane in den Gemeindeordnungen 1921–1975

Das Kommunalverfassungsrecht erlebte nach dem Umsturz des Jahres 1918 eine wechselvolle Geschichte. In die neue badische Gemeindeordnung des Jahres 1921 wurde selbstverständlich die seit 1919 praktizierte Demokratisierung durch den Verzicht auf das Dreiklassenwahlrecht und die Einführung des allgemeinen Wahlrechts auch für Frauen übernommen. Es blieb dabei, daß die von der Bevölkerung für vier Jahre gewählten, jetzt 84 Stadtverordneten den Gemeinderat ebenfalls für vier Jahre wählten. Der Bürgerausschuß, dem Stadtverordnete und Gemeinderäte angehörten, wählte für neun Jahre den Oberbürgermeister. In wichtigen Fragen der Gemeindeverwaltung mußte der Gemeinderat die Zustimmung des Bürgerausschusses einholen. Der Oberbürgermeister leitete die gesamte Verwaltung, leitete als Vorsitzender den nicht öffentlich tagenden Gemeinderat, führte dessen Beschlüsse aus und vertrat die Gemeinde.
Die Deutsche Gemeindeordnung des Jahres 1935, die erstmals ein einheitliches Gemeinderecht für Deutschland schuf, ersetzte das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung weitgehend durch das nationalsozialistische Führerprinzip und den Ausbau staatlicher Aufsicht. Die NSDAP erhielt förmlich ein Mitwirkungsrecht bei der Ernennung des für zwölf Jahre berufenen Oberbürgermeisters. Dieser hatte nahezu alle Entscheidungskompetenz, während Gemeinderat und Bürgerausschuß bedeutungslos wurden.
Nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft wurde für Nordbaden weitgehend die Gemeindeordnung zur Verwaltung der Gemeinden von 1921 wieder in Kraft gesetzt. Der Bürgerausschuß entfiel, seine Aufgaben übernahm der Gemeinderat, der den Bürgermeister wählte. 1947 wurde die Öffentlichkeit der Gemeinderatssitzungen verfügt wie auch die Neuwahl vergrößerter Gemeinderatsgremien, in Karlsruhe statt 24 nun 48 Gemeinderäte, und die Direktwahl des Oberbürgermeisters durch die wahlberechtigte Bevölkerung. Eine verbindliche Gemeindeordnung für das neugeschaffene Bundesland Baden-Württemberg konnte nach anhaltenden Diskussionen 1955 verabschiedet werden. Eine Neufassung dieser Gemeindeordnung erhielt 1975 Gültigkeit.
Die Gemeindeordnung von 1975 bestimmte (wie schon 1955) den Gemeinderat zur Vertretung der Bürgerschaft und zum Hauptorgan der Gemeinde. Die Bildung eines Bürgerausschusses, 1955 als Alternative noch möglich, war nicht mehr vorgesehen. Der Gemeinderat hat im Auftrag der Bürgerschaft die wichtigen Entscheidungen in der Verwaltung der Gemeinde zu treffen, ihm kommt im Willensbildungsprozeß in der Gemeinde die zentrale Stellung zu. Gewählt wird er seit 1970 für fünf Jahre und nicht mehr wie zuvor alle drei Jahre zur Hälfte. Das Wahlrecht sah seit 1955 als Grundsatz die Verhältniswahl nach Listen vor. Dabei hat der Wähler so viele Stimmen, wie Sitze zu vergeben sind. Durch Kumulieren und Panaschieren hat er die Möglichkeit, die zur Wahl stehenden Listen zu verändern. Die Tagungen des Gemeinderats sind in der Regel öffentlich. Der Gemeinderat bildet Ausschüsse, die an seiner Stelle beschließen oder unter Beteiligung sachkundiger Bürgerinnen und Bürger beratend tätig sind. Zu den Aufgaben des Gemeinderats gehört die Wahl der Beigeordneten (Bürgermeister). Die Arbeit der Gemeinderäte ist, von einer Aufwandsentschädigung abgesehen, ehrenamtlich.
Unmittelbar von der Bevölkerung gewählt wird der Oberbürgermeister, und zwar für jeweils acht Jahre. Die Verlängerung der Amtszeit auf zwölf Jahre bei Wiederwahl in der Regelung des Jahres 1955 wurde gestrichen. An der traditionell starken Stellung des Oberbürgermeisters in der Gemeinde hat sich nichts geändert. Er ist der Leiter der Gemeindever-

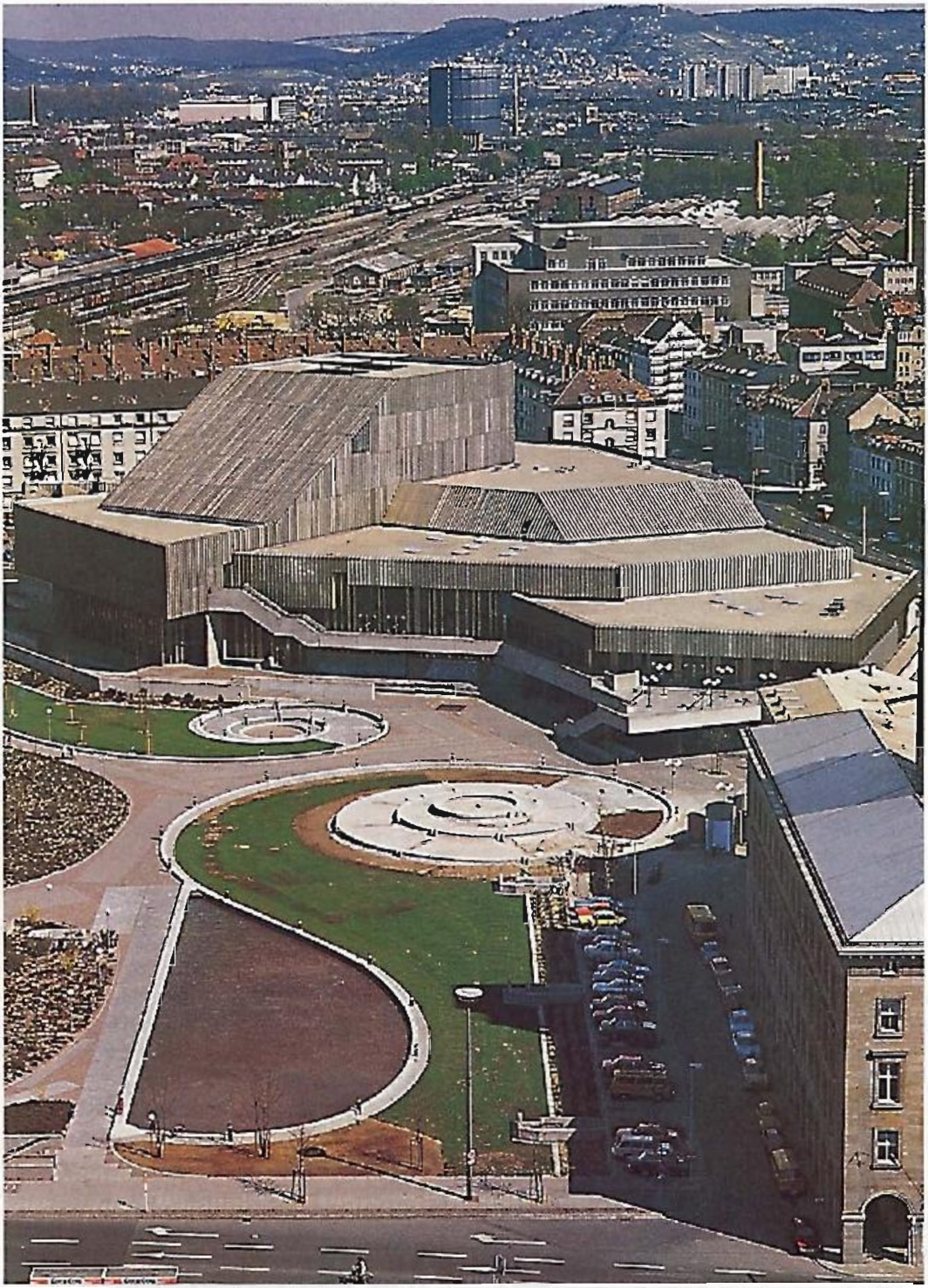
waltung, er ist stimmberechtigter Vorsitzender des Gemeinderats und seiner Ausschüsse, deren Tagesordnung er aufstellt, und er vertritt die Gemeinde nach außen. Der Oberbürgermeister ist damit sowohl in der Phase der Entscheidungsvorbereitung durch die Verwaltung, der rechtsgültigen Entscheidung im Gemeinderat als auch in der Phase der Entscheidungsausführung maßgeblich beteiligt.

Die Kompetenzabgrenzung zwischen Gemeinderat und Oberbürgermeister läßt sich grob so umreißen: Der Gemeinderat hat generelle und umfassende Kompetenz, die Befugnisse des Bürgermeisters sind im einzelnen z. B. auch durch Übertragung des Gemeinderats festgelegt. Anders ausgedrückt: Wo eine gesetzliche Zuständigkeit des Oberbürgermeisters nicht festgelegt ist, ist von der Zuständigkeit des Gemeinderats auszugehen. Dem Oberbürgermeister ist allerdings mit den Geschäften der laufenden Verwaltung und den Weisungsaufgaben (u. a. Ortspolizeibehörde, Personenstandswesen) ein weiter, allgemein umrissener Aufgabenbereich zugewiesen. Er kann in dringenden Fällen, um Schaden von der Gemeinde abzuwenden, anstelle des Gemeinderats entscheiden. Darüber hinaus kann er Widerspruch gegen Beschlüsse des Gemeinderats einlegen. Ein Widerspruch, der nicht aus rechtlichen Bedenken erfolgt, hat allerdings nur aufschiebende Wirkung.

Gegenüber 1955 wurde 1975 die Stellung des Gemeinderats etwas gestärkt. Die Informationspflicht des Oberbürgermeisters wurde erweitert, und bereits ein Viertel (früher ein Drittel) der Gemeinderäte kann Akteneinsicht bzw. die unverzügliche Anberaumung einer Sitzung verlangen. Ein Ältestenrat, wie er in Karlsruhe schon am 30. November 1971 beschlossen worden war, kann gebildet werden. Er berät den Oberbürgermeister in Fragen der Tagesordnung und des Gangs der Verhandlungen.

Dem einzelnen Bürger kommt in der baden-württembergischen Gemeindeordnung eine Bedeutung zu wie sonst in keinem Bundesland. Schon 1955 waren als Elemente direkter Demokratie Bürgerbegehren und Bürgerentscheid eingeführt worden. 1975 wurden die Voraussetzungen ihrer Durchführung leicht zugunsten der Bürger modifiziert. Die Schwelle zum Erfolg bleibt jedoch hoch. Weiter kann von einer festgelegten Mindestzahl von Einwohnern eine Bürgerversammlung beantragt werden, die Vorschläge und Anregungen unterbrechen kann. Mit einem Bürgerantrag kann der Gemeinderat zur Behandlung eines Tagesordnungspunktes veranlaßt werden, er bleibt in seiner Entscheidung allerdings frei.

Marktplatz mit Rathaus nach der Verkehrsberuhigung und der Umgestaltung zur Fußgängerzone



Neubau des Badischen Staatstheaters am Ettlinger Tor. Hier standen bis 1913 der erste Bahnhof und von 1934 bis 1970 die Markthalle

1. März: Die Stadtverwaltung schafft im Amt für Zivil- und Katastrophenschutz eine Zentralstelle für Umweltschutz, um der Arbeit des seit 1972 wirkenden Umweltschutzbeauftragten besser gerecht zu werden. Am 6. März wird ein „Grünes Telefon" für Fragen des Umweltschutzes eingerichtet.

4. März: Bei einem Bombenanschlag auf das Bundesverfassungsgericht entsteht Sachschaden.

Aus Umweltschutzgründen lehnt die Stadtverwaltung den von der Landesregierung geplanten Bau einer Müllverbrennungsanlage in der Burgau bei Knielingen ab.

15. März: Inbetriebnahme einer zentralen Funk-Rettungsleitstelle in der Stephanienstraße.

19. März: Auszeichnung der Städte Nancy und Karlsruhe mit dem „Prix France–Allemagne" für vorbildliche Partnerschaft.

8. April: Nach dem Neureuter (2. April) billigt auch der Karlsruher Gemeinderat den Eingliederungsvertrag mit Neureut, das ab dem 10. April Stadtteil Karlsruhes wird. Zuvor hatte am 14. Februar der Staatsgerichtshof die Klage Neureuts gegen die Eingemeindung abgewiesen.

14. April: Eröffnung der Ausstellung „30 Jahre danach – Zusammenbruch und Neuanfang im Jahre 1945" des Generallandesarchivs im Landesgewerbeamt.

25. April: Mit einem Festakt wird das seit September 1973 bezogene Otto-Hahn-Gymnasium in der Waldstadt eingeweiht.

2. Mai: Grundsteinlegung zum 1. Bauabschnitt für die Neubauten in der früheren Altstadt.

5. Mai: Feierliche Benennung des Platzes vor der Hauptpost zum Europaplatz.

31. Mai: Nach siebenjähriger Zweitklassigkeit steigt der KSC wieder in die Fußballbundesliga auf.

29. August: Feierliche Eröffnung des neuen Badischen Staatstheaters mit einer Festaufführung der „Zauberflöte" von Wolfgang Amadeus Mozart.

15. Oktober: Unter dem Titel „Die stille Zerstörung" wird in der Orangerie eine Ausstellung eröffnet, die auf die Zerstörung historischer Bausubstanz der Stadt durch Abriß, Renovierung und Fehlplanung aufmerksam machen will.

5. November: Nach einer Entscheidung des Landtags wird Karlsruhe Sitz des Kommunalen Versorgungsverbandes.

14. November: Die Nordweststadt erhält Anschluß an das Straßenbahnnetz.

27. November: Eröffnung der Ausstellung „Die Grötzinger Malerkolonie" in der Kunsthalle.

1976

25. März: Nachdem Gläubiger die Firma Unika-Einkaufszentrum des Karlsruher Kaufmanns Iraj Ghandchi im Gewerbegebiet Hagsfeld gestürmt haben, wird diese vom Amtsgericht, bei dem ein Vergleichsverfahren eröffnet ist, geschlossen.

11. April: Neueröffnung des von Friedrich Eberle begründeten Pfinzgaumuseums im Prinzessenbau der Karlsburg in Durlach.

17. Mai: Das Wasserwerk im Durlacher Wald wird wegen ausgelaufenen Heizöls im nahe gelegenen Rangierbahnhof vorübergehend stillgelegt.

6. Juni: Im Badischen Staatstheater beginnt erstmals nach 50 Jahren wieder eine Aufführung des „Ring des Nibelungen" von Richard Wagner. Sie endet im Juni 1977.

12. Juni: Der neugestaltete Stephanplatz ist fertiggestellt.

30. Juni: Das Versandhaus Heinrich Heine fällt einem Großbrand zum Opfer. Der Sachschaden beträgt 35 Millionen DM.

4./5. September: In Karlsruhe findet nach 1945 das erste Badische Heimatfest statt, das an Traditionen aus der Zeit der Weimarer Republik anknüpft. Es zieht rund 400 000 Besucher aus der Stadt und dem Umland an.

3. Oktober: Bei der Bundestagswahl gewinnt die CDU das Direktmandat von der SPD zurück.

16. Oktober: Eröffnung des ersten Bauabschnitts der Günther-Klotz-Anlage. Die 1,7 km lange Parkanlage mit Rodelhügel und künstlichem Teich zwischen „Kühlem Krug" und

Beiertheimer Feld ist Teil des neuen Albgrüns.
6. November: Eröffnung der Tiefgarage unter dem Friedrichsplatz. Der neugestaltete Platz selbst wird am 27. Mai 1977 eingeweiht.
1. Dezember: Orkanböen mit Windstärke 11 über Karlsruhe richten beträchtliche Sachschäden an.

1977

26. Januar: Einweihung der Walter-Eucken-Schule (kaufmännische Schule) im Beiertheimer Feld.
11. Februar: Bei Renovierungsarbeiten in der Grötzinger Kirche werden alte Fresken freigelegt, die Fachleute als kunsthistorische Raritäten beurteilen.
7. April: Generalbundesanwalt Siegfried Buback und sein Fahrer Wolfgang Göbel fallen einem Mordanschlag von Mitgliedern der „Rote-Armee-Fraktion" an der Linkenheimer Landstraße zum Opfer. Ein weiterer Begleiter Bubacks, Georg Wurster, erliegt seinen schweren Verletzungen. Zur Trauerfeier am 13. April in der Evangelischen Stadtkirche kommen die führenden Repräsentanten der Bundesrepublik nach Karlsruhe. 8000 Menschen protestieren am 16. April gegen den Terror. Ein Jahr später wird am Platz des Attentats Ecke Linkenheimer Landstraße/Moltkestraße ein schlichtes Mahnmal enthüllt.
3. Juni: Im Pfinzgaumuseum Durlach zieht die Ausstellung „Die Staufer am Oberrhein" bis zum 14. August über 29 000 Besucher an.
10. Juni: Nach einer Totalsanierung der Hirschbrücke, mit der ein Abriß und ein Stahlbetonneubau verhindert werden, findet das erste Hirschbrückenfest statt.
29. Juni: Das Bundesverfassungsgericht entscheidet, daß die von der Stadt seit 1962 erhobene Getränkesteuer verfassungsgemäß ist. Bisher sind 16 Millionen DM angesammelt worden.
8. August: Eröffnung einer Waldorfschule in Karlsruhe, für die in der Waldstadt ein Gebäude errichtet wird.
25. August: Ein Anschlag der „Rote-Armee-Fraktion" auf den Bundesgerichtshof mißlingt.

Am Tatort des Mordanschlags auf Siegfried Buback und seine Begleiter

4. September: Das erste Pop-Festival im Wildparkstation lockt etwa 40 000 Besucher an.
16. September: Einweihung der Fußgängerzone in Durlach, verbunden mit einem Volksfest. Das Durlacher Altstadtfest findet danach jährlich statt.
23. September: Einweihung der Badnerlandhalle in Neureut.
Der Neubau der Stadtwerke (Versorgungsbetriebe) an der Daxlander Straße wird seiner Bestimmung übergeben.
19. Oktober: Nach Umwandlung der Referentenstelle für das Finanzwesen in eine Beigeordnetenstelle durch den Gemeinderat wird der neue Bürgermeister in sein Amt eingeführt.
20. Oktober: Der neugestaltete Ludwigsplatz wird eingeweiht.
19. Dezember: Die Straßenbahnbrücke hinter dem Hauptbahnhof, mit 260 m die längste ihrer Art in der Stadt, wird dem Verkehr übergeben. Sie überspannt die Bundesbahngleise und die Trasse der Südtangente.
21. Dezember: Die „Badischen Neuesten

Nachrichten" melden, daß die IWKA die von ihr erworbenen Fabrikanlagen der Firma Singer erweitern und 2000 Arbeitsplätze von Karlsruhe nach Blankenloch verlagern wird. Die Produktionsstätte in Karlsruhe wird geschlossen, Firmensitz bleibt aber Karlsruhe.

1978

22. Februar/20. März: Im Rahmen der Tarifauseinandersetzungen in der Metallindustrie treten in Karlsruhe 2200 Arbeiter in den Streik, woraufhin im Raum Karlsruhe 18000 ausgesperrt werden. In diesen Wochen kommt es auch in der Druckindustrie zu Aussperrungen.

9. April: Bei der Wahl des Oberbürgermeisters gewinnt der Amtsinhaber Otto Dullenkopf (CDU) deutlich vor Heinke Salisch (SPD).

30. Mai: Feierliche Eröffnung des Neubaus für das Postscheckamt am Ettlinger Tor.

31. Mai: Eröffnung des kombinierten Park-, Schul-, Geschäfts- und Wohnhauses Fritz-Erler-Straße. Die Wohnungen befinden sich in mehreren Einfamilienhäusern auf dem Dach des Gebäudes.

3. Juni: Eröffnung der Karlsruher Händel-Tage des Badischen Staatstheaters. Sie sollen auf Initiative des Generalintendanten Günter Könemann, jährlich wiederkehrend, eine kontinuierliche Pflege des Werkes von Georg Friedrich Händel begründen. 1985 wird die Veranstaltung in Händel-Festspiele umbenannt.

21. Juni: Die Staatliche Kunsthalle Karlsruhe ersteigert bei Sotheby's in London Albrecht Dürers Ölberg-Zeichnung.

3. September: Schwerstes Erdbeben in Baden-Württemberg seit 1943, das auch in Karlsruhe spürbar ist.

16. September: Auf dem Ludwigsplatz findet der erste Karlsruher Kulturmarkt mit Ausstellungen, Musik und künstlerischen Aktivitäten statt.

16. Oktober: Im Städtischen Klinikum, das damit Akademisches Lehrkrankenhaus wird, beginnen 24 Medizinstudenten ihre Ausbildung.

31. Dezember: In der Silvesternacht führen ein Temperatursturz um 20 Grad und nachfolgender Eis- und Schneeregen zum nahezu völligen Verkehrskollaps. Die Straßenbahnen fahren am 2. Januar wieder, zum Teil aber nur eingleisig.

1979

16. Januar: Der Gemeinderat beschließt, den nördlichen Teil des Knielinger Sees als erstes Karlsruher Naturschutzgebiet auszuweisen.

26. Januar: Der junge „Sport- und Schwimmclub Waldstadt" fusioniert mit dem traditionsreichen „Karlsruher Schwimmverein Neptun 99" zum „Sport- und Schwimmclub Karlsruhe", der nach dem „Postsportverein" Karlsruhes zweitgrößter Sportverein ist.

1. Februar: Das Bundesbahnausbesserungswerk mit 1977 noch etwa 1000 Arbeitsplätzen ist nur noch Ausbesserungswerkstätte. Bereits 1969 drohte seine Schließung.

9. März: Im Badischen Landesmuseum im Schloß wird eine große Majolika-Ausstellung eröffnet.

10. März: Einweihung des Altenwohnheims sowie Hotel- und Restaurationsbetriebs in der wiederaufgebauten Augustenburg in Grötzingen.

17. März: Der zweite Karlsruher Bürgerball erlebt einen großen Publikumserfolg. Der Reinerlös von 60000 DM kommt Karlsruher Versehrten und Behinderten zugute.

5. April: Ein unabhängiges Gutachten attestiert dem Karlsruher Klärwerk bei Neureut eine nicht ausreichende Leistung. Starke Geruchsbelästigungen hatten zu Protesten der Anwohner in Neureut geführt.

29. Mai: Der Briganten-Brunnen am Ettlinger Tor wird enthüllt. Um die Gestaltung und Finanzierung des ursprünglich gestifteten Brunnens gibt es eine anhaltende öffentliche Diskussion, die über die Stadtgrenzen hinaus Aufmerksamkeit findet.

9. Juni: Auf dem zwei Jahre zuvor umgestalteten Europaplatz wird der von Prof. Walter Förderer gestaltete Europa-Brunnen „Phönix aus der Asche" eingeweiht.

10. Juni: Bei den Wahlen zum Europa-Parlament in Straßburg erhält die CDU 48 Prozent der Stimmen. Heinke Salisch (SPD) ist als ein-

zige Karlsruher Abgeordnete dank ihres guten Listenplatzes gewählt.

10. Juli/16. August: Im Wasserwerk Durlacher Wald wird eine Verseuchung des Trinkwassers mit giftigen Zyaniden registriert, in der Alb sterben Fische durch verseuchtes Wasser. Mehrere „Grundwasserskandale" sind in diesem Jahr schon aufgedeckt worden.

8. September: In der Brunnenstraße 47 wird ein neues Künstlerhaus eröffnet, das der Berufsverband Bildender Künstler in Selbstverwaltung führt.

1. Oktober: Die Berufsakademie Karlsruhe nimmt nach dem Beschluß des baden-württembergischen Kultusministeriums vom 29. Mai 1979 ihre Arbeit auf. Der Ausbildungsbetrieb beginnt mit 48 Studierenden. Im Studienjahr 1988 gehören dieser Bildungseinrichtung des tertiären Bereichs 812 Studierende in elf Studiengängen an.

5. Oktober: Inbetriebnahme der Straßenbahnlinie nach Neureut, die zum Teil – erstmals in der Bundesrepublik – auf Gleisen der Bundesbahn fährt.

23. Oktober: Der Gemeinderat entscheidet sich nach langen Debatten mit 30:21 Stimmen für den Bau der Nordtangente. Eine notwendig gewordene neue Abstimmung ergibt am 6. November 29:20 Stimmen für den Bau. Am 24. Oktober gründet sich eine Bürgerinitiative, die am 4. Dezember 38000 Unterschriften gegen den Bau der Nordtangente vorlegen kann.

24. Oktober: Auf dem Gelände des ehemaligen Ständehauses findet die Einweihung des von dem Architekten Helmut Bätzner geplanten Dekanatszentrums und Gemeindehauses St. Stephan statt. Etwa ein Drittel des Grundstücks an der Ritterstraße bleibt unbebaut und wird als Parkplatz genutzt.

17. November: Einweihung des Ausländerbegegnungszentrums in der Otto-Sachs-Straße.

31. Dezember: Die städtischen Rheinhäfen verzeichnen für 1979 einen Umschlag von über acht Millionen Tonnen. Karlsruhe nimmt hinter den Rheinhäfen Duisburg und Mannheim Rang drei der Binnenhäfen in der Bundesrepublik ein.

Die Straßenbahn auf der Jungfernfahrt in Neureut

1980

12. Januar: Auf ihrem Karlsruher Bundeskongreß konstituieren sich die „Grünen" als Bundespartei.

27. Januar: Eröffnung der Ausstellung „Widerstand statt Anpassung. Deutsche Kunst im Widerstand gegen den Faschismus 1933–1945" im Badischen Kunstverein. Ermöglicht wird die Ausstellung auch durch rund 130 Leihgaben aus der DDR. Über 30 000 Besucher kommen zur Ausstellung in der Waldstraße.

3. März: Das Zündhütle, unübersehbares Wahrzeichen und technisches Baudenkmal an der Bundesstraße 3 bei Wolfartsweier, wird von den Geodäten und Meteorologen der Universität für Forschungszwecke genutzt. Früher diente der Turm zur Herstellung von Schrotkugeln.

16. März: Nach der Landtagswahl ziehen direkt gewählt oder über die Landeslisten fünf Kandidaten aus Karlsruhe in den Landtag ein: Barbara Schäfer, Prof. Dr. Gerhard Seiler (CDU), Dieter Stoltz, Erwin Sack (SPD) und Dr. Jürgen Morlock (FDP).

22. März: Bei der fünften Karlsruher Aufforstungsaktion pflanzen etwa 400 Beteiligte in Neureut 20 000 Jungbäume und Sträucher.

25. März: Der Gemeinderat entscheidet erneut mit 30:24 Stimmen gegen die Zulassung eines Bürgerentscheids über den Bau einer Nordtangente.

14. Juni: Den Wiederaufstieg des KSC in die Bundesliga feiern etwa 3000 Fans auf dem Marktplatz, wo Oberbürgermeister Otto Dullenkopf Mannschaft und Trainer begrüßt.

22. Juni: Bei der Gemeinderatswahl verliert die CDU die absolute Mehrheit der Mandate, die „Grünen" erhalten erstmals zwei Sitze. Etwa 4000 nach Gerichtsbeschluß zu Unrecht für gültig erklärte Stimmzettel müssen überprüft werden. Danach erhält am 20. März 1981 die SPD einen weiteren Sitz zugesprochen.

26. Juni: Einweihung des Begegnungszentrums im Sportpark in der Waldstadt. Am 27. April 1982 wird das Fächerbad in dieser Anlage eröffnet. Der Sportpark trägt den Namen des am 5. Februar 1979 verstorbenen Karlsruher CDU-Politikers und baden-württembergischen Justizministers Traugott Bender.

3. August: Auf der neuangelegten Trabrennbahn des 1924 gegründeten Zucht- und Rennvereins in Knielingen findet das erste Pferderennen statt.

21. Oktober: Der Gemeinderat nimmt mit 32:31 Stimmen seinen Beschluß zum Bau der Nordtangente vom 23. Oktober 1979 zurück.

22. Oktober: Gedenkfeier zur 40. Wiederkehr der Deportation badischer und pfälzischer Juden nach Gurs mit einer Gedenkausstellung zur Judenverfolgung im Dritten Reich durch die Stadtbibliothek. Am selben Tag erhält das Karlsruher Ehepaar Hedwig und Otto Hafner vom Staat Israel für seinen Einsatz zugunsten verfolgter Juden im Dritten Reich die Auszeichnung „Gerechte der Völker".

3. November: Der aufsehenerregende Fall der Entführung und Ermordung eines Mädchens aus Weingarten und der Lösegeldforderung in Höhe von zwei Millionen Mark endet am 21. Dezember mit der Festnahme des in Karlsruhe lebenden Täters, der am 6. August 1982 zu lebenslanger Haft verurteilt wird.

8. November: Nach dem Bundesligaspiel KSC–VfB Stuttgart (0:0) kommt es zu schweren Krawallen zwischen den Fans beider Vereine mit Verletzten und Sachschäden.

1981

17. Januar: In Neureut-Heide eröffnet die privat finanzierte Eislaufhalle ihren Betrieb.

6. Februar: In Hohenwettersbach wird der Bau der im Eingemeindungsvertrag vorgesehenen Lustgartenhalle übergeben.

13. Februar: Als erstes Karlsruher Wohngebiet „verkabelt" das Fernmeldeamt die „Feldlage" in der Waldstadt und eröffnet damit das „Kabelfernsehen" in Karlsruhe.

6. März: Im Landesgewerbeamt wird die „Fraueninformationsbörse" eröffnet. Die etwa 50 Stände von Karlsruher Organisationen sind lebhaft besucht.

2. April: Hausbesetzung in der Luisenstraße 24. 200 bis 300 junge Leute fordern den Erhalt des ehemaligen Bäckereigebäudes als Bürgerhaus in der Südstadt. Am frühen Morgen des 3. April wird das Haus geräumt und kurz nach

12.00 Uhr beginnt der Abriß, um Platz für eine Wohnbebauung zu schaffen.

13. April: Der Säulengang vor der Stadthalle auf dem Festplatz wird vom Hauptgebäude abgetrennt. Er bleibt erhalten, während anstelle der alten Stadthalle mit dem Bau eines modernen Kongreßzentrums begonnen wird.

8. Mai: Im Prinz-Max-Palais in der Karlstraße, das die Stadt nach einem Beschluß des Gemeinderats vom 5. August 1969 gekauft hat, eröffnet das neue Kulturzentrum der Stadt. Neben einer Jugendbibliothek beherbergt es die Ausstellung der schon lange bestehenden Karlsruher Kunstsammlungen und eine stadtgeschichtliche Ausstellung. Sowohl kunsthistorische als auch historische Wechselausstellungen sollen darüber hinaus hier einen Rahmen finden.

30. Juni: Von der Schließung der Karlsruher Niederlassung der Grundig AG und der Firma Schmalbach-Lubeca sind etwa 850 Arbeitnehmer betroffen.

2. Juli: Vor dem Staatstheater wird die von Jürgen Goertz geschaffene Plastik „Musengaul" aufgestellt und am 5. Juli enthüllt. Diese Dauerleihgabe der Staatlichen Kunsthalle löst heftige öffentliche Stellungnahmen aus.

28. August: Mit einem Marktplatzfest enden die zweijährigen Arbeiten zur Neugestaltung des einst von Friedrich Weinbrenner entworfenen zentralen Platzes der Stadt.

31. Oktober: Im Bürgersaal des Rathauses wird der Bevölkerung der neue Film über die Stadt „Ein Fächer wird aufgeschlagen" vorgestellt.

27. November: Am Schloßplatz wird das Richtfest für den von Prof. Heinz Mohl geplanten Bau der Landeskreditbank gefeiert. Am 15. April 1983 findet die Einweihung statt.

18. Dezember: Feierliche Übergabe des Südtangentenabschnitts zwischen der Killisfeld- und der Schwarzwaldstraße.

1982

9./10. Januar: Innerhalb 30 Stunden fallen 31 cm Neuschnee. Erhebliche Verkehrsstörungen sind die Folge. Für diesen Winter hatte die Stadt aus Umweltschutzerwägungen erstmals den eingeschränkten Winterdienst, d. h. eine Verringerung der auszustreuenden Salzmenge, eingeführt.

30. Januar: An der Kriegsstraße werden bis auf die denkmalgeschützte Jugendstilfassade die Gebäude der ehemaligen Brauerei Moninger abgerissen. An ihrer Stelle werden Wohn- und Geschäftsräume gebaut. Die Brauerei Moninger zieht nach Grünwinkel in einen Neubau auf dem Gelände der früheren Brauerei Sinner.

3. Februar: Nach der Statistik erreicht die Arbeitslosenquote in Karlsruhe im Januar 5,5 Prozent. Die Zahl der Kurzarbeiter steigt an. Im Laufe des Jahres verschlechtert sich die Lage weiter.

2. April: Das Jugend- und Begegnungszentrum „Jubez" des Stadtjugendausschusses am Kronenplatz wird eröffnet.

5. April: Nicht nur die Arbeitsmarktsituation bleibt kritisch. Auf dem Ausbildungssektor stehen 2075 Bewerbern nur 570 Lehrstellen gegenüber.

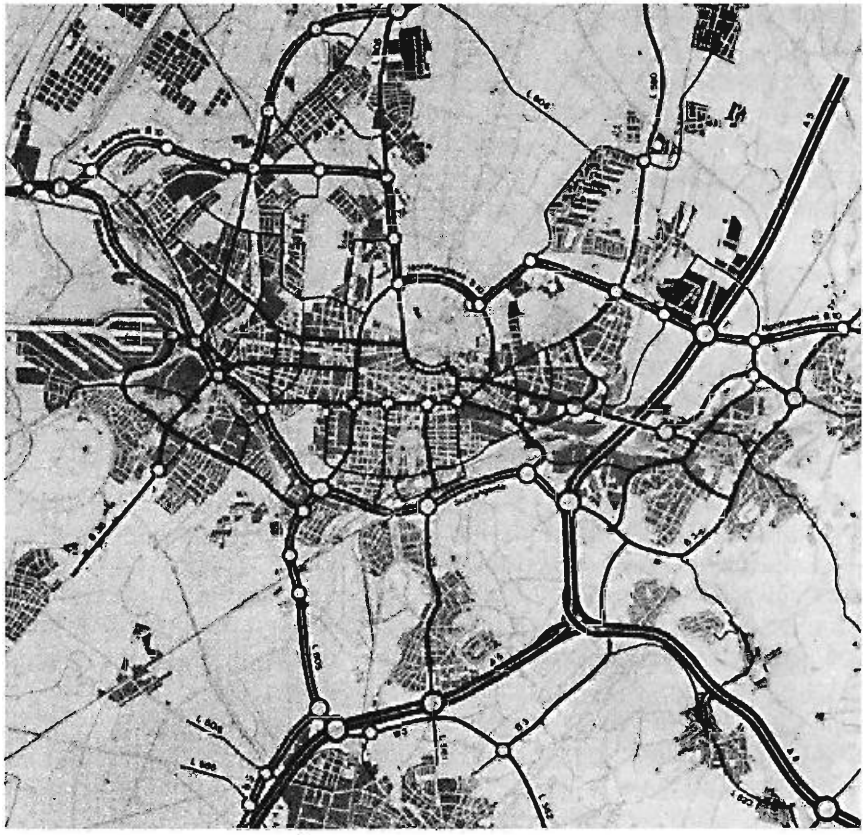
14. Mai: Eine der ältesten Karlsruher Firmen, die C. F. Müller Großdruckerei und Verlag, muß 65 Mitarbeiter entlassen. Am 14. September wird mitgeteilt, daß die Druckerei schließen muß und nur der Verlag weitergeführt wird.

18. Mai: Der Gemeinderat entscheidet sich mit deutlicher Mehrheit in Sachen Bau der Nordtangente für die Planungsvariante 17. Anstelle des Durchstichs durch den Hardtwald soll der Verkehr über die Theodor-Heuss-Allee, Adenauerring und Linkenheimer Allee geführt werden. Eine Realisierung der Nordtangentenpläne ist jedoch nicht in Sicht.

5.–13. Juni: Anläßlich des 250. Geburtstages von Joseph Haydn finden die Karlsruher Haydn-Tage statt. Die Veranstaltung führt die Reihe der Karlsruher Musiktage fort, die jährlich einem Komponisten gewidmet sind.

16. August: Im Gemeinderat wird erstmals eine Frau Fraktionsvorsitzende: Die SPD wählt Gerlinde Hämmerle als Nachfolgerin des verstorbenen Günther Hahn.

17. September: Der Koalitionswechsel der FDP in Bonn von einer SPD/FDP- zu einer



Verkehrslinienplan Karlsruhe aus dem Jahr 1982. Die Nordtangente ist in der „Hängebauchvariante" eingezeichnet

CDU/CSU/FDP-Regierung setzt auch die Karlsruher FDP schweren innerparteilichen Belastungen aus.

24. September: Die Karlsruher Gastwirte zählen bis zu diesem Tag 580 Vereins- und Straßenfeste im Jahre 1982, die ihnen einen Umsatzrückgang bescheren.

30. September: Beim Unfall eines Tanklastzugs am Bulacher Kreuz entsteht durch Explosion und Brand von 35 000 Litern Benzin ein Sachschaden von etwa vier Millionen Mark. Der Fahrer kommt in den Flammen ums Leben.

Offizielle Eröffnung des von Prof. Ferdinand Riedl geplanten großen Hotelneubaus am Mendelssohnplatz.

5. November: Ein schwerer Verkehrsunfal bei einem Pershing-II-Raketentransport in Waldprechtsweier am 2. November führt zu einer Demonstration in der Innenstadt gegen die Atomrüstung. Im Rahmen der Friedenswoche der Aktion „Ohne Rüstung leben" vom 7.–14. November fasten 19 junge Karlsruher.

29. November: Zehn Jahre nach seiner Gründung bilanziert das Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI) seine bundesweit führende Position in der Innovationsforschung und Technologieförderung für kleinere und mittlere Unternehmen.

11. Dezember: In Durlach wird die Bezirkssporthalle „Weiherhof" eingeweiht.

18. Dezember: Offizielle Eröffnung des Kultur- und Sportzentrums für Gehörlose in der Fritschlach in Daxlanden, das auf Initiative des CDU-Stadtrats Günther Rüssel entstand.

31. Dezember: Nachdem bereits 1976/77 die Fertigung der Nähmaschinenfabrik Singer in Blankenloch eingestellt wurde, trifft diese Entscheidung nun auch die etwa 460 Arbeitnehmer der in Karlsruhe verbliebenen Produktion.

Das der Stadt gehörende Kindersolbad Do-

naueschingen muß aus finanziellen Erwägungen geschlossen werden.

1983

4. Januar: Die Arbeitslosenquote steigt in Karlsruhe zum Jahresende 1982 auf 7,3 Prozent.

10. Januar: Beginn des Unterrichts in dem von Martin Lanz geplanten Technischen Gymnasium im Beiertheimer Feld. Diese aus Carl-Engler- und Carl-Benz-Schule bestehende Einrichtung wird am 4. Mai feierlich eingeweiht. Dabei verweist Oberbürgermeister Otto Dullenkopf auf den konsequenten Ausbau des beruflichen Schulwesens in Karlsruhe: „Zwölf Berufsschulen, drei Berufsaufbauschulen, fünf Berufskollegs, 24 Berufsfachschulen, eine Technische Oberschule und drei berufliche Gymnasien betreuen heute 21 000 Schüler."

26. Januar: Für die Stadt Karlsruhe tritt eine Smog-Verordnung in Kraft, die abgestufte Regelungen im Falle von Grenzwertüberschreitungen der Luftverschmutzung vorsieht.

5. März: Die Bundestagswahlen enden mit einem Erfolg der CDU, die das Direktmandat von der SPD zurückgewinnt. Karlsruhe ist nur noch mit einem Abgeordneten in Bonn vertreten.

21. März: In den renovierten Räumen der Durlacher Karlsburg bezieht die Städtische Zweigbibliothek Durlach ihr neues Domizil.

26. Mai: Mit 8,58 m erreicht der Wasserpegel des Rheins bei Maxau für dieses Jahrhundert seine bislang höchste Marke. Er überschreitet die Rekordhöhen vom 23. Mai 1878 (8,46 m) und vom 9. April 1983 (8,47 m). Die höchste Messung mit 8,82 m ist vom Jahre 1817 überliefert. Das gesamte Hafengebiet muß gesperrt werden.

31. Mai: Einweihung des Gemeinschaftszentrums „Weiße Rose" in Oberreut.

10. Juli: Zweites Rockfestival im Wildparkstadion. Rund 40 000 Besucher erleben bei im Stadion gemessenen 41° Celsius u. a. die Gruppe Supertramp, Chris de Burgh und Joe Cocker live.

20. Juli: In Karlsruhe treffen erstmals 170 polnische Kinder und 15 Betreuer zu einem 14tägigen Erholungsurlaub ein. Organisiert wird diese Hilfsaktion durch die Patenschaft e.V., die von Karlheinz Ruppert geleitet wird.

27. Juli: Mit 38,2° Celsius wird die seit 1952 (38,8° Celsius) höchste Temperatur in Karlsruhe gemessen. Der Juli 1983 ist der wärmste Monat seit Beginn der regelmäßigen Wetterbeobachtung im Jahr 1876.

8.–12. August: Zum 8. Weltkongreß „Künstliche Intelligenz" treffen sich in Karlsruhe internationale Computerexperten und Wissenschaftler verwandter Fachgebiete.

1. September: Im Kernforschungszentrum nimmt das Projekt „Europäisches Forschungszentrum für Luftreinhaltung" seine Arbeit auf. Am 19./20. September findet ein Symposium „Saure Niederschläge – eine Herausforderung für Europa" statt, das die Europäische Gemeinschaft veranstaltet.

18. September: Erster Karlsruher Stadtmarathon.

19. September: Eröffnung der ersten „Europäischen Kulturtage" in Anwesenheit von Ministerpräsident Lothar Späth. Die zweimonatige Veranstaltungsreihe hat zum Thema „Kunst und Kultur Kataloniens". Die „Europäischen Kulturtage" werden von der Stadt und dem Badischen Staatstheater getragen und künftig jedes Jahr organisiert.

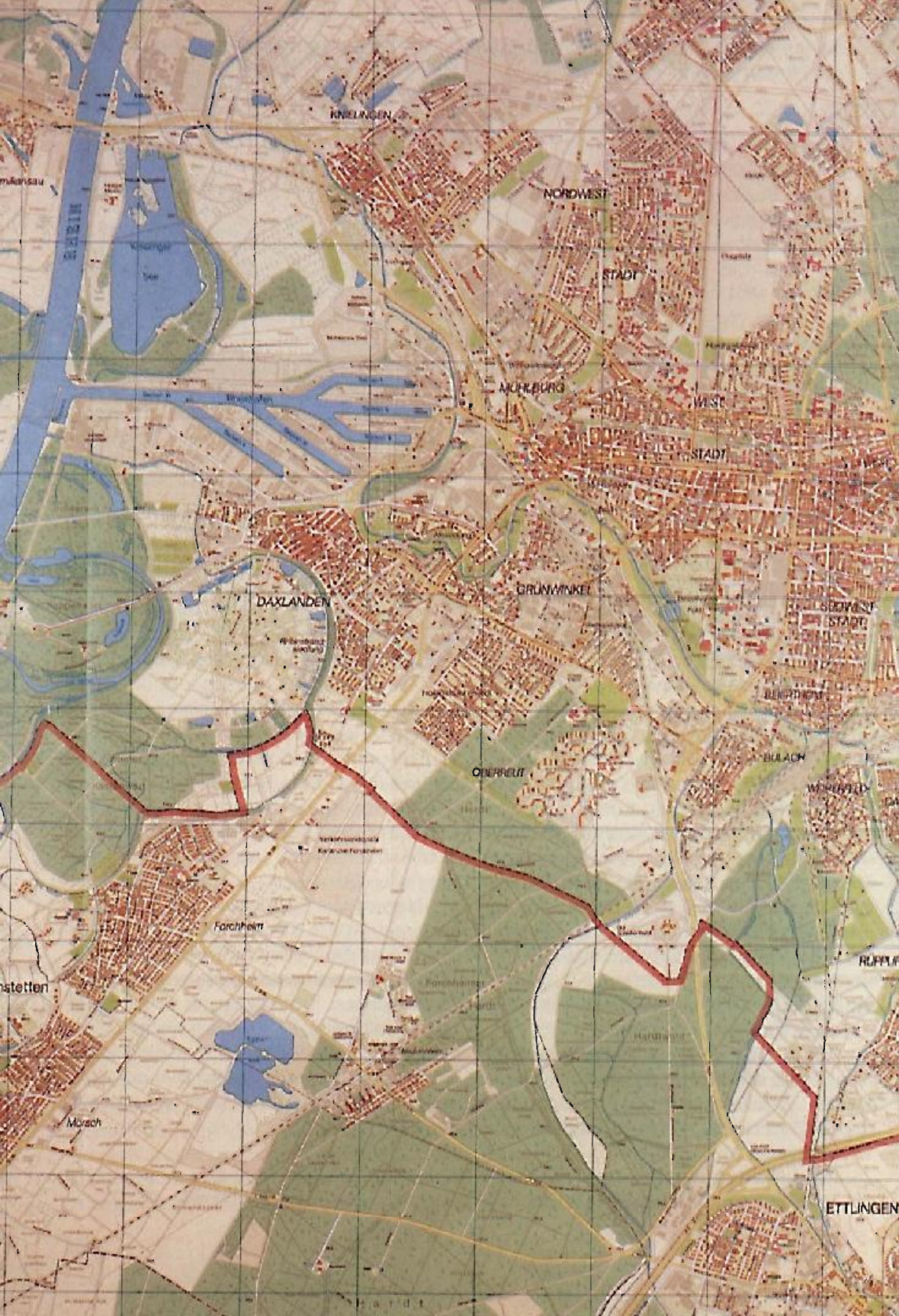
30. September–2. Oktober: Europäisches Jugendmusikfest „Euro-Treff Musik".

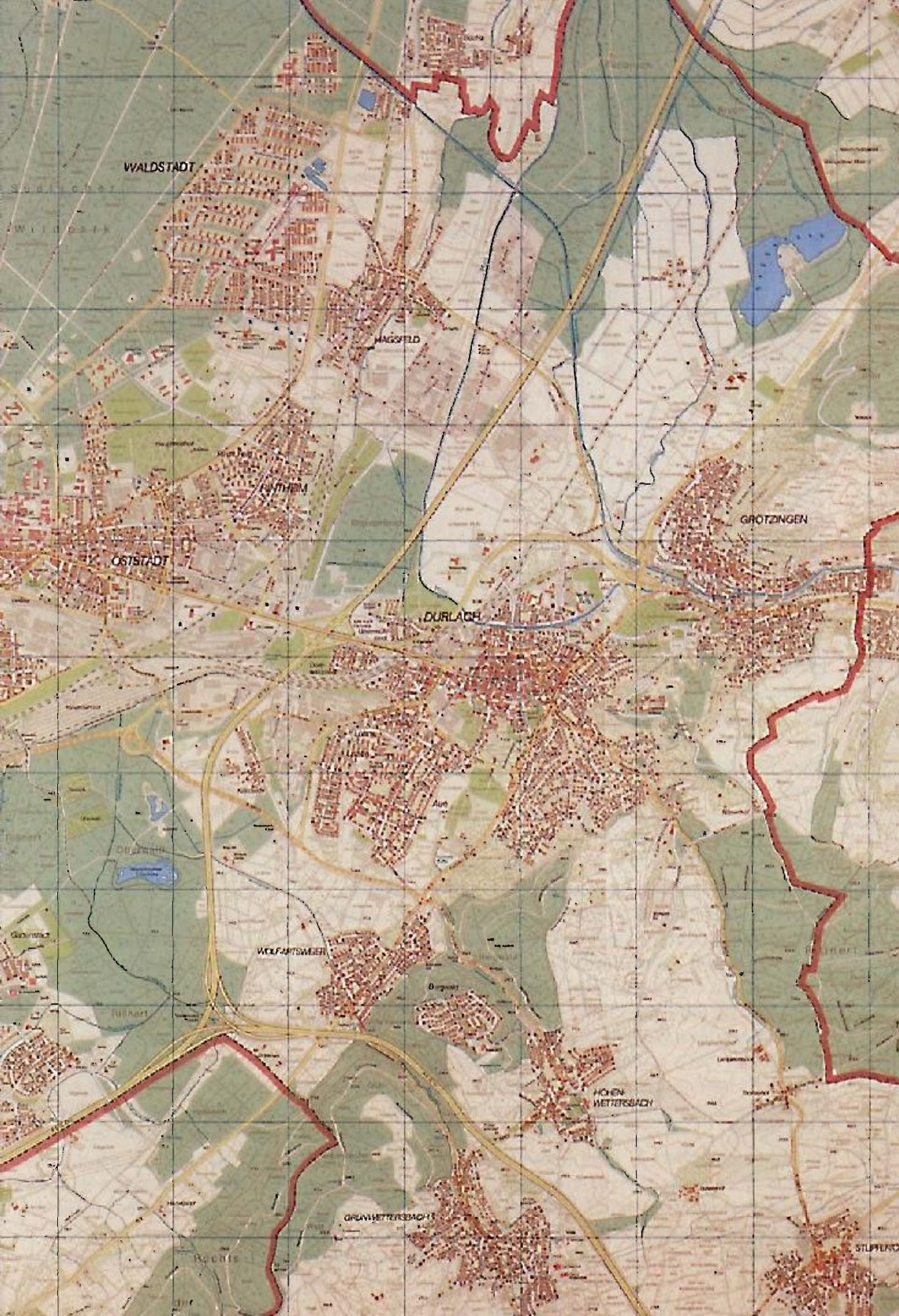
17. Oktober: Im Bergwald- und im Lohn-Lissen-Wohngebiet beginnt der Modellversuch „Wertstoffsammlung" zur Reduzierung des Haushaltsmülls.

21. November: Nach einer Protestkundgebung von 4 000–5 000 meist jüngeren Mitbürgern gegen die Nachrüstung blockieren etwa 1 000 Demonstranten das Mühlburger Tor.

25. November: Einweihung der neuen Karlsruher Großsporthalle, die den Namen Europahalle trägt. Sie soll dem Schul-, Vereins- und Spitzensport dienen. Für ihre Planung zeichnet das Architekturbüro Schmitt, Kasimir und Blanke verantwortlich.

Abb.: Seite 234/235:
Stadtplan von Karlsruhe, Ausgabe 1984/85


KNIELINGEN
NORDWEST
STADT
MÜHLBURG
WEST
STADT
GRÜNWINKEL
DAXLANDEN
SÜDWEST
STADT
BEIERTHEIM
BULACH
OBERREUT
Forchheim
Hardt
Hardtwald
Morsch
ETTLINGEN


WALDSTADT
HAGSFELD
GRÖTZINGEN
DURLACH
WOLFARTSWEIER
HOHEN-
WETTERSBACH

1984

29. März: Die Urne Ludwig Marums wird an seinem 50. Todestag in einem Ehrengrab auf dem Hauptfriedhof beigesetzt.

7. April: In 17 metallverarbeitenden Betrieben finden Warnstreiks für die Einführung der 35-Stunden-Woche statt.

11. Mai: Erster Spatenstich für die Arbeiten zum Fernwärmeanschluß der Wohnsiedlung der amerikanischen Streitkräfte an der Erzbergerstraße. Damit soll eine deutliche Verringerung der Umweltbelastung erreicht werden.

2. Juni: Der Versuch, mit der „Karlsruher Rundschau" eine zweite Zeitung in Karlsruhe zu etablieren, scheitert nach knapp eineinhalb Jahren.

17. Juni: Bei der zweiten Europawahl gewinnen die Grünen in allen Stadtteilen, während die SPD Verluste verzeichnen muß.

1. Juli: In Fabrikationshallen der ehemaligen Nähmaschinenfabrik Singer ziehen die ersten Mieter der Technologiefabrik Karlsruhe ein. Mit ihr soll die Umsetzung von Forschungsergebnissen in produktreife Erzeugnisse beschleunigt werden. Betrieben wird sie von einer Managementgesellschaft, einer Tochter der Karlsruher Industrie- und Handelskammer. Sie arbeitet eng mit den Technologietransfereinrichtungen z. B. der Universität, der Fachhochschule, des Kernforschungszentrums und der Fraunhofer-Gesellschaft zusammen. Die Technologiefabrik entwickelt sich in den beiden folgenden Jahren zur größten Einrichtung ihrer Art in der Bundesrepublik.

7. September: Das Karlsruher Wohnmodell für Behinderte und Nichtbehinderte, das 65 Familien zwischen Zähringer-, Waldhorn- und Fasanenstraße ein Zuhause bietet, ist bezugsfertig. Trägerin ist die seit 1974 bestehende Gemeinnützige Fördergesellschaft für Behinderte mbH – Rehabilitationszentrum Karlsruhe, die zahlreiche andere Behinderteneinrichtungen betreibt.

10.–13. September: 5. Internationale Konferenz für Reaktorsicherheit in Karlsruhe.

6. Oktober: Die Kaiserstraße ist vom Europaplatz bis zum Kronenplatz als Fußgängerzone umgestaltet.

28. Oktober: Bei den Gemeinderatswahlen verdrängen die Grünen die FDP als drittstärkste Fraktion.

9. November: Nachdem bereits seit 18. Oktober als erste die städtische Tankstelle in der Tullastraße bleifreies Benzin liefert, verkauft nun auch eine private Tankstelle in der Hertzstraße diesen umweltfreundlicheren Kraftstoff.

27. November: Der Werkausschuß des Gemeinderats beschließt für den neuen Block 3 des Heizkraftwerks West den Bau einer Einrichtung zur Rauchgaswäsche, die nicht nur Schwefeldioxide, sondern auch Stickoxide aus den Abgasen entfernt. Dies gilt als wesentlicher Beitrag zur Schadstoffentlastung der Luft im Nah- und Fernbereich.

4. Dezember: Das Arbeitsamt meldet für den November eine gleichbleibende Arbeitslosenquote von 7,4 Prozent in der Stadt.

5. Dezember: Einweihung des von dem Architekten Kienzler geplanten Neubaus der Frauenfachschule Gertrud-Bäumer-Schule in der Steinhäuserstraße.

19. Dezember: In der stadtgeschichtlichen Ausstellung im Prinz-Max-Palais wird das Modell der Stadt Karlsruhe, das die Stadt im Jahre 1834 zeigt, vorgestellt.

31. Dezember: Im Laufe des Jahres sind in der Stadt durch Betriebsstillegungen etwa 1000 Arbeitsplätze verlorengegangen.

1985

4. März: Die Kaiserpassage brennt nach Brandstiftung in einer Discothek aus. Menschen kommen nicht zu Schaden. Die überdachte Einkaufspassage wird wiederaufgebaut.

8. März: Zum 200. Geburtstag des Karlsruher Erfinders des Fahrrads, Karl Friedrich Drais von Sauerbronn, wird im Prinz-Max-Palais eine Ausstellung eröffnet, der eine Reihe anderer Gedenkveranstaltungen folgen.

11. März: Im Rathaus wird der Flächennutzungsplan des Nachbarschaftsverbandes Karlsruhe übergeben, der nach neunjährigem Verfahren ohne Auflage genehmigt wurde. Ziel dieses Planes ist es, ein ausgewogenes Verhält-

Fußgängerzone Kaiserstraße

nis von Bau- und Gewerbegebieten sowie von Grünflächen und Naherholungsgebieten zu schaffen.

18. März: Die größte Informatik-Fakultät der Bundesrepublik an der Universität Karlsruhe stellt ein neues Forschungsprojekt vor. Zusammen mit dem Karlsruher Fraunhofer-Institut für Information und Datenverarbeitung sowie Fakultäten der Universitäten Kaiserslautern und Saarbrücken ist der Sonderforschungsbereich „Künstliche Intelligenz" eingerichtet worden.

20.–23. Juli: Drittes Internationales Theaterfestival des Sandkorntheaters. 35 Gruppen aus Ost- und Westeuropa sowie Afrika machen die Veranstaltung zum bisher größten Erfolg.

23. August: Mit einem Festakt wird die nach Plänen der Architekten Herman Rotermund und Christine Rotermund-Lehmbruck am Festplatz neuerbaute Stadthalle eingeweiht. Sie birgt ein modernes Kongreßzentrum, das in mehreren Räumen gleichzeitig 4 700 Besuchern Platz bietet.

28. August: Die „Badischen Neuesten Nachrichten" melden, daß im Städtischen Klinikum „kürzlich" der erste Patient an Aids gestorben sei, zwei weitere seien in Behandlung.

29. August: Fünf Tote und vier zum Teil lebensgefährlich Verletzte fordert die Amokfahrt eines wild um sich schießenden 32jährigen Mannes aus Waldbronn durch die „Bergdörfer", die südöstlichen Stadtteile Karlsruhes.

6. November: Offizielle Einweihung der nach Plänen des Architekten Prof. Heinz Mohl erbauten Heinrich-Hübsch-Schule am Mendelssohnplatz. Planung und Bau waren von Auseinandersetzungen über die Kostenentwicklung begleitet.

10. November: Eröffnung des von der Trautmann-Schröder-Stiftung getragenen rechtshistorischen Museums in der Stephanienstraße 19.

28. November: Einweihung des kulturellen Zentrums am Rondellplatz mit den neuen Räumen für das Kammertheater und das Centre Culturel Français.

Die Europahalle. Großsporthalle für den Breitensport und internationale Sportveranstaltungen

Das Karlsruher Kongreßzentrum am neugestalteten Festplatz

1986

9. Januar: Gründung der „Internationalen Händel-Akademie". Ziel ist die Einrichtung einer Forschungs- und Fortbildungsstätte für Musiker und Studenten des In- und Auslandes.

13.–16. Februar: 32. Internationale deutsche Tischtennismeisterschaften in der Europahalle.

18. Februar: Der Gemeinderat beschließt den Beitritt der Stadt zur „Vereinigung für die Verwirklichung des TGV Paris-Ost". Ziel der Stadt ist die Verknüpfung der französischen Schnellbahnverbindung von Paris über Metz nach Straßburg mit der deutschen Rheintalstrecke. Karlsruhe läge damit im Schnittpunkt der zentralen Ost-West- bzw. Nord-Süd-Eisenbahnlinien Europas.

21. März: Mit Theresia Riedmaier wird die erste Frauenbeauftragte der Stadt bestellt. Sie soll die Gleichstellung der Frau im Arbeitsleben und in der Gesellschaft fördern.

13. April: Bei der Oberbürgermeisterwahl gewinnt der bisherige Erste Bürgermeister Prof. Dr. Gerhard Seiler (CDU) im ersten Wahlgang vor den Mitbewerbern Ulrich Pfeifle (SPD) und weiteren Kandidaten. Prof. Seiler tritt sein Amt am 1. Juli an.

6. Mai: Die Stadtverwaltung nimmt nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl vom 26. April zusätzlich zu den staatlichen fortlaufend eigene Messungen der Radioaktivität vor. Die Notwendigkeit, Bäder, Spielplätze oder Sportstätten aufgrund radioaktiver Verseuchung zu schließen, ergibt sich dabei gemäß den (nicht unumstrittenen) Grenzwerten nicht.

6.–13. Juni: Das Markgrafengymnasium in Durlach feiert sein 400jähriges Bestehen. Im Oktober veranstaltet das Bismarckgymnasium, das aus dem Durlacher Gymnasium entstanden ist, ebenfalls eine 400-Jahr-Feier.

9.–13. Juni: Erste Karlsruher Frauen-Kulturwoche.

28. Juni: In Knielingen beginnen die Feiern für das 1200jährige Ortsjubiläum u. a. mit einem historischen Festzug.

30. Juni: Nach sechzehnjähriger Dienstzeit als Oberbürgermeister wird Otto Dullenkopf feierlich verabschiedet.

4. September: Eröffnung eines italienischen Konsulats in der Adlerstraße für die 4300 Italiener in Karlsruhe und ihre Landsleute vor allem im mittelbadischen Raum.

20. September: Die Straßenbahnlinie Europahalle–Oberreut wird eröffnet.

1. Oktober: Die neugeschaffene Führungsakademie Baden-Württemberg, die Führungsnachwuchs für die Landesverwaltung ausbilden soll und ihren Sitz in Karlsruhe hat, wird feierlich eröffnet. Am 9. April 1987 bezieht sie das „Schweden-Palais" in der Hans-Thoma-Straße.

11. Oktober–7. Dezember: Die Ausstellung „Holomedia" im Prinz-Max-Palais zeigt Hologramme, Licht-Klang-Objekte und Computergraphik. Diese Einstimmung auf das von der Stadt geplante „Zentrum für Kunst und Medientechnologie" lockt etwa 70000 Besucher an.

2. November: Die seit 15 Jahren in Karlsruhe veranstaltete Verbrauchermesse „offerta" zählt nach Schließung erstmals mehr als 100000 Besucher.

13.–30. November: Die 1949 anläßlich der Karlsruher Herbsttage erstmals nach Kriegsende wiederveranstaltete Bücherschau wird in diesem Jahr vergrößert und publikumswirksamer aufgezogen.

15. November: In der Hebelstraße 13 beziehen die Karlsruher Stadträte das „Haus der Fraktionen".

13. Dezember: Mit der Eröffnung der Hardtbahn zwischen Neureut und Leopoldshafen erhält das Karlsruher Nahverkehrsnetz eine bedeutende Ausweitung nach Norden.

1987

25. Januar: Bei den Bundestagswahlen behauptet die CDU das Direktmandat. Die SPD gewinnt über die Landesliste ein Mandat.

31. März: Die Oberbürgermeister von Bruchsal, Bretten, Bühl, Ettlingen, Gaggenau, Karlsruhe und Rastatt gründen auf Initiative des Karlsruher Oberbürgermeisters die Technologie-Region Karlsruhe zur gemeinsamen Darstellung und Vertretung der Interessen des Raumes. Am 7. November treten die Stadt

Baden-Baden und die Landkreise Karlsruhe und Rastatt dem Vertrag bei.

7. April: Der Gemeinderat beschließt, das als Parkplatz genutzte Restgrundstück des ehemaligen Badischen Landtagsgebäudes, des Ständehauses, zu kaufen. Konkretere Vorstellungen zur Nutzung des Grundstücks zeichnen sich Ende 1990 ab.

5. Mai: Der Gemeinderat beschließt den Kauf der „Orgelhalle" in Durlach, die damit vor dem Abriß gerettet wird. Das Programmkonzept des neuen Kulturzentrums setzt vor allem auf Kleinkunst.

29. Mai: Karlsruhe geht mit der Stadt Halle in der DDR eine Städtepartnerschaft ein. Der Vertrag wird am 18. September ratifiziert.

9. Juni: Die Eisenbahnbrücke über den Rhein bei Maxau ist nach der Kollision eines Schlepperverbandes mit einem der vier Brückenpfeiler einsturzgefährdet. Die Schiffspassage bleibt vom 9.–27. Juni gesperrt.

4. Juli: Karlsruhe ist Startplatz einer Etappe der „Tour de France".

18. August: Der erste Bauabschnitt der von Prof. Oswald Mathias Ungers (Köln) entworfenen neuen Badischen Landesbibliothek in der Erbprinzenstraße wird eröffnet.

11. September: Für die etwa 65 000 in Karlsruhe lebenden ehemaligen Flüchtlinge und die Aussiedler, die in 27 Landsmannschaften organisiert sind, wird in der Moltkestraße das „Haus der Heimat" eröffnet.

2.–4. Oktober: Das von Egon von Neindorff im Jahre 1947 gegründete Reitinstitut, das die klassische Reitkunst pflegt, feiert 40jähriges Jubiläum mit öffentlichen Vorführungen.

3. Oktober: Einweihung des neugestalteten Grötzinger Rathausplatzes, wo 1986 die neue Begegnungsstätte eingeweiht worden ist.

5. Oktober: Die Neuapostolische Gemeinde stellt den markanten Neubau ihrer Kirche an der Karlstraße der Öffentlichkeit vor. Mit diesem Bau erhält die Gemeinde eine Zentralkirche für Baden.

11. Oktober: In Karlsruhe wird erstmals ein Ausländerbeirat der Stadt gewählt.

50. Deutsch-französisches Gipfeltreffen. Empfang der Stadt Karlsruhe mit Staatspräsident François Mitterrand, Bundeskanzler Helmut Kohl und Oberbürgermeister Gerhard Seiler

Heinrich Hertz

24. Oktober–6. Dezember: Ausstellung im Badischen Kunstverein Karlsruhe „Stilstreit und Führerprinzip. Künstler und Werk in Baden 1930–1945".

12./13. November: Zum 50. Deutsch-Französischen Gipfeltreffen kommen Staatspräsident François Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Kohl mit ihren Delegationen nach Karlsruhe. Tagungsorte sind das Schloß und das Kongreßzentrum.

13.–16. November: Die Stadt veranstaltet erstmals die Karlsruher Künstlermesse im Gemeindezentrum St. Stephan.

18. Dezember: Der erste private Rundfunksender Karlsruhes, die „Welle Fidelitas", geht auf Sendung. Zwei weitere Sender folgen am 5. November 1988.

Dezember: Bundesweites Aufsehen erregt der Selbstmord der halsquerschnittsgelähmten „Daniela". Er löst neue Diskussionen um die aktive und passive Sterbehilfe aus.

1988

21. Januar: Der verdiente und mit vielen Auszeichnungen geehrte, langjährige Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Karlsruher Werner Nachmann, stirbt laut Zeitungsberichten an Herzversagen. Im Mai wird offenbar, daß er 33 Millionen Mark Zinsen aus 400 Millionen Mark Wiedergutmachungsleistungen veruntreut hat.

27. Januar: Mit einer Ausstellung im Landesgewerbeamt „100 Jahre Radiowellen: Heinrich Hertz – Werk und Wirkung" feiert die Universität den Entdecker und die Entdeckung der elektromagnetischen Wellen an der Karlsruher Hochschule.

7. Februar: Beim bisher erfolgreichsten 4. Internationalen Hallen-Leichtathletik-Meeting in der Europahalle startet unter anderen Top-Stars auch der kanadische Sprinter Ben Johnson, der bei der Olympiade dieses Jahres dann des Dopings überführt wird.

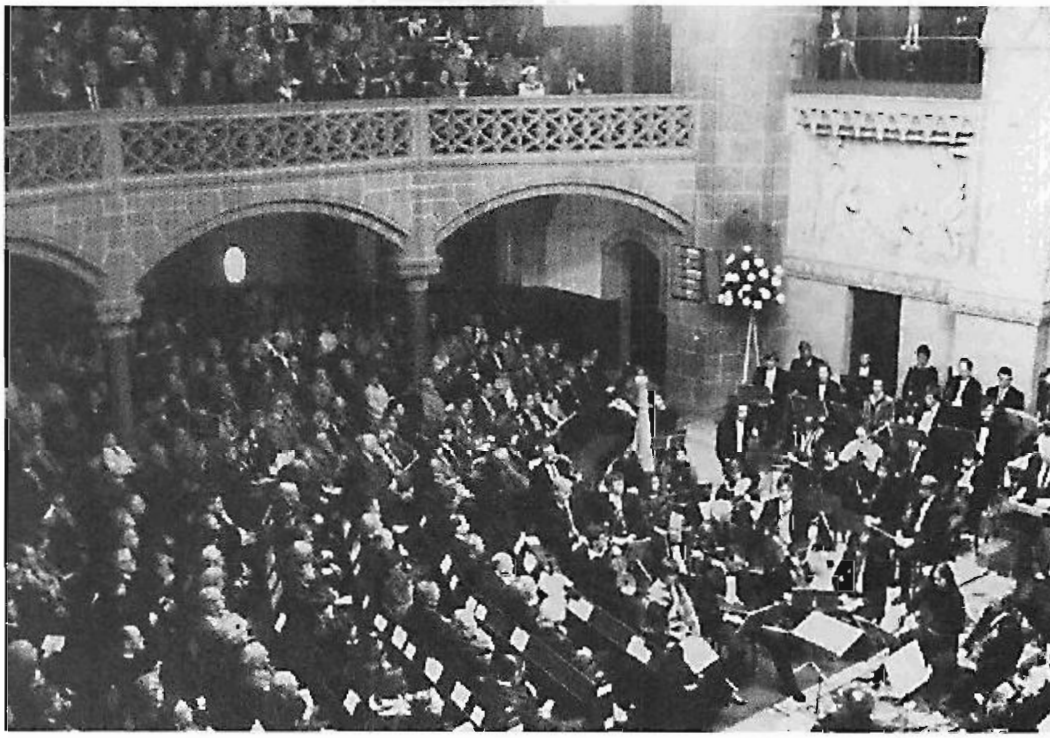
28. April: Das Waldstadtzentrum in der Feldlage wird eröffnet. Es soll Einkaufsmagnet und Begegnungsort für den Stadtteil sein.
Offizielle Einweihung des Sperrtores für den Rheinhafen, das am 8. November 1987 erstmals erprobt wurde. Mit ihm soll bei Rheinhochwasser das Hafengebiet vor Überschwemmungen gesichert werden.

4. Mai: Einweihung des Neubaus der Brücke über den Rangierbahnhof im Verlauf der Wolfartsweierer Straße.

10. Mai: Der Gemeinderat stimmt mehrheitlich dem seit drei Jahren erarbeiteten Konzept eines „Zentrum für Kunst und Medientechnologie (ZKM)" zu und billigt den von der Stadtverwaltung vorgesehenen Standort „Hauptbahnhof Süd".

24. Juni: Das letzte Teilstück der Südtangente mit den Tunnelbauwerken bei Bulach wird dem Verkehr übergeben. Zugleich wird der Autobahnanschluß Karlsruhe-Mitte eröffnet. Es besteht nun eine direkte Verbindung von der Rheinbrücke bei Maxau zur Bundesstraße 3 zwischen Durlach und Wolfartsweier.
Auf dem Gelände der ehemaligen Landesfrauenklinik an der Kaiserallee wird ein halbes Jahr nach der Inbetriebnahme die Psychiatrische Klinik offiziell eingeweiht.

28. Juni: Der Gemeinderat beschließt eine Änderung der Hauptsatzung, die Durlach-Aue eine eigene Ortschaftsverfassung zubilligt. Für andere Ortsteile schließt das Regie-



Gedenkfeier der 50. Wiederkehr der „Reichskristallnacht" vom 9./10. November 1938 in der Christuskirche, an der viele ehemalige jüdische Bürger als Gäste der Stadt teilnahmen

rungspräsidium entsprechende Änderungen aus.

Juli: Mit einem Frauenanteil von 30 Prozent liegt der Karlsruher Gemeinderat nach einer Umfrage des Deutschen Städtetages an vierter Stelle aller deutschen Städte mit über 20000 Einwohnern.

19.–24. Juli: Im Fächerbad in der Waldstadt finden die 100. Deutschen Schwimm-Meisterschaften statt, bei denen zugleich die Olympiateilnehmer ermittelt werden.

4. September: Ein Bürgerentscheid über die Bebauung des Kronenplatzes erreicht mit etwa 38500 Stimmen nicht die nötige Beteiligung von 30 Prozent aller Wahlberechtigten. Veranlaßt wurde er durch den Plan der Firma L'Oréal, hier ein Verwaltungszentrum für 250 Mitarbeiter zu errichten, dem der Gemeinderat am 12. April zugestimmt hatte. Nachdem im Januar 1989 in einem Architektenwettbewerb über die Baupläne entschieden wurde, gibt die Firma kurz vor Baubeginn ihre Bauabsicht auf und teilt am 4. Oktober 1990 die Verlegung des Marketings und des Vertriebs der Firma nach Düsseldorf mit.

23. September–1. Oktober: „Woche der ausländischen Mitbürger" erstmals in Karlsruhe veranstaltet.

1. Oktober: In Durlach kann der Festsaal der Karlsburg nach langwierigen Bauarbeiten eingeweiht werden.

2. Oktober: Die Gemeinde der Christuskirche am Mühlburger Tor feiert die Wiederherstellung ihres Gotteshauses in der alten Form. Die Dächer der Kirche waren am 3. September 1942 bei einem Luftangriff abgebrannt. Nach der Restaurierung, der Hauptturm konnte bereits im September 1985 aufgesetzt werden, trägt sie nun wieder einen Haupt- und vier Nebentürme.

10.–17. Oktober/7.–14. November: 860 jüdische Gäste – ehemals Bürger der Stadt mit Angehörigen – besuchen Karlsruhe. Auf Einladung der Stadt Karlsruhe nehmen sie an den

Gedenkfeiern zur 50. Wiederkehr des Judenpogroms (sogenannte „Reichskristallnacht") vom 9./10. November 1938 teil. Aus diesem Anlaß veröffentlicht das Stadtarchiv zwei Bücher zur Geschichte der Juden in Karlsruhe, und die Stadtgeschichtlichen Sammlungen im Prinz-Max-Palais zeigen eine Ausstellung dazu, die über 20 000 Besucher sehen.

13. Oktober: Der Werkausschuß der Stadt Karlsruhe beschließt, die Mehrkosten für den Bau eines breiteren Strompfeilers und breiterer Widerlager der neuen Eisenbahnbrücke über den Rhein zu übernehmen. Damit soll der spätere Bau eines Stadtbahngleises in die Pfalz ermöglicht werden. Die Bundesbahn wollte nur eine eingleisige Brücke bauen.

9. Dezember: Als Beilage im Amtsblatt erscheint erstmals der „Blick in die Geschichte", in dem fortan vierteljährlich Beiträge zur Geschichte und Kultur in Karlsruhe publiziert werden.

1989

3.–5. Februar: In der Europahalle wird die Davis-Cup-Begegnung Bundesrepublik–Indonesien ausgetragen, zu der etwa 10 000 Zuschauer kommen, um u. a. Boris Becker Tennis spielen zu sehen.

27. März: Mit 25,7° Celsius wird die höchste Märztemperatur seit 1876 in Karlsruhe gemessen.

24. April: Das Kaufhaus Karstadt eröffnet an der Ecke Kaiser-/Ritterstraße einen Neubau. Damit ist eine der letzten großen Baulücken in der Kaiserstraße geschlossen. Anschließend beginnt der Innenumbau des danebenliegenden alten Gebäudes.

3. Juni: Die Stadtbahnverlängerung von Leopoldshafen nach Linkenheim-Hochstetten geht in Betrieb. Nach 20 Jahren Planungs- und Bauarbeiten ist nun die Hardtbahn fertiggestellt und zugleich der 100. Streckenkilometer im Schienennetz der Verkehrsbetriebe Karlsruhe und der Albtalbahn-Verkehrsgesellschaft erreicht.

18. Juni: Bei den Europawahlen verliert die CDU zwar über zehn Prozent der Stimmen, bleibt aber stärkste Partei. Wie überall in Deutschland erreichen die „Republikaner" mit 7,4 Prozent ein Ergebnis, das zu Bedenken Anlaß gibt. Heinke Salisch (SPD) zieht über die Landesliste wieder in das Europaparlament ein.

19. Juni: In der Rheinstrandsiedlung wird der 1 000. Kilometer des Karlsruher Kanalnetzes verlegt.

20.–30. Juli: In der Stadt finden die 3. World Games, die Weltspiele der nichtolympischen Sportarten, statt, die zu einem großen Erfolg werden. Dazu trägt auch das breitgefächerte Begleitprogramm bei, das die Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit Karlsruher Vereinen konzipiert hat.

12. August: Konstituierung des Stiftungsrates als oberstes Gremium des „Zentrum für Kunst und Medientechnologie (ZKM)". Bei der ersten Arbeitssitzung am 6. Oktober berufen die je vier Vertreter der Stadt und des Landes Prof. Dr. Heinrich Klotz, der seit dem 1. April als Gründungsdirektor amtiert, zum Leiter des ZKM. Die Konzeption für das ZKM sieht die Angliederung einer Hochschule für Gestaltung (HfG) vor. Beide Institutionen sollen auf dem Gelände hinter dem Hauptbahnhof angesiedelt werden. Den Architektenwettbewerb für das Gebäude des ZKM gewinnt im Oktober 1989 der niederländische Architekt Rem Koolhaas.

12. September: Im Aufnahmelager in Durlach, der früheren Landespolizeischule in der alten Markgrafenkaserne, treffen die ersten 70 Flüchtlinge aus der DDR ein.

22. Oktober: Die Kommunalwahlen bringen der CDU Mandatsverluste. Als bedenklich kommentieren viele Beobachter den Einzug von drei Abgeordneten der „Republikaner" in den Gemeinderat.

3. November: Nach siebenjähriger Bauzeit wird das wiederaufgebaute Schloß Gottesaue, 1594 als Renaissance-Schloß am Platz des ehemaligen Klosters erbaut, eingeweiht und zugleich der Staatlichen Hochschule für Musik übergeben.

8.–10. Dezember: Auf Einladung der Stadt weilen 230 Bürger und Bürgerinnen der Partnerstadt Halle, die durch ein Karlsruhe-Quiz

ermittelt wurden, in der Stadt. Die Öffnung der Grenze der DDR am 9. November ermöglicht eine Intensivierung der Städtepartnerschaft.

1990

27. Januar: Das Staatliche Gesundheitsamt führt die letzte öffentliche Polio-Schluckimpfung durch.

13. Februar: Nach siebeneinhalb Jahren Bauzeit wird die Staatliche Kunsthalle in der nun nach Plänen von Prof. Heinz Mohl vollendeten vierflügeligen Gestalt feierlich eingeweiht.

24. Februar: Mit 22° Celsius wird die höchste Februartemperatur seit Beginn der Aufzeichnungen der Karlsruher Wetterstation im Jahre 1876 gemessen.

27. Februar: Ein Sturm mit Orkanböen richtet starke Wald- und Baumschäden an und fegt Ziegel von den Dächern. Der Fastnachtsumzug muß aus Sicherheitsgründen kurz vor dem Start abgesagt werden.

31. März: Als erste der größeren Ausstellungen zum Stadtjubiläum eröffnet die Staatliche Kunsthalle ihre Präsentation „Kunst in der Residenz – Karlsruhe zwischen Rokoko und Moderne". Es folgen am 5. April im Prinz-Max-Palais „Alltag in Karlsruhe – Vom Lebenswandel einer Stadt durch drei Jahrhunderte" und am 15. Juni im Badischen Landesmuseum im Schloß „Klar und lichtvoll wie eine Regel – Planstädte der Neuzeit".

17. April: Bei der Übung eines Luftkampfes über der Stadt kollidieren kurz vor 16.00 Uhr zwei kanadische Düsenjäger und stürzen ab. Einer der Piloten stirbt, es gibt drei Verletzte und Sachschäden in Millionenhöhe. Über 60 größere Einschlagstellen von Wrackteilen werden im Stadtgebiet gezählt.

2. Mai: An die Spitze des Karlsruher Polizeipräsidiums tritt mit Hildegard Gerecke erstmals eine Frau.

21. Mai: Beginn der Abbrucharbeiten am Gaskessel im Osten der Stadt.

10. Juni: Das Landesfamilienfest im Kongreßzentrum, am Festplatz und im Stadtgarten lockt 80 000 Besucher an.

15.–17. Juni: Etwa 300 000 Besucher feiern zwischen Schloß und Ettlinger Tor den „Karlsruher Geburtstag", das 275jährige Gründungsdatum der Stadt am 17. Juni 1715.

23. Juni: Eröffnung der Ausstellung „Paul Klee – Wachstum regt sich" im Prinz-Max-Palais, zu der etwa 45 000 Besucher kommen.

10. Juli: Der Gemeinderat beschließt mit großer Mehrheit die Abschaffung der unechten

Einer der ersten „Trabbis" in Karlsruhe

Feiern zum 275jährigen Stadtjubiläum

Teilortswahl und die Reduzierung der Sitze im Gemeinderat auf 48 bei der nächsten Wahl im Jahre 1994.

7. September: Nach nur rund neunmonatiger Bauzeit wird die neue, größere Gartenhalle eingeweiht. Bei der Planung durch die Architekten Hildegund und Peter Blankenburg mußte der denkmalgeschützte Schornstein des ehemaligen Heizkraftwerks erhalten bleiben. Im Karlsruher Kongreßzentrum stehen mit ihr nun in vier unterteilbaren Hallen 20000 m^2 Fläche zur Verfügung. Damit soll der Abwanderung bedeutender Fachausstellungen aus Karlsruhe begegnet werden.

28. September: Rechtzeitig zum „Deutschen Archivtag und Tag der Landesgeschichte" in Karlsruhe vom 1.–4. Oktober wird das Stadtarchiv in seinen neuen Räumen in der ehemaligen Pfandleihe (Markgrafenstraße) eröffnet.

3. Oktober: Zum Tag der deutschen Einheit, die dank der Politik des sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow und der friedlichen Revolution vom November 1989 in der DDR erreicht werden konnte, spricht auf dem Marktplatz der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Ernst Benda, zu etwa 1000 Menschen. In der Nacht kommt es am Marktplatz zu Krawallen.

8. Oktober: Der Abriß des von der Stadt erworbenen Amtsgefängnisses in Durlach beginnt. Proteste von Durlacher Bürgern dagegen blieben erfolglos.

10. Oktober: Im Pfinzgaumuseum in Durlach wird das Stadtmodell vorgestellt, das Durlach um das Jahr 1800 zeigt.

Dezember: Die seit elf Jahren bestehende Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber (ZAST) zieht von der Wolfartsweierer Straße in ihre neuen Gebäude an der Durlacher Allee beim ehemaligen Gaskessel um. Wegen der großen Zahl der Asylbewerber bleiben jedoch die alten Gebäude in der bisherigen Nutzung.

2. Dezember: Bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen gewinnt die CDU die meisten Stimmen und behält das Direktmandat.

18. Dezember: Der Gemeinderat beschließt

mit 38 gegen 31 Stimmen den Plan zur Ausrichtung der Bundesgartenschau im Jahre 2001. Damit sollen vor allem im Osten der Stadt zahlreiche städtebauliche, verkehrs- und grünplanerische Aufgaben gelöst werden. Von den Gegnern des Vorhabens wird betont, gegenwärtig sei dem Wohnungsbau – in der Stadt fehlen 4 000 Wohnungen – Vorrang einzuräumen.

1991

17. Januar: Nach dem Ausbruch des Golfkrieges werden die Fastnachtsumzüge abgesagt. Am Vormittag dieses Tages demonstrieren etwa 2 500 Schüler, am Abend noch einmal etwa 5 000 Menschen gegen den Krieg. Während dessen Dauer findet an der Pyramide eine Mahnwache statt. Zahlreiche andere Aktivitäten sind der Beschäftigung mit dem Krieg und seiner Überwindung gewidmet.

31. Januar/1. Februar: Nach etwa zwölfjähriger Amtszeit als Bürgermeister tritt Kurt Gauly in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird Erwin Sack.

19. Februar: Die Mehrheit des Gemeinderats stimmt dem Verkauf des von der Firma L'Oréal nicht mehr benötigten Baugeländes auf dem Kronenplatz an eine Versicherungsgesellschaft zu. Diese übernimmt die Baupläne des Architekten Herman Rotermund, so daß am 18. September der Grundstein gelegt werden kann.

19. März: Im Gemeinderat werden die zwischen Stadtverwaltung und Sparkasse ausgehandelten Bauvorhaben beschlossen. Danach wird auf dem Restgrundstück des ehemaligen Ständehauses die neue Stadtbibliothek errichtet, wofür bereits am 16. Oktober der Grundstein gelegt wird. Anstelle der Parkpalette hinter dem Rathaus sollen Ladenflächen geschaffen werden und Büroräume für eine Rathauserweiterung entstehen, das Technische Rathaus soll modernisiert werden.

29. April: Die neue Eisenbahnbrücke über den Rhein bei Maxau wird freigegeben.

10. Mai: Beginn der Feiern zum 1 000. Jahr der urkundlichen Ersterwähnung Hagsfelds.

21. Juni: Beginn der Festwoche im Rahmen der 1 000-Jahr-Feiern in Grötzingen.

31. Juli: Die Zahl der Asylbewerber in der ZAST steigt gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 130 Prozent.

10. September: Eröffnung des Beratungszentrums der Stadtwerke für den sparsamen Umgang mit Energie.

24. September: Bei einem Brand im Christophorusheim in Daxlanden verlieren fünf junge Männer ihr Leben.

3. Oktober: Auch in Karlsruhe macht sich in einem Brandanschlag auf die ZAST Ausländerfeindlichkeit bemerkbar.

4.–27. Oktober: Das Programm des Frauenkulturfestivals „Frauenperspektiven" bietet über 60 Einzelbeiträge.

23. Oktober: Im Parkhaus Amalienstraße werden zwei der in Celle ausgebrochenen Sträflinge von der Polizei verhaftet. Die beiden anderen werden nach Geiselnahmen und einer Verfolgungsjagd in Ettlingen überwältigt.

26. November: Der Gemeinderat beschließt über die Bebauung des Beiertheimer Feldes und des Flugplatzgeländes. Für das Beiertheimer Feld macht das den Auslegungsbeschluß des Bebauungsplans aus dem Jahr 1967 möglich und für den Flugplatz die Aufstellung eines Bebauungsplans für den Fall der Freigabe des Geländes durch die Amerikaner. Bei der Diskussion gehen die Meinungen pro Naturschutz einerseits und pro Wohnungsbau andererseits quer durch die Fraktionen.

30. November: Eröffnung des Neubaus „Victoria-Haus" am Mühlburger Tor.

Eröffnung der Verlängerung der Stadtbahn nach Rheinstetten-Mörsch. Am 2. Dezember geht die Verbindung Straßenbahn–Deutsche Bundesbahn in Durlach in Betrieb.

10. Dezember: Offizielle Bekanntgabe des Fundes von Mauer- und Fundamentresten eines römischen Gutshofs bei den Ausschachtungsarbeiten für den Neubau der Gewerbeschule in Durlach an der Grötzinger Straße.

17. Dezember: Nach der Zustimmung zum Bebauungsplan im Gemeinderat kann der Golfplatz Gut Scheibenhardt gebaut werden.

20. Dezember: Die „Badischen Neuesten Nachrichten" melden, daß der Karlsruher Schriftsteller Walter Helmut Fritz den Georg-Trakl-Preis für Lyrik 1992 erhält.

Kurze Chroniken früherer selbständiger Stadtteile bis zur Eingemeindung

Zur Entwicklung des Siedlungsraums Karlsruhe bis zu den Eingemeindungen 1972–1975

Rings um den von Markgraf Karl Wilhelm zur Anlage seiner Residenz bestimmten Platz im Hardtwald lagen mehrere Dörfer sowie die Städte Durlach und Mühlburg. Sie alle haben eine längere Geschichte als Karlsruhe selbst. Die Entwicklung der späteren Landeshauptstadt, die bald bis an die Gemarkungsgrenzen wuchs, führte dazu, daß 1812 zuerst Klein-Karlsruhe und seit 1886 bis 1975 weitere siebzehn Gemeinden in die Stadt eingegliedert wurden. Die Eingemeindungen waren zwar zumeist freiwillig, aber der Verlust der Selbständigkeit war doch vielfach Anlaß für ein stark ausgeprägtes, ortsteilbezogenes „Wir-Gefühl". Daran änderten auch die vielen Vorteile nichts, welche die Eingemeindungsverträge für die neuen Ortsteile brachten. Dieses engere Heimatbewußtsein ist in der Regel eingebunden in eine gesamtstädtische Identität, die ihre Prägekraft aus den Gemeinsamkeiten der historischen Entwicklung des gesamten Siedlungsraumes gewinnt.

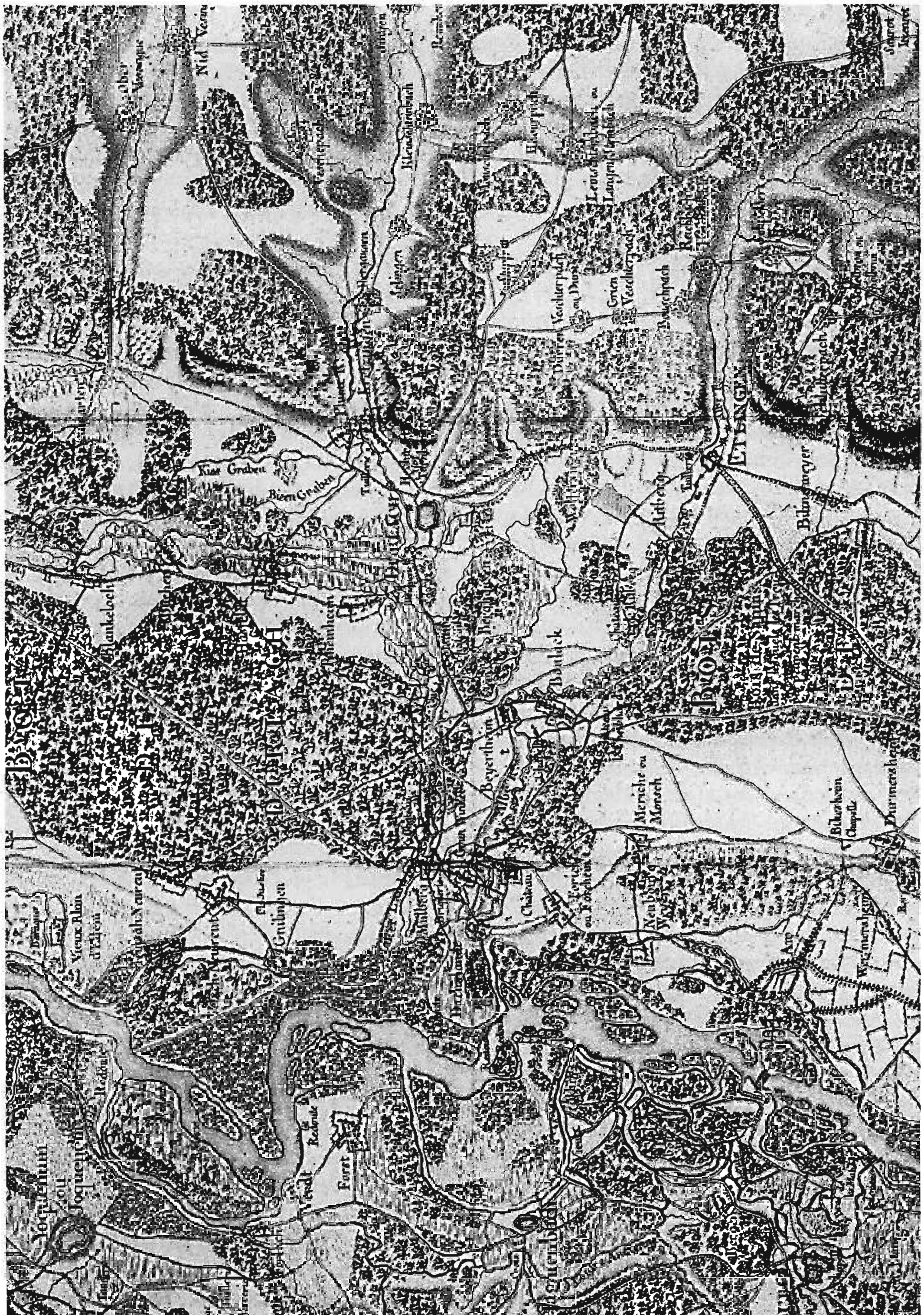
Die Landschaft

Karlsruhe liegt auf 49° nördlicher Breite und 8° 24' östlicher Länge in der oberrheinischen Tiefebene. Die heutige Stadtlandschaft wird im Westen geprägt durch den Rhein und im Osten durch die Schwarzwald-Randplatten und das Kraichgauer Hügelland, sie liegt zwischen 100 und 323 m, der Marktplatz, das Zentrum der Stadt, auf 115 m Meereshöhe.

Vor der Begradigung des Rheinlaufs durch Johann Gottfried Tulla in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts floß der Strom in vielen Windungen und Nebenarmen zu Tal. Immer wieder schuf er sich bei Hochwasser einen neuen Lauf. Noch heute zeigen die Altrheinarme und die erhaltenen, inzwischen teilweise als Naturschutzgebiete ausgewiesenen Auwälder andeutungsweise den Zustand der einstigen feuchten Niederungslandschaft. Östlich davon schließt sich, hervorgehoben durch einen sechs bis zehn Meter hohen Steilrand, das Hochgestade an. Dahinter dehnen sich weiter nach Osten die trockenen eiszeitlichen Geröll-, Schotter- und Sandfelder der Niederterrasse. Auf dieser waldbedeckten Niederterrasse liegen am Rand des Hochgestades Daxlanden, Knielingen und Neureut und an ihrem Ostrand Rüppurr, Rintheim und Hagsfeld. Zwischen diesen Orten und den Bergen verläuft die Gebirgsrandniederung, das ehemalige Bett des „Kinzig-Murg-Flusses", das die Wasserläufe aus dem Hügelland aufnimmt, bevor sie in den schmalen Niederungen der Alb und der Pfinz die Niederterrasse durchschneiden und dem Rhein zufließen. Entlang der Albniederung liegen Beiertheim, Bulach, Mühlburg und Grünwinkel. In der Vorbergzone an der nordwestlichen Randplatte des Schwarzwalds, am Ausgang des tief eingeschnittenen Tiefental- und Wettersbachgrabens entstanden Wolfartsweier und Durlach und nördlich davon am Ausgang des Pfinztals Grötzingen. Auf den leicht modellierten Hochflächen befinden sich die heutigen „Höhendörfer" Karlsruhes, Stupferich, Grünwettersbach, Hohenwettersbach und Palmbach. Die Höhen sind mit fruchtbaren Löß- und Lößlehmschichten bedeckt. Darunter befindet sich Buntsandstein, der zum Kraichgau hin zunehmend von Muschelkalk überlagert ist.

Der Oberrheingraben birgt keine Bodenschätze. Seine geographische Lage macht die Landschaft jedoch zu einer der wärmsten Gegenden Deutschlands. Die durch Entwässerungsmaßnahmen und durch die Grundwassersenkung infolge der Rheinkorrektion ge-

Topographische Karte aus Frankreich aus der Zeit vor der Gründung Karlsruhes. Die Grenze der Markgrafschaft verlief vom Rhein entlang der Alb, umging Beiertheim nördlich und schwenkte hinter Rüppurr nach Nordosten zum Wettersbachgraben



wonnenen Ackerböden und Weideflächen in den Niederungen sind sehr fruchtbar. Vom Klima begünstigt, gedeihen hier auch Obst, Tabak und Mais sowie am Gebirgsrand Wein. Auf den weniger fruchtbaren, trockenen, sandigen und sandig-lehmigen Böden der Niederterrasse wachsen vorwiegend Kiefern, Eichen, Hainbuchen und Birken.

Die Besiedelung

Der Siedlungsraum Karlsruhe lag zu allen Zeiten jeweils im Schnittpunkt wichtiger Wanderungswege, Straßen oder moderner Verkehrsverbindungen zwischen Norden und Süden wie zwischen Westen und Osten. Die Römer legten zwei Straßen an bzw. bauten vorhandene Wege aus. Eine führte entlang des Hochgestades, sie verband Straßburg und Mainz. Die zweite, entlang der Vorbergzone, führte von Basel nach Mainz. Im 2. Jahrhundert entstanden die Verbindungen vom Rheinübergang Au nach Ettlingen, Langensteinbach, Pforzheim und Cannstatt sowie die Verbindung von Speyer nach Augsburg über Bruchsal und Bretten. Gab es in früherer Zeit mehrere Schnittpunkte dieser Verkehrswege, so laufen sie heute zumeist in Karlsruhe zusammen.
Prähistorische Funde im Karlsruher Boden weisen auf eine frühe Besiedelung hin. Die Fundstücke, heute im Badischen Landesmuseum, aber auch im Pfinzgaumuseum aufbewahrt, stammen aus der Zeit zwischen 2000 v. Chr. bis etwa 500 v. Chr. Erhalten geblieben sind z. B. Hügelgräber bei der heutigen Binsenschlauch-Siedlung aus der Zeit um 500 v. Chr. Deutliche Siedlungsspuren haben erst die Römer hinterlassen, die zwischen 50 und 80 n. Chr. den Raum besetzten. Reste einer römischen Siedlung fand man z. B. nahe Grünwinkel, ein Gräberfeld bei Knielingen, und bei der Hedwigsquelle zwischen Ettlingen und Wolfartsweier konnte ein ausgedehnter römischer Gutshof freigelegt werden. Dennoch haben die Römer, die im Jahre 250 von den Alemannen verdrängt wurden, keine sichtbaren Siedlungsstrukturen hinterlassen.
Für die Zeit der Alemannen und der Franken, die unter ihrem König Chlodwig im Jahre 496 die Alemannen in den Raum südlich der Murg zurückdrängten (die Murg ist heute noch eine Mundartgrenze zum Alemannischen), sind vorwiegend Friedhöfe (Reihengräber) gefunden worden. Man geht davon aus, daß in der fränkischen Zeit die Besiedlung des Landes vorangebracht wurde. Ortsnamen mit der Endung -ingen (z. B. Knielingen) und -heim gelten als fränkische Gründungen etwa des 7. Jahrhunderts. Rintheim und Beiertheim, ursprünglich Rintdam und Burdam, zählen nicht dazu. Sie sind vielmehr wohl im Zuge der hochmittelalterlichen Rodung (10.–13. Jahrhundert) im Hardtwald entstanden, wie auch die übrigen heutigen Vororte. Auch die Siedlungen auf den Hochflächen im Osten wurden mit Ausnahme der erst zu Beginn des 18. Jahrhunderts entstandenen Waldensersiedlung Palmbach vermutlich zu dieser Zeit angelegt. Siedlungsträger waren hier die Grafen von Hohenberg, die auf dem Turmberg saßen, sowie das von ihnen gestiftete Kloster Gottesaue.
Geschlossene Herrschaftsgebiete gab es im Raum des späteren Karlsruhe zunächst nicht. Neben weltlichem Grundbesitz des Adels gewann kirchlicher Besitz eine bedeutende Funktion. Die Christianisierung des Raumes begann mit dem Übertritt des Frankenkönigs Chlodwig zum Christentum im Jahre 496. Deren Zentren wurden die Klöster, die durch Schenkungen und Erwerb zu großem Landbesitz kamen. So verdanken viele Ortschaften ihre urkundliche Ersterwähnung auch den Aufzeichnungen der Besitzverhältnisse der Klöster. Vor allem die Klöster Weißenburg, Herrenalb, Hirsau und dessen Filiale Gottesaue sowie Frauenalb, Lorsch und Lichtental hatten reichen Grundbesitz. Die wechselnden Besitzverhältnisse können hier nicht nachgezeichnet werden. Ein entscheidendes Datum ist jedoch das Jahr 1219, in dem den im Oosgau (Baden-Baden) ansässigen Markgrafen aus dem Geschlecht der Zähringer die Städte Ettlingen und Durlach im Tausch gegen Besitz im Herzogtum Braunschweig von König Friedrich II. überlassen wurden. In den Herrschaftsbereich der Markgrafen fiel um diese Zeit

auch das Kloster Gottesaue und wahrscheinlich schon die Grafschaft Forchheim und die Burg Mühlburg. Die Markgrafen konnten ihren Besitz vor allem durch Erbschaften im Bereich des Albtals und der Schwarzwald-Randhöhen vergrößern.
Im Spätmittelalter kam es, infolge von Erbauseinandersetzungen, zu einer Reihe von Teilungen und Vereinigungen der Markgrafschaft. Von längerer Dauer war die Trennung des Landes im Jahre 1535 in einen Baden-Badener und einen Baden-Pforzheimer Teil. Der Verlauf der Alb bildete im wesentlichen die Grenze. Mit der Einführung der Reformation im Pforzheimer Landesteil im Jahre 1556 wurden daher die nördlich der Alb gelegenen Ortschaften protestantisch, die südlich gelegenen und das zu Baden-Baden gehörende Beiertheim blieben aber katholisch. Im Jahre 1565 verlegte Markgraf Karl II. die Residenz nach Durlach und machte so den Siedlungsraum Karlsruhe zum Zentrum der Markgrafschaft Baden-Durlach. Bis 1771 dauerte die Zeit, in der die Landesgrenze mitten durch das heutige Karlsruhe verlief.
Das Schicksal von Krieg, Zerstörung, Hunger, Not und Elend erlitten die hier liegenden Ortschaften gemeinsam. Was nach dem Dreißigjährigen Krieg (1618–1648) unzerstört geblieben bzw. wiederaufgebaut war, fiel 1689 im Pfälzischen Erbfolgekrieg der französischen Taktik der verbrannten Erde zum Opfer. Damals gingen auch Durlach und Ettlingen in Flammen auf, womit letztlich die Gründung einer neuen Residenz der Markgrafschaft im Jahre 1715 zusammenhängt. Durch kriegerische Ereignisse, die immer wieder Einquartierungen, Plünderungen und Beschlagnahmungen brachten, blieb auch das 18. Jahrhundert geprägt. Der Spanische (1701–1714), der Polnische (1733–1735) und der Österreichische (1740–1748) Erbfolgekrieg ließen eine ruhige Entwicklung der Gemeinden nicht zu. Karlsruhe blieb zunächst ein kleines Residenzstädtchen, das von den umliegenden Dörfern mit Nahrungsmitteln beliefert werden mußte. Auch die französischen Revolutionskriege und die napoleonischen Eroberungsfeldzüge zwischen 1792 und 1815 brachten den Gemeinden neue Not und neue Schulden.

Veränderung der Dörfer im Schatten der Haupt- und Großstadt

Die Kriege um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert veränderten die Situation nicht nur im Raum Karlsruhe entscheidend. Die Residenzstadt stieg 1806 zur Hauptstadt des durch Napoleon neu geschaffenen Großherzogtums Baden auf. Die Bevölkerung wuchs rasch. Ein Ausbau der Stadt war erforderlich. Durch die Kriegsbedürfnisse war es zu einer wirtschaftlichen Belebung gekommen. Es hatten sich nun auch größere Handelshäuser in der Stadt entwickelt. Für die umliegenden Dörfer bot Karlsruhe nicht mehr nur den Markt zum Verkauf der Produkte des Landes. In der Stadt gab es – wenn auch noch wenige – Arbeitsplätze in den ersten „Fabrikationen" und für Dienstmägde in den herrschaftlichen Haushaltungen. Arbeitsplätze schuf in den Steinbrüchen am Bergrand die rege Bautätigkeit in der Stadt. Gleichwohl blieben durch Mißernten 1816/17 und in den 1840er Jahren Not, Hunger und Armut in den Dörfern zu Hause. Viele sahen in der Auswanderung einen Weg, ihre hoffnungslose Lage zu verbessern. Nach den Hungerjahren blieben auch die Dörfer um Karlsruhe von den revolutionären Ereignissen 1848/49 nicht unberührt. Das Aufbegehren galt zunächst der Befreiung von der Schuldenlast und erst dann den Forderungen nach einer demokratischen Reichsverfassung.
Die Revolution in Baden 1848/49 und die erste Republik auf deutschem Boden 1849 wurden von den preußischen Truppen blutig niedergeschlagen und beseitigt. Es folgte politisch eine Periode der Reaktion mit Verfolgung und Bestrafung der Revolutionäre, die ihre Spuren auch in den Dörfern hinterlassen hat. Zugleich begann sich auch die Industrialisierung durchzusetzen und die Städte stark zu verändern. Diese Entwicklung wurde vorbereitet und begleitet durch die Erschließung des Raumes mit modernen Verkehrswegen. Die Kor-

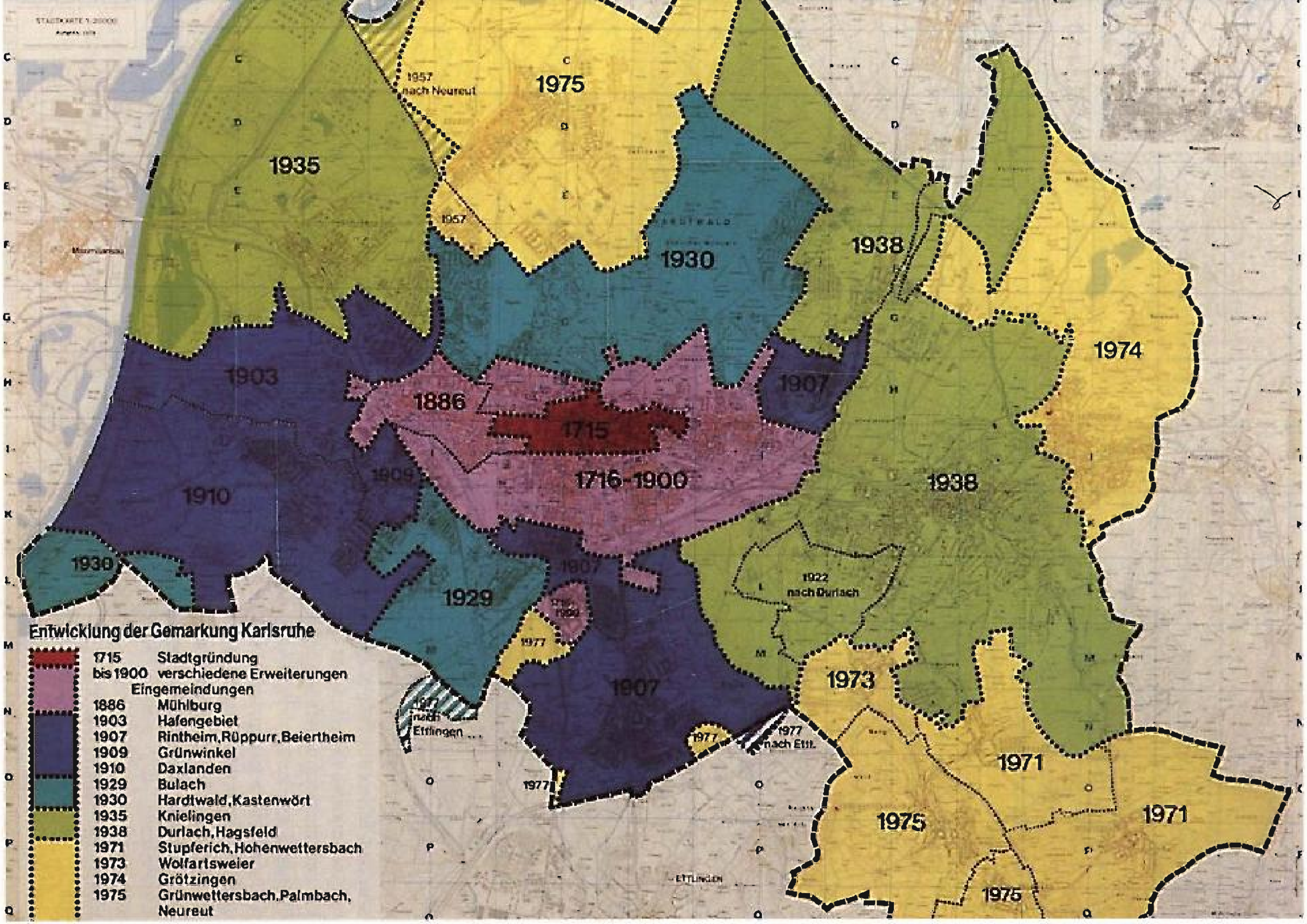
rektion des Rheins seit 1817 und der Bau der Eisenbahn seit 1843, deren Schienen bald auch in die Berge führten, waren Veränderungen, die weit in das Umland wirkten und letztlich auch die Dörfer um die Zentren der Industrialisierung erfaßten. Immer mehr Dorfbewohner suchten sich eine Arbeit in der Stadt und bestellten nach dem langen Arbeitstag in der Fabrik mit Hilfe der Angehörigen ihre oftmals nur kleinen Bauernstellen. Das Leben im Dorf begann sich den Bedingungen und Anforderungen der Fabrikarbeit anzupassen, aus Bauerndörfern wurden Arbeiterdörfer. Diese Entwicklung durchliefen in unterschiedlichem Tempo alle Gemeinden um Karlsruhe und Durlach, das selbst zu einem nicht unbedeutenden Industriestandort wuchs.

Die Eingemeindungen 1886–1910

Die Städte mit ihren Arbeitsmöglichkeiten saugten in der einsetzenden großen Wanderungsbewegung vom Land in die Stadt die sprunghaft steigende Bevölkerung auf. Sie stießen in ihrem Wachstum bald an die Gemarkungsgrenzen. Neue Wohngebiete mußten angelegt, neue Gewerbegebiete ausgewiesen werden. Karlsruhe hatte es hiermit besonders schwer, denn es war vom Stadtgründer Markgraf Karl Wilhelm mit einer nur kleinen Gemarkung ausgestattet worden. Der junge Bürgermeister Karl Schnetzler, später selbst Oberbürgermeister, hatte die Probleme schon kurz nach seinem Dienstantritt in Karlsruhe erkannt und der Gemeinde Beiertheim 1876 die Eingemeindung nahegelegt. Der Beiertheimer Gemeinderat zog es jedoch vor, weitere 30 Jahre zu warten. Mittlerweile verkaufte man – wie schon seit Beginn des 19. Jahrhunderts – große Gemarkungsteile, die durch Infrastrukturmaßnahmen der Stadt im Wert gestiegen waren, an Karlsruhe. Anders entschied sich der Mühlburger Gemeinderat und stimmte 1885 der Eingemeindung zu. Bis 1910 konnten dann noch fünf weitere Orte eingemeindet werden: Beiertheim, Rintheim, Rüppurr, Grünwinkel und Daxlanden. Sie waren alle durch Verkehrserschließung oder Gas- und Elektrizitätsversorgung bereits enger mit der Stadt verbunden bzw. strebten dies an. Karlsruhe hatte 1910 durch die Eingemeindungen nun die durchschnittliche Gemarkungsfläche der größeren deutschen Städte erreicht.
Die Eingemeindungswelle, die zwischen 1885 und 1914 im Deutschen Reich zahlreiche Dörfer am Rande von Städten erfaßte, hatte seit der Jahrhundertwende nicht mehr den reinen Ansiedlungsbedarf zum Ziel. Vielmehr ging es darum, den wirtschaftlich aufeinander bezogenen Raum auch rechtlich auf eine einheitliche Basis zu stellen. Die städtischen Einrichtungen des Schul- und Krankenwesens und andere Infrastrukturleistungen konnten von den Bewohnern der Umlandgemeinden genutzt werden. Die Gemeinden selbst trugen zu deren Kosten aber nicht bei und konnten so ihre Gewerbe- und Einkommensteuern niedriger halten als die Stadt. Dies lockte Angehörige der steuerkräftigen Ober- und Mittelschichten in das Stadtumland und entzog der Stadt dringend benötigte Einnahmen.

Die Eingemeindungen 1929–1938

Die Eingemeindungswelle, die Deutschland zwischen den Weltkriegen erlebte, resultierte ebenfalls aus dem Wunsch, wirtschaftlich, verkehrstechnisch und energiewirtschaftlich eng verflochtene Räume auch verwaltungstechnisch zu vereinheitlichen. Stärker als im Kaiserreich ging es nun aber darum, in einheitlichen Verwaltungsräumen vorausschauende Planung zu treiben und nicht nur vorausgegangene Entwicklungen nachzuvollziehen. Nach Süden erfolgte die Stadterweiterung durch die Eingemeindung Bulachs 1929, um hier die Strom- und Gasversorgung zu verbessern und die Lücke zwischen den ehemaligen Daxlander und Rüppurrer Gemarkungen zu schließen. Die Wünsche Hagsfelds (1929) und Durlachs (1931) nach Eingemeindung gingen vorerst nicht in Erfüllung. Das Hagsfelder Angebot wurde von Karlsruhe ausgeschlagen. Mit Durlach, dessen Eingemeindungswunsch mit der schlechten finanziellen Lage der Stadt zusammenhing, kam es zu keinen weiteren Ver-


1935
1975
1957 nach Neureut
1957
1930
1938
1974
1903
1886
1715
1907
1909
1716-1900
1910
1938
1930
1929
1907
1922 nach Durlach
1977
1973
1907
1977 nach Ettlingen
1977
1977 nach Ettl.
1971
1977
1975
1971
1975
Entwicklung der Gemarkung Karlsruhe
1715 Stadtgründung
bis 1900 verschiedene Erweiterungen
Eingemeindungen
1886 Mühlburg
1903 Hafengebiet
1907 Rintheim, Rüppurr, Beiertheim
1909 Grünwinkel
1910 Daxlanden
1929 Bulach
1930 Hardtwald, Kastenwört
1935 Knielingen
1938 Durlach, Hagsfeld
1971 Stupferich, Hohenwettersbach
1973 Wolfartsweier
1974 Grötzingen
1975 Grünwettersbach, Palmbach, Neureut

handlungen, da sich dort zu starker Widerstand gegen die Vereinigung beider Städte regte. Die Gemeinde Knielingen reagierte auf den Wunsch der Stadt Karlsruhe, den Ort einzugemeinden, entschieden ablehnend. Die Karlsruher Stadtverwaltung hatte 1928, im Zusammenhang mit den Planungen für den Bau einer festen Rheinbrücke bei Maxau, die Übernahme einer Beteiligung an den Kosten von der Eingemeindung abhängig gemacht.
Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten änderte sich die Situation. Unter Hinweis auf die enge Verflechtung in Fragen des Städtebaus, der Verkehrspolitik und der Industrieansiedlung und der Vorteile einer Eingemeindung für die Bürger Knielingens beantragte die Stadt Karlsruhe beim Reichsstatthalter der NSDAP am 1. September 1933 eine Verfügung zur Eingemeindung Knielingens. Diese wurde am 1. April 1935 vollzogen. In den Verhandlungen zwischen badischem und Reichsinnenministerium tauchte ein neues Argument für die Eingemeindung auf. Wehrpolitische Gründe, so das badische Innenministerium, machten die Eingemeindung unaufschiebbar, und das, obwohl Baden größtenteils noch in der entmilitarisierten Zone lag. 1937 benutzte der Karlsruher Oberbürgermeister bei dem Antrag auf Eingemeindung Durlachs und Hagsfelds dieses Argument erneut, allerdings war die entmilitarisierte Zone seit 1936 aufgehoben und die Wiederaufrüstung weit vorangeschritten. Die Eingemeindungen, so der Oberbürgermeister, seien für die Militärverwaltung, die Gelände brauche, ferner für die Ausgestaltung der Ausfallstraßen und vor allem für die Siedlungsvorhaben dringend notwendig. Als Durlach und Hagsfeld am 1. April 1938 eingemeindet wurden – Durlach gegen starken Widerstand und nach 1945 mit dem Versuch, wieder selbständig zu werden –, fand bereits zwei Tage später ein wichtiges verkehrspolitisches Ereignis, die Einweihung der neuen Rheinbrücke bei Maxau, statt. Die Autobahn Frankfurt–Basel hatte schon am 1. Oktober 1937 Karlsruhe erreicht, und am 10. Dezember 1938 wurde der Abschnitt Karlsruhe–Ettlingen–Pforzheim mit dem Karlsruher Dreieck eröffnet.

Die Eingemeindungen 1972–1975

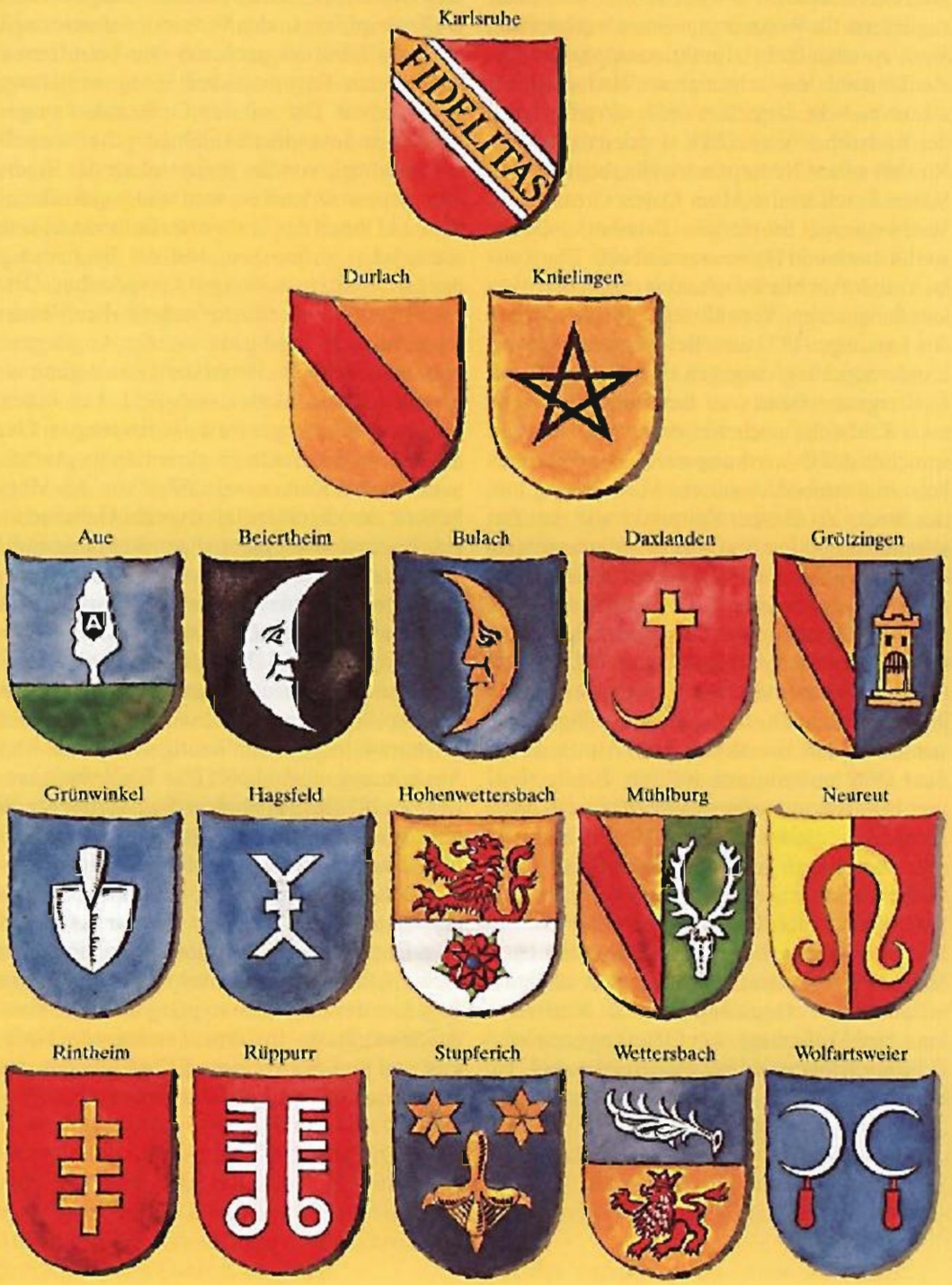
Bereits 1937/38 hatte die Stadtverwaltung Karlsruhe im Norden wie im Süden eine Vergrößerung ihrer Gemarkung durch die Eingemeindung Neureuts und Ettlingens vorgeschlagen. Das war damals vom Reichsstatthalter Robert Wagner zurückgestellt worden. In den Jahren des Wirtschaftswunders nach Gründung der Bundesrepublik wuchs die Verflechtung von Stadt und Umland in nahezu allen planerischen Bereichen der Raumordnung stark an. Oberbürgermeister Günther Klotz zog daraus den Schluß, daß die Gemarkungsgrenzen durch freiwillige Eingemeindungen erweitert werden müßten. Als „Interessenzone" nannte er im Februar 1962 Grötzingen, Forchheim, Neureut und Wolfartsweier. Das Echo auf diese Vorstellungen der Stadt war in den betroffenen Gemeinden, im Kreistag wie im Landratsamt einhellige Ablehnung. Andererseits führte die Einsicht in gemeinsame planerische Notwendigkeiten über die jeweiligen Gemeindegrenzen hinaus im November 1964 zum Abschluß eines Vertrages über eine gemeinsame Raumordnungsplanung.
Das Nachdenken über Gebiets- und Verwaltungsreformen vor dem Hintergrund zunehmender Konzentration von Bevölkerung, Industrie und Verkehr in den Städten hielt an. Unterschiedliche Belastungen von Stadt und Land führten zu wachsenden Interessengegensätzen, die strukturelle Fehlinvestitionen nach sich zu ziehen drohten. Mit dem Gesetz zur Stärkung der Verwaltungskraft kleinerer Gemeinden vom 26. September 1967 leitete das Land Baden-Württemberg dann eine Gemeindereform ein. Sie sollte zum einen in ländlichen Gebieten leistungsfähigere Verwaltungen schaffen, zum anderen in Stadtnähe gleichwertige Lebensverhältnisse sichern und zukunftsorientierte Raumplanung ermöglichen. Im Juli 1973 legte die Landesregierung nach Anhörung aller Beteiligten eine Zielplanung vor, die 8000 Einwohner als Mindestgröße selbständiger örtlicher Verwaltungseinheiten festlegte.
Bei der Anhörung des baden-württembergi-

schen Innenministeriums zur Verwaltungsneugliederung am 3. Juni 1971 in Leopoldshafen führte Oberbürgermeister Dullenkopf aus: „Karlsruhe braucht einfach Raum, und zwar zuallererst für Wohnungen. Sonst verödet die Stadt zu einer Zentralfunktionsapparatur für das Umland, das sein eigenes Wachstum bestaunt und die Ursachen dafür vergißt." Auf der Karlsruher Wunschliste standen damals im Norden neben Neureut noch Blankenloch, im Süden Forchheim und im Osten Grötzingen, Wolfartsweier, Stupferich, Palmbach, Grünwettersbach und Hohenwettersbach. Blankenloch und Forchheim schieden nach den Verhandlungen im Verwaltungsreformausschuß des Landtages 1973 aus. Bei Neureut hielt die Landesregierung entgegen dem Beschluß des Landtagsausschusses an der Eingemeindung nach Karlsruhe auch weiterhin fest. Hierfür sprächen der Gemarkungsverlauf und die bauliche und sozioökonomische Verflechtung mit der Stadt. Zu diesem Zeitpunkt war der Zusammenschluß mit Stupferich, Hohenwettersbach und Wolfartsweier bereits weitgehend problemlos vollzogen. In Grötzingen und Wettersbach, das aus dem Zusammenschluß von Grünwettersbach und Palmbach 1972 entstanden war, setzten sich nach längerem Ringen jene Kräfte durch, die einen freiwilligen Zusammenschluß vor Ablauf der Frist am 1. Januar 1975 herbeiführen wollten. Einzig Neureut beharrte auf seiner Weigerung, sich nach Karlsruhe eingemeinden zu lassen, und zog mit einer Klage gegen das Schlußgesetz zur Gemeindereform vom 19. Juli 1974 vor den Staatsgerichtshof. Dieser entschied am 14. Februar 1975 gegen die Gemeinde Neureut.

Mit der Eingemeindung von sechs ehemals selbständigen Gemeinden nach Karlsruhe fand eine Vorhersage von Oberbürgermeister Günther Klotz von 1962 ihre Bestätigung. Er hatte prophezeit, daß die Heirat zwischen Karlsruhe und der einen oder anderen Gemeinde wenn nicht gleich, dann eben später vollzogen werde. Es bedurfte der Zähigkeit und Diplomatie seines Amtsnachfolgers Otto Dullenkopf, um in den Verhandlungen sowohl mit dem Land als auch mit den betroffenen Gemeinden die notwendige Stadterweiterung zu erreichen. Die mit den Gemeinden ausgehandelten Investitionskataloge geben beredten Ausdruck von der Bereitschaft der Stadt, den neuen Ortsteilen weit entgegenzukommen und ihnen den Verlust der Selbständigkeit erträglicher zu machen. Mit der Einführung der Ortschaftsverfassung (Ortsvorsteher, Ortschaftsrat) wurde ihnen zudem die Mitwirkung bei der Erledigung eigener Angelegenheiten in einem dem Wohl der Gesamtgemeinde zuträglichen Maße ermöglicht. Um ihnen für eine Übergangszeit eine Vertretung im Gemeinderat der Stadt zu garantieren, machte man bei den Kommunalwahlen von der Möglichkeit der unechten Teilortswahl Gebrauch.

Das Wachstum des ehemaligen Residenzstädtchens Karlsruhe mit seinen nach und nach entstandenen Stadtteilen und das Zusammenwachsen der Kernstadt mit den, Klein-Karlsruhe mitgezählt, 18 ehemals selbständigen Gemeinden des Siedlungsraumes Karlsruhe ließ die Großstadt Karlsruhe zwischen Rhein und Schwarzwald in ihrer heutigen Gestalt und Ausdehnung entstehen. Die Eingemeindungen von 1972 bis 1975 haben die Zahl der Stadtteile mit einem ausgeprägten Eigenleben erhöht und erneut deren Mannigfaltigkeit ins Bewußtsein gerückt. Bei aller Unterschiedlichkeit sind aber auch die Gemeinsamkeiten der Entwicklung des Siedlungsraumes am Oberrhein nicht geringzuachten. Die jeweilige Eigenart der Stadtteile zu pflegen, ist Gewinn, das Bewußtsein für ihre Zusammengehörigkeit und ihre gemeinsame Entwicklung in der Region zu fördern, ist ständige Aufgabe.

Die Wappen in Karlsruhe



Mühlburg

1248: Früheste urkundliche Erwähnung unter dem Namen „Mulenberc".
1258: Erste Erwähnung einer Burg „Mulnberg", als deren Besitzer 1265 Markgraf Rudolf I. von Baden genannt wird.
1274: Besetzung von Mühlburg, Grötzingen und Durlach sowie anderer Orte durch Kaiser Rudolf I. von Habsburg.
1335: Kaiser Ludwig IV. schenkt Markgraf Rudolf IV. die Burg Mühlburg und alle anderen Lehen, die sein Vetter Rudolf Hesso 1331 vom Reich erhalten hatte.
1424: Oberrheinische Städte – darunter Basel, Straßburg und Freiburg –, Württemberg, die Pfalz und der Bischof von Speyer verbünden sich, um Markgraf Bernhard I. aus seiner Herrschaft zu vertreiben. Sie belagern wochenlang Mühlburg, das aber standhält. Abschluß eines Friedensvertrages, der „Mühlberger Richtung".
1428: Bruch des Friedensvertrages und Besetzung Mühlburgs durch oberrheinische Truppen.
1468: Erwähnung einer neu errichteten Ölmühle und einer herrschaftlichen Mahlmühle bei der Burg.
1475: Erste Erwähnung eines Entenfangs.
1528: Markgraf Philipp I. läßt einen Entwurf für den Ausbau der Burg zum Schloß fertigen.
1555: Markgraf Karl II. wählt das Schloß zur Sommerresidenz und errichtet einen größeren Bau, den Markgraf Ernst Friedrich um 1600 prächtig einrichten läßt.
1668: Markgraf Friedrich Magnus läßt das Schloß, das Tillys Truppen 1622 im Dreißigjährigen Krieg niederbrannten, wiederherstellen. Die wenigen Bewohner leben vom Dienst bei der Herrschaft.
1670: Mühlburg erhält das Stadtrecht. Mit einem Freiheitsbrief, nicht unähnlich dem später für Karlsruhe verkündeten, soll die Besiedelung gefördert werden.
1673: Baumeister Georg Andreas Böckler fertigt Baupläne für die neue Stadt.
1689: Zerstörung des Schlosses und der im Entstehen begriffenen Stadt durch französische Truppen im Pfälzischen Erbfolgekrieg. Die Steine des Schlosses werden 1715 zum Bau des Karlsruher Schlosses verwendet.
1699: Die Stadtprivilegien werden erneuert und zeitigen nun mehr Erfolg. 1714 wohnen 521 Einwohner im Ort.
1719: Bau eines „Kirchen- und Rathauses", das von allen Konfessionen bezahlt wird. Hier sind auch Schulräume untergebracht.
1729: Mühlburg hat 700 Einwohner und zwölf Schild- sowie eine Reihe von Gassenwirtschaften.
1765: Einrichtung einer Segeltuchfabrik durch einen Straßburger Kaufmann.
1769: Gründung des von Seldeneckschen Freigutes mit Krappfabrik und Biersiederei (seit 1770) durch Prinz Wilhelm Ludwig für Wilhelmine Christine Schortmann, spätere Freifrau von Seldeneck, mit der er in morganatischer Ehe lebt.
1786: Errichtung der evangelischen Pfarrkirche nach Plänen von Johann Friedrich Weyhing.
1793: Die kaiserliche Kriegskanzlei amtiert in Mühlburg.
1794: Bau einer Mühle am Landgraben.
1814: Die Stadt zählt in 96 Gebäuden 714 Einwohner. Viele verdienen ihren Unterhalt in Karlsruhe.
1834: Beginn des Vereinslebens mit der Gründung der „Casino-Gesellschaft" durch Honoratioren.
1844, 25. November: Geburt von Carl Benz, dem Erfinder des Automobils. Seine theoretische und praktische Ausbildung erhält er am Karlsruher Polytechnikum und in der dortigen Maschinenbaugesellschaft.
1848: Gründung der Freiwilligen Feuerwehr.
1850: Mit Beginn der katholischen Bestattungen finden sich Anzeichen religiöser Intoleranz.
1856: Gründung der Eisengießerei Seneca.
1861: Gründung des Turnvereins, der heutigen „Turnerschaft Mühlburg".

1862: Der spätere Gesangverein „Frohsinn" wird als Arbeiterbildungsverein gegründet. Mühlburg wird Haltestation der Maxau-Bahn, die seit 1865 auch über den Rhein fährt.

1865: Mühlburg hat 2 000 Einwohner.

1868: Planung für den Bau einer katholischen Kirche, der durch den Kulturkampf bis 1886 verzögert wird.

1870: Um diese Zeit hat die Mühlburger Produktion von Glacé-Leder der Firma W. Ellstätter Weltruf.

1874: Neubau eines Schulhauses. Darin wird die Simultanschule eingerichtet, mit der die seit 1857 bestehende katholische Schule zu existieren aufhört. Das Schulgebäude dient heute der Vogesenschule.

1877: Mit der Pferdebahn erhält Mühlburg neben der Maxau-Bahn eine weitere Verkehrsverbindung nach Karlsruhe.

Die am heutigen Lameyplatz gelegene Mühle wird stillgelegt, aber erst 1942 abgebrochen.

1886, 1. Januar: Eingliederung Mühlburgs in die Stadt Karlsruhe. Mühlburg hat 4 110 Einwohner.

In der von Adolf Williard geplanten Kirche von St. Peter und Paul findet in diesem Jahr an Weihnachten der erste Gottesdienst statt.

Freyheiten
und Begnadigungen/
Welche
Der Durchlauchtigſte Fürſt
Herr Friderich
Marggraff zu Baden und
Hochberg / Landgraff zu Sauſenberg / Graff
zu Sponheim und Eberſtein / Herr zu
Röttlen / Badenweiler / Lahr /
und Mahlberg / ꝛc.
Allen denjenigen ſo in Dero neu-auffbauenden
Stadt Mühlburg
Sich ſetzen / und darinnen bauen werden /
gnädigſt bewilliget und ertheilet haben.
Durlach /
Bey Joh. Salomon Haken / Fürſtl. Buchdr.
1671.

Titelblatt der 1670 erlassenen Stadtprivilegien für Mühlburg

Beiertheim

1110: Erste urkundliche Erwähnung der Ansiedlung „Burdam“ bzw. „Burtan“ in der Bestätigungsurkunde Kaiser Heinrichs V. über Güterbesitz des Klosters Gottesaue auf Beiertheimer Gemarkung.
13. Jahrhundert: Das Obereigentum des Dorfes geht an die badische Markgrafschaft über.
1379: Der Trigelhof in Beiertheim wird an das Kloster Gottesaue verkauft.
14.–16. Jahrhundert: Das Dorf gehört zur Markgenossenschaft der Hardtdörfer, die zu ihrem Grundherrn, dem Kloster Gottesaue, in einem besonderen Abhängigkeitsverhältnis stehen.
1488: Beiertheim wird eine Kirchenfiliale von Knielingen.
1521, 13. November: Gründung der „Bruderschaft unserer lieben Frauen“ in Beiertheim.
1523: Vollendung des Flügelaltars des unbekannten Meisters L. F. aus Straßburg, der für die Michaelskapelle bestimmt und den Orts- und Kirchenheiligen St. Michael und St. Wendelin geweiht ist.
1527: Erste Erwähnung der St. Michaelskapelle.
1535: Bei der Landesteilung wird Beiertheim wegen seiner kirchlichen Zugehörigkeit zu dem baden-badisch gewordenen Bulach auch politisch von der Markgrafschaft Baden-Baden beansprucht.
1556: Nach der Säkularisation des Klosters Gottesaue gehen die Rechte des Klosters über

Dorfeingang Beiertheim um 1900

das Dorf an die baden-durlachische Herrschaft über.

1582: Durch eine Entscheidung des Reichskammergerichts wird der Streit über die territoriale Zugehörigkeit Beiertheims zugunsten von Baden-Baden entschieden.

1718: Seither ist der „Schauertag" nachweisbar, an dem die alljährliche Verlosung der Allmend- und Gemeindewiesen unter den Bürgern durchgeführt wird. Aus gegebenem Anlaß zahlt die Gemeinde jedem Bürger einen Umtrunk, bestehend aus Wein und Brot. Um 1800 verliert sich der Brauch.

1740–1743: Umfassende Erneuerung der St. Michaelskapelle nach Plänen von Johann Michael Ludwig Rohrer.

1772: Pflanzung der kanadischen Silberpappel auf dem Gelände des späteren Stephanienbades durch Markgraf Karl Friedrich.

1780: Bau des Stephanienbades durch den Werkmeister Joseph Berckmüller.

1800: Seither verkauft die Gemeinde Beiertheim weite Teile ihrer ursprünglich 435 Hektar umfassenden Gemarkung an die aufstrebende Stadt Karlsruhe. Das Gelände um das Ettlinger Tor, der heutige Festplatz, der neue Hauptbahnhof, das Vincentiuskrankenhaus, die Kriegsstraße sowie die Südstadt, die Südweststadt, der Stadtgarten und Teile der Weststadt werden auf ehemaligem Beiertheimer Gebiet errichtet.

1805: Brand des Stephanienbades.

1808: Wiederaufbau des Stephanienbades, das 1811 eingeweiht wird, nach Plänen von Friedrich Weinbrenner.

1809: Beiertheim, das bisher zum Landamt Ettlingen gehörte, wird dem Landamt Karlsruhe unterstellt.

1817: Bau des Tanzhauses durch Friedrich Weinbrenner.

1820: Etwa um diese Zeit wird Beiertheim zum Ausflugsziel und Badeort der Residenzstadt Karlsruhe.

1823: Die Gemeinde zählt 492 Einwohner.

1831: Bau des Rat- und Schulhauses.

1859: Ein Rechtsstreit zwischen Beiertheim und Karlsruhe wegen der Abtretung des Sallenwäldchens wird zugunsten von Karlsruhe entschieden.

1862: Gründung des Gesangvereins „Freundschaft".

1875: Die Gemeinde zählt 1 498 Einwohner.

1876: Der Karlsruher Bürgermeister Karl Schnetzler schlägt vor, Beiertheim einzugemeinden, um der Raumnot der Stadt an ihrer südwestlichen Begrenzung abzuhelfen.
Bau eines neuen Rathauses.

1880: Der Hannoveraner Carl Knust erwirbt das Stephanienbad für 48 000 Mark. Er läßt am Stephanienbad eine neue Flußbade- und Waschanstalt an der Alb unter Mithilfe von Josef Durm bauen.

1884: Gründung der Beiertheimer Turnerschaft.

1890: Beiertheim hat 1 257 Einwohner, davon 1 140 Katholiken.

1898: Gründung des Beiertheimer Fußballvereins.

1903: Erweiterung des Stephanienbades zum „Ersten Karlsruher Licht-, Luft- und Sonnenbad". Kurz darauf kommt es wegen des Baus des Karlsruher Hauptbahnhofes zu mehrjährigen Enteignungsprozessen, die das Gebiet um das Stephanienbad zum Gegenstand haben.

1905: Der Bade- und Waschbetrieb am Stephanienbad muß eingestellt werden. Die kanadische Silberpappel, größte Pappel Europas, wird gefällt.

1906: Stiftung des Arbeitergesangvereins „Freiheit".

1907, 1. Januar: Eingemeindung nach Karlsruhe. Der Ort zählt 2 280 Einwohner.

Angelika Herkert

Rintheim

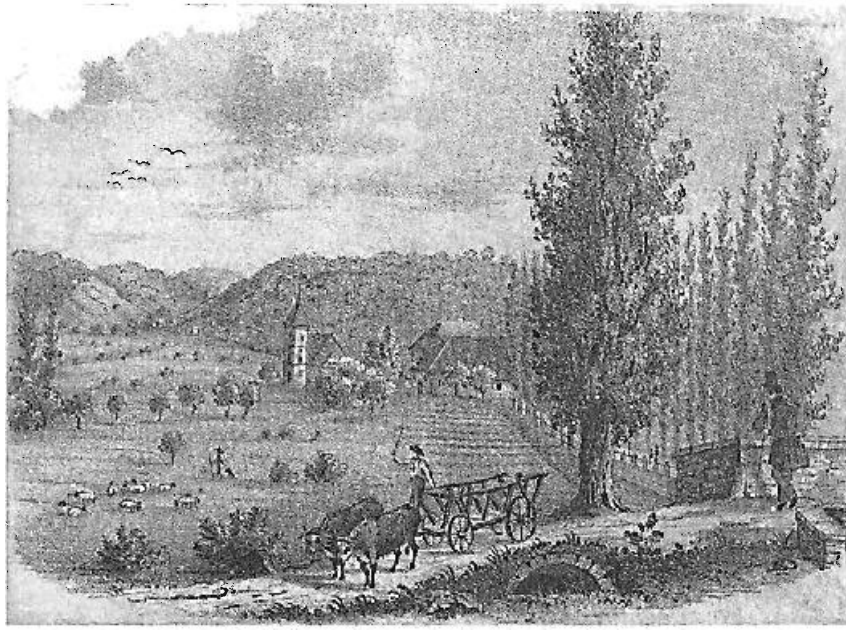
1110, 15. August: Eine Urkunde Kaiser Heinrichs V. bestätigt die Stiftung des Klosters Gottesaue und dessen Güterbesitz, darunter auch den in „Rintdam".
1275, 4. Oktober: In einer Schenkungsurkunde übereignet Markgraf Rudolf I. von Baden „Rintham" dem Kloster Gottesaue.
1373, 11. Februar: Mechthildis von Sponheim, Markgräfinwitwe von Baden, erhält in „Rinthan" gewisse Einkünfte zugeschrieben.
1451: Rintheim kommt zum Amt Durlach.
1482: Die älteste Häuser- und Bürgerliste verzeichnet 35 Häuser beiderseits der Straße.
1605: Die Gemeinde kauft 160 Morgen Äcker und Wiesen aus ehemaligem Gottesauer Besitz.
1624: Der Rintheimer Schultheiß Hans Raupp wird als Teilnehmer des badischen Landtages zu Sulzburg erwähnt.
1637: Im Dreißigjährigen Krieg bleibt auch Rintheim nicht verschont, die Einwohnerzahl verringert sich auf 14.
1665: In Fronarbeit Rintheimer Bürger wird der Entenkoy (Entenfang) im Elfmorgenbruch, der schon 1577–1586 bestand, wieder aufgebaut.
1689: Im Pfälzischen Erbfolgekrieg wird Rintheim weitgehend zerstört. Das Dorf zählt danach noch 18 Bürger.
1719: Tod des wohlhabenden Schultheißen Adam Raupp, dem das Eckhaus gegenüber der Wirtschaft „Zum Schwanen" gehört.
1749: Bau des ersten Rathauses, eines repräsentativen Fachwerkbaus, der bei dem Luftangriff auf Karlsruhe am 24./25. April 1944 zerstört wird.
1761–1764: Für die Dauer der Instandsetzung des Rintheimer Straßenpflasters sind die Rintheimer Bürger vom Frondienst befreit.
1770: Rintheim erhält eine eigene Schule. Daniel Fuß aus Königsbach wird erster Lehrer. Zuvor gingen die Kinder nach Hagsfeld in die Schule.
1801: Die Gemeinde erwirbt weitere 67 Morgen Äcker und Wiesen aus ehemaligem Gottesauer Besitz.
1806, 21. August: Die seit 1792 bestehende Straußenwirtschaft erhält die Schildgerechtig-

Das Wirtshaus „Zum Hirschen" in Rintheim um 1920

keit „Zum Goldenen Hirsch".
1816/17: Infolge von Mißernten durch Unwetter und Hochwasser wandern auch Bürger Rintheims aus.
1827: Bau eines neuen eingeschossigen Schulhauses an der Hauptstraße. In der Gemeinde gibt es 76 Häuser.
1843: In Rintheim leben 115 Familien, 569 Einwohner sind evangelisch, einer katholisch.
1858: Gründung des Gesangvereins „Sängerbund Rintheim".
1871, 5. November: Feierliche Einweihung der evangelischen Kirche, mit deren Bau 1870 begonnen wurde. Damit endet der jahrhundertelange Kirchgang der Rintheimer nach Hagsfeld. Von den damals 962 Einwohnern sind 920 evangelisch und 40 katholisch. Eine eigene Pfarrei erhält Rintheim erst am 1. April 1926. Die Kirche fällt wie 70 Prozent der Rintheimer Wohn- und Betriebsgebäude dem Luftangriff vom 24./25. April 1944 zum Opfer.
1874: Geländeabtretung für den Bau des neuen Karlsruher Friedhofs.
1877: Gründung des Gesangvereins „Lyra".
1890: Bau eines zweiten Schulhauses am Weinweg. Wegen der steigenden Schülerzahl muß das alte Schulhaus weiter genutzt werden.
1896: Gründung des Turnvereins Rintheim.
1897: Gründung des Bezirksvereins der SPD.
1907, 1. Januar: Die seit langem in Rintheim angestellten Überlegungen zur Eingemeindung nach Karlsruhe werden Wirklichkeit. Bei der Eingemeindung zählt Rintheim 2 068 Einwohner.

Rüppurr

1109: Früheste urkundliche Erwähnung Rüppurrs als „Rietburg" im Codex des Klosters Hirsau. Der Name bedeutet Haus im Ried oder Sumpf.
1246: Das Kloster Lichtental erhält das Patronat über die Rüppurrer Mutterkirche St. Martin in Ettlingen.
1258: Graf Eberhard IV. von Eberstein schenkt dem Kloster Herrenalb seine Besitzungen in Rüppurr.
1265: In einer Urkunde wird ein südlich gelegenes Ober- und ein Unterrüppurr mit dem Schloßbezirk erwähnt.
1290: Graf Heinrich von Eberstein gibt Zehntanteile in beiden Rüppurr an das Kloster Lichtental ab.
1351: Erste Erwähnung der Nikolauskapelle in einem Vertrag, nach dem das Kloster Lichtental zu Reparaturen nicht verpflichtet ist.
1475: Heinz von Rüppurr, der in dem Wasserschloß residiert, erwirbt die Hälfte des Dorfes vom Kloster Herrenalb.
1503: Reinhard von Rüppurr wird Bischof in Worms. Er übt das Amt bis 1523 aus. Sein Herz ist in der Nikolauskapelle beigesetzt.
1535: Bei der Teilung der badischen Markgrafschaft fällt Rüppurr an Baden-Durlach.
1557: Die Herren von Rüppurr erlassen eine Dorfordnung. Danach ernennen sie den Bürgermeister und können nach Gutdünken Recht sprechen.
1594/1603: Markgraf Ernst Friedrich von Baden erwirbt Schloß und Dorf Rüppurr, das nun evangelisch wird.
1640/1644: Die etwa 100 Einwohner haben im Dreißigjährigen Krieg unter Einquartierungen und Plünderungen zu leiden.
1658: Erste Erwähnung eines Dorflehrers.
1679: Die 1594 erstmals erwähnte Schloßmühle wird an den Müller Bittersolf verkauft.
1700: Der Ort, der im Pfälzischen Erbfolgekrieg nicht zerstört wurde, zählt entlang der Alb 53 Häuser und 7 Hausplätze. Hier leben 140 Einwohner.
1735: Strategische Überschwemmungen im Spanischen Erbfolgekrieg an den zuvor errichteten Ettlinger Linien führen zu schweren Zerstörungen im Ort.

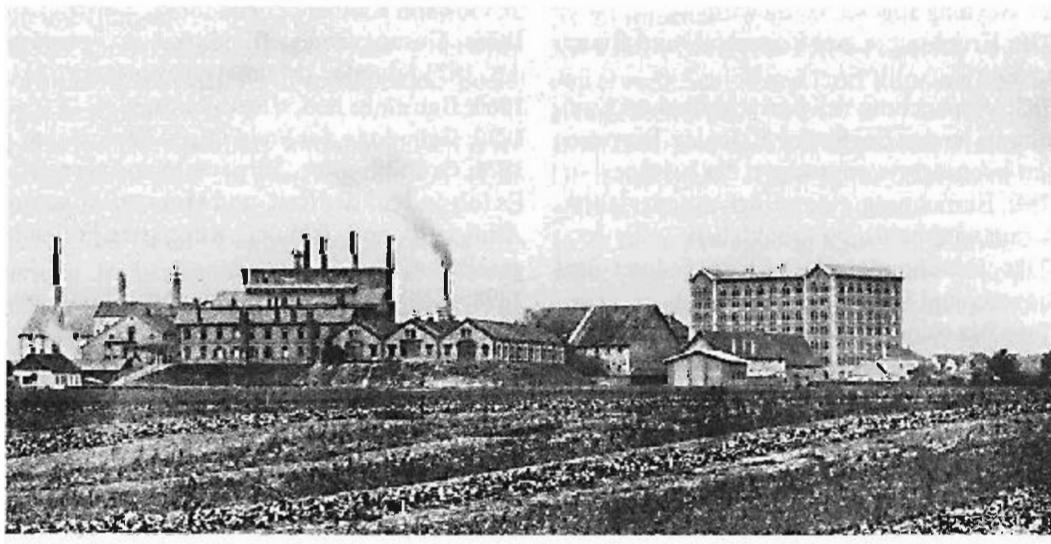


Nikolauskirche und Schloß Rüppurr um 1825

1748: Für das baufällige, 1713 errichtete Schul- und Rathaus wird ein neues gebaut. Es befindet sich heute Ecke Lange-/Allmendstraße.
1762: Abriß des alten Schlosses.
1769: Das Kloster Lichtental wird vom Reichskammergericht in Wetzlar zum Neubau der evangelischen St. Nikolauskirche verurteilt, der 1776 nach Plänen von Johann Friedrich Weyhing abgeschlossen wird.
1770: Errichtung einer Leinwand- und Baumwollfabrik.
1783: Verpachtung des herrschaftlichen Kammerguts an den Engländer E. Taylor. Ein neues Bewässerungssystem steigert die Erträge.
1784: Einrichtung einer Englischlederfabrik. Daraus wird bald eine Tabakfabrik.
1792: Erwähnung einer Essigsiederei mit Brauerei und Branntweinbrennerei.
1796: Die österreichische Rheinarmee schlägt hier ihr Hauptquartier auf. Der Ort wird von französischen Truppen erobert.
1798: Der Ort zählt 103 Häuser und Höfe mit 519 Einwohnern. Etwa zu dieser Zeit wird der Weg von Karlsruhe nach Ettlingen zur Landstraße ausgebaut.
1834: Verlegung der Chemischen Fabrik von Karlsruhe nach Rüppurr ins Gebiet des heutigen Märchenviertels. Sie existiert bis 1910.
1844: Einrichtung einer Sparkasse.
1850: Der Ort zählt 1 251 Einwohner, darunter 18 Katholiken. Zahlreiche Frauen arbeiten als Näherinnen, Büglerinnen und Wäscherinnen für die nahe Residenz.
1854: Letzte öffentliche Hinrichtung in Baden im Gewann Kleiner Schellenberg.
1856: Gesangverein „Liederkranz" gegründet. 1873 folgt der „Männergesangverein".
1860: Bau eines neuen Schulhauses.
1870: Gründung der Freiwilligen Feuerwehr.
1874: Gründung des „Turn- und Sportvereins". Es folgen 1897 der Rad- und Motorsportverein „Einigkeit" und 1904 die „Rüppurrer Fußballgesellschaft".
1898: Eröffnung der Albtalbahn. Damit beginnt für die inzwischen zusammengewachsenen Gemeindeteile die Entwicklung zur Trabantenstadt von Karlsruhe.
1907: Eingemeindung in die Stadt Karlsruhe am 1. Januar auf Betreiben Rüppurrs. Rüppurr hat 2 574 Einwohner.
Baubeginn für die Gartenstadtsiedlung.
Gründung des Bürgervereins.

Grünwinkel

1597: Erwähnung des 100 Morgen umfassenden Hofs „Kreenwinckel“ (Krähenwinkel), mit dem der Burgvogt Adam Ginth im Jahr 1583 belehnt wurde, in einer markgräflich baden-badischen Gemarkungsbeschreibung.
1673: Erste Erwähnung des Hofes seit dem Dreißigjährigen Krieg. Er war offensichtlich seitdem unbewirtschaftet.
1710: Um den ehemaligen Gutshof Grünwinkel bildet sich auf Veranlassung der Markgräfin Sibylla Augusta von Baden-Baden eine Arbeiterkolonie mit 18 Familien und damit das Dorf Grünwinkel. Der Ort ist Zollstation.
1713: Bau einer Holzkapelle für Grünwinkel.
1714, 7. September: Die Gemeinden Bulach, Daxlanden und Grünwinkel schließen einen Vertrag, der den landarmen Einwohnern von Grünwinkel 80 Morgen Feld zusichert.
1759: Bau einer neuen Kapelle. Die heute noch existierende Albkapelle wird 1913 aus verkehrstechnischen Gründen an das rechte Hochufer der Alb versetzt.
1766: Erstmalige Erwähnung eines Lehrers, des Schulpräzeptors Valentin Gräser.
1798: Pflasterung der durch Grünwinkel verlaufenden Pappelallee, wobei sämtliche Bäume gefällt werden.
1807: Der ehemalige Gutshof mit Brauerei, Branntweinbrennerei und Puderfabrik sowie der „Badische Hof“ sind im Besitz des Majors von Hornig. Im Ort gibt es eine Ziegelhütte.
1808: Bau des ersten Schulhauses für Grünwinkel.
1809: Grünwinkel kommt zum Amt Karlsruhe. Im Ort leben 216 Einwohner.
1812: Bei einem Brandunglück wird die Wirtschaft zum „Grünen Baum“ zerstört. Wiederaufbau 1815.
1814: Die Bierbrauerei und Essigsiederei des Karl Maier, der 1811 den Besitz des Majors von Hornig erworben hat, brennen nieder.
1818: Das wiederaufgebaute Anwesen sowie die benachbarte Gastwirtschaft „Badischer Hof“ geraten erneut in Brand.
1820: Infolge der häufigen Brand-Unglücksfälle erhält Grünwinkel zum ersten Mal eine Feuerspritze.
Die Bierbrauerei und Essigsiederei Karl Maier wird Eigentum des Staatsrats Wilhelm Reinhard.



Der Gebäudekomplex der Firma Sinner AG in Grünwinkel 1893

1837–1838: Schließung der Grünwinkler Schule wegen Lehrermangels. Die Kinder werden vom Daxlander Lehrer mitbetreut.
1849: Staatsrat Wilhelm Reinhard verkauft sein seit Beginn der 1830er Jahre an den Fabrikanten Anton Sinner verpachtetes Anwesen an dessen Sohn Georg Sinner.
1852: In Grünwinkel existieren außer der Sinnerschen Essigsiederei und Branntweinbrennerei sowie der Ziegelhütte folgende Gewerbebetriebe: eine Schreinerwerkstatt, zwei Schustereien, zwei Schneiderbetriebe, je eine Bäckerei und Metzgerei, ein Maurerbetrieb sowie drei Gaststätten.
1860: Bau eines neuen Rat- und Schulhauses für Grünwinkel.
1862: Gründung des „Turn- und Sportvereins".
1865: Von den 423 Einwohnern sind 356 katholisch und 67 evangelisch.
1874: Gründung der Freiwilligen Feuerwehr Grünwinkel.
1884: Gründung des Gesangvereins „Liedertafel-Lyra".
1885: Die seit dem Tod Georg Sinners von seinen Söhnen unter Leitung von Robert Sinner geführte Firma „Gesellschaft für Brauerei, Spiritus- und Preßhefefabrikation vorm. Sinner" wird in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Sie entwickelt sich zu einer international operierenden Nährmittelfabrik.
1890: Eröffnung der Lokalbahnlinie Karlsruhe–Durmersheim, die auch durch Grünwinkel fährt.
1909, 1. Januar: Eingemeindung von Grünwinkel nach Karlsruhe. Der Ort zählt 2022 Einwohner.

Angelika Sauer

Daxlanden

1254/1261: In einer zwischen diesen Jahren ausgestellten Papsturkunde wird die „villa daslar" erwähnt. Der Ort ist aber wohl deutlich älter, worauf Besitzverhältnisse der Klöster Weißenburg und Gottesaue in Daxlanden verweisen.
1369: Erste urkundliche Erwähnung der Appenmühle, die als Schenkung an das Spital in Baden bestätigt wird. Sie bleibt bis ins 18. Jahrhundert in dessen Besitz. Sie ist Bannmühle für Bulach, Beiertheim, Daxlanden, Mühlburg und Knielingen.
1407: Der Erzbischof Friedrich zu Köln entscheidet einen Streit um Jagdrechte in der „Daheslarerau" und anderen Gebieten zwischen dem König Rupprecht von Bayern und Markgraf Bernhard I. zugunsten des Markgrafen.
1463: Daxlanden wird selbständige Pfarrei, zuvor gehörte es kirchlich zu Forchheim.
1535: Bei der Teilung der Markgrafschaft fällt Daxlanden an Baden-Baden und gehört zum Amt Ettlingen.
1579: Im Goldgrund bei Daxlanden erlebt die Goldwäscherei eine Blütezeit. Im 18. Jahrhundert wird sie unergiebig.
1651, 6. März: Nach einem Dammbruch verliert Daxlanden durch Hochwasser 700 Morgen Feld, 20 Häuser und die Kirche. Dies ist eine von vielen Hochwasserkatastrophen, die den Ort heimsuchen. Das neue Daxlanden wird danach auf dem Hochgestade zurückversetzt errichtet. Neue Familiennamen in den Urkunden verdeutlichen, daß die Katastrophe viele Opfer gefordert hat.
1665: Der Gastwirt und Müller Franz Strauß aus Mühlburg baut die im Dreißigjährigen Krieg zerstörte Appenmühle wieder auf. 1689 wird sie von den Franzosen niedergebrannt.
1673–1677: Errichtung neuer Rheindämme um Daxlanden und Rappenwört. Schon früher, z. B. 1560, 1652/53 hat man versucht, durch Rheinkorrektion und Dammbauten den Rhein zu bändigen.
1690: Frühestens in diesem Jahr wird in der heutigen Malvenstraße das wohl älteste der

Die Daxlander Appenmühle um 1900. Links das beliebte Ausflugslokal

noch erhaltenen Fachwerkhäuser Daxlandens errichtet. 1689 war der Ort von den Franzosen zerstört worden.

1698: Daxlanden muß sich 500 Gulden zur Bezahlung einer Kriegskontribution an französische Truppen vom Schultheiß von Hagenbach leihen.

18. Jahrhundert: In Daxlanden, seit dem Mittelalter Zollstation für die Rheinschiffahrt, blüht das Zollwesen dank der Flößerei von Holz aus dem Schwarzwald nach Holland. Auch die württembergische Harzniederlage (seit 1668) bringt Verkehr und Zolleinnahmen in den Ort.

1713–1723: Errichtung einer neuen Kirche (St. Valentin) nach Plänen von Johann Ludwig Michael Rohrer. Der Bau ist von Markgräfin Sibylla Augusta veranlaßt, da das bestehende „Ersatzkirchlein" baufällig war und den 64 Bürgern, vier Witwen (Ehefrauen werden nicht gesondert gezählt) und 164 Kindern des Ortes nicht mehr zugemutet werden kann. 1835 wird die Kirche durch einen Anbau erweitert.

1776, 18. Mai: Daxlander Bürger und pfälzische Untertanen geraten handgreiflich aneinander, weil die Pfälzer im Goldgrund ohne Berechtigung Weiden hauen wollten. Drei Frauen ertrinken dabei. Solche Streitigkeiten gab es für die Daxlander als Grenzbewohner häufiger.

1783: Einrichtung einer herrschaftlichen Jagdfischerei, für die drei englische Matrosen eingestellt werden. Einer, der Schiffsmeister Harry York, erhält das Recht, in seinem Wohnhaus die Wirtschaft zum „Schiff" zu betreiben.

1813: Daxlanden hat 844 Einwohner, die in 154 Wohngebäuden leben. Die Pferdezucht ist neben dem Fischfang auf dem Rhein eine wichtige Einnahmequelle.

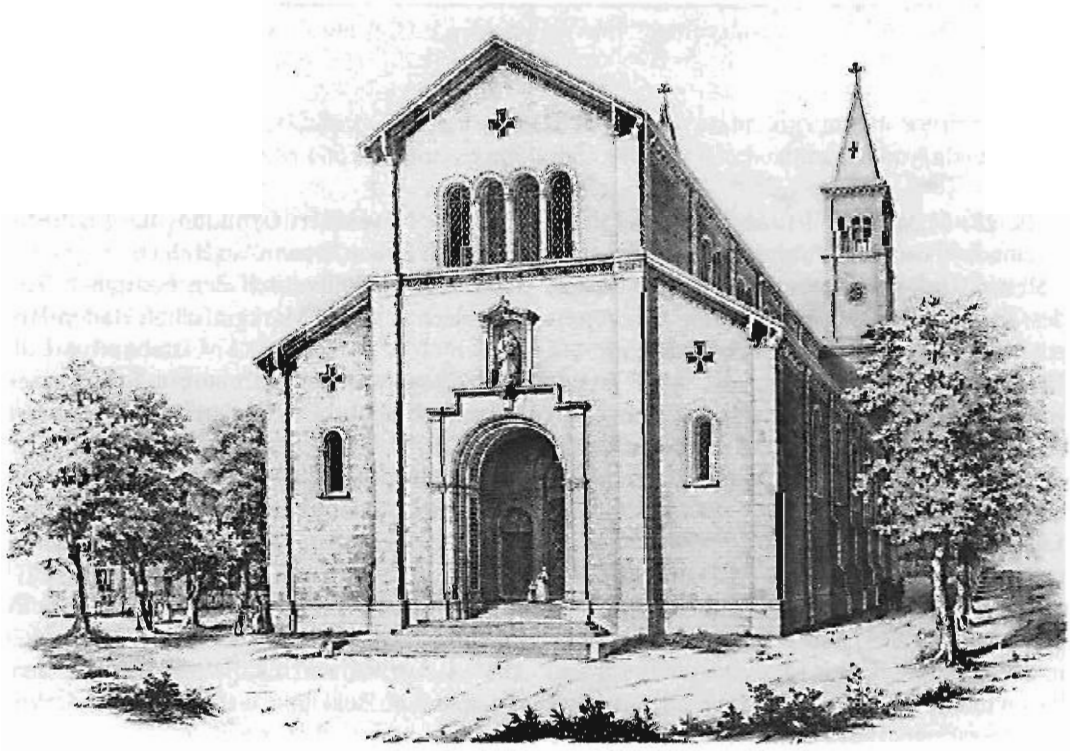
1819–1821: Rheinkorrektion nach Plänen Johann Gottfried Tullas bei Daxlanden. Damit

verliert der Ort seine Funktion als Schiffs- und Zollstation an Maxau. Rappenwört wird endgültig rechtsrheinisch.
1828: Der Gemeinderat beklagt, daß seit 1795 1 300 Morgen Land durch Hochwasser verlorengegangen seien. Besonders schwere Überschwemmungen habe es 1758, 1760, 1784, 1791, 1797 und 1802 gegeben.
1847: Gründung des Gesangvereins „Liederkranz".
1850: Durch Ableitung des Federbachs werden die Fritschlach und der Kastenwört entwässert und 1 700 Morgen wertvolles Land gewonnen.
1874, Mai: Gründung der Freiwilligen Feuerwehr Daxlanden, die bei der Eingemeindung 1910 als selbständige Wehr fortbesteht.
1885: Es leben 2 658 Einwohner in 337 Wohnhäusern in Daxlanden.
1889: Gründung des „Turnvereins Daxlanden" in der Gaststätte „Adler". 1905 spaltet er sich in die „Freie Turnerschaft", die 1933 verboten wird, und in die 1906 gegründete „Turngemeinde". Am 6. Januar 1946 findet die Gründungsversammlung des „TSV Daxlanden 1889" statt, der auf der Tradition der früheren Vereine aufbaut.
1894: Die Stadt Karlsruhe kauft die Appenmühle mit der Gastwirtschaft, ein inzwischen beliebter Ausflugsort der Karlsruher. Nach dem Brand des Mühlgebäudes 1895 wird dieses noch im selben Jahr wiederaufgebaut.
1896: Gründung des „Musikvereins Lyra" im Gasthaus „Zum Lamm". 1921 bildete er mit der 1918 gegründeten „Musikvereinigung Daxlanden" den „Arbeitermusikverein Daxlanden" mit etwa 400 Mitgliedern. Der Arbeitermusikverein muß 1933 dann auf Anweisung der NSDAP-Ortsgruppenleitung mit dem „Musikverein Harmonie" zusammengehen.
1901: Mit der Eröffnung des Rheinhafens ist auch der Wandel in der Erwerbsstruktur des Ortes verknüpft. Die Arbeit in den Firmen in den nahe gelegenen Industriegebieten des Rheinhafens und bei Grünwinkel macht aus dem ehemaligen Fischer- und Bauerndorf immer mehr ein Arbeiterdorf.
1910, 1. Januar: Eingemeindung des Ortes mit 4 227 Einwohnern nach Karlsruhe.

Bulach

1193, 18. Mai: Erste Erwähnung des Ortes „Bulande" in einer Urkunde des Papstes Cölestin III. Die Gemeinde gehört zum Besitz des Klosters Frauenalb und zählt außerdem zur Markgenossenschaft der Hardtdörfer.
1371: Die Beiertheimer Adelsfamilie Trigel von Öwisheim verkauft dem Ritter Eberhard von Gertringen ihren Hofbesitz in Bulach, den sie als Lehen des badischen Markgrafen innehatte.
1388: Die Pfarrkirche St. Cyriakus wird erstmals urkundlich erwähnt.
1435: Verfügung des Baden-Badener Spitalmeisters Schnabel, daß Bulach sein Getreide in der Appenmühle bei Daxlanden ausmahlen lassen müsse.
1466: Bartholomäus von Gertringen verkauft zwei Höfe in Bulach an das Stift Ettlingen.
1521, 13. November: Gründung der „Bruderschaft zur lieben Frauen" in Bulach.
1535: Bulach fällt durch den badischen Teilungsvertrag an die Markgrafschaft Baden-Baden.
1541: Beginn eines jahrelangen Streits zwischen Bulach und Daxlanden um den „Zinserling-Wald".
1683: Bulach zählt 28 Familien.
1727: Umbau der alten Pfarrkirche durch den Rastatter Baumeister Johann Ludwig Michael Rohrer.
1772: Bulach wird eine selbständige katholische Pfarrei.
1784, 4. April: Grenzregulierung zwischen den Gemeinden Bulach, Daxlanden und Grünwinkel.
1790/91: Neubau des Pfarrhauses.

1834: Beginn der Bauarbeiten für eine neuromanische Basilika nach den Plänen von Heinrich Hübsch an der Stelle der alten Pfarrkirche. Sie wird am 21. Dezember 1837 geweiht.
1842: Bauliche Erneuerung des Rat- und Schulhauses.
1862: Gründung des Gesangvereins „Eintracht".
1870: Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts entwickelt sich Bulach vom Bauerndorf zum Arbeiterwohngebiet.
1885: Gründung des Männergesangvereins „Frohsinn".
1887: Errichtung der Friedhofskapelle.
1892, 12. November: Abtretung des Bannwaldes an die Stadt Karlsruhe zur Ansiedlung von Industrie und zur Anlage des Güterbahnhofes.
1897: Gründung des Sportvereins „Karlsruher Athletengesellschaft".
1899: Gründung des Arbeitergesangvereins „Freundschaft".
1900: Verkauf des sogenannten „Lutherischen Wäldchens" an die Stadt Karlsruhe.
In den folgenden Jahren lassen sich mehrere Großwäschereien an der Alb nieder.
1903: Abtretung von Gelände zum Bau des Rheinhafens.
Gründung des Rad- und Kraftfahrerbundes „Solidarität".
1903–1905: Bau des Rathauses an der Grünwinkler Straße.
1904: Gründung des Arbeitersportvereins „Freie Turnerschaft". Der Verein wird 1933 verboten und kann erst 1946 die Vereinsarbeit wiederaufnehmen.
1906: Erwerbung einer 1735 in Straßburg gebauten Silbermann-Orgel aus der Baden-Badener Stiftskirche für die Pfarrkirche St. Cyriakus.
1909–1910: Bau des Schulhauses an der Grünwinkler Straße.
1913: Übernahme der Gasversorgung durch die Stadt Karlsruhe.
1914–1918: Übernahme der Stromversorgung durch die Stadt Karlsruhe.



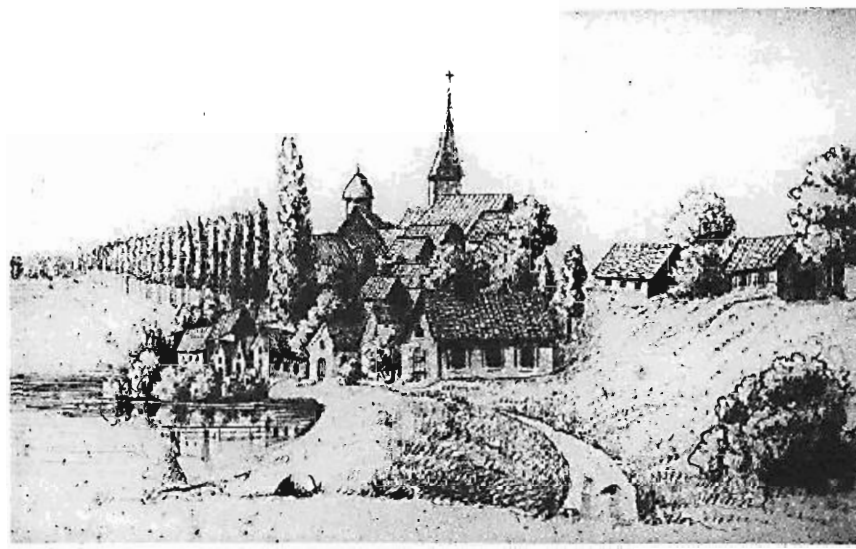
Die nach Plänen von Heinrich Hübsch 1834–1837 gebaute St.-Cyriakus-Kirche in Bulach

1925: Bulach hat 2 349 Einwohner, davon 1 989 Katholiken.
1926: Eingemeindung der Gemarkung Scheibenhardt nach Bulach.
1929, 1. April: Eingemeindung nach Karlsruhe. Der Ort zählt 2 450 Einwohner.

Angelika Herkert

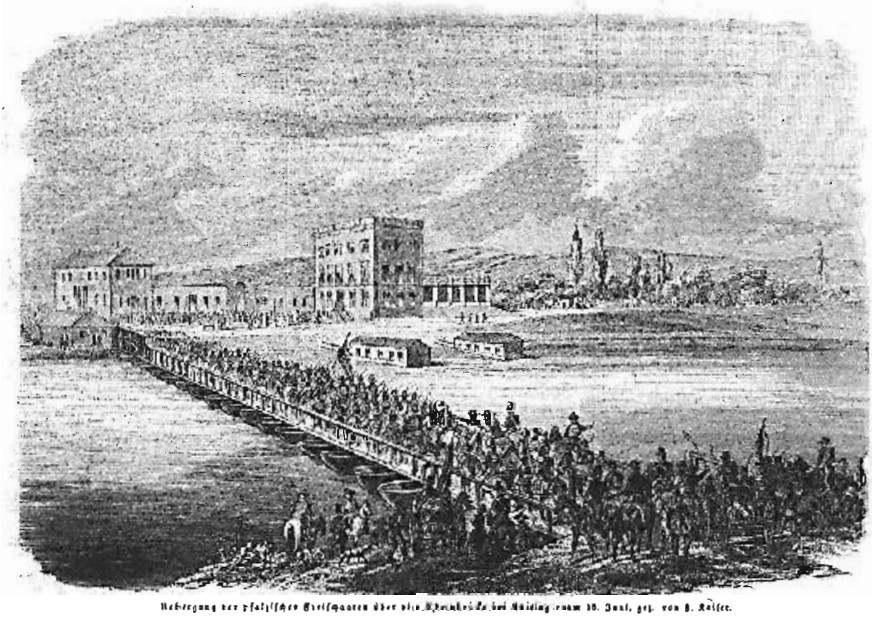
Knielingen

786: Früheste urkundliche Erwähnung als „Cnutlinga" im Codex des Klosters Lorsch. Verschiedene Grabungsfunde auf Knielinger Gemarkung verweisen auf eine Besiedlung des Raumes schon in der Bronzezeit.
817: Schenkungsbücher des Klosters Lorsch verzeichnen die letzte Schenkung aus Knielinger Grundbesitz.
1110: Bestätigung Kaiser Heinrichs V. von Besitztümern des Klosters Gottesaue in Knielingen.
1256: Erwähnung eines Dekans in Knielingen.
1283: Markgraf Hermann von Baden verpfändet seine Einkünfte aus Knielingen und Neureut an Peter Schöneck von Straßburg.
1398: Aufteilung von Fischereirechten zwischen Knielingen und Wörth.
1464: Bestätigung der St. Sebastianskaplanei durch den Speyerer Domprobst.
1480: Erbauung einer Kirche im gotischen Stil.
1535: Bei der Teilung der Markgrafschaft fällt der Ort an Baden-Durlach.
1563: Markgraf Karl II. befreit die Knielinger von der Abgabe des Besthauptes (des besten Stück Viehs) beim Todesfall des Bauern.
1581: Tod des verdienten Schultheißen Bernhard Metz.
1637: Erste Erwähnung eines Lehrers.
1688: Im Pfälzischen Erbfolgekrieg brennen französische Truppen den Ort fast vollständig nieder.
1700–1702: Wiederherstellung der Kirche nach Plänen des Baumeisters Thomas Lefèvre.
1712: Bau des ersten Schulhauses.
1714: Im Ort leben 570 Einwohner.
1719: Wiederaufbau des Rathauses.
1727: Die Knielinger klagen vergeblich gegen den Markgrafen auf Befreiung vom Zehnten.



Knielinger Ortsbild um 1730

1728: Die Gastwirtschaften „Schwanen" und „Krone" erhalten die Schildgerechtigkeit, die 1754 auch der „Adler" erhält.
1770: Das Hochwasser des Rheins verursacht große Schäden.
1816: Die etwa 1 200 Einwohner leben vor allem vom Hanf- und Flachsanbau wie von der stark betriebenen Pferdezucht. Der Ortsvorsteher bezeichnet Knielingen als „reichste Gemeinde im Landamtskreis".
1817: Beginn der Rheinregulierung durch Oberstleutnant Johann Gottfried Tulla mit dem „Knielinger Durchstich". Der Widerstand der Bauern dagegen resultiert aus dem Verlust wertvoller Wiesen und Goldgründe, die linksrheinisch werden.
1835: Erwerb der Rheininsel Abtsgründel durch Markgraf Maximilian von Baden und Errichtung des Hofgutes Maxau.
1838: Tausch des Knielinger linksrheinischen Waibelwaldes gegen den rechtsrheinischen Wörther Hörnlesgrund.
1840, 25. August: Einweihung der Schiffbrücke über den Rhein. Dort entstehen auch ein Rheinbad, das bis 1939 betrieben wird, und ein Gasthof.
1842: Erteilung der Freihafenrechte für den Rheinhafen Maxau. Gründung des Gesangvereins „Eintracht".
1845: Bau einer neuen Schule.
1848/49: Starke Auswanderung aus Knielingen.
1849: Während der badischen Revolution ziehen die pfälzischen Freischaren über die Knielinger Schiffbrücke nach Karlsruhe.
1858–1860: Abbruch des alten Langhauses der evangelischen Kirche und Neubau im neugotischen Stil durch Baumeister Carl Küntzle.
1862: Eisenbahnanschluß durch die Maxau-Bahn. Ausbau des Maxauer Hafens.
1865: Einweihung der neuen Eisenbahn- und Straßenschiffbrücke über den Rhein.
1869: Gründung des Gesangvereins „Frohsinn".
1870: Starke Einquartierungen während des Deutsch-Französischen Krieges. Im Ort leben 2 000 Einwohner.
1871: Gründung der Freiwilligen Feuerwehr. Ackerbau und Viehzucht bleiben die Lebensgrundlage des Ortes, aber ein Trend zur Industriearbeit läßt sich schon feststellen.
1875: Wie das Rathaus werden zahlreiche alte Häuser abgerissen und im neuen Stil wiedererrichtet.



Übergang der pfälzischen Freischaren über die Schiffbrücke bei Maxau am 18. Juni 1849

1884: Bau der Zellulosefabrik von Vogel und Bernheimer in Maxau.
1887: Bau eines weiteren Schulhauses.
1889: Neugründung des 1849 aufgelösten Gesangvereins „Eintracht".
1891: Gründung des Turnvereins, der 1908 eine eigene Halle erhält.
1895: Errichtung der Steinkohlen-Brikettfabrik Maxau, die nur zehn Jahre besteht.
1902: Schließung des Maxauer Hafens nach Eröffnung des Rheinhafens. Unter den etwa 3200 Einwohnern wächst der Anteil der Arbeiter nur langsam und beträgt bei der Eingemeindung etwa 10 Prozent.
1903: Gründung des Gesangvereins „Liederkranz".
1907: Arbeiter gründen den „Sängerbund".
1912: Ein ehrgeiziger Bebauungsplan sieht u. a. großzügige Parkanlagen vor. Er wird nur zum Teil verwirklicht.
1913: Fertigstellung der Viktor-von-Scheffel-Schule.
1918: Im Ersten Weltkrieg haben 132 Knielinger ihr Leben verloren. Besetzung der Rheinbrücke durch die Franzosen.
1922: Einrichtung einer katholischen Notkirche im Gasthaus „Zum Hirschen".
1923, März: Besetzung durch eine französische Kompanie infolge des Ruhrkonfliktes bis September 1924.
1924: Aus den pferdesportlichen Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem Pferde- und Fohlenmarkt seit den 1870er Jahren entsteht der Reit- und Rennverein.
1924–1925: Bau der Straßenbahnlinie Karlsruhe–Knielingen.
1933: Bürgermeister Jakob Dörr wird seines Amtes enthoben und durch einen linientreuen Nationalsozialisten ersetzt. Der „Sängerbund" wird verboten und der Arbeiterfußballverein von 1926 mit der „Germania" von 1905 zum „VfB Knielingen" vereinigt.
1935, 1. April: Eingemeindung in die Stadt Karlsruhe durch Anordnung des „Reichsstatthalters" in Baden, Robert Wagner. Knielingen zählt 5250 Einwohner.

Durlach

1196: Durlach, 1161 noch Dorf („villa") genannt, ist eine staufische Stadt.
1219–1234: Durlach wird Eigengut des Markgrafen von Baden.
1418: Die Stadt erhält das Recht, zwei Jahrmärkte zu halten. Sie hat wahrscheinlich schon sehr viel länger das Wochenmarktrecht.
1525, 8. April: Während des Bauernkrieges kommen 2500 aufständische Bauern in die Stadt, denen die Durlacher ihre Tore öffnen. Von hier aus ziehen sie weiter zum Kloster Gottesaue, das sie zerstören.
1556: Durlach wird protestantisch.
1565: Markgraf Karl II. verlegt seine Residenz von Pforzheim nach Durlach, das einen wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung erlebt. Bau der Karlsburg auf dem Areal eines ehemaligen Jagdschlosses außerhalb der ursprünglichen Stadtmauern.
1586: Errichtung des Gymnasium illustre durch den Markgrafen, das bald fast den Rang einer Universität erlangt.
1601: Gründung der Schützengesellschaft Durlach.
1648–1688: Nachdem die Zerstörungen des Dreißigjährigen Krieges überwunden sind, erlebt Durlach eine wirtschaftliche und kulturelle Blütezeit.
1689, 15./16. August: Während des Pfälzischen Erbfolgekrieges wird Durlach von den Truppen des französischen Königs Ludwig XIV. bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Von der Karlsburg bleibt nur der Prinzessenbau stehen.
1698: Beginn des Wiederaufbaus der Stadt nach Modellplänen von Thomas Lefèvre. Neubau des Schlosses nach Plänen von Egidio Rossi, von denen jedoch aus Geldmangel nur

Die Oberamtsstadt Durlach im Jahre 1844

zwei Gebäudeflügel verwirklicht werden. In der nach Plänen von Giovanni Mazza wiederaufgebauten Stadtkirche kann Anfang September 1700 der erste Gottesdienst gefeiert werden.

1715: Beginn des Wiederaufbaus des Rathauses, dessen barocke Fassade 1845 bei den Umbauten nach Plänen des Durlacher Architekten Jakob Hochstetter ihr heutiges Aussehen erhält.

1715, 17. Juni: Grundsteinlegung des neuen Schlosses im Hardtwald und Gründung von Karlsruhe. In den folgenden Jahren werden die Regierungskollegien und das Gymnasium illustre nach Karlsruhe verlegt, Durlach wird zu einer Ackerbürgerstadt, die die neue Residenz mit Früchten und Getreide versorgt.

1723: Errichtung der Fayence, die bis 1847 besteht. Auch andere Manufakturen werden in Durlach, nicht in Karlsruhe, angesiedelt wie 1735 die Münze und 1747 die Seidenkompagnie.

1743, Juli: Brand im Stadtkern, dem 15 Häuser zum Opfer fallen.

1810: Bei der Neuorganisation der Verwaltung des unter napoleonischem Einfluß konstituierten Großherzogtums Baden wird Durlach bis 1832 zur Kreisstadt erhoben.

1824: Bau einer Wasserleitung nach Karlsruhe, das von nun an mit Durlacher Wasser versorgt wird.

1829: Erscheinen des „Durlacher Wochenblattes", das seit 1897 als Tageszeitung herausgegeben und 1964 eingestellt wird.

1833: Die Karlsburg wird zur Kaserne, in der die Garnison bis zum Bau der Markgrafenkaserne 1913 untergebracht ist.

1834: Einrichtung der Gewerbeschule. Wachsende Bemühungen um Kinderbetreuung (Rettungsanstalt für sittlich verwahrloste Kinder 1837, Kinderbewahranstalt 1846) und schulische Ausbildung (Töchterschule 1825, Angliederung einer höheren Bürgerschule an das Pädagogium 1841).

1843: Durlach erhält eine Eisenbahnanbindung an die Strecke Heidelberg–Karlsruhe.

1844: Gründung des Gesangvereins „Liederkranz", dem 1846 der Turnverein und 1847 der

Bürgerverein folgen. Diese Vereine sind Ausdruck des gewachsenen bürgerlichen Selbstbewußtseins und der Demokratiebestrebungen. Nach dem Scheitern der Revolution werden die Vereine verboten.

1846: Gründung der Freiwilligen Feuerwehr durch Christian Hengst, die sich beim Hoftheaterbrand von 1847 in Karlsruhe bewährt.

1849, 25. Juli: Gefecht bei Durlach zwischen Preußen und Freischärlern. Zwar hat die Revolution 1848/49 viele Anhänger in Durlach, dessen Bürgerwehr eine rote statt der üblichen weißen Fahne hat („das rote Durlach"), doch beteiligen sie sich an diesem Gefecht nicht.

1855: Gründung der Maschinenfabrik Sebold, später Badische Maschinenfabrik.

1859: Trennung der Gemarkungen von Durlach und dem Dorf Aue, das 994 erstmals urkundlich erwähnt wird.

1860: Im folgenden Jahrzehnt erwacht das Vereinsleben neu, das in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg eine Blütezeit erlebt.

1869: Gründung eines nationalliberalen Bezirksvereins. Die Nationalliberalen werden bis zum Erstarken der Sozialdemokratie die einflußreichste politische Kraft in Durlach.

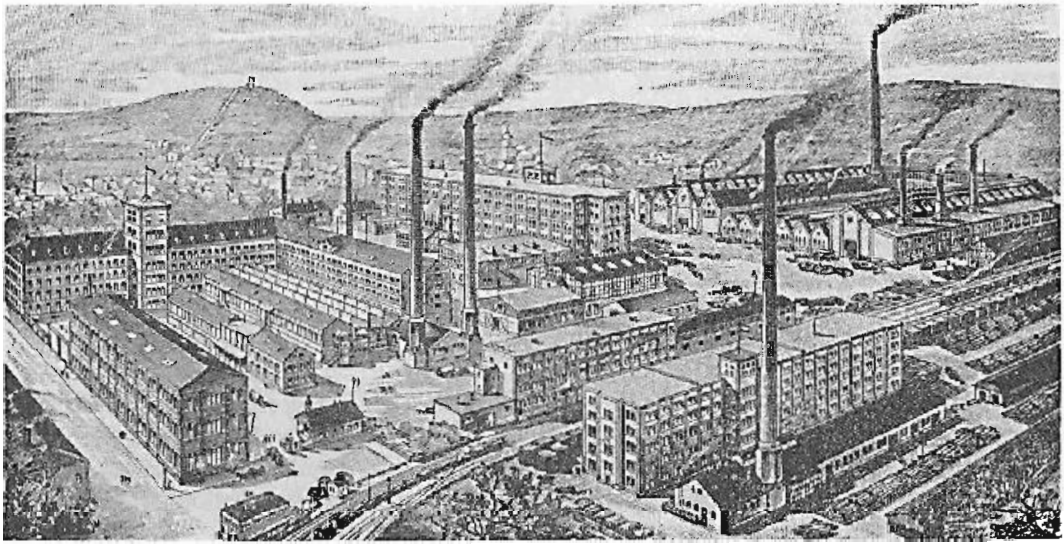
1872: Gründung der Nähmaschinenfabrik Gritzner, die bis zum Ersten Weltkrieg zu einer der größten Nähmaschinenfabriken Europas wird und die mehrere tausend Arbeiter und Arbeiterinnen, auch aus den umliegenden Dörfern, beschäftigt.

1878, 22. September: Auf dem Gelände der ehemaligen Amtskellerei wird die Friedrichschule in Anwesenheit des Großherzogs eingeweiht. In diesen Bau der „Vereinigten Schulen" zieht auch das bisher im gegenüberliegenden Pädagogiumsgebäude untergebrachte Pro- und Realgymnasium ein.

1882: Gründung der Lederfabrik Hermann & Ettlinger. Die Lederindustrie wird neben der eisenverarbeitenden Industrie zum bedeutendsten Wirtschaftszweig der Stadt.

1889: Gründung des Durlacher „Vereins zur Erzielung volkstümlicher Wahlen". Hinter dieser Bezeichnung verbirgt sich die damals noch verbotene SPD.

1890: Im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts wird Durlach zur Industriestadt, in der bald schon über 50 Prozent der Bevölkerung zur Arbeiterschaft zählen. Die Einwohnerzahl steigt von fast 7 700 im Jahr 1885 auf fast 14 000 im Jahr 1910. Durlach verliert seinen konfessionellen Charakter als protestantische Stadt, der Anteil der Katholiken steigt. Die SPD wird zur einflußreichsten politischen Partei.

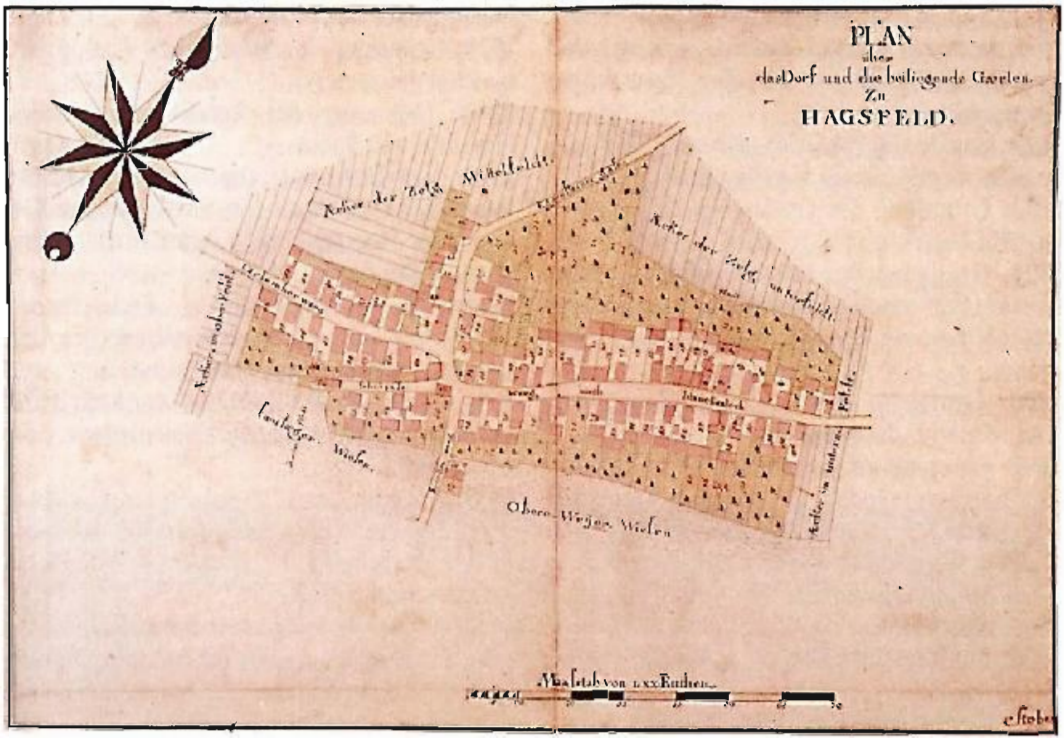


Die 1872 eröffnete Nähmaschinenfabrik Gritzner in Durlach

1896–1897: Durlach erhält eine moderne Wasserversorgung, die die Pumpbrunnen durch Wasserhähne ablöst. Die steigende Einwohnerdichte verlangt nach einer modernen Infrastruktur. Seit 1890 gibt es in Durlach eine Fernsprechanlage, seit 1900 eine elektrische Straßenbahn nach Karlsruhe statt der bisherigen Dampfbahn und seit 1907 eine öffentliche Bad- und Schwimmanstalt. 1899 erwirbt die Stadt das bisher privat betriebene Gaswerk.
1897: Mit Dr. Philipp Reichardt tritt der erste hauptamtliche Bürgermeister sein Amt an.
1898: Grundsteinlegung der St.-Peter-und-Paul-Kirche, der ersten katholischen Kirche in Durlach seit der Einführung der Reformation 1556.
1907, 23. September: Einweihung des von dem Architekturbüro Wellbrock und Schäfers entworfenen Neubaus für das zum Vollgymnasium erweiterte Progymnasium. Die Friedrichschule war für die wachsenden Schülerzahlen zu klein geworden. Seit der Verlegung des Gymnasiums nach Karlsruhe hatte Durlach kein Gymnasium.
1911: Eröffnung des neuen Bahnhofs an seiner heutigen Stelle. Beginn der Arbeiten am Hauptkanal für die Kanalisation.
1915: Einweihung der Hindenburgschule, heute Pestalozzischule. Einführung der elektrischen Straßenbeleuchtung
1918–1919: Durlach verliert, da es zur entmilitarisierten Zone gehört, seine Garnison.
1921: Eingemeindung des Dorfes Aue.
1922 und **1925:** Anläßlich einer Demonstration gegen die Ermordung des Außenministers Walther Rathenau stürmen Demonstranten das Rathaus und werfen die dort befindlichen Fürstenbildnisse auf den Marktplatz, wo sie zerstört werden. Durch diesen „Bildersturm" und durch die Auseinandersetzungen anläßlich der Reichspräsidentenwahl 1925 bestätigt die Stadt ihren Ruf als „das rote Durlach".
1924: Durlach, seit Jahrhunderten Amtsstadt, verliert seinen Status als Bezirksamtsstadt. Bis auf drei werden die Gemeinden des bisherigen Amtsbezirks Durlach dem Amtsbezirk Karlsruhe zugeteilt.
1925: Seit diesem Jahr hat Durlach ununterbrochen die meisten Erwerbslosen aller mittleren badischen Städte. 1931 leben in der Stadt 18 000 Einwohner, davon sind 1 800 arbeitslos und 500 Wohlfahrtsempfänger.
1926: Beginn der Arbeiten für die Verlegung der Pfinz.
1931: Der Gemeinderat faßt den Beschluß, mit Karlsruhe Verhandlungen über eine Eingemeindung aufzunehmen. Die Zurückhaltung der Landeshauptstadt und der Umschlag der öffentlichen Meinung in Durlach, die gegen eine Eingemeindung ist, läßt die Stadträte noch im gleichen Jahr die Verhandlungen abbrechen.
1933: Der ehemalige Bürgermeister Jean Ritzert wird in „Schutzhaft" genommen, zahlreiche Verhaftungen und Haussuchungen. Die Nationalsozialisten lösen die Arbeitersport- und Gesangvereine in Durlach und Aue auf und verbieten sie.
1938, 1. April: Durlach wird der Landeshauptstadt Karlsruhe gegen den Willen der Durlacher zwangseingemeindet. Die Stadt zählt 19 014 Einwohner. *Susanne Asche*

Hagsfeld

991: Im Güterbuch des Abtes Edelinus von Weißenburg aus dem 13. Jahrhundert wird für das Jahr 991 der Ort erstmals unter dem Namen „Habachesfelt" erwähnt.
1261, 2. Dezember: Papst Urban IV. bestätigt, daß die Höfe in „Hagesvelt" dem 1094 gegründeten Kloster Gottesaue gehören.
1373: Erwähnung von Einnahmen der Mechthildis von Sponheim, Markgräfinwitwe von Baden, aus dem „Henstenhof" in Hagsfeld.
1453: Markgraf Jakob I. vermacht Hagsfeld seinem Sohn Georg.



Plan von Hagsfeld und den umliegenden Gärten aus dem Jahre 1788

1499: Erwähnung der Laurentiuskirche als Eigentum des Klosters Gottesaue.
1556: In der Markgrafschaft Baden-Durlach, zu der Hagsfeld seit 1535 gehört, wird die Reformation eingeführt. Der letzte katholische Pfarrer von Hagsfeld, Peter Koch, stirbt wenig später als letzter Mönch im Kloster Gottesaue.
1637: Infolge des Dreißigjährigen Krieges zählt der Ort nur noch elf Familien. 1650 sind es noch 45 Einwohner.
1656: Erste Erwähnung eines Lehrers.
1689: Die Schule wird im Rathaus oder im Haus des Schulmeisters abgehalten.
Bis auf wenige Häuser, z. B. das Rathaus, wird der Ort im Pfälzischen Erbfolgekrieg von französischen Truppen zerstört.
1735: Neubau des Gasthauses „Zur Krone".
1739: Erweiterung der Laurentiuskirche.
1741: Hagsfeld zählt 268 Einwohner. Die Auswanderungswelle zur Jahrhundertmitte wird durch Gesetze eingedämmt, so daß 1813 im Ort 489 Einwohner leben, die sich hauptsächlich von Ackerbau und Viehzucht ernähren.
1754: Errichtung des ersten Schulhauses am heutigen Ruschgraben.
1755: Pflasterung der Hauptstraße und Anlage einer Abflußrinne.
1784: Vollendung des Pfarrhausbaus.
1818: Einzäunung des Hardtwaldes zum Schutz des Jagdreviers und der Felder vor Wildschäden.
1828: Nach dem Hardt-Vertrag wird der Bau- und Brennholzbezug aus dem Hardtwald für Hagsfeld und acht andere Gemeinden erstmals urkundlich festgelegt.
1846: Erbauung der zweiten Schule durch Residenzbaumeister Carl Küntzle.
1851: Hagsfeld zählt 908 Einwohner und 110 Häuser.
1864: Einrichtung einer „Kinderpflegeschule für Kinder von Industriearbeitern".
1866–1869: Abriß des alten Rathauses und Neubau am Platz des alten Hirtenhauses nach Plänen von Leopold Heinrich. Nach dem

Krieg von 1870/71 werden am alten Platz des Rathauses ein Kriegerdenkmal errichtet und zwei Linden gepflanzt, die dem Platz seinen heutigen Namen geben.
1870: Bau des Jägerhauses, das nach 1963 dem Ausbau der Waldstadt weichen muß.
1873: Gründung des Gesangvereins „Bürgerverein Liederkranz".
1874: Gründung der Freiwilligen Feuerwehr, die sich 1925 einen Spielmannszug angliedert.
1883: Erbauung der dritten Schule im Ruschgraben.
1890: Gründung des Gesangvereins „Frohsinn" durch Industriearbeiter.
1891: Anschluß an die Karlsruher Lokalbahn Durmersheim–Spöck, die den etwa 300 bis 350 Fabrikarbeitern den Weg zur Arbeit nach Karlsruhe verkürzt. Im Ort gibt es nur noch neun Vollerwerbsbauern.
1895: Anschluß an die Bahnlinie nach Mannheim und Bau eines Bahnhofs. Gründung des Turnvereins.
1898: Es existieren drei Fußballvereine.
1909: Verlegung einer Gasleitung.
1911: Eröffnung des vierten Schulhauses. Hagsfeld hat 2 000 Einwohner.
1920: Gründung der Schuhfabrik Raupp, die bis 1974 produziert.
1922: Stillegung der Lokalbahn zwischen Hagsfeld und Spöck.
1930: Aufteilung der „abgesonderten Gemarkung Hardtwald" an die angrenzenden Gemeinden. Hagsfeld erhält einen fast hundertprozentigen Gebietszuwachs.
1933: Die 1907 gegründete „Freie Turnerschaft" und der „Arbeitersportverein" werden von den Nationalsozialisten verboten.
1936: Verlegung des Bahnhofs der Lokalbahn vor den Bahnübergang der Eisenbahnstrecke nach Mannheim.
1937: Anstelle des 1818 angelegten Hirschkanals, der der Wildtränkung diente, wird der Pfinzentlastungskanal gebaut, der vor Hochwasser schützen soll.
1938, 1. April: Eingemeindung nach Karlsruhe auf Anordnung des Reichsstatthalters in Baden, Robert Wagner. 1933 hatte die NSDAP den Hagsfelder Wunsch auf eine Eingliederung nach Karlsruhe noch abgelehnt. Hagsfeld zählt 2 761 Einwohner.

Hohenwettersbach

1262, 9. Februar: Erste urkundliche Erwähnung von „Durrenwetersbach".
1281, 25. Mai: „Durrenweitersbach" fällt mit anderen Besitzungen des Grafen von Eberstein an Markgraf Hermann von Baden.
1295–1491: Urkundliche Erwähnungen belegen Landbesitz der Klöster Herrenalb und Lichtental, der Grafen von Württemberg und des Spitals Ettlingen in dem Ort.
1535: Mit der Teilung Badens fällt die Grundherrschaft des Ortes, wo 1568 32 Hofstätten existieren, an Baden-Durlach.
1615: Der Ort brennt bis auf fünf Häuser ab.
1648: Am Ende des Dreißigjährigen Krieges leben nur noch wenige Einwohner in Dürrenwettersbach.
1706: Der spätere Markgraf und Karlsruher Stadtgründer Karl Wilhelm erwirbt nach einem Rechtsstreit von der Witwe des markgräflichen Oberstallmeisters Terzy von Cronental die Güter der Gemarkung Dürrenwettersbach. Er nennt sie nun Hohenwettersbach.
1710: Anlage des Dorfbrunnens, aus dem bis 1892 die Wasserversorgung erfolgt.
1725: Karoline von Wangen, uneheliche Tochter des Markgrafen Karl Wilhelm und seit 1711 Besitzerin des Gutes Hohenwettersbach, vermählt sich mit dem markgräflichen Obermarschall und Obervogt Wilhelm Friedrich Schilling von Canstatt.
1740: Bau des ersten Schulhauses.
1742: Bau der Kirche an der Dorfstraße im barocken Stil.
1760–1763: Neubau eines zweistöckigen Her-

renhauses. Die landwirtschaftlichen und die Bauarbeiter dürfen sich auf herrschaftlichem Grund als Kolonisten Häuser bauen. Der Baugrund und das von ihnen bewirtschaftete Land wird jedoch nicht ihr Eigentum.

1799: Nach Aufhebung der Leibeigenschaft in Baden im Jahre 1783 schließt die Grundherrschaft mit den Ortsansässigen Aufnahmeverträge ab. Darin werden Fronpflichten und Abgaben festgesetzt. Wer nicht unterzeichnet, muß das Dorf verlassen.

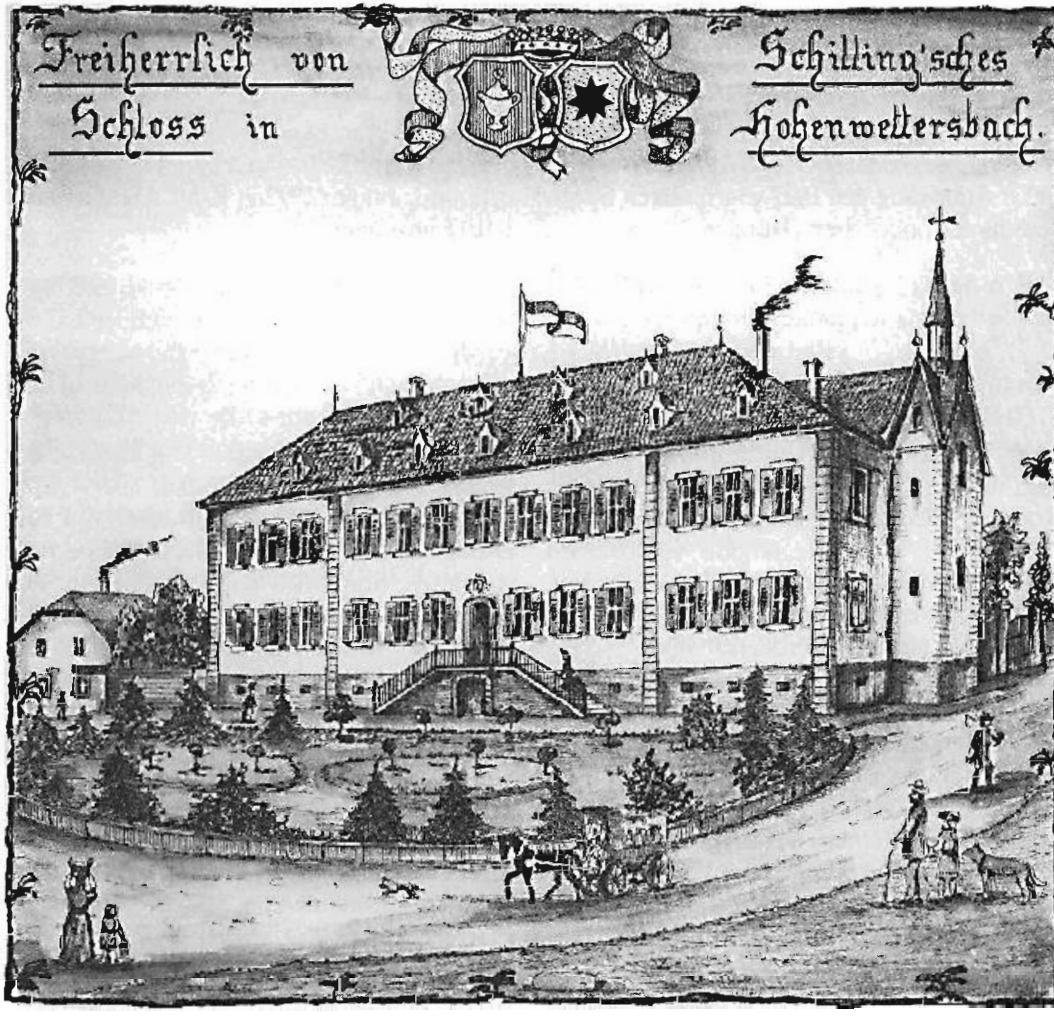
1806: Die Hohenwettersbacher, die sich u. a. durch Heimarbeit, Arbeit in Steinbrüchen und Wandergewerbe ihren Unterhalt verdienen, erzielen mit der Herstellung von Zündhölzern einen Gewinn von 400 Gulden.

1813: Die Grundherrschaft verliert die niedere Gerichtsbarkeit. Jakob F. Pfanndörfer wird zum ersten Stabhalter gewählt und vom Oberamt mit der Wahrnehmung polizeilicher Befugnisse beauftragt.

1831: Hohenwettersbach zählt 625 Einwohner.

1839: Zerstörung der Kirche durch einen Brand. Neubau an gleicher Stelle 1841.

1848: Die Revolution stärkt den Freiheitswillen der Hohenwettersbacher. Sie fordern in einer Klageschrift an den Landtag die Erhebung zur selbständigen Gemeinde.

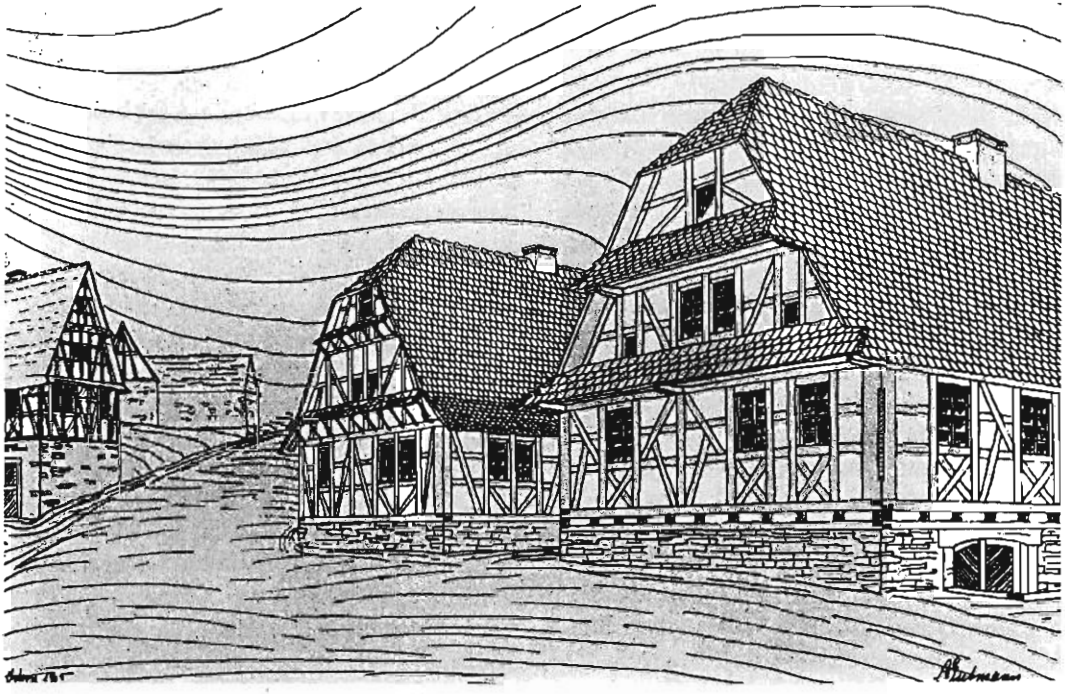


Das Hohenwettersbacher Herrenhaus vor 1897

1864, 1. Oktober: Das Gesetz zur Bildung der selbständigen Gemeinde vom 22. Juni 1863 tritt in Kraft. Damit finden jahrzehntelange Auseinandersetzungen, in deren Verlauf auch die Auswanderung der Kolonisten nach Amerika geplant und ein Heiratsverbot verhängt wurden, ihr Ende. Der neue Ort hat 438 Einwohner und eine Gemarkung von etwa 300 Morgen Land.
1873: Gründung des Gesangvereins „Liederkranz–Liedertafel Hohenwettersbach".
1876: Bau der Tiefentalstraße.
1892: Die Wasserversorgung erfolgt über den Hochbehälter des Zweckverbandes Alb-Pfinz-Hügelland bei Busenbach.
1910: Die Einwohnerzahl ist auf 715 angestiegen.
1921/22: Einführung der Elektrizität.
1925: Gründung der Freiwilligen Feuerwehr.
1931: Die seit 1864 getrennten Gemarkungen des Hofgutes und des Ortes werden vereinigt.
1933: Auflösung des 1892 gegründeten Sportvereins aus politischen Gründen.
1935: Errichtung der Kapelle für die katholische Pfarrei.
1945, 7. April: Bei der Besetzung des Dorfes durch die Franzosen kommen vier Einwohner ums Leben.
Die Neugründung des Sportvereins erfolgt noch in diesem Jahr.
1947: Die Zahl der Einwohner wächst von 744 im Jahr 1939 durch den Zustrom von Flüchtlingen auf 942.
1951: Fertigstellung des unterirdischen Kanals für den Tiefentalbach im Ortsetter.
1960, 2. September: Einweihung des neuen Schulhauses.
1960: Gründung des Musikvereins.
1962, 15. Juni: Einführung der geordneten Müllabfuhr.
1971, 19. Dezember: Unterzeichnung des Eingemeindungsvertrags in Hohenwettersbach durch Bürgermeister Erwin Gräber und Oberbürgermeister Otto Dullenkopf. Der Vertrag tritt am 1. Januar 1972 in Kraft. Der Ort zählt 1 410 Einwohner.

Stupferich

1100: Ersterwähnung von Stupferich um die Jahrhundertwende als „Stutpferrich" in einer Kopie des Codex Hirsaugiensis aus dem 16. Jahrhundert. Graf Reginbodo von Malsch überträgt dem Kloster Hirsau die Kirche und weitere Besitzungen zu Stupferich. Der Ortsname weist auf eine Pferdezucht hin.
1110: Das Kloster Hirsau hat das Patronat über die Stupfericher Kirche.
1292: Die badischen Markgrafen sind Lehensherren des Ortes Stupferich. Das Lehen ist je zur Hälfte an Albert von Stupferich und an Heinrich von Stupferich ausgegeben.
1296: Ritter Albert Hofwart von Sickingen verkauft eine Hälfte des Dorfes an das Kloster Herrenalb. Ein Ortsadel ist für die Jahre 1283 bis 1318 nachweisbar.
1303: Markgraf Friedrich II. gestattet seinem Lehnsmann Heinrich von Stupferich, Leibeigene, Gülten und Güter in Stupferich an das Kloster Herrenalb zu verkaufen.
1307: Das Kloster Herrenalb kauft von dem Durlacher Bürger Werner Bersche eine Roggengült in Stupferich und besitzt damit den ganzen Ort.
1308: Das Kloster Herrenalb tauscht einige Stupfericher Besitzungen gegen markgräfliche Güter zu Malsch und Forchheim.
1526: Markgraf Philipp I. kauft Stupferich vom Kloster Herrenalb.
1535: Stupferich fällt bei der Teilung der Markgrafschaft mit dem Amt Ettlingen an den Markgrafen Bernhard IV. von Baden-Baden.
1661: Das Jesuitenkolleg Ettlingen betreut die Pfarrei Stupferich.
1683: Nachdem das Dorf im Dreißigjährigen Krieg stark in Mitleidenschaft gezogen worden war, leben wieder 17 Familien im Ort.



Partie aus Stupferich mit typischen Fachwerkbauten

1760: Bau der Kirche St. Cyriak.
1852: Die Bevölkerung ist von 662 im Jahr 1816 auf 934 angestiegen. Das ist ein vorläufiger Höchststand, der erst wieder nach dem Ersten Weltkrieg erreicht wird. Diese Stagnation in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wird durch eine starke Abwanderung in größere Orte und die Auswanderungsbewegung nach Übersee verursacht.
1880: Gründung der Stumpenfabrik Karl Gräber sen., die bis 1954 produziert.
1886: Gründung des Gesangvereins „Eintracht".
1891: Gründung der Freiwilligen Feuerwehr.
1892: Gründung der Sparkasse.
Mit der neuen Wasserleitung für die Gemeinden des Alb-Pfinz-Plateaus erhält der Ort eine neue Wasserversorgung, die bis dahin über Zisternen und Brunnen erfolgte.
1896: Gründung des Turnvereins.
1897: Gründung des Möbelwerks Becker.
1901: Bau des Rathauses.
1912: Gründung des Fußballvereins „Frankonia".
1914–1918: Im Ersten Weltkrieg fallen 26 Soldaten aus Stupferich, einer gilt als vermißt.
1921: Bau der Volksschule.
1925: Gründung des Omnibusunternehmens Joseph Vogel, das eine Buslinie nach Durlach einrichtet.
1927: Gründung des Musikvereins „Lyra".
1939–1945: 198 Soldaten aus Stupferich fallen im Zweiten Weltkrieg oder gelten als vermißt.
1946: Nach dem Zweiten Weltkrieg lassen sich 360 Heimatvertriebene im Ort nieder, in dem 1939 1 031 Einwohner lebten.
1962: Einweihung der neuen Volksschule.
1972, 1. Januar: Stupferich, das als erste Gemeinde im Zuge der Verwaltungsreform mit Karlsruhe am 20. November 1971 einen Vertrag unterzeichnete, wird eingemeindet. Am 20. Oktober des Vorjahres hatten bei einer Bürgeranhörung 85 Prozent der Wahlberechtigten für die Eingemeindung gestimmt.
Der Ort zählt 2 101 Einwohner.

Ernst Otto Bräunche

1261, 2. Dezember: Erste schriftliche Nennung des Ortes. In einer Urkunde bestätigt Papst Urban IV. dem Kloster Gottesaue u. a. Klostergüter und Gerechtsame in „Wolvoldeswilere".
1329: Erste urkundliche Erwähnung einer Kirche und eines Pfarrers in „Wolfhartswilre". Eine Urkunde des Jahres 1488 nennt als Namen der Pfarrkirche „St. Margarethen".
1416: Heinrich von Gertringen kauft Markgraf Bernhard einen Teil des Ortes ab. Der Sohn des Markgrafen erwirbt diesen Besitz 1439 zurück.
1419: Ein Grabstein an der Kirche weist dieses Jahr als Todesjahr des Ritters Pleich von Waldeck nach. Seine Familie besaß vermutlich oberhalb des Ortes eine Burg, die womöglich auf Mauerresten eines römischen Wartturms errichtet wurde.
1480: Das Kloster Gottesaue erwirbt den „Steinhof" in „Wolferzwilr" von Mathias Wihlin und Bernhard Luz. Im Jahre 1531 erwirbt die Gemeinde den Steinhof und verkauft ihn im selben Jahr an den Markgrafen weiter. Auf diesem historischen Boden entsteht in den 1950er Jahren ein neues Wohnviertel.
1535: Bei der Teilung Badens fällt Wolfartsweier an die Markgrafschaft Baden-Durlach.
1556: Einsetzung des ersten lutherischen Pfarrers durch Markgraf Karl II.
1648: Am Ende des Dreißigjährigen Krieges hat auch Wolfartsweier große Verluste zu verzeichnen. Das Langhaus der Kirche aus dem 13. Jahrhundert ist zerstört, Pfarrhaus und -scheune sind niedergebrannt, das Pfarrgut verwildert. Es sollen nur noch sieben Einwohner (Frauen und Kinder bleiben ungezählt) hier gelebt haben.
1689: Im Pfälzischen Erbfolgekrieg fallen sechs Häuser, darunter das Rathaus, und fünf Scheunen der Brandschatzung zum Opfer.
1698: In Wolfartsweier leben zehn Bürger, das

Kirche und Friedhof in Wolfartsweier

ist nur noch die Hälfte gegenüber 1688. Als Schulmeister wirkt Johann Andreas Feigler, der die offensichtlich zahlreich vorhandenen Kinder der lebenden wie der in den Kriegswirren umgekommenen Bürger unterrichtet.

1700: Um die Jahrhundertwende wird ein neues Rathaus gebaut, das 1935 erneuert wird.

1702–1800: Bis 1750 verzeichnen die Kirchenbücher sieben, danach 78 Eheschließungen. Die Zahl der Geburten liegt vor der Jahrhundertmitte bei 49, danach bei 326. Die Kindersterblichkeit beträgt etwas mehr als 50 Prozent.

1741: Das Dorf wird von einem Hochwasser des Wetterbachs hart getroffen. Sämtliche Stege werden weggerissen, Äcker und Wiesen hoch überschwemmt.

1744–1745: Erneuerung des Langhauses der Dorfkirche.

1767/1778: Im Kirchenbuch dieser beiden Jahre finden sich Hinweise auf zwei Gastwirtschaften, das „Rößle" und den „Schwanen". Das „Rößle" ist seit 1813 bis zu seiner Schließung 1965 im Besitz der Familie Postweiler. Es zählt u. a. Johann Peter Hebel und Viktor von Scheffel zu seinen Gästen.

1802: Friedrich Weinbrenner legt beim Hedwigshof die Grundmauern eines römischen Gutshofes frei. 1926 führt der Kunsthistoriker Professor Wulzinger die Arbeiten fort und entwirft ein genaues Bild der 180 m im Geviert messenden Anlage.

1837: Wolfartsweier zählt 370 Einwohner, von denen 1840 an einem „Nervenfieber" 43, meist junge Leute, sterben.

1892: Gründung des „Allgemeinen Sportvereins".

1897: Gründung des Gesangvereins „Liederkranz".

1899: Bau der Immanuels-Kapelle der Evangelischen Gemeinschaft, der 1902 eine Kleinkinderschule für alle Kinder des Dorfes angegliedert wird.

1901: Die Gemeinde zählt 506 Einwohner, darunter fünf Katholiken. Im Dorfleben macht sich die Umwandlung von der reinen Bauerngemeinde zur Arbeitergemeinde bemerkbar. Viele Kleinbauern suchen ihren Verdienst in den Fabriken Durlachs und Karlsruhes.

1904: Gründung des Radfahrervereins.

1907: Das alte Schulhaus, ein 1749 zu diesem Zweck erworbenes Wohnhaus neben dem Gasthaus „Zum Rößle", wird durch einen Neubau am Ortsausgang nach Ettlingen ersetzt.

1907: Eröffnung der Munitionsfabrik der Dynamit Nobel AG (Genschow), die 1953 den charakteristischen Schrotturm errichtet.

1910: Gründung des Krankenpflegevereins, der eine Krankenpflegestation unterhält.

1924: Gründung des Musikvereins „Einheit".

1930: Zum Gedenken an die 25 im Krieg 1914–1918 gefallenen Wolfartsweierer wird am Volkstrauertag ein Denkmal geweiht. Es ist eine Erweiterung der Gedenktafel für die Kriegsteilnehmer 1870/71 vor der Kirche. Nach 1945 werden hier auch die Namen der 50 Gefallenen und 33 Vermißten des Zweiten Weltkrieges verzeichnet.

1933: Ablösung von Bürgermeister Adolf Klenert durch die Nationalsozialisten.

1936: Eröffnung des Schwimmbades.

1938: Gründung der Freiwilligen Feuerwehr.

1950: In der Gemeinde leben 1 010 Einwohner, darunter 688 evangelische und 189 katholische, sowie etwa 180 Vertriebene.

1963: Einweihung der Fest- und Turnhalle (Schloßberghalle) der Gemeinde mit der nachgeholten 700-Jahr-Feier Wolfartsweiers, zu der ein historischer Festzug organisiert wird.

1969: Neubau des Rathauses. Das alte Rathaus wird Rot-Kreuz-Station und Feuerwehrhaus.

1970, 1. Januar: Der Ort wird selbständige Pfarrei. Der Bau eines neuen Gemeindezentrums und Pfarrhauses, die am 11. November 1973 eingeweiht werden, sind in Planung. Die Verdolung des Wettersbachs ist abgeschlossen.

1971: Die Firma Dynamit Nobel AG stellt ihren Betrieb ein, womit ca. 350 Arbeitsplätze verlorengehen.

1973, 1. Januar: Der am 13. Dezember unterzeichnete Eingemeindungsvertrag tritt in Kraft. Der Gemeinderat mit Bürgermeister Hermann Ringwald hatte sich am 29. November 1972, anders als die Wolfartsweierer Einwohner, für die Eingemeindung entschieden. Der Ort zählt 2 605 Einwohner.

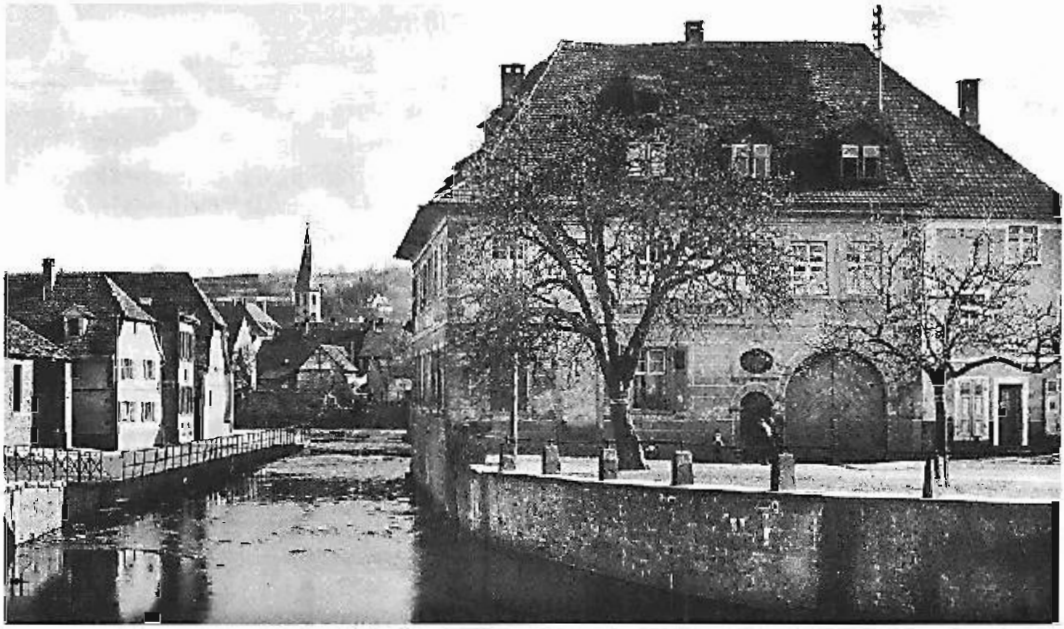
Grötzingen

991: Erste urkundliche Erwähnung von Grötzingen als Besitztum des Klosters Weißenburg.
1255: Erste urkundliche Erwähnung der Dorfkirche.
1272: Markgraf Rudolf I. von Baden ist Lehnsträger von Grötzingen, das Dorf seitdem im Herrschaftsgebiet der Markgrafen von Baden, ab 1535 (nach der Teilung der Markgrafschaft) von Baden-Durlach.
1505/06: Abtrennung der Durlacher Gemarkung, die aus der Grötzinger entstanden ist.
1556: Einführung der Reformation.
1563: Befreiung vom Besthaupt, d. h. der Abgabe des besten Stück Viehs beim Tode des Bauern an den Markgrafen.
1583: Bau des Rathauses, das 1668 seine heutige Gestalt erhält. Grötzingen ist mit 281 Fronpflichtigen eine blühende Gemeinde.

Das Grötzinger Rathaus

1618–1648: Der Dreißigjährige Krieg und die Pest lassen die Bevölkerung verarmen. Das Dorf liegt darnieder, die wirtschaftliche Entwicklung wird um Jahrzehnte zurückgeworfen.

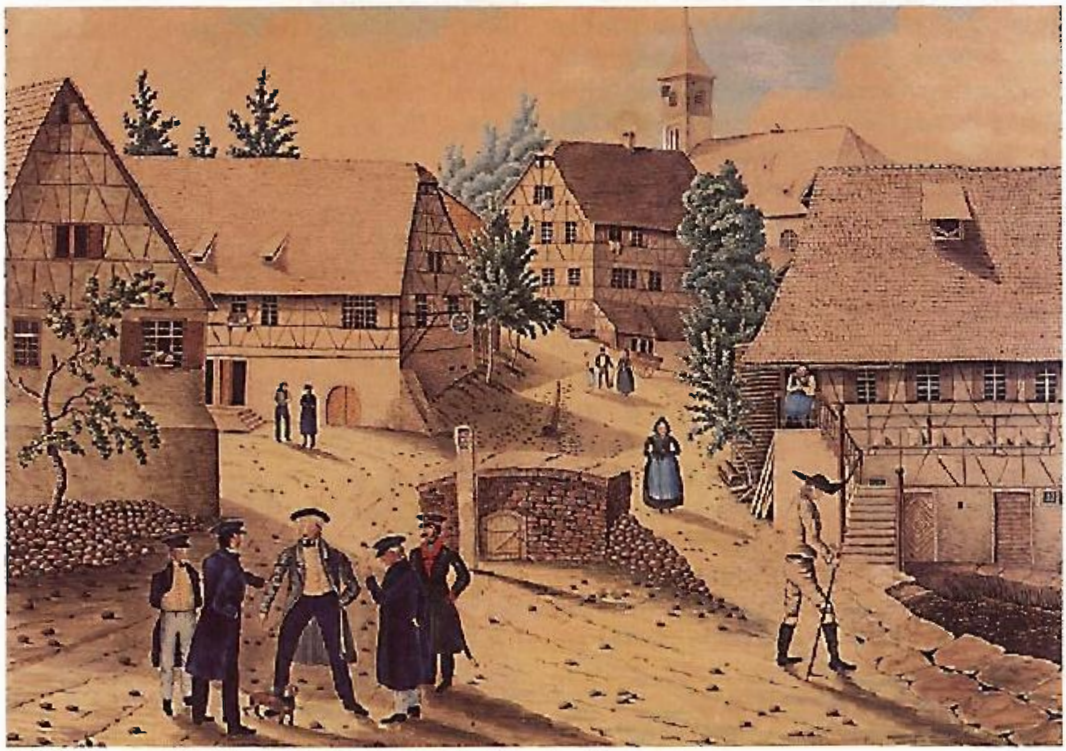
1689, August: Das Dorf wird im Pfälzischen Erbfolgekrieg verwüstet und teilweise niedergebrannt.
1698: Das Grötzinger Schloß, seit Markgraf Christoph I. (1475–1527) in markgräflichem Besitz, wird zeitweise, bis die zerstörte Karlsburg in Durlach wiederaufgebaut ist, zum Wohnsitz des Markgrafen Friedrich Magnus. Seine Gattin Augusta Maria läßt das Schloß zu seiner heutigen Gestalt ausbauen, seitdem heißt es nach ihr Augustenburg.
1698–1715: Für den Wiederaufbau Durlachs und die Errichtung Karlsruhes wird in Grötzingens Steinbrüchen der Buntsandstein gebrochen, für dessen Transport 1766/67 der Steinschiffkanal angelegt wird.
1798: Einweihung der Synagoge, die auch die Durlacher Juden besuchen.
1839: Vertrag über die Zehntablösung, für die das Dorf 24 987 Gulden zahlen muß. In den folgenden Jahren wandern viele Einwohner aufgrund der wirtschaftlichen Not aus.
1847: Gründung des Gesangvereins „Eintracht", der 1849 verboten wird.
1848, 10.–12. März: Gewalttätigkeiten gegen die Juden, die auf ihr Bürgerrecht verzichten müssen.
1849: Während der Revolution hat das Dorf eine Bürgerwehr, die sich jedoch an den Kämpfen nicht beteiligt. Am 25. Juni wird Grötzingen von preußischen Truppen besetzt.
1859: Eröffnung der Bahnlinie Durlach–Wilferdingen.
1868: Gründung der Privatsparkasse.
1888: Friedrich Kallmorgen läßt sich nieder. Es entsteht die Malerkolonie, der Otto und Jenny Fikentscher, Gustav Kampmann, Franz Hein u. v. a. angehören.
1890: Eröffnung des Zweigwerks der seit 1896 so firmierenden Karlsruher „Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik" („Patron"), die 1900 240 Arbeiter beschäftigt. Das Grötzinger Eisenwerk hat 1914 380 Arbeiter.
1910: Anschluß an das Durlacher Gas- und Wasserwerk.



Blick auf das Gasthaus „Kanne" in Grötzingen

1920: Das folgende Jahrzehnt ist eine Blütezeit des Vereinslebens.
1930: Zunahme der Arbeitslosigkeit. Die Gemeinde läßt in Notstandsarbeiten einige Straßen kanalisieren und das Rathaus renovieren. Zur Behebung der Wohnungsnot wird das Gasthaus „Bären" zum Wohnhaus umgebaut.
1931, 7. Mai: Letzte große Überschwemmung des Dorfes durch die Pfinz.
1931, November: Einweihung der katholischen Heilig-Kreuz-Kirche.
1933: Absetzung des bisherigen Bürgermeisters. Auflösung der Arbeitervereine „Bahnfrei", „Liederkranz" und des „Musikvereins".
1934: Beginn der Pfinzkorrektion und Bau der Wiesenäckersiedlung.
1938, 10. November: Zerstörung der Synagoge durch Nationalsozialisten.
1940, 22. Oktober: Die 21 noch in Grötzingen lebenden Juden werden nach Gurs deportiert.
1944, 24./25. April: Großer Luftangriff auf Grötzingen. Das Dorf wird zu 24 Prozent zerstört.
1945, 5. April: Kampflose Besetzung durch die Franzosen. In den folgenden Jahren kommen Flüchtlinge und Vertriebene in das Dorf. Bis 1950 wächst die Zahl der Einwohner von 4 232 im Jahre 1939 auf 5 255.
1949: Gründung der Arbeitsgemeinschaft „Heimatfreunde". Die Vereine erwachen zu neuem Leben.
1954–1958: Erstellung von sieben Bauernhöfen im „Brühl".
1957: Heinrich-Dietrich-Schule eröffnet. Der Erweiterungsbau wird 1975 eingeweiht.
1963: Kauf der Augustenburg durch das Land, die bis 1979 zum Wohnstift umgebaut wird.
1966: Beginn der Erschließung des Gewerbegebietes Roßweid.
1969: Das Dorf gewinnt den 1. Preis des Dorfverschönerungswettbewerbes des Landkreises.
1974, 1. Januar: Mit der Eingemeindung nach Karlsruhe, deren Vertrag Bürgermeister Herbert Schweizer und Oberbürgermeister Otto Dullenkopf am 12. Dezember 1973 unterzeichnet haben, endet das mehrjährige Ringen um den Zusammenschluß mit Karlsruhe oder den heute zur Gemeinde Pfinztal zusammengeschlossenen Orten Berghausen, Söllingen, Kleinsteinbach und Wöschbach. Der Ort zählt 7 264 Einwohner. *Susanne Asche*

1278: Erste Erwähnung der evangelischen Pfarrkirche.
1289: Die Namensform „Grünenweterspach" taucht in den Quellen auf; bis dahin wird in der Regel der Name „Weddirsbach, Weterspach" erwähnt. Verschiedene Grundherren waren im Spätmittelalter in Grünwettersbach begütert, so die Herren von Remchingen, von Württemberg, von Baden sowie insbesondere das Kloster Herrenalb.
1348, 22. Mai: Der Archidiakon und Propst von St. German in Speyer überträgt die Patronatsrechte der Pfarrkirche zu Grünwettersbach dem Deutschorden.
1350, 7. Juni: Erstmals wird mit Bertsch Fuchs von Ettlingen ein Grünwettersbacher Schultheiß urkundlich erwähnt.
1369, 5. Oktober: Die Edelknechte Balsam und Kraft von Wettersbach werden als Ortsadlige genannt.
1534: Einführung der Reformation. Anstellung des ersten evangelischen Pfarrers.
1535: Säkularisation des Klosters Herrenalb durch Herzog Ulrich von Württemberg und damit Übergang von Grünwettersbach an Württemberg. Grünwettersbach gehört daraufhin zum württembergischen Oberamt Neuenbürg, umgeben von badischem Territorium.
1553: Das Kirchenpatronatsrecht geht an Württemberg über.
1648: Nach dem Dreißigjährigen Krieg leben in Grünwettersbach nur noch 15 Einwohner.
1689: Plünderung und Brand durch die Franzosen im Pfälzischen Erbfolgekrieg.
1743: Bau des Pfarrhauses.
1755: Bau des Schulhauses an der heutigen Kirchstraße 8.
1782: Grünwettersbach hat 575 Einwohner.
1783: Neuerrichtung des 1781 abgebrochenen Langhauses der evangelischen Kirche, deren



Der Kirchstaig in Grünwettersbach um die Mitte des 19. Jahrhunderts

Turm als ältestes Bauwerk des Dorfes aus dem 13. Jahrhundert stammt.

1806, 19. Oktober: Grünwettersbach fällt durch Tausch an das Großherzogtum Baden (Amt Durlach).

1812: Grünwettersbach hat 777 Einwohner.

1833, 2. März: Unterzeichnung des Fronablösungsvertrags zwischen der Großherzoglichen Forstverwaltung und der Gemeinde Grünwettersbach.

1837, 11. August: Ein schweres Unwetter richtet Schäden in Höhe von 33 415 Gulden an.

1846: Abbruch des alten Schulgebäudes und Bau eines neuen Schulhauses.

1846, 26. Februar: Unterzeichnung des Zehntablösungsvertrags zwischen dem Großherzoglich-badischen Domänenärar und der Gemeinde Grünwettersbach.

1848: Grünwettersbach hat 1 056 Einwohner.

1856: Gründung des Gesangvereins „Sängerhain".

1881, Oktober: An der Stelle des 1880 abgebrochenen alten Rathauses wird das neue eingeweiht.

1887, 13. August: Antrag beim Gemeinderat auf Errichtung einer „Cigarrenfabrik" durch die Fabrikanten Riger & Co aus Karlsruhe.

1892: Gründung des „Allgemeinen Sportvereins". Fertigstellung der Leitung zur Wasserversorgung durch den Zweckverband Alb-Pfinz-Hügelland.

1900: Grünwettersbach hat 1 163 Einwohner.

1933: Ablösung des seit 13 Jahren amtierenden Bürgermeisters Josef Lehmann.

1944, 28. September: Bei einem schweren Jagdbomberangriff, der wohl der im Ort gelegenen Marinenachschubeinheit gilt, stirbt ein Soldat. Es gibt weiter zwei Schwerverletzte und zahlreiche Gebäudeschäden.

1945, 7. April: Besetzung durch die Franzosen.

1945: Grünwettersbach hat 1 399 Einwohner. Nach dem Zweiten Weltkrieg finden 178 Heimatvertriebene und Flüchtlinge aus den ehemals deutschen Ostgebieten ein neues Zuhause in Grünwettersbach.

1971: Grünwettersbach hat 3 300 Einwohner.

1971, 23. Juli: Grundsteinlegung zum Bau der neuen Grund- und Hauptschule.

1972, 1. Januar: Zusammenschluß von Grünwettersbach und Palmbach zu einer Fusionsgemeinde unter dem Namen „Wettersbach".

1975, 1. Januar: Der am 28. Juni 1974 in Wettersbach unterzeichnete Eingemeindungsvertrag mit Karlsruhe tritt in Kraft. Der Ort zählt 4 766 Einwohner, davon 3 393 im Ortsteil Grünwettersbach.

Angelika Herkert

Palmbach

1701: Aus Hessen-Darmstadt kommend, gründen 28 Waldenserfamilien den Ort La Balme. Sie dürfen sich auf der Gemarkung Grünwettersbach, die seit dem Dreißigjährigen Krieg und den Verwüstungen durch französische Truppen 1689 zum Teil verödet ist, niederlassen. Der Ortsname erinnert an das Heimatdorf La Balme im Chisonetal in den Alpen, von wo die Waldenser wegen ihres Glaubens vertrieben worden waren. Noch im 18. Jahrhundert bürgert sich für den Ort der Name Palmbach ein.

1720: Da das den Waldensern überlassene Land zur Ernährung nicht ausreicht, erhalten zwölf Familien die Erlaubnis zur Auswanderung.

1722: Palmbach erhält mit Jaques Resplandin seinen ersten eigenen Pfarrer.

1725: Bau der ersten Kirche. Der schlichte Fachwerkbau wird am 25. November eingeweiht.

1729: Errichtung eines Pfarrhauses.

1806: Palmbach, bisher dem Amt Neuenbürg (Württemberg) zugehörig, wird infolge der Bildung des Großherzogtums Baden dem Amt Durlach angegliedert und damit badisch.

1809: Errichtung des ersten Schulhauses und

Waldenser-Ehepaar vor seinem 1752 erbauten Waldenser Haus in Palmbach (abgebrochen 1972)

Anstellung des ersten deutschen Lehrers. Zuvor wurden die Kinder von Ortsansässigen französisch und deutsch unterrichtet.

1829: In Palmbach sind nach einem amtlichen Bericht über die Vermögensverhältnisse „zwei Drittel der Gemeinde vergantet, die übrigen hart mit Schulden gedrückt". Es existieren zwei Gastwirtschaften.

1844: Einrichtung des Rathauses in einem 1790 erbauten Wohnhaus.

1870: In Palmbach zeichnet sich ein Strukturwandel ab. Viele Bauern verdienen in nahe gelegenen Steinbrüchen oder den entstehenden Fabriken in Durlach, Karlsruhe und Ettlingen ein Zubrot. In den Jahren 1830–1870 entschieden sich 84 der etwa 300 Einwohner für die Auswanderung nach Übersee, um ihre Existenzbedingungen zu verbessern.

1886: Gründung des Gesangvereins „Harmonie".

1892: Die Wasserversorgung wird durch den Beitritt zum Wasserversorgungsverband des Alb-Pfinz-Plateaus langfristig gesichert.

1902: Bau eines neuen Rat- und Schulhauses.

1905: Gründung eines Turnvereins. Er wird 1947 in „Turn- und Sportverein" umbenannt.

1906: Bau einer neuen Kirche im neugotischen Stil.

1914: Fertigstellung des neuen Pfarrhauses.

1925: Einrichtung einer Buslinie nach Durlach. Im Ort leben 392 Einwohner.

1935: Der Dorfbach ist kanalisiert.

1939: Gründung einer Freiwilligen Feuerwehr.

1944, 4. Dezember: Palmbach wird bei einem Luftangriff auf Karlsruhe in Mitleidenschaft gezogen. Ein Einwohner stirbt, der Chor der Kirche wird zerstört.

1954: Die Einwohnerzahl ist durch den Zustrom von Flüchtlingen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten von 427 im Jahre 1938 auf etwa 550 angestiegen. Im Ort existieren 60 landwirtschaftliche Klein- und Nebenerwerbsbetriebe. Über 100 Palmbacher arbeiten in Fabriken in Durlach, Karlsruhe, Ettlingen und auch Pforzheim.

1958/1964: Mit der Erschließung von 33 bzw.

66 Bauplätzen vollzieht sich der Wandel des Ortsbildes, das Dorf wird zum ländlichen Wohnort.

1966: Die Zahl der Bauern hat sich von 48 im Jahre 1946 auf 14 verringert, die Zahl der Arbeiter ist von 112 auf 249 gestiegen.

1972, 1. Januar: Palmbach bildet mit Grünwettersbach die neue Gemeinde Wettersbach. Die Hoffnung, damit die Selbständigkeit zu sichern, erfüllt sich nicht.

1975, 1. Januar: Eingemeindung von Wettersbach nach Karlsruhe. Danach erhält Palmbach als Karlsruher Ortsteil den ursprünglichen Namen. Der Ortsteil zählt 1 373 Einwohner.

Neureut

1260: Erste urkundliche Erwähnung in einem Vertrag zwischen Markgraf Rudolf I. und dem Kloster Gottesaue vom 15. April über eine Neurodung (Novale, Neureut) und Dorfgründung des Markgrafen auf Eggensteiner Gemarkung.

1273: Neureut wird anläßlich der Belagerung Mühlburgs durch König Rudolf geplündert.

1275: Markgraf Rudolf I. schenkt dem Kloster Gottesaue die Dörfer Rintheim und Eggenstein ohne Neureut, das seit diesem Zeitpunkt als selbständige Gemeinde anzusehen ist.

1424: Neureut wird von den Gegnern Markgraf Bernhards I. geplündert, die das benachbarte Wasserschloß Mühlburg belagern.

1525: Die Ämter Mühlburg und Durlach, damit auch Neureut, schließen sich dem Bauernaufstand an. Nach der Niederlage der Aufständischen huldigt Neureut am 29. Mai wieder dem Markgrafen.

1535: Bei der Teilung der Markgrafschaft Baden fällt Neureut mit Pforzheim, Mühlburg und Durlach an Markgraf Ernst, den Begründer der Durlacher Linie.

1556: Der Ort wird unter Markgraf Karl II. evangelisch.

1563: Die Neureuter kaufen sich von der Leibeigenschaft frei.

1636: Während des Dreißigjährigen Krieges fliehen die Neureuter nach Durlach, da ihr Dorf gemeinsam mit Knielingen und Eggenstein von drei Reiterabteilungen besetzt ist.

1688–1697: Im Pfälzischen Erbfolgekrieg wird Neureut in Mitleidenschaft gezogen, die Dorfbewohner verlassen zeitweise den Ort.

1699: Französische Glaubensflüchtlinge – Hugenotten – gründen in unmittelbarer Nachbarschaft Welschneureut.

1720: Welschneureut erhält eine eigene Kirche, die bereits 1751 durch einen Neubau ersetzt werden muß.

1731: Der bis dahin zur Pfarrei Mühlburg gehörige Ort Teutschneureut – so die Bezeichnung für den alten Ort – erhält einen eigenen Pfarrer, der zugleich die Schulmeisterstelle übertragen bekommt.

1754: In Welschneureut wird der erste Ziehbrunnen errichtet.

1774/75: Bau eines Schulhauses in Teutschneureut.

1807: Bau eines Schul- und Rathauses in Welschneureut.

1846: In beiden Orten entstehen Gesangvereine „Liederkranz".

1851: Einweihung des Hardthauses, das sich an dem Vorbild des von August Hermann Francke in Halle begründeten Waisenhauses orientiert.

1854: Wegen des zunehmenden Wohnungsmangels wird ein Ortsbauplan aufgestellt, der neues Baugelände zwischen Mitteltorstraße und Kirchhof ausweist.

1856: Bau des Teutschneureuter Rathauses.

1859: In beiden Orten entstehen Frauenvereine.

1870: Die Neureuter Bemühungen um einen Anschluß an die Eisenbahnlinie Mannheim–Graben–Karlsruhe sind vergeblich. Die Eisenbahn führt östlich an Neureut vorbei.

1876/77: Bau eines neuen Schulhauses in

Hauptstraße in Welschneureut mit der 1741 fertiggestellten und 1944 bei einem Luftangriff zerstörten Kirche

Teutschneureut, das 1959 dem Erweiterungsbau der jetzigen Nordschule weichen muß.

1884: Bau des heutigen alten Welschneureuter Schulhauses.

1884–1888: Bau der Teutschneureuter Kirche.

1886: In Welschneureut wird eine Freiwillige Feuerwehr gegründet.

1892: Der Turnverein Welschneureut, heute „TuS Neureut", wird gegründet.

1895: Gründung einer Freiwilligen Feuerwehr in Teutschneureut.

Ungefähr 600 Teutschneureuter Männer fahren täglich nach Karlsruhe zur Arbeit.

1907: In Welschneureut entsteht der Fußballverein „FC Germania", ein Jahr später folgt in Teutschneureut der „FC Alemannia".

1908/09: Bau eines weiteren Schulhauses in Teutschneureut.

1912: Welschneureut erhält ein dem Teutschneureuter ähnliches Schulhaus.

In Welschneureut werden erstmals zwei sozialdemokratische Gemeinderäte gewählt.

1913/14: Verhandlungen mit der Stadt Karlsruhe über den Bau einer Straßenbahnverbindung werden erfolgreich abgeschlossen. Bei Kriegsbeginn werden die gerade begonnenen Arbeiten allerdings eingestellt und nach dem Ersten Weltkrieg nicht wieder aufgenommen.

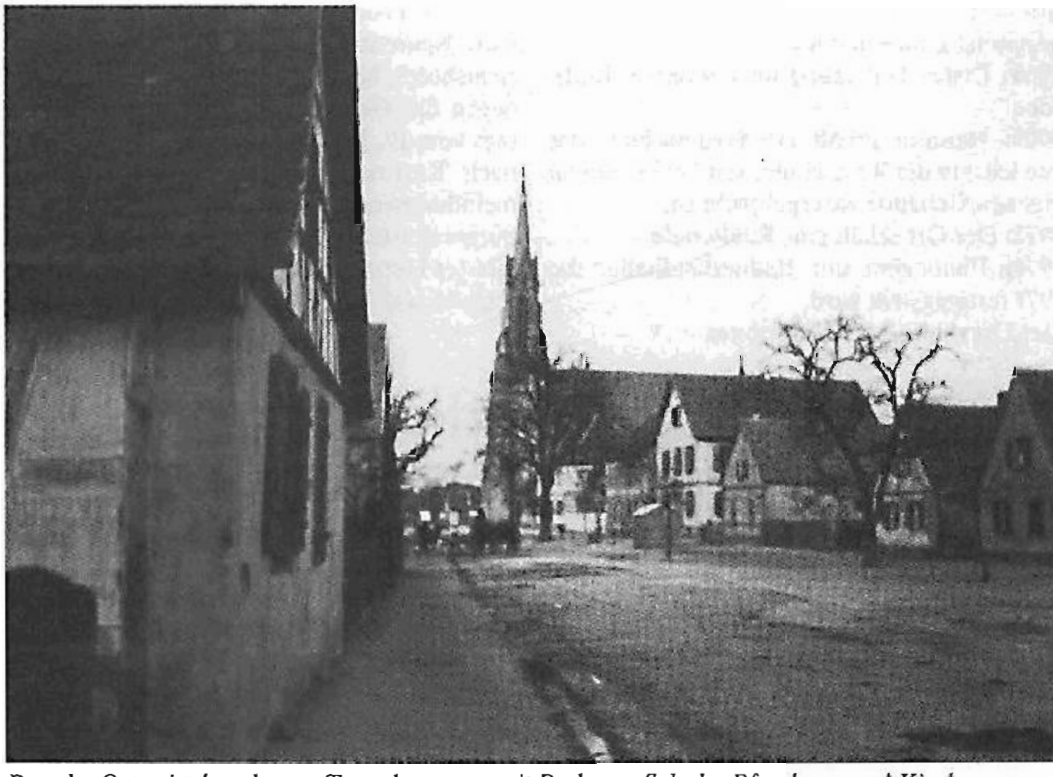
1914: Rund 900 Arbeitskräfte, 600 aus Teutschneureut, pendeln nach Karlsruhe. Die traditionelle Arbeit in der Landwirtschaft wird zum größten Teil von den Frauen ausgeführt. Der seit der Mitte des 19. Jahrhunderts einsetzende Wandel von einem Bauerndorf zu einem Arbeiterdorf ist damit vollzogen. Die Gemeinden zählen 1910 zusammen 3 603 Einwohner.

Die Matzenfabrik Strauß nimmt ihren Betrieb auf. Zu diesem Zeitpunkt bestehen schon eine Lackfabrik, eine Zementfabrik und eine Dampfsägerei.

Neureut erhält von Karlsruhe elektrischen Strom.

1914–1918: Im Ersten Weltkrieg fallen 45 Soldaten aus Welschneureut und 103 aus Teutschneureut.

1921: In Welschneureut errichtet eine Siedlungsgenossenschaft die ersten zwei Häuser in der Gartensiedlung am Hardtwaldrand.



Der alte Ortsmittelpunkt von Teutschneureut mit Rathaus, Schule, Pfarrhaus und Kirche

1923: Gründung der Majolikafabrik.
1925: Zur Behebung der nach dem Ersten Weltkrieg einsetzenden Wohnungsnot wird eine Siedlungsgesellschaft gegründet.
1929–1935: Bau der Kirchfeldsiedlung.
1933: Gleichschaltung beider Gemeinden, erzwungener Rücktritt der Bürgermeister, die durch Nationalsozialisten ersetzt werden.
1935, 1. November: Welschneureut wird nach Teutschneureut eingemeindet. Der Ort heißt nun „Neureut (Baden)".
1938/39: Mehrere hundert Westwallarbeiter werden einquartiert.
1944: Bei dem schweren Luftangriff auf Karlsruhe am 27. September 1944 werden in Neureut 18 Häuser, das Hardthaus und die Welschneureuter Kirche fast völlig zerstört. Seit 1940 war auch das Dorf Neureut immer wieder von Luftangriffen betroffen, die zahlreiche Verletzte und 31 Menschenleben forderten. 238 Soldaten aus Neureut fallen im Zweiten Weltkrieg, weitere 67 gelten als vermißt.
1950: Aus der ehemaligen Gartensiedlung wird in den folgenden Jahren der neue Ortsteil Heide.
1951: Bau einer Wasserleitung. Bis dahin wurde der Ort mit Brunnen versorgt.
1954: Einweihung der Waldschule.
1956: Mitte Oktober überschreitet Neureut die 10000-Einwohnergrenze. In der Nachkriegszeit hatten sich zahlreiche Flüchtlinge niedergelassen, die zu diesem Zeitpunkt mehr als ein Drittel der Bevölkerung ausmachen. Der größte Teil der Neubürger wohnt in der Kirchfeldsiedlung und der Neuen Siedlung, die im Anschluß an die Kirchfeldsiedlung entstand.
1960: Neureut feiert 850 Jahre Ersterwähnung. Man ging irrtümlich davon aus, daß in einer Urkunde König Heinrichs V. für das Kloster Gottesaue aus dem Jahr 1110 Neureut bereits genannt wurde. Bei der dort aufgeführten Neurodung „Novale" handelt es sich aber noch nicht um Neureut. Mit fast 11000 Ein-

wohnern ist Neureut größte baden-württembergische Landgemeinde.

1964: Erstes Hallenbad im Landkreis Karlsruhe.

1969: Neureut erhält ein Gymnasium, das zunächst in der Waldschule, seit 1973 in einem eigenen Gebäude untergebracht ist.

1972: Der Ort erhält eine Realschule.

1974: Baubeginn der Badnerlandhalle, die 1977 fertiggestellt wird.

Der Ort zählt 13 645 Einwohner.

1975, 14. Februar: Nach heftigem Widerstand wird Neureut mit dem Urteil des Staatsgerichtshofes, bei dem die Gemeinde eine Klage gegen das Gemeindereformgesetz des Landtags vom 19. Juli 1974 angestrengt hatte, doch nach Karlsruhe eingemeindet. Der Eingemeindungsvertrag wird am 10. April von Oberbürgermeister Otto Dullenkopf und Bürgermeister Hermann Meinzer im Haus Solms unterzeichnet.

Ernst Otto Bräunche

Kurzbiographien, Gemarkungs- und Bevölkerungsentwicklung, Erwerbsstruktur, Wahlergebnisse, Auswahlbibliographie

Kurzbiographien der badischen Regenten, der Bürgermeister und Oberbürgermeister, Ehrenbürger und Ehrenmedaillenträger der Stadt Karlsruhe

Die in den Tabellen 1–4 enthaltenen biographischen Kurzinformationen sollen erste Angaben zum Lebenslauf herausragender Persönlichkeiten für die Geschichte und Entwicklung der Stadt bieten.
Die Kurzbiographien haben ein einheitliches Schema, das nach Amtszeit bzw. Gemeinderatsbeschluß Namen, Lebensdaten, erlernten Beruf und dann wichtige Stationen im beruflichen, vor allem aber im öffentlichen Leben der jeweiligen Persönlichkeit verzeichnet. Die Rekonstruktion von Lebensläufen ist häufig trotz großen Zeitaufwandes nicht lückenlos möglich. Die Daten erreichen daher nicht überall die gleiche Dichte.
Die Liste der Bürger- und Oberbürgermeister der Stadt basiert auf neueren Forschungen und weicht von bisherigen Übersichten deutlich ab. Sie enthält Korrekturen der zeitlichen Abfolge, der Schreibweise der Namen und bisher unbekannte Daten.

Tabelle 1

Die Regenten von Baden-Durlach und Baden 1709–1918

1709, 25. Juni – 1738, 12. Mai
Markgraf Karl Wilhelm (28. Januar 1679 Durlach – 12. Mai 1738 Karlsruhe), Sohn von Markgraf Friedrich Magnus, verheiratet seit 27. Juni 1697 mit Magdalena Wilhelmine von Württemberg (7. September 1677 – 30. Oktober 1742).
1738, 12. Mai – 1746, 22. November
Markgraf Karl August (14. November 1712 Durlach – 31. Mai 1786 Durlach), erster Sohn von Markgraf Christoph d. Ä., Neffe von Markgraf Karl Wilhelm, unverheiratet. Landesadministrator und Vormund von Karl Friedrich.
1746, 22. November – 1811, 10. Juni
Markgraf/Kurfürst/Großherzog Karl Friedrich (22. November 1728 Karlsruhe – 10. Juni 1811 Karlsruhe), erster Sohn von Erbprinz Friedrich, Enkel von Markgraf Karl Wilhelm, verheiratet seit 28. Januar 1751 mit Karoline Luise von Hessen-Darmstadt (11. Juli 1723 – 8. April 1783) und seit 24. November 1787 mit Luise Karoline Geyer von Geyersberg, spätere Reichsgräfin von Hochberg (26. Mai 1768 – 23. Juli 1820).
Markgraf Karl Friedrich herrschte nach dem Aussterben der männlichen Linie der Markgrafen von Baden-Baden seit 1771 über die vereinigten Markgrafschaften von Baden. Am 8. Mai 1803 verkündet Karl Friedrich die Annahme der Würde des Kurfürsten seines vergrößerten Landes und am 13. August 1806 die des Großherzogs des nochmals vergrößerten Großherzogtums Baden.
1811, 10. Juni – 1818, 8. Dezember
Großherzog Karl (8. Juni 1786 Karlsruhe – 8. Dezember 1818 Rastatt), Sohn von Erbprinz Karl Ludwig, Enkel von Großherzog Karl Friedrich, verheiratet seit 8. April 1806 mit Stephanie Beauharnais (28. August 1789 – 29. Januar 1860), der Adoptivtochter Napoleons I. Großherzog Karl war seit 26. November 1806 Mitregent seines greisen Großvaters.
1818, 8. Dezember – 1830, 30. März
Großherzog Ludwig I. (9. Februar 1763 Karlsruhe – 30. März 1830 Karlsruhe), dritter Sohn von Großherzog Karl Friedrich aus erster Ehe, unverheiratet.
1830, 30. März – 1852, 24. April
Großherzog Leopold (29. August 1790 Karls-

ruhe – 24. April 1852 Karlsruhe), erster Sohn Großherzog Karl Friedrichs aus zweiter Ehe, verheiratet seit 25. Juli 1819 mit Sophie Wilhelmine von Schweden (21. Mai 1801 – 6. Juli 1865).

1854, 24. April – 1907, 28. September
Großherzog Friedrich I. (9. September 1826 Karlsruhe – 28. September 1907 Schloß Mainau), zweiter Sohn von Großherzog Leopold, verheiratet seit 20. September 1856 mit Luise von Preußen (3. Dezember 1838 – 23. April 1923), der Tochter des späteren deutschen Kaisers Wilhelm I. Am 21. Februar 1852 übernahm Prinz Friedrich die Stellvertretung des schwer erkrankten Großherzogs Leopold, mit Zustimmung seines Bruders, des geisteskranken Erbgroßherzogs Ludwig II., trat er am 24. April 1852 die Regentschaft an und wurde nach dessen Tod am 5. September 1856 Großherzog.

1907, 28. September – 1918, 22. November
Großherzog Friedrich II. (9. Juli 1857 Karlsruhe – 9. August 1928 Badenweiler), Sohn von Großherzog Friedrich, verheiratet seit 20. September 1885 mit Hilda von Nassau (5. November 1864 – 8. Februar 1952).
Mit dem Regierungsverzicht vom 22. November 1918 endete in Baden die Monarchie.

Tabelle 2

Bürgermeister (1718–1812) und Oberbürgermeister (seit 1812) der Stadt Karlsruhe

1718, 24. März – 1720, 20. August
Johannes Sembach (geb. in Straßburg – 20. August 1720 Karlsruhe), Wirt des „Waldhorn" und Kaufmann.

1721–1723
Johannes Ludwig (geb. in Durlach), Bäckermeister.

1724–1733
Georg Adam Ottmann (geb. 1684 in Durlach), Hofglaser.

1733–1738
Johannes Ernst Kaufmann, Apotheker, seit 1726 Stadtapotheke.

1738–1744
Johann Cornelius Roman (geb. in Durlach), Kaufmann.

1744–1746
Johann Ernst Kaufmann (s. o.).

1746–1750
Johann Christian Maschenbauer, Hofbuchdrucker, Sohn des Andreas Jakob M.

1750–1753
Johann Cornelius Roman, (s. o.).

1753–1763
Johann Sebald Kreglinger (1702 Feuchtwangen – 1764 Karlsruhe), Wirt und Posthalter.

1763–1765
Johann Cornelius Roman, (s. o.).

1765–1773
Georg Jakob Fink, Metzgerzunftmeister und Stadtbaumeister.

1773–1781
Christoph Hennig, Kürschner und Stadtbaumeister.

1781–1799
Christian Ludwig Schulz, Hofsäckler und Stadtbaumeister.

1799–1800
Georg Friedrich Trohmann, Hofmetzger und Stadtbaumeister.

1800–1809
Gabriel Bauer, Gewichtseicher und Steinsetzer im Stadtrat.

1809–1816
Wilhelm Christian Griesbach (8. April 1772 Karlsruhe – 16. April 1838 Karlsruhe), Inhaber von Tabakfabriken in Karlsruhe und Ettlingen sowie einer Lederfabrik in Rüppurr, 1812 Mitbegründer der ersten Karlsruher Musikschule, 1813 Mitbegründer der späteren Handelskammer, 1818 Vorstandsmitglied des neugeschaffenen Badischen Kunstvereins, 1819–1823 Mit-

glied des ersten badischen Landtags, Initiator des 1833 eröffneten „Pfründnerhauses" für alte und gebrechliche Menschen. Griesbach wurde 1809 nach den neuen Bestimmungen als zweiter Bürgermeister der Stadt nach Johannes Sembach unmittelbar von den Bürgern gewählt.
Seit 1812 führt das Karlsruher Stadtoberhaupt die Bezeichnung Oberbürgermeister. Die wachsenden Aufgaben der Stadtverwaltung hatten erstmals eine zweite Bürgermeisterstelle erforderlich gemacht. Der amtierende Bürgermeister Wilhelm Christian Griesbach wurde Karlsruhes erster Oberbürgermeister.

1816–1830, 18. September

Bernhard Dollmaetsch (22. März 1780 Karlsruhe – 8. Mai 1845 Karlsruhe), 1809 Stadtverrechner, 1812 zweiter Bürgermeister, 1816–1830 Oberbürgermeister, 1822–1828 Mitglied des badischen Landtags, seit 1830 Kammerrat und Oberrevisor im Ministerium des Innern.

1830, 25. November – 1833, 15. Februar

August Klose (20. Juli 1791 Karlsruhe – 23. März 1872 Hofstetten, Gemeinde Goldwil, Kanton Bern), Bankier und Kaufmann, Inhaber der lithographischen Kunstanstalt und des Karlsruher Kunstverlags, 1830–1833 und 12. Mai – 9. September 1847 Oberbürgermeister (aufgrund der Gemeindeordnung von 1831 im Jahre 1832 als Karlsruher Oberbürgermeister direkt von den Ortsbürgern gewählt), 1831/32 Mitglied des badischen Landtags.

1833–1847

Christian Karl Füeßlin (1783–1854 Karlsruhe), Kaufmann, Mitinhaber der „Spezerey- und Eisenwarenhandlung" Schmieder und Füeßlin, 1813 Mitbegründer und Vorstandsmitglied der späteren Handelskammer, 1825–1828 Mitglied des badischen Landtags, 1833–1847 Oberbürgermeister.

1847, 12. Mai – 9. September

August Klose, (s. o. 1830–1833).

1847, 8. Oktober – 1848, 26. Mai

Ludwig Daler (1797 – 13. Mai 1870 Karlsruhe), 1823–1869 Stadtverrechner, 1847–1848 Oberbürgermeister.

1848, 4. Juli – 1870, 30. Juni

Jakob Malsch (19. Januar 1809 Karlsruhe – 12. Dezember 1896 Karlsruhe), Ausbildung zum Buchdrucker, 1839 Gründung der Druckerei Malsch und Vogel in Karlsruhe, 1847 Mitglied des Bürgerausschusses, 1848–1853 Mitglied des badischen Landtags, 1848–1870 Oberbürgermeister, 1871–1881 Stadtverordneter, 1869–1878 Mitglied der Ersten Kammer des badischen Landtags, 1877–1883 Mitglied des Vorstandes der altkatholischen Kirche Karlsruhe.

1870, 30. Juni – 1892, 11. April

Wilhelm Florentin Lauter (11. Februar 1821 Lörrach – 11. April 1892 Karlsruhe), Studium der Kameralwissenschaften in Heidelberg, 1845 Wiesenbautechniker bei der Hofdomänenkammer, ab 1848 als Wiesenbaumeister im Staatsdienst, 1857 Beurlaubung und 1863 Austritt aus dem Staatsdienst zur Betätigung im Tabakanbau und als Vertreter der Berliner Diskonto-Gesellschaft, 1870–1892 Oberbürgermeister, 1873–1874 Mitglied des badischen Landtags.

1892, 25. April – 1906, 6. Dezember

Karl Schnetzler (20. November 1846 Rastatt – 6. Dezember 1906 Karlsruhe), Jurastudium, seit 1873 im badischen Staatsdienst, ab 10. Mai 1875 Bürgermeister, 1892–1906 Oberbürgermeister, 1895/96 Landtagsabgeordneter (Nationalliberale Partei), 1905 Vorstandsmitglied des neu gegründeten Deutschen Städtetags.

1906, 22. Dezember – 1919, 10. Oktober

Karl Siegrist (8. November 1862 Säckingen – 29. Oktober 1944 Karlsruhe), Jurastudium, ab 1890 als Referendar bei der Stadtverwaltung Karlsruhe, 1892 Wahl zum Zweiten Bürgermeister, 1901 Erster Bürgermeister, 1906–1919 Oberbürgermeister, 1907 Mitglied der Ersten Kammer des badischen Landtags, 1919 Mitglied der Kreisversammlung des Kreises Karlsruhe.

1919, 19. September – 1933, 8. Mai

Dr. Julius Finter (23. Januar 1872 Feuerbach bei Kandern – 19. Mai 1941 Freiburg), Jurastudium, Dr. jur. in Heidelberg, 1900–1908 Richter in Mannheim, zuletzt Landgerichtsrat, 1908–1919 Bürgermeister in Mannheim, 1919–1933 Oberbürgermeister (Zwangsablösung durch die Nationalsozialisten), 1928 Ehren-

Wilhelm Christian Griesbach

Bernhard Dollmaetsch

August Klose

Christian Karl Füeßlin

Jakob Malsch

Wilhelm Florentin Lauter

Karl Schnetzler

Karl Siegrist

Dr. Julius Finter

doktor der Technischen Hochschule Karlsruhe.

1933, 18. Mai – 1938, 25. Juli

Friedrich Jäger (25. Juli 1873 Emmendingen – 30. März 1955 Karlsruhe), mittlerer Beamter im Staatsdienst, 1903 Übertritt in die Stadtverwaltung Karlsruhe, 1928 Ernennung zum Direktor der Stadthauptkasse, 1930 Stadtratsmitglied und NSDAP-Fraktionsvorsitzender, 1933–1938 von den Nationalsozialisten für den unfreiwillig zurückgetretenen Vorgänger zum Oberbürgermeister gewählt; 1949 von der Karlsruher Spruchkammer als Belasteter eingestuft, 1950 Einstellung des Entnazifizierungsverfahrens gemäß Gesetz vom 3. April 1950.

1938, 1. Oktober – 1945

Dr. Oskar Hüssy (4. August 1903 Säckingen – 4. März 1964 Säckingen), Jurastudium in der Schweiz und München, 1928 Dr. jur. in Basel, 1929–1935 technischer Betriebsleiter in der väterlichen Baumwollweberei in Murg/Baden, 1923 Mitbegründer der NSDAP-Ortsgruppe Säckingen, Teilnahme am Münchener Putschversuch der Nationalsozialisten, 1935–1938 Vorsitzender des NSDAP-Gaugerichts Baden, 1938–1945 Oberbürgermeister, im Zweiten Weltkrieg verschiedene hohe NS-Ämter, nach Kriegsende bis 1948 in französischer Internierungshaft in Freiburg, im Entnazifizierungsverfahren 1949 als Minderbelasteter eingestuft, bis 1963 in der Textilbranche tätig.

1945, 4. April – 2. August

Joseph Heinrich (29. März 1879 Karlsruhe – 15. November 1955 Karlsruhe), nach mittlerer Reife 1896 Eintritt in die Stadtverwaltung, 1937 Stadtdirektor, von den Nationalsozialisten als Amtsvorstand (Steueramt) einem Parteimitglied unterstellt, 1945 von der französischen Besatzungsmacht zum (kommissarischen) Bürgermeister ernannt, 1946 Zurruhesetzung, 1954 Bundesverdienstkreuz.

1945, 3. August – 1946, 31. Dezember

Dr. Hermann Veit (13. April 1897 Karlsruhe – 15. März 1973 Karlsruhe), Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, 1926–1945 Rechtsanwalt in Karlsruhe, am 3. August 1945 von der amerikanischen Besatzungsmacht als Oberbürgermeister eingesetzt, 1946 vom ersten Gemeinderat gewählt und zum 31. Dezember 1946 zurückgetreten, 1946 und 1952/53 Mitglied (SPD) der Verfassunggebenden Landesversammlung, 1946–1949 Mitglied des Landtags von Württemberg-Baden und 1956–1973 von Baden-Württemberg, 1947–1960 Wirtschaftsminister von Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg, 1951–1960 stellv. Ministerpräsident, 1964–1973 erster stellv. Landtagspräsident, 1949–1963 Mitglied des Bundestags, 1965 Ehrenbürger der Stadt Karlsruhe.

1947, 20. Januar – 1952, 31. Mai

Friedrich Töpper (2. Dezember 1891 Karlsruhe – 29. Juni 1953 Karlsruhe), seit 1919 selbständiger Kaufmann, 1919–1922 Mitglied des Bürgerausschusses (SPD), 1922–1933 Stadtrat, 1933 Schutzhaft, 1944 Gefängnis, 1945–1947 Stadtrat und Vorsitzender der SPD-Fraktion, 1945–1947 Präsident der Industrie- und Handelskammer Karlsruhe, 1946–1950 Mitglied des Landtags von Württemberg-Baden, 1947–1952 Oberbürgermeister, Bundesverdienstkreuz 1952.

1952, 30. Juni – 1970, 29. Juni

Günther Klotz (21. März 1911 Freiburg – 7. April 1972 Karlsruhe), Studium und Staatsprüfung am Badischen Staatstechnikum in Karlsruhe, Bauleiter und Konstrukteur bei Industriefirmen und Behörden, zuletzt Geschäftsführer, 1946–1950 Leiter der Aufräumungs-Arbeitsgemeinschaft-Karlsruhe, 1947–1952 Mitglied des Gemeinderats (SPD), 1952–1970 Oberbürgermeister, Ehrenbürger der Partnerstadt Nancy und 1970 von Karlsruhe.

1970, 1. Juli – 1986, 30. Juni

Otto Dullenkopf (11. Februar 1920 Karlsruhe), Bankkaufmann, 1939–1945 Kriegsdienst, 1946 Bezirksleiter der Katholischen Jugend Karlsruhe, 1947 Kreisvorsitzender der Jungen Union Karlsruhe, 1948 Landesgeschäftsführer der CDU, 1947–1961 Mitglied des Gemeinderats (1959–1961 CDU-Fraktionsvorsitzender), 1956–1970 Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg, 1961–1970 Bürgermeister, 1968–1970 Vorsitzender der CDU-Nordbaden, 1970–1986 Oberbürger-

meister, 1986 Ehrenbürger der Stadt Karlsruhe.

1986, 1. Juli

Prof. Dr. Gerhard Seiler (21. Oktober 1930 Karlsruhe), 1958 Promotion im Fach Volkswirtschaftslehre, 1971 Habilitation an der Universität Karlsruhe, Lehrtätigkeit und zahlreiche Veröffentlichungen, seit 1959 Beschäftigung bei der Stadt Karlsruhe, 1963–1968 Direktor der Städtischen Rheinhäfen, 1968 Stadtkämmerer, ab 1977 im Rang eines Bürgermeisters verantwortlich für Wirtschaft und Finanzen, seit 1983 Erster Bürgermeister, seit 1979 Mitglied des Kreisvorstandes der CDU, 1980–1984 Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg, seit 1986 Oberbürgermeister.

Tabelle 3

Ehrenbürger der Stadt Karlsruhe

1821, 16. März

Wilhelm Ludwig Leopold Reinhard Freiherr von Berstett (6. April 1769 Berstett bei Straßburg – 16. Februar 1837 Karlsruhe), 1790–1804 im österreichischen Militärdienst, zuletzt im Generalstab, seit 1809 badischer Kammerherr, 1816–1831 badischer Minister des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, 1820–1831 Präsident des badischen Staatsministeriums.

1821, 16. März

Karl Christian Freiherr von Berckheim (12. August 1774 Lörrach – 1. März 1849 Karlsruhe), 1797–1806 nach Jurastudium im badischen Justizdienst, 1806–1812 Oberhofmeister der verwitweten Markgräfin Amalie, 1813–1831 badischer Minister des Innern, in dieser Zeit zeitweilig badischer Bundestags-Gesandter in Frankfurt und zeitweiliger Leiter des Staatsministeriums, 1831 Pensionierung und weiter Mitglied der Ersten Kammer des Landtages.

1830, 20. Oktober

Georg Stulz von Ortenberg (17. Februar 1771 Kippenheim/Ortenaukreis – 17. November 1832 Hyères/Südfrankreich), Wohltäter und Stifter u. a. für das neue Pfründnerhaus in Karlsruhe. Stulz, Sohn eines Schneiders, erwarb seinen Reichtum in England als „Modekönig von London" und wurde von Großherzog Leopold 1832 geadelt.

1833, 25. April

Karl Benjamin Friedrich Scholl (5. August 1792 Gochsheim – 30. Oktober 1867 Karlsruhe), nach Schreibereidiensten in Württemberg und dann Baden seit 1816 in der badischen Finanzverwaltung, 1835–1861 Direktor der staatlichen Amortisationskasse in Karlsruhe, Gründer verschiedener sozialer und karitativer Organisationen, u. a. des Vereins zur Rettung sittlich verwahrloster Kinder im Großherzogtum Baden.

1834, 1. März

Karl Ludwig Freiherr von Lotzbeck (20. Februar 1786 Lahr – 18. Januar 1873 München), Inhaber einer Tabakfabrik und Großgrundbesitzer. Königlich-bayerischer und Großherzoglich-badischer Kammerherr, 1819 Abgeordneter im ersten badischen Landtag, seit 1834 Mitglied der Ersten bayerischen Kammer, Befürworter des deutschen Zollvereins, Förderer von Kunst und Wissenschaft, Stiftungen u. a. für die Einrichtung der Gewerbeschule in Karlsruhe.

1834, 1. März

Ferdinand Freiherr von Lotzbeck (12. August 1792 Lahr – 26. Juli 1883 Baden-Baden), Königlich-bayerischer und Großherzoglich-badischer Kammerherr, Gründer sozialer Einrichtungen, Stifter u. a. zusammen mit seinem Bruder Karl Ludwig für die Einrichtung der Gewerbeschule in Karlsruhe.

1839, 5. November

Karl Baumgärtner (10. Januar 1790 Karlsruhe – 8. Oktober 1847 Karlsruhe), seit 1824 Stadtdirektor in Karlsruhe, seit 1839 Direktor der

Regierung des Mittelrheinkreises in Rastatt. Baumgärtner stand von 1830–1838 der Kommission zur Leitung der privaten höheren Töchterschule vor.

1851, 20. März

Dr. Johann Ludwig Josef Klauprecht (26. Dezember 1798 Mainz – 21. April 1883 Karlsruhe), 1827 Mitglied der Forstlehranstalt Gießen, 1834–1857 Professor und Vorstand der Forstschule am Polytechnikum in Karlsruhe, 1848–1857 dessen Direktor, Abgeordneter des badischen Landtags.

1853, 31. August

Karl August Friedrich Stösser (16. April 1792 Karlsruhe – 12. Juli 1874 Karlsruhe), seit 1812 im badischen Justizdienst, 1834 im Innenministerium, 1839–1853 als Stadtdirektor Vorsteher des Stadtamtes Karlsruhe, 1835–1841 Mitglied des badischen Landtags, Mitglied und Förderer mehrerer sozialer Einrichtungen der Stadt.

1871, 21. Februar

Karl August Graf von Werder (12. September 1808 auf dem Vorwerk Schloßberg bei Norkitten/Ostpreußen – 12. September 1887 Grüssow/Pommern), als Sohn eines preußischen Offiziers seit 1824 Karriere im preußischen Militärdienst, 1870/71 Kommandeur der badischen Truppen im Krieg gegen Frankreich, danach bis 1879 Kommandierender General des XIV. Armeekorps mit Sitz in Karlsruhe.

1893, 14. November

Dr. August Lamey (27. Juli 1816 Karlsruhe – 14. Januar 1896 Mannheim), Jurastudium, 1840–1849 im badischen Staatsdienst, 1848–1852 Mitglied des badischen Landtags, seit 1849 Rechtsanwalt in Freiburg, 1856 Professor an der Universität Freiburg, 1859–1860 und 1871–1892 Mitglied des badischen Landtags (Nationalliberale Partei), 1860–1866 Präsident des badischen Ministeriums des Innern, 1868 Vorsitzender des Kreisausschusses Mannheim, 1871–1881 Mitglied des Deutschen Reichstages, journalistische Tätigkeit.

1895, 1. April

Fürst Otto von Bismarck (1. April 1815 Schönhausen/Magdeburg – 30. Juli 1898 Friedrichsruh/Schleswig-Holstein), Jurastudium, 1836–1839 Staatsdienst, danach Leitung des Familienguts in Pommern, 1847 Mitglied des vereinigten preußischen Landtags, Gegner der Paulskirchenverfassung, 1859–1862 preußischer Gesandter in Petersburg und Paris, 1862 preußischer Ministerpräsident, 1871–1890 Reichskanzler.

1900, 22. Oktober

Wilhelm Klose (18. November 1830 Karlsruhe – 31. August 1914 Karlsruhe), nach Besuch des Gymnasiums Ausbildung zum Kunstmaler mit Studienaufenthalten in Italien, Erbe eines großen Familienvermögens, Förderer der Kunst, Wohltäter und Stifter, 1876–1908 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung.

1901, 16. Juli

Dr. Wilhelm Nokk (30. November 1832 Bruchsal – 13. Februar 1903 Karlsruhe), 1859 nach Jurastudium im badischen Staatsdienst, seit 1860 im Innenministerium, 1881–1901 Präsident des badischen Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts, seit 1893 zugleich Präsident des Staatsministeriums.

1911, 27. Juli

August Dürr (29. Juli 1835 Karlsruhe – 14. August 1919 Karlsruhe), Kaufmann, Mitinhaber eines Garn- und Kurzwarengeschäfts, Mitglied im Aufsichtsrat der Karlsruher Lebensversicherung und der Maschinenbaugesellschaft, seit 1866 Mitglied des Bürgerausschusses, 1873–1911 Stadtrat, 1876–1896 Handelsrichter, 1896 in Anerkennung seiner großen Verdienste vom Großherzog zum Kommerzienrat ernannt, Wohltäter und Stifter.

1915, 26. März

Paul von Hindenburg und Beneckendorff (2. Oktober 1847 Posen – 2. August 1934 Neudeck/Westpreußen), 1866 und 1870/71 Kriegsteilnehmer, 1911 nach Generalstabslaufbahn pensioniert, 1914 Oberbefehlshaber in Ostpreußen, 1916–1918 Chef der Obersten Heeresleitung, 1925–1934 Reichspräsident.

1915, 26. März

Erich Köhler (6. September 1873 Göttingen – 4. November 1914 vor den westindischen Inseln), Fregattenkapitän, Kommandant des Kreuzers „Karlsruhe" (Patenschiff der Stadt), der nach einer Munitionsexplosion an Bord

Im Stil der Zeit wurden jeweils die Urkunden für die Karlsruher Ehrenbürger gestaltet

vor den westindischen Inseln am 4. November 1914 unterging.

1916, 29. März

Karl Schrempp (26. Februar 1846 Oberkirch/Ortenaukreis – 4. März 1919 Baden-Baden), Brauereibesitzer, Präsident des mittelbadischen Brauereiverbandes, 1881–1897 Stadtverordneter, Stifter für zahlreiche wohltätige Einrichtungen.

1917, 21. Dezember

Dr.-Ing. e. h. Friedrich Wolff (15. Februar 1833 Karlsruhe – 17. Juni 1920 Karlsruhe), Gründer und Inhaber – zusammen mit seinem Vater – der Firma Wolff und Sohn, 1875–1905 Stadtverordneter, zahlreiche wohltätige Stiftungen.

1919, 28. Juli

Dr.-Ing. e. h. Hans Thoma (2. Oktober 1839 Bernau – 7. November 1924 Karlsruhe), Kunstmaler, 1899–1919 Direktor der Kunsthalle Karlsruhe, Professor an der Akademie der Bildenden Künste Karlsruhe.

1933, 10. Mai – Aberkennung 25. April 1946

Adolf Hitler (20. April 1889 Braunau/Österreich – 30. April 1945 Berlin), bis 1914 ohne gesicherte Existenz, 1914–1918 Kriegsteilnehmer, seit 1920 Vorsitzender der NSDAP, 1923/24 nach Putschversuch in München Festungshaft, 1933 Berufung zum Reichskanzler, 1945 Selbstmord.

1933, 10. Mai – Aberkennung 25. April 1946

Walter Köhler (30. September 1897 Weinheim – 9. Januar 1989 Weinheim), 1929 Mitglied des badischen Landtags (NSDAP, Fraktionsvorsitzender), stellv. Leiter des Gaus Baden der NSDAP, 1933–1945 badischer Minister der Finanzen und der Wirtschaft und Ministerpräsident, 1950 in zweiter Instanz als Belasteter des NS-Systems zu drei Jahren Arbeitslager verurteilt, seit 1952 Generalvertreter einer Versicherung in Karlsruhe.

1933, 10. Mai – Aberkennung 25. April 1946

Robert Heinrich Wagner (ursprünglicher Familienname Backfisch, 13. Oktober 1895 Lindach/heute Eberbach – 14. August 1946 hingerichtet in Straßburg), 1913 Lehrerseminar, 1914–1918 Kriegsdienst, 1919–1923 Leutnant der Reichswehr, 1923 Teilnahme am nationalsozialistischen Putschversuch in München, Festungshaft, 1925 Gründung des Gaues Baden der NSDAP, 1929 Mitglied des badischen Landtags, 1932 Mitglied der NSDAP-Reichsführung, 1933 Mitglied des Reichtages, kommissarischer Ministerpräsident, dann Reichsstatthalter in Baden, 1940 Chef der Zivilverwaltung im Elsaß, 1946 Todesurteil durch ein französisches Militärgericht.

1934, 21. April – Aberkennung 25. April 1946

Dr. Hans Frank (23. Mai 1900 Karlsruhe – 16. Oktober 1946 Nürnberg), 1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, Jurastudium, 1924 Dr. jur., 1927 Rechtsanwalt, 1930 Mitglied des Reichstages (NSDAP), 1933 bayerischer Justizminister, 1933–1934 als Reichskommissar für die Gleichschaltung der deutschen Justiz verantwortlich, 1934–1945 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, 1939–1945 als Generalgouverneur von Polen verantwortlich für die brutale Besatzungspolitik, 1945 Flucht aus Krakau, 1946 im Nürnberger Prozeß zum Tode verurteilt und hingerichtet.

1936, 26. März – Aberkennung 25. April 1946

Hermann Göring (12. Januar 1893 Rosenheim – 15. Oktober 1946 Nürnberg), 1914–1918 Kriegsteilnehmer bei der Luftwaffe, 1922 Führer der SA, 1923–1927 nach dem nationalsozialistischen Putschversuch in München Flucht über Österreich und Italien nach Schweden, 1928 Mitglied des Reichstags (seit 1932 Präsident), 1933 preußischer Ministerpräsident, 1935 Reichsluftfahrtminister und Oberbefehlshaber der Luftwaffe, 1946 nach Todesurteil im Nürnberger Prozeß Selbstmord.

1947, 31. März

Dr. med. h.c., Dr. rer. pol. h.c., Dr.-Ing. E.h. Heinrich Köhler (29. September 1878 Karlsruhe – 6. Februar 1949 Karlsruhe), Zollbeamter, 1911–1919 Stadtverordneter, 1919–1920 Stadtrat, 1913–1927 Abgeordneter der Zentrumspartei im badischen Landtag, 1920–1927 badischer Minister der Finanzen, 1923/24 und 1926/27 badischer Staatspräsident, 1928–1932 Mitglied des Reichstages, 1927–1928 Reichsfinanzminister, 1932 Präsident des badischen Landesfinanzamtes, 1933–1939 in Berlin Un-

ternehmensberater, 1945–1946 Präsident des Landesbezirks Mannheim-Heidelberg bzw. Nordbaden, 1946–1949 Mitglied (CDU) des Landtags von Württemberg-Baden, 1946–1949 stellvertretender Ministerpräsident von Württemberg-Baden, 1946–1949 Wirtschafts- bzw. Finanzminister von Württemberg-Baden.

1948, 16. Mai

Dr. med. h.c. Adam Remmele (26. Dezember 1877 Altneudorf/Rhein-Neckar-Kreis – 9. September 1951 Freiburg, beigesetzt in Karlsruhe), gelernter Müller, Gewerkschaftsfunktionär, Redakteur, 1919–1931 Mitglied des badischen Landtags (SPD), 1919–1928 badischer Minister des Innern, 1925/26 und 1929–1931 zusätzlich badischer Kultus- bzw. Justizminister, 1928–1933 Mitglied des Reichstages, 1933 mit Ludwig Marum und anderen in einer Schaufahrt in das KZ Kislau gebracht, nach wenigen Monaten freigelassen, in Hamburg Betreiber eines Kaffeegeschäftes, 1946 Vorstandsmitglied des Zentralverbandes der Konsumgenossenschaften.

1963, 16. Juni

Albert Kessler (7. August 1883 Gondelsheim – 19. Februar 1967 Karlsruhe), bis 1907 Studium der Naturwissenschaften und der Mathematik, seit 1913 Fichteschule und seit 1929 Lessingschule, zuletzt Oberstudiendirektor, Gymnasialprofessor, seit 1905 im politischen Liberalismus aktiv, 1919–1933 Vorsitzender der DDP in Karlsruhe, 1919–1933 Stadtverordneter, 1945 Wiedergründung der liberalen Partei in Karlsruhe, 1945–1953 Stadtrat, 1953 Bundesverdienstkreuz.

1964, 22. September

Dr. h.c. Heinrich Lübke (14. Oktober 1894 Enkhausen/Nordrhein-Westfalen – 6. April 1972 Bonn), Vermessungs- und Kulturingenieur, 1931–1933 Mitglied des preußischen Landtags (Zentrumspartei), 1946–1949 Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen (CDU), 1947–1952 Ernährungs- und Landwirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, 1949–1950, 1953–1959 Mitglied des Bundestages, 1953–1959 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 1959–1969 Bundespräsident.

1965, 18. Mai

Dr. rer. nat. h.c. Hermann Veit, (s. o. Liste der Bürgermeister und Oberbürgermeister).

1965, 18. Mai

Dr. theol. Julius Bender (30. August 1893 Michelfeld/Angelbachtal bei Heidelberg – 19. Januar 1966 Karlsruhe), Theologiestudium, 1919 Vikar in Hagsfeld, 1922–1928 Pfarrverwalter in Meßkirch, seit 1928 Vorsteher des Diakonissenmutterhauses Nonnenweier, im Dritten Reich Mitglied des Bruderrates der Bekennenden Kirche, 1945–1954 Bischof der Evangelischen Landeskirche in Baden.

1965, 18. Mai

Kunigunde Fischer (10. November 1882 Speikern/Mittelfranken – 21. Februar 1967 Karlsruhe), Fabrikarbeiterin, 1909 Vorsitzende der neu gegründeten Frauensektion der SPD in Karlsruhe, seit 1912 in sozialen und karitativen Organisationen in Karlsruhe tätig, 1919–1922 Stadträtin, 1919–1933 Mitglied des badischen Landtags, 1933 und 1944 kurzfristig inhaftiert, 1946–1959 Mitglied des Gemeinderats (SPD), 1957 Bundesverdienstkreuz.

1965, 18. Mai

Prof. Dr. jur., Dr. med. h.c. Siegfried Kühn (23. Dezember 1895 Untergrombach – 26. Juni 1972 Karlsruhe), Jurastudium, 1921 Dr. jur., 1923–1934 Gerichtsassessor, Notar, Rechtsreferent im Katholischen Oberstiftungsrat, 1934 Leiter des Entschuldungsamtes und Vorsitzender des Arbeitsgerichts Karlsruhe, 1945–1947 Landgerichtsdirektor in Karlsruhe, 1947–1953 Präsident der Landesversicherungsanstalt Baden in Karlsruhe, 1953–1965 Präsident des Badischen Sparkassen- und Giroverbandes in Mannheim, 1945–1965 CDU-Stadtrat in Karlsruhe, Honorarprofessor für Arbeitsrecht an der Technischen Hochschule Karlsruhe, zahlreiche Auszeichnungen, u. a. 1960 Bundesverdienstkreuz.

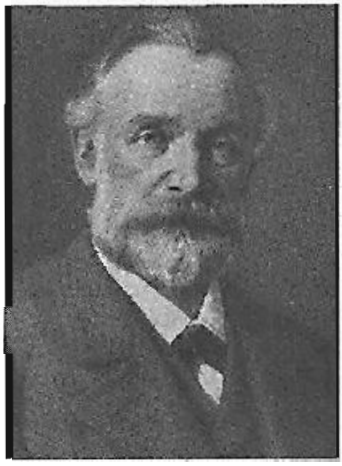
1966, 1. März

Dr. Pierre Wéber (8. September 1911 Lyon), Abgeordneter der französischen Nationalversammlung, 1961–1970 Beigeordneter, zuletzt Bürgermeister der Stadt Nancy, Förderer der französisch-deutschen Freundschaft und der Städtepartnerschaft Nancy-Karlsruhe.

Georg Stulz von Ortenberg

Dr. Johann L. J. Klauprecht

Karl August Friedrich Stösser



Wilhelm Klose

August Dürr

Karl Schrempp

Albert Kessler

Kunigunde Fischer

Dr. Franz Gurk

1969, 17. Dezember
Wilhelm Baur (6. Februar 1895 Schwäbisch Gmünd – 18. Mai 1973 Karlsruhe), 1919 nach Abitur und Kriegsdienst Journalist in Karlsruhe, 1920 Herausgeber der Pressekorrespondenz der Zentrumspartei Baden, 1933 Badenia Bausparkasse, 1944 Kriegsdienst, 1945 Mitbegründer der CDU-Karlsruhe, 1946 Verleger und Chefredakteur der „Badischen Neuesten Nachrichten", 1946–1971 Mitglied des Gemeinderats, zahlreiche Ehrungen, u. a. 1954 Bundesverdienstkreuz.
1969, 17. Dezember
Gustav Heller (18. März 1900 Karlsruhe – 8. Juli 1977 Karlsruhe), Lehre als Modellschlosser, 1926–1933 Stadtverordneter (SPD), 1933 Stadtrat, 1933 zusammen mit Ludwig Marum und anderen in einer Schaufahrt in das KZ Kislau gebracht, nach Entlassung Hilfsarbeit und betriebswirtschaftliches Selbststudium, 1945 Betriebsleiter der Firma Junker & Ruh, 1947–1971 Mitglied des Gemeinderats, 1948–1950 Mitglied des Landtags von Württemberg-Baden, 1965 Bundesverdienstkreuz.
1970, 16. Juni
Günther Klotz, (s. o. Liste der Bürgermeister und Oberbürgermeister).
1981, 10. März
Dr. Alex Möller (26. April 1903 Dortmund – 2. Oktober 1985 Karlsruhe), Studium, bis 1934 Journalist, 1936–1976 Karlsruher Lebensversicherung, zuletzt Generaldirektor und Mitglied des Aufsichtsrates. 1928–1933 Mitglied des preußischen Landtags (SPD), 1946–1961 Mitglied des Landtags von Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg, (1950–1961 SPD-Fraktionsvorsitzender), 1947/48 Mitglied des Gemeinderats, 1961–1976 Mitglied des Bundestags, 1969–1971 Bundesfinanzminister, zahlreiche Ehrungen, u. a. 1954 Bundesverdienstkreuz.
1981, 10. März
Dr. Franz Gurk (9. Februar 1898 Karlsruhe – 12. Juli 1984 Karlsruhe), seit 1913 Inspektorenausbildung und Tätigkeit bei der Stadtverwaltung Karlsruhe, 1926–1930 Leiter der Berufsberatung im Arbeitsamt Karlsruhe, nach 1933 Beförderungsverbot, 1943 Promotion im Fach Staats- und Wirtschaftswissenschaften, 1944 Kriegsdienst. 1926–1933 Stadtverordneter (Zentrumspartei), 1932 Mitglied des Kreisrates, 1945 Gründungsmitglied der CDU Karlsruhe, 1947–1952 Stadtkämmerer und Chef der Städtischen Rheinhäfen, 1953–1963 Bürgermeister, 1952–1972 Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg, 1960–1968 Landtagspräsident, zahlreiche Ehrungen, u. a. 1958 Bundesverdienstkreuz.
1986, 13. Mai
Otto Dullenkopf, (s. o. Liste der Bürgermeister und Oberbürgermeister).

Tabelle 4

Ehrenmedaille der Stadt Karlsruhe

1971, 29. Juni
Prof. Dr. Dr. h.c. Choei Ishibashi (26. April 1893 Chiba/Japan – Juli 1990 Tokio), 1952–1981 Präsident der Internationalen Medizinischen Gesellschaft Japans, seit 1954 regelmäßig Gast der Karlsruher Therapiewoche.
1971, 21. September
Dr. Gebhard Müller (17. April 1900 Furamoos, Kreis Biberach – 7. August 1990 Stuttgart), Jurastudium, seit 1929 Richter an württembergischen Amts- und Landgerichten, Kriegsteilnehmer, 1945 Oberstaatsanwalt in Stuttgart und Delegierter des württembergischen Justizministeriums bei der französischen Militärregierung, seit 1946 im Justizministerium Tübingen, 1948–1958 Mitglied (CDU) der Landtage von Württemberg-Hohenzollern und von Baden-Württemberg, 1948–1952 Staatspräsi-

dent, Justiz- und Finanzminister in Württemberg-Hohenzollern, 1949–1953 Bundestagsmitglied, 1953–1958 Ministerpräsident Baden-Württemberg, 1959–1971 Präsident des Bundesverfassungsgerichts.

1972, 30. Mai

Prof. Dr. Rudolf Schnellbach (15. Juli 1900 Neckargemünd – 10. November 1980 Stuttgart), Studium der Kunstgeschichte und Archäologie, 1930–1952 Landesgewerbemuseum Stuttgart, zuletzt stellv. Direktor, 1952–1967 Direktor (und Wiederbegründer) des Badischen Landesmuseums im Schloß Karlsruhe, Träger des Bundesverdienstkreuzes.

1973, 10. April

Fritz Meinzer (15. Juni 1908 Karlsruhe – 6. Dezember 1984 Karlsruhe), Industriekaufmann (25 Jahre bei Haid & Neu), 1950 Erster Vorsitzender des Badischen Fußballverbandes, Begründer der Sportschule Schöneck, 1947–1984 Stadtrat (bis 1979 SPD, dann CDU).

1973, 10. April

Karl Schwarz (30. Oktober 1900 Halle/Saale – 9. November 1985 Karlsruhe), 1923 Eintritt in die Kunstdruckerei des Künstlerbundes Karlsruhe, seit 1963 deren Direktor, 1933 Mitglied der Bekennenden Kirche, 1946–1971 Stadtrat (CDU, 1960–1967 Fraktionsvorsitzender), 1954–1961 CDU-Kreisvorsitzender, Mitglied mehrerer Berufsverbände, Aufsichtsratsvorsitzender der Karlsruher Ausstellungs- und Kongreßgesellschaft, 1965 Bundesverdienstkreuz.

1973, 10. April

Johann Volm (30. September 1900 Karlsruhe – 30. Juni 1980 Karlsruhe), Schreiner, 1930–1933 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung (Zentrumspartei), 1946–1971 Mitglied des Gemeinderats (CDU).

1975, 8. April

Dr. Marcel Martin (19. November 1916 Charmes/Vogesen), Jurastudium, seit 1941 im Staatsdienst, 1963 Staatsrat, 1965–1974 Senator für das Departement Meurthe et Moselle, 1970–1977 Bürgermeister der Stadt Nancy, 1975 zum Offizier der Ehrenlegion ernannt.

1975, 1. Juli

Hans-Georg Rudolph (24. Mai 1908 Hamburg – 30. März 1987 Hamburg), seit 1927 Schauspieler, Regisseur sowie Oberspielleiter und Intendant an zahlreichen Bühnen, u. a. Hamburg, Berlin, Halle und Kiel, 1963–1977 Generalintendant des Badischen Staatstheaters.

1976, 17. Februar

Willi Kastin (29. November 1911 Porz – 20. Mai 1990 Karlsruhe), Gärtnermeister, Kriegsteilnehmer, 1948 Geschäftsführer und Vorsitzender der Gartenfreunde, Bezirksgruppe Karlsruhe, 1965–1971 Präsident des Verbandes deutscher Kleingärtner, 1951–1989 Mitglied des Gemeinderats (SPD), zahlreiche Ehrungen, u. a. 1977 Bundesverdienstkreuz.

1976, 17. Februar

Max Singer (8. April 1917 Karlsruhe), Maschinenschlosser, technischer Angestellter, 1941 aus politischen Gründen verhaftet – Bewährungseinheit, 1945 Mitbegründer der Karlsruher SPD und 1948 des Stadtjugendausschusses, 1951–1980 Mitglied des Gemeinderats (1964–1975 Fraktionsvorsitzender), 1977 Bundesverdienstkreuz.

1976, 14. Dezember

Alfred Demmer (14. Juni 1915 Bochum), Kaufmann, Kriegsteilnahme, zuletzt als Offizier, seit 1960 Verkaufsdirektor in der Brauereiwirtschaft in Karlsruhe, 1964–1987 Präsident des Festausschusses Karlsruher Fastnacht, 1975 Bundesverdienstkreuz.

1978, 21. Januar

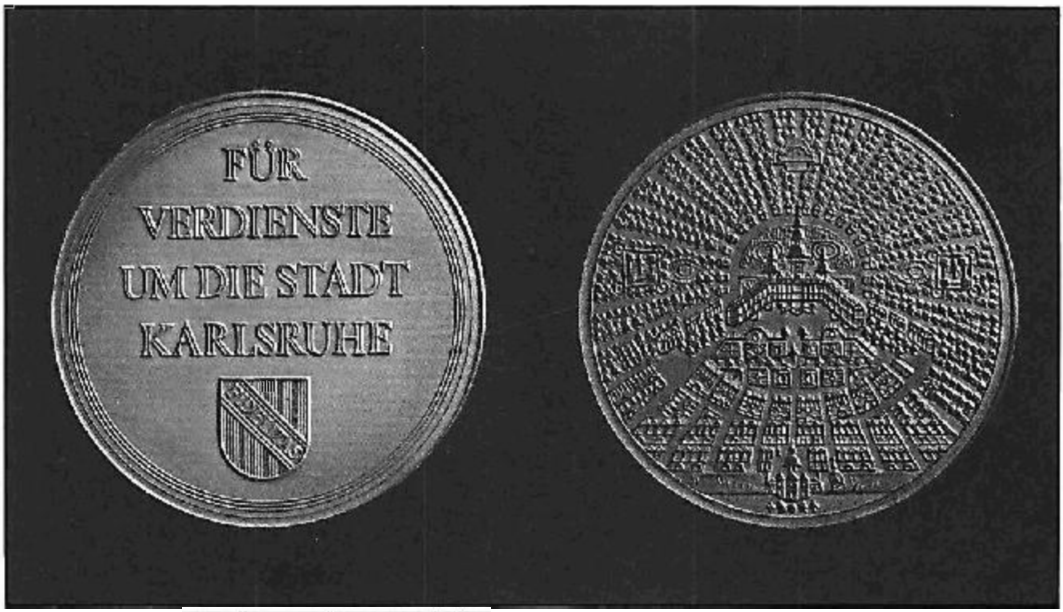
Dr. Franz Gurk, (s. o. Liste der Ehrenbürger).

1979, 16. Januar

Dr. Berthold Baumann (20. Januar 1913 Karlsruhe – 5. Juli 1990 Karlsruhe), Medizinstudium, Kriegsteilnahme, nach 1945 Leiter der orthopädischen Versorgungsstelle, 1953–1980 Mitglied des Gemeinderats (SPD), Bundesverdienstkreuz.

1979, 16. Januar

Toni Menzinger (17. März 1905 Düsseldorf), Gymnasiallehrerin, seit 1931 in Karlsruhe, nach 1945 in karitativen Organisationen, in der Sozialarbeit sowie in der Flüchtlings- und Elternarbeit führend tätig, 1953–1980 Mitglied (CDU) des Gemeinderats und 1970–1980 des Landtags von Baden-Württemberg, zahlreiche Auszeichnungen, u. a. 1970 Bun-



Die 1971 erstmals verliehene Ehrenmedaille der Stadt Karlsruhe

desverdienstkreuz.

1979, 16. Januar

Wilhelm Löffler (17. Juli 1928 Palmbach), Vermessungstechniker, 1953–1984 Mitglied des Gemeinderats (SPD, bis 1972 in Palmbach), 1972–1974 Erster Bürgermeisterstellvertreter der Gemeinde Wettersbach, Mitglied des Ortschaftsrates Wettersbach, 1984 Bundesverdienstkreuz.

1980, 25. März

Claude Coulais (23. Januar 1924 Chataigneraie/Vendée), Jurist, 1970–1973 Wirtschafts- und Finanzminister, seit 1973 Mitglied der Nationalversammlung, 1977–1983 Bürgermeister der Stadt Nancy.

1981, 10. März

Marie-Jeanne Bleuzet-Julbin (27. Januar 1921), Mitglied der „Resistance", Rechtsanwältin, seit 1959 im Gemeinderat Nancy, 1965–1977 Beigeordnete für das Schulwesen und danach Beauftragte für die Städtepartnerschaften, Inhaberin zahlreicher Ehrenämter und Trägerin hoher Auszeichnungen.

1981, 8. September

Dipl.-Kfm. Fritz Corterier (19. Juli 1906 Wunsdorf bei Hannover – 27. April 1991 Karlsruhe), Studium der Wirtschaftswissenschaften in Berlin, Poitiers und Mannheim, nach 1933 politische Verfolgung, 1940–1945 Kriegsteilnahme, 1950–1963 Vorsitzender des SPD-Kreisverbandes und des Unterbezirks in Karlsruhe, 1953–1969 Mitglied des Bundestages für den Wahlkreis Karlsruhe, 1958–1970 Mitglied des Europarates und der Westeuropäischen Union.

1981, 15. Dezember

Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Erhard Bock (31. Dezember 1903 Waltershausen), 1922–1927 Medizinstudium, 1935 Habilitation in Frankfurt, 1942–1945 Kriegsteilnahme, 1949–1972 Professor für Innere Medizin in Marburg und in Tübingen, Mitglied zahlreicher nationaler wie internationaler medizinischer Gesellschaften, 1966–1985 Präsident der Deutschen Therapiewoche in Karlsruhe.

1982, 20. April

Prof. Dr.-Ing. Dr. h.c. Heinz Draheim (5. November 1915 in Schönfeld/Pommern), Studium der Geodäsie und des Vermessungswesens in Berlin, nach Kriegsteilnahme und -gefangenschaft wissenschaftliche Tätigkeit an der Technischen Hochschule Berlin, 1959 Berufung an die Technische Hochschule Karlsruhe, 1968–1983 Rektor der Universität Karls-

ruhe, Mitglied nationaler wie internationaler Gremien für Wissenschaft und Kultur.

1982, 7. Dezember

Emil Nagel (15. Februar 1929 in Neureut), Versicherungskaufmann, 1956 Gemeinderat Neureut, nach der Eingemeindung Stadtrat Karlsruhe (CDU); seit 1962 1. bzw. 2. Stellv. des Bürgermeisters bzw. Ortsvorstehers in Neureut; seit 1965 Mitglied des Kreistages; ehrenamtliche Tätigkeit im Genossenschafts- und Vereinswesen, 1986 Bundesverdienstkreuz.

1983, 17. Mai

Luise Riegger (7. Januar 1887 Kehl – 6. Februar 1985 Karlsruhe), Lehrerin, 1917–1952 Karlsruhe, zuletzt Konrektorin der Riedschule Rüppurr, 1922–1930 Stadtverordnete (DDP), 1964–1965 Stadträtin (FDP/DVP), Mitbegründerin u. a. des „Bundes deutscher Frauen" (1924), der FDP/DVP (1945), der „Überparteilichen Frauengruppe Karlsruhe" (1946), Mitglied städtischer Ausschüsse, Auszeichnungen, u.a. 1962 Bundesverdienstkreuz.

1983, 20. September

Walther Wäldele (3. April 1921 Dortmund), Lehre im Versicherungsfach, 1939 Kriegsdienst, Gefangenschaft, seit 1947 Arbeit in der Gewerkschaftsjugend, 1951 Vorsitzender des DRK-Kreisvereins Karlsruhe, 1951–1959 Sekretär, 1959–1964 Geschäftsführer der ÖTV-Kreisverwaltung, 1951–1965 Vors. Stadtjugendausschuß, 1961–1966 Mitglied (SPD) des Landtags, 1964 Bürgermeister und 1966–1983 Erster Bürgermeister, zahlreiche Ehrungen, u.a. 1973 Bundesverdienstkreuz.

1984, 17. Januar

Rudi Wimmer (20. Januar 1944 Ölmitz/Sudetenland), Bauschlosser, 1970 Verwaltungsangestellter der Stadt Karlsruhe, 1969–1982 Torhüter des KSC, zehn Jahre Mannschaftskapitän und seit 1979 Ehrenspielführer.

1985, 15. Januar

Grete Vogt (8. September 1912 Karlsruhe), Kontoristin, Hausfrau, vor 1933 SPD, 1945–1957 Vors. des SPD-Bezirksverein Beiertheim-Bulach-Oberreut, 1959–1988 Gemeinderat, ehrenamtliche Mitgliedschaft in sozialen Organisationen, darunter: Mitbegründerin und seit 1967 1. Vors. des „Karlsruher Altenkreises", 1969–1978 1. Vors. des Arbeiter-Samariter-Bundes Karlsruhe.

1987, 15. Dezember

Dr. Jürgen Löw (8. Februar 1919 Bad Polzin/Kreis Köslin), Medizinstudium, Kriegsdienst und -gefangenschaft bis 1948, 1952–1984 Kinderarzt, 1953–1989 Initiator und Vors. der Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Kinderärzte, 1962–1989 Stadtrat (SPD), 1985 Bundesverdienstkreuz.

1987, 15. Dezember

Hans Mainhardt (12. Mai 1929 Karlsruhe), 1945 Kriegsdienst, 1960–1983 Betriebsratsvorsitzender der Firma C. F. Müller, Führungspositionen in der SPD und ihr nahestehenden Organisationen, seit 1962 Gemeinderat.

1990, 10. Juli

Elisabeth Lunau-Marum (1. September 1910 Karlsruhe), Jurastudium, 1936 Flucht nach Paris, 1939 Internierung in Hyères und Gurs, 1941 Emigration in die USA, Karriere im Hotelfach, Verdienste um die jüdisch-deutsche Verständigung.

1990, 13. November

Wolfram Meyer (27. Dezember 1931 Karlsruhe), Studienrat, 1963 Vors. der JU, 1964 Vorstandsmitglied der CDU Karlsruhe, seit 1965 Gemeinderat, seit 1984 Mitglied des Landtags.

1990, 13. November

Günther Rüssel (10. Juli 1932 Karlsruhe), Elektrokaufmann, Unternehmer, seit 1965 Gemeinderat (CDU, seit 1978 Fraktionsvors.), 1967–1981 CDU-Kreisvors., ausgezeichnet für soziales Engagement, u. a. 1982 Bundesverdienstkreuz.

1990, 18. Dezember

Kurt Gauly (20. Januar 1926 Würzburg), Kriegsdienst und -gefangenschaft, Rechtspfleger, seit 1951 am BGH, 1957 Kreisvors. JU, 1961 Vors. des CDU-Kreisverbandes, 1962 Gemeinderat (seit 1967 Fraktionsvors.), seit 1978 Bürgermeister, seit 1986 Erster Bürgermeister, 1989 Bundesverdienstkreuz.

1991, 19. März

Eduard Jund (28. März 1925 Baerenthal/Lothringen), Metzgermeister, 1953 Gemeinderat, 1959 Bürgermeister in Baerenthal, 1982 Bundesverdienstkreuz.

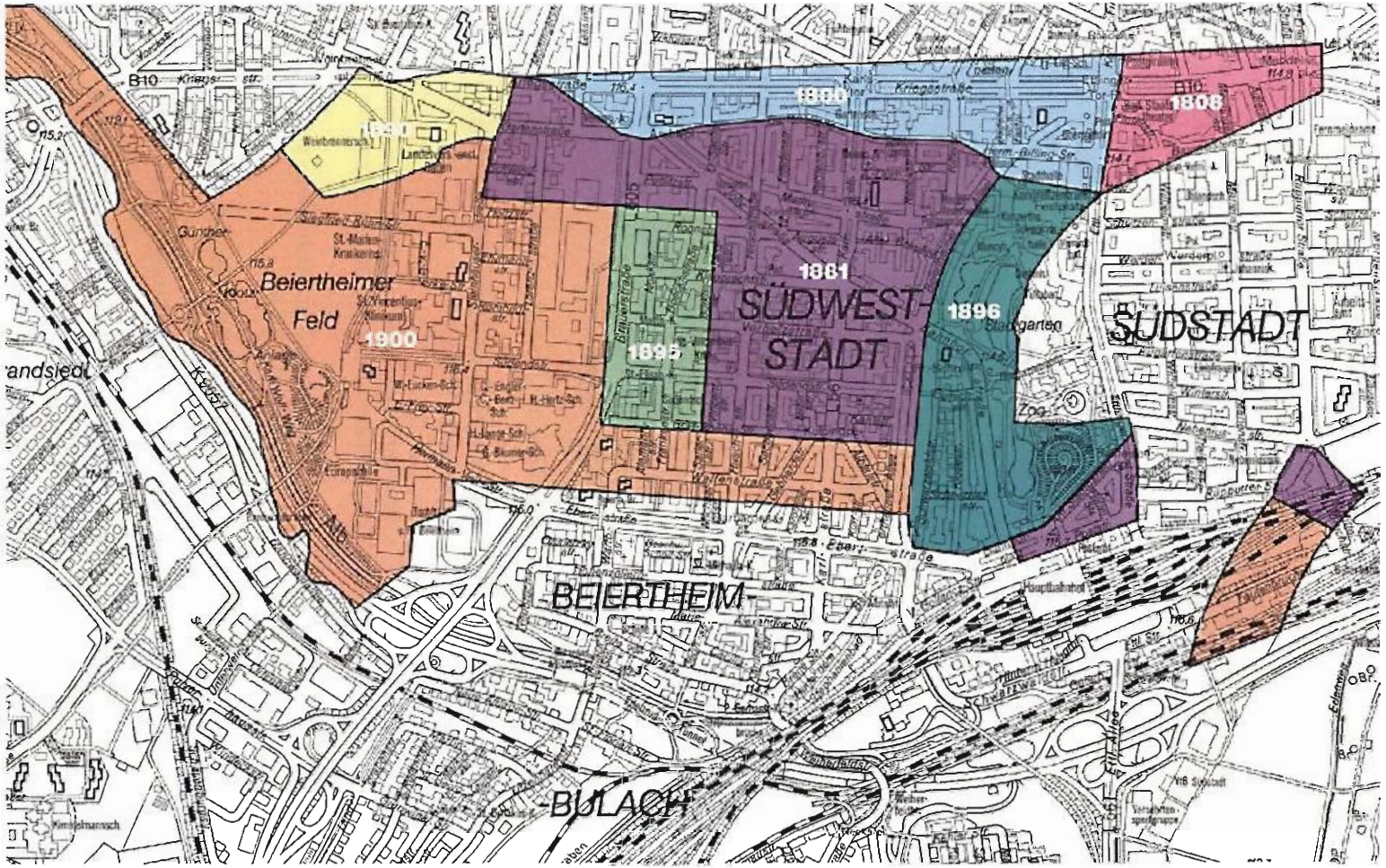
Die Entwicklung der Karlsruher Gemarkung

Tabelle 5

Die Gemarkungsentwicklung 1715–1975

Datum	Gesamtfläche in ha	Neue Gemarkungsteile
1715	158	Geländezuweisung durch Markgraf Karl Wilhelm: 158 ha
1779, 10. März	160	Geländeabtretung des Markgrafen Karl Friedrich für die Anlage eines neuen Friedhofs am Lohfeld: 2 ha
1795, 17. September	180	Klosteräcker und Hardtwinkelgärten: 20 ha
1800, 29. Mai	205	Teile des Beiertheimer Wäldchens für die Anlage des Ettlinger Tores und der westlichen Kriegsstraße: 25 ha
1804/06	226	Gottesauer Kammergutsfeld: 21 ha
1808, 16. Januar	237	Beiertheimer Nachtweidewiesen: 11 ha
1809, 7. Januar	256	Hardtwinkelfeld: 19 ha
1812, 22. August	265	Eingemeindung von Klein-Karlsruhe: 9 ha
1812/58	270	Abtretung und Kauf einiger Parzellen: 5 ha
1867	281	Überlassung des Sallenwäldchens durch den Großherzoglichen Domänenärar: 11 ha
1873, 10. Mai	534	Eingemeindung des Kammerguts Gottesaue: 253 ha
1876, 25. Januar	549	Teile des Rintheimer Feldes zur Anlage eines neuen Hauptfriedhofs: 15 ha
1880, 29. Mai	562	Barackenfeld nördlich des Mühlburger Tors für den Ausbau der Bismarckstraße: 13 ha
1881, 22. Oktober	625	Teile des Beiertheimer Feldes an der Südseite der Gartenstraße: 63 ha
1884, 5. Juni	790	Eingemeindung des Hofbezirks und des Grundstücks des Hofwasserwerks: 165 ha

Datum	Gesamtfläche in ha	Neue Gemarkungsteile
1886, 1. Januar	1 001	Eingemeindung Mühlburgs: 211 ha
1886, 1. Januar	1 012	Domänenwiese im Abtszipfen: 11 ha
1886, 1. Januar	1 059	Teile der Hardtwaldgemarkung an der Blücherstraße: 47 ha
1888, 12. Mai	1 135	Teile der Hardtwaldgemarkung am ehemaligen Kadettenhaus: 46 ha
1890, 5. Februar	1 145	Areal in den Straßen- und Forlenäckern für die westliche Verlängerung der Kriegsstraße: 10 ha
1891, 9. Juli	1 149	Schützenhausgelände im Hardtwald: 4 ha
1892, 12. November	1 207	Teile des Bulacher Feldes zur Anlage des westlichen Güterbahnhofs: 58 ha
1894, 23. Februar	1 217	Lutherisches Wäldchen auf der Daxlander Gemarkung: 10 ha
1895, 1. Oktober	1 234	Teile der Beiertheimer Gemarkung im Zusammenhang mit dem Bau des Neuen St.-Vincentius-Krankenhauses in der Südendstraße: 17 ha
1896, 18. April	1 275	Restliche Teile des Beiertheimer Wäldchens: 41 ha
1898, 1. Juli	1 279	Teile der Rüppurrer Gemarkung: 4 ha
1900, 12. März	1 412	Beiertheimer Gemarkungsteile für den Ausbau der Südweststadt: 133 ha
1901, 1. Januar	1 456	Ettlinger Gemarkungsteile an den Weiheräckern: 44 ha
1903, 1. Januar	2 097	Eingemarkung der im Rheinhafengelände liegenden fremden Gemarkungsteile von Knielingen, Daxlanden und Bulach: 624 ha
1904, 1. Januar	2 107	Kleinere Gemarkungserweiterungen: 10 ha
1906, 1. Juli	2 112	Teil der Hardtwaldgemarkung für den Bau der Telegrafenkaserne: 5 ha



Entwicklung der Gemarkungsgrenze Karlsruhe–Beiertheim von 1800–1900

Kartengrundlage: Vermessungs- und Liegenschaftsamt der Stadt Karlsruhe, Ausführung Angelika Zibat

Datum	Gesamtfläche in ha	Neue Gemarkungsteile
1907, 1. Januar	3 241	Eingemeindung von Beiertheim: 160 ha, Rintheim: 169 ha und Rüppurr: 800 ha
1909, 1. Januar	3 363	Eingemeindung von Grünwinkel: 122 ha
1910, 1. Januar	4 432	Eingemeindung von Daxlanden: 1 069 ha
1913, 1. Juli/ 1. Oktober	4 500	Gemarkungsgrenzverlegung gegenüber Hardtwald: 2 ha und gegenüber Durlach: 66 ha
1916, 1. Juli	4 509	Gemarkungsgrenzverlegung gegenüber Ettlingen: 9 ha
1920, 1. Januar	4 524	Gemarkungsgrenzverlegung gegenüber Hardtwald: 15 ha
1925, 1. März	4 532	Gemarkungsgrenzverlegung gegenüber Bulach: 8 ha
1929, 1. April	5 062	Eingemeindung von Bulach: 530 ha
1930, 1. April	6 505	Erwerb eines Teils der abgesonderten Gemarkung Hardtwald: 1 259 ha und der Gemarkung Kastenwört: 184 ha
1935, 1. April	8 592	Eingemeindung von Knielingen: 2 087 ha
1938, 1. April	12 314	Eingemeindung von Durlach-Aue: 2 940 ha und Hagsfeld: 782 ha
1958, 1. April	12 282	Gemarkungsgrenzverlegung gegenüber Neureut und verschiedene Berichtigungen: 32 ha
1972, 1. Januar	13 340	Eingemeindung von Stupferich: 646 ha und Hohenwettersbach: 412 ha
1973, 1. Januar	13 535	Eingemeindung von Wolfartsweier: 195 ha
1974, 1. Januar	14 671	Eingemeindung von Grötzingen: 1 136 ha
1975, 1. Januar	15 424	Eingemeindung von Grünwettersbach: 615 ha und Palmbach: 138 ha
1975, 14. Februar	17 346	Eingemeindung von Neureut: 1 922 ha

Die Bevölkerungsentwicklung in Karlsruhe

Die Zahlen zur Einwohnerschaft in Karlsruhe gewinnen erst mit dem Beginn des 19. Jahrhunderts an Zuverlässigkeit und Genauigkeit. Im 18. Jahrhundert beruhen sie häufig auf Schätzungen oder nur ungenauen, von verschiedenen Einrichtungen nach unterschiedlichen Kriterien durchgeführten Erhebungen. Die unsicheren Zahlen des 18. Jahrhunderts sind deshalb in einer eigenen Tabelle erfaßt. Für die Zeit bis 1760 gibt diese die von Theodor Hartleben ermittelten und 1815 veröffentlichten Durchschnittszahlen für jeweils ein Jahrzehnt wieder. Die folgenden Angaben sind der Untersuchung von Christina Müller entnommen (s. Auswahlbibliographie), die sich kritisch mit Hartlebens Zahlen auseinandersetzt und zu anderen, höheren Bevölkerungsziffern gelangt. Für das 18. Jahrhundert liegen keine getrennten Zahlen nach dem Geschlecht der Karlsruher Bevölkerung vor. Die Gliederung nach Konfessionen blieb in dieser Zeit relativ stabil. Der Anteil der Lutheraner und Reformierten sank bis 1800 von etwa 85 Prozent auf knapp 80 Prozent und der der Katholiken stieg von unter 10 Prozent auf knapp 15 Prozent der Gesamtbevölkerung. Der Anteil der Juden sank seit 1733 von 12 auf etwa 7 Prozent.

Die Entwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts ist in einer zweiten Tabelle zusammengefaßt. Dabei gewinnen die Zahlen, dank sich verfeinernder und vereinheitlichter Erhebungsmethoden im Laufe der Zeit immer größere Präzision und Stimmigkeit in der Beziehung zwischen den einzelnen Rubriken. Um eine möglichst direkte Verbindung einzelner Ereignisse mit Bevölkerungsziffern zu ermöglichen, werden seit Beginn der Reichsstatistik soweit möglich Fünfjahresschritte gewählt, die die Auswirkung von Eingemeindungen und Kriegen deutlich hervortreten lassen. Der Anteil der in der Stadt lebenden Ausländer erhöhte sich von 0,8 Prozent im Jahre 1946 auf 10,5 Prozent im Jahre 1990.

Tabelle 6

Die Bevölkerungsentwicklung im 18. Jahrhundert

Jahr	Karlsruhe	Klein-Karlsruhe	Hofbezirk	Gesamtbevölkerung
1719	–	–	–	1 994
1720–30	–	–	–	2 347
1730–40	–	–	–	2 652
1740–50	–	–	–	2 463
1750–60	–	–	–	2 752
1769	3 561	851	115	4 527
1775	4 589	1 720	158	6 473
1788	5 689	1 516	85	7 214
1801	5 885	2 682	154	8 721

Tabelle 7

Die Bevölkerungsentwicklung nach Zahl, Geschlecht und Religion 1801–1990

Jahr	Einwohner	Männer	Frauen		Evangelisch	Katholisch
				v. H.	v. H.	v. H.
1801	8 721	4 370	4 351	49.9	79.5	14.3
1810	10 597	5 159	5 438	51.3	73.1	16.9
1815	15 128	8 472	6 602	43.6	65.6	29.2
1830	19 734	10 018	9 583	48.6	–	–
1840	23 484	12 175	11 309	48.2	61.2	34.0
1852	24 299	12 374	11 925	49.0	58.8	37.4
1855	25 163	12 867	12 296	48.8	56.3	39.5
1861	27 103	14 243	12 860	47.4	55.3	40.6
1867	32 004	16 334	15 661	48.9	55.0	41.0
1871	36 582	19 154	17 428	47.6	54.2	41.8
1875	42 739	21 793	20 946	49.0	53.5	42.4
1880	49 301	24 448	24 853	50.4	53.7	42.4
1885	56 972	28 076	28 896	50.7	53.5	43.2
1890	73 684	36 564	37 120	50.3	52.9	43.5
1895	84 030	42 081	41 949	49.9	53.2	43.8
1900	97 185	48 547	48 638	50.0	52.0	44.3
1905	111 249	55 135	56 114	50.4	52.1	44.5
1910	134 313	65 640	68 662	51.1	50.2	45.8
1916	133 655	60 753	72 902	54.5	–	–
1920	137 349	61 643	72 803	53.0	–	–
1925	145 694	68 166	77 528	53.2	49.8	46.3
1933	154 902	71 536	83 366	53.8	48.9	46.8
1939	184 489	84 171	100 318	54.4	50.4	42.7
1946	172 343	75 104	97 239	56.4	49.7	45.5
1950	201 013	91 899	109 114	54.3	51.2	44.0
1955	221 166	101 779	119 387	54.0	51.4	44.4
1961	241 929	111 851	130 078	53.8	50.8	42.1
1965	254 501	119 148	135 353	53.2	50.5	43.3
1970	258 894	121 308	137 586	53.1	48.6	44.0
1975	281 745	133 098	148 647	52.8	48.4	43.5
1980	270 973	128 120	142 853	52.7	46.8	44.0
1985	268 079	127 592	140 487	52.4	42.3	42.0
1990	270 327	130 146	140 181	51.8	39.7	41.2

Der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung sank seit 1799 bis 1871 von 7,2 (529) auf 3,6 Prozent (1 329). Danach fiel er kontinuierlich bis 1933 auf 2,0 Prozent (3 119). Nach der „Reichskristallnacht" 1938 und der Deportation der Juden 1941 betrug ihr Anteil nur noch 0,07 Prozent (133). Seit 1945 nahm der Anteil von Angehörigen religiöser Minderheiten zu, vor allem erhöhte sich aber der Anteil der Einwohner ohne Religionsangabe.

Die Erwerbsstruktur der Karlsruher Bevölkerung

Mit den folgenden Tabellen wird die Entwicklung der Erwerbsstruktur der Karlsruher Bevölkerung dokumentiert, soweit dafür Daten vorliegen. Für das 18. Jahrhundert konnte auf die Auswertungen der Hausbesitzerlisten durch Christina Müller (s. Auswahlbibliographie) zurückgegriffen werden. Für die Jahre 1800–1858 wurden Angaben in älteren stadtgeschichtlichen Veröffentlichungen zusammengestellt. Sie geben aufgrund der nicht offengelegten und sicher uneinheitlichen Erhebungsmethoden nur eine ungefähre Orientierung. Statistisch zuverlässige Daten liefern erst die Volkszählungsergebnisse seit 1882. Aber auch hier änderten sich im Lauf der Zeit Kategorien und Zuordnungen, wie sich Berufe und Berufsfelder gewandelt haben, so daß die Tabellen 10 und 11, die vom Amt für Stadtentwicklung, Statistik und Stadtforschung zusammengestellt wurden, die Entwicklung nur in einem gröberen Raster spiegeln. Der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen, der in den Tabellen nicht wiedergegeben ist, betrug 1895 20,0 Prozent und stieg bis 1987 auf 41,5 Prozent.

Tabelle 8

Schichtung der Hausbesitzer im 18. Jahrhundert
(in Prozent, ohne die vorwiegend der Unterschicht zugehörigen Klein-Karlsruher)

Berechnung für das Jahr	Hohe Beamte, Beamte, Adel	Mittlere Beamte, Hofbedienstete	Händler, Wirte	Handwerker	Tagelöhner, Knechte
1720	4.9	16.9	13.7	64.5	–
1761	9.0	18.0	22.6	50.3	–
1790	14.1	21.8	14.6	44.8	4.7

Tabelle 9

Gliederung der Erwerbstätigen 1801–1858 in Prozent

Zählung im Jahr	Erwerbstätige	Staatsdiener	Hofdiener	Militär	Handel- und gewerbetreibende Bürger	Dienstleute, Gewerbsgehilfen
1801	7.818[1]	10.9	12.7	23.4	24.4	30.8
1812	6.982	11.5	11.0	24.5	28.8	24.0
1815	8.472	9.5	10.3	35.3	28.1	16.6
1858	10.570	17.0[2]		20.8	19.8	42.3

[1] Einschließlich Klein-Karlsruhe, mit Angehörigen, ohne Israeliten; [2] Staats- und Hofdiener zusammen

Erste Tabelle.

Darstellung des gesammten Gewerbsstandes in Karlsruhe, 1813 — 1814.

a) Jährlicher Gewerbsertrag. 1. & 2.	I. Künstler.	II. Fabriken. Zahl derselben †)	II. Verarbeitetes Materiale. Inländisches.	II. Verarbeitetes Materiale. Ausländisches.	II. Debitirt ins Inland.	II. Debitirt ins Ausland.	II. Beschäftigt Arbeiter	III. Handels-Stand. En gros u. Banquiers.	III. Ellenwaaren u. Mode.	III. Spezerey-Handlung.	III. Spezerey-Kram.	III. Versch. Handel u. Wandel
150 fl.	1										2	
150 bis incl. 300	5										3	2
300 . . . 500	12								6	2	2	2
500 . . . 800	15								5	1		1
800 . . . 1000	2							1	2	5		2
1000 . . . 1200	1							1	6	8		1
1200 . . . 1500	2	2/1 } 2	3000	21500	6/24	18/24	33	1	9	3		
1500 . . . 1900	3	1	20000	20000	8/24	16/24	46		2			
1900 . . . 2600	1	2	29000	40000	7/24	17/24	78	3	1	1		
3000												
3800									2			
Summa	42	6	52000	81500	21	51	157	6	33	20	7	8

a) Jährlicher Gewerbsertrag. 1. & 2.	IV. Wirthe. Schildwirthe.	IV. Strausswirthe.	IV. Restaurateurs und Caffetiers.	IV. Bier- und Brantweinschenken.	IV. Pastetenbäcker und Köche.	IV. Bierbrauer.	V. Professionisten. Auf eigene Hand, verdingt arbeitend *)	V. Meister.	V. Es arbeiten mit Gesellen.	V. Es arbeiten ohne Gesellen. **)	VI. Lohnkutscher.	VII. Fuhrleute.	VIII. Frucht- und Viehhändler. Christliche.	VIII. Israelitische.	IX. Nothhändler. Christliche.	IX. Israelitische.	b) Gesammte Anzahl der Gewerbtreibenden.
150 fl.			1		2		2	45	15	30		2	1			22	78
150 bis incl. 300	1	1		4	1			95	60	85	3	12	2	1	1	7	138
300 . . . 500	3	2	2	2	1			141	121	20	2	1	1	1	1	8	189
500 . . . 800		5						112	105	7	3		2	13	1		160
800 . . . 1000	5	2	2	2				23	23					4			52
1000 . . . 1200	13		2	2				7						1			12
1200 . . . 1500	4		2					3						1			28
1500 . . . 1900								3									9
1900 . . . 2600	4					2		4									18
3000	1																1
3800																	2
Summa	31	10	9	10	4	2	2	435	324	94	8	13	6	23	3	37	417

NB. Viele Personen führen mehrere Gewerbe, sie kommen aber nur unter dem Hauptgewerb, jedoch unter dem Gesammt-Ertrag der Gewerbe in der Tabelle vor, wie z. B. Bierbrauer, Lehnkutscher ꝛc.

Einkommensverhältnisse der Karlsruher Gewerbetreibenden 1813–1814, entnommen aus Theodor Hartleben (s. Auswahlbibliographie), nach S. 298.

Tabelle 10

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen 1882–1987

Zählung im Jahre	Erwerbs-tätige	Land- und Forstwirtschaft		Produzierendes Gewerbe		Handel und Verkehr		Dienst-leistungen	
		absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.
1882	19 808	201	1.0	8 900	44.9	4 244	21.4	6 463	32.6
1895	33 955	413	1.2	16 839	49.6	7 818	23.0	8 885	26.2
1907	49 019	1 129	2.3	24 041	49.0	13 504	27.5	10 345	21.1
1925	68 346	1 277	1.9	28 245	41.3	23 332	34.1	15 492	22.7
1933	71 047	1 197	1.7	27 886	39.3	24 829	34.9	17 135	24.1
1939	85 863	2 816	3.3	33 849	39.4	26 360	30.7	22 838	26.6
1946	73 172	4 659	6.4	29 756	40.7	20 298	27.7	18 459	25.2
1950	85 670	1 909	2.2	34 765	40.6	24 220	28.3	23 798	27.8
1961	113 057	1 418	1.3	45 567	40.3	26 032	23.0	39 255	34.7
1970	128 368	1 034	0.8	51 218	39.9	26 643	20.6	49 473	38.5
1987	114 818	742	0.6	35 859	31.2	21 716	18.9	56 501	49.2

Tabelle 11

Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf 1882–1987

Zählung im Jahr	Erwerbstätige	Selbständige		Mithelfende Familienangehörige		Beamte		Angestellte		Arbeiter	
		absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.
1895	33 955	6 781	20.0	–	–	6 643	19.6	2 567	7.6	17 864	52.6
1907	49 019	8 781	17.9	–	–	7 340	15.0	5 954	12.1	26 944	55.0
1925	68 346	10 282	15.0	1 757	2.6	26 552		38.8		24 741	36.2
1933	71 047	9 469	13.3	1 753	2.5	9 396	13.2	18 975	26.7	26 969	38.0
1939	85 863	9 290	10.8	3 300	3.8	11 808	13.7	22 663	26.4	38 802	45.2
1946	73 172	9 991	13.7	4 257	5.8	5 657	7.7	22 956	31.4	30 293	41.4
1950	85 670	11 352	13.2	2 667	3.1	7 819	9.1	26 518	31.0	37 314	43.6
1961	113 057	10 461	9.2	3 160	2.8	9 521	8.4	41 589	36.8	41 746	36.9
1970	128 368	9 309	7.3	3 310	2.6	13 230	10.3	54 852	42.7	47 667	37.1
1987	114 818	9 247	8.0	1 008	0.9	12 499	10.9	55 741	48.6	36 323	31.6

Werkstätten-Ordnung

der

Nähmaschinen-Fabrik von Haid & Neu in Karlsruhe.

1) Jeder Arbeiter hat seine polizeiliche Aufenthaltskarte bei seinem Eintritt in die Fabrik abzugeben.

2) Die Arbeitszeit ist festgesetzt:

Vom 1. April bis 15. Oktober:
den 6 Uhr Morgens bis 12 Uhr Mittags,
von 1 Uhr Nachmittags bis 7 Uhr Abends.

Vom 16. Oktober bis 31. März:
von 7 Uhr Morgens bis 12 Uhr Mittags,
von 1 Uhr Nachmittags bis 7 Uhr Abends.

Morgens von 8 bis ¼9 Uhr ist Frühstück.
Nachmittags von 4 Uhr bis ¼5 Uhr ist Vesper.
Vom 16. Oktober bis 31. März läßt die Frühstücksstunde aus.

3) Tage, an denen nicht gearbeitet wird, sind folgende:
Die Sonntage und die gesetzlichen Feiertage,
die Nachmittage des ersten Montags der beiden Messen,
Fastnachtsdienstag.

4) Die Arbeiter sind streng angewiesen, die vorgeschriebene Arbeitszeit einzuhalten. Diejenigen, welche 10 Minuten nach Beginn der vorgeschriebenen Arbeitszeit kommen, werden um 9 kr. gestraft. Wer 1 Stunde nach der vorgeschriebenen Arbeitszeit kommt, wird um 15 kr. gestraft und ist späterer Eintritt in die Fabrik nicht gestattet.

5) Die Werkstätten werden 10 Minuten vor Anfang geöffnet und 10 Minuten nach beendeter Arbeitszeit geschlossen.

6) Während der Arbeitszeit darf kein Arbeiter ohne Erlaubniß die Fabrik verlassen, noch Fremde mitbringen oder empfangen.

7) Die Zahltage finden alle 14 Tage, Samstag Abends um 6 Uhr, statt, und werden wegen gründlicher Abrechnung die 2 letzten der 14 Tage bei dem nächsten Zahltage mitgerechnet.

8) Jedem Arbeiter ist bei Vermeidung eines Abzuges von 15 kr. untersagt, unnöthiger Weise in den Werkstätten umherzulaufen, sowie andere von ihrer Arbeit abzuhalten.

9) Mit Feuer und Licht hat jeder Arbeiter sehr vorsichtig umzugehen.

10) Das Rauchen ist während der Arbeitszeit bei 30 kr. Strafe verboten.

11) Jeder Arbeiter ist verpflichtet, in die Krankenkasse der Fabrik Statutengemäß beizutreten.

12) Es ist einem jeden Arbeiter zur strengen Pflicht gemacht, bei Anordnungen seiner Vorgesetzten Folge zu leisten.

13) Für mangelhafte Arbeiten, nicht Instandhaltung der Werkzeuge 2c. werden im Verhältnisse des verursachten Schadens, Abzüge am Lohn des betreffenden Arbeiters gemacht.

14) Jeder Arbeiter ist für die ihm übergebenen allgemeine Werkzeuge, Pläne und Modelle verantwortlich und hat dieselben nach ihrem Gebrauche an die dazu bestimmten Orte abzuliefern, im Unterlassungsfalle unterliegt er einer Strafe von 15 kr. für die jedem Arbeiter übergebenen kleineren Werkzeuge erhält derselbe ein Büchlein, in welchem Ab- und Zugang eingetragen sind. Bei seinem Austritt hat der Arbeiter das ihm in diesem Büchlein zugeschriebene Werkzeug seinen Vorgesetzten abzuliefern und den Werth der etwa fehlenden Stücke nach den Inventarpreisen zu ersetzen.

15) Da wo es abgeschlossene Verträge nicht anders bestimmen ist man gegenseitig gehalten 14 Tage vor dem Austritt aufzukündigen; solche Aufkündigungen können jedoch nur Samstags geschehen. Eine allsbaldige Entlassung kann stattfinden, von Seiten des Etablissements, wenn der Arbeiter sich Folgendes zu Schulden kommen läßt:
Ungehorsam, schlechte Arbeit, Schlägereien, wiederholte vorsätzliche Versäumniß der Arbeitszeit, Krankheit, Verunreinigungen irgend einer Art.
Von Seiten der Arbeiter, wenn dieselben durch gültige Schriften nachweisen können, daß sie durch Angelegenheiten abgerufen werden, deren Erledigung sich nicht länger verschieben läßt. Bleibt dem ungeachtet ein Arbeiter weg, ohne seine Entlassung erhalten zu haben, so hat er keinen Anspruch auf den ihm etwa gutkommenden Lohn.

16) Jedem neueintretenden Arbeiter ist es gestattet, zu jeder Zeit, bevor Lohn mit ihm gemacht ist, auszutreten. Dasselbe Recht, einen Arbeiter fortzuschicken, steht auch dem Etablissement zu.

17) Die auf den Zahltag Bezug habenden Reklamationen müssen den darauf folgenden Montag Vormittag gemacht werden. Spätere Reklamationen können nicht mehr statt finden.

18) Sämmtliche bemerkte Abzüge fallen, insofern dieselben nicht als Ersatz für verdorbene Arbeiten oder Materialien oder beschädigte Werkzeuge gemacht sind, der Krankenkasse der Fabrik anheim, über welche Kasse besondere Statuten bestehen.

19) Ueber die pünktliche Beobachtung dieser Anordnungen werden die Vorgesetzten der Fabrik wachen und im Betretungsfall eines Arbeiters, nach seinem Ermessen die obengenannten Strafen in Vollzug setzen.

20) Gegenwärtige Verordnungen sind in allen Werkstätten der Fabrik zur Kenntnißnahme der Arbeiter angeschlagen und kann sich deßwegen kein Arbeiter mit Unkenntniß entschuldigen, durch seinen Eintritt in die Fabrik überkommt jeder Arbeiter die Verpflichtung, sich dieser Werkstätten-Ordnung zu unterwerfen.

Karlsruhe, den 16. Oktober 1867.

Haid & Neu.

Werkstattordnung der Nähmaschinenfabrik Haid & Neu aus dem Jahre 1867

Wahlergebnisse

In den folgenden Tabellen wird die Entwicklung der Wahlergebnisse in Karlsruhe festgehalten. Vorgestellt werden nur Wahlergebnisse seit dem Jahre 1919. Die Kommunalwahlen fanden bis zum Ende des Kaiserreichs nach undemokratischem Dreiklassenwahlrecht statt. Die Landtagswahlen waren bis 1904 für Männer allgemein, gleich und geheim, aber indirekt, d. h., die Wähler bestimmten nur ein Gremium, das dann die Abgeordneten wählte. Die Wahlergebnisse lassen daher kaum Rückschlüsse auf die politischen Einstellungen der Bevölkerung zu. Selbst für die Reichstagswahlen gilt das nur beschränkt: Frauen durften gar nicht wählen, Männer erst ab dem 25. Lebensjahr, ausgeschlossen blieben u. a. Soldaten und Empfänger von Armenunterstützung. So lag die Zahl der Wahlberechtigten im Kaiserreich im Durchschnitt nur knapp über 20 Prozent der Einwohner in Deutschland. Einzelne Landtags- und Reichstagswahlergebnisse vor 1914 werden in der Chronik mitgeteilt.

Nach der Revolution 1918/19 wurde das Wahlrecht auf allen Ebenen weiter demokratisiert. Das kommunale Dreiklassenwahlrecht wurde beseitigt, das Frauenwahlrecht eingeführt und das Wahlalter auf 20 Jahre abgesenkt. Für die Zeit der Weimarer Republik sind die Nationalversammlungs-, Reichs- und Landtagswahlen in einer Tabelle in chronologischer Folge zusammengefaßt. Die Kommunalwahlen sind gesondert dargestellt.

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten verkam der Wahlakt zur Akklamation für das nationalsozialistische System mit jenen für totalitäre Einparteiherrschaften so charakteristischen wie für die tatsächliche politische Einstellung der Bevölkerung so unrepräsentativen 90-Prozent-Ergebnissen. Auf eine Wiedergabe der Wahlen und Abstimmungen während des Dritten Reichs wird deshalb verzichtet.

Wie für die Weimarer Zeit sind die Bundes-, Landtags- und Europawahlergebnisse nach 1945 in einer Übersicht chronologisch aneinandergereiht. Für die Bundestagswahlen werden dabei nur die Zweitstimmen für die Parteien und für die Landtagswahlen die Ergebnisse beider Karlsruher Wahlkreise dokumentiert. Die Kommunalwahlergebnisse sind in eigenen Tabellen zusammengefaßt. Da nach 1945 die Direktwahl des Oberbürgermeisters durch die Bevölkerung eingeführt wurde, sind auch diese Ergebnisse in einer Tabelle wiedergegeben.

Tabelle 12

Stadtverordnetenwahlen 1919–1930

Wahldatum	Wahlbeteiligung in v. H.	Stimmenanteile der Parteien in v. H.								
		KPD	USPD	SPD	Zentrum	DDP	DVP	DNVP	NSDAP	Sonstige
1919, 18. Mai	ca. 44	–	10.2	24.9	24.9	30.7	–	9.1	–	–
1922, 22. November	ca. 50	6.1	–	30.9	22.1	11.4	10.6	11.0	–	7.9
1926, 14. November	39.1	7.2	–	27.9	22.2	5.7	14.5	10.8	–	9.7
1930, 16. November	53.7	9.8	–	21.4	18.6	3.4	4.2	2.6	31.6	7.4

Tabelle 13

Sitzverteilung in der Stadtverordnetenversammlung 1919–1930[1]

Jahr	KPD	USPD	SPD	Zentrum	DDP[2]	DVP	DNVP	NSDAP	Sonstige
1919	–	10	24	24	30	–	8	–	–
1922	5	–	27	19	9	9	9	–	6[3]
1926	6	–	24	19	5	12	9	–	9[4]
1930	8	–	18	16	3	3	2	28	6[5]

[1] 1919 wurden 96, nach der neuen Gemeindeordnung von 1921 noch 84 Stadtverordnete gewählt
[2] Bei den Wahlen 1930 Staatspartei
[3] Kommunale Wirtschaftsvereinigung 5, Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, Kriegsopfer 1
[4] Wirtschaftliche Bürgervereinigung 3, Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung 5, Unpolitische Wirtschaftsgruppe 1
[5] Wirtschaftspartei 3, Evangelischer Volksdienst 3

Tabelle 14

Nationalversammlungs-, Reichstags- und Landtagswahlen 1919–1933

Wahl und Wahldatum	Wahlbeteiligung in v. H.	Stimmenanteile der Parteien in v. H.								
		KPD	USPD	SPD	Zentrum	DDP (seit 1930 Staatspartei)	DVP	DNVP	NSDAP	Sonstige
Nationalversammlung Baden 1919, 5. Januar	88.4	–	3.8	36.6	20.3	32.2	–	7.2	–	–
Deutsche Nationalversammlung 1919, 19. Januar	86.5	–	–	40.6	20.6	31.1	–	7.8	–	–
RT 1920, 6. Juni	74.7	0.9	18.4	22.4	19.5	17.3	9.3	12.3	–	–
LT 1921, 30. Oktober	73.7	5.4	4.2	30.7	21.5	11.5	10.9	13.3	–	2.5
RT 1924, 4. Mai	72.1	8.7	0.6	18.7	20.2	8.2	19.7	12.5	6.5[1]	5.0
RT 1924, 7. Dezember	72.3	6.0	0.5	24.6	19.5	8.4	21.5	13.7	1.7[2]	3.5
LT 1925, 25. Oktober	56.8	5.8	–	28.5	20.5	7.7	20.7	9.7	1.3	5.8
RT 1928, 20. Mai	81.0	7.9	0.2	31.0	18.6	7.5	13.5	7.9	3.1	10.4
LT 1929, 27. Oktober	61.4	5.4	–	28.4	20.7	5.8	12.3	4.7	11.2	11.6
RT 1930, 14. September	79.3	9.7	–	24.2	16.5	10,7[3]		2.7	26.0	10.2
RT 1932, 31. Juli	79.1	10.3	–	20.9	17.6	2.2	1.7	4.2	40.3	2.9
RT 1932, 6. November	77.3	13.0	–	18.5	16.6	2.3	3.6	5.7	37.7	2.7
RT 1933, 5. März	87.7	9.6	–	17.9	17.0	1.8	1.7	5.4	45.0	1.6

[1] Völkisch-sozialer Block [2] Nationalsozialistische Freiheitsbewegung [3] Gemeinsame Liste Staatspartei/DVP

Reichstagswahl

Wahlkreis Baden

1	Sozialdemokratische Partei Deutschlands Dr. h. c. Remmele — Rothy Ernst — Meier — Veit	1
2	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei (Hitlerbewegung) Wagner — Roth Robert — Rupp — Lubin	2
3	Kommunistische Partei Deutschlands Remmele — Boll — Chemnitz — Eckert	3
4	Badische Zentrumspartei Dr. Föhr — Dr. Schmitt — Erstag — Diez	4
5	Deutschnationale Volkspartei (Christliche Volkspartei in Baden) Dr. Hanemann — Mahla — Jenne — Fritsch	5
6	Deutsche Volkspartei Dr. jur. Zapf — Brixner — Dr. Reser — Adam	6
7	Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) e. V. Pallmann — Spielmann — Heiser — Wilser	7
8	Deutsche Staatspartei Dietrich — Fischer — Frau Kromer — Gräßlin	8
10	Deutsches Landvolk Schultheiß I — Baur	10
11	Evangelischer Volksdienst Simpfendörfer — Dr. Schmechel — Schneider — Kärcher	11
11a	Volksrecht-Partei Kayser — Detchsel — Brink — Frau Teuffert	11a
12	Deutsche Bauernpartei Dr. Fehr	12
17	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands Seydewitz — Ritter — Heilig — Gänger	17
21	Polenliste Dr. Domanski — Dr. Kaczmarek — Olejniczak — Kwiatkowski	21
24	Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern Bürgi — Scherer — Ruf — Frau Hellriegel	24
26	SPD, Gerechtigkeitsbewegung für Parteienverbot — gegen Lohn-, Gehalts- u. Rentenkürzungen — für Arbeitsbeschaffung Müller-Hagen — König — Brenner — Feuerlein	26
28	Arbeiter- und Bauernpartei Deutschlands, Christlich-radikale Volksfront Heller — Reiser — Gindele — Spitzmüller	28
29	Interessengemeinschaft der Kleinrentner und Inflationsgeschädigten Pilar — Jochems — Stolinski — Bittrow	29
30	Nationalsozialistische Kleinrentner, Inflationsgeschädigte und Vorkriegsgeldbesitzer Baer — Preußchyl — Steimann	30
31	Freiwirtschaftsbewegung SSS Diepolt — Keibel — Krah — Müller	31

In der Bildersprache der Wahlplakate, hier Beispiele der SPD und der DVP aus dem Reichstagswahlkampf vom Sommer 1932, spiegeln sich die außerordentlich harten Auseinandersetzungen zwischen den Parteien und auch die Themen der Wahlkampagnen. Im Wahlkreis Baden bewarben sich 20 Parteien um die Wählerstimmen

Tabelle 15

Wahlen zum Gemeinderat 1946–1989

Wahldatum	Wahlbeteiligung in v. H.	Stimmenanteile der Parteien in v. H.							
		CDU	SPD	FDP/ DVP	KPD DKP	GP/BHE	NPD	Grüne Liste	Sonstige
1946, 26. Mai	79.9	40.7	37.8	11.9	9.6	–	–	–	–
1947, 7. Dezember	54.2	28.8	43.7	19.2	8.3	–	–	–	–
1951, 28. Januar	42.5	27.1	35.0	19.4	5.6	5.9	–	–	7.0
1953, 15. Nov.	49.6	33.0	41.5	14.1	3.1	5.4	–	–	2.9
1956, 11. Nov.	56.2	36.6	45.9	10.5	–	3.8	–	–	3.2
1959, 8. Nov.	59.0	31.8	44.6	10.2	–	4.4	–	–	9.0[1]
1962, 4. Nov.	53.0	33.6	47.3	10.1	–	3.2	–	–	5.8
1965, 7. Nov.	50.5	38.0	47.9	10.5	–	–	3.6	–	–
1968, 20. Nov.	55.6	35.9	45.1	11.6	–	–	6.2	–	1.2
1971, 24. Oktober	54.8	45.9	41.7	6.1	1.2	–	2.3	–	2.8
1975, 20. April	60.4	48.9	36.7	10.9	0.6	–	0.8	–	2.1
1980, 22. Juni	54.7	46.0	37.3	11.2	0.4	–	–	4.2	0.9
1984, 28. Oktober	53.4	44.4	32.8	7.9	0.4	–	–	12.3	2.2[2]
1989, 22. Oktober	52.9	37.3	30.9	8.4	0.3	–	0.5	10.8	11.8[3]

[1] Davon BVP 6.8 [2] Davon Karlsruher Liste 1.6 [3] Davon Republikaner 5.2; Karlsruher Liste 3.1; ÖDP 2.0

Tabelle 16

Sitzverteilung im Gemeinderat 1946–1989

Jahr	Sitze	Parteien												
		CDU	SPD	FDP	KPD	GP/ BHE	WdH	BVP	NPD	FWV	GL	KL	ÖDP	Rep
1946	24	10	9	3	2	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1947	48	14	21	9	4	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1951	48	16	20	9	3	1	1	–	–	–	–	–	–	–
1953	48	16	20	8	1	2	1	–	–	–	–	–	–	–
1956	48	19	23	5	–	1	–	–	–	–	–	–	–	–
1959	48	17	24	4	–	3	–	1	–	–	–	–	–	–
1962	48	17	25	4	–	1	–	1	–	–	–	–	–	–
1965	48	19	25	4	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1968	48	19	23	5	–	–	–	–	1	–	–	–	–	–
1971	48	21	22	4	–	–	–	–	1	–	–	–	–	–
1975	60	32	21	6	–	–	–	–	–	1	–	–	–	–
1980	65[1]	31	25	7	–	–	–	–	–	–	2	–	–	–
1984	66[1]	30	22	5	–	–	–	–	–	–	8	1	–	–
1989	68[1]	27	22	6	–	–	–	–	–	–	7	2	1	3

[1] Durch Ausgleichsmandate wird die Zahl von 60 Sitzen überschritten

Bekanntmachung

Stadtratswahl am 7. 12. 1947

Wahlergebnisse

Gesamtstimmenzahlen auf die einzelnen Wahlvorschläge:

1. A - Sozialdemokratische Partei -	1197241	Stimmen
2. B - Kommunistische Partei -	228051	„
3. C - Christlich-Demokratische Union -	790755	„
4. D - Demokratische Volkspartei -	525444	„
	2741491	Stimmen

Gültig abgegeb. Stimmzettel für jeden einzelnen Wahlvorschlag:

	unveränderte Stimmzettel	veränderte Stimmzettel
1. A - Sozialdemokratische Partei -	15235	9922
2. B - Kommunistische Partei -	3552	1207
3. C - Christlich-Demokratische Union -	9946	6712
4. D - Demokratische Volkspartei -	6533	4678
	35266	22519

Ungültig abgegebene Stimmzettel 2874

In den Stadtrat wurden gewählt:

I. Sozialdemokratische Partei Deutschlands

1. Töpper, Friedrich	mit	30710	Stimmen
2. Dr. med. Kappes, Friedrich	„	30300	„
3. Möller, Alex	„	28096	„
4. Ritzert, Jean	„	27318	„
5. Walter, Hermann	„	27035	„
6. Dr. Dietrich, Heinrich	„	26963	„
7. Heller, Gustav	„	26672	„
8. Hellmann, Jul.	„	26612	„
9. Fischer, Kunigunde	„	26582	„
10. Kanz, Karl	„	26305	„
11. Stutz, Helmut	„	26162	„
12. Moos, Alwin	„	26143	„
13. Hoffmann, August Franz	„	26075	„
14. Heininger, Wenzel	„	25908	„
15. Zwecker, Theodor	„	25875	„
16. Ulmer, Oskar	„	25714	„
17. Flößer, Karl	„	25406	„
18. Meinzer, Fritz	„	25374	„
19. Dr. jur. Meder, Paul	„	25331	„
20. Schwerdtfeger, Walter	„	25226	„
21. Bernauer, Heinrich	„	25149	„

II. Kommunistische Partei Deutschlands

1. Riedinger, Berthold	mit	14865	Stimmen
2. Dietz, Friedrich K.H.	„	14501	„
3. Aschinger, Fritz	„	14439	„
4. Held, Fritz	„	14009	„

III. Christlich-Demokratische Union

1. Dr. Kühn, Siegfried	mit	21185	Stimmen
2. Baur, Wilhelm	„	18910	„
3. Schwarz, Karl	„	18906	„
4. Dr. Werber, Friedrich	„	18953	„
5. Volm, Johann	„	18454	„
6. Berggötz, Heinrich	„	18267	„
7. Kunert, Karl	„	17992	„
8. Dr. Kromer, Otto	„	17984	„
9. Sprauer, Franz	„	17894	„
10. Leppert, Emil	„	17850	„
11. Dullenkopf, Otto	„	17667	„
12. Jüngert, Eduard	„	17340	„
13. Walch, Anna	„	17269	„
14. Jung, Bernhard	„	17104	„

IV. Demokratische Volkspartei

1. Keßler, Albert	mit	33224	Stimmen
2. Dr. Trautwein, Karl	„	32674	„
3. Schopf, Willi	„	31578	„
4. Dr. Klotter, Karl	„	13164	„
5. Dr. Keßler, Hermann	„	12089	„
6. Dr. Seippel, Friedrich	„	12006	„
7. Dr. Raab, Rudolf	„	11974	„
8. Fels, Emil	„	11958	„
9. Müller, Franz	„	11923	„

Gegen die Wahl kann binnen einer Woche beim Stadtrat Einsprache erhoben werden. Einspruchsberechtigt ist jeder Wahlberechtigte. Der Stadtrat entscheidet über die Einsprachen.
Gegen die Entscheidung des Stadtrates im Wahlprüfungsverfahren steht dem, der den Einspruch erhoben hat und dem, dessen Wahl für ungültig oder dessen Eintritt in den Stadtrat für unzulässig erklärt worden ist, die Beschwerde an den Landesdirektor des Innern zu. Die Entscheidung dieser Behörde ist endgültig. Die Beschwerde ist binnen einer Woche nach Eröffnung der Entscheidung des Stadtrats zu erheben. Sie darf, wenn sie infolge Zurückweisung des Einspruchs erhoben wird, mit ihrem Antrag nicht über den Einspruchsantrag hinausgehen. Die Gewählten können vor endgültiger Erledigung der gegen ihre Wahl erhobenen Einsprache nicht in den Stadtrat eintreten.

Karlsruhe, den 22. Dezember 1947.

Der Oberbürgermeister

Oberbürgermeister-wahl

Wahlrecht = Wahlpflicht!

Zum ersten Mal in der Geschichte der Stadt Karlsruhe wird der Oberbürgermeister durch das Volk gewählt. Dieses **Recht** ist für die Wählerschaft aber **Verpflichtung**, ihre Stimme abzugeben.

Geht also unbedingt zur Wahl!

Die Tatsache, daß nur **ein** Kandidat aufgestellt ist, darf kein Grund sein, der Wahlurne fernzubleiben. Das Gesetz schreibt auch in diesem Falle ausdrücklich eine Wahlhandlung vor.

Wählerinnen und Wähler!

Wer sein Wahlrecht nicht ausübt, gibt damit zu erkennen, daß er auf dieses vornehmste Staatsbürgerrecht verzichtet. Die Folgen, die entstehen können, wenn ein Volk auf dieses demokratische Recht Verzicht und damit einer Diktatur Vorschub leistet, erlebten wir alle. Darum: Geht zur Wahl!

Wann wird gewählt?

Die Wahlzeit dauert von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr (17 Uhr) nachmittags. Findet Euch frühzeitig zum Wählen ein, nicht erst kurz vor Schluß der Wahlhandlung.

Karlsruhe, den 27. Januar 1948.

Stadtverwaltung Karlsruhe

. Braun GmbH. 1. 46 300

Tabelle 17

Oberbürgermeisterwahlen 1948–1986

Wahltag	Wahlbeteiligung in v. H.	Kandidaten	Stimmanteile in v. H.
1948, 1. Februar	26.5	Friedrich Töpper (SPD)	98.6
1952, 1. Mai	48.9	Günther Klotz (SPD)	41.1
		Dr. Franz Gurk (CDU)	33.7
		Dr. Hermann Keßler (DVP)	9.0
Stichwahl, 8. Juni	52.0	Günther Klotz (SPD)	57.4
		Dr. Franz Gurk (CDU)	42.6
1958, 20. April	61.1	Günther Klotz (SPD)	99.7
1970, 12. April	59.4	Otto Dullenkopf (CDU)	55.5
		Walther Wäldele (SPD)	43.8
Stichwahl, 26. April	63.6	Otto Dullenkopf (CDU)	64.8
		Dr. Peter Corterier (SPD)	34.8
1978, 9. April	56.8	Otto Dullenkopf (CDU)	69.6
		Heinke Salisch (SPD)	28.8
1986, 13. April	55.6	Prof. Dr. Gerhard Seiler (CDU)	56.6
		Ulrich Pfeifle (SPD)	39.0
		Christa Reetz (Grüne)	3.1

Tabelle 18

Bundestags-, Landtags- und Europawahlen in Karlsruhe 1946–1990

Wahl, Wahldatum	Wahlbeteiligung in v. H.	Stimmenanteile der Parteien in v. H.							
		CDU	SPD	FDP/ DVP	KPD seit 1972 DKP	GP/ BHE	NPD	Grüne	Sonstige
Verfg. Verslg. 1946, 30. Juni	71.6	37.6	39.7	13.0	9.7	–	–	–	–
LT 1946, 24. Nov.	72.4	30.5	39.4	14.8	9.1	–	–	–	6.2
BT 1949, 14. August	71.4	27.4	37.0	16.5	9.8	–	–	–	9.3[1]
LT 1950, 19. Nov.	42.1	27.5	41.5	15.2	5.4	10.4	–	–	–
Verfg. Verslg. 1952, 9. März									
WK-Ost	55.2	30.7	37.7	13.4	6.4	5.6	–	–	6.2[2]
WK-West	55.5	35.0	28.8	18.0	5.7	6.6	–	–	5.9[2]
BT[3] 1953, 6. Sept.	77.2	50.0	31.6	7.7	2.6	4.0	–	–	5.6
LT 1956, 4. März									
WK-Ost	64.4	39.0	44.1	9.0	3.9	3.0	–	–	1.0
WK-West	64.4	47.0	35.3	9.7	3.4	3.4	–	–	1.2
BT 1957, 5. Sept.	81.6	54.1	31.8	8.6	–	2.8	–	–	2.7

BT 1957, 5. Sept.	81.6	54.1	31.8	8.6	–	2.8	–	–	2.7
LT 1960, 15. Mai									
WK-Ost	56.1	35.3	48.4	8.4	–	3.9	–	–	4.0[4]
WK-West	55.4	40.5	40.7	9.8	–	4.5	–	–	4.5[4]
BT 1961, 17. Sept.	81.4	45.4	34.4	13.4	–	2.2	–	–	4.5[5]
LT 1964, 26. April									
WK-Ost	55.4	44.1	45.0	6.9	–	–	–	–	4.0
WK-West	54.9	49.2	39.6	7.4	–	–	–	–	3.8
BT 1965, 19. Sept.	80.4	44.4	38.2	11.9	–	–	3.2	–	3.3
LT 1968, 28. April									
WK-Ost	65.2	38.3	35.7	12.2	–	–	11.4	–	2.4
WK-West	64.2	41.2	31.6	13.2	–	–	11.4	–	2.6
BT 1969, 28. Sept.	81.6	44.3	42.1	6.9	–	–	5.8	–	0.8
LT 1972, 23. April									
WK-Ost	76.5	46.4	42.8	10.3	0.4	–	–	–	0.1
WK-West	77.3	48.4	40.5	10.6	0.5	–	–	–	0.0
BT 1972, 19. Nov.	88.5	45.5	41.8	11.4	0.3	–	0.8	–	0.2
LT 1976, 4. April									
WK-Ost	73.9	51.8	36.8	9.6	0.4	–	0.9	–	1.1
WK-West	71.6	51.7	37.9	8.4	0.5	–	1.0	–	0.5
BT 1976, 3. Okt.	87.2	48.3	40.9	9.7	0.3	–	0.5	–	0.3
E 1979, 10. Juni	59.5	48.0	38.2	9.2	0.4	–	–	3.9	0.3
LT 1980, 16. März									
WK-Ost	72.6	47.0	34.1	14.3	0.4	–	–	4.2	0.0
WK-West	69.6	48.1	35.3	11.6	0.3	–	–	4.7	0.0
BT 1980, 5. Okt.	85.0	43.1	41.1	13.6	0.2	–	0.2	1.7	0.1
BT 1983,5. März	86.1	46.1	36.2	9.2	0.2	–	0.3	8.0	2.0
LT 1984, 25. März									
WK-Ost	69.2	44.6	34.9	10.1	0.3	–	–	9.9	0.2
WK-West									
E 1984, 17. Juni	50.7	45.4	31.0	7.7	–	–	1.2	11.7	3.0
BT 1987, 25. Jan.	80.6	43.0	31.9	11.3	–	–	0.9	12.1	0.8
LT 1988, 20. März									
WK-Ost	68.8	45.7	34.4	6.3	0.3	–	1.6	9.6	3.1[6]
WK-West	65.7	45.3	35.6	5.6	0.3	–	1.9	9.3	2.0[6]
E 1989, 18. Juni	57.3	35.2	32.5	7.2	–	–	–	12.6	12.5[7]
BT 1990, 2. Dez.	73.7	41.8	33.0	12.7	–	–	0.4	7.1	5.0[8]

[1] Notgemeinschaft 9.3 [2] SRP 6.2 bzw. 5.9 [3] Nach Änderung des Wahlmodus werden hier nur die Zweitstimmenanteile dokumentiert [4] DP 3.1 bzw. 3.6 [5] DFU 3.5 [6] REP 1.1 bzw. 1.2 [7] REP 7.4 [8] REP 2.6

Auswahlbibliographie

Die folgende Bibliographie präsentiert aus der weit größeren Zahl von Veröffentlichungen über Karlsruhe nur eine Auswahl. Aufnahme fanden allgemeine Darstellungen zur Geschichte Karlsruhes und der ehemals selbständigen Stadtteile, Bildbände, Sammelbände und Ausstellungskataloge, die meist wichtige Aufsätze enthalten. Daneben finden sich ältere und neuere Untersuchungen zu speziellen Bereichen der Karlsruher Stadtgeschichte, biographische Arbeiten und Erinnerungen. Nicht aufgenommen sind Firmen- und Vereinsfestschriften, die in der Regel eher als Quelle für die historische Forschung dienen, und kleinere Zeitschriften- und Zeitungsartikel, die zum Teil interessante oder auch anekdotische Details vermitteln. Hierzu sei vor allem auf die Zeitschrift „Badische Heimat" verwiesen, die seit 1914 erscheint. Auch die Karlsruher Adreßbücher enthalten viele kurze Aufsätze zur Stadtgeschichte. Nicht aufgenommen wurden die zahlreichen Druckschriften aus den städtischen Ämtern, die wichtiges Material zur Stadtgeschichte bereitstellen. Umfassende Informationen zur ortsgeschichtlichen Literatur bieten bis zum Jahre 1899 die Bibliographie: Literatur der Landes- und Volkskunde des Großherzogtums Baden, bearbeitet von Otto Kienitz und Karl Wagner, Karlsruhe 1901, S. 425–470, sowie die von Emil Lautenschlager begründete und von Werner Schulz fortgeführte „Bibliographie der badischen Geschichte", die in neun zwischen 1929 und 1984 erschienenen Bänden abgeschlossen wurde. Weitergeführt wird die Verzeichnung des Schrifttums in der „Landesbibliographie von Baden-Württemberg", bearbeitet von Werner Schulz und Günter Stegmaier, deren erster Band 1978 erschienen ist.

Die Zahl der Veröffentlichungen zur Geschichte Karlsruhes kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß in manchen Bereichen noch kleinere oder große Lücken in unserer Kenntnis der Entwicklung der Stadt klaffen. Einige dieser Lücken werden hier benannt, um möglicherweise Anregungen zu ihrer Erforschung zu geben. Generell gilt, daß unsere Kenntnis über die Zeit bis zum Ersten Weltkrieg vielfältig und differenzierter ist als für die vergangenen etwa 75 Jahre. Es ist auch festzustellen, daß über das Bauwesen und die Stadtplanung sowie über Kunst und Kultur mehr Publikationen vorliegen als über die Wirtschaft, die politischen Verhältnisse und die Tätigkeit der Stadtverwaltung. Wenig nur liegt vor zu den Parteien und Verbänden und zum Schulwesen, das Karlsruhe einst das Prädikat „Schulstadt" eintrug. Das gleiche gilt für die Bevölkerungsentwicklung allgemein und für einzelne soziale Schichten und sozialstrukturelle Veränderungen, etwa im Zusammenhang mit der Industrialisierung oder mit der Integration der Vertriebenen nach 1945. Zum kirchlichen Leben wären etwa vertiefte Kenntnisse über die Auswirkungen des Kulturkampfes in Karlsruhe und über die katholische Vereinsbildung wichtig. Wünschenswert wären weitere Untersuchungen zur städtischen Lebensweise im Bereich Wohnen, Arbeiten, Freizeitverhalten und Vereinswesen, wie sie in dem Band „Alltag in Karlsruhe" schon vorgelegt wurden. Es fehlen auch noch eine Reihe von Fallstudien, die den Prozeß der politischen Willensbildung in der Stadt detailliert nachzeichnen und dabei auch die soziale Zusammensetzung der kommunalen Vertretungsorgane beleuchten. Dies würde das lokale politische Kräftefeld erhellen. Zu bedauern ist schließlich, daß noch viele Arbeiten fehlen über Leben und Wirken führender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und daß diese keine Neigung erkennen lassen, Erinnerungen zu schreiben, die zu einer lebendigen Stadtgeschichtsschreibung viel beitragen könnten.

Abele, Gerhard/Leidlmair, Adolf: Karlsruhe, Studien zur innerstädtischen Gliederung und Viertelsbildung, Karlsruhe 1972

Alltag in Karlsruhe. Vom Lebenswandel einer Stadt durch drei Jahrhunderte. Hrsg. von Heinz Schmitt unter Mitwirkung von Ernst Otto Bräunche, Karlsruhe 1990 (=Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs, Bd. 10)

Altrup, Hermann F.: Die Flächennutzung im jüngsten Wachstumsprozeß deutscher Großstädte. Untersucht an den Beispielen Wiesbaden, Karlsruhe, Darmstadt und Osnabrück, Wiesbaden 1969

Angermeyer-Deubner, Marlene: Neue Sachlichkeit und Verismus in Karlsruhe, Karlsruhe 1988

Asche, Susanne: 1000 Jahre Grötzingen. Die Geschichte eines Dorfes, Karlsruhe 1991 (=Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs, Bd. 13)

[Bader, Josef]: Die Residenzstadt Karlsruhe, ihre Geschichte und Beschreibung. Festgabe der Stadt zur 34. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte, Karlsruhe 1858

[Badischer Kunstverein] 1818–1968. Festschrift zum 150jährigen Jubiläum des Badischen Kunstvereins Karlsruhe, Karlsruhe 1968

Baer, Emil: Der Wohnungsmarkt der Stadt Karlsruhe und der umliegenden Gemeinden während dem Kriege bis zum Waffenstillstand; die Wohnungspolitik bis zum Herbst 1918, Diss. phil. Heidelberg 1927 (MS)

Bauer, Erich: Karlsruhe. Ein Bildband, Karlsruhe 1965

Baum, Maria: Drei Klassen von Lohnarbeiterinnen in Industrie und Handel der Stadt Karlsruhe, Karlsruhe 1906

Baumeister, Reinhard: Hygienischer Führer durch die Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe. Festschrift zur XXII. Versammlung des deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege. Hrsg. durch die Stadt Karlsruhe 1897

Bechtold, Gerhard: Kino. Schauplätze in der Stadt. Eine Kulturgeschichte des Kinos in Karlsruhe, Karlsruhe 1987

Bentmann, Friedrich: Karlsruhe im Blickfeld der Literatur, Karlsruhe 1969

Berendt, Otto (Hrsg.): Karlsruhe. Das Buch der Stadt, Stuttgart 1926

Beringer, Josef August: Badische Malerei 1770–1920. 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, Karlsruhe 1922. Reprint mit Vorwort und biographisch-bibliographischem Anhang von Rudolf Theilmann, Karlsruhe 1979

Bischof, Heinz (Hrsg.): Karlsruhe in alten Ansichtskarten, Frankfurt a. M. 1978

Blum, Albert: Gemeindebetriebe der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe und deren Beamten- und Arbeiterschaft, Karlsruhe 1912

Bökemann, Dieter: Das innerstädtische Zentralitätsgefüge, dargestellt am Beispiel der Stadt Karlsruhe, Karlsruhe 1967

Bohtz, Carl Helmut: Karlsruhe. München, Berlin 1970

Botz, Georg: Die Gartenstadt Karlsruhe 1907–1932, Karlsruhe 1932

[Brahms, Johannes] Johannes Brahms in Baden-Baden und Karlsruhe, Ausstellungskatalog Badische Landesbibliothek, Karlsruhe 1983

Brandenburger, Gerlinde/Großkinsky, Manfred/Kabierske, Gerhard/Merkel, Ursula/Vierneisel, Beatrice: Denkmäler, Brunnen und Freiplastiken in Karlsruhe 1715–1945, Karlsruhe 1987 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs, Bd. 7)

Brandt, Peter/Rürup, Reinhard: Volksbewegung und demokratische Neuordnung in Baden 1918/19. Zur Vorgeschichte und Geschichte der Revolution, Sigmaringen 1991

Broßmer, Karl: Dr. Ulrich Bernays (1881–1948) – Altphilologe und Vorkämpfer der Volkshochschule, Karlsruhe o. J.

Brunn, Friedrich Leopold: Briefe über Karlsruhe, Berlin 1791, Neuauflage Karlsruhe 1988

Carl Friedrich und seine Zeit. Ausstellungskatalog Markgräflich-Badische Museen, Karlsruhe 1981

Chronik der Haupt- und Residenzstadt Karls-

ruhe für das Jahr 1885–1917. Jg. [1]–33. Im Auftrag der städtischen Archivkommission bearbeitet, Karlsruhe 1886–1919
Chronik der Landeshauptstadt Karlsruhe für die Jahre 1918 und 1919; 1920 bis 1923. Jg. 34–39. Im Auftrag der Stadtverwaltung bearbeitet, Karlsruhe 1925, 1930
Danelius, Eva: Die Arbeitshilfe G.m.b.H. in Karlsruhe. Ein Betrieb zur Beschäftigung erwerbsbeschränkter Frauen, Berlin 1925
Das Karlsruher Rathaus. Erbaut 1805–1825 von Friedrich Weinbrenner, zerstört im 2. Weltkrieg 1944/45, wiederaufgebaut 1948/55. Hrsg. von der Stadtverwaltung Karlsruhe, Karlsruhe o. J.
Dengel, Heinz Werner: Karlsruhe und seine Entwicklung von der Residenz zur Industriestadt. Eine wirtschafts- und siedlungsgeographische Untersuchung des Stadtraumes, Diss. phil. Freiburg i. Br. 1956 (MS)
Deutsche Städte. Karlsruhe, Stuttgart o. J. [1922]
Die stille Zerstörung. Kritische Blicke auf Karlsruhe im Denkmalschutzjahr. Ausstellungskatalog Staatliche Kunsthalle Karlsruhe, Karlsruhe 1975
Diercksen, Günther (Hrsg.): Aus der Chronik der Ärzteschaft Karlsruhe 1715–1977 (1978). Nach alten Aufzeichnungen, aktuellen Berichten, Bibliographien und Presseveröffentlichungen, Karlsruhe 1978
Dietrich, Eva-Maria: Die Ortsgruppe Karlsruhe des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes von 1918 bis 1933, unveröff. Magisterarbeit Universität Karlsruhe 1989
Doerrschuck, Hubert: Karlsruhe, so wie es war. Ein Bildband, Düsseldorf 1971
Doerrschuck, Hubert/Meininger, Herbert: Stadtgeschichte und Bilddokumentation Karlsruhe, Karlsruhe 1984
Durlacher Geschichte. Fünf Vorträge in der Karlsburg. Karlsruher Beiträge Nr. 5. Hrsg. Stadt Karlsruhe, Karlsruhe 1990
Ebeling, Hermann: Der Freiherr von Drais. Das tragische Leben des „verrückten Barons". Ein Erfinderschicksal im Biedermeier, Karlsruhe 1985
Ehmer, Hermann: Geschichte von Neureut, Karlsruhe 1983
Ehrenberg, Kurt: Baugeschichte von Karlsruhe. 1715–1870. Bau und Bodenpolitik, Karlsruhe 1909
Ehrenfried, Adalbert: Die Kapuziner in Karlsruhe einst und jetzt, Karlsruhe 1962
100 Jahre Badisches Konservatorium Karlsruhe – Festschrift zur Erinnerung an die Gründung am 15. September 1884, Karlsruhe 1984
100 Jahre Straßenbahn Karlsruhe, Karlsruhe 1977
125 Jahre Städtische Sparkasse Karlsruhe 1813–1938, o.O.o.J. [Karlsruhe 1938]
1200 Jahre Knielingen 786–1986. Heimatgeschichtliche Beiträge von Peter Henn u. a., Karlsruhe 1986
Eisele, Josef/Köhler, Helmut: 70 Jahre Dienst am Volke. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Ortsverein Karlsruhe, o.O.o.J. [Karlsruhe 1959]
Eisele, Klaus: Wähler und Wahlen in Karlsruhe von 1928 bis 1930. Eine mikroanalytische Studie zum Aufstieg des Nationalsozialismus in einer deutschen Großstadt, unveröff. Magisterarbeit Universität Karlsruhe 1987
[Ellern, Hermann] Hermann Ellern (1892–1972). Festschrift zu seinem 80. Geburtstag, Tel Aviv 1972
Erbacher, Hermann (Hrsg.): Suchet der Stadt Bestes. Festschrift der Evangelischen Kirchengemeinde Karlsruhe zum Stadtjubiläum 1715–1965, Karlsruhe 1965
Ettlinger, Anna: Lebenserinnerungen für ihre Familie verfaßt, Leipzig o. J. [1920]
Fecht, Karl Gustav: Geschichte der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe. Im Auftrag der Städtischen Archivkommission bearbeitet. Mit Illustrationen und einem Situationsplan der Gegend, Karlsruhe 1887 (Nachdruck Karlsruhe 1976)
Fecht, Karl Gustav: Geschichte der Stadt Durlach, Heidelberg 1869 (Nachdruck Karlsruhe-Durlach 1969)
Festschrift zur Eröffnung des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe 8. Oktober 1950, Karlsruhe 1950

Finter, Hans: Die wirtschaftlichen und finanzpolitischen Probleme der Elektrizitätsversorgung Karlsruhes in der Nachkriegszeit, Rappenau 1929
Fischer, Alfons: Der Karlsruher Arbeiterdiskussionsklub, Leipzig 1908
Fischer, Alfred: Karlsruhe. Der Neubau einer Barockstadt. Ein Beitrag zur Frage und Wandlung im Städtebau, München 1947
Fischer, Ilse: Tiere bei uns. 125 Jahre Karlsruher Zoo, Karlsruhe 1990
Frommel, Karl Ludwig/Schreiber, Alois: Carlsruhe in malerischen Ansichten. Karlsruhe 1827 (Nachdruck Karlsruhe 1983)
75 Jahre städtische Rheinhäfen Karlsruhe 1901–1976, Karlsruhe 1976
Fürst, Friederike: Karlsruher Jugendwohlfahrtsarbeit, Diss. rechts- und staatswiss. Freiburg 1922 (MS)
Geschichte und Bestände des Stadtarchivs Karlsruhe. Von Ernst Otto Bräunche, Angelika Herkert, Angelika Sauer, Karlsruhe 1990 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs, Bd. 11)
Glaeser, Wolfgang: 100 Jahre 1. Mai in Karlsruhe. Hrsg. vom DGB Kreis Karlsruhe, Karlsruhe 1990
Glaeser, Wolfgang: Unser die Zukunft. Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Karlsruhe von 1845–1952, Karlsruhe 1991
Göckler, Albert: Alt-Karlsruhe von Markgraf Karl Wilhelm bis Weinbrenner, Karlsruhe 1930
Göricke, Joachim: Bauten in Karlsruhe. Ein Architekturführer, Karlsruhe 2. Aufl. 1980
Goldfarb, Otto: Die kommerzielle und industrielle Entwicklung der Stadt Karlsruhe, Diss. wirtschafts- und sozialwiss. Frankfurt 1925 (MS)
Goldschmit, Robert: Die Stadt Karlsruhe, ihre Geschichte und ihre Verwaltung. Festschrift zur Erinnerung an das 200jährige Bestehen der Stadt. Unter Mitwirkung von Heinrich Ordenstein und Karl Widmer, Karlsruhe 1915
Grammbitter, Ulrike: Josef Durm 1837–1919. Eine Einführung in das architektonische Werk, München 1984
Gütermann, Eugen: Die Karlsruher Brauindustrie, Karlsruhe 1909
Gutmann, Emil: Das großherzogliche Residenzschloß zu Karlsruhe, Heidelberg 1911 (Zeitschrift für Geschichte der Architektur. Beiheft 5)
Haass, Günther / Kappler, Wilhelm / Müller, Bernhard / Salaba, Marie / Schwarzmaier, Hansmartin: Karlsruher Theatergeschichte. Vom Hoftheater zum Staatstheater, Karlsruhe 1982
Haizinger, Amalie: Erinnerungsblätter aus dem Leben und Künstlerwirken der Frau Am. Haizinger, Karlsruhe 1836
Hansjakob, Heinrich: In der Residenz. Erinnerungen eines badischen Landtagsabgeordneten, Heidelberg 1878
Hartleben, Theodor: Statistisches Gemälde der Residenzstadt Karlsruhe und ihrer Umgebungen, Karlsruhe 1815
[Hebel, Johann Peter] Johann Peter Hebel. Eine Wiederbegegnung zu seinem 225. Geburtstag. Ausstellungskatalog hrsg. von der Badischen Landesbibliothek, Karlsruhe 1985
Heidelberger, Emil: Das Karlsruher Baugewerbe, Karlsruhe 1915
Hein, Dieter: Umbruch und Aufbau. Bürgertum in Karlsruhe und Mannheim 1780–1820. In: Lothar Gall (Hrsg.). Vom alten zum neuen Bürgertum. Die mitteleuropäische Stadt im Umbruch 1780–1820, München 1991 (Stadt und Bürgertum, Bd. 3)
Hirsch, Fritz: 100 Jahre Bauen und Schauen. 2 Bde., Karlsruhe 1928, 1932
Historisch-topographisches Gemälde des Großherzogtums Baden mit ausführlicher Gründungsgeschichte und Beschreibung von Karlsruhe, Karlsruhe 1850
Höcker, Paul Oskar: Kinderzeit. Erinnerungen, Berlin 1919 (Verf. war Sohn des Hofschauspielers Oskar Höcker, betrifft die 1870er und 1880er Jahre)
Hoffmann: Geschichte der Gemeinde Beiertheim, Karlsruhe 1877
Hofschulte, Bernhard: Die Geschichte des Schlacht- und Viehhofes der Stadt Karls-

ruhe bis zum Jahre 1927, Diss. med. vet. Hannover 1983 (MS)
Hotz, Joachim: Kleine Geschichte der Universität Fridericiana Karlsruhe (Technische Hochschule), Karlsruhe 1975
Huber, Ludwig (verantwortlich): Beiertheim in Geschichte und Gegenwart. Karlsruhe o. J. [um 1971]
Huber, Walter: Die Stephanienstraße. Ein Stück Bau- und Kulturgeschichte in Karlsruhe, Karlsruhe 1954
[Hübsch, Heinrich] Heinrich Hübsch 1795–1863. Der große badische Baumeister der Romantik. Katalog zur Ausstellung des Stadtarchivs Karlsruhe und des Instituts für Baugeschichte der Universität Karlsruhe, Karlsruhe 1983
[Huhn, Eugen]: Karlsruhe und seine Umgebung. Geschichte und Beschreibung. Mit einem Plan der Stadt und einer Karte der Umgegend, Karlsruhe 1843
In der Residenz. Literatur in Karlsruhe 1715–1918. Eine Ausstellung des Instituts für Kulturpädagogik der Hochschule Hildesheim, Karlsruhe 1984
Industriearchitektur in Karlsruhe. Beiträge zur Industrie- und Baugeschichte der ehemaligen Haupt- und Residenzstadt bis zum Ausbau des Ersten Weltkrieges, Karlsruhe 1987 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs, Bd. 6)
Jakob, Knut (Hrsg.): Alte Heimat – Neue Heimat. Ein Photoessay zur Karlsruher Altstadtsanierung, Karlsruhe 1981
Juden in Karlsruhe. Beiträge zu ihrer Geschichte bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung. Hrsg. von Heinz Schmitt unter Mitwirkung von Ernst Otto Bräunche und Manfred Koch, Karlsruhe, 2. überarbeitete Auflage 1990 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs, Bd. 8)
Jung-Stilling. Arzt – Kameralist – Schriftsteller zwischen Aufklärung und Erweckung. Ausstellungskatalog hrsg. von der Badischen Landesbibliothek, Karlsruhe 1990
Kaller, Gerhard: Die Revolution in Baden und die Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrats in Karlsruhe. In: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Bd. 114, 1966, S. 301–350
Karlsruhe als Garnison. Festschrift zum Garnisontag 1956 und zur 2. Wiedersehensfeier der 35. Inf.-Div. am 29./30. September 1956. Hrsg. vom Ausschuß für die Vorbereitung des Garnisontages 1956, Karlsruhe o. J. [1956]
Karlsruhe als Wohnort und Industrieplatz. Hrsg. von Stadtrat und Stadt Karlsruhe, Karlsruhe 1914
Karlsruhe. Die großherzogliche badische Haupt- und Residenzstadt, in ihren Maßregeln für Gesundheitspflege und Rettungswesen. Bei Veranlassung der internationalen Ausstellung für Rettungswesen und Gesundheitspflege zu Brüssel 1876 im Auftrage des Stadtrats bearbeitet. 2 Bände, Karlsruhe 1876
Karlsruhe im Jahre 1870. Baugeschichtliche und ingenieurwissenschaftliche Mitteilungen von Berkmüller, Durm, Gerwig und Scheffel, Karlsruhe 1872
Karlsruhe 1911. Festschrift. Der 83. Versammlung Deutscher Naturforscher und Ärzte gewidmet von dem Stadtrat der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe, Karlsruhe 1911
Karlsruhe. Wirtschaftszentrum am Oberrhein. In 140 Jahren von der Handelsstube zur Industrie- und Handelskammer Karlsruhe. Hrsg. von der Industrie- und Handelskammer Karlsruhe, Karlsruhe o. J. [1953]
Karlsruher Majolika. Die Großherzogliche Majolika-Manufaktur 1901–1927. Die Staatliche Majolika-Manufaktur 1927–1978, Ausstellungskatalog Badisches Landesmuseum, Karlsruhe 1979
Kast, Petra: Brunnen in Karlsruhe 1945–1987, unveröff. Magisterarbeit Universität Karlsruhe 1989
Kircher, Gerda Franziska: Das Karlsruher Schloß als Residenz und Musensitz. Bearb. aus dem Schloßinventar von 1787 und aus der Korrespondenz der Markgräfin Karoline Luise, Stuttgart 1959
„Klar und lichtvoll wie eine Regel." Planstädte der Neuzeit vom 16.–18. Jahrhundert. Ausstellungskatalog Badisches Landesmuseum

Karlsruhe, Karlsruhe 1990
Knauf, Heinrich: Alt-Daxlandens Geschichte, Karlsruhe-Daxlanden 1936
Kneille, Heinz: Stadterweiterung und Stadtplanung im 19. Jahrhundert. Auswirkungen des ökonomischen und sozialen Strukturwandels auf die Stadtphysiognomie im Großherzogtum Baden, Freiburg 1978
Kochendörfer, Jürgen: Die wirtschaftliche Entwicklung der Lokomotivfabriken Karlsruhe und Esslingen unter der Leitung von Emil Keßler. In: Esslinger Studien 22, S. 143–188, Esslingen 1983
Körting, Johannes: Karlsruhe als Gasstadt der Frühzeit, Düsseldorf 1969
Kranich, Kurt: Karlsruhe – Schicksalstage einer Stadt, Karlsruhe 1973
Kratt, Wilhelm: Karlsruhe um 1910. Photographiert von Wilhelm Kratt. Bearbeitet von Suse und Harald Schmuck, Karlsruhe 1979
Krausnick, Michail: Abfahrt Karlsruhe 16. 5. 1940. Die Deportation der Karlsruher Sinti und Roma – ein unterschlagenes Kapitel aus der Geschichte unserer Stadt. Hrsg. vom Verband der Sinti und Roma, Karlsruhe e.V., Karlsruhe 1990
Krimm, Konrad/Rößling, Wilfried (Bearb.): Residenz im Kaiserreich. Karlsruhe um 1890. Hrsg. vom Generallandesarchiv Karlsruhe, Karlsruhe 1990
Kunst in der Residenz, Karlsruhe zwischen Rokoko und Moderne. Ausstellungskatalog Staatliche Kunsthalle Karlsruhe, Heidelberg 1990
Kunst in Karlsruhe 1900–1950. Staatliche Kunsthalle Karlsruhe. Ausstellung im Badischen Kunstverein, Karlsruhe 1981
Lacroix, Emil: Zur Baugeschichte des Karlsruher Marktplatzes. Ein Beitrag zur Geschichte des Städtebaus im 19. Jahrhundert. In: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Bd. 86, 1934, S. 24–57
Lauts, Jan: Karoline Luise von Baden. Ein Lebensbild aus der Zeit der Aufklärung, Karlsruhe 1980
Leben in der Fächerstadt. Vortragsreihe des Forums für Stadtgeschichte und Kultur zur Gründung der Stadt Karlsruhe vor 275 Jahren. Hrsg. Stadt Karlsruhe, Karlsruhe 1991
Leiber, Gottfried: Friedrich Weinbrenner. Sein städtebauliches Schaffen. Voraussetzungen und Einflüsse. Die Planung Karlsruhes von seinen Anfängen bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, Karlsruhe 1992
Leiser, Wolfgang: Das Karlsruher Stadtrecht 1715–1752. In: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Bd. 114, 1966, S. 207–239
Lindemann, Klaus E. R.: Günther Klotz. OB mit Herz und Humor. Mit einem Porträt von Josef Werner, Karlsruhe 1971
Lindemann, Klaus E. R.: Otto Dullenkopf. Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe 1970–1986. Eine Dokumentation, Karlsruhe 1986
Lindemann, Klaus E. R.: Tagebuch der Fächerstadt. Karlsruhe im Rückblick, Jg. 1 1977 – Jg. 14 1990, Karlsruhe 1978–1991
Lindemann, Klaus E. R./Steinhof, Barbara (Hrsg.): 75 Jahre Hauptbahnhof Karlsruhe, Karlsruhe 1988
Linder, Gerhard: 1000 Jahre Hagsfeld. Die Geschichte eines Dorfes, Karlsruhe 1991 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs, Bd. 12)
Lögler, Herbert: Karlsruhe im Zeichen der nationalsozialistischen Machtergreifung, unveröff. Diplomarbeit Universität Mannheim 1987
Loew, Deta: Verachtet und geliebt. Großstadtpfarrer im Dörfle. Erinnerungen an Hanns Löw, Karlsruhe 1973
Mangler, Emil: Fünfzig Skizzen zur Geschichte der Stadt Karlsruhe, Karlsruhe 1961
Martin, Egon: Karlsruhe – Stadtsanierung im Wandel der Zeiten und Gesetze. In: Stadterneuerung Karlsruhe 1980, S. 89–143
Marum, Ludwig: Briefe aus dem Konzentrationslager Kislau. Ausgewählt und bearbeitet von Elisabeth Marum-Lunau und Jörg Schadt. Mit einem Lebensbild von Joachim Wolfgang Storck. Hrsg. von den Stadtarchiven Karlsruhe und Mannheim, Karlsruhe 2. durchgesehene Aufl. 1988
Mayer, Hugo: Rüppurr, ein Bauern- und Industriearbeiterdorf, Karlsruhe 1909

Mayer, Lebrecht: Mitteilungen aus der Geschichte von Rüppurr, Bühl 1910
Meininger, Herbert/Doerrschuck, Hubert: 250 Jahre Karlsruhe. Die Chronik zum Jubiläum der Stadt, Karlsruhe 1965
Meinzer, Herbert: Rintheimer Chronik. Hrsg. vom Bürgerverein Karlsruhe-Rintheim e.V., o. O. [Karlsruhe] 1981
Michely, Martina: Frauenbildung und Frauenarbeit in der großherzoglichen Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe, unveröff. Magisterarbeit Universität Mannheim 1982
Moessinger, Wolfgang: Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt Karlsruhe unter Berücksichtigung der städtischen Finanzlage in der Zeit von 1918–1933, unveröff. Diplomarbeit Universität Mannheim 1976
Mohr, Alexander: Die badische Revolution von 1848/49 in Durlach, unveröff. Magisterarbeit Universität Stuttgart 1988
Mülfarth, Leo: Kleines Lexikon Karlsruher Maler, Karlsruhe 1980
Müller, Christina: Karlsruhe im 18. Jahrhundert. Zur Genese und zur sozialen Schichtung einer residenzstädtischen Bevölkerung, Diss. phil. Heidelberg 1990 (MS)
Müller, Friedrich: Karlsruhe als Unternehmer in Geschichte und Gegenwart. Diss. phil. Heidelberg 1949 (MS)
Nesselmann, Jürgen: Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Karlsruhe von ihrer Gründung bis zur Gegenwart, Karlsruhe 1969
Nie wieder! Eine alternative Stadtrundfahrt auf den Spuren des Dritten Reiches. Hrsg. vom Stadtjugendausschuß Karlsruhe, Karlsruhe 1984
Obert, Michael: 40 Jahre FDP in Karlsruhe: Geschichte des Kreisverbandes Karlsruhe-Stadt 1945–1985, Karlsruhe 1986
Ordenstein, Heinrich: Musikgeschichte der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe bis zum Jahre 1914, Karlsruhe 1915
Ottnad, Bernd (Hrsg.): Badische Biographien, Neue Folge Bd. I–III, Stuttgart 1983, 1987, 1990
Pampel, Horst F.: Mikrokosmos einer Stadt – Die Chronik der Viktoriastraße, Karlsruhe o.J.
Pezold, Hans von: Zur Geschichte der Prostitution in Karlsruhe, Karlsruhe 1926
[Pezold, Leopold von]: Karlsruher Erinnerungen und Wünsche, Karlsruhe 1895
Pfirmann, Walter: 75 Jahre Ortsverwaltung Karlsruhe Industriegewerkschaft Metall, Karlsruhe 1966
Pretsch, Peter: Karlsruher Stadtteile: Hagsfeld. Ausstellung der Stadtgeschichte im Prinz-Max-Palais. Hrsg. Stadt Karlsruhe, Karlsruhe 1988
Pretsch, Peter: Karlsruher Stadtteile: Knielingen. Ausstellung der Stadtgeschichte im Prinz-Max-Palais zur 1200-Jahr-Feier. Hrsg. Stadt Karlsruhe, Karlsruhe 1986
Pretsch, Peter: Karlsruher Stadtteile: Rüppurr. Ausstellung der Stadtgeschichte im Prinz-Max-Palais. Hrsg. Stadt Karlsruhe, Karlsruhe 1985
Rabe, Sophie: Die Wohnungsfürsorge der Stadt Karlsruhe in der Nachkriegszeit, Diss. phil. Heidelberg 1925 (MS)
Reuter-Rautenberg, Anna / Simons, Katrin / Westermann, Ekkehard: Karlsruher Kinder im „Dritten Reich". Staatliche Kunsthalle Karlsruhe. Ausstellung im Kindermuseum 31. 7. – 2. 10. 1983, Karlsruhe 1982
Richard Wagner und Karlsruhe. Karlsruher Beiträge Nr. 4. Hrsg. Stadt Karlsruhe, Karlsruhe 1987
Riegger, Luise: Geschichte der Mädchenbildung in Karlsruhe, Karlsruhe 1973
Rösiger, Hans-Detlef: Durlach und Karlsruhe, Karlsruhe 1924 (Reprint Karlsruhe 1974)
Rößling, Wilfried: Curjel & Moser – Architekten in Karlsruhe, Karlsruhe 1986
Rößling, Wilfried (Hrsg.): Stilstreit und Führerprinzip – Künstler und Werk in Baden, Karlsruhe 1987
Rößling, Wilfried: Studien zur Baugeschichte des „Academie-Gebäudes" und der Großherzoglichen Kunsthalle in Karlsruhe. In: Jahrbuch der Staatlichen Kunstsammlung in Baden-Württemberg 23, 1986, S. 77–119
Roller, Otto Konrad: Die Einwohnerschaft der Stadt Durlach im 18. Jahrhundert in ihren wirtschaftlichen und kulturgeschichtli-

chen Verhältnissen dargestellt aus ihren Stammtafeln, Karlsruhe 1907
Rothenacker, Albert: Die Gärtnerei in Karlsruhe. In: Schriften des Vereins für Sozialpolitik 69 (1897), S. 365–406.
Rott, Hans: Kunst und Künstler am Baden-Durlacher Hof, Karlsruhe 1917
Sander, Edmund: Karlsruhe einst und jetzt in Wort und Bild. Karlsruhe 1911 (Nachdruck Karlsruhe 1978)
Sandfuchs, Wilhelm: Die katholische Kirche von Karlsruhe in Vergangenheit und Gegenwart, Karlsruhe o. J. [1947–1956]
Schade, Horst: Ortsgeschichte Stupferich, Karlsruhe 2. erw. Aufl. 1986
Schmitt, Heinz: Karlsruhe. Ehemals, gestern, heute. Eine Stadt im Wandel der letzten 60 Jahre, Stuttgart 1980
Schmitt, Heinz: Karlsruher Stadtteile: Mühlburg. Ausstellung der Stadtgeschichte im Prinz-Max-Palais. Hrsg. Stadt Karlsruhe, Karlsruhe 1982
Schneider, Albert: Karlsruhe, die junge deutsche Grenzstadt, Karlsruhe o. J. [1934]
Schneider, Ernst: Chronik der edlen Narrheit. Zur Geschichte der Karlsruher Fastnacht im 19. Jahrhundert. In: Forschungen und Berichte zur Volkskunde in Baden-Württemberg 3 (1974–77), S. 41–67
Schneider, Ernst: Die Stadtgemarkung Karlsruhe im Spiegel der Flurnamen, Karlsruhe 1965 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs, Bd. 1)
Schneider, Ernst: Durlacher Volksleben 1500–1800. Volkskundliches aus archivalischen Quellen. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der ehemaligen Stadt Durlach, Karlsruhe 1980 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs, Bd. 5)
Schneider, Franz: Die Anfänge von Schloß und Stadt Karlsruhe. In: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Bd. 85, 1933, S. 423–455
Schneider, Hermann: Generalbebauungsplan der Landeshauptstadt Karlsruhe, Karlsruhe 1926
Schuemacher, Karl: Das Schirmmachergewerbe in Karlsruhe. In: Schriften des Vereins für Sozialpolitik 69 (1897), S. 343–364
Schwarz, Benedikt: Chronik der Gesellschaft Eintracht Karlsruhe 1835–1925, Karlsruhe 1925
Schwarz, Benedikt: Geschichte der Karlsruher Volksschule, Karlsruhe 1905
Schwarz, Benedikt: Grünwinkel und seine Umgebung, Karlsruhe-Grünwinkel 1925
Schwarzmaier, Hansmartin: Der Traum vom Frieden. Die Vorgeschichte der Gründung Karlsruhes und das europäische Kriegstheater in der Barockzeit, in: Beiträge zur Landesgeschichte 5 (Oktober 1989), S. 13–18
Schwarzmaier, Hansmartin: Vom Empire zum Biedermeier: Der badische Hof nach dem Tod Großherzog Karl Friedrichs. In: Baden und Württemberg im Zeitalter Napoleons. Hrsg. vom Württembergischen Landesmuseum Stuttgart, Bd. 2, Aufsätze, S. 41–54
Seiler, Gerhard: Änderungen in der kommunalen Finanzautonomie – Beispiel Karlsruhe. In: Bernhard Kirchgässner/Jörg Schadt (Hrsg.): Kommunale Selbstverwaltung – Idee und Wirklichkeit, Sigmaringen 1983, S. 60–111
Spengel, Wilhelm / Krahl, Heinz-Theo: Wettersbacher Heimatbuch, Wettersbach o. J. [um 1975]
Spier, Anna: Von der Kunst in Karlsruhe. In: Die Kunst unserer Zeit 16 (1909), S. 117–160
Stech, Siegfried: Hohenwettersbach und Umland. Vom Dorf zum Stadtteil, Karlsruhe 1989
Sternberg, Carsten Bernhard: Die Geschichte des Karlsruher Kunstvereins, Diss. geistes- und sozialwiss. Universität Karlsruhe 1976 (MS)
Stork, August: Geschichte, Volkswirtschaft und soziales Leben der Gemeinde Beiertheim Bezirksamt Karlsruhe. Nebst Anhang: Geschichtliche und wirtschaftliche Mitteilungen über die Benediktinerabtei und das nachmalige fürstliche Kammergut Gottesaue, Karlsruhe 1898
Stratmann, Rosemarie: Das Karlsruher Schloß, München/Berlin 1976
Stratmann-Döhler, Rosemarie: Stephanie Napoleon. Großherzogin von Baden 1789–

1860. Ausstellungskatalog Badisches Landesmuseum, Karlsruhe 1989

Strobel, Albrecht: Der Fall des Karlsruher Bankhauses S. von Haber & Söhne Ende 1847. Zur frühen Industrialisierung. In: Alemannisches Jahrbuch 1973/75, S. 597–635

Stumpf, Ludwig: Die Geschichte der Städtischen Krankenanstalten Karlsruhe. Hrsg. aus Anlaß des 50jährigen Bestehens des Krankenhauses Moltkestraße 14, Karlsruhe 1957

Stumpf, Ludwig: Die „Maxau". Ihre Entstehung, ihre Brücken, ihre Geschichte, Karlsruhe 1974

Theobald, Udo (Hrsg.): Das badische Ständehaus in Karlsruhe. Eine Dokumentation über das erste deutsche Parlamentsgebäude, Karlsruhe 1988

Thoma, Albrecht: Geschichte von Mühlburg, Karlsruhe 1903.

Trautmann, Gustav: Wohnungswesen der Landeshauptstadt Karlsruhe in Vergangenheit und Gegenwart. Diss. wirtschafts- und sozialwiss. Frankfurt 1923 (MS)

Valdenaire, Arthur: Das Karlsruher Schloß, Karlsruhe 1931

Valdenaire, Arthur: Der Karlsruher Marktplatz. In: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Bd. 96, 1948, S. 415–449.

Valdenaire, Arthur: Friedrich Weinbrenner. Sein Leben und seine Bauten, Karlsruhe 1926

Valdenaire, Arthur: Karlsruhe, die klassisch gebaute Stadt, Augsburg o. J. [1929]

Varnhagen von Ense, August: Die Karlsruher Jahre 1816–1819, Neuausgabe, Karlsruhe 1924

Verwaltungsberichte der Landeshauptstadt Karlsruhe 1928–1938, Karlsruhe 1929 ff.

Vierordt, Karl: Geschichte der im Jahre 1586 zu Durlach eröffneten und 1724 von Durlach nach Karlsruhe verpflanzten Mittelschule: Die Zeit von 1586–1724. Die Zeit von 1724–1859, Karlsruhe 1858, 1859

Voigt, Andreas: Das Kleingewerbe in Karlsruhe. In: Schriften des Vereins für Sozialpolitik 64 (1895), S. 1–219

Wagner, Bernhard: Bilder von der Karlsruher Straßenbahn, Krefeld 1981

Wagner, Johann Peter: Erinnerungen an Carlsruhe. 32 Ansichten mit dem Panorama und dem Plan von Carlsruhe nebst einem erklärenden Text, Karlsruhe [um 1838] (Nachdruck Karlsruhe 1965)

Weech, Friedrich von (Hrsg.): Badische Biographien. Teil 1–3 Karlsruhe 1881, Teil 4 Karlsruhe 1891, Teil 5 Heidelberg 1906, Teil 6 Heidelberg 1935

Weech, Friedrich von: Karlsruhe. Geschichte der Stadt Karlsruhe und ihrer Verwaltung. Auf Veranlassung des Stadtrats bearbeitet. 3 Bände, Karlsruhe 1895, 1898, 1904

[Weinbrenner, Friedrich] Friedrich Weinbrenner 1776–1826. Ausstellungskatalog, Karlsruhe 1982

Werner, Josef: Hakenkreuz und Judenstern. Das Schicksal der Karlsruher Juden im Dritten Reich, Karlsruhe, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage 1990 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs, Bd. 9)

Werner, Josef: Karlsruhe 1945. Unter Hakenkreuz, Trikolore und Sternenbanner, Karlsruhe 2. Aufl. 1986

Zahn, Karl: Bestattungschronik der Stadt Karlsruhe, unveröff. MS, Karlsruhe 1988

Zier, Hans Georg: Die Industrialisierung des Karlsruher Raumes. Ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte Badens, in: Oberrheinische Studien Bd. II. Neue Forschungen im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Alfons Schäfer, S. 335–372, Karlsruhe 1973

Zier, Hans Georg: Siegel und Wappen der Stadt Karlsruhe und ihrer Vororte. In: Badische Heimat 45. Jg. 1965, Heft 1/2, S. 41–51

Zimmermann, August: Der organisierte Karlsruher Arbeitsmarkt, Diss. phil. Heidelberg 1929 (MS)

Abkürzungsverzeichnis

AAK	Aufräumungs-Arbeitsgemeinschaft Karlsruhe
BGH	Bundesgerichtshof
BHE	Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BT	Deutscher Bundestag
BVP	Badische Volkspartei
CDU	Christlich Demokratische Union
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DFU	Deutsche Friedens-Union
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DNVP	Deutsch-Nationale Volkspartei
DP	Deutsche Partei
DVP	Deutsche Volkspartei
E	Europawahl
FDP/DVP	Freie Demokratische Partei / Demokratische Volkspartei
FWV	Freie Wählervereinigung
GL	Grüne Liste
GP	Gesamtdeutsche Partei
ha	Hektar
JU	Junge Union
KL	Karlsruher Liste
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KSC	Karlsruher Sportclub
KZ	Konzentrationslager
LT	Landtag
MS	Manuskript
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
ÖDP	Ökologisch-Demokratische Partei
ÖTV	Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
REP	Die Republikaner
RT	Deutscher Reichstag
SA	Sturmabteilung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SRP	Sozialistische Reichspartei
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Verfg. Verslg.	Verfassunggebende Versammlung
v. H.	von Hundert
Vors.	Vorsitzende(r)
WdH	Wählergemeinschaft der Heimatvertriebenen
WK	Wahlkreis
ZAST	Zentrale Anlaufstelle für Asylanten
Zentrum	Deutsche Zentrumspartei
ZKM	Zentrum für Kunst und Medientechnologie

Bildnachweis

Vorsatz: StadtAK 8/PBS XVI 45
Nachsatz: Landesbildstelle Baden, Karlsruhe
S. 17 links: Badisches Landesmuseum Karlsruhe
rechts: StadtAK 8/PBS I 424
S. 19 StadtAK Diasammlung IV 99
S. 22 Badisches Landesmuseum Karlsruhe
S. 23 Staatliche Kunsthalle Karlsruhe
S. 25 Landesbildstelle Baden, Karlsruhe
S. 28/29 StadtAK 8/PBS XIII a 131
S. 32 StadtAK 8/PBS oVI 324/9
S. 35 Landesbildstelle Baden, Karlsruhe
S. 38 Zentrum für Kunst und Medientechnologie, Karlsruhe
S. 43 StadtAK Diasammlung IX 5
S. 46 StadtAK 8/PBS XVI 1
S. 49 StadtAK Diasammlung IV 57
S. 50 StadtAK Diasammlung VIII 115
S. 51 StadtAK 8/PBS oXIVa 237
S. 52 StadtAK 8/PBS oXVI 15
S. 55 links: A. Valdenaire: Das Karlsruher Schloß, Karlsruhe 1931, S. 18
rechts: Schloß Karlsruhe (Text R. Stratmann), München, Berlin 1976, S. 11
S. 58 oben: StadtAK 8/PBS XIVa 455
unten: StadtAK 8/PBS XIVa 460
S. 59 links oben: GLA G Karlsruhe 30
rechts oben: GLA G Karlsruhe 107
links unten: StadtAK 8/PBS XIVe 187
rechts unten: StadtAK 8/PBS XIVe 46
S. 63 StadtAK 8/PBS XVI 95
S. 64 oben: StadtAK 8/PBS oXIVa 1288
unten: StadtAK 8/PBS oXIV b 75
S. 65 oben: StadtAK 8/PBS oXIVa 1303
unten: StadtAK 8/PBS oXIV b 84
S. 67 StadtAK 8/PBS IV 189
S. 68 links: StadtAK 8/PBS oIII 613
rechts: StadtAK 8/PBS III 1698
S. 70 StadtAK 8/PBS XIVa 224
S. 71 StadtAK 8/PBS XIVe 87
S. 74 Badische Geschichte. Vom Großherzogtum bis zur Gegenwart. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 1979, S. 17
S. 75 StadtAK Diasammlung III 37
S. 76 StadtAK 8/PBS XIII b 54
S. 78 StadtAK Diasammlung III 65
S. 79 StadtAK 8/PBS oIII 114
S. 81 oben: StadtAK 8/PBS XIII a 143
unten: StadtAK 8/PBS oXIII b 160
S. 82/83 StadtAK 8/PBS XIV 142
S. 84 oben: StadtAK 8/PBS oXIII b 372
unten: StadtAK 8/PBS oXIVa 1242
S. 87 StadtAK 8/PBS oXIVa 622
S. 90 oben: StadtAK 8/PBS oXIVa 282
unten: GLA I/B Karlsruhe 138
S. 92 StadtAK 8/PBS XIVa 602
S. 94/95 StadtAK 8/PBS V 274
S. 96 StadtAK Diasammlung III 14
S. 97 StadtAK 8/PBS XI 1758
S. 100 oben: StadtAK 8/PBS oXIVa 627
unten: StadtAK 8/PBS oXIVa 492a
S. 101 oben: StadtAK 8/PBS oXIVa 378
unten: StadtAK 8/PBS oXIVd 56
S. 105 Juden in Karlsruhe, Karlsruhe 1988, S. 353
S. 106 StadtAK 8/PBS oXIVa 240
S. 107 StadtAK 8/PBS oVI 152
S. 108/109 StadtAK 8/PBS XVI 215
S. 112 StadtAK 8/PBS VI 146
S. 113 StadtAK 8/PBS oXIVc 137
S. 115 StadtAK 8/PBS oXIII b 47
S. 117 StadtAK 8/PBS IV 115
S. 118/119 StadtAK 8/PBS XVI 240
S. 121 StadtAK 8/PBS oXIVa 157
S. 122 StadtAK 8/PBS XI 729
S. 123 StadtAK 8/PBS III 1292
S. 125 StadtAK 8/PBS oXIII c 225
S. 127 Karlsruhe um 1910. Photographiert von Wilhelm Kratt, Karlsruhe 1979, S. 109
S. 128 StadtAK 8/PBS oXIVg 29
S. 129 StadtAK 8/PBS oXIVa 409
S. 131 oben: H. Schmitt, Karlsruhe ehemals, gestern und heute, Stuttgart 1980, S. 76
unten links: StadtAK 8/PBS oXIII b 504
unten rechts: StadtAK 8/PBS oXIII b 7
S. 132 oben links: StadtAK 8/PBS oXIVc 42
oben rechts: StadtAK 8/PBS XIVc 31
unten: H. Schmitt, Karlsruhe ehemals, gestern und heute, Stuttgart 1980, S. 102
S. 133 oben: StadtAK 8/PBS XIVa 80
unten: StadtAK 8/PBS oXIVa 97
S. 136 StadtAK 8/PBS oXIII b 132
S. 137 StadtAK 8/PBS oXIV b 587
S. 139 oben: StadtAK 8/PBS oXIVf 4
unten: W. Glaeser, Unser die Zukunft, Karlsruhe 1991, S. 47
S. 140 oben: StadtAK 8/PBS oXIVa 309
unten: Karlsruhe um 1910, Photographiert von Wilhelm Kratt, Karlsruhe 1979, S. 97
S. 142 links: StadtAK 8/PBS oVI 460
rechts: StadtAK 8/PBS oVI 236
S. 143 StadtAK 8/PBS oVI 194
S. 145 StadtAK 8/PBS X 1130
S. 146/147 StadtAK 8/PBS XVI 603
S. 150 „Volksfreund" vom 23. November 1918
S. 151 StadtAK 8/PBS oVI 225
S. 154 StadtAK 8/Geld
S. 155 H. Schmitt, Karlsruhe ehemals, gestern und heute, Stuttgart 1980, S. 13
S. 157 oben links: StadtAK Diasammlung XIVa 640
oben rechts: StadtAK 8/PBS oXIVa 187
unten: StadtAK 8/PBS oXIII b 204
S. 159 Generalbebauungsplan der Landeshauptstadt Karlsruhe in Baden, Karlsruhe 1926, Anlage 4
S. 161 StadtAK 8/PBS oXIII a 278
S. 162 StadtAK 8/PBS oXIII c 450
S. 163 StadtAK 8/PBS oXIII b 126
S. 164 StadtAK 8/Alben 5, Bd. 1, S. 9
S. 167 StadtAK 8/Alben 5, Bd. 1, S. 88
S. 168 GLA 231/3397
S. 170 StadtAK 8/Alben 5, Bd. 1, S. 31
S. 172 H. Schmitt: Karlsruhe ehemals, gestern und heute, Stuttgart 1980, S. 114

S. 174 oben: StadtAK 8/Alben 5, Bd. 1, S. 135
unten: StadtAK 8/Alben 5, Bd. 2, S. 165
S. 176 StadtAK 8/Alben 5, Bd. 1, S. 84
S. 177 oben: „Der Führer" vom 2. November 1938
unten: StadtAK 8/Alben 5, Bd. 2, S. 188
S. 179 StadtAK 8/PBS XIVc 160
S. 181 StadtAK 8/Alben 5, Bd. 5, S. 512
S. 182 J. Werner: Karlsruhe 1945. Unter Hakenkreuz, Trikolore und Sternenbanner, Karlsruhe 1985, S. 41
S. 183 StadtAK 8/Alben 5, Bd. 7, S. 697
S. 186 „Stuttgarter Zeitung" vom 27. August 1949
S. 187 StadtAK 8/PBS oIII 153
S. 189 oben: StadtAK 8/Alben 5, Bd. 7, S. 813
unten: StadtAK 8/Alben 5, Bd. S. 822
S. 191 oben: StadtAK 8/Alben 5, Bd. 7, S. 852
unten: StadtAK 8/Alben 5, Bd. 8, S. 866
S. 194 „Badische Neueste Nachrichten" vom 9. Oktober 1950
S. 197 StadtAK Diasammlung XIVa 579
S. 199 Stadtverwaltung, Foto: Förster
S. 201 „Badische Neueste Nachrichten" vom 20. Juli 1956
S. 203 StadtAK 8/Alben 3, Bd. 3, VIII 1
S. 206 oben: StadtAK 8/PBS XIV f 82
unten: Landesbildstelle Baden, Karlsruhe
S. 207 Bildstelle der Stadt Karlsruhe
S. 209 Karlsruher Wirtschaftsspiegel 1964/65, S. 30
S. 210 Bildstelle der Stadt Karlsruhe II 0573
S. 211 StadtAK 8/Alben 125
S. 213 WertkaufVerwaltungsgesellschaft mbh Karlsruhe
S. 216 Stern, 16. November 1989, S. 16
S. 219 oben: H. Doerrschuck/H. Meininger: Stadtgeschichte und Bilddokumentation Karlsruhe, Karlsruhe 1984, S. 141, 142
unten: Landesbildstelle Baden, Karlsruhe
S. 220 Bildstelle der Stadt Karlsruhe II 1751
S. 221 StadtAK Diasammlung VI 30
S. 222 Karlsruher Wirtschaftsspiegel 1982/83, S. 37
S. 224 Bildstelle der Stadt Karlsruhe
S. 225 Karlsruhe. Zwischen Schwarzwald und Rhein. Ein Bildband von Erich Bauer, Karlsruhe 1978
S. 227 Tagebuch der Fächerstadt 1977, Karlsruhe 1977, S. 22
S. 229 Tagebuch der Fächerstadt 1978, Karlsruhe 1978, S. 268
S. 232 Stadt Karlsruhe – Stadtplanungsamt, Generalverkehrsplan 1982
S. 234/235 StadtAK 8/PBS XVI 1076
S. 237 Bildstelle der Stadt Karlsruhe II 1473
S. 238 Bildstelle der Stadt Karlsruhe II 1740 u. II 1723/3
S. 240 Bildstelle der Stadt Karlsruhe, D. Hamel
S. 241 StadtAK Diasammlung III 40
S. 242 Tagebuch der Fächerstadt 1988, Karlsruhe 1989, S. 37
S. 244 Foto: Thomas Zoller, Karlsruhe
S. 245 Bildstelle der Stadt Karlsruhe, D. Holzmann
S. 248 StadtAK 8/PBS IX 159
S. 253 Stadt Karlsruhe – Vermessungs- und Liegenschaftsamt
S. 256 Dietmar Kup, Stadtplanungsamt
S. 258 Karlsruher Stadtteile: Mühlburg, Karlsruhe 1982, S. 17
S. 259 StadtAK 8/PBS XII 13
S. 260 StadtAK 8/PBS oXIII a 1
S. 261 StadtAK 8/PBS oXIII a 132
S. 263 StadtAK 8/PBS oXIII a 163
S. 264 StadtAK 8/PBS oXIII a 311
S. 266 StadtAK 8/PBS XIVa 44
S. 268 StadtAK 8/PBS XIVc 88
S. 269 Karlsruher Stadtteile: Knielingen, Karlsruhe 1986, S. 18
S. 270 StadtAK 8/PBS oV2
S. 272 StadtAK 8/PBS oXIII a 21
S. 273 StadtAK Diasammlung XIVf 53
S. 275 G. F. Linder: Eintausend Jahre Hagsfeld. Die Geschichte eines Dorfes, Karlsruhe 1991, S. 163
S. 277 J. Näher: Die Umgebung der Residenzstadt Karlsruhe, Karlsruhe 1884
S. 279 StadtAK 8/PBS XIII a 149
S. 280 StadtAK 8/PBS oXIII a 165
S. 282 StadtAK 5/Grötzingen Bildarchiv
S. 283 StadtAK 5/Grötzingen Bildarchiv
S. 284 Pfinzgaumuseum Durlach
S. 286 Heinz-Theo Krahl, Palmbach
S. 288 StadtAK 5/Neureut
S. 289 StadtAK 5/Neureut
S. 295 von oben, von rechts nach links:
StadtAK 5/oIII 232, 110, 374, 185, 990, 901, 1387, 1481, 163
S. 299 StadtAK 8/Alben/14
S. 302 von oben, von rechts nach links:
StadtAK 8/Alben/14 (6), oIII 363, Amtsblatt vom 12. November 1982, oIII 240
S. 305 Bildstelle der Stadt Karlsruhe I 6135
S. 309 Stadt Karlsruhe – Vermessungs- und Liegenschaftsamt
S. 314 Theodor Hartleben: Statistisches Gemälde der Residenzstadt Karlsruhe und ihrer Umgebung, Karlsruhe 1815, nach S. 298
S. 315 GLA 357/2282
S. 318 E. Matthias/H. Weber/G. Braun/M. Koch (Hrsg): Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim, Mannheim 1984, S. 53, 56, 59
S. 320 StadtAK 8/PBS X
S. 321 StadtAK 8/PBS X

Ortsregister

Bearbeitet von Angelika Herkert

Adenauerring (s. a. Horst-Wessel-Ring, Parkring) 30, 158, 160, 212, 231
Adlerstraße 60, 102
Adolf-Hitler-Platz (s. a. Marktplatz) 169
Alb 36, 69, 229, 248, 251, 260, 262, 264, 268, 278, 279, 285, 286
Albtal 127
Alleehaus 95
Altersheim (s. a. Pfründnerhaus) 196, 212
Altkatholische Kirche 126
Altneudorf/Rhein-Neckar-Kreis 301
Amalienstraße 246
Amerikahaus 192
Anne-Frank-Heim 197
Anstalt für Arbeitsnachweise 124
Appenmühle 195, 204, 265, 267
Arbeitshaus 61, 70
Artilleriekaserne 78, 79, 105, 154, 188, 190
Aue 182, 208, 210, 241, 273, 274, 310
Augustenberg 103
Augustenburg 228, 282, 283
Ausstellungshalle 28, 120, 155

Bad Polzin/Kreis Köslin 306
Baden-Baden 17, 18, 250, 251, 259, 260, 264, 265, 267, 278, 292, 297, 300
Baden-Württemberg 32, 37, 161, 186, 195, 196, 200, 208, 213–215, 223, 228, 239, 254, 296, 297, 303, 304, 306, 324
Badenweiler 195, 293
Badenwerk 153, 178, 199, 209
Badnerlandhalle 227
Bärengasse 61
Baerenthal/Lothringen 213
Bahnhof (s. a. Hauptbahnhof) 91, 96, 97, 120, 121, 128, 141, 160, 164, 195, 208
Bahnhofsvorplatz 145
Bannwald 268
Bar le Duc/Frankreich 144
Basel 16, 18, 49, 51, 52, 56, 213, 250, 254, 257, 296
Basler-Tor-Turm 213
Battstraße 203
Beiertheim 27, 248, 250–252, 259, 260, 265, 306, 310
Beiertheimer Feld 144, 160, 227, 233, 246
Berghausen 283
Bergwald 208, 233
Bergwaldsiedlung 34
Berlin 30, 96, 110, 136, 148, 167, 171–173, 182, 184, 192, 194, 300, 304, 305
Bernau 300
Bernharduskirche 27, 129, 172
Berstett bei Straßburg 297
Bethaus, katholisches 44, 56
Binsenschlauch-Siedlung 250
Blankenloch 212, 228, 232, 255
Bochum 304
Bonifatiuskirche 136
Bonn 200, 231, 233, 301
Botanischer Garten 75
Braunau/Österreich 300
Braunschweig 193, 250
Bretten 209, 212, 239, 250
Brötzingen 127
Bruchsal 22, 54, 105, 113, 167, 173, 208, 239, 250, 298
Brunnenhaus 51
Brunnenturm 56
Bürgersaal (s. Rathaus) 156, 199, 213, 231
Bürgerspital 62, 63
Bulach 205, 208, 241, 248, 259, 264, 265, 267–269, 306, 308, 310
Bundesgerichtshof 192, 193, 227
Bundesverfassungsgericht 36, 194, 205, 214, 221, 226, 227
Busenbach 278

Café Museum 160, 190
Café Stübinger 160
Caritas-Waldheim 156
Centre Culturel Français 237
Charmes/Vogesen 304
Chataigneraie/Vendée 305
Chiba/Japan 303
Christophorusheim Daxlanden 246
Christuskirche 27, 128, 181, 192, 242

Dachau 175, 178, 180
Dammerstock, -siedlung 30, 31, 141, 149, 158, 160
Darmstadt 53, 285, 292
Daxlanden 137, 141, 160, 173, 188, 200, 208, 232, 248, 252, 264, 265–267, 308, 310
Deutschland 24, 31, 36, 72, 74, 88, 103, 104, 112, 129, 130, 134, 135, 142, 148, 149, 151, 153, 165, 166, 169, 173, 175, 180, 184, 187, 209, 215, 223, 241, 243, 252, 306, 316
Diakonissenhaus 94
Dörfle (s. a. Klein-Karlsruhe) 17, 20, 44, 69, 218
Donaueschingen 220
Donaueschingen, Kindersolbad 195, 232
Dortmund 303, 306
Dragonerkaserne 70, 93, 202
Dürrenwettersbach 276
Düsseldorf 96, 201, 205, 242, 304
Durlach 16–20, 26, 29, 31, 34, 36, 41, 44–46, 48, 49, 51, 54, 56, 57, 61, 62, 69, 80, 92, 93, 95, 103, 121, 122, 128, 151, 158, 173, 178, 180, 182, 187, 190, 195, 196, 205, 208, 212, 213, 217, 218, 221, 222, 226, 227, 232, 233, 239–243, 245, 246, 248, 250–252, 254, 257, 261, 262, 269, 271–276, 279, 280, 282, 285, 286, 287, 292, 293, 310
Durlacher Allee 135, 141, 169, 172, 173, 245
Durlacher Tor 27, 57, 60, 70, 93, 114, 120, 121, 124, 125, 129, 153, 163, 192, 197, 202
Durlacher Wald 105, 226, 229
Durmersheim 32, 124, 142, 164, 265, 276
Durmersheimer Straße 151

Eggenstein 179, 287
Eislaufhalle 230
Elsaß-Lothringen 30, 148, 149
Emmendingen 296
Engländerplatz 196, 197
Enkhausen/Nordrhein-Westfalen 301
Entenfang 197, 198, 203, 261
Erbgroßherzogliches Palais 126
Erbprinzengarten 69, 124

Erbprinzenstraße 57
Ettlingen 246
Ettlinger Tor 24, 26–28, 36, 66, 69, 86, 115, 122, 144, 154, 156, 178, 179, 190, 202, 209, 210, 228, 244, 260
Ettlinger-Tor-Platz 31, 211
Eurocontrol 217
Europahalle 36, 233, 239, 241, 243
Evangelische Kirche Durlach-Aue 208
Exerzierplatz 53, 87, 137, 153

Fächerbad 36, 230, 242
Fasanengarten 36, 44, 55–57, 126, 179, 189
Fasanengarten-Schlößchen 56
Festhalle 28, 120, 134, 143, 154, 161, 170, 172, 181
Festplatz 28, 34, 120, 143, 155, 192, 194–196, 198, 210, 231, 237, 244, 260
Feuerbach bei Kandern 294
Feuerwehrhaus 281
Finanzministerium 86
Flugplatz 173, 198, 205, 246
Forchheim 205, 209, 251, 254, 255, 265, 278
Frankreich 30, 33, 42, 62, 66, 68–71, 88, 107, 110, 149, 167, 180, 184, 187, 298
Freiburg 25, 30, 73, 165, 167, 168, 257, 294, 296, 298, 301
Freiherr-von-Forstner-Kaserne 179
Friedhof 20, 57, 60, 91, 95, 250
Friedhofskapelle 91, 268
Friedrichsbad 123, 153
Friedrichsplatz 36, 97, 98, 106, 114, 181, 198, 207, 220, 227
Friedrichsruh/Schleswig-Holstein 298
Friedrichstor 96, 114
Fritschlach 232, 267
Fritz-Erler-Straße 34, 212, 218, 228
Fröbelscher Kindergarten 113
Furamoos 303

Gaggenau 239
Gartenhalle 36, 245
Gartenstadt, -siedlung 30, 135, 151, 263
Gartenstraße 27, 122, 141, 142, 154, 307
Gartenvorstadt Grünwinkel 152
Gasthof „Drei Linden" 182
Gaswerk 91, 106, 123, 202, 274
Gefängnis 171, 296
Gefängnisgebäude 126
Generallandesarchiv 28, 134, 192, 226
Gochsheim 297
Göttingen 298
Gondelsheim 301
Gottesaue 37, 44, 51, 56, 78, 105, 114, 123, 151, 154, 171, 182, 195, 212, 243, 250, 251, 259, 261, 265, 269, 271, 274, 275, 280, 287, 289, 307
Graben 112, 287
Grenadierkaserne 195
Grötzingen 182, 205, 221, 222, 228, 246, 248, 254, 255, 257, 282, 283, 310
Grötzinger Straße 246
Großherzogliches Lehrerseminar 80
Grünwettersbach 182, 222, 248, 255, 284, 285, 287, 310
Grünwinkel 127, 141, 151, 152, 158, 173, 218, 231, 248, 250, 252, 264, 265, 267, 310
Grüssow/Pommern 298
Günther-Klotz-Anlage 36, 226
Gurs/Frankreich 166, 180, 208, 230, 283, 306
Gutenbergplatz 128, 136, 137, 142
Gutshof, römischer 246

Hagsfeld 31, 173, 178, 182, 222, 226, 246, 248, 254, 261, 262, 274–276, 301, 310
Halle/Saale 130, 139, 240, 243, 287, 304
Hamburg 130, 301, 304
Handelsgericht 105
Handelskammer 24, 27, 37, 103, 121, 122, 236, 293, 294, 296
Hardtwald 16, 17, 30, 33, 36, 44, 53, 102, 129, 156, 158, 162, 179, 202, 210, 231, 248, 250, 272, 275, 276, 308, 310
Hardtwaldsiedlung 30, 152
Hauptbahnhof (s. a. Bahnhof) 93, 122, 134, 141, 143, 144, 153, 156, 158, 168, 202, 227, 241, 243, 260
Haus der Fraktionen 239
Haus der Heimat 240
Haus Solms 162, 183, 290
Haydnplatz 144
Hedwigshof, -quelle 250, 281
Heiliggeistkirche 141
Herrenalb 127, 202, 250, 262, 276, 278, 284
Herrenstraße 69, 195, 196, 207, 222
Hildahaus 155
Hirschbrücke 26, 125, 227
Hirschstraße 103, 113, 125
Hochschulstadion 169, 173
Hofapotheke 46
Hofbibliothek 57, 91, 114
Hofgut Maxau 270
Hofkapelle 46, 57, 96
Hofstetten/Schweiz 294
Hoftheater (s. a. Theater, Staatstheater) 24, 62, 76, 85, 91, 95, 96
Hohenwettersbach 220, 222, 230, 248, 255, 276–278, 310
Holland 49, 266
Holzhaussiedlung 163
Horst-Wessel-Ring (s. a. Adenauerring, Parkring) 169
Hotel Germania 179
Hyères/Südfrankreich 297
Hypothekenbank 113

Infanteriekaserne 70, 80, 93, 126, 128, 135
Isteiner Klotz 144
Italien 19, 205, 298, 300
Italienisches Konsulat 239
Ittersbach 127

Jagdzeughaus 51, 60
Japangarten 160
Johanniskirche 123
Jugendbibliothek 231
Jugendherberge 196

Kadettenanstalt 27, 80, 125
Kadettenschule 79
Kaiserallee 27, 91, 120, 124, 126, 127, 135, 202, 241
Kaiserpassage 123, 153, 236
Kaiserstraße 27, 34, 61, 86, 93, 104, 120, 123, 141, 143, 160, 163, 171, 173, 178, 190, 192, 212, 217, 220, 221, 222, 236, 243
Kammertheater 237
Kanzlei- und Archivgebäude 62

Kapellenstraße 31, 60, 91, 95, 114, 134, 164, 178, 204
Karl-Friedrich-Gedächtniskirche 134
Karl-Friedrich-Straße (s. a. Bärengasse, Schloßstraße) 68, 91
Karlsburg 36, 208, 226, 233, 242, 271, 272, 282
Karlsplatz 173
Karlstor 36, 85, 94, 136, 164, 195
Karlstraße 50, 96, 122, 194, 196, 202, 221, 231, 240
Karpatendeutsches Heimatmuseum 217
Kaserne 25, 31, 46, 127, 129, 135, 142, 151, 171, 172, 178, 179, 187, 243, 272
Kastenwört 267
Kehl 149, 173, 306
Kinderheim 141
Kippenheim/Ortenaukreis 297
Kirchfeldsiedlung 289
Kirchpfad-Siedlung 172
Klein-Karlsruhe (s. a. Dörfle) 44, 49, 66, 69, 77, 96, 218, 248, 255, 307, 311, 313
Kleingärten 141, 144
Kleinsteinbach 283
Knielingen 78, 158, 160, 171, 178, 180, 190, 205, 226, 230, 239, 248, 250, 252, 254, 259, 265, 269–271, 287, 308, 310
Köln 137, 193, 209, 240, 265
Königsbach 261
Körnerstraße 181
Kolpingplatz (s. a. Karlsplatz, Langemarckplatz) 161, 173
Komödienhaus 61, 69, 91
Kongreßzentrum 34, 237, 241, 244, 245
Konkordienkirche 20, 44, 46, 49–51, 57, 60, 75
Konservatorium 98, 99, 122, 136, 160, 188
Konzerthaus 28, 143, 156, 178, 188, 190
Krematorium 134
Kreuzstraße 46, 60, 66, 97, 105, 124, 164, 192, 211
Kriegerdenkmal 276
Kriegsstraße 36, 66, 85, 91, 94, 95, 102, 103, 106, 120, 124, 126, 127, 141, 144, 160, 161, 171, 195, 202, 205, 208, 210, 211, 231, 260, 307, 308
Kronenplatz 231, 236, 242, 246
Kronenstraße 53, 56, 96, 113, 115, 179, 208
Kühler Krug 173, 187, 217
Künstlerhaus 136, 178, 182, 202, 229
Kunsthalle (s. Sachregister Museen)
Kunstvereinsgebäude 128

Lahr 297
Lammstraße 44, 51, 56, 80, 106, 114, 211
Landesarbeitsamt 198
Landesbibliothek 98, 180, 192, 209, 240
Landesgestüt 87
Landesgewerbeamt 181, 209, 210, 226, 230, 241
Landesgewerbehalle 25, 103
Landeskreditbank 231
Landesmuseum 29, 36, 98, 153, 154, 217, 228, 244, 250
Landestheater 30, 156, 162
Landesversicherungsanstalt Baden 208, 301
Landgraben (s. a. Steinschiffkanal) 20, 27, 52, 61, 62, 66, 69, 120, 122, 257
Lange Straße (s. a. Kaiserstraße) 20, 21, 46, 51, 52, 56, 57, 70, 86
Langemarckplatz (s. a. Karlsplatz, Kolpingplatz) 173
Langensteinbach 211, 250
Lauterberg 126
Lehrerbildungsanstalt 173
Lehrerseminar, Lehrerinnenseminar 107, 114, 300
Leihhaus 78, 121
Leipzig 33, 103, 192
Leopoldshafen 33, 85, 202, 239, 243, 255
Lichtental 250, 262, 276
Lidellplatz (s. a. Spitalplatz) 63, 125, 151
Liebfrauenkirche 125
Lindach 300
Linkenheim 243
Linkenheimer Allee 125
Linkenheimer Tor 21, 53, 61, 80, 91
Lörrach 153, 294, 297
Lorsch 250, 269
Ludwigsburg 42, 54
Ludwigsplatz 66, 129, 227, 228
Lukaskirche 208
Lustgartenhalle 230
Lutherisches Wäldchen 268
Lutherkirche 27, 135

Mackensenkaserne 178
Mainau 135, 293
Mainz 16, 250, 298
Majolika-Manufaktur 129
Mannheim 21, 22, 30, 42, 43, 66, 70, 71, 107, 111, 130, 149, 152, 153, 167, 171, 182, 229, 276, 287, 294, 298, 301, 305
Markgrafenkaserne 272
Markgrafenstraße 62, 80, 125, 245
Markgräfliches Palais 70, 181
Markthalle 171
Marktplatz 24, 44, 49, 50, 60, 62, 63, 70, 75, 77, 78, 80, 86, 120, 121, 128, 145, 152–154, 156, 164, 168, 169, 175, 178, 192, 199, 202, 204, 220, 230, 245, 248, 274
Markuskirche 172, 187
Marseille/Frankreich 207
Matthäuskirche 160
Mausoleum 126, 135, 189
Mauthausen 173
Maxau 26, 31, 32, 36, 102, 103, 107, 121, 134, 151, 163, 178, 190, 196, 197, 200, 202, 204, 205, 209, 211, 233, 240, 241, 254, 258, 267, 270, 271
Maxau, Eisenbahnbrücke 246
Mehlhaus 70
Meißenbach 69
Mendelssohnplatz 34, 50, 114, 204, 212, 232, 237
Meßplatz 141
Michelfeld/Angelbachtal 301
Milchzentrale 172
Mörsch 160, 173
Mörscher Wald 196
Moltkestraße 27, 79, 120, 125, 126, 135, 188, 202, 203, 227, 240
Mühlburg 16, 17, 19, 26, 27, 34, 42, 44, 120, 124, 126, 128, 134, 141, 180, 182, 196–198, 205, 207, 248, 251, 257, 258, 265, 287
Mühlburger Feld 34
Mühlburger Tor 50, 61, 67, 78, 85, 94, 107, 120, 127–129, 141, 182, 198, 233, 242, 246
München 16, 38, 43, 106, 200, 201, 215, 296, 297, 300
Münze, Münzgebäude 85, 114, 192, 195, 272
Murg 248, 250, 296
Museumsgesellschaft 24, 61, 77–80, 86, 98, 99, 135, 144, 153, 160, 180, 190

Nancy 33, 198, 226, 296, 301, 304, 305
Nancyhalle 34, 210
Neckargemünd 304
Neudeck/Westpreußen 298
Neuenbürg 284, 285
Neureut 141, 205, 226–230, 239, 248, 254, 255, 269, 287–290, 306, 310
Nikolauskapelle 262
Nordtangente 36, 207, 229–231
Nordweststadt 34, 208, 212, 226
Norkitten/Ostpreußen 298
Nottingham 213
Nürnberg 184, 300

Oberkirch/Ortenaukreis 300
Oberkirchenrat, evangelischer 136
Oberreut 34, 158, 208, 218, 233, 239, 306
Ölmitz/Sudetenland 306
Österreich 61, 62, 68, 69, 71, 110, 300
Orangeriegebäude 96, 141
Orgelhalle 240
Ortenberg 297
Oststadt 158, 182

Pädagogische Hochschule 107, 207
Pädagogium 272
Palais Berckholtz 136
Palais Bürklin 120, 161, 202
Palmbach 222, 248, 250, 255, 285–287, 305, 310
Paracelsusklinik 222
Paris 42, 43, 54, 55, 61, 68, 171, 180, 239, 298, 306
Parkring (s. a. Adenauerring, Horst-Wessel-Ring) 30, 160
Paul-Gerhardt-Kirche 195
Paul-Révère-Siedlung 198
Pfandhaus, Pfandleihe 77, 121, 134, 245
Pfinz 248, 274, 278, 279, 283, 285, 286
Pfinzgaumuseum 36, 217, 227, 245, 250
Pfinztal 283
Pforzheim 52, 66, 76, 97, 111, 127, 167, 173, 250, 254, 271, 286, 287
Pfründnerhaus (s. a. Altersheim) 86, 297
Phoenix/Arizona 209
Polen 19, 165, 167, 180, 300
Porz 304
Posen 148, 298
Post
- Oberpostdirektion 31, 76, 190
- Postdirektion 76
- Postscheckamt 128, 228
- Reichspostdirektion 178
- Reichspostgebäude 128
- Stadtpostamt 97
Prinz-Max-Palais 36, 122, 194, 195, 231, 236, 239, 243, 244
Prinzentor 52
Prinzessin-Wilhelm-Stift 114
Promenadenhaus 102
Pyramide 20, 24, 80, 156, 246

Radfahrerbahn 124
Rangierbahnhof 182, 226, 241
Rappenwört 160, 161, 163, 189, 208, 265, 267
Rastatt 18, 21, 42, 54, 91, 95, 164, 239, 240, 292, 294, 298
Rathaus 24, 37, 48, 49, 70, 77, 91–93, 103, 135, 141, 145, 154, 156, 170, 171, 182, 187, 198, 204, 207, 213, 217, 221, 222, 236, 246, 263, 270, 274, 275, 280, 281, 283
Reformierte Kirche 46
Regensburg 66
Reichssportfliegerschule 173
Reinhold-Frank-Straße 181
Residenztheater 136
Rhein 16, 26, 27, 31, 33, 34, 37, 66, 68, 69, 78, 80, 102, 103, 126, 163, 171, 178, 205, 240, 243, 248, 255, 265, 266, 270, 301
Rheinbad 121, 270
Rheinbrücke 36, 151, 190, 211, 241, 254, 271
Rheinhafen 27, 30, 31, 33, 80, 85, 126, 127, 129, 134, 138, 141, 143, 149, 152, 155, 171–173, 181, 188, 190, 196, 197, 199, 207, 208, 213, 229, 241, 267, 268, 270, 271, 297, 303
Rheininsel Abtsgründel 270
Rheinkaserne 178, 187
Rheinstadt 209
Rheinstetten 246
Rheinstrandbad Rappenwört (s. Rappenwört)
Rheinstrandsiedlung 31, 173, 243
Richt-Krankenhaus 217, 222
Richt-Wohnanlage 212
Rintheim 56, 158, 161, 172, 182, 218, 248, 250, 252, 261, 262, 287, 310
Ritterstraße 52, 80, 102, 144, 199, 229, 243
Robert-Wagner-Allee (s. a. Durlacher Allee) 169, 173
Rondellplatz 21, 24, 70, 79, 80, 85, 178, 179, 204, 237
Rosenheim 300
Rüppurr 34, 56, 69, 135, 151, 170, 196, 198, 203, 210, 220, 233, 248, 252, 262, 263, 293, 306, 310
Rüppurrer Tor 44, 50, 53, 60, 86, 87, 122
Ruschgraben 275, 276
Rußland 61, 77, 78, 148

Sachsen 19
Säckingen 294, 296
Sallenwäldchen 97, 103, 180, 260
Schauburg 160, 162
Scheibenhardt 56, 246, 269
Schießhaus 66
Schießplatz 46, 128
Schlachthaus 66, 70, 79
Schlachthof 29, 123
Schloß 16–18, 20, 22, 23, 29, 32, 36, 37, 42, 44, 49, 51, 53, 54–56, 61, 62, 79, 98, 138, 145, 153, 160, 182, 190, 194, 202, 214, 228, 241, 243, 244, 257, 262, 282, 293, 304
Schloßgarten 49, 51, 56, 60, 62, 68
Schloßkapelle 44
Schloßplatz 24, 36, 75, 86, 91, 93, 96, 98, 106, 114, 141, 142, 145, 152, 164, 168–170, 202–205, 207, 210, 212, 217, 231
Schloßstraße (s. a. Karl-Friedrich-Straße) 62, 66, 68, 79, 91
Schmiederplatz 199
Schöneck (s. Sportschule)
Schönfeld/Pommern 305
Schönhausen/Magdeburg 298
Schröck (s. a. Leopoldshafen) 85
Schützenhaus 125
Schulen (s. Sachregister)
Schwäbisch Gmünd 303
Schwarzwaldhalle 34, 196–198, 210
Schwarzwaldhaus 124

Schwedenpalais 77, 239
Schweiz 19, 62, 155, 296
Seminarstraße 124
Siemenssiedlung 204
Söllingen 283
Sophienstraße 94, 103, 114, 120, 122, 136, 137, 178
Spar- und Pfandleihkasse (s. a. Pfandhaus, Pfandleihe) 121
Sparkasse 70, 107, 135, 203, 204, 263, 279
SPD-Volkshaus 168
Speikern/Mittelfranken 301
Speyer 16, 72, 250, 257, 284
Spital 21, 265
Spitalgasse 57, 66
Spitalplatz (s. a. Lidellplatz) 63, 125
Spitalstraße 61, 62, 78, 79, 91, 95, 96, 125, 135
Spöck 124, 142, 164, 276
Sportschule Schöneck 196, 269, 304
St.-Peter-und Paul-Kirche 124
St.-Johannes-Baptista-Kirche 208
St.-Michaels-Kirche 208
Staatstheater (s. a. Hoftheater, Theater) 36, 37, 182, 192, 202, 204, 208, 226, 231, 233
Stadt-Apotheke 49
Stadtarchiv 243, 245
Stadtgarten 36, 120, 124, 126, 153, 160, 190, 244, 260
Stadthalle 36, 192, 195, 204, 217, 231, 237
Stadtkirche, evangelische 24, 75, 78, 80, 170, 182, 189, 196, 204, 227, 272
Stadtkirche, katholische 77, 91, 114, 195
Ständehaus 24, 80, 93, 97, 163, 182, 246
Steinschiffkanal (s. a. Landgraben) 53, 56, 282
Stephanienbad 260
Stephanplatz 36, 80, 128, 129, 134, 221, 226
Stichkanal (s. a. Rheinhafen) 126, 171, 196, 199
Studentenhaus 163
Stupferich 217, 222, 248, 255, 278, 279, 310
Stuttgart 16, 17, 31, 38, 185–187, 192, 193, 215, 230, 303, 304
Südstadt 24, 27, 96, 102, 113, 123, 125, 134, 160, 187, 213, 230, 260
Südtangente 205, 207, 217, 227, 241
Südweststadt 27, 205, 260, 308
Sulzburg 261
Suppenanstalt 70, 85
Sybelstraße 141
Synagoge 68, 113, 115, 122, 195, 208, 217, 282, 283

Telegraphen-Kaserne 135
Teutschneureut 287–289
Thalia-Theater 135
Theater (s. a. Hoftheater, Staatstheater) 24, 36, 91, 98, 128, 134, 135, 149, 160, 161, 208, 211, 216
Theater-Akademie 160
Tiergarten (s. a. Stadtgarten) 28, 36, 103, 105, 120
Tokio 303
Trabrennbahn 230
Trigelhof 259
Tübingen 55, 303, 305
Tullabad 198
Turmberg 179, 196, 250
Turnlehreranstalt 105

Ulm 20, 66
Ungarn 202

Varieté-Theater Colosseum 124, 128
Vierordtbad 28, 114, 128
Viktoria-Pensionat 153
Viktoriastraße 103
Voigtland 19
Volksküche 143
Vorderer Zirkel 1 46

Waisenhaus (s. a. Kinderheim) 94, 128
Waldhorngasse 55
Waldhornstraße 53
Waldprechtsweier 232
Waldring (s. a. Adenauerring, Parkring) 169
Waldstadt 34, 198, 202, 205, 208, 226–228, 230, 242, 276
Waldstadtzentrum 241
Waldstraße 44, 53, 124, 127, 128, 135, 136, 160, 168, 169, 190, 205, 230
Waltershausen 305
Wasserwerk 105, 106, 160, 226, 229, 282
Weiherfeldsiedlung 160
Weingarten 230
Weinheim 300
Welschneureut 287–289
Weltzien-Haus 207
Werdersches Palais 115
Weststadt 27, 128, 136, 158, 182, 191, 192, 260
Westtangente 220
Wettersbach 222, 255, 284, 285, 287, 305
Wiesenäckersiedlung 283
Wildpark 18, 44
Wildparkstadion 36, 198, 233
Wilferdingen 97, 282
Wörth 107, 269
Wöschbach 283
Wolfartsweier 183, 220, 222, 230, 241, 248, 250, 254, 255, 280, 281, 310
Württemberg-Baden 185, 187, 190, 195, 296, 301, 303
Wunsdorf 305

Zähringerstraße 21, 62, 75, 85, 144, 218, 236
Zeughaus 93
Zirkel 21, 44, 46, 49, 55, 56, 60, 62, 98, 103, 173
Zoo (s. Tiergarten)
Zündhütle 230
Zürich 57

Personenregister

Bearbeitet von Katja Linder

Adenauer, Konrad 184, 186, 193, 195, 200, 201
Alexander, Kaiser von Rußland 77
Antes, Horst 36
Arnold, Engelbert 127
Arnold, Friedrich 80, 85
Arnold, Klaus 36
Augusta, deutsche Kaiserin 141
Autenrieth, Karl 57

Babberger, August 164
Baden, von
- Amalie, Markgräfin 22, 297
- Bernhard, Markgraf 129, 257, 265, 280, 287
- Friedrich I., Großherzog 24, 74, 95, 96, 98, 102, 110, 112, 113, 121, 129, 135, 293
- Friedrich II., Großherzog 145, 250, 278, 293
- Georg, Markgraf 274
- Geyer von Geyersberg, Karoline Luise (Reichsgräfin von Hochberg) 62, 292
- Hermann, Markgraf 269, 276
- Hilda, Großherzogin 145, 195, 293
- Jakob I., Markgraf 274
- Karl, Großherzog 22, 76–78, 85, 292
- Karl Friedrich, Markgraf/Großherzog 20-23, 41, 48–51, 53–57, 60–62, 66–70, 75–78, 85, 91, 98, 181, 208, 236, 260, 292, 293, 307
- Karl Ludwig, Erbprinz 69, 292
- Karl Ludwig Friedrich, Erbprinz 71
- Karoline Luise, Markgräfin 21, 53, 54, 61, 98, 292
- Leopold, Großherzog 85, 86, 93, 94, 95, 292, 293, 297
- Ludwig I., Großherzog 80, 85, 292
- Ludwig II., Erbgroßherzog 95, 293
- Luise, Großherzogin 96, 97, 121, 122, 135, 155, 293
- Max, Prinz 112, 122
- Maximilian, Markgraf 270
- Philipp I., Markgraf 257, 278
- Rudolf Hesso 257
- Rudolf I., Markgraf 257, 261, 282, 287
- Rudolf IV., Markgraf 257
- Sophie, Großherzogin 85
- Sponheim, Mechthildis von 261, 274
- Stephanie de Beauharnais, Großherzogin 22, 71, 77, 292
- Viktoria, Prinzessin 121
- Wilhelm, Prinz 113
Baden-Baden, von
- August Georg, Markgraf 57
- Bernhard IV., Markgraf 278
- Sibylla Augusta, Markgräfin 264, 266
Baden-Durlach, von
- Anna Charlotte Amalie, Prinzessin 49
- Augusta Maria, Markgräfin 282
- Christoph d.Ä., Markgraf 292
- Christoph I., Markgraf 282
- Ernst, Markgraf 287
- Ernst Friedrich, Markgraf 257, 262
- Friedrich, Erbprinz 292
- Friedrich Magnus, Markgraf 257, 282, 292
- Karl August, Markgraf 54, 292
- Karl II., Markgraf 251, 257, 269, 271, 280, 287
- Karl Wilhelm, Markgraf 16–18, 20, 41, 44, 46–51, 54, 75, 98, 248, 252, 276, 292, 307
- Magdalene Wilhelmine, Markgräfin 292
- Wilhelm Ludwig, Prinz 257
Bader, Amalie 94
Baer, Franz 126
Bätzner, Helmut 229
Ball, Hermann Otto 200
Balsam von Wettersbach 284
Bartning, Otto, 172
Baselitz, Georg 36
Batzendorf, Friedrich von 44, 46, 54
Bauer, Gabriel 293
Baum, Marie 153
Baumann, Berthold 304
Baumgärtner, Karl 297, 298
Baumgarten, Paul 212
Baur, Wilhelm 303
Beck, Eugen 151
Beck, Otto 180
Beichel, Friedrich 160
Benda, Ernst 245
Bender, Julius 301
Bender, Traugott 230
Benz, Berta 171
Benz, Carl 25, 208, 257
Berckheim, Karl Christian Freiherr von 297
Berckholtz, Gabriel Leonhard 85
Berckmüller, Joseph 260
Berckmüller, Karl Joseph 98
Berlioz, Hector 122, 124
Bernays, Ulrich 190
Bersche, Werner 278
Berstett, Freiherr Wilhelm Ludwig Leopold Reinhard von 297
Berwick, Marschall Herzog von 50
Bettinardo, Natalis 44
Betz, Karl 188
Bianchi, Teresa Lombardi 69
Bielefeld, Adolf 91
Billet, Paul 163
Billing, Hermann 134, 156, 161, 178
Binz, Hermann 134, 141, 162
Bismarck, Fürst Otto von 74, 110, 298
Bittersolf 262
Blankenburg, Hildegund 245
Blankenburg, Peter 245
Bleuzet-Julbin, Marie-Jeanne 305
Blind, Karl 92
Blomeier, Hermann 203
Blum, Robert 93
Bock, Hans-Erhard 305
Bodman, Johann Heinrich von und zu 145
Böckler, Georg Andreas 257
Böckmann, Johann Lorenz 62
Böhm, Karl 203
Bötzkes, Wilhelm 201
Born, Walter 220
Bouhon, P. 57
Brahms, Johannes 98, 105, 115
Brandt, Willy 214
Braque, Georges 137

Brauchitsch, Walter von 179
Braun, Albert 152
Braun, Gottlieb 77
Braun, Karl 173
Brentano, Lorenz 93
Brümmer, Hans 145
Buback, Siegfried 215, 227
Buchheim, Lothar-G. 221
Buddenberg, Wolfgang 220
Bühler, Hans Adolf 156, 161
Bürklin, Albert 120
Bürklin, Philipp Jakob 48
Bunsen, Robert Wilhelm 97
Bunte, Hans 25, 135
Burgh, Chris de 233

Cassini de Thury, Cäsar Franz de 56
Cathiau, Thomas 138
Chlodwig, König 250
Christian, Karl 297
Cocker, Joe 233
Cölestin III., Papst 267
Corterier, Fritz 305
Corterier, Peter 322
Coulais, Claude 305
Cronental, Terzy von 276
Curjel, Robert 28
(siehe auch Sachregister Firma Curjel & Moser)

Daler, Ludwig 92, 93, 294
Daubenberger, Jakob 188
Dehler, Thomas 193, 194
Demmer, Alfred 304
Dessoff, Otto 102, 115, 121
Devrient, Eduard 24, 95, 98, 99
Diemer, Ludwig 123
Dill, Ludwig 24
Ditteney, Bernhard 221
Döblin, Alfred 149
Dörr, Jakob 271
Dollmaetsch, Bernhard 80, 294
Draheim, Heinz 305
Drais von Sauerbronn, Karl Friedrich Freiherr 77, 78, 181, 208, 236
Drechsler, Friedrich 69
Drechsler, Ratsherr 70
Drinneberg, Hans 156
Dürer, Albrecht 228
Dürr, August 298
Dullenkopf, Otto 36, 217, 220, 221, 228, 230, 233, 239, 255, 278, 283, 290, 296, 303, 322
Durm, Josef 28, 114, 115, 120, 122, 126, 127, 260

Eberle, Friedrich 226
Eberstein von
– Eberhard IV., Graf von 262
– Graf von 276
– Heinrich, Graf von 262
Ebert, Friedrich 148, 152
Edelinus, Abt von Weißenburg 274
Edelsheim, Wilhelm von 66
Egler, Karl 209
Eichrodt, Ludwig 105
Eiermann, Egon 209
Eisenlohr, Christoph Jakob 79
Eisenlohr, Friedrich 91, 95
Ellstätter, Moritz 105
Eltz-Rübenach, Freiherr Peter Paul von 169
Engler, Carl 25, 115
Erhard, Ludwig 185, 186
Erler 212
Erzberger, Matthias 148, 154
Ettlinger, Veit 93

Farny, Oskar 200
Feigler, Johann Andreas 281
Feist, Otto 135
Feuerbach, Anselm 172
Fichte, Johann Gottlieb 102
Fickler, Josef 93
Fikentscher, Jenny 282
Fikentscher, Otto 282
Filbinger, Hans 217
Fink, Georg Jakob 293
Finter, Julius 30, 152, 155, 160, 168, 169, 294
Fischel, Lilly 168
Fischer, Kunigunde 136, 152, 301
Flößer, Karl 187
Förderer, Walter 228
Francke, August Hermann 287
Frank, Hans 300
Frank, Reinhold 182
Franz I., Kaiser 53
Franz II., Kaiser 43
Frech, Karl 169
Frei, Camill 141
Freystedt, Freiherr Leopold von 144
Freytag, Gustav 96
Friederike, Königin von Schweden 77
Friedrich, Erzbischof zu Köln 265
Friedrich Wilhelm II., König von Preußen 66
Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen 95
Fritz, Karl 208
Fritz, Walter Helmut 246
Fuchs, Bertsch 284
Füeßlin, Christian Karl 76, 86, 294
Fütterer, Heinz 198
Furrer, August 170
Fuß, Daniel 261

Gauly, Kurt 246, 306
Gebhard, August 161
Geck, Adolf 127, 141
Geiger, Albert 135
Geiger, Willi 193
Genscher, Hans-Dietrich 217
George, Heinrich 179
Gerber, Konrad 93
Gerecke, Hildegard 244
Gertringen von,
– Bartholomäus 267
– Eberhard 267
– Heinrich 280
Gerwig, Robert 25
Geßner, Salomon 57
Ghandchi, Iraj 226

Ginth, Adam 264
Globke, Hans 201
Gluck, Chistoph Willibald 21
Gmelin, Carl Christian 61, 78
Goebbels, Joseph 170
Goerdeler, Carl 182
Goertz, Jürgen 231
Goethe, Johann Wolfgang von 21, 60, 77, 179
Göbel, Wolfgang 227
Gögg, Amand 93
Göler, Freiherr August von 105
Göring, Hermann 300
Gorbatschow, Michail 214, 245
Gräber, Erwin 278
Graf, Josef 169
Grashof, Franz 25, 103, 104, 208
Greber 46
Greifeld, Rudolf 200
Griesbach, Christian 61
Griesbach, Wilhelm Christian 75, 77, 79, 99, 293, 294
Grieshaber, HAP 36
Gropius, Walter 30, 149, 160
Groß, Joseph 204
Gruber, Otto 156
Grünebaum, Sally 168, 170
Guepière, L. Philippe de la 53
Gurk, Franz 196, 303, 304, 322
Gustav Adolf, Kronprinz von Schweden 121
Gustav IV., König von Schweden 77
Gutenkunst, Emil 200
Gutmann, Emil Valentin 156
Gutsch, Friedrich 106

Haag, G., 126
Haas, Ludwig 141
Haber, Fritz 25, 136
Haber, Salomon von 75
Hafner, Hedwig 230
Hafner, Otto 230
Hagen, Hermann 193
Hahn, Günther 231
Hambel 78
Hart, Wolf 210, 217
Hartleben, Theodor 22, 77, 311
Haupt, Otto 199, 210
Haydn, Joseph 231
Hebel, Johann Peter 25, 60, 66, 75, 78, 281
Heckel, Erich 98
Heer, Adolf 127
Heidegger, Martin 162
Hein, Franz 282
Heine, Karl Heinrich 217
Heinrich, Joseph 187, 296
Heinrich V., Kaiser 259, 261, 269, 289
Heinrich von Stupferich 278
Heinz von Rüppurr 262
Heisenberg, Werner 200, 201
Heller, Gustav 170, 303
Helmholtz, Hermann 97
Hemberger, Hermann 126
Hemberger, Jakob Friedrich 126
Hengst, Christian 273
Hennig, Christoph 293
Herder, Johann Gottlieb 21, 57
Hertz, Heinrich 25, 123, 241
Herzog, Siegmund 50
Heurich, Fridolin 189
Heuss, Theodor 191, 198
Hilbert, Anton 169
Hindenburg, Paul von 150, 156, 164, 298
Hirsch, Fritz 163
Hitler, Adolf 150, 164, 165, 167, 169–173, 175, 176, 178, 179, 183, 300
Hochberg, s. Baden, von – Geyer von Geyersberg
Hochstetter, Jakob 272
Hölz, Max 161
Hölzlein, Johann Lorenz 44
Höpker-Aschoff, Hermann 195
Hofer, Carl 192
Hohenberg, Grafen von 250
Holtzmann, Georg Friedrich 97
Homburger, Veit L. 96
Honsell, Max 78
Hornig, Major von 264
Hubbuch, Karl 30, 98, 164
Huber, Josef 70
Hübsch, Heinrich 85, 268
Hügel, Ernst von 94
Hüssy, Oskar 178, 180, 296
Hugenest, Melchior 55

Ishibashi, Choei 217, 303

Jäger, Friedrich 170, 178, 296
Jawlensky, Alexej 137
Johnson, Ben 241
Johst, Hans 169
Jolly, Julius 116
Joseph II., Kaiser 60
Josephine, Ehefrau Napoleons 71
Jung-Stilling, Heinrich 75, 78

Kästner, Erich 170
Kahn, Nathan Uri 44
Kalckreuth, Leopold Graf von 126
Kalliwoda, Johann W. 102
Kallmorgen, Friedrich 282
Kampffmeyer, Hans 135
Kampmann, Gustav 282
Kandinsky, Wassily 137
Kanoldt, Alexander 137
Kappler, Gustav 171
Karl August von Weimar 60
Kasper, August 124
Kastin, Willi 304
Kaufmann, Johann Ernst 49, 293
Kaufmann, Karl 205
Keilberth, Josef 169, 180
Keller, Ferdinand 98
Kesslau, Friedrich von 53, 54, 56, 57
Kessler, Albert 301
Keßler, Emil 138
Keßler, Hermann 322
Ketter, Theodor 209
Kienzler 236
Kiesinger, Kurt Georg 186, 207, 208

Kirchheimer, Franz 200, 201
Kirchhoff, Gustav Robert 97
Kiss, August 95
Klauprecht, Johann Ludwig Josef 298
Klausmann, Robert 168
Klee, Paul 244
Kleist, Heinrich von 16
Klenert, Adolf 281
Klopstock, Friedrich Gottlieb 21, 60
Klose, August 85, 86, 92, 99, 294
Klose, Familie 178
Klose, Wilhelm 99, 142, 298
Klotz, Günther 32, 34, 188, 196, 200, 201, 203, 204, 207, 213, 220, 254, 255, 296, 303, 322
Klotz, Heinrich 243
Klumpp, Otto Heinrich 145
Knittel, Gottlieb August 78
Knust, Carl 260
Koch, Peter 275
Koelle, Eduard 105, 134
Koelreuter, Joseph Gottlieb 57, 61
Köhler, Erich 298
Köhler, Heinrich 300
Köhler, Walter 165, 169, 300
Kölble, Fritz 179
Könemann, Günter 228
Körner, Theodor 102
Kohl, Helmut 215, 241
Kohler, Karl 135
Koolhaas, Rem 243
Kraft von Wettersbach 284
Krause, Walter 217
Kreglinger, Johann Sebald 293
Kreglinger, Theodor 67
Kreis, Wilhelm 141
Kremser, Werner 144
Krips, Josef 156, 161
Krotz, Wilhelm 154
Kühn, Adolf 188
Kühn, Siegfried 301
Küntzle, Carl 270, 275
Kusel, Jakob 70

L. F. aus Straßburg 259
Laeuger, Max 135
Lamey, August 92, 93, 298
Lamond, Frederik 173
Landgraf, Hugo 173
Lang, Heinrich 115, 123
Lanz, Martin 233
Lauter, Wilhelm 27, 96, 107, 113, 115, 125, 126, 130, 138, 294
Lavater, Johann Kaspar 21, 60
Leber, Georg 211
Lefèvre, Thomas 269
Lehmann, Josef 285
Lengelacher, Ignaz 55, 202
Leopold Heinrich 275
Lessing, Karl Friedrich 97, 99
Levi, Hermann 24, 98, 102, 103
Lidell, Christoph Friedrich 125
Liebig, Justus von 97
Linke, Ernst 183
List, Friedrich 79, 138
Liszt, Franz 96, 122
Löffler, Wilhelm 305
Löw, Deta 190
Löw, Jürgen 306
Lorenz, Wilhelm 124
Lotzbeck, Ferdinand, Freiherr von 86, 297
Lotzbeck, Karl Ludwig, Freiherr von 86, 297
Lübke, Heinrich 209, 301
Lübke, Wilhelmine 212
Ludin 168
Ludwig, Johannes 293
Ludwig IV., Kaiser 257
Ludwig XIV., König von Frankreich 271
Lüpertz, Markus 36
Luise von Hessen 60
Lunau-Marum, Elisabeth 306
Lust, Franz 153
Luz, Bernhard 280

Macklot, Camill 92
Macklot, Michael 55, 63
Maier, Karl 264
Maier, Reinhold 186, 193
Mainhardt, Hans 306
Malsch, Jakob 93, 106, 107, 294
Malsch, Johann Kaspar 48
Mann, Hugo 212
Mann, Thomas 149
Manz, Philipp 142
Marcel, Gabriel 208
Martin, Marcel 304
Marum, Ludwig 166, 168, 170, 171, 191, 236, 301, 303
Marx, Daniel Raphael 77
Marx, Wilhelm 156
Maschenbauer, Andreas Jakob 293
Maschenbauer, Johann Christian 293
Massol, Joseph 54
Mathy, Karl 99
Matisse, Henri 192
Matzerath, Otto 180, 188
Maul, Alfred 105
Maurath, Ferdinand 180
Maximilian, Fürstbischof von Konstanz 98
Mazza, Giovanni 272
Meckel, Max 129
Meidinger, Heinrich 103
Meinzer, Fritz 304
Meinzer, Hermann 290
Meistermann, Georg 36
Melling, Joseph 55
Menuhin, Yehudi 203
Menzinger, Toni 304
Merz, Walter 161
Metz, Bernhard 269
Metz, Carl 134
Meyer, Salomon 48
Meyer, Wolfram 306
Mitterrand, François 241
Moest, Friedrich 115, 134
Möckel, Klaus 209
Möller, Alex 303
Mohl, Heinz 231, 237, 244
Molter, Johann Melchior 46

Monc, Franz Joseph 94
Montfort, Salins de 62, 63
Morlock, Ernst 188
Morlock, Jürgen 230
Moser, Karl (siehe auch Sachregister Firma Curjel & Moser) 28
Mottl, Felix 24, 98, 102, 121, 126
Mozart, Wolfgang Amadeus 226
Mühlhäuser, Adolf 173
Müller, Christian Friedrich 67
Müller, Gebhard 200, 303
Müller, Wilhelm Jeremias 56, 57

Nachmann, Werner 241
Nagel, Emil 306
Napoleon Bonaparte 42, 43, 70–72, 76, 77, 138, 251, 292
Nebenius, Karl Friedrich 78, 85
Neindorff, Egon von 240
Neumann, Balthasar 54
Nokk, Wilhelm 298
Noske, Gustav 152
Nußbaum, Daniel 165

Ordenstein, Heinrich 99, 122
Ostendorf, Friedrich 135
Ottmann, Georg Adam 293

Paer, Fernando 76
Paganini, Niccolo 85
Papen, Franz von 150
Paul, Großfürst von Rußland 61
Pedetti, Mauritio 54, 62
Peter, Joseph 93
Pfanndörfer, Jakob F. 277
Pfeffel, Gottlieb Konrad 56
Pfeifle, Ulrich 239, 322
Pfitzner, Hans 156
Philipp, Franz 178
Picasso, Pablo 137
Pigage, Nicolas de 54
Piscator, Erwin 149
Postweiler, Familie 281
Printz, Eduard 91

Rathenau, Walther 148, 154, 274
Ratzel, Friedrich 128, 134, 153
Raupp, Adam 261
Raupp, Hans 261
Redtenbacher, Ferdinand Jakob 25, 96, 103, 104
Reetz, Christa 322
Reginbodo, Graf von Malsch 278
Rehbock, Theodor 153
Reichardt, Philipp 274
Reinhard, Wilbelm 264, 265
Reinhard, Wilhelm Ludwig Leopold 297
Reinhard von Rüppurr 262
Reiß, Heinrich 60
Reitzenstein, Sigmund von 42, 68
Remarque, Erich Maria 170
Remmele, Adam 169, 301
Resplandin, Jaques 285
Retti, Leopoldo 53, 54
Reusch, Hermann 201
Richt, Robert 212
Richtenfels, Johann Georg Förderer von 18, 19
Riedinger, Berthold 189
Riedl, Ferdinand 232
Riedmaier, Theresia 239
Riegger, Luise 192, 306
Ring, Wilhelm Friedrich 61
Ringwald, Hermann 281
Ritzert, Jean 190, 274
Rohrer, Johann Michael Ludwig 260, 266, 267
Roman, Johann Cornelius 51, 293
Rosenberg, Alfred 161
Rosenberg, Irene 137
Rossi, Egidio 271
Rotermund, Herman 237, 246
Rotermund-Lehmbruck, Christine 237
Rotteck, Karl von 22, 88
Rudolf I. von Habsburg, Kaiser 257
Rudolph, Hans-Georg 304
Rüssel, Günther 232, 306
Ruppert, Karlheinz 233
Rupprecht, König von Bayern 265

Sack, Erwin 230, 246
Salisch, Heinke 228, 243, 322
Sammet, Erwin 170
Sauer, Heinrich 145
Sauer, Karl 191
Savoyen, Prinz Eugen von 51
Scheffel, Viktor von 25, 123, 281
Schelling, Erich 196, 201, 208, 210
Schiller, Friedrich 102, 134
Schilling, Wilhelm Friedrich 276
Schirach, Baldur von 169
Schirmer, Johann Wilhelm 96
Schlageter, Albert Leo 169
Schleicher, Kurt von 150
Schleyer, Hanns-Martin 215
Schlosser, Johann Georg 62
Schmidt, Helmut 214
Schmidt, Norbert 209
Schmieder 76
Schmieder, August 122
Schmittbaur, Josef Aloys 57
Schnabel 267
Schnabel, Franz 16, 191
Schnarrenberger, Wilhelm 30, 164
Schneider 51
Schneider, Hermann 158, 163
Schneider, Karl August 121
Schnellbach, Rudolf 304
Schnetzler, Karl 27, 115, 120, 125, 135, 138, 252, 260, 294
Schöneck, Peter 269
Scholl, Karl Benjamin Friedrich 297
Scholz, Georg 30
Schortmann, Wilhelmine Christine 257
Schrempp, Karl 300
Schroedter, Adolf und Alwine 99
Schück, Hermann 122, 126
Schulz, Christian Ludwig 293
Schwanthaler, Ludwig von 91
Schwartz, Hans 44
Schwarz, Heinrich 54

Schwarz, Karl 304
Schweickardt, Friedrich 62
Schweickhard, Christian Ludwig 62
Schweitzer, Albert 161
Schweizer, Herbert 283
Schweizer, Otto Ernst 181
Schwind, Moritz von 87, 98, 178
Sebold, Georg 26
Seemann, Günther 203
Seiler, Gerhard 37, 230, 239, 297, 322
Seldeneck, Freifrau von 257
Selg, Karl 202
Sembach, Johannes 44, 293, 294
Sexauer, Heinrich 144
Sickingen, Albert Hofwart von 278
Siebert, Klara 152, 190
Siegrist, Karl 135, 144, 151, 152, 294
Sievert, Friedrich 79, 80
Sigel, Franz 93
Simon, Johann Michael 44
Singer, Max 304
Sinner, Anton 265
Sinner, Georg 265
Sinner, Robert 265
Solms, Marie Gräfin 162
Sophie Wilhelmine von Schweden 293
Specht, Gustav 120
Speck, Paul 164
Spuler, Erwin 199
Stenz, Hermann 170
Stockhorn, Karl Ludwig Freiherr von 76
Stösser, Karl August Friedrich 298
Stolberg, Bruder 60
Stoltz, Dieter 230
Strauss, Richard 137, 141
Strauß, Franz 265
Strauß, Joseph 80
Strieder, Wilhelm 123, 125, 126, 135
Struve, Gustav 93
Stümpfler 51
Stürzenacker, August 134, 141
Stulz von Ortenberg, Georg 297
Sutor, Emil 173, 208

Taylor, E. 263
Teichmann, Elisabeth 198
Thoma, Hans 24, 98, 127, 179, 300
Tilly, Johann Graf von 257
Töpper, Friedrich 187, 193, 296, 322
Trier, Fanny 114
Trigel von Öwisheim 267
Trohmann, Georg Friedrich 293
Trübner, Wilhelm 98
Tulla, Johann Gottfried 25, 26, 36, 75, 77, 78, 80, 143, 248, 266, 270

Ulrich, Herzog von Württemberg 284
Ungers, Oswald Mathias 240
Urban IV., Papst 274, 280

Valdenaire, Arthur 188
Varnhagen von Ense, Karl August 78
Varnhagen von Ense, Rahel, geb. Levin 78
Veit, Hermann 188–190, 193, 200, 296, 301
Vierordt, Heinrich 114
Vittali, Wilhelm 135, 143
Vogel, Wilhelm 69, 76
Vogt, Grete 306
Volm, Johann 304
Voltaire 21, 56
Volz, Hermann 125
Volz, Theodor Friedrich 75

Waag, Hans 169
Wacker, Otto 161, 168, 169, 173
Wäldele, Walther 306
Wagner, Ferdinand 156
Wagner, Richard 96–98, 102, 103, 106, 122, 226
Wagner, Robert 165, 168, 169, 179, 254, 271, 276, 300
Walch, Anna 190
Waldeck, Pleich von 280
Walter, Wilhelm 128
Walz, Johann Leonhard 57
Wangen, Karoline von 276
Warth, Otto 115
Wéber, Pierre 301
Weick, Friedrich 171
Weinbrenner, Friedrich 23, 24, 57, 67, 69, 75, 77, 78, 80, 85, 86, 98, 204, 207, 231, 260, 281
Welling, Baron von 46
Weltring, Heinrich 124
Weltzien, Karl 25, 94, 102, 207
Wendt, Gustav 105
Werder, Karl August Graf von 298
Werner 93
Westenfeld, Karl 120
Weyhing, Johann Friedrich 257, 263
Weysser, Karl 181
Wieland, Christoph Martin 21
Wihlin, Mathias 280
Wilhelm I., deutscher Kaiser 27, 94, 96, 110, 113, 127, 293
Wilhelm II., deutscher Kaiser 66, 124, 135, 142
Williard, Adolf 258
Wimmer, Rudi 306
Winter, Ludwig Georg 88
Winterhalter, Franz Xaver 85
Wolff, Friedrich 96, 153, 300
Wormser, Moses 60
Wotruba, Fritz 205
Wucherer, Georg Friedrich 80
Württemberg, Grafen von 276
Wulzinger, Karl 281
Wurster, Georg 227

York, Harry 266

Zatopek, Emil 198
Ziegler, Gustav 122
Zimmermann, August 200
Zuckmayer, Carl 149

Sachregister

Bearbeitet von Ernst Otto Bräunche

Abgaben 45, 47, 61, 269, 277, 282
Absolutismus 19, 41, 42, 72, 218
Abwasser 21, 137
Adreßbuch 78
Altkatholiken 114, 126
Altstadtsanierung 204, 205, 212, 217, 218
Antisemitismus 79, 153, 168, 175, 178, 282, 283
Apotheke 46, 49, 293
Arbeiter 26, 27, 29, 33, 37, 44, 60, 73, 102, 111, 124, 138, 148, 181, 188, 198, 204, 209, 215, 228, 271, 273, 282, 287, 289, 306, 317
Arbeiterbewegung 100, 111, 124
Arbeiterrat 145
Arbeitslosenunterstützung 163
Arbeitslosigkeit 31, 148, 149, 215, 283
Armenfürsorge 57
Armut 69, 73, 251
Asylbewerber 246
Ausländer 33, 47, 215, 246, 311
Ausstellungen 30, 31, 87, 134, 169, 198, 216, 228, 244, 241
- Allgemeine Kunst- und Gewerbeausstellung 120
- Allgemeine Landes-Industrieausstellung 102
- Alltag in Karlsruhe – Vom Lebenswandel einer Stadt durch drei Jahrhunderte 244
- Atomkraft als Friedenskraft 202
- Aus den Sammlungen der Stadt 192
- Ausstellung für Siedlungswesen, Städtebau- und Wohnwesen 141
- Badische Revolution 1848/49 221
- Badische Maler der Gegenwart 178
- Der Bolschewismus 173
- Der Türkenlouis 198
- Deutsche Impressionisten 204
- Die Grötzinger Malerkolonie 226
- Die Künstlergruppe Brücke und der deutsche Expressionismus 221
- Die stille Zerstörung 226
- 30 Jahre danach – Zusammenbruch und Neuanfang im Jahre 1945 226
- 100 Jahre Radiowellen: Heinrich Hertz – Werk und Wirkung 241
- Elektrische Ausstellung des Karlsruher Gewerbevereins 126
- Fachausstellung Das Kino 153
- Gartenausstellung 1902 129
- Gebrauchswohnung Dammerstock 158, 160
- Gegenstandslose Kunst 191
- Glasmalereiausstellung 129
- Große Deutsche Kunstausstellung Karlsruhe 1923 155
- Heilmittelmesse 33, 192, 196
- Holomedia 239
- Industrieausstellung 87
- Internationale Surrealisten 196
- Juden in Karlsruhe 243
- Karl Friedrich Drais von Sauerbronn 236
- Karlsruhe gestern – heute – morgen 210
- Klar und lichtvoll wie eine Regel. Planstädte der Neuzeit 244
- Kunstausstellung 1902 129
- Kunst in der Residenz – Karlsruhe zwischen Rokoko und Moderne 244
- Leben und Schaffen der Gau- und Grenzhauptstadt Karlsruhe 173
- Moritz von Schwind 178
- Niederländische Kunst 181
- Otto Dix 195
- Paul Klee – Wachstum regt sich 244
- Regierungskunst 1919–1933, 169
- Romantiker und Realisten 209
- Stadtgeschichtliche Ausstellung 134
- Stadtgeschichtliche Ausstellung im Prinz-Max-Palais 236
- Stilstreit und Führerprinzip. Künstler und Werk in Baden 241
- Widerstand statt Anpassung. Deutsche Kunst im Widerstand 230
- Wien – Stadt der Arbeit – Stadt der Kunst 207
Auswanderung 73, 78, 79, 251, 270, 278, 285, 286
Autobahn 31, 173, 178, 183, 190, 198, 213, 241, 254

Bäder 94, 202, 239, 274, 306
- einzelne Bäder siehe Ortsregister
Bambi-Filmpreis 208
Banken und Sparkassen
- Badische Landesbausparkasse 161
- Badische Feuerversicherungsbank 127
- Bankhaus Eduard Koelle 134
- Hypothekenbank, städtische 113
- Landeskreditbank 202, 231
- Oberrheinische Bank 134
- Reichsbank-Filiale 115
- Rheinische Creditbank 134
- Sparkasse 135, 203
- Spar- und Pfandleihkasse, Städtische 77, 121, 134, 245, 246
- Straus + Co, Privatbank 106
- Veit L. Homburger, Privatbank 96
- Volksbank 97
- Zentralkasse südwestdeutscher Volksbanken 204
Bannmühle 265
Beamtenstadt 25, 27, 33, 34, 139
Bebauungsplan 192, 205, 271
Behindertenwerkstätten Hagsfeld 222
Berufsständische Organisationen (siehe Organisationen)
Besetzung 32, 66, 149, 153, 155, 169, 183, 257, 271, 278, 283, 285
Besthaupt 282
Bevölkerung 19, 21, 26, 33, 34, 61, 67, 72, 98, 99, 107, 130, 138, 144, 155, 166, 175, 180-185, 187, 190, 191, 195, 215, 218, 223, 231, 251, 252, 254, 273, 279, 282, 289, 311, 313-316
Bibliotheken 56, 75, 91, 114, 154, 180
- einzelne Bibliotheken siehe Ortsregister
Biedermeier 73
Binnenwanderung 130
Brauereien 55, 152, 231, 263-265
- Hoepfner 26, 27, 124
- Kammerer 152
- Moninger 26, 152, 231
- Printz 26, 152
- Schrempp 26, 152, 300
- Seldeneck 152
- Sinner 26, 128, 152, 231, 265

Brunnen 85, 86, 128, 196, 228, 279, 289
Bürgermeister (siehe auch Oberbürgermeister) 27, 44–46, 51, 75, 88, 89, 107, 115, 116, 120, 135, 136, 152, 163, 166, 169, 187, 189, 190, 193, 223, 227, 239, 252, 260, 262, 271, 274, 278, 281; 283, 289, 290, 292–294, 296, 297, 301, 303–306
Bürgerversammlung 60, 224
Bürgerwehr 92, 93, 95, 142, 273, 282
Bürgerwitwenkasse 61
Bundesbahn (siehe auch Eisenbahn) 199, 202, 229, 243, 246
Bundesbahnausbesserungswerk 228

Denkmäler 16, 69, 85, 91, 95, 125–127, 134, 135, 156, 162, 163, 171, 208, 210, 281
Deutscher Bund 72, 74
Deutscher Zollverein 73
Doppelhaushalt, städtischer 222
Drittes Reich – Nationalsozialismus 31, 150, 153, 156, 160–163, 165, 166, 168–171, 175, 176, 178, 180, 184, 186, 230, 254, 271, 274, 276, 281, 283, 289, 294, 296, 301, 316
- Bücherverbrennung 165, 170
- Deportation 31, 166, 230
- Deutsche Arbeitsfront (DAF) 167
- Gestapo 171
- Gleichschaltung 31, 165, 271, 274, 276, 281, 283, 289, 300
- Hitlerjugend (HJ) 169, 171
- Kampfbund für deutsche Kultur 161
- Kinderlandverschickung 181
- Konzentrationslager (KZ) 31, 166, 170, 171, 173, 175, 178, 180, 301, 303
- Dachau 175, 178, 180
- Gurs 166, 180, 208, 230, 283, 306
- Kislau 31, 166, 171, 175, 301, 303
- Mauthausen 173
- Kraft durch Freude (KdF) 167, 171
- Luftkrieg siehe Kriege – Zweiter Weltkrieg
- Luftschutz 164, 169, 178, 182, 173, 179
- Machtergreifung 31, 148
- Machtübernahme 254, 316
- NSDAP siehe Parteien
- Reichskristallnacht 166, 178
- „Schutzhaft" 165, 168, 170, 274, 296
- Sturmabteilung (SA) 163, 165, 168, 300, 168
- Volkssturm 183
- Westwall 178, 289
- Widerstand 17, 34, 160, 166, 169, 171, 176, 182, 183, 230, 254, 270, 290, 180
- Winterhilfswerk 170, 172
- Zweiter Weltkrieg siehe Kriege

Ehrenbürger 142, 169, 292, 296, 297–303, 304
Ehrenfahne des Europarats 208
Ehrenmedaille 217, 303
Eingemeindungen (siehe auch Stadterweiterung) 27, 30, 31, 77, 123, 130, 135-138, 161, 171, 178, 204, 205, 217, 220–222, 248, 252, 254, 255, 258, 260, 262, 263, 265, 267, 269, 271, 274, 276, 278, 279, 281, 283, 287, 290, 306, 311
Einquartierungen 41, 47, 51, 68, 70, 80, 251, 262, 270
Eisenbahn 73, 91, 92, 103, 110, 124, 135, 138, 158, 178, 252, 270, 272, 287
- Albtalbahn 36, 143, 202, 203, 211, 243, 263, 203
- Auto-Reisezug 208
- Eisenbahn Hauptwerkstätte 26
- Karlsruhe – Wilferdingen 97, 282
- Lokalbahn 36, 24, 141, 142, 164, 173, 265, 276
- Maxau-Bahn 26, 102, 134, 258, 270
- Rheintalbahn 107
- TGV 239
Eiserne Front 164, 168
Elektrizitätsversorgung (siehe auch Firmen, Badische Elektrizitätsversorgungs AG) 129
Emigranten 62
Entnazifizierung 188, 296
Erdbeben 55, 164, 172, 181, 191, 228
Eurocontrol 217

Fabriken und industrielle Betriebe 22, 26, 111, 134, 161, 212, 252, 257, 263, 281, 286, 300
- Arzneimittelfabrik Dr. Willmar Schwabe 33, 190, 195
- Badische Maschinenfabrik Durlach 26, 273
- Badische Zündholzfabrik 95
- Berlin-Karlsruher-Industrie-Werke AG 30
- Bijouterie-Fabrik Oelenheinz 68
- Carl Metz Feuerwehrgeräte 134
- Chemische Fabrik Rüppurr 263
- Cigarrenfabrik Riger & Co Grünwettersbach 285
- Deutsche Metallpatronenfabrik Lorenz 26, 114, 122
- Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik Grötzingen 282
- Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik Karlsruhe 26, 27, 30, 142, 144
- Dynamit Nobel AG Wolfartsweier 281
- Eisengießerei Seneca 125, 257
- Eisenwerk Grötzingen 282
- Gablonzer Industrie 33, 191
- Gesellschaft für elektrische Industrie 27, 128, 129
- Gritzner & Kayser 26, 190, 198, 273
- Haid & Neu 26, 27, 37, 102, 124, 170, 203, 212
- Heinkel-Werk 205
- Henri Ehrmann & Cie 114
- Industrie Werke Karlsruhe 192, 228
- Junker & Ruh 26, 27, 34, 106, 209, 303
- Kutschen- und Chaisenfabrik Heinrich Reiß 60
- Lederfabrik Hermann & Ettlinger Durlach 273
- Leinwand- und Baumwollfabrik 57
- Majolika-Manufaktur 29, 129
- Majolikafabrik Neureut 289
- Malzkaffee-Fabrik Kathreiner 141
- Marmeladenfabrik Stern & Cie 144
- Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe 26, 27, 87, 127, 138, 144, 160, 257, 298
- Maschinenfabrik Keßler & Martiensen 26, 86, 138
- Maschinenfabrik Lorenz Karlsruhe/Baden 122
- Matzenfabrik Strauß Neureut 288
- Michelin-Reifenwerk 30, 161, 203, 217
- Möbelwerk Becker Stupferich 279
- Neff-Werke Bretten 212
- Schaerer-Werke 172
- Schuhfabrik Raupp Hagsfeld 276
- Siemens & Halske 33, 180, 190, 192
- Silberwarenfabrik Christofle & Cie 96
- Singer 37, 232, 236
- Steinkohlen-Brikettfabrik Maxau 271
- Stumpenfabrik Karl Gräber sen. Stupferich 279
- Tabakfabrik Christian Griesbach 61
- Tabakfabrik Karlsruhe 51, 297
- Tabakfabrik Rüppurr 263
- Tapetenfabrik Sievert 69

- Technologiefabrik Karlsruhe 236
- Vogel & Schnurmann 27, 120, 128
- W. Ellstätter, Glacé-Leder 258
- Wagenfabrik Schmieder & Mayer 26, 91
- Wolff & Sohn 26, 27, 96, 124, 300
- Zellulosefabrik Vogel und Bernheimer Maxau 196, 271
- Zementwarenfabrik Dyckerhoff & Widmann 105
Fastnacht (siehe auch Karneval) 87, 195, 246, 304
Fernheizung 205, 216, 236
Fernsehen 197, 205
- Kabelfernsehen 230
Feuerordnung 49
Feuerwehr 91, 93, 124, 142, 181, 257, 263, 265, 267, 270, 273, 276, 278, 279, 281, 286, 288
- Berufsfeuerwehr 124, 161
- Freiwillige Feuerwehr 91, 257, 263, 265, 267, 270, 273, 276, 278, 279, 281, 286, 288
Firmen 294
- Architektenbüro Curjel & Moser 128, 135, 136, 141, 143
- Badenia-Verlagsgesellschaft 114
- Badische Elektrizitätsversorgungs AG (Badenwerk) 34, 153, 199
- Bartow & Manby 91
- Braunsche Hofbuchdruckerei 91
- C. F. Müller Großdruckerei und Verlag 231, 306
- DEA – Scholven Raffinerie 207
- Druckerei Malsch und Vogel 294
- Druckerei Moses Wormser 60
- Esso-Raffinerie 207
- Fluor-Chemie 196
- Geschwister Knopf, Warenhaus 141, 160, 178
- Kaufhaus Friedrich Hoelscher KG 178
- Kaufhaus Hertie 141
- Kaufhaus Karstadt 204
- Gollnow & Sohn, Stahlbau 33, 190
- Grundig AG 231
- Hofkunstfärberei Eduard Printz 91
- Karlsruher Lebensversicherung 34, 86, 134, 198, 298, 303
- Lebensbedürfnisverein 124
- Lithographische Kunstanstalt 294
- L'Oréal 242, 246
- Möbelschreinerei Himmelheber 87
- Müllersche Hofbuchdruckerei und Buchhandlung 67
- Ölraffinerien 33, 203, 204, 207
- Pfannkuch, Lebensmittel 196
- Schmalbach-Lubeca 231
- Schneider, Kaufhaus 202
- Sortimentsbuchhändler Gottlieb Braun 77
- Spezerey- und Eisenwarenhandlung Schneider und Füesslin 294
- Steffelin, Transporte 211
- Unika-Einkaufszentrum 226
- Union (Hertie), Kaufhaus 141, 195, 196
- Verlagsbuchhandlung David Raphael Marx 77
- Versandhaus Heinrich Heine 226
- Wertkauf, Einkaufszentrum 212
Flüchtlinge 33, 165, 184, 187, 188, 190, 195, 196, 204, 212, 240, 243, 283, 285, 289
Franzosen 18, 41, 66–68, 144, 151, 155, 183, 187, 265, 266, 271, 278, 283, 284, 285
Frauen 18, 20, 57, 61, 66, 77, 88, 94, 97, 99, 111, 117, 130, 136, 137, 148, 152, 153, 180, 181, 190, 192, 195, 208, 215, 223, 239, 242, 259, 263, 266, 267, 280, 288, 313, 316
Frauenbewegung 143
Fraunhofer-Gesellschaft 222, 236
Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung 232
Fremdarbeiter 181
Friede von Preßburg 42, 70
Friedensbewegung 215
Friedenswoche 232
Fron 73, 261

Gasbeleuchtung 91, 221, 91
Gastarbeiter 204
Gasthäuser/Gaststätten (siehe auch Wirtschaften) 53, 181, 185, 221, 265, 267, 271, 283
Gasversorgung 29, 91, 106, 117, 123, 124, 160, 164, 202, 210, 213, 252, 268, 274, 283
Gemarkung 27, 37, 48, 67, 86, 97, 105, 114, 160, 162, 178, 180, 197, 203, 252, 254, 259, 260, 269, 276, 278, 282, 285, 287, 307, 308, 310
Gemeindeordnung 24, 73, 80, 85, 86, 88, 89, 107, 113, 166, 223, 224, 294, 317
Gemeinderat 80, 86, 88, 89, 92, 93, 103, 107, 116, 169, 191, 196, 198, 202, 203, 204, 205, 207, 208, 211, 212, 217, 218, 220–224, 226–231, 236, 239, 240, 241–246, 252, 255, 267, 274, 281, 285, 296, 301, 303–306, 319
Gemeinderecht (siehe auch Selbstverwaltung) 223
Gemeindereform 254, 255
Gemeindeversammlung 86, 88, 89
Generalbebauungsplan 158, 160, 181
Genossenschaften
- Handwerker-Baugenossenschaft Hardtwaldsiedlung 152
- Genossenschaft Gartenstadt 135
Genossenschaftswesen 135, 306
Gerichte 193, 194
- Bundesgerichtshof 192, 193, 227
- Bundesverfassungsgericht 36, 194, 195, 205, 212, 214, 221, 226, 227
- Handelsgericht 105
- Kreis- und Hofgericht 103
- Verwaltungsgerichtshof 134, 222
Gerichtsbarkeit 45, 277
Gerichtswesen 103, 105, 120, 194
Gewerbe 18-20, 25, 27, 30, 33, 47, 48, 53, 85, 116, 122, 126, 138, 252, 313, 314
Großherzogtum 21, 42, 72, 77, 88, 111, 120, 285

Händel-Akademie 239
Handel 18, 20, 27, 30, 47, 48, 138, 154, 228
Handelskammer 24, 27, 37, 99, 103, 121, 122, 236, 293, 294, 296
Handwerker 19, 20, 24, 45, 48, 89, 99, 152, 218
Hauptstadt (siehe auch Landeshauptstadt) 19, 23, 31, 43, 44, 72, 187, 251
Haus der Heimat 240
Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation 43
Heimatvertriebene 204, 279, 285
Hinrichtung 85, 182, 263
Hintersassen 20, 45, 48, 53, 77, 88, 218
Hochschulen
- Akademie der Bildenden Künste 115, 164, 202
- Badische Musikhochschule 36, 37, 160, 178, 188
- Badisches Konservatorium 99, 122, 136, 160, 188
- Baugewerkeschule 120, 217

– Fachhochschulen 37, 120, 217, 236
– Hochschule für Lehrerbildung 173
– Kunstschule 73, 115, 121
– Lehrerseminar 114, 198
– Lehrerinnenseminar 114
– Pädagogische Hochschule 107, 207
– Pädagogisches Institut 196
– Polytechnikum siehe Technische Hochschule
– Staatliche Hochschule für Musik 99
– Staatliche Ingenieurschule 213, 217
– Technische Hochschule 25, 33, 34, 37, 73, 80, 85, 86, 94, 96, 97, 103–105, 122, 127, 180, 188, 217, 220, 222, 230, 236, 237, 241, 257, 297, 298, 301, 305
– Universität Durlach 271
– Universität, geplante in Karlsruhe 21, 56, 60
Hochwasser 248, 262, 265, 267, 270, 276, 281
Hotels 179, 208, 228
Hügelgräber 204
Hugenotten 287

Industrialisierung 16, 26, 27, 29, 34, 73, 100, 110, 130, 138, 251, 252, 324
Industrie 26, 27, 30, 33, 34, 37, 73, 103, 110, 138, 149, 152, 154, 158, 170, 198, 200, 236, 254, 268, 273, 296
Industriestadt 26, 29, 139, 273
Inflation 30, 148, 149, 154

Jagd 17, 20, 51
Juden 20, 31, 44–48, 50, 51, 68, 75, 153, 165, 166, 169, 175, 178, 180, 208, 230, 241, 243, 282, 283, 311, 312
– Israelitische Religionsgesellschaft 105, 122
– Oberrat der Israeliten in Baden 75

Kanalisation (siehe auch Landgraben) 274
Kapellen 91, 114, 264, 278, 281
Kapuzinerorden 70
Karlsbader Beschlüsse 72
Karlsruher Notgemeinschaft 162, 170, 188
Karneval (siehe auch Fastnacht) 61
Katholiken 44, 47, 56, 60, 94, 111, 114, 260, 263, 269, 273, 281, 311
Kaufhäuser siehe Firmen
Kernforschungszentrum 33, 37, 205, 233, 236, 202, 204
– Atomversuchsreaktor 197, 198
Kindergarten 113
– Kleinkinder-Bewahranstalt 87
Kino 128, 135, 136, 156, 161, 179, 180, 192, 197, 199, 216
– einzelne Kinos siehe Ortsregister
Kirche 21, 46, 47, 51, 60, 73, 102, 103, 111, 114, 124, 134, 195, 208, 220, 227, 240, 242, 257, 258, 262, 265, 266, 269, 270, 274, 276, 277–281, 283–289, 294, 301, 304
– einzelne Kirchen siehe Ortsregister
Kirchenbücher 281
Klärwerk 228
Klassizismus 54
Kommunaler Versorgungsverband 226
Kongresse (siehe auch Tagungen und Veranstaltungen) 211
Konsulat, italienisches 239
Krankenhäuser 29, 50, 69, 97, 107, 170, 182, 217, 222
– Bürgerspital 62
– Diakonissen-Krankenhaus 170
– Hospital 69, 91
– Israelitisches Hospital 86
– Kinderklinik 153, 192
– Klinikum 135, 211, 228, 237
– Landesfrauenklinik 241
– Ludwig-Wilhelm-Krankenheim 124
– Militärhospital 66, 91
– Paracelsusklinik 222
– Psychiatrische Klinik 241
– Richt-Krankenhaus 217, 222
– Spital 21, 265
– St.-Vincentius-Krankenhaus 128, 221
Kriege
– Bayerischer Erbfolgekrieg 41
– Deutsch-Französischer Krieg 1870/71 270
– Dreißigjähriger Krieg 41, 257, 262, 271, 275, 276, 280, 287
– Erster Weltkrieg 29, 31, 98, 135, 138, 271, 273, 279, 288, 289, 300, 324
– Fliegerangriff 143, 144
– Kriegsgefangene 154
– Golfkrieg 246
– Österreichischer Erbfolgekrieg 41, 251
– Pfälzischer Erbfolgekrieg 41, 51, 257, 269, 271
– Polnischer Erbfolgekrieg 18, 41, 48, 50, 251
– Revolutionskriege, französische 66, 251
– Rußlandfeldzug Napoleons 77
– Siebenjähriger Krieg 41, 55
– Spanischer Erbfolgekrieg 41, 251
– Zweiter Weltkrieg 54, 115, 120, 165, 173, 184, 279, 285, 289, 296
– Kriegsgefangene 181, 183, 187, 197
– Luftkrieg 31, 167, 180–183, 242, 261, 262, 283, 285, 286, 289
Kulturelle Einrichtungen
– Centre Culturel Français 237
– Centre d'études françaises 195
– Centro italiano 205
Kulturkampf 73
Kurfürstentum 21, 42

Landeshauptstadt (siehe auch Hauptstadt) 16, 23, 29, 31, 32, 34, 74, 160, 164, 185, 248, 274
Landesversicherungsanstalt 34, 208
Landgrabenkorrektion 120, 122
Landtag 73, 74, 79, 80, 93, 112, 116, 126, 134, 163, 192, 195, 212, 215, 230, 277, 294, 297, 300
Lebensmittelkarten 155
Lehrer 44, 46, 57, 66, 75, 85, 89, 121, 198, 261, 265
Leibeigenschaft 21, 41, 47, 48, 61, 277, 287

Märkte 46, 129, 134, 171,
– Christkindlesmarkt 220
– Flohmarkt 221
– Jahrmarkt/Messe 44, 46, 114, 141, 189, 211
– Pferdemarkt 46
– Wochenmarkt 47, 50, 66, 153, 271
– Wochenmarkt Durlach 271
Magnetismus 62
Malerkolonie Grötzingen 282
Markgenossenschaft 259, 267
Markgrafen 16–19, 21, 23, 41, 42, 44–51, 53–57, 60–62, 66–70, 75, 98, 129, 243, 248, 250–252, 257, 260–262, 265, 267, 269–272, 276, 278, 280, 282, 287, 292, 307
Markgrafschaft 18, 21, 41, 42, 44, 45, 48, 51, 68, 70, 251, 259, 262, 265, 267, 269, 275, 278, 280, 282, 287
Merkantilismus 18

Militär 27, 31, 46, 61, 70, 78–80, 105, 126, 178, 179
- Garnison 20, 24, 25, 29, 31, 61, 70, 130, 153, 202, 272, 274
- Kasernen 25, 31, 46, 127–129, 135, 142, 151, 171, 172, 178, 179, 187, 243, 272, 308
Mißernte 57, 91
Museen 53, 86, 98, 135, 153, 160
- Badische Kunsthalle 21, 36, 37, 86, 87, 91, 97–99, 127, 135, 141, 156, 168, 171, 172, 178, 179, 182, 191, 192, 195, 220, 226, 228, 231, 244, 300
- Badisches Landesmuseum 29, 36, 98, 153, 154, 204, 217, 228, 244, 250
- Hans-Thoma-Museum 135
- Karpatendeutsches Heimatmuseum 217
- Kunstgewerbemuseum 120
- Landessammlungen für Naturkunde am Friedrichsplatz 207, 220
- Naturalienkabinett 61, 78
- Naturkundliche Sammlungen 21
- Oberrheinisches Dichtermuseum 209
- Pfinzgaumuseum 217, 226, 227, 245
- Rechtshistorisches Museum 237
- Scheffelmuseum 160
Musik 24, 30, 44, 50, 57, 69, 85, 86, 96–99, 103, 105, 106, 121, 122, 124, 126, 141, 156, 161, 170, 172, 173, 182, 187, 188, 190, 195, 203, 204, 226, 228, 231, 243
Musikbildungsanstalt des Cäcilienvereins 86, 136

Naturschutz 228, 246
Nobelpreis 136
Nordtangente 36, 207, 229-231, 229, 230
Notgeld 144, 155, 144
Notstandsarbeiten 283

Oberamt 45, 277, 284
Oberbürgermeister 27, 30, 34, 37, 77, 80, 85, 86, 88, 92, 93, 96, 103, 106, 107, 113, 115, 116, 125, 126, 130, 138, 144, 151, 152, 155, 166, 168–170, 180, 188–193, 195, 196, 200, 201, 203, 204, 207, 213, 217, 220, 221, 223, 224, 230, 233, 239, 252, 254, 255, 278, 283, 290, 292–294, 296, 297, 301, 303
Ölwehr 207
Ohmgeld 45, 47, 48
Organisationen, berufsständische
- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund 187, 211
- Berufsverband Bildender Künstler 229
- Gewerkschaft 103, 125, 306
- Vereinigung der Buchdrucker 103
Ortsbauplan 287

Parkuhren 202
Parteien 31, 74, 106, 120, 121, 124, 137, 144, 148, 150, 153, 154, 156, 162, 164, 165, 175, 188–191, 195, 201, 215, 243, 273, 294, 298, 316, 317, 319, 322, 324
- Bayerische Volkspartei (BVP) 319
- Christlich-Demokratische Partei (CDP) 188
- Christlich-Demokratische Union (CDU) 186, 188, 189, 194, 196, 197, 200, 212, 214, 217, 226, 228, 230, 232, 233, 239, 243, 245, 296, 297, 301, 303, 304, 306, 319, 322
- Deutsche Demokratische Partei (DDP) 149, 152, 154, 306, 316, 317, 319, 322
- Demokratische Partei (später DVP/FDP) 188
- Deutsche Volkspartei (DVP) 149, 154, 188, 306, 316, 317, 319, 322
- Deutschnationale Volkspartei (DNVP) 152, 154, 316, 317
- Evangelischer Volksdienst 317
- Freie Demokratische Partei (FDP) 188, 230–232, 236, 301, 306, 319, 322
- Freisinnige Volkspartei 114
- Freie Wählervereinigung (FWV) 319
- Grüne Liste (GL) 199, 215, 216, 230, 236, 264, 319, 322,
- Katholische Volkspartei 103, 105, 113
- Kommunale Wirtschaftliche Vereinigung 154
- Kommunistische Partei Deutschland (KPD) 150, 152, 156, 160, 161, 163, 164, 166, 168, 169, 171, 176, 188, 197, 221, 316
- Nationalliberale Partei 106, 120, 124, 137, 273, 294, 298
- Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 211, 319, 322
- Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Deutschlands (NSDAP) 150, 156, 161–166, 168, 170, 181, 183, 187, 188, 223, 254, 267, 276, 296, 300, 316, 317
- Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) 319
- Republikaner (Rep) 243, 319, 323
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 31, 111, 112, 114, 120, 124, 134, 136, 137, 141, 145, 149, 150, 152–154, 156, 160, 161, 164–166, 168–171, 176, 186–192, 194–196, 200, 213, 226, 228, 230, 231, 233, 236, 239, 243, 262, 273, 296, 301, 303, 304–306, 316, 317, 319, 322
- Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) 152, 316, 317
- Volkspartei 137, 141, 152, 154
- Zentrum 16, 24, 37, 38, 54, 63, 112, 120, 137, 149, 152, 154, 156, 170, 248, 251, 300, 301, 303, 304, 316, 317
Pauperismus 73
Pfarrer 48, 275, 285, 287
Planungsgemeinschaft Zentrales Oberrheingebiet 221
Polizei 56, 62, 73, 89, 153, 154, 166, 168, 171, 183, 208, 217, 220
Post 52, 67, 76, 77, 91, 97, 110, 128, 170, 178
Presse (siehe auch Zeitungen) 24, 74, 92, 114, 141, 164, 221
Privilegien 19, 20, 41, 44, 46–48, 51, 52, 257

Radio 156, 173
Rastatter Kongreß 1797/98 42
Reformation 44, 251, 274, 275, 282, 284
Reformierte 80, 85, 311
Regionalverband Mittlerer Oberrhein 221
Reichsgründung 1870/71 26, 74, 100, 130, 138
Reichstag 127, 150
Requisitionen 67
Residenz 16–23, 25, 26, 29, 34, 41, 43, 44, 46, 47, 50, 51, 53, 54, 67, 68, 70–72, 92, 99, 100, 110, 161, 187, 193, 218, 248, 251, 263, 271, 272
Revolutionen 24, 42, 62, 72–74, 89, 99, 110, 148, 150, 191, 214, 221, 245, 251, 270, 273, 277, 282, 316
- Französische Revolution 42, 62
- Julirevolution 1830 89
- Revolution 1848/49 24, 72, 74, 99, 110, 191, 273, 251, 273, 282
- Revolution 1918/19 148, 316
Rheinbund 43
Rheinhafenbesetzung 1923 271
Rheinkorrektion 26, 78, 248, 265, 266
Römer 250
Rumfordsche Suppenanstalt 70
Rundfunk 167, 170, 178, 241

Säkularisation 259, 284

Schatzung 48
Schiffahrt 171
Schule 34, 56, 60, 61, 69, 75, 78–80, 85, 86, 91, 96, 104, 115, 120, 122, 125, 134, 137, 138, 143, 154, 156, 197, 205, 208, 227, 233, 236, 237, 258, 261, 265, 270, 271, 273, 275, 276, 283
- Adam-Remmele-Schule 208
- Architektonische Zeichenschule 57
- Bismarckgymnasium 114, 134, 239
- Bundesfachschule für das Installateur- und Zentralheizungswesen 197
- Carl-Benz-Schule 233
- Carl-Engler-Schule 233
- Deutsche Schule 44
- Draisschule 196
- Eichelgartenschule 210
- Ernst-Reuter-Schule 205
- Europa-Schule 208
- Evangelische Stadtschule 96
- Fichtegymnasium 220
- Fichteschule 120, 137
- Friedrichschule Durlach 273
- Friedrichsschule, heute Helmholtzgymnasium 126
- Gertrud-Bäumer-Schule 236
- Gewerbeschule 86, 134, 135, 138, 151, 272, 297
- Gewerbeschule Durlach 272
- Goethegymnasium 196, 220
- Gutenbergschule 135
- Gymnasium illustre 48
- Gymnasium illustre Durlach 271, 272
- Gynaeceum, höhere Lehranstalt für Töchter 57
- Handelsschule 113, 173,
- Hebelschule 105, 203
- Heinrich-Dietrich-Schule 283
- Heinrich-Hübsch-Schule 237
- Helmholtzgymnasium 126, 220
- Hindenburgschule Durlach 274
- Höhere Bürgerschule 103, 126,
- Höhere Handelsschule 173
- Höhere Mädchenschule 120, 137
- Höhere Mädchenschule (Rufsches Institut) 62
- Höhere Töchterschule 85, 120
- Humboldtschule 115
- Ingenieur-Schule 75
- Israelitische Schule 78
- Kadettenschule 79
- Karl-Wilhelm-Schule 125, 197
- Kunstgewerbeschule 29
- Landwirtschaftliche Winterschule 103
- Leopoldschule 196
- Lehrinstitut für Dentisten 171
- Lessinggymnasium 126, 127, 198, 220
- Lessingschule 137, 187
- Malerinnenschule 122
- Markgrafengymnasium 239
- Max-Planck-Gymnasium 198
- Nebeniusschule 134
- Obstbauschule 103
- Otto-Hahn-Gymnasium 226
- Pestalozzischule 91, 196, 274
- Real- und Gewerbeschule 86
- Realgymnasium 103, 126, 135
- Realschule 60, 103,
- Realschule Neureut 290
- Reichssportfliegerschule 173
- Rufsches Institut, höhere Mädchenschule 62
- Schillerschule 134
- Schloßschule 208, 212
- Schule für Freihandzeichnen 57
- Sophienschule 85
- Tullaschule 143
- Uhlandschule 123
- Vogesenschule 258
- Volkshochschule 190
- Volksschule 44, 50, 53, 85, 103, 120, 210, 279
- Volksschule am Rennbuckel 210
- Volksschule Aue 210
- Volksschule Pulverhausstraße 173
- Waldorfschule 227
- Walter-Eucken-Schule 227
- Werner-v.-Siemens-Schule 208
- Wirtschaftsoberschule 202
Schulhaus 85, 137, 205, 262, 281, 288
Schulmeister 44, 51, 281
Schulwesen 117, 120, 126, 233, 305, 324
Schweizer Suppenküche 155
Selbstverwaltung 110, 149, 150, 166, 184, 223, 229
Siedlungen 30, 31, 141, 160, 163, 172, 173, 208, 209, 250, 289
- einzelne Siedlungen siehe Ortsregister
Sinti und Roma 165, 180
Sozialgesetzgebung 111, 185
Sozialistengesetz 111
Sparkasse 70, 107, 135, 203, 204, 263, 279
Sozialdemokratische Frauengruppe 136
Sport 198, 199, 228, 241–243
Staatliche Ämter, Einrichtungen und Institutionen
- Arbeitsamt (siehe Städtische Ämter)
- Berufsakademie 229
- Fabrikinspektion, badische 111
- Führungsakademie Baden-Württemberg 239
- Landesarbeitsamt 198
- Landesdenkmalamt 171
- Landesgewerbeamt 209
- Lehrerseminar, Großherzogliches 80
- Reichsinstitut für Lebensmittelfrischhaltung 173
- Staatliches Gesundheitsamt 244
- Standesamt 162
Stadterweiterung (siehe auch Eingemeindungen) 21, 24, 27, 57, 63, 66, 69, 96, 126, 162, 252, 255
Stadtgründung 16, 42, 44
Stadtmarathon 233
Stadtrat 44, 49, 70, 77, 93, 96, 117, 126, 127, 137, 144, 145, 151–154, 163, 168, 189, 190, 198, 209, 218, 293, 296, 298, 300, 301, 303, 304, 306
Stadtrecht 45, 47, 257
Stadtverordnete 116, 223, 306
Stadtverordnetenversammlung 116, 137, 152, 298, 304, 317
Stadtwappen 17, 44
Städteordnung 116
Städtepartnerschaften 226
- Halle 240, 243,
- Nancy 33, 198, 226, 301
- Nottingham 213
- Phoenix 209
Städtische Ämter, Einrichtungen und Institutionen
- Amt für Zivil- und Katastrophenschutz 226

- Arbeitsamt 134, 154, 178, 197, 236
- Archivkommission 122, 144
- Armenkommission 85
- Aufräumungs-Arbeitsgemeinschaft Karlsruhe (AAK) 188
- Ausländerbeirat 240
- Ernährungs- und Wirtschaftsamt 179
- Gartenbauamt 207
- Karlsruher Ausstellungs- und Kongreß GmbH 217
- Kulturdezernat 195
- Kunstsammlungen 231
- Müllabfuhr 124
- Nahrungsmittelamt 155
- Pfandleihe siehe Banken und Sparkassen
- Stadtarchiv 243, 245
- Stadtbibliothek 154, 240, 246
- Zweigbibliothek Durlach 233
- Stadtgeschichtliche Sammlungen 154, 231
- Stadtkasse 86
- Städtische Milchversorgung 144
- Städtischer Nachrichtendienst 141
- Städtischer Haushalt 79
- Stadtjugendausschuß 231, 231, 306
- Stadtwerke (siehe auch Elektrizitätsversorgung, Gasversorgung, Straßenbahn, Wasserversorgung) 227
- Volkslesehalle 129
- Wohnungsamt 154

Steuern 41, 47, 149
Stiftungen 38, 85, 107, 125, 153, 217, 237, 260, 261, 297, 300
- Großherzog-Friedrich-Jubiläumsstiftung 129
- Karl-Friedrich-Stiftung 85
- Karl-Friedrich-, Leopold- und Sophienstiftung 212

Straßen (siehe auch Autobahn) 16, 20, 21, 31, 33, 44, 46, 51, 52, 53, 56, 57, 60–62, 66–68, 70, 75, 77–79, 86, 91, 96, 102, 114, 120, 122, 127, 135, 150, 151, 153, 154, 169, 172, 180, 181, 185, 187, 188, 196, 198, 203, 205, 208, 209, 212, 218, 221, 222, 227–229, 239, 241, 245, 250, 261, 268, 283, 300
Straßenbahn 29, 121, 134, 141, 142, 153, 160, 161, 187, 189, 190, 198, 205, 226, 228, 229, 239, 243, 246, 271, 274, 288
- Dampfbahn 121
- Pferdebahn 29, 120, 128, 258, 120, 128

Straßenbau 73, 214
Straßenbeleuchtung 20, 21, 141, 144, 274
Straßenreinigung 75, 124
Streik 209, 217, 228, 236
Süddeutscher Rundfunk (siehe auch Rundfunk) 120, 190, 202

Taglöhner 20, 313
Tagungen und Veranstaltungen
- Bücherschau 239
- Bundesgartenschau 207
- Bürgerball 228
- Deutsche Therapiewoche 305
- Deutscher Therapiekongreß und Heilmittelmesse 33, 192, 196
- Deutscher Archivtag 245
- Erster internationaler Chemikerkongreß 102
- Europäische Kulturtage 36, 233
- Europäisches Jugendmusikfest Euro-Treff Musik 233
- Frauen-Kulturfestival 246
- Frauen-Kulturwoche 239
- Händel-Tage 228
- Internationale Konferenz für Reaktorsicherheit 236
- Internationales Theaterfestival des Sandkorntheaters 237
- Karlsruher Festwoche 153
- Kongreß der führenden Badener in Wissenschaft, Kunst und Wirtschaft 162
- Künstlermesse 37, 241
- Kulturmarkt 228
- Kulturtage 208
- Saure Niederschläge – eine Herausforderung für Europa 233
- Versammlung der deutschen Landwirte 87
- Weltkongreß der Internationalen Akademikerinnen-Föderation 212
- Weltkongreß Künstliche Intelligenz 233
- Woche der ausländischen Mitbürger 242
- Verbrauchermesse offerta 239
- 34. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte 97

Tankstelle 156, 160, 236
Technologie-Region 16, 22, 37, 38, 239
Teilortswahl, unechte 222, 245, 255
Telefon 122, 196, 220
Telegraph 92
Theater 24, 36, 37, 46, 50, 61, 62, 69, 76, 85, 91, 95, 96, 98, 128, 134, 135, 149, 160, 161, 182, 192, 195, 202, 204, 208, 211, 216, 226, 231, 233
- einzelne Theater siehe Ortsregister

Tour de France 240
Trümmerräumung 32, 33, 188, 189
Turmbergbahn 211

Überschwemmungen 78, 241, 262, 267
Umgehungsstraße Durlach 212
Umwelt 36, 37, 215, 221, 226, 229, 231, 233, 236
- Müllverbrennungsanlage 226
- Wertstoffsammlung 233

Umweltschutz 226
Urbanisierung 26, 29

Veranstaltungen (siehe Tagungen)
Verbindung Corps Franconia 87
Vereine 87, 102, 106, 126, 128, 137, 257, 271
- Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein 106
- Allgemeiner Deutscher Musikverein 96
- Allgemeiner Sportverein Grünwettersbach 285
- Allgemeiner Sportverein Wolfartsweier 281
- Anstalt für Arbeitsnachweise 124
- Arbeiter-Samariterbund Karlsruhe 306
- Arbeiterbildungsverein 102
- Arbeiterbildungsverein Mühlburg 258
- Arbeitergesangverein Freiheit Beiertheim 260
- Arbeitergesangverein Freundschaft Bulach 268
- Arbeitersportverein Freie Turnerschaft Bulach 268
- Arbeitsgemeinschaft der Hardtwaldfreunde 202, 204
- Arbeitsgemeinschaft für geschichtliche Landeskunde am Oberrhein 205
- Arbeitsgemeinschaft Heimatfreunde Grötzingen 283
- Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine 160
- Badische Historische Kommission 125
- Badischer Frauenverein 73, 97, 124, 143, 154
- Badischer Kunstverein 24, 78, 79, 99, 106, 128, 137, 164, 178, 190, 192, 195, 196, 204, 205, 209, 221, 230, 241, 293
- Badischer landwirtschaftlicher Verein 87

- Badischer Verein für Geflügelzucht 103
- Badischer Volksverein 92
- Beiertheimer Fußballverein 260
- Beiertheimer Turnerschaft 260
- Bund Badischer Künstlerinnen 141
- Bund deutscher Frauen 306
- Bürger-Gesellschaft Südstadt 123
- Bürgerverein 87
- Bürgerverein Altstadt 129
- Bürgerverein Durlach 273
- Cäcilienverein 86, 102
- Demokratischer Verein 92
- Deutscher Radfahrerbund 126
- Deutsches Rotes Kreuz 233
- Eintracht 87
- 1. Fußballverein Sport Mühlburg 126
- 1. FC Phönix 196
- FC Alemannia Neureut 288
- FC Germania Neureut 288
- Frauenverein 85, 124
- Fußballverein Frankonia Stupferich 279
- Gesangverein Bürgerverein Liederkranz Hagsfeld 276
- Gesangverein Eintracht Bulach 268
- Gesangverein Eintracht Grötzingen 282
- Gesangverein Eintracht Stupferich 279
- Gesangverein Frohsinn Hagsfeld 276
- Gesangverein Frohsinn Knielingen 270
- Gesangverein Frohsinn Mühlburg 258
- Gesangverein Harmonie Palmbach 286
- Gesangverein Liederkranz Daxlanden 267
- Gesangverein Liederkranz Durlach 272
- Gesangverein Liederkranz Knielingen 271
- Gesangverein Liederkranz Neureut 287
- Gesangverein Liederkranz Rüppurr 263
- Gesangverein Liederkranz Wolfartsweier 281
- Gesangverein Liedertafel-Lyra Grünwinkel 265
- Gesangverein Liederkranz – Liedertafel Hohenwettersbach 278
- Gesangverein Lyra Rintheim 262
- Gesangverein Sängerbund Rintheim 262
- Gesellschaft Bärenzwinger 99, 102
- Gesellschaft Eintracht 86, 99
- Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit 195
- Gesellschaft Zum Haarenen Ring 66, 99
- Gewerbeverein 85, 102
- Große Karnevalsgesellschaft 192
- Hausfrauenbund 144
- Heimatbund Badnerland 186
- Heimatliche Kunstpflege 135
- Hospitalverein 63
- Industrieverein 99
- Instrumentalverein 86
- Karlsruher Altenkreis 306
- Karlsruher Altertumsverein 121
- Karlsruher Fußballverein KFV 125, 137
- Karlsruher Schützengesellschaft 46
- Karlsruher Schwimmverein Neptun 228
- Karlsruher Sportclub (KSC) 196, 198, 205, 226, 230, 306
- Karlsruher Turngemeinde 1846 91, 100, 152
- Karlsruher Turngesellschaft 152
- Karlsruher Turnverein 1846 152
- Karnevalsverein 134
- Katholischer Arbeiterverein 124
- Katholischer Gesellenverein 96
- Katholischer Männerverein Konkordia 103
- Katholischer Verein 94, 102
- Landwirtschaftlicher Verein 106
- Lesegesellschaft 78, 99
- Lesegesellschaft, später Museum 61
- Malerinnenverein 125
- Männergesangverein Liederhalle 91
- Männergesangverein Liedertafel 87
- Männergesangverein Rüppurr 263
- Männerhilfsverein vom Roten Kreuz 154
- Metallarbeiterfachverein 125
- Mieter- und Bauverein 126
- Museumsgesellschaft 24, 61, 99, 144
- Musikverein Einheit Wolfartsweier 281
- Musikverein Lyra-Daxlanden 267
- Musikverein Lyra Stupferich 279
- Nationalverein 102
- Naturhistorischer Verein 87
- Naturwissenschaftlicher Verein 102
- Philharmonischer Verein 102
- Rad- und Kraftfahrerbund Solidarität Grünwinkel 268
- Rad- und Motorsportverein Rüppurr 263
- Radfahrerverein Wolfartsweier 281
- Rüppurrer Fußballgesellschaft 263
- Sängerbund Knielingen 271
- Schützengesellschaft 66, 99, 128
- Schützengesellschaft Durlach 271
- Sport- und Schwimmclub Karlsruhe 228
- Sport- und Schwimmclub Waldstadt 228
- Sportverein Karlsruher Athletengesellschaft Bulach 268
- St.-Vincentius-Verein 94
- TSV Daxlanden 1889 267
- Turn- und Sportverein Grünwinkel 265
- Turn- und Sportverein Palmbach 286
- Turn- und Sportverein Rüppurr 263
- Turnerschaft Mühlburg 257
- Turnverein Daxlanden 267
- Turnverein Durlach 272
- Turnverein Rintheim 262
- TuS Neureut 288
- TuS Rüppurr 233
- Überparteiliche Frauengruppe Karlsruhe 306
- Vaterländischer Verein 92
- Verein Bildender Künstler 114
- Verein Frauenbildungsreform 126
- Verein für ernste Chormusik 80
- Verein Karlsruher Volksbühne 153
- Verein zur Erbauung billiger Wohnhäuser 113
- Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs 134
- Verein zur Rettung sittlich verwahrloster Kinder im Großherzogtum Baden 297
- Verein zur Unterstützung der im Feld stehenden Truppen 77
- VfB Knielingen 271
- VfB Mühlburg 126, 196, 205
- Verkehrsverein 153, 190
- Volksbühne 192
- Zucht- und Rennverein Knielingen 230

Verfassung 24, 45, 72, 78, 85, 88, 93, 110, 116, 148, 150, 152, 185, 190

Verfassunggebende Landesversammlung Baden-Württemberg 196

Verkehr 27, 29, 30, 36, 78, 91, 92, 114, 129, 138, 156, 197, 202, 207, 208, 210–212, 227, 231, 241, 254, 266
Verkehrslage 33, 130
Verkehrslinienplan 36, 158, 205
Versailler Vertrag 149
Viehzucht 270, 275
Volkswohnung GmbH 154
Vormärz 24, 99, 100

Währungsreform 185, 192
Wäschereien 268
Wahlen 44, 45, 79, 88, 89, 107, 113, 116, 124, 127, 137, 150–152, 163, 173, 189, 192, 195, 217, 245, 273, 316, 317, 319
- Bundestagswahlen 197, 213, 226, 233, 239, 316, 322, 323
- Europa-Parlament 228, 236, 243, 323
- Gemeinderatswahlen 86, 316, 317, 319, 320
- Landtagswahlen 134, 136, 141, 154, 156, 161, 190, 196, 212, 230, 317, 322, 323
- Oberbürgermeisterwahlen 239, 322
- Reichstagswahlen 113, 114, 120, 121, 124, 127, 141, 153, 156, 160, 162, 164, 317
- Zollparlamentswahlen 105
Wahlrecht 88, 89, 111, 116, 148, 152, 223, 316
Wald 50, 53, 69, 105, 162, 196, 226, 229, 244, 267
Waldenser 285
Wasserversorgung 29, 56, 80, 105, 106, 110, 115, 126, 160, 196, 202, 210, 212, 216, 226, 229, 274, 276, 278, 279, 282, 285, 286
Weltwirtschaftskrise 149
Wiederaufbau 32–34, 36, 37, 51, 70, 185, 190, 193, 195, 198, 260, 264, 269, 282
Wiener Kongreß 72
Wiesen 44, 130, 261, 270, 281
Wirte 20, 24, 44, 53, 293
Wirtschaften (siehe auch Gasthäuser/Gaststätten) 257, 261
Wohnungen 31, 34, 69, 73, 102, 126, 152, 154, 161, 178, 179, 185, 187, 193, 196, 198, 199, 202, 207, 208, 212, 218, 228, 246, 255
Wohnungsnot 57, 151, 289
Wohnungswesen 151, 178, 179, 192

Zehnt 48, 73, 285
Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 94
Zeitungen 24, 55, 63, 68, 76, 92, 115, 129, 137, 141, 163, 171, 182, 188, 236
- Allgemeines Intelligenz- oder Wochenblatt 69
- Amtsblatt 190, 243
- Badische Landeszeitung 92
- Badische Neueste Nachrichten (BNN) 188, 191, 212, 237, 303
- Badische Post 115
- Badische Presse 122, 156, 169
- Badischer Beobachter 103
- Badischer Landbote 114
- Carlsruher Wochenblatt 55
- Der Führer 163, 169, 182
- Durlacher Tagblatt 209
- Durlacher Wochenblatt 272
- Karlsruher Bürgerzeitung 160
- Karlsruher Nachrichten 106
- Karlsruher Neue Zeitung 190
- Karlsruher Rundschau 236
- Karlsruher Tagblatt 70, 137, 173
- Karlsruher Zeitung 62, 69, 76, 91, 106, 151
- Landpost 115
- Südwestdeutsche Allgemeine Zeitung 190
- Volksfreund 128, 164, 168
Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber (ZAST) 245, 246
Zentrum für Kunst- und Medientechnologie (ZKM) 239, 241, 243
Zollstation 264, 266, 267
Zunft 56, 78, 103
Zunftordnung 46–49, 53, 73

Forschungen und Quellen zur Stadtgeschichte
Schriftenreihe des Stadtarchivs Karlsruhe

Band 1

Christina Müller: Karlsruhe im 18. Jahrhundert. Zur Genese und zur sozialen Schichtung einer residenzstädtischen Bevölkerung, 1992, 464 Seiten

Gemeinsame Veröffentlichungen der Stadtarchive Karlsruhe und Mannheim

- Ludwig Marum – Briefe aus dem Konzentrationslager Kislau, 1984, 2. Aufl. 1988, 168 Seiten

- Peter Brandt/Reinhard Rürup: Volksbewegung und demokratische Neuordnung in Baden 1918/19. Zur Vorgeschichte und Geschichte der Revolution, 1991, 192 Seiten.

Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs

Band 1

Ernst Schneider: Die Stadtgemarkung Karlsruhe im Spiegel der Flurnamen, 1965, 210 Seiten

Band 2

Ludwin Langenfeld: Die Badische Revolution 1848–1849, Dokumente des Karlsruher Stadtarchivs und des Pfinzgau-Museums, 1973, 48 Seiten, vergriffen

Band 3

Das Pfinzgaumuseum in Karlsruhe-Durlach, Akzente seiner Neugestaltung, 1976, 80 Seiten

Band 4

Ludwin Langenfeld und Ernst Schneider: Die Staufer am Oberrhein – Geschichte, Handschriften, Urkunden, Kunst, 1977, 52 Seiten, vergriffen

Band 5

Ernst Schneider: Durlacher Volksleben 1500 bis 1800, Volkskundliches aus archivalischen Quellen, zugleich ein Beitrag zur Geschichte der ehemaligen Stadt Durlach, 1980, 239 Seiten

Band 6

Industriearchitektur in Karlsruhe. Beiträge zur Industrie- und Baugeschichte der ehemaligen badischen Haupt- und Residenzstadt bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, 1987, 200 Seiten

Band 7

Denkmäler, Brunnen und Freiplastiken in Karlsruhe 1715–1945, 2. Aufl. 1989, 720 Seiten

Band 8

Juden in Karlsruhe – Beiträge zu ihrer Geschichte bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung, 2. Auflage 1990, 640 Seiten

Band 9

Josef Werner: Hakenkreuz und Judenstern. Das Schicksal der Karlsruher Juden im Dritten Reich, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage 1990, 560 Seiten

Band 10

Alltag in Karlsruhe – Vom Lebenswandel einer Stadt in drei Jahrhunderten, 1990, 304 Seiten

Band 11

Ernst Otto Bräunche, Angelika Herkert und Angelika Sauer: Geschichte und Bestände des Stadtarchivs Karlsruhe, 1990, 224 Seiten

Band 12

Gerhard Linder: 1000 Jahre Hagsfeld. Die Geschichte eines Dorfes, 1991, 440 Seiten

Band 13

Susanne Asche: 1000 Jahre Grötzingen. Die Geschichte eines Dorfes, 1991, 400 Seiten

Band 14

Manfred Koch: Karlsruher Chronik. Stadtgeschichten in Daten, Bildern, Analysen, 1992, 356 Seiten

In Vorbereitung:

Susanne Asche, Barbara Guttmann, Olivia Hochstrasser, Sigrid Schambach, Lisa Sterr: Geschichte der Frauen in Karlsruhe (Arbeitstitel, erscheint im September 1992)

Die Karlsruher Chronik bietet historisches Grund-
ssen zur Geschichte der Stadt und ihrer Vororte bis zur Gegen-
rt. Sie enthält Daten und Ereignisse aus Politik, Wirtschaft,
rkehr, Kultur, Architektur und Alltagsleben. Zahlreiche Ab-
dungen, darunter mehrere Stadtpläne, informieren anschau-
h über die Stadtentwicklung. Kurzbiographien, Tabellen und
ie Auswahlbibliographie enthalten weitere Informationen.
n Abriß zur Stadtgeschichte, Kapiteleinleitungen und Erläu-
rungen zu Schwerpunktthemen vermitteln historische Zusam-
enhänge und Hintergründe. Das ausführliche Personen-,
ts- und Sachregister macht die Karlsruher Chronik zu einem
chschlagewerk für die Karlsruher Stadtgeschichte.

DENIA ISBN 3-7617-0260-4